Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

IN ACHT BÄNDEN

Dietz Verlag Berlin

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITER BEWEGUNG

BAND 4

Von 1924 bis Januar 1933

Dietz Verlag Berlin 1966

Autorenkollektiv: Walter Ulbricht (Vorsitzender), Horst Bartel, Lothar Berthold (Sekretär), Ernst Diehl, Friedrich Ebert, Ernst Engelberg, Dieter Fricke, Fritz Globig, Kurt Hager, Werner Horn, Bernard Koenen †, Wilhelm Koenen †, Albert Schreiner, Hanna Wolf

An der Ausarbeitung des Gesamtwerkes waren als Autoren beteiligt: Horst Bartel, Günter Benser, Lothar Berthold, Ernst Diehl, Stefan Doernberg, Rolf Dlubek, Gerhard Engel, Wilhelm Ersil, Herwig Förder, Dieter Fricke, Heinrich Gemkow, Heinz Heitzer, Werner Horn, Günter Hortzschansky, Annelies Laschitza, Bruno Löwel, Walter Nimtz, Walter Schmidt, Wolfgang Schumann, Walter Wimmer

Vorbemerkung

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist entsprechend der Periodisierung im „Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" in 15 Kapitel eingeteilt und in acht Bänden zusammengefaßt:

Band 1 Kapitel I bis III: Von den Anfängen der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts;
Band 2 Kapitel IV und V: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917;
Band 3 Kapitel VI und VII: Von 1917 bis 1923;
Band 4 Kapitel VIII und IX: Von 1924 bis Januar 1933;
Band 5 Kapitel X und XI: Von Januar 1933 bis Mai 1945;
Band 6 Kapitel XII: Von Mai 1945 bis 1949;
Band 7 Kapitel XIII: Von 1949 bis 1955;
Band 8 Kapitel XIV und XV: Von 1956 bis Anfang 1963.

Jeder Band enthält Illustrationen, Dokumente, ein Personenverzeichnis und ein Verzeichnis geographischer Namen.

Bei der Ausarbeitung wurden das Autorenkollektiv und die Autoren außer vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED von folgenden Institutionen unterstützt: dem Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, der Parteihochschule „Karl Marx" beim Zentralkomitee der SED, dem Institut für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und Instituten anderer Universitäten und Hochschulen, von verschiedenen Archiven sowie dem Institut für Stilistik und literarische Publizistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Diesen Instituten sowie allen, die durch Einzeluntersuchungen, Berichte, Erschließung von Materialien und Dokumenten, durch Erinnerungen und Bemerkungen geholfen haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die Dokumente und Materialien im Anhang ergänzen die historische Darstellung. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und werden meistens nur auszugsweise wiedergegeben. Auf Auslassungen wird in den Überschriften hingewiesen und im laufenden Text durch drei Punkte aufmerksam gemacht. Auf Hervorhebungen wird verzichtet, ausgenommen die Arbeiten Karl Marx', Friedrich Engels' und W. I. Lenins. In der Regel wird als Quellenbeleg sowohl auf das Archiv oder die Erstveröffentlichung als auch auf eine heute allgemein zugängliche Publikation verwiesen. Programme und Statuten der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wurden nicht abgedruckt, da sie in den Publikationen „Revolutionäre deutsche Parteiprogramme" und „Revolutionäre deutsche Parteistatuten" veröffentlicht werden.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Kapitel VIII

Die relative Stabilisierung des Kapitalismus. Der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unter der Führung der KPD gegen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die Bildung des von Ernst Thälmann geführten Zentralkomitees und die Weiterentwicklung der KPD zur marxistisch-leninistischen Massenpartei (Periode von 1924 bis Herbst 1929)

Die relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus. Die Aufgaben der KPD unter den neuen Kampfbedingungen. Die Bildung des von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitees (1924/1925)

1. Die Abwälzung der Lasten der Stabilisierung auf die Werktätigen und die Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse

Nach der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse im Herbst 1923, mit der die blutige Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Bulgarien und Polen zeitlich fast einherging, erlangte die relative Stabilisierung des Kapitalismus, die sich bereits in den Vorjahren angebahnt hatte, internationalen Charakter. Die USA hatten schon 1922 die Folgen der Wirtschaftskrise von 1920/1921 überwunden; die industrielle Produktion Italiens übertraf 1923 das Vorkriegsniveau, und die französische Industrieerzeugung erreichte in diesem Jahre fast ihren Vorkriegsstand. Mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus war die europäische Finanzbourgeoisie imstande, die Nachkriegskrise in der Produktion und im Handel zu überwinden, die Währungen zu stabilisieren, in verschiedenen Ländern einen wirtschaftlichen Aufschwung herbeizuführen und ihre Staatsmacht zu festigen.

Die Stabilisierung des Kapitalismus konnte aber in der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleiteten neuen Epoche, in der Zeit der allgemeinen Krise des Kapitalismus nur vorübergehend sein; denn die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus sind innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unlösbar. Vor allem aber beeinflußte der Gegensatz zwischen dem Weltimperialismus und der sozialistischen Arbeiter-und-Bauern-Macht immer nachhaltiger den Verlauf der Ereignisse in der Welt. Während sich der Kapitalismus nur relativ stabilisieren konnte, festigte sich der sozialistische Sowjetstaat dauerhaft. Dank den heroischen Leistungen der Sowjetvölker näherte sich die Volkswirtschaft in der UdSSR trotz der riesigen durch Weltkrieg, imperialistische Interventionen und Bürgerkrieg verursachten Zerstörungen rasch dem Vorkriegsstand.

Beharrlich bemühte sich die Sowjetregierung um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Angesichts der wirtschaftlichen Erfordernisse und des Drängens der Öffentlichkeit in verschiedenen kapitalistischen Ländern, besonders in Großbritannien, nach diplomatischer Anerkennung der Sowjetunion gewannen realistischere Ansichten über das Verhältnis zum Sowjetstaat in führenden imperialistischen Kreisen an Boden. 1924 und Anfang 1925 nahmen Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und andere Staaten diplomatische Beziehungen zur UdSSR auf. Damit hatten 22 Staaten die Sowjetunion anerkannt; ihre jahrelange diplomatische Isolierung zerbrach endgültig.

Trotzdem verfolgten die meisten Regierungen der kapitalistischen Länder weiter ihre antisowjetische Politik. Nachdem die militärischen Interventionen gescheitert waren, suchten die Imperialisten, vor allem durch ökonomische Mittel, den wirtschaftlichen Aufstieg und die Industrialisierung des Sowjetlandes zu erschweren. Gleichzeitig waren extrem reaktionäre Kräfte des internationalen Finanzkapitals unablässig bemüht, gegen die Sowjetunion gerichtete Bündnisse zusammenzuzimmern und gefährliche antisowjetische Provokationen anzuzetteln.

Der Beistand, den die deutsche Finanzbourgeoisie von der amerikanischen und britischen Regierung nach Beendigung des Ruhrkonflikts erhielt, war überaus bedeutungsvoll für die Festigung der Machtpositionen des deutschen Imperialismus. Die Finanzmagnaten der Wallstreet forderten immer nachdrücklicher günstige Bedingungen für die Erhöhung des Kapital- und Warenexports nach Westeuropa,

besonders nach Deutschland. Dazu war aber die Neugestaltung der Beziehungen zwischen den imperialistischen Mächten erforderlich. Insbesondere mußte das Problem der deutschen Reparationen neu geregelt und das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich normalisiert werden. Da die Hegemonieansprüche des französischen Imperialismus den Interessen Großbritanniens und der USA zuwiderliefen, hinderten beide Staaten Frankreich daran, seine durch die Ruhrbesetzung gewonnenen vorteilhaften Positionen gegenüber Deutschland auszunutzen. Nachdem die Regierung Gustav Stresemann – amerikanischen und britischen Anregungen folgend – am 24. Oktober 1923 in einer Note an die Reparationskommission um die Überprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit ersucht hatte, war die französische Regierung genötigt, der Bildung zweier internationaler Sachverständigenkomitees zur Lösung der Reparationsfrage zuzustimmen, die auf Grund einer Entscheidung der Reparationskommission vom 30. November 1923 berufen wurden. Dem ersten und weitaus wichtigeren, von dem amerikanischen Bankier Charles Dawes geleiteten Komitee wurde die Aufgabe gestellt, die deutsche Zahlungsfähigkeit zu prüfen und Vorschläge auszuarbeiten, wie Deutschland ohne Gefährdung seines Staatshaushalts und seiner Währung Reparationen zahlen könne; dem zweiten, unter dem Vorsitz des britischen Finanziers Reginald McKenna stehenden Komitee wurde der Auftrag erteilt, die Höhe der deutschen Kapitalanlagen im Ausland festzustellen und Wege ausfindig zu machen, wie diese Mittel nach Deutschland zurückgeführt werden könnten.

Die Niederschlagung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung war eine grundlegende Voraussetzung der Stabilisierungsmaßnahmen der deutschen Finanzbourgeoisie, die sie unter dem Schutz der Militärdiktatur des Generals Hans von Seeckt verwirklichte. Seit ihrem Verbot am 23. November 1923 mußte die KPD illegal arbeiten. Die Reichswehr terrorisierte gemeinsam mit den bewaffneten Formationen der Schwarzen Reichswehr, dem Stahlhelm und anderen militaristischen Verbänden die klassenbewußten Arbeiter, in erster Linie Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten, parteilose Gewerkschaftsmitglieder und bürgerliche Demokraten. Gegen fast alle führenden Funktionäre der KPD, unter ihnen Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Ernst Thälmann und Walter Ulbricht, liefen Haftbefehle. Wilhelm Koenen, Hermann Remmele, Ernst Schneller, Walter Stoecker, Clara Zetkin und andere kommunistische Reichs- und Landtagsabgeordnete

sollten ihrer parlamentarischen Immunität beraubt werden, damit sie von den Justizbehörden strafrechtlich verfolgt werden konnten. Fast 7000 klassenbewußte Arbeiter, vor allem Kommunisten, schmachteten 1924 in den Gefängnissen der Weimarer Republik, und gegen annähernd 18000 war Anklage erhoben worden; allein in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis zum 30. April 1925 fanden 981 politische Prozesse statt, in denen die Gerichte 5768 Revolutionäre zu insgesamt 4184 Jahren Freiheitsentzug und 233261 RM Geldstrafe verurteilten.

Die herrschenden imperialistischen Kreise waren bestrebt, Deutschland vor weiteren „inneren Krisen" zu bewahren. „Diese Forderung wird von allen ausländischen Finanzkreisen erhoben", äußerte Gustav Stresemann in einer Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am 18. November 1923, „weil sie der Ansicht sind, daß nur bei ruhiger und stetiger politischer Entwicklung eine Gesundung unserer Wirtschaft möglich ist. Dafür zu sorgen, ist unsere Sache. Für Mehrleistung und Mehrproduktion wird die Regierung die Voraussetzung schaffen."[1] Damit in Deutschland „Ruhe und Ordnung" herrsche und für künftige Kapitalanlagen genügend Sicherheit garantiert werde, unterstützten ausländische Finanzkreise das „Wunder der Rentenmark" durch Kredite. So gewährte die Bank von England der Reichsbank im Januar 1924 einen Kredit in Höhe von 100 Millionen RM.

Die Regierung des Reichskanzlers Wilhelm Marx, des Vorsitzenden des Zentrums, trat am 1. Dezember 1923 an die Stelle des Kabinetts Stresemann. Der Regierung Marx, die sich nur auf eine parlamentarische Minderheit stützen konnte, gehörten Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei an. Gustav Stresemann leitete weiter das Auswärtige Amt. Mit Hilfe dieses Kabinetts wälzten die Finanzkapitalisten die Lasten der Stabilisierung rücksichtslos auf das arbeitende Volk ab.

Unter dem Einfluß des reaktionärsten Flügels des Monopolkapitals, des Junkertums und der Reichswehrführung nahm Wilhelm Marx keine sozialdemokratischen Minister in das Kabinett auf, um ohne Rücksicht auf die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands regieren zu können. Andererseits war auch die Mehrheit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie gegen

[1] Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard, Erster Band, Berlin (1932), S. 232.

eine weitere Regierungsbeteiligung, damit die VSPD nicht die Verantwortung für das volksfeindliche Stabilisierungsprogramm der Regierung Marx auf sich lud. Am 8. Dezember 1923 aber stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien erneut einem Ermächtigungsgesetz zu, das es der konterrevolutionären Regierung Marx ermöglichte, bis zum 15. Februar 1924 unter Ausschaltung des Reichstages Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen.[2]

Mit Hilfe von 63 Verordnungen auf der Grundlage dieses Ermächtigungsgesetzes und zahlreicher bereits vordem erlassener Notverordnungen zur Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik ergriff die Regierung unter dem Schutz der Militärdiktatur äußerst einschneidende Maßnahmen, um den Reichshaushalt auszugleichen und das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu setzen. Steuernotverordnungen bürdeten den Arbeitern und Angestellten, dem städtischen Kleinbürgertum und den werktätigen Bauern den Großteil der Steuerlasten auf, unter anderem durch die Erhöhung der Umsatzsteuer. Die sozialen Ausgaben wurden rigoros gedrosselt und die Leistungen für Invaliden, für Kriegsbeschädigte und für Altersrentner erheblich gesenkt. Die Reichsregierung kürzte auch die ohnehin kargen Unterstützungssätze für Erwerbslose und für Kurzarbeiter rücksichtslos, so daß sie in den ersten Monaten nach der Stabilisierung der Währung lediglich knapp 20 Prozent des durchschnittlichen Realeinkommens der Vorkriegszeit erhielten. Ein Arbeitsloser bekam als Wochenunterstützung nicht einmal den Tageslohn eines ungelernten Arbeiters in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Westeuropas. Die weiblichen Erwerbslosen waren noch erheblich schlechter gestellt. Bis Anfang 1925 erhielten sie lediglich zwei Drittel der Unterstützungssätze für Männer. Zahlreiche Gemeindevertretungen weigerten sich außerdem, die arbeitslosen Frauen unter 21 Jahren zu versorgen, weil sie angeblich leicht in der Hauswirtschaft oder in der Landwirtschaft Arbeit finden könnten. Die verschiedenen Einschränkungen der Arbeitslosenfürsorge trafen die 3,5 Millionen Erwerbslosen und die 2,6 Millionen Kurzarbeiter sehr schwer, die nach amtlichen Angaben um die Jahreswende 1923/1924 im besetzten und unbesetzten Gebiet Deutschlands staatliche Unterstützung erhielten. Das Kabinett Marx setzte auch die Beamtengehälter derart herab, daß ihr realer Wert nur noch etwa halb so hoch wie 1913/1914 war, und gewährte der Reichsbahn und der Reichspost fast

[2] Dokument Nr. 1.

keine Zuschüsse mehr. Als Folge der drastischen Maßnahmen der Reichsregierung zum Personalabbau wurden von den 1594000 Beamten, Angestellten und Arbeitern, die es am 1. Oktober 1923 in der Reichsverwaltung gab, bis zum 1. April 1924 372000 Personen entlassen.

Die Reallöhne der Arbeiter und die tatsächlichen Einkommen der Angestellten betrugen im Januar 1924 lediglich etwa zwei Drittel des Vorkriegsstandes. Dennoch wurde den Arbeitern, Angestellten und Beamten unter dem Vorwand, es müsse mehr und länger gearbeitet werden, damit eine neue Inflation verhindert werde und Reparationen gezahlt werden könnten, der Achtstundentag geraubt. Die Notverordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923[3] beseitigte den gesetzlichen Schutz des Achtstundentages, indem sie die Verlängerung der Arbeitszeit bis auf zehn Stunden täglich in den Tarifverträgen oder auf Anordnung des Reichsarbeitsministers gestattete. Aus „Gründen des Gemeinwohls"[4] konnten auch darüber hinausgehende Arbeitszeiten festgelegt werden. Die 1918 errungene Siebenstundenschicht für die Bergarbeiter unter Tage ging ebenfalls verloren. Nach jahrelangen Vorstößen gegen den Achtstundentag hatten jetzt die Unternehmerverbände endlich die gesetzliche Handhabe, um den Arbeitern neun-, zehn-, ja zwölfstündige Arbeitszeiten aufzuzwingen.

Eine noch von der Stresemann-Regierung erlassene Verordnung vom 30. Oktober 1923 ermächtigte staatliche Schlichtungsbehörden, in jeden Tarifstreit zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften einzugreifen und, falls sie keine Einigung erzielten, Schiedssprüche zu fällen. Sollten auch diese von den Tarifpartnern abgelehnt werden, dann konnte ihre Verbindlichkeit erklärt werden, wodurch sich jeder Schiedsspruch praktisch in einen Zwangstarif verwandelte. Diese Verordnung schränkte die Rechte der Gewerkschaften und das Streikrecht erheblich ein; sie erleichterte das Vorgehen der Unternehmerverbände gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse und erschwerte die Entfaltung der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe der Arbeiter und Angestellten in den folgenden Jahren außerordentlich.

Durch viele derartige ökonomische und politische Notstandsmaßnahmen war die herrschende Klasse bemüht, die tiefe Krise des deutschen Imperialismus zu überwinden. Die Sozialdemokratie protestierte gegen die Art und Weise, mit der die Reichsregierung das Ermächti-

[3] Dokument Nr. 2.

[4] Reichsgesetzblatt (Berlin), 1923, Teil I, Nr. 134, S. 1250.

gungsgesetz im Interesse des reaktionärsten Flügels des Monopolkapitals anwandte. Mehrfach forderte die VSPD die Reichsregierung auf, den Ausnahmezustand aufzuheben und die parlamentarische Ordnung, die „Demokratie", wiederherzustellen. Gleichzeitig tolerierte aber der Parteivorstand der VSPD die Regierung Marx im Interesse des „deutschen Wiederaufbaus" und weigerte sich auch jetzt, die Werktätigen aufzurufen, ihre sozialen und demokratischen Interessen mit machtvollen außerparlamentarischen Massenaktionen zu verteidigen. Durch ihre Tätigkeit in verschiedenen Landesregierungen, besonders in Preußen, trugen sozialdemokratische Minister zur zeitweiligen Festigung der Machtpositionen des Finanzkapitals bei. Manche führende Sozialdemokraten wetteiferten sogar mit reaktionären bürgerlichen Politikern in der Hetze gegen die KPD.

Obwohl die Unternehmervereinigungen den Druck auf die Verbände des ADGB erhöhten, um deren Einfluß weiter zurückzudrängen und deren Widerstand gegen die Einschränkung und Beseitigung wichtiger Arbeiterrechte zu brechen, organisierte der Bundesvorstand des ADGB den Abwehrkampf der Gewerkschaften nur unzureichend. Die Leitung des ADGB protestierte zwar gegen die volksfeindliche Notverordnungspolitik und rief die Arbeiter auf, ihre Errungenschaften, besonders den Achtstundentag, zu verteidigen und nur dann Überstunden zu leisten, wenn dies mit Zustimmung der Gewerkschaften in den Tarifverträgen festgelegt sei. Der Bundesausschuß des ADGB beschloß im Januar 1924 auch den Austritt aus der Zentralen Arbeitsgemeinschaft. Nicht wenige maßgebende Gewerkschaftsfunktionäre bejahten aber grundsätzlich die Notwendigkeit von „Mehrarbeit" und setzten sich weiter für eine Politik der Arbeitsgemeinschaft ein. Daher waren sie bestrebt, die Arbeiter von Streiks zurückzuhalten. Die Gewerkschaftsleitungen empfahlen den Belegschaften in den meisten Fällen, das angeblich Unvermeidliche auf sich zu nehmen und längeren Arbeitszeiten zuzustimmen. Bereits im Dezember 1923 schlossen Funktionäre des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands mit den Zechenherren Abkommen, die die Siebenstundenschicht unter Tage aufhoben. Etwa 90 Prozent aller Arbeitszeitverlängerungen kamen tarifmäßig, das heißt mit Zustimmung der Verbände des ADGB, zustande.

Die KPD, die von den Schlägen der Militärdiktatur am schwersten getroffen wurde, verteidigte standhaft und unbeugsam die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes. Die illegal tätigen Kommunisten

waren tatkräftig bemüht, den Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Angriff des Monopolkapitals trotz der schwierigen Bedingungen des Ausnahmezustandes zu organisieren. In den Parlamenten brandmarkten die Abgeordneten der KPD, wie Emil Eichhorn, Wilhelm Koenen und Walter Stoecker im Reichstag, den Terror der Reichswehrdiktatur und den Raubzug der Monopole. Die kommunistischen Abgeordneten forderten die Reichsregierung auf, die Militärdiktatur und alle Ausnahmeverordnungen aufzuheben und die demokratischen Rechte und Freiheiten unverzüglich wieder in Kraft zu setzen. Die Komitees der Roten Hilfe – deren zentrale Leitung Wilhelm Pieck und Clara Zetkin im Februar 1924 übernahmen – waren bemüht, den von der Klassenjustiz verfolgten Revolutionären beizustehen und deren Angehörigen materielle und moralische Hilfe zu erweisen.

Unter großen Schwierigkeiten gaben die illegalen Parteiorganisationen der KPD Flugblätter und Zeitungen heraus, in denen sie die Arbeiterklasse aufriefen, sich der Kapitaloffensive in einheitlichen Abwehraktionen entgegenzustellen. Am 11. Januar 1924 wandte sich die Leitung der KPD im illegalen Zentralorgan der Partei, „Die Fahne der Revolution", an die Werktätigen, den Kampf um Brot und Freiheit aufzunehmen und allen bereits Widerstand leistenden Arbeitergruppen solidarisch an die Seite zu treten: „Aktive Unterstützung durch Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie!... Keine Minute Mehrarbeit in den Betrieben! Kein Lohnabbau! Keine Zwangsarbeit der Erwerbslosen! In jedem Betriebe, in jedem Orte organisiert den äußersten Widerstand! Zwingt Eure Gewerkschaftsführer, sich an die Spitze des Kampfes zu stellen!... Eure Parole im Kampfe: restlose Beibehaltung bzw. Wiederherstellung des Achtstundentages! Friedensreallöhne anstatt Rentenmarkhungerlöhne! Einreihung der Erwerbslosen in die Produktion durch Öffnung der stillgelegten Betriebe!... Heraus mit den Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz und des Ausnahmezustandes! Weg mit der Diktatur der weißen Generale!"[5]

Ungeachtet des Ausnahmezustandes und ihrer schweren materiellen Lage, setzten sich Millionen Proletarier unter hervorragendem Anteil der Kommunisten, der revolutionären Gewerkschafter und Betriebsräte erbittert gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zur Wehr und kämpften hartnäckig für die Erhöhung der Löhne. Noch unter dem Eindruck der Massenbewegungen von 1923 traten die Arbeiter in vielen Industriezweigen und in zahlreichen Städten in den ersten Wochen

[5] Die Fahne der Revolution, 1924, Nr. 8 (Januar).

des Jahres 1924 in erbitterte Streikkämpfe. Nachdem die Berliner Metallindustriellen Ende 1923 die neunstündige Arbeitszeit angeordnet hatten, protestierten die Metallarbeiter energisch und begannen in einigen Betrieben mit dem Streik. Daraufhin sperrten die Unternehmer vom 2. bis 7. Januar 1924 rücksichtslos 150000 Metallarbeiter aus, um die Belegschaften einzuschüchtern. Vor diesem brutalen Vorgehen wich die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zurück; sie stimmte einem den Wünschen der Unternehmer entsprechenden Schiedsspruch zu und veranlaßte die Metallarbeiter, ihren Widerstand einzustellen.

Wenige Tage später führte der Protest der rheinisch-westfälischen Metallarbeiter gegen die Absicht der Unternehmer, die Arbeitszeit bis auf zehn Stunden täglich zu verlängern, zum Streik. Nachdem bereits am 18. Dezember 1923 7000 Arbeiter des Rheinhausener Krupp-Werkes die Arbeit niedergelegt hatten, gingen die Industriellen auch hier dazu über, die Betriebe zu schließen, weil sich die Belegschaften einer Verlängerung der Arbeitszeit widersetzten; allein im Düsseldorfer Bezirk wurden 30000 Arbeiter ausgesperrt. Auf Initiative von Kommunisten und klassenbewußten Sozialdemokraten faßten Betriebsrätekonferenzen und viele Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen Kampfbeschlüsse. Mit Unterstützung von Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Union der Hand- und Kopfarbeiter und zahlreicher Betriebsräte fand am 12. Januar 1924 ein rheinisch-westfälischer Betriebsrätekongreß statt. Seinem Streikaufruf folgte am 14. Januar 1924 die überwiegende Mehrheit der Metallarbeiter. Daher sah sich der Deutsche Metallarbeiterverband gezwungen, den Ausstand zu billigen.

Acht Wochen lang streikten trotz großer Entbehrungen die Metallarbeiter – Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose und christliche Arbeiter – in Barmen, Düsseldorf, Elberfeld, Hagen, Köln, Krefeld, Remscheid, Solingen und anderen Städten. Ihnen schlossen sich zeitweise die rheinischen Textilarbeiter, in verschiedenen Städten auch die Gemeinde- und Staatsarbeiter und die Transportarbeiter an. Gleichzeitig legten auch die Kumpel im Kölner Braunkohlenrevier und im mitteldeutschen Braunkohlen- und Kalibergbau sowie die Belegschaften in württembergischen und mitteldeutschen Metallbetrieben, besonders in Leipzig und Magdeburg, die Arbeit nieder. Zeitweise streikten im Januar und Februar 1924 etwa 500000 Arbeiter. Einige Berufsgruppen konnten den Unternehmern im Verlauf des Massen-

streiks Lohnerhöhungen und Zugeständnisse bei der Regelung der Arbeitszeit abringen. Da aber die einheitliche Abwehrfront seit Ende Februar 1924 vor allem infolge der streikfeindlichen Haltung der maßgebenden Gewerkschaftsführer zerbröckelte, gelang es den Arbeitern im allgemeinen nicht, den Achtstundentag zu erhalten.

Weil die leitenden Gewerkschaftsfunktionäre in den meisten Fällen kampflos vor den Forderungen der Unternehmerverbände zurückwichen und sich scheuten, die gewerkschaftlichen Machtmittel zur Verteidigung der Arbeiterinteressen aufzubieten, blieben die wirtschaftlichen Abwehrkämpfe zersplittert. Die Unternehmerverbände dagegen gingen einheitlich vor und waren dadurch imstande, Millionen Arbeitern und Angestellten mit Hilfe des Weimarer Staates längere Arbeitszeiten als 48 Wochenstunden aufzuzwingen. In vielen Betrieben verlängerten die Kapitalisten die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden. Vor allem in den Werken der Schwerindustrie wurde erneut das Zweischichtensystem eingeführt. Um den Widerstand der Belegschaften gegen die verschärfte Ausbeutung zu brechen, schränkten die Unternehmer die Rechte der Betriebsräte ein und entließen Tausende revolutionärer Arbeiter.

Da sich die von der KPD beeinflußten Gewerkschafter der Stillhaltepolitik des Bundesvorstandes des ADGB und vieler Verbandsleitungen widersetzten und immer wieder Abwehraktionen der Arbeiterklasse auszulösen suchten, gingen rechte Gewerkschaftsfunktionäre in vielen Fällen mit großer Rücksichtslosigkeit gegen die Opposition in den Verbänden des ADGB vor. Tausende von kommunistischen und anderen oppositionellen Gewerkschaftern, die häufig jahrzehntelang freigewerkschaftlich organisiert waren, wurden ausgeschlossen. Demokratisch gewählte und von Kommunisten geleitete Ortsausschüsse des ADGB und Zahlstellen einzelner Verbände wurden – wie in Remscheid – aufgelöst; das gleiche Schicksal widerfuhr dem Bezirksausschuß des ADGB Halle-Merseburg am 8. März 1924. Diese Spaltungspolitik schwächte die Gewerkschaften und nährte im revolutionären Proletariat gewerkschaftsfeindliche Stimmungen; sie leistete der Bildung weiterer Sonderorganisationen und den Massenaustritten aus dem ADGB Vorschub, dessen Mitgliederzahl vom September 1923 bis Ende März 1924 von 7 039 000 auf 4 798 000 zurückging.

Die objektiven Veränderungen der Lage führten in der KPD zu prinzipiellen Diskussionen über die Strategie und Taktik der Partei, in denen die Beurteilung der Lehren aus den Klassenkämpfen des Jahres

1923 und aus der ganzen Nachkriegszeit die entscheidende Rolle spielten. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen über die weitere Politik der KPD bildeten sich in der Parteiführung drei Gruppierungen heraus, die in sich jedoch nicht einheitlich waren. Heinrich Brandler und August Thalheimer, die für die Politik der KPD 1923 hauptverantwortlich waren, versuchten, den kampflosen Rückzug der Partei im Herbst 1923 zu rechtfertigen und ihre Fehler zu beschönigen. Die meisten Mitglieder der Zentrale – die sogenannte Mittelgruppe – verurteilten das rechtsopportunistische Verhalten der Brandler-Thalheimer-Gruppe und zogen aus der noch ungenügenden Entwicklung der proletarischen Einheitsfront in den Klassenkämpfen von 1923 die Schlußfolgerung, daß der Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse, besonders um die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für eine revolutionäre Klassenpolitik, unbeirrt fortgesetzt werden müsse. Die „Mittelgruppe", der unter anderen Hugo Eberlein, Arthur Ewert, A. J. Guralski (Kleine), Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Ernst Schneller, Walter Stoecker, Walter Ulbricht und in gewissem Sinne auch Clara Zetkin angehörten, wandte sich aber auch entschieden gegen die dogmatisch-sektiererischen Ansichten der von Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Werner Scholem geleiteten ultralinken Fraktion. Die Ultralinken verurteilten in Bausch und Bogen die gesamte Tätigkeit der KPD in den vorhergehenden Jahren, besonders ihre Einheitsfrontpolitik und ihren Kampf für eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung. Bei der Kritik der Fehler Heinrich Brandlers und seiner Anhänger konnten aber die Ultralinken nach außen hin einheitlich mit solchen der Sache der Arbeiterklasse treu ergebenen Kommunisten wie Philipp Dengel, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke und Ernst Thälmann auftreten. Diese völlig unterschiedlichen politischen Kräfte bildeten in der Partei gemeinsam die sogenannte Linke, die sich auf so wichtige Bezirksorganisationen wie Berlin-Brandenburg, Ruhrgebiet und Wasserkante stützen konnte. Die Tatsache, daß in der „Linken" zwei verschiedenartige Strömungen vorhanden waren – eine proletarische, zur Meisterung des Leninismus strebende und eine kleinbürgerlich-intellektuelle –, komplizierte die Lage in der KPD außerordentlich. Deshalb war die Hilfe des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Januar 1924 für die KPD besonders wichtig, damit sie ihre Einheit und Geschlossenheit wahren und die schweren Auswirkungen der Niederlage und des Ausnahmezustandes rasch überwinden konnte.

Nach Beratungen mit Vertretern der verschiedenen Gruppierungen in der KPD unterzog das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in seinem Beschluß vom 19. Januar 1924 „Die Lehren der deutschen Ereignisse" die Versäumnisse und Fehler der Brandler-Thalheimer-Gruppe einer grundsätzlichen Kritik. Gleichzeitig verpflichtete die Kommunistische Internationale die KPD, den Kampf um die proletarische Einheitsfront fortzusetzen, „wie bisher mit aller Entschlossenheit gegen die Losung des Austritts aus den Gewerkschaften" aufzutreten und „die Kämpfe des Proletariats gegen den Abbau des Achtstundentages und der Arbeiterrechte"[6] zu organisieren. Das Präsidium des EKKI stellte den deutschen Kommunisten weiter die Aufgabe, die Interessen der Kleinbauern, des städtischen Mittelstandes, der Angestellten und der Beamten noch wirksamer zu vertreten, um sie zu „Verbündeten der Arbeiterklasse unter der Hegemonie der revolutionären Arbeiter zu machen"[7]. Unter dem Eindruck der Haltung des Parteivorstandes der VSPD sowie der Niederlage der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen im Herbst 1923 gelangte die Führung der Kommunistischen Internationale aber auch zu einigen schematischen Einschätzungen, unter anderen über die Rolle der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung und über den Charakter einer revolutionären Arbeiterregierung vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Hinsichtlich der künftigen Leitung der KPD wurde in den Beratungen zwischen dem Präsidium des EKKI und den Vertretern der KPD vereinbart, die Zentrale umzubilden und aus Vertretern der „Mittelgruppe" und der „Linken" zusammenzusetzen. Am 19. Februar 1924 veränderte der Zentralausschuß der KPD die Parteiführung; er berief Hermann Remmele zum Vorsitzenden und Ernst Thälmann zum stellvertretenden Vorsitzenden der KPD.

Am 21. Januar 1924 erlitten die Völker der Sowjetunion, die internationale Arbeiterklasse und die ganze fortschrittliche Menschheit einen schweren Verlust durch den Tod W. I. Lenins. Diese Nachricht rief in den Reihen der klassenbewußten Arbeiter und unter den unterdrückten Völkern der ganzen Welt tiefes Leid hervor. In Moskau nahmen die Menschen fast eine Woche lang Abschied von W. I. Lenin.

6 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924. Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1924, S. 34 u. 33.

7 Ebenda, S. 33.

Trotz strengen Frostes kamen sie Tag und Nacht, um von dem Begründer der Partei der Bolschewiki und des Sowjetstaates Abschied zu nehmen. Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann, Clara Zetkin und andere deutsche Kommunisten erwiesen als Vertreter der KPD dem toten Führer der kommunistischen Weltbewegung die letzte Ehre. Wie in vielen Ländern der Welt, kamen auch in Deutschland die fortschrittlichen Menschen in eindrucksvollen Trauerkundgebungen zusammen; eine von ihnen fand am 27. Januar 1924 im Großen Schauspielhaus in Berlin statt.

Die Zentrale der KPD brachte in ihrem Aufruf „Zum Tode Lenins. An die Partei!" zum Ausdruck, welchen überaus schweren Verlust der Tod W. I. Lenins für die deutsche Arbeiterbewegung bedeutete, hatte Lenin doch gerade ihr vielfach mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Der Aufruf betonte, daß es gerade in der schweren Lage, in der sich die KPD befinde, mehr denn je darauf ankomme, daß sich die Partei die politischen und organisatorischen Grundsätze W. I. Lenins vollständig aneigne, um die Arbeiterkämpfe um Brot, ausreichenden Lohn, angemessene Arbeitszeit und schließlich um die politische Macht erfolgreich führen zu können. „Genossen! Die Partei kann diese Aufgaben nur erfüllen, wenn sie die grundlegenden Lehren Lenins ganz in sich aufnimmt, geistig verarbeitet und zur Richtschnur ihres täglichen Handelns macht. Unser Führer Lenin ist tot – aber in Millionen Hirnen, Herzen und Fäusten des deutschen Proletariats wie des Weltproletariats muß Lenin, wird Lenin weiterleben.

In heißer Dankbarkeit schaut die Kommunistische Partei Deutschlands und mit ihr die Millionenmasse revolutionärer deutscher Proletarier auf das im Tode erkaltete Antlitz ihres teuren Führers. Doch an dieser Bahre geziemt es sich nicht, tatenlos zu trauern. Unsere revolutionäre Totenfeier ist das feste, unverbrüchliche Gelöbnis, in Lenins Geiste, nach Lenins Vorbild den Kampf weiterzuführen und zu steigern. Wir werden die Waffen, die Lenin uns schmieden und führen half, nicht aus der Hand legen, ehe die Todfeindin der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie, zerschmettert am Boden liegt.

Der Kommunistischen Partei Rußlands, die als erste, von Lenin geschult, die Fahne der Revolution voraustrug, der russischen Arbeiterklasse, die als erste unter Lenins Führung die Diktatur der Räte aufrichtete, reichen wir in dieser Stunde die Hand zum brüderlichen Kampfschwur ... Genossen! Unser Führer ist gefallen – Millionen schweißen sich zusammen, um ihn zu ersetzen. Der Feind wird nicht

triumphieren. Dasselbe Proletariat, dessen elementare Massenbewegung einen Marx und einen Lenin erzeugte, dieses Proletariat wird unter Führung der Kommunistischen Internationale in bewußter Aktion das Testament seiner Führer vollstrecken."[8]

Nachdem das deutsche Finanzkapital die wichtigsten Maßnahmen zur Stabilisierung seiner politischen und wirtschaftlichen Macht eingeleitet hatte, hob Reichspräsident Friedrich Ebert den militärischen Ausnahmezustand mit Wirkung vom 1. März 1924 auf. Dies bewies, daß in den mitunter heftigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen und Fraktionen der herrschenden Klasse die Konzeption und Politik des von Gustav Stresemann repräsentierten Flügels des Finanzkapitals, der eine taktisch beweglichere Politik verfocht, den Sieg davongetragen hatte. Auch die reaktionärsten Kreise der Schwerindustrie um Hugo Stinnes und die Reichswehrgenerale waren schließlich zu der Erkenntnis gelangt, daß die Beseitigung der Weimarer Republik und die Errichtung einer vorwiegend auf die Armee gestützten „Rechtsdiktatur" am Widerstand der Arbeiterklasse und aller republikanischen Kräfte scheitern würde. Die maßgebenden Kreise des Finanzkapitals hatten begriffen, daß die Erhaltung des Weimarer Staates und die weitere Zusammenarbeit mit der Führung der Sozialdemokratie auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus notwendig waren, wenn die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechterhalten und die zeitweilig notwendige Verständigung mit den Siegermächten nicht erschwert werden sollte.

Aber auch nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes wandte die Regierung Marx weiter diktatorische Herrschaftsmethoden an. Nachdem die Mehrheit der Reichstagsabgeordneten, darunter auch die Fraktion der VSPD, die Aufhebung oder Abänderung der Notverordnungen verlangt hatte, ließ die Reichsregierung den ersten Reichstag der Weimarer Republik kurzerhand durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert auflösen. Bis zum 25. Oktober 1924 blieb der zivile Ausnahmezustand – der unter anderem Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen untersagte – bestehen, wobei die vollziehende Gewalt in der Hand des Reichsministers des Innern, Karl Jarres, lag. Viele im Jahre 1923 erlassene Verbote blieben in Kraft, unter anderen das Verbot der proletarischen Hundertschaften und der revolutionären Betriebsrätebewegung. In Bayern mußte die KPD noch bis Februar 1925 völlig illegal arbeiten.

8 Die Fahne der Revolution, 1924, Nr. 10 (Januar).

Trotz dieser und anderer Beschränkungen der demokratischen Rechte und Freiheiten waren die Verhältnisse für die KPD nach Beendigung des Ausnahmezustandes um vieles günstiger geworden; denn jetzt konnte sie wieder legal auftreten. Am 1. März 1924 erschien „Die Rote Fahne" erstmals wieder seit ihrem Verbot am 22. Oktober 1923; zahlreiche Verbote erschwerten jedoch immer wieder die Tätigkeit der kommunistischen Presse und bereiteten ihr außerordentliche finanzielle Schwierigkeiten, die die Partei häufig nur dank der Opferbereitschaft der klassenbewußten Arbeiterschaft überwinden konnte.

Der Metallarbeiterstreik in Rheinland-Westfalen im Januar/Februar 1924 war noch nicht zu Ende, als am 20. Februar 1924 über 40 000 Werftarbeiter in Bremen, Flensburg, Hamburg, Kiel und Stettin in den Streik traten. Obwohl sie ausgesperrt wurden, setzten sie sich zehn, zwölf, teilweise sogar sechzehn Wochen lang gegen die Einführung des Neunstundentages zur Wehr. Dabei standen ihnen vom 11. bis 25. März 15 000 Hamburger Hafenarbeiter zur Seite. Wenn es den Werftarbeitern auch nicht gelang, den Achtstundentag erfolgreich zu verteidigen, so waren sie doch imstande, den Unternehmern Lohnerhöhungen abzuringen.

Als die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen die neunstündige Arbeitszeit ab 3. März 1924 ankündigte, organisierte die kommunistische Parteiorganisation den Widerstand der Chemiearbeiter. Trotz eines staatlichen Schiedsspruches verließ ein großer Teil der Arbeiter in den folgenden Tagen unter dem Einfluß der Kommunisten und anderer klassenbewußter Gewerkschafter nach achtstündiger Arbeitszeit die Arbeitsplätze. Am 5. März 1924 protestierten etwa 18 000 Fabrikarbeiter auf einer Versammlung gegen den Anschlag auf den Achtstundentag. Am Abend des gleichen Tages beschloß die Konzerndirektion, das Werk zu schließen und die 20 000 Anilinarbeiter auszusperren. Als sich die Arbeiter aus Ludwigshafen, Oppau und Umgebung am 6. März vor dem Haupttor versammelten, überfielen Polizeieinheiten brutal die Ausgesperrten. Es gab über 40 Verletzte; fünf Arbeiter wurden getötet. Obwohl der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands die Arbeiter im Stich ließ, setzten sie sich gegen die Herausforderung durch das Chemiekapital einmütig zur Wehr. Sie wählten eine Kampfleitung aus klassenbewußten Gewerkschaftern und Betriebsräten; in dieser Leitung spielten Kommunisten eine hervorragende Rolle. Versammlungen und Demonstrationen der Ausgesperrten, an denen auch viele Arbeiterfrauen

teilnahmen, festigten die Abwehrfront und zwangen die Stadtverwaltung von Ludwigshafen, den hungernden Arbeitern Unterstützung zu zahlen. Am Tage der Beerdigung der Opfer des Polizeiüberfalls folgten über 25 000 Werktätige den Särgen der Ermordeten.

Um ein einheitliches Vorgehen der Belegschaften der wichtigsten Chemiewerke bei der Verteidigung des Achtstundentages zu verhindern, machten die Konzernherren den Arbeitern verschiedener Betriebe zeitweilige Zugeständnisse. So schob die Direktion der Leunawerke die Einführung der Neunstundenschicht um einige Wochen hinaus. Der Einfluß der KPD reichte nicht aus, um die Arbeiter der wichtigsten chemischen Werke gegen den Widerstand der Konzernherren zur Unterstützung Ludwigshafens in den Streik zu führen. Deshalb mußte der Abwehrkampf der Anilinarbeiter am 9. Mai 1924 abgebrochen werden. Zwar mußten sie auch hier eine Verlängerung der Arbeitszeit hinnehmen, doch konnten die Chemiegewaltigen nicht alle ihre Absichten verwirklichen. Sie mußten Lohnerhöhungen und der Bezahlung von Überstunden zustimmen sowie auf die Maßregelung von Streikenden verzichten. Der Ludwigshafener Abwehrkampf führte überzeugend vor Augen, zu welchen kraftvollen Aktionen gegen die Kapitaloffensive die Arbeiterklasse bei einheitlichem Handeln in der Lage war. Dabei wäre der Widerstand des Proletariats noch viel stärker gewesen, wenn der Bundesvorstand des ADGB die ganze Macht der gewerkschaftlichen Organisationen zur Verteidigung der Arbeiterinteressen aufgeboten hätte.

In vielen Wirtschaftskämpfen des Jahres 1924 trug die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) wesentlich zur Festigung der Widerstandskraft der Arbeiter bei. Die Komitees der IAH gaben an Streikende und Ausgesperrte insgesamt etwa 800 000 Portionen Essen, 250 000 Brote und viele andere Lebensmittel aus. Gestützt auf die internationale Solidarität, besonders der sowjetischen Werktätigen, aber auch amerikanischer, englischer, französischer und anderer Arbeiter, leistete die Internationale Arbeiterhilfe mit ihrer Deutschlandhilfe im Hungerwinter 1923/1924 Bedeutendes zur Linderung der Not in vielen Städten. Ihre Küchen und Speisehallen gaben etwa zwei Millionen warme Essen aus, und ihre Mitarbeiter verteilten Kleidung und Schuhe an viele Arbeitslose, Jugendliche und Rentner. Etwa zehntausend Kinder konnten zeitweilig nach Holland, Österreich und der Schweiz, viele andere innerhalb Deutschlands zur Erholung verschickt werden. Diese mühevolle und unermüdliche Tätigkeit leisteten in erster Linie

Frauen, von denen viele parteilos waren. Besonders die Arbeiterinnen spendeten nicht nur bereitwillig von dem wenigen, was sie besaßen, für die IAH, sondern stellten sich auch selbstlos und aufopferungsvoll deren Hilfsaktionen zur Verfügung.

Auch demokratische Kreise des Bürgertums und der Intelligenz unterstützten das humanistische Anliegen der Internationalen Arbeiterhilfe, unter anderem die Künstlerhilfe, deren Sekretär der Kommunist Otto Nagel war. Bildende Künstler, unter ihnen Käthe Kollwitz, deren Zeichnung „Deutschlands Kinder hungern" die Menschen tief erschütterte, Otto Dix, Max Liebermann und Heinrich Zille, verkauften im Februar 1924 in einer Ausstellung Werke, deren Erlös sie der Deutschlandhilfe der IAH zur Verfügung stellten. Käthe Kollwitz förderte wenig später auch eine Solidaritätsaktion von Künstlern und anderen Angehörigen der Intelligenz für Streikende und Ausgesperrte, an der sich auch Hans Baluschek, Otto Dix, George Grosz, Erich Mühsam, Erwin Piscator, Ernst Toller, Erich Weinert und Heinrich Zille beteiligten. Am 16. März 1924 beschloß die 1. Reichskonferenz der Internationalen Arbeiterhilfe, aus den bestehenden Komitees eine Mitgliederorganisation aufzubauen.[9] Sie leistete in den folgenden Jahren unter führendem Anteil von Martha Arendsee, Robert Kuczynski, Willi Münzenberg und anderen Hervorragendes, um das proletarische Solidaritätsbewußtsein zu vertiefen und eindrucksvolle Aktionen nationaler und internationaler proletarischer Solidarität zu organisieren. Die IAH half Streikenden und Ausgesperrten, sorgte sich um notleidende Rentner und Kinder; sie widersetzte sich dem Abbau der Sozialfürsorge, trat für die Verbesserung der sozialen Einrichtungen ein und forderte die Erhöhung der sozialen Leistungen des Weimarer Staates für die werktätige Bevölkerung.

Der Verlauf der Klassenkämpfe in den ersten Monaten des Jahres 1924 ließ deutlich werden, daß sich das Kräfteverhältnis der Klassen seit Oktober 1923 grundlegend verändert hatte. Die revolutionären Kräfte in der Partei, zu denen vor allem Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Wilhelm Pieck, Walter Stoecker, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und Clara Zetkin gehörten, waren bemüht, die grundlegenden Veränderungen in den Bedingungen des Klassenkampfes zu erfassen und die Taktik der Partei der neuen Situation anzupassen. Dies war außerordentlich schwierig; denn die relative Stabilisierung vollzog sich in einem längeren, widerspruchsvollen Prozeß. Das

[9] Dokument Nr. 3.

Ausmaß und die Schärfe der proletarischen Abwehrbewegungen begünstigten eine Fehleinschätzung dieser Massenkämpfe. Sie äußerte sich unter anderem in der Ansicht, in Deutschland könnten rasch neue entscheidende Klassenkämpfe heranreifen und den bewaffneten Kampf gegen die Macht des Monopolkapitals in naher Zukunft erneut auf die Tagesordnung stellen. Die leninistischen Funktionäre beurteilten jedoch die Kämpfe der Arbeiterklasse im wesentlichen richtig als Verteidigungsaktionen. Die revolutionären Kräfte in der Partei setzten sich für eine Politik ein, die die Verteidigung der elementaren materiellen und demokratischen Interessen der Werktätigen in den Vordergrund rückte. Eine solche Taktik sollte es der Partei ermöglichen, sich im Kampf um Teilforderungen eng mit den Arbeitermassen, großen Kreisen des städtischen Kleinbürgertums, der Intelligenz und der werktätigen Bauern zu verbinden und so die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten an neue große Klassenauseinandersetzungen heranzuführen.

Die Ultralinken widersetzten sich jedoch hartnäckig einer solchen Orientierung und zogen aus der notwendigen Auseinandersetzung mit den Fehlern der Politik Heinrich Brandlers skrupellos Vorteile für ihr fraktionelles Machtstreben. Die revolutionären Arbeiter waren enttäuscht, daß ihre Hoffnungen auf einen Sieg der Arbeiterklasse, auf einen „deutschen Oktober", nicht in Erfüllung gegangen waren. Das Verhalten der Leitungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften im Herbst 1923 und im Winter 1923/1924 hatte in den Reihen des revolutionären Proletariats immer wieder helle Empörung hervorgerufen und zur Verbreitung linksradikaler Stimmungen gegen die Sozialdemokratie und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund beigetragen. Dies nutzten die Ultralinken aus, um die Partei auf einen sektiererischen Kurs zu drängen. Sie bestritten alle Erfolge, die von der KPD im Ringen um die Mehrheit der Arbeiterklasse erzielt worden waren. Ruth Fischer, Arkadi Maslow und ihre Anhänger bezeichneten die Leninsche Einheitsfrontpolitik als Quelle des Opportunismus und waren der schädlichen Ansicht, die Beschlüsse des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Massenarbeit der kommunistischen Parteien bedeuteten im Grunde eine Preisgabe wichtiger kommunistischer Prinzipien und müßten daher korrigiert werden. Diese Kräfte mißachteten die Teilforderungen der Werktätigen und lehnten jede Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Organisationen ab. Weil die Ultralinken die Situation völlig verkannten,

verknüpften sie die proletarischen Verteidigungskämpfe direkt mit dem Kampf um die proletarische Diktatur. Die Fischer-Maslow-Gruppe förderte gewerkschaftsfeindliche Auffassungen und billigte die Tätigkeit solcher extrem ultralinker Kräfte wie Paul Kayser und Wilhelm Schumacher, die offen zur Spaltung der Verbände des ADGB und zur Gründung „neuer Organisationen" aufriefen.

Die Ultralinken brachten mit ihren revolutionären Phrasen kleinbürgerlich-anarchistische und abenteuerliche Stimmungen zum Ausdruck. Nach der Niederlage der Arbeiterklasse im Herbst 1923 verfielen Ruth Fischer, Arkadi Maslow und ihre Anhänger, die vor den Schwierigkeiten der Massenarbeit in den Betrieben und den Gewerkschaften unter den Bedingungen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zurückschreckten, in Panik und Pessimismus. Diese parteifremden Kräfte wurden jetzt mit ihren antileninistischen Ansichten zur Hauptgefahr in der KPD; denn sie erschwerten es der Partei außerordentlich, ihre Politik entsprechend den veränderten Bedingungen auszuarbeiten und in den proletarischen Abwehrkämpfen die Einheitsfront von Kommunisten, Sozialdemokraten, gewerkschaftlich organisierten und unorganisierten Arbeitern zu verwirklichen.

Der 9. Parteitag der KPD, der vom 7. bis 10. April 1924 in Offenbach und Frankfurt (Main) stattfand, stand vor der Aufgabe, die Diskussion über die Lehren des Jahres 1923 abzuschließen und die Politik der Partei unter den neuen Bedingungen festzulegen. 127 Delegierte mit beschließender Stimme vertraten 121 000 Kommunisten. Viele Mitglieder, die in der Zeit des Aufschwungs der Arbeiterbewegung in die Partei eingetreten waren, hatten den Schwierigkeiten des Klassenkampfes, dem Terror der Reaktion und den Repressalien der Unternehmer nicht standgehalten. Die Delegierten des Frankfurter Parteitages mußten illegal tagen, denn nach vielen von ihnen fahndete die Polizei.

Der Parteitag erörterte den von Wilhelm Koenen erstatteten Rechenschaftsbericht der Zentrale und die Referate von Heinrich Brandler, Ruth Fischer und A. J. Guralski (Kleine) über die Taktik der Partei. Außerdem wurden Referate über die nächsten Aufgaben der Partei und zur Gewerkschaftsfrage gehalten. Bei der Analyse der Situation beachtete der Parteitag in gewissem Maße die Veränderungen, die im Verhältnis der Klassenkräfte seit Oktober 1923 vor sich gegangen waren. Den Charakter der proletarischen Klassenkämpfe schätzte er jedoch nicht völlig richtig ein. Da die Finanzbourgeoisie

ihre Klassenherrschaft nur unter erheblichen Schwierigkeiten stabilisieren konnte, gelangte der Parteitag zu der Annahme, die Stabilisierung werde voraussichtlich bald zusammenbrechen und es sei daher möglich, daß große Klassenkämpfe gegen die Macht des Monopolkapitals erneut schnell heranreifen. „Aber eine andere Möglichkeit ist auch nicht ausgeschlossen: daß die Ereignisse sich einigermaßen langsamer entwickeln werden. Im gegenwärtigen Moment muß die Partei für beide Möglichkeiten bereit sein."[10]

Ernst Thälmann forderte alle Kommunisten auf, an die Spitze der Massenkämpfe gegen die Festigung der Macht der Großbourgeoisie, gegen die Vorstöße der Militaristen und den Raub der Arbeiterrechte zu treten. Der Parteitag beschloß ein Aktionsprogramm[11], das unter anderen folgende Forderungen enthielt: Erhaltung des Achtstundentages; ausreichende Löhne; Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose und Kriegsopfer; Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß; Beseitigung der Klassenjustiz; Freilassung der politischen Gefangenen; Entlastung der Kleinbauern und des Mittelstandes von Steuern und Pachten. Die Delegierten appellierten an die Werktätigen, sich allen Versuchen zu einer imperialistischen Lösung der Reparationsfrage auf Kosten des deutschen Volkes zu widersetzen, die finanzielle Ausplünderung Deutschlands durch die Siegermächte zu verhindern und für ein enges Bündnis Deutschlands mit Sowjetrußland einzutreten.

Diese sozialen, demokratischen und nationalen Forderungen wurden jedoch vom 9. Parteitag der KPD nicht genügend in den Vordergrund gerückt, sondern eng mit dem Kampf um politische Arbeiterräte, Bewaffnung des Proletariats, Arbeiterkontrolle in der Produktion, Sozialisierung der Industrie, der Banken und des Großgrundbesitzes und um die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats, verbunden. Die zuletzt genannten Ziele aber, von denen einige selbst im Herbst 1923 nicht der Lage entsprochen hatten, konnten in der neuen Periode der Klassenkämpfe erst recht nicht mehr unmittelbar auf der Tagesordnung stehen. Die Erkenntnis, daß die Volksmassen infolge der Veränderungen in der objektiven Situation vorerst nicht unmittelbar an den Kampf zum Sturz der Macht des Finanzkapitals herangeführt werden konnten, hatte sich in der Partei noch nicht durchgesetzt.

10 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD, S. 370.
11 Dokument Nr. 4.

Die heftigsten Debatten wurden auf dem Parteitag über die Massenpolitik der Partei geführt, weil die Ultralinken mit der Verurteilung der rechtsopportunistischen Fehler Heinrich Brandlers und seiner Anhänger zugleich die prinzipielle Ablehnung der Leninschen Einheitsfrontpolitik und der Tätigkeit in den freien Gewerkschaften zu erreichen suchten. Die Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, unter ihnen O. W. Kuusinen, S. A. Losowski und D. S. Manuilski, traten diesen Angriffen auf die Generallinie der Kommunistischen Internationale entschieden entgegen. Dabei erhielten sie von Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und anderen Parteitagsteilnehmern nachdrückliche Unterstützung.

Unter dem Eindruck der Haltung der führenden Sozialdemokraten im Herbst 1923 und während des Ausnahmezustandes vermochten jedoch die Ultralinken ihre sektiererische Ansicht durchzusetzen, künftig sei keine Zusammenarbeit der KPD mit den Führern der Sozialdemokratie und den Leitungen der Gewerkschaften mehr möglich, sondern nur noch die „Einheitsfront von unten". Diese Auffassung – die bereits in den Januarbeschlüssen des Präsidiums der EKKI ihren Niederschlag gefunden hatte – widersprach den Erfordernissen der Situation, die gebieterisch die Aktionseinheit aller Organisationen der Arbeiterklasse gegen den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus und gegen die Abwälzung der Lasten der Stabilisierung auf die Massen verlangte. Auch in der Frage der Arbeiterregierung gewannen dogmatische Auffassungen der Ultralinken die Oberhand. Die richtige Politik des Kampfes um eine Arbeiterregierung als Entwicklungsstufe auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats wurde aufgegeben und der Begriff Arbeiterregierung seinem Klasseninhalt nach mit der Diktatur des Proletariats gleichgesetzt.

Unter dem Einfluß der leninistischen Kräfte, besonders von Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Ernst Thälmann und Clara Zetkin, die einen Brief an den Parteitag geschrieben hatte, sowie der Vertreter des EKKI, verurteilte der Parteitag den Austritt von Kommunisten aus den Gewerkschaften als „Fahnenflucht"[12]; er verpflichtete alle Parteimitglieder, die Arbeit in den Verbänden des ADGB fortzusetzen oder wiederaufzunehmen. Infolge des hartnäckigen Widerstandes der Ultralinken wurde jedoch die Direktive „Zurück in die freien Gewerkschaften!" nicht in den Beschluß des Parteitages aufgenommen und die

12 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD, S. 391.

Vereinigung der Sonderorganisationen, denen etwa 70 000 klassenbewußte Arbeiter angehörten, mit den Verbänden des ADGB nicht festgelegt.

Nach den Erfahrungen des Jahres 1923 war es noch dringlicher, die KPD auf der Grundlage von Betriebszellen aufzubauen, um die Partei in den Betrieben fest zu verwurzeln. Als einer der Sprecher der revolutionären Kräfte in der Partei forderte Walter Ulbricht auf dem Parteitag, diese Aufgabe kurzfristig zu lösen. Die Ultralinken hinderten jedoch den Parteitag, in der Organisationsfrage eine eindeutige Entscheidung zu treffen, weil sie einer Erhöhung der Rolle der Betriebsarbeiter in der Partei ablehnend gegenüberstanden.

Ablauf und Ergebnisse des 9. Parteitages zeugten von der schweren Lage, in der sich die KPD befand. Unter dem starken Einfluß der Ultralinken vermochte er nicht, wesentliche Fragen der Politik der Partei richtig zu beantworten. In der Partei gab es tiefe Meinungsverschiedenheiten über die Lehren des Jahres 1923, über die Veränderungen in der objektiven Lage nach der Niederlage der Arbeiterklasse im Herbst 1923, über Grundprobleme der Strategie und Taktik.

Diese Lage widerspiegelte sich auch bei der Wahl der Zentrale auf dem Parteitag. Der kleinbürgerlichen Gruppe um Ruth Fischer, Iwan Katz, Arkadi Maslow, Arthur Rosenberg, Paul Schlecht und Werner Scholem gelang es, nicht nur in der neuen Zentrale, sondern auch im Zentralausschuß, in der Redaktion der Zeitschrift „Die Internationale" und in anderen leitenden Parteiorganen großen Einfluß zu erlangen. Der Parteitag wählte aber auch solche hervorragenden Revolutionäre wie Wilhelm Florin, Ottomar Geschke und Ernst Thälmann in die Parteiführung, die bei der Kritik der opportunistischen Fehler Heinrich Brandlers und seiner Anhänger gemeinsam mit den Ultralinken vorgingen, ohne jedoch mit deren Grundposition übereinzustimmen. Im Ringen um eine leninistische Politik der Partei verband sich diese Arbeitergruppe in den folgenden Monaten immer enger mit den anderen leninistischen Mitgliedern in der Zentrale der KPD, wie Hugo Eberlein, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck und Ernst Schneller. Unter dem ultralinken Einfluß wurden auf dem 9. Parteitag Edwin Hoernle, Wilhelm Koenen, Walter Stoecker, Walter Ulbricht und Clara Zetkin nicht wieder in die Zentrale gewählt. Das Polbüro leitete nach dem Parteitag zunächst Arkadi Maslow und seit Juni 1924 Ruth Fischer.

Die weitere marxistisch-leninistische Entwicklung der Partei und

der Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte in der Parteiführung erfolgte in einem längeren Prozeß schwieriger innerparteilicher Auseinandersetzungen zur Durchsetzung des Leninismus in der Kommunistischen Partei Deutschlands, im schweren Kampf gegen das weitere Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und die sozialdemokratische Koalitionspolitik.

2. Der Kampf der KPD gegen den Dawes-Plan

Am 9. April 1924 übergaben die beiden Sachverständigenausschüsse ihre Vorschläge zur Lösung der Reparationsfrage – die als Dawes-Plan in die Geschichte eingegangen sind – an die Reparationskommission. Nach den Vorschlägen des maßgeblich von den USA beeinflußten Dawes-Komitees sollten die jährlichen Reparationsleistungen Deutschlands zunächst eine Milliarde Goldmark betragen und bis 1928/1929 auf 2,5 Milliarden steigen. Gesamtumfang und Dauer dieser Zahlungen blieben ungeregelt. Damit diese ungeheuren Summen wirklich aufgebracht werden könnten, schlugen die ausländischen Finanziers unter anderem vor, Deutschland solle dafür seine Einnahmen aus Zöllen und den Steuern auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker verpfänden, den Ertrag der Beförderungssteuer abliefern und die Reichsbahn und die Industrie mit Schuldverschreibungen in Höhe von elf beziehungsweise fünf Milliarden Goldmark belasten. Die Sachverständigen empfahlen weiter, den deutschen Staatshaushalt, die Reichsbank und die Reichsbahn der Kontrolle durch ausländische Kommissare zu unterwerfen und die Reichsbahn in eine privatwirtschaftlich arbeitende Aktiengesellschaft umzuwandeln, an der sowohl das Reich wie die Reparationsgläubiger beteiligt sein sollten. Aufgabe eines Reparationsagenten mit weitreichenden Befugnissen sollte es sein, die Reparationszahlungen zu überwachen.

Die im Gutachten der Sachverständigen vorgesehene Einschränkung der Souveränitätsrechte Deutschlands ging noch weit über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinaus. Dafür sagte der Dawes-Plan die Aufhebung aller der wirtschaftlichen und der finanziellen Einheit Deutschlands entgegenstehenden Besatzungsmaßnahmen und eine internationale Anleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark zu, damit die Währung gefestigt, die Mark wieder auf Goldbasis

gestellt und die Reparationszahlungen im ersten Jahr ohne Inanspruchnahme des Staatshaushalts finanziert werden könnten.

Die „Empfehlungen" des Sachverständigengutachtens waren auf die „wirtschaftliche Wiederherstellung"[13] des imperialistischen Deutschlands gerichtet, damit es seinen Verpflichtungen gegenüber den Reparationsgläubigern nachkommen könnte. Großbritannien und die USA verfolgten mit ihren Vorschlägen zugleich das besondere Ziel, den französischen Einfluß im kapitalistischen Europa zurückzudrängen und Deutschland in ein von ihnen abhängiges Land zu verwandeln, das ihren Kapitalanlagen Sicherheit bot. Darüber hinaus beabsichtigten die Westmächte, das kapitalistische Deutschland mit Hilfe des Dawes-Planes in ein Bollwerk des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion und die revolutionäre Bewegung in Mitteleuropa zu verwandeln.

Trotz seiner einschneidenden Bestimmungen kam der Dawes-Plan den nächsten Zielen des deutschen Finanzkapitals entgegen; denn die vorgeschlagenen ökonomischen und finanziellen Regelungen stellten die Reparationsfrage von einer vorwiegend politisch-militärischen auf eine wirtschaftliche Grundlage. Die ausländischen Anleihen, die nach einer imperialistischen Verständigung über das Reparationsproblem zu erwarten waren, mußten einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung gewährleisten. Militärische Zwangsmaßnahmen und Eingriffe der alliierten Militärbehörden in das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete sollten in Zukunft nicht mehr erfolgen. Der Dawes-Plan mußte die Westmächte an der ökonomischen Stärkung des deutschen Imperialismus unmittelbar interessieren, weil sie nur so damit rechnen konnten, daß die Reparationsquellen fließen und die Zinsen und Tilgungsbeträge für die Deutschland gewährten Kredite zurückgezahlt wurden. Dies war auch die Absicht der tonangebenden Kreise des deutschen Imperialismus, die Gustav Stresemann schon 1922 mit den Worten ausgedrückt hatte, man müsse nur genug Schulden haben, damit der Gläubiger seine eigene Existenz mitgefährdet sehe, falls der Schuldner zusammenbreche. Aus all diesen Gründen betrachtete das deutsche Finanzkapital den Dawes-Plan als eine Etappe auf dem Wege zur imperialistischen Revision des Versailler Vertrages.

Nach den im Dawes-Plan vorgesehenen Regelungen mußten die Reparationszahlungen die werktätige Bevölkerung drückend belasten, denn sie hatte den größten Teil des Betrages aufzubringen, der aus

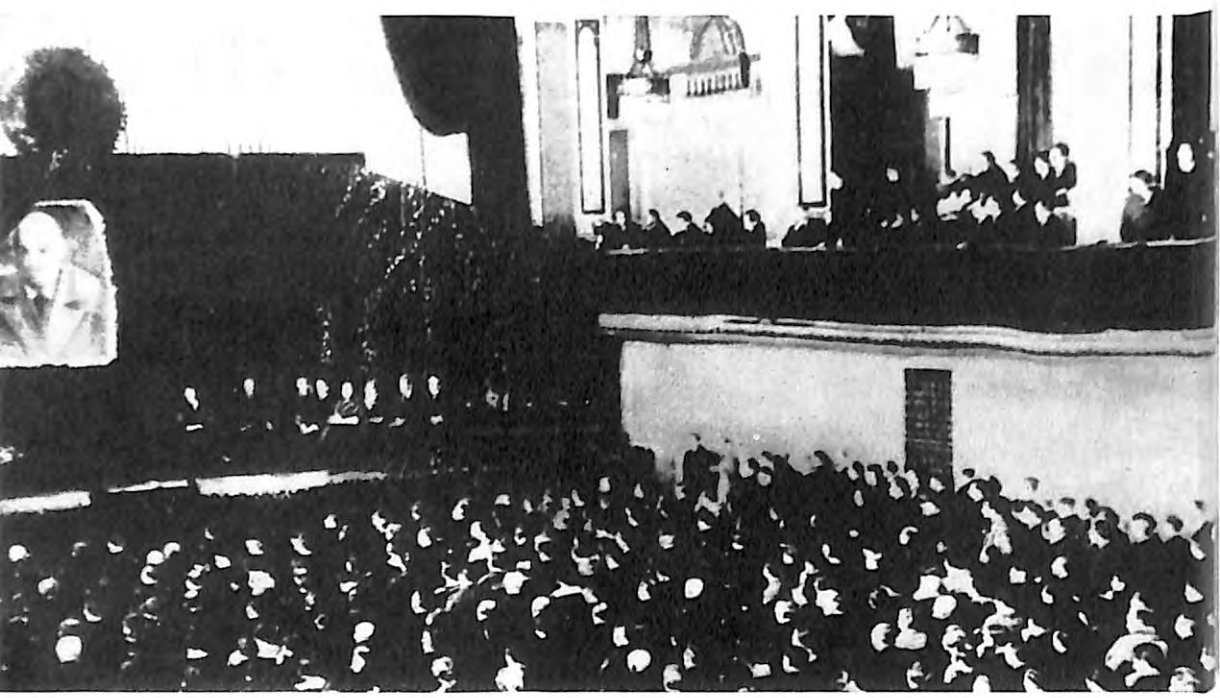
[13] Die Sachverständigen-Gutachten. Der Dawes- und Mc. Kenna-Bericht mit Anlagen, Frankfurt (Main) 1924, S. 50.



W. I. Lenin auf dem Totenbett



Die Beisetzung W. I. Lenins auf dem Roten Platz in Moskau, 27. Januar 1924



Gedenkfeier der KPD anläßlich des Todes W. I. Lenins, 27. Januar 1924



Die Internationale Arbeiterhilfe unterstützt streikende
und ausgesperrte Bergarbeiter in Oelsnitz (Erzgebirge), Frühjahr 1924



Ausgesperrte Chemiearbeiter in Ludwigshafen, März 1924

Das Sachverständigengutachten der Bankiers der Arbeiter

Was bringt der Londoner Vertrag?

1. Deutschland hat jährlich an Reparationen zu leisten:

2500 000 000 GM

2. Dazu müssen beitragen:

Einkünfte der Eisenbahn	660 Millionen
Beförderungssteuer	290 Millionen
Zinsen für Industrie-Schuldverschreibungen	300 Millionen
Zölle und Steuern auf Tabak, Bier, Alkohol, Zucker	1250 Millionen
	2500 Millionen

3. Zur Sicherstellung der Zahlungen wird Deutschland unter Kontrolle von Kommissaren gestellt (je einer für Eisenbahn, Zölle und Steuern, Industrieschuldverschreibungen, Reichsbank, Reparationsfonds).

4. Damit wird Deutschland zur Kolonie der imperialistischen Raubstaaten herabgedrückt, die Proletarier werden zur gewaltigen Massenarbeitslosigkeit, zu vermehrtem Lohnelend, zu größerem Hunger und mehr Arbeit verurteilt.

Die Arbeiterklasse soll zahlen.

Wer hat diesem Schandvertrag zugestimmt?

Der Bürgerblock und die Sozialdemokratie.

Was fordern die Kommunisten?

1. Den Achtstundentag und menschenwürdige Löhne für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte.

2. Reparationen müssen, solange nicht durch den revolutionären Kampf des internationalen Proletariats die Verträge der Imperialisten zerrissen sind, durch Beschlagnahme der großen Vermögen u. der Profite der Banken, der Großindustriellen u. Junker, aufgebracht werden.

3. Zur Sicherstellung von Achtstundentag, auskömmlichen Löhnen, Bezahlung der Lasten durch die Besitzenden, muß die gesamte Wirtschaft unter Kontrolle des Proletariats gestellt werden. Darum: Nationalisierung der Banken! Sozialisierung der Industrie und des Großgrundbesitzes!

4. Für ein Arbeiter-Deutschland wird die Sozialisierung durchführen, gestützt auf das Bündnis mit Sowjetrußland, unterstützt von den revolutionären Arbeitern aller Länder, die für den Sturz des Weltimperialismus kämpfen.

Die besitzende Klasse muß zahlen!

Werktätige Männer und Frauen, entscheidet Euch!

Das Arbeiter-Gutachten muß im Kampfe erzwungen werden!

Nieder mit den Imperialisten und ihren Agenten! Es lebe der Befreiungskampf der werktätigen Massen!

Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Plakat der KPD gegen den Dawes-Plan, September 1924



Antikriegsplakat Käthe Kollwitz'



Ernst Thälmann



Trauerdemonstration der Halleschen Bevölkerung zu Ehren der Opfer des Polizeiüberfalls, März 1925



Kundgebung der Halleschen Bevölkerung zu Ehren der Opfer des Polizeiüberfalls, März 1925



Streik der Eisenbahner in Berlin, März 1925



Meeting zur Begrüßung der ersten deutschen Arbeiterdelegation
in den Leningrader Putilow-Werken, 15. Juli 1925

dem Reichshaushalt und von der Reichsbahn an die Siegermächte gezahlt werden sollte. Letztlich mußte das Volk auch die Bürde tragen, die formell den Kapitalisten zugedacht war, denn diese hatten genügend Möglichkeiten, auch diese Belastung auf das arbeitende Volk abzuwälzen.

Der Dawes-Plan konnte keineswegs einen dauerhaften wirtschaftlichen Frieden zwischen den alliierten Staaten und Deutschland und den „Eintritt in ein neues Zeitalter des vom Kriege nicht bedrohten Glückes und Gedeihens“[14] für die Völker Europas mit sich bringen, wie Charles Dawes in einem Schreiben an die Reparationskommission überschwenglich zum Ausdruck brachte. Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus mußte unvermeidlich das Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Staaten grundlegend verändern, neue Konflikte um die Aufteilung der Welt hervorrufen und die Pläne der aggressivsten Kreise des deutschen Finanzkapitals und des Militarismus fördern, die Kriegsniederlage durch einen Revanchekrieg wettzumachen. Außerdem hatte der Dawes-Plan eine deutliche antisowjetische Stoßrichtung; denn nach seinen Bestimmungen konnte Deutschland seine Reparationsschuld nur abtragen, wenn es seinen Export steigerte. Da die Siegermächte aber nicht daran interessiert waren, daß sich der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt durch eine erhöhte deutsche Ausfuhr weiter verschärfte, waren sie bestrebt, die deutsche Exportoffensive – zumindest teilweise – nach der Sowjetunion zu lenken. Dabei hegten die Westmächte die Hoffnung, daß auch dies dazu beitragen werde, die UdSSR von den kapitalistischen Staaten ökonomisch abhängig zu machen und ihren Aufstieg zu einem starken sozialistischen Industrieland zu erschweren.

Nachdem das Sachverständigengutachten veröffentlicht worden war und das Kabinett Marx dem Dawes-Plan am 15. April 1924 als Verhandlungsgrundlage für eine Lösung der Reparationsfrage zugestimmt hatte, rückten die Debatten über die neue Reparationsregelung in den Mittelpunkt des politischen Geschehens in Deutschland. Sie beeinflußten bereits den Wahlkampf zum zweiten Reichstag. Jede der bürgerlichen Parteien nahm für sich das Hauptverdienst um die „Rettung Deutschlands“ in Anspruch, wobei die Deutsche Volkspartei die Tätigkeit Gustav Stresemanns und die Deutsche Demokratische Partei die Rolle Hjalmar Schachts pries; die Deutschnationale Volkspartei wiederum stellte die angeblichen Leistungen von Karl Helfferich bei

[14] Ebenda, S. 5.

der Schaffung der Rentenmark in den Vordergrund. Obwohl alle bürgerlichen Parteien, wenn auch in unterschiedlich hohem Maße, für die Not des Volkes die Verantwortung trugen, machten sie vor allem den Versailler Vertrag und den Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Finanzkapital für die schwere Lage des Volkes verantwortlich. Die Regierungsparteien versuchten, den Anschein zu erwecken, nur ihre Politik verhindere eine neue Inflation, gewährleiste den Wiederaufstieg Deutschlands und weise den besten Weg zu Deutschlands Befreiung vom Versailler Vertrag. Sie bezeichneten sich als Sachwalter der Interessen aller Schichten des Volkes und versprachen wortreich, seine Belange gegen „Wucher", „Ausbeutung" und „ungerechte Belastung" zu vertreten. Während die Deutsche Demokratische Partei und das Zentrum die republikanische Staatsform verteidigten, tat dies die Deutsche Volkspartei hingegen nicht ohne Vorbehalte.

Die Deutschnationale Volkspartei aber leitete eine nationalistische Agitation gegen das Sachverständigengutachten unter den Losungen ein: „Zerreißung des Lügengewebes von deutscher Kriegsschuld. Los von dem Diktat von Versailles! Ablehnung aller Versuche, zu den alten Ketten neue zu schmieden. Keine Scheinfreiheit um den Preis unerträglicher Opfer."[15] Lautstark wandten sich die Deutschnationalen gegen die Annahme des Dawes-Planes, die sie als eine freiwillige Anerkennung des Versailler Vertrages bezeichneten, und Kuno Graf von Westarp äußerte, in der Wahlbewegung werde „darum gekämpft, eine Mehrheit zu schaffen, die der Erfüllungspolitik ein Ende macht"[16]. Raffiniert knüpften die Deutschnationalen an die Empörung des Kleinbürgertums über die Inflation an und machten neben dem Versailler Vertrag auch die republikanische Staatsform, die „Demokratie", für die nationale und soziale Notlage verantwortlich. Demagogisch verlangten sie die Beseitigung der „Allmacht des Parlaments", der angeblichen „Herrschaft des Marxismus" und des „Judentums"; eifrig verfochten die Deutschnationalen die Wiederherstellung eines monarchistischen Staates. Die faschistischen Gruppierungen verbreiteten den rohesten Antisemitismus und propagierten die Errichtung einer terroristischen „nationalen Diktatur", damit Deutschland – wie sie demagogisch verkündeten – seiner „inneren und äußeren Befreiung" entgegengeführt werden könne.

15 Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei. In: Reichstags-Handbuch. II. Wahlperiode 1924. Hrsg. vom Bureau des Reichstags, Berlin 1924, S. 294.

16 Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung (Berlin), 19. April 1924 (Abendausgabe).

Der Parteivorstand der VSPD erhob seine Stimme gegen das volksfeindliche Treiben der Kriegs- und Inflationsgewinnler und führte den Wahlkampf unter den Leitworten: „Für die Republik, gegen die Monarchie! Für den sozialen Fortschritt, gegen die soziale Reaktion! Für die Wirtschaftsdemokratie, gegen die Diktatur der kapitalistischen Monopole! Für die Völkerverständigung, gegen den internationalen Militarismus!“[17] Derartige Erklärungen erweckten aber ebenso wie die Versicherung des Parteivorstandes, die Sozialdemokratie erstrebe „die Fortbildung der bürgerlichen Republik zum sozialistischen Volksstaat“[18], in den Reihen der sozialdemokratischen Wähler neue Hoffnungen auf einen Weg zum Sozialismus im Rahmen des monopolkapitalistischen Staates. Die maßgeblichen Sozialdemokraten lehnten jedoch nach wie vor jeden Massenkampf ab, der allein es ermöglichen konnte, den Staatsapparat von Monarchisten und Militaristen zu säubern und die Macht der Konzerne einzuschränken und zu brechen.

Die KPD vertrat auch im Wahlkampf konsequent ihre den sozialen und nationalen Interessen des Volkes entsprechende Politik. In ihrem Wahlaufruf vom 2. April 1924 wandte sich die Zentrale der KPD mit folgenden Worten an Arbeiter, Beamte, Angestellte, Kleinbauern und Kleingewerbetreibende: „Nicht mit dem Stimmzettel, nur im offenen Kampfe der Klassen, im Betriebe, im Kontor, auf der Straße, durch den Kampf der ungeheuren Millionenmassen der Ausgebeuteten gegen die organisierte und bewaffnete Macht der Ausbeuter wird euer Elend gewendet, werdet ihr zu Herren eures Schicksals.“[19] Die Kommunisten lehnten jeden Versuch der imperialistischen Mächte, die Reparationsfrage auf Kosten des deutschen Volkes zu lösen, entschieden ab und wiesen nach, daß seine Lebensfragen nicht durch die Anlehnung an den amerikanischen Imperialismus, sondern nur durch die Befreiung Deutschlands von seinen monopolkapitalistischen Machthabern und durch die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu lösen waren.

Auf einer internationalen Konferenz am 1. Mai 1924 in Berlin machten die Vertreter der Kommunistischen Partei Belgiens, Deutschlands, Frankreichs und Italiens sowie der kommunistischen Jugendverbände

[17] Wahlaufruf der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Reichstags-Handbuch. II. Wahlperiode 1924, S. 304.

[18] Ebenda, S. 303.

[19] Wahlaufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: Reichstags-Handbuch. II. Wahlperiode 1924, S. 311.

Deutschlands und Frankreichs auf die Gefahren des Dawes-Planes aufmerksam und kennzeichneten ihn als eine Verschwörung der internationalen Bourgeoisie gegen das deutsche Volk und die Völker Europas. Die Konferenz wandte sich an die Arbeiter ganz Europas mit dem Aufruf, durch gemeinsamen Widerstand diesen Ausplünderungsplan zunichte zu machen.

Am 4. Mai 1924 fanden die Reichstagswahlen statt, an deren Vorabend die Reichsregierung durch eine provokatorische polizeiliche Durchsuchung des Gebäudes der Handelsvertretung der UdSSR in Berlin den antisowjetischen Grundzug ihrer Außenpolitik erneut offenbart hatte. Das Wahlergebnis widerspiegelte, wie sehr sich das Verhältnis der Klassenkräfte seit Oktober 1923 zugunsten des Monopolkapitals und des Junkertums verändert hatte. Die Deutschnationale Volkspartei hatte es durch ihren zügellosen Chauvinismus, ihre monarchistische Agitation und ihre soziale Demagogie verstanden, breite Schichten des Kleinbürgertums in Stadt und Land zu täuschen und einen beachtlichen Wahlerfolg zu erzielen. Von 29,3 Millionen gültigen Stimmen erhielt sie 5,7 Millionen. Da sich der deutschnationalen Fraktion die Abgeordneten des großagrarischen Reichslandbundes anschlossen, stellte sie die stärkste Fraktion des neuen Reichstages. Das Zentrum errang gemeinsam mit der Bayerischen Volkspartei 4,9, die Deutsche Volkspartei 2,7, die Deutsche Demokratische Partei 1,7 und der völkisch-nationalsozialistische Block 1,9 Millionen Stimmen.

Für die VSPD gaben 6 Millionen Wähler, vornehmlich aus der Arbeiterklasse, ihre Stimme ab. Obwohl viele Werktätige in der Nachkriegszeit oftmals von der Haltung der Sozialdemokratie enttäuscht worden waren, glaubten große Kreise des arbeitenden Volkes weiterhin, daß die sozialdemokratische Politik ihre Interessen verteidige, die Reaktion zügele, die demokratischen Errungenschaften sichere und daß es möglich sei, mit Reformen im bürgerlichen Staat zum Sozialismus voranzuschreiten. Obwohl die KPD sich monatelang in der Illegalität befunden hatte und die antikommunistische Hetze von der Reaktion immer wieder hochgepeitscht worden war, stimmten für die KPD 3,7 Millionen Wähler, vor allem aus der Arbeiterbevölkerung in den Industriegebieten. Unter den 62 kommunistischen Reichstagsabgeordneten befanden sich Max Benkwitz, Albert Buchmann, August Creutzburg, Philipp Dengel, Emil Eichhorn, Wilhelm Florin, Ernst Grube, Fritz Heckert, Emil Höllein, Anton Jadasch, Wilhelm Koenen, Max Lademann, Rudolf Lindau, Willi Münzenberg, Robert Nedder-

meyer, Hans Pfeiffer, Siegfried Rädel, Hermann Remmele, Walter Stoecker, Ernst Thälmann und Clara Zetkin.

Nach der Reichstagswahl sprach sich ein Teil der deutschnationalen Parteiführung für den Eintritt in die Reichsregierung aus, den auch die bisherigen Regierungsparteien – mit Ausnahme der Deutschen Demokratischen Partei – befürworteten. Ein anderer Flügel der Deutschnationalen dagegen hielt eine weitere oppositionelle Haltung der Deutschnationalen Volkspartei für zweckmäßiger, um sie nicht mit der Verantwortung für die Politik der Reichsregierung bei den bevorstehenden Verhandlungen über den Dawes-Plan zu belasten. Da die wochenlangen Diskussionen zwischen den bürgerlichen Parteien über den Eintritt deutschnationaler Minister in die Reichsregierung ergebnislos verliefen, stellte schließlich Wilhelm Marx am 4. Juli 1924 dem Reichstag sein altes Kabinett als zweite Regierung Marx vor. Wie ihre Vorgängerin konnte auch dieses Minderheitskabinett nur dank sozialdemokratischer Unterstützung regieren.

Die militaristischen Verbände gingen nach dem Wahlerfolg der Reaktion noch provozierender gegen die Arbeiterschaft vor. Der Stahlhelm zählte 1924 etwa 400 000 und der Jungdeutsche Orden annähernd 200 000 Mitglieder; dem Kyffhäuserbund gehörten 30 000 Kriegervereine mit etwa drei Millionen Mitgliedern an. Die Paraden, Fahnenweihen und halbmilitärischen Übungen dieser Organisationen lösten einander ab. Mutig stellten sich ihnen in vielen Orten – wie in Fürstenwalde, Jena und Neubrandenburg – die von der KPD geführten klassenbewußten Arbeiter entgegen; sie verteidigten standhaft die demokratischen Rechte, häufig gemeinsam mit sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären.

Als die sogenannten Vereinigten Vaterländischen Verbände für den 10./11. Mai 1924 einen „Deutschen Tag" in Halle ankündigten, antwortete die KPD mit dem Aufruf zu einem „Deutschen Arbeitertag". Die Parteiorganisationen im Bezirk Halle-Merseburg mobilisierten die Arbeiter zur Abwehr des Aufmarsches der Militaristen. Dabei zeichnete sich die kommunistische Betriebszelle der Leunawerke besonders aus, die seit März 1924 den „Leuna-Prolet" – eine der ersten Betriebszellenzeitungen der KPD – herausgab. Ungeachtet aller Schwierigkeiten, kamen Zehntausende Arbeiter aus vielen Teilen Deutschlands unter großen persönlichen Opfern nach Halle, um sich hier, alle Verbote mißachtend, mit ihren mitteldeutschen Klassengenossen zum Protest gegen den Aufmarsch der Militaristen zu ver-

einen. Die von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Runge befehligten Polizeihundertschaften gingen äußerst brutal vor, um den Deutschen Arbeitertag zu verhindern. Polizeieinheiten schlossen Tausende Arbeiter in der traditionellen proletarischen Versammlungsstätte, im „Volkspark", ein und verwehrten vielen Arbeitern in den Halleschen Vororten den Zutritt zur Innenstadt. Trotzdem kam es zu antimonarchistischen Demonstrationen. Als die Polizeibüttel im Vorort Böllberg einen Demonstrationszug auseinanderschlugen und das Feuer eröffneten, setzten sich viele Arbeiter erbittert zur Wehr, entwaffneten Polizisten und erwiderten in ihrer Empörung das Feuer. In diesen ungleichen Auseinandersetzungen wurden drei Arbeiter getötet und viele verletzt. Erst nach Einsatz mehrerer Polizeihundertschaften konnte der Widerstand der Arbeiter gebrochen werden. Hunderte Demonstranten wurden verhaftet, viele von ihnen brutal mißhandelt.

Die Ereignisse in Halle bewiesen offenkundig, wie notwendig es war, daß die Arbeiterklasse den militaristischen Vereinigungen organisiert entgegentrat. Das am 22. Februar 1924 von der VSPD gemeinsam mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei gegründete Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer, wurde den Erfordernissen des konsequenten antimilitaristischen Kampfes nicht gerecht. Das Reichsbanner wandte sich zwar gegen die „deutschen Nationalisten", verurteilte den Antisemitismus und forderte, alle wichtigen Ämter in Verwaltung, Schule, Justiz, Reichswehr und Polizei dürften nur von Republikanern ausgeübt werden. Gleichzeitig waren die Angehörigen des Reichsbanners aber angewiesen, den monopolkapitalistischen Weimarer Staat zu verteidigen, hieß es doch im Gründungsaufruf: „Deutschland darf nicht untergehen! Es kann sich aber nur erhalten und wieder erstarken als Republik... Der Bund wird keine eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele verfolgen. Die Lösung dieser Aufgabe sei den dazu berufenen republikanischen Parteien und wirtschaftlichen Verbänden überlassen. In seine Reihen nimmt der Bund jeden Kriegsteilnehmer auf, der mit Herz und Hand für die Deutsche Republik einzutreten gewillt ist. Kommunisten und Monarchisten haben im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold keine Stätte."[20]

Die Bundesleitung des Reichsbanners unter Otto Hörsing, einem der Verantwortlichen für die Märzprovokation von 1921, ordnete diese antimilitaristische Organisation den Bedürfnissen der Koalitions-

[20] Vorwärts (Berlin), 7. März 1924 (Morgenausgabe).

politik unter und weigerte sich, das Reichsbanner kompromißlos gegen die militaristisch-faschistische Bewegung einzusetzen. Statt dessen gab die Bundesleitung dieser republikanischen Vereinigung auch eine antikommunistische Zielsetzung. Dies vertiefte die Spaltung der Arbeiterklasse und leistete den antirepublikanischen Kräften Vorschub. Trotzdem sahen die Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie und nicht wenige aufrechte Demokraten im Reichsbanner ein wirksames Instrument zur Verteidigung der Republik und der demokratischen Rechte. Daher zählte das Reichsbanner bereits in den ersten Monaten nach seiner Gründung über 700 000 Mitglieder, vornehmlich Arbeiter, von denen allerdings nur ein Teil aktiv tätig war.

Da die militaristische Reaktion immer mehr erstarkte, wurde die Gründung einer auf den Positionen des revolutionären Klassenkampfes stehenden antimilitaristischen Massenorganisation immer dringlicher. Die Zentrale der KPD beriet daher im Mai 1924 – nach den Vorgängen in Halle – über die Schaffung einer Schutz- und Wehrorganisation der Arbeiterklasse. Nachdem sich die meisten Bezirksleitungen für die Bildung einer solchen Organisation ausgesprochen hatten, beschloß die Parteiführung, einen Roten Frontkämpferbund (RFB) zu bilden und mit seinem Aufbau in den Bezirken der KPD Halle-Merseburg und Groß-Thüringen zu beginnen.

Am 29. Juli 1924 veröffentlichte der „Klassenkampf" – die Zeitung der Bezirksorganisation der KPD Halle-Merseburg – einen Aufruf zur Gründung des RFB, in dem es hieß: „Der ‚Rote Frontkämpferbund', der jetzt ins Leben gerufen wird, ist die Organisation der proletarischen Frontkämpfer, die unter Leitung von proletarischen Frontkämpfern im Gegensatz zu den vaterländischen Verbänden... die Parole ‚Krieg dem imperialistischen Kriege' auf ihre Fahnen geschrieben hat."[21] Zwei Tage später – am 31. Juli 1924 – wurde auf Vorschlag von Kommunisten, wie Gustav Borrmann und Richard Richter, in Halle eine Ortsgruppe des RFB gegründet.

Nach der Bildung einer provisorischen Bundesführung bauten antimilitaristische Arbeiter in den meisten Bezirken mit Unterstützung der Parteiorganisationen der KPD Organisationen des Roten Frontkämpferbundes auf. Zunächst entwickelte er sich allerdings nur langsam; denn die Staatsorgane legten seiner Schaffung erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Der Parteivorstand der VSPD untersagte den Sozialdemokraten den Beitritt. Außerdem schätzte die Fischer-Mas-

[21] Klassenkampf (Halle), 29. Juli 1924.

low-Gruppe in der Zentrale der KPD die Bedeutung dieser Massenorganisation gering ein, so daß ihr auch manche Parteiorganisationen anfangs nur wenig Aufmerksamkeit widmeten. Trotz dieser Erschwernisse traten bereits im Herbst 1924 die ersten Abteilungen des RFB, vorerst mit roten Armbinden als äußerem Kennzeichen, in der Öffentlichkeit auf und warben für die proletarische Wehrorganisation. Am 22. August 1924 gründeten junge Arbeiter in Jena den Roten Jungsturm – später Rote Jungfront genannt – als Jugendabteilung des RFB, in der sich ein Teil der antimilitaristischen Arbeiterjugend zusammenschloß.

Dank der Einsatz- und Opferbereitschaft der klassenbewußten Arbeiter entwickelte sich der Rote Frontkämpferbund in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zu einer starken revolutionären Massenorganisation. Auch darin zeigte sich die zunehmende Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus und die militaristisch-faschistische Reaktion. Der RFB appellierte an die ehemaligen Soldaten des Weltkrieges von 1914 bis 1918, Lehren aus dem Völkermord zu ziehen und den Brandstiftern eines neuen Krieges organisiert entgegenzutreten. Im Sinne Karl Liebknechts leistete der Rote Frontkämpferbund eine wirksame antimilitaristische Erziehungsarbeit, vornehmlich in der Arbeiterschaft; er trug wesentlich dazu bei, die aggressiven Pläne des Finanzkapitals und die geheimen Rüstungsvorbereitungen der Reichswehr zu enthüllen. Der RFB, der die militaristisch-faschistischen Kräfte kompromißlos bekämpfte, führte eindrucksvolle antimilitaristische Kundgebungen durch und schützte die Versammlungen von Arbeiterorganisationen vor Überfällen der Militaristen. Er bekannte sich zum proletarischen Internationalismus und setzte sich standhaft für die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion ein. Der Gruß der Roten Frontkämpfer „Rot Front" und die erhobene geballte Faust waren in jenen Jahren Symbol der Verbundenheit von Millionen Revolutionären in vielen Ländern der Welt.

Der RFB vermittelte seinen Mitgliedern nicht nur politisches Wissen, sondern auch militärische Kenntnisse und sorgte sich um die körperliche Ertüchtigung der Roten Frontkämpfer. Zahlreiche Übungsmärsche bei Tag und bei Nacht dienten der Wehrerziehung der Kameraden des RFB. Seine Stärke beruhte auf der straffen Organisiertheit und der bewußten Disziplin seiner Mitglieder, die in Gruppen, Zügen und Kameradschaften zusammengefaßt waren. Alle Funktionäre, vom

Gruppenführer bis zum Bundesvorsitzenden, wurden gewählt und – bis zu den Bezirksfunktionären – von der jeweils übergeordneten Leitung bestätigt. Über die Tätigkeit des Bundes entschieden die Mitglieder in Versammlungen und Delegiertenkonferenzen. Auf diese Weise konnte der Rote Frontkämpferbund seinen Aufgaben als demokratische Massenorganisation und proletarischer Wehrverband hervorragend gerecht werden.

Der Höhepunkt der proletarischen Abwehrkämpfe im Jahre 1924 war der Widerstand der Bergarbeiter gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Wesentlich vom Kampf der KPD und der Union der Hand- und Kopfarbeiter für die Verteidigung der Siebenstundenschicht im Bergbau unter Tage beeinflußt, setzten sich die Kumpel im Ruhrgebiet gegen die Verlängerung eines bis zum 1. Mai 1924 befristeten Abkommens zwischen dem Unternehmerverband und den Bergarbeiterorganisationen zur Wehr, in dem die achtstündige Arbeitszeit festgelegt war. Die Zechenherren lehnten die Wiedereinführung der Siebenstundenschicht und die Lohnforderungen der Belegschaften rigoros ab. Unter dem Druck der Bergleute sah sich der Verband der Bergarbeiter Deutschlands gezwungen, staatliche Schiedssprüche abzulehnen, die den Wünschen der Zechengewaltigen weitgehend entsprachen. Den Monopolherren gegenüber beteuerten leitende Gewerkschaftsfunktionäre allerdings immer wieder, sie hätten nichts gegen wirklich notwendige Mehrarbeit einzuwenden, wenn nur die Siebenstundenschicht prinzipiell anerkannt bliebe. Am 30. April 1924 rief eine Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Ruhrgebiet die Bergleute auf, nach siebenstündiger Arbeit die Gruben zu verlassen. Als dies in den ersten Maitagen zahlreiche Belegschaften im Ruhrgebiet befolgten – das gleiche geschah im oberschlesischen und im sächsischen Steinkohlenbergbau –, gingen die Zechengewaltigen zunächst zu Teilaussperrungen und schließlich am 5. und 6. Mai 1924 zur Aussperrung aller 400 000 Bergarbeiter an der Ruhr, der 25 000 Kumpel in Sachsen und der 65 000 Bergleute in Oberschlesien über. Angesichts dieses rücksichtslosen Vorgehens des Grubenkapitals forderte der Verband der Bergarbeiter Deutschlands die Bergarbeiter zu einheitlichem Widerstand gegen die Willkür der Monopolherren auf.

Unter hervorragendem Anteil der KPD und vieler Sozialdemokraten entstand in den Bergrevieren eine feste Abwehrfront, die dank der Tatkraft der Kommunisten in Oberschlesien und in Sachsen besondere Geschlossenheit erlangte. Auf deren Vorschlag hin wählten die

Ausgesperrten häufig Kampfleitungen. In vielen Orten gingen Gruppen von Arbeitern von Haus zu Haus, erläuterten der Bevölkerung die Ursachen des Kampfes und warnten vor jedem Streikbruch. In nicht wenigen Orten erreichten die Bergarbeiter – die von den Gemeinden im allgemeinen Erwerbslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung erhielten – mit Hilfe der kommunistischen und der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß die Verwaltungen die Notlage der Ausgesperrten auch mit kommunalen Mitteln linderten. In einigen Bezirken gab die Internationale Arbeiterhilfe für die Ausgesperrten und ihre Familien Essen aus. Auch Geschäftsleute und Kleinbauern halfen mitunter, indem sie den Kampf- und Streikleitungen Geldbeträge und Lebensmittel zur Verfügung stellten. Alle Vorschläge der Kommunisten an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, auch andere Arbeitergruppen in die Abwehrfront einzubeziehen, lehnten die Führer des Bergarbeiterverbandes ab, obwohl die Verbreiterung der Abwehrfront die Aussichten auf einen Erfolg des Widerstandes erheblich verbessert hätte. Nach längeren Verhandlungen mit den Vertretern der Unternehmer und den staatlichen Schlichtern beugte sich die Verbandsleitung einem am 29. Mai 1924 vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruch, der für die Bergarbeiter völlig unbefriedigend war. Am 1. Juni 1924 nahmen die Bergleute im Ruhrgebiet nach Aufforderung durch den Verband der Bergarbeiter Deutschlands die Arbeit wieder auf. In Sachsen dauerte die Auseinandersetzung der Bergleute mit dem Grubenkapital noch bis Mitte Juni 1924. Die Bergarbeiter errangen beträchtliche Lohnerhöhungen; die Siebenstundenschicht aber konnte wegen der nachgiebigen Haltung der leitenden Funktionäre des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nicht zurückerobert werden.

Selbst nach unvollständigen amtlichen Angaben kam es 1924 zu 2012 Streiks und Aussperrungen, an denen etwa 1,6 Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligt waren. Dadurch gingen dem Kapital über 36 Millionen Arbeitstage verloren. Außerdem stellten die Belegschaften in Tausenden von Betrieben nach acht Stunden die Arbeit ein, obwohl längere Arbeitszeit angeordnet war. Diese Zahlen beweisen, welchen hartnäckigen Widerstand große Schichten der Arbeiterklasse dem Angriff des Monopolkapitals auf die Errungenschaften der Novemberrevolution entgegensetzten. Obwohl die Streikenden von den einzelnen Gewerkschaftsverbänden nur geringe Unterstützung erhielten, harrten verschiedene Arbeitergruppen nicht nur wochen-, sondern

sogar monatelang mit einem Opfermut und einem Heldentum im Streik aus, die in früheren Wirtschaftskämpfen nur wenige Vorbilder finden. Zwar konnten die Anschläge der Kapitalisten auf die Arbeitszeit nur in Ausnahmefällen zurückgewiesen werden, doch vielfach erzwangen die Arbeiter Lohnerhöhungen. Ihre Aktionen trugen entscheidend dazu bei, daß der durchschnittliche tarifliche Stundenlohn von 57 Pfennig im Januar 1924 auf 72,5 Pfennig im Januar 1925 stieg.

Vom 17. Juni bis 8. Juli 1924 fand in Moskau der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale statt. Es war der erste ohne W. I. Lenin. An diesem Kongreß nahmen Delegierte von 46 kommunistischen Parteien, die etwa 1 220 000 Mitglieder zählten, sowie von vier anderen Arbeiterparteien und zehn internationalen Organisationen teil. Die Delegierten vertraten 49 Länder. Im Mittelpunkt der Beratungen des Kongresses standen die Lehren aus den revolutionären Ereignissen im Jahre 1923 für die weitere marxistisch-leninistische Entwicklung der kommunistischen Parteien und die Ausarbeitung ihrer Politik unter den neuen Bedingungen des Klassenkampfes.

Die Weltberatung der Kommunisten vermerkte mit Genugtuung, daß es der Sowjetunion „in erheblichem Maße" gelungen war, ihre innere und internationale Lage zu festigen. „Das Anwachsen des Wohlstandes im Lande, die Unterstützung, die das Land von seiten alles dessen erfuhr, was es Ehrliches und Bewußtes in der internationalen Arbeiterklasse gibt, die geschickte Politik der Sowjetmacht, haben zur de-jure-Anerkennung der Sowjetunion seitens einiger der größten Staaten geführt."[22] Warnend wies der Weltkongreß der Kommunisten aber auch darauf hin, daß die imperialistischen Kreise weiter bemüht waren, „auf dem Gebiet der internationalen Politik eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion zustande zu bringen, um die siegreiche proletarische Revolution auf die Knie zu zwingen"[23].

Den Dawes-Plan beurteilte der V. Weltkongreß als „das schmachvollste Dokument der Gegenwart", das „die Ausraubung der werktätigen Massen Deutschlands"[24] bezwecke und „selbst im Falle seiner entschiedenen Durchführung den Interessengegensatz der verschiedenen Gruppen des Weltimperialismus unter keinen Umständen"[25] be-

22 Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau, vom 17. Juni bis 8. Juli 1924, Berlin 1924, S. 14.

23 Ebenda, S. 14/15.

24 Ebenda, S. 14 u. 13.

25 Ebenda, S. 14.

seitigen könne. Angesichts der scharfen Konflikte in der kapitalistischen Welt gelangte der Kongreß zu der Ansicht, die Nachkriegskrise des Kapitalismus sei noch nicht überwunden. Neben einer raschen Zuspitzung der inneren Krise in Deutschland und in anderen Ländern rechnete er aber auch mit der Möglichkeit „einer neuen, längerwährenden relativen Befestigung“[26] der imperialistischen Klassenherrschaft, falls es den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern nicht gelingen werde, die Mehrheit der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern an erfolgreiche Kämpfe um die politische Macht heranzuführen.

Nach den Erfahrungen der Nachkriegszeit und besonders des Jahres 1923 bezeichnete der V. Weltkongreß die weitere Festigung der kommunistischen Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus als die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Internationale. Diese Aufgabe werde nur in dem Maße zu lösen sein, betonte er, wie es die kommunistischen Parteien verstünden, sich die marxistisch-leninistische Theorie und den reichen Erfahrungsschatz der KPR(B) anzueignen. Der Kongreß warnte davor, den Leninismus lediglich als Sammlung politischer und taktischer Rezepte anzusehen und ihn mechanisch, losgelöst von den geschichtlichen Erfahrungen der jeweiligen Partei und den Bedingungen in den einzelnen Ländern, anzuwenden. Die überwiegende Mehrheit der Delegierten wies alle Versuche, Marxismus und Leninismus einander entgegenzustellen, zurück und stimmte der Definition des Leninismus als geschichtlich notwendige Weiterentwicklung des Marxismus, als Theorie und Praxis des Marxismus in der Epoche des Imperialismus, der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolutionen zu.

Mit Nachdruck unterstrich der Weltkongreß in seinen Beschlüssen den Leninschen Gedanken, daß es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung geben kann. Der Kongreß machte den kommunistischen Parteien eine wesentliche Verbesserung der theoretischen Arbeit zur Pflicht. Sie sollten sichern, daß die Parteimitglieder den Leninismus gründlich studierten, besonders die Theorie vom Imperialismus, der proletarischen Revolution und der proletarischen Diktatur, die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse in der Epoche des Imperialismus und die Lehre von der Partei neuen Typus. Um das ideologische und theoretische Niveau der kommunistischen Parteien rasch zu erhöhen, verpflichtete sie der Kongreß unter anderem zur Durch-

[26] Ebenda, S. 49.

führung folgender Maßnahmen: Sicherung einer zielgerichteten Agitations- und Propagandaarbeit; Aufbau entsprechender Abteilungen bei den Zentralkomitees; beschleunigte Herausgabe der Werke von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin; Veröffentlichung geeigneter Schriften zur Propagierung des Marxismus-Leninismus; Aufbau eines einheitlichen, alle Parteimitglieder umfassenden Systems der Parteischulung.

Eingehend erörterten die Delegierten Probleme der Massenarbeit. Der Kongreß verteidigte wichtige Grundsätze der Leninschen Einheitsfrontpolitik nicht nur gegen rechtsopportunistische, sondern auch gegen ultralinke Entstellungen und brachte unmißverständlich zum Ausdruck: „Die Losung: Heran an die Massen, die vom III. Weltkongreß der Komintern ausgegeben wurde, bleibt unverändert in Kraft."[27] Er verurteilte jede gewerkschaftsfeindliche Haltung in den Reihen der Kommunisten und erklärte mit Nachdruck: Alle Beschlüsse zum „Kampf gegen die Flucht aus den Gewerkschaften, ... für den Wiedereintritt der Ausgetretenen, ... für die Einheit – bleiben in Kraft und müssen mit aller Entschlossenheit und Energie durchgeführt werden"[28].

Der V. Weltkongreß gab den kommunistischen Parteien nicht nur wichtige Hinweise zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit, sondern auch zur Gewinnung der Frauen und der Jugend für den proletarischen Klassenkampf; er stellte den Parteien die Aufgabe, ihre Agrarpolitik weiter auszuarbeiten, die Bewegung der notleidenden Bauern für die Verbesserung ihrer Lebenslage tatkräftig zu fördern und auch im städtischen Kleinbürgertum sowie in den Reihen der Angestellten und Beamten revolutionäre Arbeit zu leisten, um eine Einheitsfront aller arbeitenden Schichten für die Abwehr der faschistischen Gefahr zu schaffen.[29]

In einer hervorragenden, von den Delegierten mit anhaltendem Beifall aufgenommenen Rede sprach Clara Zetkin über das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Intelligenz, über die vom Imperialismus verursachte tiefe Krise der bürgerlichen Ideologie und den Verfall der bürgerlichen Kultur. Die Rednerin hob hervor, daß die geschichtliche Verantwortung der Arbeiterklasse auch darin bestehe, der Kultur über die Schranken hinwegzuhelfen, die ihr durch die kapitalistische

[27] Ebenda, S. 20.
[28] Ebenda, S. 107.
[29] Dokument Nr. 6.

Ordnung gesetzt sind. Leidenschaftlich forderte Clara Zetkin, in den Kampf aller Ausgebeuteten gegen das Kapital auch die Intelligenz als Bundesgenossen einzubeziehen, ihr die kommunistische Weltanschauung nahezubringen und ihr verständlich zu machen, daß sie durch ihren Gegensatz zum Kapital mit der Arbeiterklasse verbunden sei und daß sich die Kultur allein im Sozialismus frei entfalten könne.

Auch den organisatorischen Fragen widmete der Kongreß viel Aufmerksamkeit; denn ihre Lösung war eine grundlegende politische Aufgabe zur Verwandlung der kommunistischen Parteien in aktionsfähige Massenparteien. Daher verlangte er von den kommunistischen Parteien, die Umstellung auf Betriebszellen energisch fortzuführen, die Zellen zu einer initiativreichen politischen Arbeit zu befähigen, sympathisierende Organisationen besser zu unterstützen und die Parteikader systematisch zu fördern.

All diese Beschlüsse des V. Weltkongresses waren vor allem darauf gerichtet, die kommunistischen Parteien, die in einigen kapitalistischen Staaten zahlenmäßig rasch gewachsen waren, mit den Erfahrungen der KPR(B) und den Erkenntnissen aus den Klassenkämpfen der revolutionären Nachkriegskrise auszurüsten. Dies sollte die kommunistischen Parteien befähigen, sich rasch in marxistisch-leninistische Massenparteien zu verwandeln, imstande, auch unter den grundlegend veränderten Bedingungen des Klassenkampfes den Weg zu den Massen der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten zu finden und sie auf neue entscheidende Klassenauseinandersetzungen vorzubereiten. Alle Maßnahmen, die darauf gerichtet waren, daß sich die kommunistische Weltbewegung die ideologischen, strategisch-taktischen und organisatorischen Prinzipien des Leninismus und den Erfahrungsschatz der Partei der Bolschewiki besser zu eigen machte, bezeichnete die Kommunistische Internationale als Bolschewisierung der kommunistischen Parteien. Das bedeutete für die Kommunisten erhöhte Anstrengungen zur systematischen Aneignung der leninistischen Theorie und zu ihrer schöpferischen Anwendung auf die Bedingungen des Klassenkampfes in den einzelnen Staaten, wie es in den Kongreßbeschlüssen hieß: „Die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien ist getreu dem Vermächtnis Lenins durchzuführen, wobei man die konkreten Verhältnisse jedes Landes in Betracht ziehen muß."[30]

Der Kongreß leistete einen wichtigen Beitrag zur Ausarbeitung der

[30] Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, S. 10.

Politik der kommunistischen Parteien unter den veränderten Bedingungen des Klassenkampfes. Da sich zu dieser Zeit in der sozialdemokratisch geleiteten internationalen Arbeiterbewegung unter dem Druck der Offensive des Finanzkapitals und dem Einfluß der Sowjetunion eine linke Opposition herausbildete, die in den britischen Trade-Unions und in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale großes Gewicht erlangte, entstanden günstigere Voraussetzungen für die Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront. Der Kongreß machte es daher den kommunistischen Parteien zur Pflicht, durch enge Zusammenarbeit mit allen klassenbewußten Kräften in den sozialdemokratischen Parteien und in den Gewerkschaften einen linken Flügel in der Arbeiterbewegung zu formieren und sich beharrlich für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit einzusetzen. „Die Losung der Wiederherstellung der Einheit der gespaltenen Gewerkschaftsbewegung zwecks einheitlichen Vorgehens der Arbeiter aller Richtungen gegen das Kapital muß die zentrale Losung der nächsten Periode sein."[31]

Ein Teil der Delegierten – darunter vor allem die ultralinken Mitglieder der Delegation der KPD – lehnte diese politische Orientierung ab. Er wandte sich besonders gegen den Vorschlag, die kommunistischen Parteien sollten für die Einberufung eines Einheitskongresses aller Gewerkschaftsverbände der Welt eintreten, um eine wirkliche Weltorganisation der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen das internationale Finanzkapital zu schaffen. Die Mehrheit der Kongreßteilnehmer wies die Behauptung der Ultralinken entschieden zurück, eine solche Politik würde die Kommunistische Internationale auf einen rechtsopportunistischen Weg drängen.

Große Aufmerksamkeit widmete die Weltberatung der Kommunisten auch den Problemen der Befreiungsbewegung in den kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern. Den hier tätigen Kommunisten stellte der Kongreß als zentrale Aufgabe, kommunistische Parteien zu schaffen und mit aller Kraft zum Erfolg der nationalrevolutionären Bewegung gegen Imperialismus und Feudalismus beizutragen.

In mehreren wichtigen Fragen zog der V. Weltkongreß jedoch nicht die richtigen Schlußfolgerungen und Lehren aus den Klassenkämpfen der revolutionären Nachkriegskrise. In einigen Staaten vollzog sich der Übergang zur relativen Stabilisierung des Kapitalismus mit Unterstützung der Sozialdemokratie; in Italien und anderen Ländern fe-

[31] Ebenda, S. 112.

stigte die Großbourgeoisie aber ihre Macht mit Hilfe faschistischer Diktaturen. Diese Tatsachen führten zu einer falschen Einschätzung der Rolle der Sozialdemokratie im Prozeß der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, vor allem zu einer Verkennung des prinzipiellen Unterschieds zwischen Sozialdemokratie und Faschismus. Die These war falsch, die Sozialdemokratie habe sich aus einem „rechten Flügel der Arbeiterbewegung in einen Flügel der Bourgeoisie, stellenweise sogar in einen Flügel des Faschismus"[32] verwandelt. Nicht richtig war auch die Auffassung, Sozialdemokratie und Faschismus seien „die beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur"[33].

Diese Einschätzungen wurden der sozialdemokratischen Bewegung als einer Strömung in der Arbeiterbewegung und auch der kleinbürgerlich-reformistischen Konzeption ihrer Führung nicht gerecht. Die fehlerhafte Beurteilung der Sozialdemokratie beeinflußte negativ die Beschlüsse über die Einheitsfrontpolitik, die der Kongreß als „eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen für die Dauer einer ganzen Periode"[34] charakterisierte. Diese Definition entsprach nicht der Bedeutung der Politik der proletarischen Einheitsfront als wichtigstem Bestandteil der Generallinie der kommunistischen Parteien zur Vereinigung der verschiedenen Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse im Kampf für ihre unmittelbaren Interessen und schließlich um die Errichtung ihrer politischen Macht.

Aus der Niederlage der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen folgerte der V. Weltkongreß, eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung könne nur mit der Diktatur des Proletariats identisch sein. Gegen diese dogmatische Ansicht wandte sich neben anderen Delegierten auch Clara Zetkin. Sie vertrat die Meinung, eine Arbeiterregierung könne durchaus als „Übergangsstadium" zur Errichtung der proletarischen Diktatur in Situationen entstehen, in denen die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, ihre Herrschaft zu erhalten, das Proletariat aber noch nicht einig und reif genug, um die ganze Macht auszuüben. „Die Arbeiterregierung kann nur kommen als Ausdruck revolutionärer Massenbewegungen. Wenn auch eine solche Arbeiterregierung eventuell von einem Parlament aus der Taufe gehoben wird, so muß sie doch stets das Kind revolutionärer Massenkämpfe sein. Aber weil sie

[32] Ebenda, S. 17.
[33] Ebenda, S. 121.
[34] Ebenda, S. 25.

das sein muß, erwarten die Arbeiter, die sie ins Leben rufen, von ihr auch revolutionäre Arbeiterpolitik."[35] Doch dieser Standpunkt setzte sich unter dem Einfluß dogmatischer Auffassungen, die in der Kommunistischen Internationale besonders ihr Vorsitzender, G. J. Sinowjew, verfocht, nicht durch. Der V. Weltkongreß gab den Beschlüssen des IV. Weltkongresses über die Arbeiterregierung einen anderen Inhalt und ging damit von dessen Festlegungen über den Kampf um eine Arbeiterregierung als Schritt auf dem Wege zur politischen Macht der Arbeiterklasse ab. Die falschen Einschätzungen, zu denen der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in einigen grundlegenden Fragen der Strategie und Taktik gelangte, behinderten in den folgenden Jahren den Kampf der Kommunisten um die Einheitsfront der kommunistischen mit den sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften ernsthaft.

Der V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale beantwortete wichtige Probleme der kommunistischen Weltbewegung am Beginn einer neuen Entwicklungsetappe. Seine Beschlüsse über die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien halfen den Kommunisten in vielen Ländern, sich die Lehren des Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen der KPR(B) umfassender anzueignen und unter Berücksichtigung der Bedingungen in ihren Ländern anzuwenden. So trug der V. Weltkongreß wesentlich zur Festigung der kommunistischen Parteien, zur Formierung marxistisch-leninistischer Parteiführungen und zur Verwandlung einiger Parteien in einflußreiche Massenparteien bei. Zu Mitgliedern und Kandidaten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wählte der Kongreß als Vertreter der KPD Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Arthur Rosenberg, Paul Schlecht, Ernst Thälmann und Clara Zetkin.

Ende Frühjahr und im Sommer 1924 entbrannte in Deutschland die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen politischen Kräften immer heftiger um die Frage, ob man den Dawes-Plan annehmen oder ablehnen solle. Auf dem Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Juni 1924 in Berlin verteidigten Rudolf Hilferding, Hermann Müller und Otto Wels die Politik des Parteivorstandes seit dem Vereinigungsparteitag mit der Rest-USPD gegen die teilweise scharfe Kritik linker Sozialdemokraten, wie Siegfried Aufhäuser, Robert Dißmann, Ernst Eckstein, Toni

[35] Protokoll. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Bd. I, o. O. o. J., S. 337.

Sender und Max Seydewitz. Während 262 Delegierte einen Antrag Hermann Müllers, der sich grundsätzlich für die Koalitionspolitik aussprach, billigten, stimmten 105 Delegierte nach den Erfahrungen mit den Regierungen der Großen Koalition gegen diesen Antrag.[36]

Eine Konsequenz dieser erneuten Entscheidung für den monopolkapitalistischen Weimarer Staat war die Zustimmung des Parteitages zum Dawes-Plan, von dem die führenden Sozialdemokraten meinten, er werde zur Befriedung Europas führen. Sie verbreiteten die illusionäre Ansicht, das Eingreifen der USA in den Reparationskonflikt erfolge uneigennützig, befreie Deutschland weitgehend aus seinen Schwierigkeiten und werde dauerhaften Wohlstand des Volkes zur Folge haben. So sagte Rudolf Hilferding, es sei „das dringendste Interesse der deutschen Industrie, der deutschen Produktion, auch der deutschen Landwirtschaft, das uns leitet, wenn wir für die Annahme des Sachverständigengutachtens eintreten"[37]. Artur Crispien sah gar in der Billigung des Dawes-Planes durch die Monopolbourgeoisie „eine Kapitulation der Bürgerlichen vor dem Marxismus"[38]. Derartigen Auffassungen hatten die linken Sozialdemokraten auf dem Parteitag nur wenig entgegenzuhalten; auch die Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der KPD – selbst der Mitarbeit von Sozialdemokraten in der Internationalen Arbeiterhilfe – durch den Parteivorstand der VSPD nahmen die meisten von ihnen widerspruchslos hin. Der Berliner Parteitag beschloß, die Partei wieder Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) zu nennen.

Die KPD wandte sich kompromißlos gegen die Annahme des Sachverständigengutachtens und forderte eine den Interessen des Volkes entsprechende Außenpolitik. Am 24. Juni 1924 warnten die Vertreter der kommunistischen Parteien und Parlamentsfraktionen sowie der revolutionären Gewerkschaften und Betriebsräte Deutschlands und Frankreichs nach einer gemeinsamen Beratung in Köln in einer Erklärung vor den gefährlichen Folgen der Dawes-Politik. „Die Eintracht des Weltkapitals, wie sie im Sachverständigengutachten zum Ausdruck kommt, wird selbstverständlich nicht von Dauer sein. Die inneren Gegensätze zwischen den Kapitalistengruppen werden die heuchlerische Eintracht zerreißen. Das Sachverständigengutachten ist nicht die

[36] Dokument Nr. 5.

[37] Sozialdemokratischer Parteitag 1924. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1924, S. 170.

[38] Ebenda, S. 49.

Sicherung des Weltfriedens, sondern, im Gegenteil, die Ankündigung neuer imperialistischer Weltkonflikte." An das deutsche und das französische Volk richtete sich der Appell: „Jeder Widerstand gegen Lohnabbau und Verschlechterung der proletarischen Lebenslage, jeder Widerstand gegen politische kapitalistische Gewaltakte in Deutschland wie in Frankreich ist zugleich ein Schlag gegen den Sachverständigenplan."[39]

Am 29. Juni 1924 versammelten sich in Eisenach 400 Arbeiterdelegierte zu einem Kongreß gegen den Raub des Achtstundentages und gegen den Dawes-Plan. Die Polizei löste jedoch die Veranstaltung auf und verhaftete die Teilnehmer. In den ersten Augusttagen fanden – in Erinnerung an den zehn Jahre zurückliegenden Ausbruch des Weltkrieges – in vielen Städten Antikriegskundgebungen statt, zu denen das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale auf Vorschlag der KPD aufgerufen hatte. Diese Veranstaltungen, für die Käthe Kollwitz ein aufrüttelndes Plakat geschaffen hatte, auf dem ein Jugendlicher den Arm leidenschaftlich zum Antikriegsschwur erhebt, standen unter der Losung „Nie wieder imperialistischer Krieg!" und im Zeichen des Protestes gegen die imperialistische Außenpolitik.

Wenig später, am 17. August 1924, berieten 300 Parteifunktionäre auf einer Reichskonferenz über die Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit der KPD gemäß den Beschlüssen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Neben anderen Rednern sprach vor allem Fritz Heckert zu dieser Frage. Die Teilnehmer der Beratung wandten sich mit einem Aufruf an alle Arbeiter und Angestellten, in dem es hieß: „Starke Gewerkschaften und eine revolutionäre Gewerkschaftspraxis tun not, um einen erfolgreichen Kampf gegen Unternehmertum und Reformismus zu führen. Darum rufen wir euch, den jetzt Unorganisierten, zu: ‚Hinein in die freien Gewerkschaften, und erzwingt dort mit den revolutionären Kollegen die Wiedervereinigung mit sämtlichen ausgeschlossenen Verbänden und Einzelmitgliedern!' ... Unsere Losungen sind: Für die Einheit! Gegen jede Spaltung! Gegen die Bildung von Sonderorganisationen. Für die geschlossene Wiedervereinigung aller selbständigen Verbände mit den freien Gewerkschaften!"[40] Dieser Beschluß – der auch von den anwesenden Vertretern der selbständigen Gewerkschaftsverbände angenommen

[39] Internationale Presse-Korrespondenz für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Wien), 1924, Nr. 26, S. 581.

[40] Rotes Gewerkschafts-Bulletin (Berlin), 1924, Nr. 48, S. 439.

wurde – war ein wichtiger Fortschritt gegenüber den Festlegungen des Frankfurter Parteitages. Kurze Zeit danach schloß die KPD mehrere ultralinke Sektierer, wie Wilhelm Schumacher und Paul Weyer, aus, weil sie weiterhin starrsinnig gegen diese richtige Gewerkschaftspolitik auftraten.

Am 16. Juli 1924 begann in London eine internationale Konferenz der Siegermächte über den Bericht der Sachverständigen, zu der am 5. August 1924 auch die Vertreter Deutschlands – Reichskanzler Wilhelm Marx, Reichsaußenminister Gustav Stresemann und Reichsfinanzminister Hans Luther – hinzugezogen wurden. Der Verlauf der Debatten zeigte, daß sich die internationale Stellung des deutschen Imperialismus seit Beendigung des Ruhrkonfliktes erheblich verbessert hatte. Die Reparationsgläubiger hatten zwar gemeinsame Interessen gegenüber Deutschland. Die ehemaligen Feindstaaten traten jedoch nicht einheitlich auf. Da Großbritannien und die USA nach Sicherheit für ihre Kapitalanlagen in Deutschland strebten, unterstützten sie – wenn auch nicht uneingeschränkt – die Forderung der Reichsregierung, Frankreich an der Fortsetzung seiner Politik militärischer Sanktionen gegenüber Deutschland zu hindern. Die französische Regierung war gezwungen, die Räumung des Ruhrgebietes binnen Jahresfrist zu versprechen. Offenkundig war der Versuch des französischen Imperialismus gescheitert, die Vorherrschaft im kapitalistischen Europa zu erlangen. Am 16. August 1924 stimmten alle beteiligten Regierungen im Londoner Schlußprotokoll dem Dawes-Plan als neuer Reparationsregelung zu.

Noch im gleichen Monat – vom 23. bis 29. August 1924 – fanden im Reichstag die entscheidenden Debatten über die Londoner Vereinbarungen statt, in denen sich die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie für die Annahme des Dawes-Planes aussprachen. Eine in jenen Tagen im sozialdemokratischen „Vorwärts" veröffentlichte Zeichnung, nach der die Goldstrahlen einer aufgehenden Dollarsonne die Völker Europas zu neuem Leben erwecken, drückte sinnbildlich aus, welche Illusionen über den Charakter des Dawes-Planes die Führung der SPD in der Arbeiterschaft verbreitete.

Die kommunistische Fraktion entlarvte hingegen die Londoner Beschlüsse im Reichstag als Grundlage einer Verständigung zwischen den imperialistischen Mächten und der deutschen Großbourgeoisie auf Kosten des deutschen Volkes. Dabei deckten die Redner der KPD auch den antisowjetischen Charakter der neuen Reparationsregelung

auf. Demonstrativ brachte die Reichstagsfraktion der KPD den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes ein – das „Sachverständigengutachten der Arbeiter" –, in dem sie forderte, der herrschenden Klasse durch die Enteignung des Bergbaus, der Industriebetriebe, der Banken und des Großgrundbesitzes die Kosten des Krieges aufzuerlegen, um die finanzielle Ausplünderung des Volkes durch die Siegermächte zu verhindern und die Nation zu retten. In diesem Gesetzentwurf machte die KPD den Anspruch der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf den Achtstundentag und auf menschenwürdige Löhne geltend; sie erklärte, solange es dem internationalen revolutionären Proletariat noch nicht möglich sei, die imperialistischen Friedensverträge zu zerreißen, müsse die besitzende Klasse die Reparationen bezahlen; die dazu erforderlichen Mittel könnten nur durch Beschlagnahme der großen Vermögen und der Profite der Banken, der Großindustriellen und der Junker aufgebracht werden.

Im Namen der KPD lehnte Ernst Thälmann am 28. August 1924 im Reichstag den Dawes-Plan ab, weil diese imperialistische Vereinbarung für das Volk verschärfte Ausbeutung, zunehmenden Steuerdruck, verlängerte Arbeitszeit und politische Unterdrückung zur Folge habe. Wörtlich führte Ernst Thälmann aus: „Die kommunistische Reichstagsfraktion erklärt im Namen der 3 700 000 Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern, die hinter ihr stehen, daß sie sämtliche auf dem Sachverständigengutachten beruhende Gesetzentwürfe ablehnt ... Keine Regierung und kein Reichstag sind berechtigt, die werktätigen Massen an das internationale Finanzkapital zu verkaufen. Die Kommunistische Partei Deutschlands macht das In- und Ausland darauf aufmerksam, daß die Kommunistische Partei Deutschlands, falls sie irgendwie die Verantwortung für die Geschicke Deutschlands übernehmen sollte, die Dawes-Gesetze als null und nichtig ansehen werde, keinerlei sich daraus ergebende Verpflichtung anerkennen und keinen Pfennig auf Grund dieser Gesetze bezahlen wird."[41]

Die zur Verwirklichung des Dawes-Planes notwendigen Gesetze mußten vollständig angenommen werden. Eines von ihnen aber, das Eisenbahngesetz, das die Umwandlung der Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft sanktionieren sollte, hatte verfassungsändernden Charakter und bedurfte daher einer Zweidrittelmehrheit. Dies versetzte die

[41] Ernst Thälmann: Gegen den Dawes-Plan. Rede im Reichstag, 28. August 1924. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, Berlin 1955, S. 88.

Deutschnationale Volkspartei mit ihrer „nationalen Opposition" gegen die Erfüllungspolitik der Regierungsparteien und gegen ein „zweites Versailles" in eine schwierige Lage; denn ohne die Stimmen eines Teils der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten konnte der Dawes-Plan vom Reichstag nicht angenommen werden. Ohne Annahme des Sachverständigengutachtens aber war, wie der amerikanische Botschafter das Auswärtige Amt unverblümt wissen ließ, kein Cent Kredit aus den USA zu erwarten. Dies berührte aber die grundlegenden Interessen des Finanzkapitals. Daher setzten sich Kurt Sorge, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, und Albert Vögler, prominenter Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, für den Dawes-Plan ein. Selbst der den Deutschnationalen nahestehende großagrarische Reichslandbund und Hans von Seeckt für die Reichswehrgeneralität sprachen sich für die Annahme der Londoner Vereinbarungen aus.

So unter Druck gesetzt, stimmten in der entscheidenden, von der Öffentlichkeit mit Spannung erwarteten Reichstagssitzung 48 deutschnationale Abgeordnete – nachdem sie vorher mehrere Dawes-Gesetze abgelehnt hatten – für das Eisenbahngesetz, um die Annahme des Sachverständigengutachtens im Gesamtinteresse der Bourgeoisie zu ermöglichen. Selten trat der demagogische Charakter der rechtsradikalen „nationalen Opposition" der Deutschnationalen Volkspartei und der hinter ihr stehenden Kräfte des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzes so offenkundig zutage wie in diesem Falle.

Am 30. August 1924 unterzeichneten die Vertreter der Siegermächte und der Reichsregierung die Londoner Vereinbarungen vom 16. August 1924. Tags darauf traten die zur Durchführung des Dawes-Planes beschlossenen Gesetze in Kraft. Jetzt forderten die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals und des Junkertums kategorisch den Eintritt deutschnationaler Minister in die Reichsregierung. 1925 mußten fast alle Steuern neu festgelegt werden. Außerdem verloren im Januar 1925 die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegten handelspolitischen Beschränkungen ihre Gültigkeit. Weitreichende Entscheidungen beim Abschluß von Handelsverträgen und in der Zollpolitik standen auf der Tagesordnung. Aus diesen Gründen waren die Schwerindustriellen und die Großagrarier sehr daran interessiert, ihren Einfluß auf den Weimarer Staat durch die Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei an der Reichsregierung, durch die Bildung einer Bürgerblockregierung, noch mehr zu erhöhen. Da sich die bürgerlichen

Parteien über die Zusammensetzung einer solchen Regierung nicht einigen konnten, löste Reichspräsident Friedrich Ebert den erst im Mai 1924 gewählten zweiten Reichstag am 20. Oktober 1924 wieder auf, so daß Neuwahlen notwendig wurden.

Der Wahlkampf fand in einer angespannten Atmosphäre statt. Die Deutschnationalen wollten ihren „Umfall" im Reichstag, der eine Parteikrise ausgelöst hatte, durch heftige Angriffe gegen die Außenpolitik Gustav Stresemanns, gegen den Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages und die republikanische Staatsform wettmachen. Demagogisch versprachen sie den Wählern, für eine hundertprozentige Aufwertung der Verluste aller Inflationsgeschädigten einzutreten.

Scharf wandten sich die Deutschnationalen auch gegen die SPD. Dabei konzentrierten sie ihre Angriffe auf den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Ende 1924 strengte dieser gegen den Redakteur eines nationalistischen Provinzblattes, das ihn wegen seiner Rolle im Januarstreik 1918 des Landesverrats beschuldigt hatte, einen Verleumdungsprozeß an. In einem Prozeß in Magdeburg machten prominente Sozialdemokraten, wie Eduard David, Gustav Noske und Philipp Scheidemann, ebenso wie der kaiserliche General Wilhelm Groener unter Eid Angaben, die bewiesen, daß Friedrich Ebert und andere leitende Sozialdemokraten 1918 den mutig für die Herbeiführung des Friedens kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen waren und dadurch die Fortsetzung des imperialistischen Krieges begünstigt hatten. Damit erbrachte der Magdeburger „Dolchstoß"-Prozeß neue, unwiderlegbare Beweise über die Rolle führender Sozialdemokraten am Vorabend und während der Novemberrevolution. Diese Enthüllungen riefen in der Arbeiterschaft Diskussionen hervor, in denen die klassenbewußten Arbeiter die Handlungsweise Friedrich Eberts empört verurteilten. Obwohl der jetzige Reichspräsident alles in seinen Kräften Stehende getan hatte, um die imperialistische Herrschaft vor dem Ansturm der revolutionären Massen zu retten, stellte das Gericht fest, daß bei seiner Handlungsweise im Januar 1918 trotzdem der Tatbestand des Landesverrats vorgelegen habe, weil Friedrich Ebert in die Streikleitung eingetreten sei. Das aufsehenerregende Urteil des Magdeburger Gerichts beleuchtete schlaglichtartig die monarchistische Gesinnung der Weimarer Justiz. Diese Entscheidung war den deutschnationalen und faschistischen Kreisen ein willkommenes Argument für ihre antirepublikanische Agitation, für ihre Hetze gegen die „Novemberverbrecher" und den „Marxismus".

Die Regierungsparteien verteidigten in ihren Wahlprogrammen den mit der Annahme des Londoner Abkommens verbundenen politischen Kurs. Die sozialdemokratische Wahlagitation nährte ebenfalls die Illusionen über den Dawes-Plan in der Bevölkerung. Der Aufschwung der Wirtschaft und die sinkende Arbeitslosenzahl schienen dieser Propaganda recht zu geben. Zugleich führte die SPD unter der Losung „Für die Republik – Gegen die Monarchie!" eine massenwirksame Agitation gegen die deutschnationale Reaktion. Die Führer der SPD hoben hervor, nur ein sozialdemokratischer Wahlsieg werde es ermöglichen, die Bildung einer Bürgerblockregierung zu verhindern und eine gerechte Verteilung der sich aus dem Dawes-Plan ergebenden Lasten zu erreichen.

Für die KPD war auch dieser Wahlkampf sehr schwer. Gegen fast alle führenden Funktionäre liefen Haftbefehle; von den 62 bisherigen Reichstagsabgeordneten waren nur 20 imstande, legal aufzutreten. Einige leitende Funktionäre, wie Fritz Heckert und Hans Pfeiffer, konnte die Polizei verhaften. Nicht nur die ihrer Immunität beraubten Abgeordneten der KPD wurden verfolgt, sondern auch andere Funktionäre und Mitglieder der Partei. Die Polizei sprengte zahlreiche Parteiversammlungen; die Verbote kommunistischer Zeitungen rissen nicht ab. Mit Recht bezeichneten viele Arbeiter die Dezemberwahlen 1924 als Zuchthauswahlen.

Nachdem die KPD bereits am Tage der Annahme der Londoner Vereinbarungen zur Fortsetzung des Widerstandes gegen den Dawes-Plan und zur Sammlung der Werktätigen in den Betrieben und Gewerkschaften für den Kampf um höhere Löhne und den Achtstundentag aufgerufen hatte[42], waren viele Parteiorganisationen bemüht, die Werktätigen für ihre Tagesforderungen zu mobilisieren. Auf Anregung der Kommunisten wandten sich der Ortsausschuß des ADGB und die Betriebsräte von Gotha am 1. Oktober 1924 an alle gewerkschaftlichen Organisationen mit der Aufforderung, Massenbewegungen für folgende Ziele zu organisieren: sofortige Lohnerhöhungen; Verhinderung jeder neuen Verlängerung der Arbeitszeit und weiterer Steuerlasten; Wiederherstellung des Achtstundentages; Erhöhung der Unterstützungssätze für Arbeitslose; Verringerung der Belastung der schaffenden Landwirte durch Pachten und Steuern; Befreiung der politischen Gefangenen; Unterstützung der Bewegung für nationale und internationale

42 Dokument Nr. 7.

Gewerkschaftseinheit. Diesen Aktionsforderungen stimmten etwa 250 Ortsausschüsse des ADGB, Zahlstellen und Belegschaften einiger Großbetriebe zu. Der Bundesvorstand des ADGB förderte aber diese Bewegung nicht, die sich ausdrücklich für die gewerkschaftliche Einheit einsetzte, sondern unterdrückte sie und löste sogar am 12. November 1924 den Gothaer Ortsausschuß auf.

Die kommunistischen Bezirksorganisationen des Rheinlandes veranstalteten vom 1. bis 10. Oktober 1924 eine Rhein-Ruhr-Woche gegen den Dawes-Plan. Am 9. Oktober 1924 trafen sich in Köln Vertreter der Kommunistischen Partei Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Hollands, Italiens, der Schweiz und der Tschechoslowakei zu einer Konferenz, auf der sie vereinbarten, den Widerstand gegen den amerikanischen Ausplünderungsplan und den Terror der Klassenjustiz gemeinsam fortzusetzen.

Eine Reichskonferenz der Roten-Hilfe-Organisationen beschloß am 9. September 1924, aus den Komitees der Roten Hilfe eine Mitgliederorganisation – die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) – zu schaffen, der sich sowohl einzelne Personen als auch Organisationen und Betriebsbelegschaften anschließen konnten. Diese Entscheidung war notwendig geworden, damit die Rote Hilfe den Erfordernissen der proletarischen Solidarität: dem Kampf gegen die Klassenjustiz, der Fürsorge für die politischen Gefangenen und für die Familien der Eingekerkerten, der Hilfe für die politisch Verfolgten, besser gerecht werden konnte. Der Vorsitz dieser neuen Organisation wurde Wilhelm Pieck übertragen; hervorragenden Anteil an ihrer Tätigkeit nahmen unter anderen Emil Julius Gumbel, Gustav Gundelach, Felix Halle, Joseph Herzfeld, Gustav Menzel, Erich Mühsam, Gerhard Obuch und Kurt Rosenfeld.

In den Elendsgebieten der Rhön, in Sachsen und in Schlesien, in der Koblenzer Gegend und an der Mosel unterstützten Kommunisten die Bewegung der notleidenden Bauern. Die Mitglieder der KPD traten in Versammlungen der Bauern auf, in denen sie sich für staatliche Hilfe bei Ernteschäden, für günstige Kredite und verbilligte Düngemittel für die Kleinbauern einsetzten und gegen den Steuerdruck und die Pfändung von Bauernhöfen protestierten. Von diesen Anstrengungen der KPD zeugten der von 400 Bauern besuchte Rhönbauerntag, der auf Initiative von Ernst Putz, dem Vorsitzenden des Bundes der schaffenden Landwirte, am 14. September 1924 in Gersfeld stattfand, eine Reichskonferenz der Kleinbauern-, Pächter- und Siedlerverbände am

23. und 24. November 1924 in Weimar und eine Kundgebung von 700 Kleinbauern in Königswalde in Sachsen am 25. Januar 1925. Doch die KPD hatte zu wenig Stützpunkte auf dem Lande und war daher nicht in der Lage, die Bauernbewegung wesentlich zu beeinflussen.

Während viele örtliche Parteiorganisationen ihre Massenarbeit verbesserten, verhinderte die Fischer-Maslow-Gruppe in der Parteiführung, daß die KPD im Wahlkampf mit einem Aktionsprogramm im Sinne der Gothaer Gewerkschaftsforderungen an die Öffentlichkeit trat und den Wählern zeigte, wie die Lasten der Stabilisierung und des Dawes-Planes weitestgehend der Bourgeoisie aufgebürdet werden konnten. Der Wahlkampf wurde daher starr unter der zentralen Losung „Für proletarische Diktatur und Sozialisierung!" geführt.

In der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 konnte die Sozialdemokratie im Vergleich zu den Maiwahlen fast 1,9 Millionen Wähler gewinnen. Dies zeigte, daß es der SPD unter den Bedingungen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus gelungen war, den sozialdemokratischen Einfluß auf die Mehrheit der Arbeiterklasse und auf Teile des Kleinbürgertums in Stadt und Land weiter auszudehnen. Mit 131 Abgeordneten stellte die SPD wieder die stärkste Fraktion im Reichstag.

Die Regierungsparteien gewannen ebenfalls Stimmen. Auch darin kam zum Ausdruck, daß mit der beginnenden Konjunktur und der Festigung des Weimarer Staates in weiten Bevölkerungskreisen neue Hoffnungen über die Möglichkeit einer grundlegenden Verbesserung ihrer Lage im Rahmen des Kapitalismus und der bestehenden Staatsordnung aufgekeimt waren. Die Zahl der für die Faschisten abgegebenen Stimmen sank auf 900 000; der Gewinn von 500 000 Wählern durch die Deutschnationalen bewies jedoch erneut, welche Wirkung die nationalistische und monarchistische Propaganda auf die Mehrheit des Kleinbürgertums in Stadt und Land ausübte.

Für die KPD entschieden sich 2,7 Millionen Wähler. Der Verlust von einer Million Wählern innerhalb weniger Monate war nicht nur eine Folge der objektiven Veränderungen der Lage, sondern auch ein Ergebnis der sektiererisch-dogmatischen Politik der Fischer-Maslow-Gruppe. Zu der jetzt 45 Abgeordnete zählenden kommunistischen Reichstagsfraktion gehörten wieder Albert Buchmann, Philipp Dengel, Emil Eichhorn, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Emil Höllein, Wilhelm Koenen, Siegfried Rädel, Hermann Remmele, Walter Stoecker, Ernst

Thälmann und Clara Zetkin. Neu zogen neben anderen Martha Arendsee, Paul Bertz, Ottomar Geschke, Edwin Hoernle, Theodor Neubauer, Ernst Putz und Ernst Schneller in den Reichstag ein.

3. Das rasche Wiedererstarken des deutschen Imperialismus. Die Analyse der relativen Stabilisierung des Kapitalismus durch die Kommunistische Internationale. Die weitere Ausarbeitung der reformistischen Politik durch die Sozialdemokratie

Nach einer längeren Regierungskrise kamen die bisherigen Regierungsparteien – mit Ausnahme der Deutschen Demokratischen Partei – und die Deutschnationale Volkspartei über die Bildung eines gemeinsamen Kabinetts überein. Am 15. Januar 1925 entstand unter der Kanzlerschaft des mit der Ruhrindustrie eng verbundenen Hans Luther die erste Bürgerblockregierung der Weimarer Republik. Diesem angeblich überparteilichen Kabinett gehörten erstmals deutschnationale Minister an, von denen Albert Neuhaus das Wirtschaftsministerium, Martin Schiele das Innenministerium und Otto von Schlieben das Finanzministerium übernahmen. Die Bildung einer Bürgerblockregierung bedeutete einen eindeutigen Rechtsruck des Weimarer Staates.

Die Regierung Luther sah ihre Hauptaufgabe darin, das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus so weitgehend wie nur möglich zu fördern. Der Dawes-Plan trug mit seiner Anleihe von 800 Millionen Goldmark, die dem Reichshaushalt gewährt wurde, wesentlich zur weiteren relativen Stabilisierung des deutschen Kapitalismus bei. Diese Anleihe, vom amerikanischen Bankhaus Morgan und in Europa hauptsächlich von der Bank von England übernommen und am 14. Oktober 1924 aufgelegt, wurde binnen einer Viertelstunde überzeichnet, so stürmisch war die Nachfrage der internationalen Finanzwelt, die nach der Annahme des Dawes-Planes die Voraussetzungen für profitable Kapitalanlagen in Deutschland erfüllt sah. Daher flossen von 1924 bis 1929 etwa 10 bis 15 Milliarden RM an langfristigen und über 6 Milliarden RM an kurzfristigen Krediten, die zu etwa 70 Prozent von amerikanischen Banken aufgebracht wurden, nach Deutschland. Diese gewaltigen Summen, die in erster Linie den maßgebenden Monopolen, wie Krupp, Thyssen und den anderen Montankonzernen

an der Ruhr, der AEG, dem Bosch- und dem Siemens-Konzern, der Hapag, dem Kali-Syndikat, den Zeiß-Werken, zugute kamen, ermöglichten es dem deutschen Finanzkapital in Verbindung mit seinen Inflationsgewinnen und neuen Profiten, in kurzer Zeit die wichtigsten Industriezweige zu rationalisieren.

Dank den Leistungen der deutschen Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker konnten der veraltete Produktionsapparat und das Verkehrswesen innerhalb weniger Jahre auf einer modernen technischen und energetischen Grundlage erneuert und die Produktionskapazitäten erheblich erweitert werden. Zahlreiche neue Industriebauten entstanden. Die Elektrifizierung der Industrie ging schnell vor sich. Der Anwendungsbereich der Chemie erweiterte sich; die chemische Industrie ging zur Produktion von synthetischem Benzin und Kunstseide über. Neben der Eisen- und Stahlindustrie erlangten die chemische und die elektrotechnische Produktion immer größere Bedeutung. Auch viele großagrarische Betriebe modernisierten die Produktion. Durch den Einsatz neuer Maschinen, durch Standardisierung der Erzeugnisse und den Übergang zum Fließbandsystem in vielen Großbetrieben wurden die Produktionsmethoden vervollkommnet.

Die Zahl der gewerblichen Betriebe hatte sich in Deutschland von 1907 (damaliges Reichsgebiet) bis 1925 (ohne Saargebiet) wie folgt verändert:

	Anzahl der Betriebe		Anzahl der Beschäftigten	
	1907	1925	1907	1925
Kleinbetriebe (1–10 Beschäftigte)	3 841 935	3 415 744	6 405 122	6 884 122
Mittelbetriebe (50–200 Beschäftigte)	144 408	177 550	4 924 828	6 338 413
Großbetriebe (201 und mehr Beschäftigte)	5 808	7 159	2 933 707	3 951 219

In den Betrieben mit über 200 Beschäftigten waren jetzt 23 Prozent aller Beschäftigten gegenüber 20,6 Prozent im Jahre 1907 tätig. Die Zahl der Großbetriebe mit über 1000 Beschäftigten hatte sich um mehr als ein Viertel erhöht. Dies ging eindeutig zu Lasten der kleinsten Betriebe. In der folgenden Periode verstärkte sich diese Entwicklungstendenz weiter zugunsten der Großbetriebe.

In den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ballte sich die Macht der Monopole rasch zusammen. Die Rationalisierung,

der scharfe Konkurrenzkampf im Binnenland und auf den äußeren Märkten und die ausländischen Kredite beschleunigten die Schaffung mächtiger Trusts nach amerikanischem Vorbild. Ende 1925 schlossen sich die Badische Anilin- und Sodafabrik und fünf andere chemische Großunternehmen zur Interessengemeinschaft Farben, Aktiengesellschaft (IG Farben) mit einem Kapital von über einer Milliarde RM zusammen. Dies war der bis dahin größte Konzern in Europa, der die Erzeugung von synthetischem Benzin sowie von Spreng-, Kunstfaser- und Farbstoffen in Deutschland fast vollständig kontrollierte und dessen Werke 1929 etwa 80 Prozent des deutschen Stickstoffs produzierten. Anfang 1926 entstanden die Vereinigten Stahlwerke-AG, in der sich solche großen Konzerne wie die Gelsenkirchener Bergwerks-AG, die Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, die Rheinischen Stahlwerke und die Thyssen-Werke zusammenschlossen. Auf diesen riesigen Konzern entfielen 1929 30 Prozent der Steinkohlenförderung und 40 Prozent der Metallerzeugung des Ruhrgebiets. In seinen 277 Betrieben waren 1926 173 000 Arbeiter und über 15 000 Angestellte beschäftigt.

Im Jahre 1928 entfielen in folgenden Industriezweigen von der Gesamterzeugung auf die Produktion der Konzerne:

Kalibergbau	98,3%
Farbenindustrie	96,3%
Braunkohlenbergbau	94,5%
Steinkohlenbergbau	90,1%
Elektrotechnische Industrie	86,9%
Metallurgie	85,0%

Das Aktienkapital der Konzerne betrug 1926 in Industrie, Handel und Verkehr 65 Prozent des Gesamtaktienkapitals in diesen Bereichen. Der Anteil des Aktienkapitals der Konzerne betrug in:

der Industrie der Grundstoffe	89%
der verarbeitenden Industrie	57%
Handel und Verkehr	58%

Mit der relativen Festigung des Kapitalismus gewannen die Banken ihre tonangebende Rolle zurück, wozu die Vermittlung der ausländischen Kredite sehr stark beitrug. Der Anteil der Berliner Großbanken an der Bilanzsumme aller deutschen Banken stieg von 44 Prozent im Jahre 1913 auf 57 Prozent 1924 und auf 63 Prozent 1928. Der Um-

satz der fünf führenden deutschen Banken erhöhte sich von 464,4 Milliarden RM 1925 auf 980,7 Milliarden RM 1929. Die Personalunion zwischen Monopolen und Banken wurde noch enger; allein die Zahl der Aufsichtsratsstellen, die Vertreter der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Disconto-Gesellschaft in den Aktiengesellschaften einnahmen, steigerte sich von 1912 bis 1927 von 422 auf 1472.

Das deutsche Finanzkapital verflocht sich in diesen Jahren noch enger mit ausländischen Konzernen. Besonders die amerikanischen Monopole legten in der deutschen Großindustrie bedeutende Kapitalien an; sie kauften die Opel-Werke und große Aktienpakete der AEG, des Norddeutschen Lloyd und anderer Unternehmen auf. Dadurch wuchs der Einfluß des amerikanischen Finanzkapitals auf die deutsche Wirtschaft noch mehr. Andererseits begann auch die deutsche Monopolbourgeoisie wieder Kapital zu exportieren, wenn auch zunächst nur in sehr bescheidenem Umfang. Deutsche Konzerne beteiligten sich maßgeblich an der Bildung von über 50 internationalen finanzkapitalistischen Vereinigungen, unter denen sich so wichtige Zusammenschlüsse wie das deutsch-französische Kalikartell und die europäische Rohstahlgemeinschaft befanden. Auch auf diese Weise eroberte das deutsche Finanzkapital verlorengegangene Märkte und Einflußsphären zurück.

Die Rationalisierung der Industrie und der anhaltende Zufluß ausländischen Kapitals hatten eine rasche Erhöhung der deutschen Industrieproduktion zur Folge. Bereits 1925 betrug die Industrieproduktion in Deutschland trotz des verkleinerten Territoriums wieder 83 Prozent des Vorkriegsstandes.

Die Kohleförderung, die Rohstahl- und Elektroenergieerzeugung betrug in Deutschland (jeweiliges Territorium – ab 1923 ohne Saargebiet):

Jahr	Steinkohle in Mill. t	Braunkohle in Mill. t	Rohstahl in Mill. t	Elektroenergie in Mill. kWh
1913	190,1	87,2	20,8	–
1923	62,3	118,8	6,3	–
1924	118,8	124,6	9,8	–
1925	132,6	139,7	12,1	20 328
1926	145,3	139,2	12,3	21 218
1927	153,6	150,5	16,2	25 135
1928	150,9	165,6	14,4	27 871
1929	163,4	174,5	16,1	30 660

Bis 1928 verdoppelte sich die industrielle Gesamtproduktion Deutschlands im Vergleich zu 1923 und übertraf damit knapp den

Vorkriegsstand. Der deutsche Anteil an der Weltindustrieproduktion erhöhte sich von 1923 bis 1928 von 8 auf 12 Prozent und am Welthandel von 8,1 Prozent 1925 auf 9,5 Prozent 1929. Die chemische, elektrotechnische und optische Industrie, teilweise auch der Maschinen- und Schiffbau eroberten sich ihre Vorkriegsstellung zurück. Auch die landwirtschaftliche Gesamterzeugung näherte sich 1928 wieder dem Vorkriegsstand.

Durch zahlreiche staatsmonopolistische Maßnahmen beschleunigte die Regierung Luther die Wiederherstellung und Erweiterung des monopolkapitalistischen Wirtschaftspotentials. Die „Vorschläge" des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des großagrarischen Reichslandbundes und anderer Unternehmervereinigungen beeinflußten die staatliche Tätigkeit besonders in der Steuer-, Zoll-, Handels- und Sozialpolitik entscheidend. Als ein Instrument zur staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung und zur Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Finanzkapitals und des Junkertums gewann der Staatshaushalt zunehmende Bedeutung. Dafür waren die am 7. August 1925 vom Reichstag gegen den Widerstand der kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktionen verabschiedeten Steuergesetze charakteristisch. Sie berücksichtigten weitgehend die Forderung der Monopole, die „Wirtschaft" steuerlich zu entlasten, die Kapitalbildung zu fördern und den Konzentrationsprozeß zu begünstigen. Die dem Kapital gewährten Steuererleichterungen betrugen etwa eine Milliarde RM, während gleichzeitig die Verbrauchssteuern auf Branntwein, Tabak und Bier erhöht wurden.

Nachdem die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegten handels- und zollpolitischen Beschränkungen Anfang 1925 ihre Gültigkeit verloren hatten, stimmten die bürgerlichen Parteien im Reichstag im August 1925 auch Zollerhöhungen für viele Industrieerzeugnisse zu. Hohe Zollschranken erleichterten es den Konzernen, die Monopolpreise hochzuhalten. Im gleichen Monat beschloß die reaktionäre Mehrheit des Reichstags auch Schutzzölle für Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte. Das kam den Wünschen der Großagrarier weit entgegen. Obwohl die Deutschnationalen im Wahlkampf für die volle Aufwertung der Verluste der Inflationsgeschädigten eingetreten waren, billigten sie im Juli 1925 im Reichstag Gesetze, die die kleinen Sparer mit Brosamen abspeisten. Die Ruhrkonzerne aber hatten bereits aus der Staatskasse für angeblich während des

Ruhrkonflikts erlittene Verluste hohe Beträge erhalten, die selbst nach Feststellungen eines Untersuchungsausschusses des Reichstages 556 Millionen RM betrugen.

Die verschiedenen staatsmonopolistischen Maßnahmen der Reichsregierung förderten die Konjunktur; sie ermöglichten es den Monopolen und Großagrariern, hohe Profite zu erzielen und den Werktätigen die Lasten der Reparationen aufzubürden. In den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus wurde erstmalig in einer Konjunkturperiode ein System staatsmonopolistischer Maßnahmen in Kraft gesetzt. Es trug dazu bei, daß Deutschland in dieser Zeit zu dem Land in Europa wurde, in dem die Monopolherrschaft am stärksten ausgeprägt war. Das deutsche Monopolkapital erlangte eine größere ökonomische Stärke als vor dem ersten Weltkrieg. Der deutsche Imperialismus holte seinen Rückstand gegenüber Frankreich und Großbritannien auf und entwickelte sich wieder zur bedeutendsten wirtschaftlichen Macht in Europa. Das in dieser Zeit mit amerikanischer Unterstützung geschaffene Industriepotential wurde ein Jahrzehnt später zur Grundlage der faschistischen Kriegswirtschaft. Doch dies wird von bürgerlichen Historikern meist verschwiegen, weil sie den Zusammenhang zwischen dem amerikanischen Dawes-Plan, dem Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und der Aggressionspolitik des Hitlerfaschismus zu verschleiern versuchen.

Trotz großer Anstrengungen konnte aber die deutsche Finanzbourgeoisie nicht alle ihre Vorkriegspositionen wiedererlangen. Der Widerspruch zwischen dem hochentwickelten Industriepotential und den begrenzten kapitalistischen Märkten führte zu einem scharfen Konkurrenzkampf der Monopole auf den Weltmärkten. Außer in den Jahren 1926 und 1929, in denen der deutsche Außenhandel einen geringen Ausfuhrüberschuß erbrachte, blieb die deutsche Handelsbilanz passiv. Dazu kam, daß von Jahr zu Jahr nicht nur höhere Reparationen, sondern auch zunehmend Zinsen für die aufgenommenen Kredite gezahlt werden mußten. Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom ausländischen, insbesondere vom amerikanischen Kapital steigerte die wirtschaftliche Labilität noch mehr.

Die relative Stabilisierung des Kapitalismus erleichterte es der herrschenden Klasse, ihren Einfluß auf die Mehrheit der Bevölkerung bedeutend zu erweitern. Im Jahre 1925 lebten in Deutschland (ohne Saargebiet) 62,6 Millionen Menschen (ortsanwesende Bevölkerung). Trotz der Opfer des ersten Weltkrieges war die Zahl der Bevölkerung seit

1910 (Gebiet von 1925) um 4,8 Millionen gestiegen. Von 1907 (Gebiet von 1925) bis 1925 hatte sich die Zahl der Erwerbstätigen in folgender Weise verändert:

	Erwerbstätige		davon
		Arbeiter	Frauen
1907	25 156 017	11 258 413	8 501 005
1925	32 009 300	14 433 754	11 478 012

In der Industrie (einschließlich Handwerk) waren 1925 rund 9,8 Millionen Arbeiter tätig, von denen fast 2 Millionen Frauen waren, in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gärtnereiwesen waren 2,5 Millionen Arbeiter beschäftigt. Angestellte und Beamte gab es 1925 in Deutschland 5,3 Millionen.

In dieser, nur von der Zwischenkrise 1925/1926 unterbrochenen Konjunkturperiode verbesserte sich die Lebenslage der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Vergleich zu dem Elend der Inflationszeit im allgemeinen bedeutend. Unter Ausnutzung des wirtschaftlichen Aufschwungs gelang es den Arbeitern und Angestellten in zähen sozialen Kämpfen, wesentliche Lohnerhöhungen zu erreichen, woran die Gewerkschaften Anteil hatten.

Die durchschnittlichen tarifmäßigen Wochenlöhne der gelernten Arbeiter erhöhten sich nach der amtlichen Statistik von 28,60 RM im Februar 1924 auf 46 RM im Dezember 1925 und die der ungelernten Arbeiter von 23 RM auf 34 RM, um dann bis April 1927 nur noch auf 47 RM beziehungsweise auf 36 RM zu steigen. Gleichzeitig stiegen aber die Lebenshaltungskosten wesentlich, besonders die Ausgaben für Mieten, so daß die Reallöhne der Arbeiter erst 1928 wieder den Vorkriegsstand erreichten. Dabei muß noch beachtet werden, daß die Mehrheit der Arbeiter noch 1927 zum Teil erheblich länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten mußte. Die Löhne der Frauen und der Jugendlichen, die im Verlauf der Rationalisierung nicht selten an die Stelle qualifizierter Arbeiter traten, waren im allgemeinen ein Drittel niedriger als die der erwachsenen Arbeiter. In der Heim- und Hausindustrie arbeiteten noch immer Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen unter menschenunwürdigen Verhältnissen – allein in der Textilindustrie über 100 000. Die Gesamtzahl der in der Heim- und Hausindustrie Tätigen betrug einschließlich der Angehörigen etwa eine Million Menschen.

Nachdem sich die Löhne der verschiedenen Arbeitergruppen in der Inflationszeit sehr angenähert hatten, setzten die Unternehmer wieder

eine stärkere Lohndifferenzierung zwischen den qualifizierten und den unqualifizierten Arbeitern sowie zwischen den verschiedenen Berufsgruppen durch, um einerseits den Bedürfnissen der Produktion Rechnung zu tragen, andererseits aber auch die Belegschaften zu spalten. Die Rationalisierungsprofite erleichterten es der Großbourgeoisie, die Lage der Vorarbeiter und der Meister sowie eines Teils der qualifizierten Arbeiter erheblich zu verbessern. Sie erhielten durch Lohnvorteile, bessere Urlaubs- und Pensionsbedingungen, billige Werkwohnungen und andere Vergünstigungen wieder eine privilegierte Stellung, die sie in der Kriegs- und Nachkriegszeit weitgehend eingebüßt hatten. Aus diesen sozialen Schichten vor allem rekrutierte sich erneut eine starke Arbeiteraristokratie.

Durch die Rationalisierung und die Intensivierung der Ausbeutung stieg die Arbeitsproduktivität der Industriearbeiter sprunghaft. Von 1924 bis 1929 stieg die Leistung der Industriearbeiter pro Arbeitsstunde durchschnittlich um etwa 40 Prozent. Mit Hilfe der Stoppuhr, des Fließbandes, raffinierter Kontroll- und Lohnsysteme und vor allem durch die weite Verbreitung der Akkordarbeit wurde das Arbeitstempo übersteigert; die Arbeiter wurden über die Maßen beansprucht. Die Methoden für eine intensivierte Ausbeutung arbeiteten das 1925 gegründete Deutsche Institut für Technische Arbeitsschulung (Dinta), der Reichsausschuß für Arbeitszeitermittlung (Refa) und andere Institutionen aus.

Wegen des verschärften Arbeitstempos erhöhte sich die Zahl der beim Reichsversicherungsamt gemeldeten Unfälle schon von 1924 zu 1925 von 646000 auf 864000, und 1926 betrug sie bereits über eine Million. Infolge der Rationalisierung und der Stillegung zahlreicher Betriebe verloren Hunderttausende Arbeiter und Angestellte ihre Arbeitsplätze. Es entstand eine ständige Erwerbslosenarmee, die seit Ende 1925 selbst in Zeiten höchster Konjunktur immer über 750000 Erwerbslose zählte. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen betrug (in 1000):

1926	Januar	2221
	Juli	2004
1927	Januar	2257
	Juli	927
1928	Januar	1791
	Juli	1028
1929	Januar	2850
	Juli	1252

Auch in den Jahren der Konjunktur lebten demnach Millionen Werktätige ständig in sozialer Unsicherheit. 10,4 Millionen Werktätige – das waren fast 45 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger – hatten ein Nettomonatseinkommen, das unter 100 RM lag. Das durchschnittliche Nettomonatseinkommen von 7,3 Millionen Werktätigen betrug 100 bis 125 RM, und 4,2 Millionen Deutsche hatten ein solches von 125 bis 250 RM. Diese Angaben widerlegen die Behauptung mancher bürgerlicher Historiker eindeutig, die Jahre der relativen Stabilisierung des Kapitalismus seien eine Zeit allgemeinen Wohlstandes in Deutschland gewesen.

Der „Enteignung" der Handwerker, der Kleinhändler und der Gewerbetreibenden durch die Inflation war mit der Stabilisierung der Währung zunächst Einhalt geboten. Die Einkünfte dieser Schichten stiegen wieder. Dennoch lastete auf ihnen der Druck der Monopole. Ähnlich erging es den Klein- und den Mittelbauern. Sie litten unter dem Mißverhältnis zwischen den Preisen für Industriewaren und denen für landwirtschaftliche Produkte. Die niedrige Kaufkraft der städtischen Bevölkerung erschwerte den Absatz. Die hohen Steuern und die Zinsen für aufgenommene Kredite trugen dazu bei, daß zahlreiche Klein- und Mittelbauern erneut in eine Schuldknechtschaft gerieten. Ende 1924 betrug die Neuverschuldung der Landwirtschaft, hauptsächlich der werktätigen Bauern, wieder zwei Milliarden RM. Bis Ende 1927 erhöhte sich diese Schuldenlast auf 10,3 Milliarden RM. Bereits 1925 betrug die Zinsbelastung der deutschen Landwirtschaft, die hauptsächlich von den werktätigen Bauern aufgebracht werden mußte, 425 Millionen RM. Staatliche Hilfe erhielten jedoch in der Regel nur die großen landwirtschaftlichen Betriebe. Pfändungen und Zwangsversteigerungen wurden zu einer täglichen Erscheinung auf dem Lande.

Je mehr der deutsche Imperialismus wieder zu Kräften kam, desto eifriger war die Stresemannsche Diplomatie bemüht, Deutschland wieder in den Rang einer imperialistischen Großmacht zu erheben. Dabei nutzten die deutschen Diplomaten berechnend die antisowjetische Orientierung der Westmächte und die zwischen ihnen bestehende Rivalität aus. Bereits wenige Wochen nach dem Londoner Abkommen vom August 1924 fühlte die Reichsregierung wegen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vor. Gleichzeitig erhob sie den grundsätzlichen Anspruch auf Kolonialmandate. Im Januar und Februar 1925 nahm das Auswärtige Amt mit der britischen und der französischen Regierung Verhandlungen über einen sogenannten Sicherheitspakt auf,

der unter Vermeidung jeder Anerkennung der deutschen Ostgrenzen die westlichen Grenzen garantieren und den Eintritt Deutschlands in den antisowjetisch orientierten Völkerbund vorbereiten sollte.

Diese außenpolitischen Schritte, die sich gegen den Geist des Vertrages von Rapallo richteten, wurden von Phrasen über das Friedensstreben Deutschlands begleitet. In Wirklichkeit hatte die „deutsche Außenpolitik", wie Gustav Stresemann im September 1925 in einem Brief an den ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern[43] schrieb, folgende nächste Aufgaben: „Sicherung des Friedens" als „Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands"; „Schutz der Auslandsdeutschen"; „Korrektur der Ostgrenzen", womit „die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien"[44] gemeint waren, und schließlich „Anschluß" Österreichs, das heißt seine Annexion durch Deutschland. Das waren die „großdeutschen" Ziele Gustav Stresemanns, dessen angeblich ehrlicher Verständigungswille und dessen „Europäertum" von bürgerlichen Historikern und Publizisten gerühmt werden. Daß die militaristischen Kreise offen den Revanchekrieg einkalkulierten, bestätigt eine Äußerung des Chefs der Reichswehr, General Hans von Seeckt, der in einer Kabinettssitzung am 24. Juni 1925 offen aussprach: „Wir müssen wieder mächtig werden, und sobald wir wieder Macht haben, nehmen wir natürlich alles zurück, was wir verloren haben."[45]

Die Veränderungen in der Lage des Weltkapitalismus, die seit 1922/1923 eingetreten und besonders in Deutschland sichtbar geworden waren, mußten von den Kommunisten gründlich analysiert werden, damit die Perspektiven der proletarischen Weltrevolution richtig beurteilt und die Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung exakt ausgearbeitet werden konnten. Zur Lösung dieser Aufgaben leistete das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale auf seinem V. Erweiterten Plenum vom 21. März bis 6. April 1925 einen wichtigen Beitrag. Es gelangte zu dem Schluß, daß es der internationalen Bourgeoisie nach der Niederlage der Arbeiterklasse in mehreren Ländern gelungen sei, eine zeitweilige Stabilisierung des Kapitalismus zu erreichen, die unter anderem in der Zurückdrängung inflationistischer Erscheinungen, in der Ausdehnung der Weltproduk-

[43] Dokument Nr. 12.

[44] Gustav Stresemann: Vermächtnis, Zweiter Band, Berlin (1932), S. 553.

[45] Zit. nach: George W. F. Hallgarten: Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Geschichte der Jahre 1918–1933, Frankfurt (Main) (1955), S. 83.

tion und des Welthandels über den Vorkriegsstand und in der Regelung der internationalen Finanzbezeichnungen, vor allem in der zeitweiligen Lösung der Reparationsfrage, zum Ausdruck komme.

In Auseinandersetzung mit bürgerlichen Auffassungen, die von einer dauerhaften Festigung des Kapitalismus sprachen, charakterisierte das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erstmals umfassend das Wesen der neuen Periode. Das EKKI wies nach, daß die kapitalistische Stabilisierung unter den Bedingungen der neuen weltgeschichtlichen Epoche und der allgemeinen Krise des Kapitalismus nur eine teilweise, vorübergehende und relative sein könne. Der relativen kapitalistischen Stabilisierung stand der Aufstieg der Sowjetmacht gegenüber, deren internationale Autorität ständig wuchs. Neben dem unversöhnlichen Widerspruch zwischen dem kapitalistischen Weltsystem und dem ersten sozialistischen Staat wirkten die inneren Widersprüche des Kapitalismus weiter. Da der wirtschaftliche Aufschwung der meisten kapitalistischen Länder auf der verschärften Ausbeutung der Arbeiter und der anderen Werktätigen sowie auf der zunehmenden Ausplünderung der kolonialen und der abhängigen Länder beruhte, mußten sich die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen der Finanzbourgeoisie und dem Volke sowie zwischen den imperialistischen Staaten und den abhängigen Völkern zwangsläufig zuspitzen. Die Erweiterung der Industrieproduktion mußte schließlich den Widerspruch mit der begrenzten Aufnahmefähigkeit der kapitalistischen Märkte vertiefen und scharfe Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten hervorrufen.

Die Kommunistische Internationale vertrat die von der Geschichte bestätigte Ansicht, daß sich im Verlauf der relativen Stabilisierung die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche erneut verschärfen werden. Damit würden Voraussetzungen für eine neue zyklische Krise und für imperialistische Kriege um die Aufteilung der Welt entstehen. Unvermeidlich müsse daher die relative Stabilisierung des Kapitalismus zu einer tiefen Erschütterung der imperialistischen Ordnung und zu einer neuen Periode großer Klassenschlachten führen.

Von besonderer Bedeutung für die internationale Arbeiterklasse war die Beantwortung der Frage, welche Folgerungen sich aus dem verlangsamten Tempo der internationalen revolutionären Prozesse für den sozialistischen Aufbau in der UdSSR ergaben. Während die Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) die Kräfte des Volkes für die sozialistische Umgestaltung des Sowjetlandes mobili-

sierte, kapitulierten L. D. Trotzki und seine Anhänger, denen sich jetzt auch G. J. Sinowjew anschloß, vor den gewaltigen Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus in einem ökonomisch und technisch rückständigen Lande. Die Trotzkisten waren der Ansicht, daß es ohne den Sieg der Arbeiterklasse in mehreren fortgeschrittenen Ländern nicht möglich sei, die Arbeiter-und-Bauern-Macht in der UdSSR auf die Dauer zu behaupten und den Sozialismus in der Sowjetunion zu errichten. Sie unterschätzten die schöpferischen Kräfte der sowjetischen Arbeiterklasse und deren Fähigkeit, das Bündnis mit der Bauernschaft auch beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu schaffen. Falls die politische Konzeption der Trotzkisten verwirklicht worden wäre, hätte dies zur Preisgabe der Sowjetmacht, der größten Errungenschaft der internationalen Arbeiterbewegung, führen können. Die ideologische Überwindung des Trotzkismus wurde daher zu einer dringlichen Aufgabe für die KPR(B) und die Kommunistische Internationale.

Die sowjetischen Kommunisten wiesen die kleinbürgerlichen trotzkistischen Auffassungen zurück, verteidigten prinzipienfest die Leninsche Lehre von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und begründeten, daß in der UdSSR alle Voraussetzungen vorhanden seien, um – gestützt auf die Diktatur des Proletariats und das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft – den Sozialismus aus eigener Kraft zu errichten. Die Partei Lenins wertete den Aufbau des Sozialismus auf einem Sechstel des Erdballs als eine Aufgabe von weltgeschichtlicher Bedeutung, als den wichtigsten Beitrag, den die Völker der Sowjetunion für die Entwicklung der proletarischen Weltrevolution leisten können. Nachdem die Volkswirtschaft des Sowjetlandes Ende 1925 im wesentlichen wiederhergestellt war, beschloß der XIV. Parteitag der KPR(B), der die Partei in Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) – KPdSU(B) – umbenannte, im Dezember 1925 den Kurs auf die sozialistische Industrialisierung und den Sieg des Sozialismus in der UdSSR. Damit war eine Entscheidung von gewaltiger historischer Tragweite für die ganze Menschheit gefallen. Die sowjetischen Arbeiter und Bauern leisteten ihren Hauptbeitrag für die Beschleunigung der objektiven weltrevolutionären Prozesse durch angespannte Arbeit beim wirtschaftlichen Aufbau und bei der sozialistischen Umgestaltung des Sowjetlandes. Der ideologische Sieg über den Trotzkismus, der Sieg der leninistischen Konzeption des sozialistischen Aufbaus und die Ausarbeitung der nächsten Schritte auf dem Wege zur Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in

der UdSSR waren eine hervorragende Leistung des Zentralkomitees der KPdSU(B), dessen Generalsekretär seit 1922 J. W. Stalin war.

Unter den veränderten geschichtlichen Verhältnissen wuchs die Verantwortung der internationalen Arbeiterklasse gegenüber dem ersten Land der proletarischen Diktatur noch mehr. Es wurde zu einer erstrangigen Pflicht der kommunistischen Parteien und jedes klassenbewußten Arbeiters in den kapitalistischen Ländern, das sozialistische Aufbauwerk in der Sowjetunion nach Kräften zu fördern und sich allen imperialistischen Interventionsversuchen entgegenzustellen. Doch drohte in der „Phase mehr oder minder verlangsamter Entwicklung der Weltrevolution"[46] den kommunistischen Parteien die Gefahr, wie die V. Erweiterte Tagung des EKKI warnend betonte, „sich in eine kleine Sekte ‚reiner' Kommunisten zu verwandeln, die zwar ‚ausgezeichnete' Grundsätze besitzen, es aber nicht verstehen, mit der realen Arbeiterbewegung der gegebenen Periode Fühlung zu gewinnen; andererseits die Gefahr, zu formlosen, halbsozialdemokratischen Parteien herabzusinken, sobald sie es versäumen, den Kampf um die Eroberung der breiten Arbeitermassen in Einklang zu bringen mit dem Festhalten an den Grundsätzen des Kommunismus"[47]. In den Thesen über die Bolschewisierung der Parteien der Kommunistischen Internationale[48] und in den Thesen über die Agrarfrage bestimmte das EKKI die Aufgaben, die sich aus den neuen Bedingungen des Klassenkampfes für die kommunistischen Parteien ergaben, umfassend und bis ins einzelne.

Diese Beschlüsse verpflichteten alle Kommunisten, die marxistisch-leninistische Theorie schöpferisch auf die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen in den einzelnen Ländern anzuwenden und die Leninschen Grundsätze der Partei neuen Typus der Entwicklung der einzelnen Parteien zugrunde zu legen. Angesichts der relativen Stabilisierung des Kapitalismus lenkte das EKKI die kommunistischen Parteien auf eine beharrliche Massenarbeit hin, die den unmittelbaren Bedürfnissen der Werktätigen entsprach. Auf diese Weise sollten der Einfluß der bürgerlichen Ideologie zurückgedrängt und die Werktätigen anhand ihrer eigenen Erfahrungen an große Klassenkämpfe her-

[46] Über die Bolschewisierung der Komintern. Thesen, einstimmig angenommen von der Erweiterten Exekutive der Komintern, Moskau, März/April 1925. Mit Einleitung, Erläuterungen und einem Anhang hrsg. von der Zentrale der KPD, (Berlin) o. J. („Die Internationale", 1925, Ergänzungsheft 2), S. 11.

[47] Ebenda, S. 12.

[48] Dokument Nr. 8.

angeführt werden. Die kommunistischen Parteien wurden dazu angehalten, jede Unterschätzung der Teilforderungen auszumerzen und „jede konkrete Forderung, um die sich die Massen scharen, in das Licht der Perspektive des Kampfes um die Revolution“[49] zu rücken; dies erfordere, den Gewerkschaften „hundertmal mehr Aufmerksamkeit“[50] als bisher zuzuwenden. Dabei sollten die Kommunisten „ihren Einfluß dadurch steigern und dadurch Autorität bei den Arbeitermassen gewinnen, daß sie sich für alle unmittelbaren Forderungen: Lohnerhöhung, Schutz des Achtstundentages, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit usw., einsetzen und sich gewissenhaft und mutig an die Spitze aller Konflikte mit der Arbeitgeberschaft stellen“[51]. Die erfolgreiche Verwirklichung der in den Thesen über die Bolschewisierung niedergelegten Grundsätze schuf die Grundlage für einen machtvollen Aufschwung der kommunistischen Weltbewegung in der Folgezeit. Doch wurden in diesem Prozeß auch bestimmte dogmatische Auffassungen verbreitet.

In ihrer tiefen Sorge über den weiteren Weg der KPD wies Clara Zetkin in den Beratungen des EKKI warnend darauf hin, daß sich die Partei „nicht genügend fest und auf breiter Front mit den Massen verbunden“[52] habe. Scharf kritisierte Clara Zetkin, daß die Fischer-Maslow-Gruppe die Politik der proletarischen Einheitsfront nur in Worten anerkenne, die Gewerkschaftsarbeit unterschätze und die Tagesforderungen der Werktätigen mißachte. „Teilforderungen können nun und nimmer den revolutionären Kampf ersetzen oder ausschalten“, betonte sie. „Aber sie müssen und werden umgekehrt den revolutionären Kampf zur Eroberung der Macht beschleunigen, müssen für ihn jene breiten Massen sammeln und organisieren, die unter Führung der Kommunistischen Partei die Staatsgewalt für das Proletariat erobern. Wir müssen unser Maximum an Kraft darauf verwenden, durch Teilforderungen in Teilkämpfen engste Verbindung zwischen der Kommunistischen Partei und den proletarischen Massen, den Massen der Besitzlosen und Ausgebeuteten, der vom Großkapital Ausgeplünderten herbeizuführen.“[53]

49 Über die Bolschewisierung der Komintern, S. 22.

50 Ebenda, S. 21.

51 Ebenda.

52 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 21. März–6. April 1925, Hamburg (1925), S. 175.

53 Ebenda, S. 178.

Die wissenschaftliche Einschätzung der neuen Etappe des Kapitalismus, die Ausarbeitung der Perspektiven des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR und der nächsten Aufgaben der kommunistischen Parteien waren eine bedeutende theoretische und politische Leistung der KPR(B) und der kommunistischen Weltbewegung. Damit erhielten die kommunistischen Parteien eine klare Orientierung, die für ihre Strategie und Taktik überaus wichtig war.

Die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale waren für den Kampf der revolutionären Kräfte in der KPD gegen die sektiererische Politik der Fischer-Maslow-Gruppe eine wertvolle Unterstützung. Im Auftrage des Politbüros des Zentralkomitees der KPR(B) übermittelte J. W. Stalin der KPD mehrfach wichtige Ratschläge für ihre weitere marxistisch-leninistische Entwicklung.

Eine positive Rolle bei der Propagierung des Leninismus spielten die 1924 veröffentlichten Vorlesungen J. W. Stalins „Über die Grundlagen des Leninismus", in denen er in gedrängter Form die historischen Wurzeln des Leninismus charakterisierte und die Leninsche Lehre vom Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten um die Errichtung der Diktatur des Proletariats in der Periode des Imperialismus – die Theorie der sozialistischen Revolution, besonders die Leninschen Lehren über die Diktatur des Proletariats, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, die nationale Frage, die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse und die Grundsätze der Partei neuen Typus – systematisch darlegte. Die im Januar 1926 veröffentlichte Schrift „Zu den Fragen des Leninismus" war ein Beitrag zur ideologischen Überwindung des Trotzkismus. J. W. Stalin verteidigte in dieser Arbeit wichtige Leninsche Gedanken über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, über die Beziehungen von Partei und Arbeiterklasse im System der proletarischen Diktatur und die programmatischen Leitsätze W. I. Lenins über die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und den Weg des sozialistischen Aufbaus gegen die Ansichten G. J. Sinowjews und L. D. Trotzkis. Diese und andere Veröffentlichungen des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPR(B) waren für viele Kommunisten eine Einführung in den Leninismus und eine Anleitung zum Studium der Werke W. I. Lenins.

Durch die Politik der Bürgerblockregierung Luther und den unerwarteten Tod des Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 sah sich die KPD unmittelbar vor äußerst verantwortungsvolle Aufgaben gestellt. Die reaktionärsten Kreise des deutschen Finanz-

kapitals und des Junkertums hielten jetzt die Gelegenheit für gekommen, um einen Monarchisten auf den Stuhl des Staatsoberhaupts zu setzen und die Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik zu beschleunigen. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei näherten sich einander noch mehr und unterstützten gemeinsam die Kandidatur des Innenministers in den beiden Marx-Regierungen Karl Jarres. Das Zentrum nominierte Wilhelm Marx; auch die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die NSDAP (gemeinsam mit völkischen Gruppierungen) benannten Kandidaten. Der Parteivorstand der SPD wollte bereits im ersten Wahlgang auf eine selbständige Kandidatur verzichten, doch die Stimmung in der Sozialdemokratie veranlaßte ihn dann doch nach einigem Zögern, Otto Braun als Kandidaten der SPD aufzustellen. Die KPD nominierte Ernst Thälmann.

Im Wahlkampf trat der Rote Frontkämpferbund erstmals in vielen Bezirken einheitlich als proletarische Wehrorganisation auf. Nachdem Ernst Thälmann auf der 1. Reichskonferenz des RFB am 1. Februar 1925 zum Bundesvorsitzenden gewählt worden war, entwickelte sich unter seiner straffen Führung der RFB rasch zu einer starken antimilitaristischen Massenorganisation. Gehörten ihm im Januar 1925 in 255 Ortsgruppen etwa 15 000 Mitglieder an, so gab es ein Jahr später bereits 1120 Ortsgruppen mit fast 70 000 Mitgliedern. An diesem Aufstieg des RFB hatten Edgar André im Gau Wasserkante, Hans Jendretzky im Gau Berlin-Brandenburg, Fritz Selbmann im Ruhrgebiet, Werner Jurr, Willy Leow, Ernst Schneller, Albert Schreiner und viele andere Funktionäre großen Anteil. Die einheitliche Kleidung der Mitglieder des RFB erhöhte die Wirkung seines Auftretens in der Öffentlichkeit.

Im Wahlkampf um die Besetzung des Reichspräsidentenamtes bestand der RFB seine erste Bewährungsprobe. Wie wenig Wert die demokratischen Rechte und Freiheiten der Weimarer Verfassung für die klassenbewußten Arbeiter besaßen, bewiesen die Ereignisse am 13. März 1925 aufs neue. An jenem Tage kam Ernst Thälmann, der Präsidentschaftskandidat der KPD, zu einer Wahlkundgebung nach Halle. Nachdem mehrere Redner, unter ihnen Vertreter der englischen und französischen Kommunisten, das Wort ergriffen hatten, hinderte ein Polizeikommando Ernst Thälmann daran, zu den etwa 8000 Versammelten zu sprechen. Als Polizeioffiziere die Kundgebung auflösten und die überfüllten Versammlungssäle räumen ließen, schossen ent-

menschte Polizisten gewissenlos in die versammelte Menge. Neun Kundgebungsteilnehmer, unter ihnen Fritz Weineck aus dem Spielmannszug des Roten Frontkämpferbundes von Halle, wurden getötet, 25 schwer- und über 100 leichtverletzt. Als die Opfer des Polizeiüberfalls zu Grabe getragen wurden, standen alle größeren Halleschen Betriebe still. Von Haß gegen den Militarismus erfüllt, folgten Zehntausende mit den Abteilungen des RFB und der Kommunistischen Jugend Deutschlands den Särgen der Ermordeten. In jenen Tagen entstand das „Lied vom kleinen Trompeter", dessen erste Strophe lautet:

Von all unsern Kameraden
War keiner so lieb und so gut
Als unser kleiner Trompeter,
Ein lustig Rotgardistenblut.[54]

Am 29. März 1925 erhielten Karl Jarres 10,4, Otto Braun 7,8, Wilhelm Marx 3,9 und Ernst Thälmann 1,9 Millionen Stimmen. Da kein Kandidat die für den ersten Wahlgang vorgeschriebene absolute Mehrheit erhalten hatte, war ein zweiter Wahlgang erforderlich, in dem eine relative Mehrheit entschied. Jetzt kam alles auf das einheitliche Vorgehen der Arbeiterorganisationen und der anderen demokratischen Kräfte an, damit der Sieg eines Monarchisten verhindert werde. Dazu hätte ein gemeinsamer Arbeiterkandidat aufgestellt werden müssen, der im Wahlkampf mit einem eindeutig demokratischen und sozialen Aktionsprogramm aufgetreten wäre, damit er von allen proletarischen Kräften, aber auch von Kreisen des Kleinbürgertums und der bürgerlichen Demokraten unterstützt worden wäre. Da sich die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und andere bürgerliche Organisationen zu einem Reichsblock zusammenschlossen, wäre ein einheitliches Vorgehen der Arbeiterorganisationen noch notwendiger gewesen. Der schwarzweißrote Reichsblock, der auch Unterstützung durch die Bayerische Volkspartei erhielt, stellte jetzt Paul von Hindenburg als Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten auf, um vor allem weitere kleinbürgerliche Wähler zu gewinnen, die in dem kaiserlichen Generalfeldmarschall das Idol der „guten alten Zeit" und die Verkörperung von Deutschlands einstmaliger „Größe" sahen.

Da der sozialdemokratische Parteivorstand nicht ernsthaft gewillt war, die politischen Machtverhältnisse zu ändern, kapitulierte er vor dem klerikalen Zentrum; er zog den sozialdemokratischen Kandidaten

[54] Rotes Metall. Deutsche Sozialistische Dichtung 1917–1933, Berlin 1960, S. 107.

zurück, der das Vertrauen von fast acht Millionen Wählern gefunden hatte. Die Sozialdemokratie bildete mit der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum einen Volksblock für die Wahl des Kanzlers des Belagerungszustandes, Wilhelm Marx, der in einer Wahlkundgebung offen geäußert hatte: „Großdeutschland ist eine Forderung, die wir gerade heute, wo der Sicherheitspakt zur Debatte steht, wieder erheben müssen."[55] Viele Mitglieder der Sozialdemokratie und des Reichsbanners sowie einige linke Parteiorganisationen der SPD, besonders in Sachsen und in Thüringen, verurteilten das Wahlbündnis mit dem Zentrum, ordneten sich aber schließlich der Parteidisziplin unter.

Die Ultralinken in der KPD erleichterten dem Parteivorstand der SPD die Preisgabe der proletarischen und der demokratischen Interessen. Diese sektiererischen Kräfte leugneten jeden Unterschied zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. Eine extreme Gruppierung um Iwan Katz, Arthur Rosenberg und Werner Scholem war sogar der Ansicht, für die Arbeiterklasse sei der Unterschied zwischen Monarchie und Republik bedeutungslos; sie lehnte deshalb jede republikanisch-demokratische und antimonarchistische Agitation der KPD ab. Trotz der Empfehlungen des Präsidiums des EKKI weigerten sich die Ultralinken an die Führung der SPD und des ADGB mit dem Angebot heranzutreten, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen, obwohl sich ein solcher Vorschlag auf die starke antimonarchistische und republikanische Bewegung in der Arbeiterklasse hätte stützen können.

Am 26. April 1925 stimmten 13,8 Millionen für Wilhelm Marx und 1,9 Millionen für Ernst Thälmann. 14,7 Millionen Deutsche aber vertrauten dem eingefleischten preußisch-deutschen Militaristen Paul von Hindenburg das höchste Amt der Weimarer Republik an, der er mit äußerster Abneigung gegenüberstand. Sieben Jahre nach der Novemberrevolution war ein Monarchist im Besitz aller Befugnisse der Präsidialgewalt. Dies war ein Symptom der Rechtsentwicklung in Deutschland, ein deutlicher Ausdruck des Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus und Militarismus.

Die leninistischen Kräfte in der KPD unternahmen große Anstrengungen, um die Arbeiterschaft gegen die erstarkende Reaktion in Bewegung zu bringen. Anläßlich des 1. Reichstreffens des RFB am 21. und 22. Mai 1925 in Berlin vereinten sich im Lichtenberger Stadion 20000

[55] Vorwärts (Berlin), 18. April 1925 (Morgenausgabe).

Teilnehmer aus ganz Deutschland mit etwa 50000 Berlinern zu einer Kundgebung, auf der sie gegen die engere Bindung Deutschlands an die imperialistischen Westmächte protestierten und den Ausbau der deutsch-sowjetischen Beziehungen forderten. Diesem Aufmarsch folgten im Juni 1925 Treffen der Roten Frontkämpfer in Hamburg und in Magdeburg mit je 25000 Teilnehmern. Als am 7. Juni 1925 in Teltow bei Berlin eine Fahnenweihe der dortigen Ortsgruppe des RFB stattfand, schossen Polizisten und Landjäger in die auf einem Sportplatz versammelten Roten Frontkämpfer. Dabei wurde das Mitglied des Roten Jungsturms Kurt Spotaczyk erschossen, und 20 Mitglieder des RFB wurden verletzt. Am 11. Juni 1925 demonstrierten annähernd 15000 Berliner Arbeiter von Lichterfelde nach Teltow und protestierten damit gegen diesen Meuchelmord.

Auch im Frühjahr und Sommer 1925 kam es zu mehreren Lohnkämpfen. Nach scharfen Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern in der Bauindustrie begann im Juli 1925 ein machtvoller Bauarbeiterkampf. In Baden, in Mecklenburg und im Rheinland, in Sachsen und Westfalen, in Berlin, Halle, Kassel und Magdeburg verteidigten annähernd 120000 Bauarbeiter trotz vielfacher Aussperrung wochenlang aufopferungsvoll den Achtstundentag und ihre verhältnismäßig hohen Löhne. Etwa zur gleichen Zeit stellten in Sachsen, Thüringen und Württemberg 30000 Holzarbeiter und im Wuppertaler Bezirk 20000 Metallarbeiter die Arbeit ein.

Obwohl die Arbeiter auch 1925 zahlreiche Lohn- und Arbeitszeitkämpfe führten, erreichten diese Bewegungen im allgemeinen nicht das Ausmaß und die Schärfe der proletarischen Abwehrkämpfe vom ersten Halbjahr 1924. Nachdem sich die Lage der Werktätigen 1924/1925 im Vergleich zu den Inflationsjahren wesentlich verbessert hatte, schenkten viele Arbeiter den Reden der Führer der SPD und des ADGB Glauben, die Konjunktur und die Rationalisierung der Industrie werde ohne große soziale Auseinandersetzungen schnell zu einer weiteren Erhöhung ihres Lebensniveaus führen. Vor allem dies bewirkte, daß die proletarischen Wirtschaftskämpfe in den ersten Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus erheblich zurückgingen.

Am 14. Juni 1925 veranstaltete der Arbeiter-Turn-und-Sport-Bund einen Arbeitersporttag, an dem in vielen Städten Deutschlands Massenübungen gezeigt wurden. Ein bleibendes Erlebnis für Hunderttausende wurde die I. Internationale Arbeiterolympiade im Juli 1925 in

Frankfurt (Main). Mit 100 000 Teilnehmern aus zwölf Ländern war sie ein Höhepunkt des Arbeitersports in Deutschland. Die internationale Bedeutung der Olympiade verringerte sich jedoch wesentlich, weil das Büro der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale die Beteiligung der sowjetischen Sportorganisationen verhindert hatte.

Nachdem es den Anstrengungen des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften Ende 1924 gelungen war, mit den britischen Trade-Unions eine gewisse Zusammenarbeit zu vereinbaren, die im Frühjahr 1925 zur Bildung eines gemeinsamen anglo-russischen Komitees geführt hatte, verstärkten sich die Bemühungen der Arbeiter um die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit in einigen Ländern. Eine offizielle britische Gewerkschaftsdelegation, die die Sowjetunion Ende 1924 besucht hatte, war in ihrem Reisebericht zu einem insgesamt positiven Urteil über die Verhältnisse im ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat gelangt. Das trug dazu bei, daß das Interesse für wahrheitsgetreue Informationen über die Sowjetunion in der deutschen Arbeiterschaft noch mehr wuchs. Als das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts", angebliche Briefe von Arbeitern der Leningrader Putilow-Werke veröffentlichte, in denen die sowjetische Wirklichkeit grob entstellt war, wandten sich die Putilow-Arbeiter und sowjetische Gewerkschaften an die deutsche Arbeiterschaft mit dem Vorschlag, eine Studiendelegation von Betriebsarbeitern in die UdSSR zu entsenden, um sich durch ihre Vertreter eine eigene Meinung über die Lage in der Sowjetunion zu bilden. Diese Einladung fand im Frühjahr 1925 in der Arbeiterschaft starken Widerhall.

Da sich der Bundesvorstand des ADGB weigerte, nach dem Vorbild der Trade-Unions eine offizielle Gewerkschaftsdelegation in die Sowjetunion zu entsenden, wählten Belegschaften, Betriebsräte- und Gewerkschaftsversammlungen in verschiedenen Bezirken Delegierte für eine Arbeiterdelegation. Auf Vorschlag der KPD entstanden Rußlandausschüsse und andere Einheitskomitees, die die Bildung einer solchen Delegation tatkräftig förderten. So kam eine repräsentative Delegation von 58 Betriebsarbeitern zustande. Ihr gehörten 29 Sozialdemokraten, 17 Kommunisten und 12 parteilose Arbeiter an. Am 14. Juli 1925 fuhren sie als erste deutsche Arbeiterdelegation in die Sowjetunion, um das Leben im ersten Arbeiterstaat der Welt kennenzulernen.

Im Frühjahr und Sommer 1925 erregten die Ereignisse in China stark die Aufmerksamkeit der klassenbewußten deutschen Arbeiter.

Als am 30. Mai 1925 Arbeiter und Studenten in Schanghai gegen Repressalien protestierten, die gegen streikende Arbeiter der japanischen Textilfabriken angewandt worden waren, und antiimperialistische Kundgebungen durchführten, eröffneten britische Polizisten das Feuer auf die Demonstranten. Zahlreiche Personen wurden getötet oder verwundet. Die Kommunistische Partei Chinas beantwortete diese Provokation mit dem Aufruf an das chinesische Volk, das brutale Vorgehen der Imperialisten mit Streiks und anderen Aktionen zu beantworten. Am 1. Juni 1925 begann in Schanghai ein Generalstreik der Arbeiter, Kaufleute und Studenten, an dem mehr als 250 000 Personen teilnahmen. Auch in Peking, Tientsin und vielen anderen Städten fanden in den folgenden Wochen Streiks und Demonstrationen statt. In Kanton tötete britische und französische Marineinfanterie bei einem Feuerüberfall auf Demonstranten 52 Menschen. Der Generalstreik in Hongkong dauerte ein Jahr und vier Monate und war damit der bis dahin längste Ausstand in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. So bewirkte die „Bewegung des 30. Mai" einen neuen Aufschwung der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution in China. Ihr Zentrum war das Gebiet von Kanton, in dem die in der Kuomintang vereinten revolutionären Kräfte unter Führung Sun Yat-sens eine revolutionäre Regierung gebildet hatten. Die von der Kuomintang gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Chinas aufgestellte nationalrevolutionäre Armee stand seit 1924 gegen die Truppen verschiedener konterrevolutionärer Militärdiktaturen in anderen Teilen Chinas in bewaffnetem Kampf.

Nachdem in Deutschland die ersten Nachrichten von diesen Vorgängen in China eingetroffen waren, fanden auf Initiative der KPD, des Roten Frontkämpferbundes, der Internationalen Arbeiterhilfe und der Roten Hilfe Deutschlands Versammlungen und Kundgebungen statt, in denen die fortgeschrittenen Arbeiter gemeinsam mit Angehörigen des demokratischen Bürgertums und der Intelligenz die chinesische Revolution unter der Losung: „Hände weg von China! China den Chinesen!" ihrer Solidarität versicherten. Ein Kongreß der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin, an dem 800 Delegierte und 1000 Gäste teilnahmen, war ein Höhepunkt der Hilfsaktion dieser Organisation für die chinesischen Revolutionäre. In vielen Versammlungen der Roten Hilfe Deutschlands, der Internationalen Arbeiterhilfe und anderer Arbeiterorganisationen erklärten sich die klassenbewußten deutschen Arbeiter auch mit der nationalen Befreiungsbewegung in

Marokko und Syrien solidarisch. Nachdem sich in Marokko die Stämme des Rif-Gebietes unter Leitung Abd el-Krims gegen die spanische Kolonialherrschaft erhoben hatten, schufen sie 1924 die Republik der konföderierten Rif-Stämme. Als die französischen Imperialisten gemeinsam mit den spanischen Kolonialherren 1925 den Krieg gegen die Rif-Republik begannen, brach in Syrien ein Aufstand gegen die französische Kolonialherrschaft aus, der große Teile des syrischen Volkes erfaßte. Erst nach Einsatz starker militärischer Einheiten war die französische Regierung imstande, die nationalen Aufstände in Marokko und Syrien niederzuschlagen.

Die offenkundige Belebung der deutschen Arbeiterbewegung im Frühjahr und Sommer 1925 führte trotz der Anstrengungen vieler Parteiorganisationen nicht dazu, daß die KPD größere Anziehungskraft auf die Werktätigen ausübte. Die sektiererisch-dogmatische Politik der Fischer-Maslow-Gruppe, die zum Verlust vieler kommunistischer Positionen in den Gewerkschaften beigetragen hatte, beeinträchtigte die Massenwirksamkeit der KPD aufs schwerste. Die ultralinken Kräfte behinderten die Arbeit der Kommunisten in den Betrieben und den Gewerkschaften – nicht zuletzt durch die Auflösung der Gewerkschaftsabteilung in der Zentrale der KPD – und hemmten die Umstellung der Partei auf Betriebszellen. Wie sehr der Masseneinfluß der KPD zurückgegangen war, bewiesen nach den Ergebnissen der Reichspräsidentenwahlen auch die Delegiertenwahlen zum Breslauer Bundestag des ADGB, zu dem nur drei Kommunisten ein Mandat erlangen konnten.

Parteimitglieder, die an der ultralinken Politik Kritik übten, bezeichnete die Fischer-Maslow-Gruppe als Opportunisten. Jeder ernsthaften Selbstkritik gingen die Ultralinken aus dem Wege; sie begannen, in der Partei ein Regime der persönlichen Diktatur zu errichten. Kritische Hinweise der Kommunistischen Internationale, der KPR(B) und anderer Bruderparteien zur Politik der KPD erkannten die Ultralinken nur in Worten an. Da Ruth Fischer und ihre Anhänger nicht gewillt waren, sich der proletarischen Disziplin unterzuordnen, gingen sie immer offener dazu über, in der Partei nationalistische, gegen die Kommunistische Internationale und die Sowjetunion gerichtete Stimmungen zu verbreiten.

In dieser für die KPD ernsten Lage tagte vom 12. bis 17. Juli 1925 in Berlin der 10. Parteitag. Die 170 Delegierten vertraten 114 000 von der Parteikassierung erfaßte Mitglieder. Der Parteitag stand vor der

Aufgabe, die ultralinke Abweichung vom Leninismus schonungslos aufzudecken, die objektive Situation in Deutschland, besonders in der Arbeiterbewegung, genau einzuschätzen und unter Überwindung aller sektiererischen Hemmnisse eine breite Massenpolitik für den Kampf gegen den wiedererstarkenden deutschen Imperialismus und Militarismus zu beschließen.

Unter dem Einfluß der leninistischen Kräfte in der KPD und in der Kommunistischen Internationale gab der 10. Parteitag eine im allgemeinen zutreffende Einschätzung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Er erhob wichtige soziale, demokratische und nationale Forderungen, wandte sich gegen die antinationale Annäherung Deutschlands an die imperialistischen Westmächte und betonte, daß die Interessen der gesamten deutschen Nation „den rücksichtslosen Kampf gegen die Versklavung des deutschen Volkes durch den Entente-Imperialismus, . . . für die Zerreißung der Verträge von Versailles und London, für die Ablehnung jedes Militärbündnisses mit irgendeinem der imperialistischen Staaten, für das Bündnis mit dem Arbeiter-und-Bauern-Staat Sowjetrußland"[56] erforderten.

Insgesamt war jedoch die Einschätzung der Situation in Deutschland durch den Parteitag unzulänglich. Ruth Fischer behandelte die neuen Erscheinungen in der Arbeiterbewegung in ihren Ausführungen über die politische Lage, die Aufgaben und die Taktik der Partei nur am Rande. In den Beschlüssen des Parteitages fand die falsche Ansicht der Ultralinken ihren Niederschlag, Deutschland sei lediglich eine „Industriekolonie" der Westmächte.

Obwohl das EKKI darauf drängte, auf dem 10. Parteitag eine grundlegende Wende in der Massenarbeit, besonders in der Gewerkschaftspolitik, herbeizuführen und eine starke Gewerkschaftsabteilung zu schaffen, widmete Ruth Fischer der Gewerkschaftsarbeit in ihrem Referat nur geringe Aufmerksamkeit. Dagegen beantwortete Ernst Thälmann in seiner Rede „Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit und die deutsche Arbeiterklasse" grundlegende Fragen der Massenarbeit der KPD. Er bezeichnete die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften als „die wichtigste politische Frage" und gelangte nach einer Analyse der Lage im ADGB zu dem Schluß:

[56] Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925. Hrsg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1926, S. 198.

„Diese 4,2 Millionen Mitglieder der deutschen Gewerkschaften – das ist der deutsche Durchschnittsarbeiter, um dessen Seele wir ringen müssen, das ist der Kerntrupp des deutschen Industrieproletariats, ohne den wir, die kommunistische Vorhut, nicht siegen können."[57]

Ernsthafte ökonomische und politische Bewegungen seien ohne Gewinnung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder unmöglich, betonte Ernst Thälmann. „So wird die Gewerkschaftsfrage zum Knotenpunkt aller politischen Probleme. Die Gewerkschaftsfrage ist die Grundlage unserer Taktik. Durch sie wird das Verhältnis von Partei und Klasse entschieden, das Verhältnis unserer Partei zur deutschen Arbeiterklasse."[58] Die Verwirklichung der Arbeitereinheit in den Gewerkschaften werde aber nur möglich sein, hob Ernst Thälmann nachdrücklich hervor, wenn es gelinge, mit der Masse der 600 000 in den Gewerkschaften organisierten Sozialdemokraten brüderlich zusammenzuarbeiten, die durch ihre Funktionen in den Gewerkschaften und in den Betriebsräten einen gewaltigen Einfluß auf die Arbeiterklasse ausübten und in ihrer großen Mehrzahl aufrichtig bemüht seien, die Interessen der Arbeiter zu verfechten. Kategorisch verlangte er von allen Kommunisten, aus innerer Überzeugung mindestens 75 Prozent ihrer politischen Tätigkeit in den Gewerkschaften zu leisten. Zur Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit sei es aber auch unbedingt notwendig, die Betriebszellen zu beleben, die Besetzung gewerkschaftlicher Funktionen durch Kommunisten zu erreichen und die Rückführung aller Sonderorganisationen in die Verbände des ADGB abzuschließen. Eindringlich begründete Ernst Thälmann weiter die Aufgabe der Kommunisten, die Interessen der Frauen, der Jugendlichen und der Arbeitslosen, der Angestellten und der Beamten aufmerksam zu vertreten und in gleicher Weise wie in den Gewerkschaften in den anderen proletarischen Massenorganisationen für die Interessen der Arbeiterklasse zu wirken. Die Hauptgedanken Ernst Thälmanns wurden der Resolution zur Arbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften[59] und dem Beschluß über die gewerkschaftliche Zugehörigkeit und Betätigung der KPD-Mitglieder zugrunde gelegt.

Der 10. Parteitag nahm ein neues Statut an, das Ottomar Geschke

[57] Ernst Thälmann: Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit und die deutsche Arbeiterklasse, 16. Juli 1925. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 175, 196/197.

[58] Ebenda, S. 199.

[59] Dokument Nr. 9.

in seinem Referat über die organisatorische Arbeit der Partei begründete. Das Statut bezeichnete die Betriebszelle als Fundament der Parteiorganisation und legte damit den Parteiaufbau nach dem Produktionsprinzip fest. Nicht in Betrieben tätige Kommunisten waren verpflichtet, sich in Straßen- beziehungsweise in Dorfzellen zu organisieren. Dem neuen Statut lagen die Prinzipien des demokratischen Zentralismus konsequenter als den Organisationssatzungen des Jenaer Parteitages von 1921 zugrunde. So verlangte es die Ersetzung der beschließenden Funktionärkörper durch Delegiertenkonferenzen der Zellen. Außerdem legte das Statut fest, daß die Leitungen der Ortsgruppen wenigstens zur Hälfte aus Vertretern der Betriebszellen bestehen müssen. Der seit 1919 bestehende Zentralausschuß wurde abgeschafft. Wichtige Fragen waren künftig in Parteikonferenzen zu erörtern, deren Beschlüsse nach ihrer Bestätigung durch das Zentralkomitee (ZK) in Kraft traten. Nach den Bestimmungen des Statuts war das ZK in der Zeit zwischen den Parteitagen das höchste Organ der Partei, das ihre gesamte politische und organisatorische Arbeit leitete. Aus seiner Mitte hatte das Zentralkomitee ein politisches Büro (Politbüro) für die Leitung der politischen Arbeit, ein Organisationsbüro (Orgbüro) für die Leitung der organisatorischen Tätigkeit und ein Sekretariat für die Bewältigung der täglichen Arbeit zu wählen. Ausdrücklich formulierte das neue Statut die politische Verantwortung der Partei für das Wirken des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD).

In der Diskussion auf dem Parteitag übten mehrere Delegierte, unter ihnen Konrad Blenkle, Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Fritz Heckert, Paul Merker, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele und John Schehr, unterstützt vom Vertreter der Kommunistischen Internationale D. S. Manuilski, scharfe Kritik an der sektiererischen Politik der Ultralinken und beschäftigten sich mit den dringendsten Aufgaben der Partei. In der Diskussion zeigte sich eine weitgehende politische Annäherung zwischen den proletarischen Revolutionären um Ernst Thälmann, die in der Auseinandersetzung mit den rechtsopportunistischen Fehlern von 1923 gemeinsam mit der ultralinken Fraktion aufgetreten waren, und den Vertretern der früheren „Mittelgruppe". Die Fischer-Maslow-Gruppe war jedoch noch imstande, den Parteitag durch ihre Taktik der „doppelten Buchführung" über ihre wahre Position zu täuschen. Sie vermochte es, eine grundsätzliche Debatte über die Lage in der KPD und über ihre Politik zu verhindern. Der Parteitag wählte zwar besonders kompromittierte Ultra-

linke, wie Iwan Katz und Arthur Rosenberg, nicht in das Zentralkomitee. Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Paul Schlecht und Werner Scholem aber gelangten erneut in die Parteiführung. Außer ihnen wählte der Parteitag auch Wilhelm Schwan, Hugo Urbahns und einige andere in das Zentralkomitee, die gleichfalls zur Fischer-Maslow-Gruppe zählten. Der Klärungsprozeß in der Partei war noch nicht so weit fortgeschritten, daß der Parteitag die Krise, in die die Partei durch die Politik der ultralinken Fraktion geraten war, überwinden konnte. Außer den Ultralinken wählte der Parteitag aber auch Konrad Blenkle, Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Ernst Schneller, Ernst Thälmann und andere in das Zentralkomitee. Die Wahl weiterer leninistischer Kräfte in das Zentralkomitee – ein Vorschlag des EKKI nannte unter anderen Georg Schumann und Walter Ulbricht – konnten die Ultralinken noch verhindern.

Wenige Wochen später, vom 13. bis 18. September 1925, fand der Heidelberger Parteitag der Sozialdemokratie statt. Er nahm ein neues Programm[60] an, das nach der Vereinigung der SPD mit dem rechten Flügel der USPD notwendig geworden war. Dieses Programm enthielt wichtige Grundsätze des Erfurter Programms, die den Sozialismus als Ziel der Arbeiterklasse und das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage der Ausbeutung charakterisierten. Das Heidelberger Programm sprach davon, daß der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten immer erbitterter werde, und enthielt auch die Sätze: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf ... Sie [die Arbeiterklasse] kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein."[61] Die Aktionsforderungen des Programms zeigten jedoch deutlich seinen revisionistischen Charakter.

Das Heidelberger Programm bezeichnete den monopolkapitalistischen Weimarer Staat als „demokratische Republik" und als günstigsten Boden „für die Verwirklichung des Sozialismus".[62] Es offenbarte, daß die Führung der Sozialdemokratie völlig auf den Standpunkt der An-

[60] Dokument Nr. 13.

[61] Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 6.

[62] Ebenda, S. 7.

erkennung der bürgerlichen Staatsmacht übergegangen war. Dem Programm lag die Auffassung zugrunde, daß sich mit dem Sturz der Monarchie und der Errichtung der Republik der Charakter des Staates grundlegend gewandelt habe. Deshalb könne die Arbeiterbewegung ihre Positionen im Staate jetzt durch Wahlen und durch Koalitionen mit bürgerlichen Parteien erweitern und auf diesem Wege schrittweise im Rahmen des bestehenden Staates zum Sozialismus gelangen.

Während die führenden Sozialdemokraten auf der einen Seite die Verschärfung der Klassengegensätze feststellten, beurteilten sie andererseits die fortschreitende Monopolisierung und die verschiedenen staatsmonopolistischen Maßnahmen als einen Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zu einem „organisierten Kapitalismus", in dem die kapitalistische Anarchie eingeschränkt werde und die dem Kapitalismus eigenen Widersprüche und Wirtschaftskrisen, wenn schon nicht aufgehoben, so doch in ihrer Wirkung auf die Arbeiterklasse abgeschwächt würden. Rudolf Hilferding war der maßgebende Vertreter jener Sozialdemokraten, die der Auffassung waren, mit dem „organisierten Kapitalismus" müßten sich zwangsläufig die Beziehungen zwischen Staat und kapitalistischer Wirtschaft grundlegend verändern, so daß sich die Alternative ergebe: „entweder Fortdauer der Wirtschaftsmacht einiger Privilegierter oder Unterwerfung der Wirtschaftsmacht unter die Verwaltung, die Kontrolle, die Verfügung der Gesamtheit"[63]. Dementsprechend fanden die Forderungen nach einer „Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts" und nach Mitbestimmung der Arbeiterklasse an der „Organisation der Wirtschaft"[64] Eingang in das sozialdemokratische Aktionsprogramm. Die Verwirklichung derartiger Forderungen war unter den Bedingungen des Weimarer Staates völlig illusionär.

Gegen den Ausbruch neuer imperialistischer Kriege vermochte das Programm lediglich die Einführung verbindlicher Schiedsgerichte und den demokratischen Ausbau des Völkerbundes vorzuschlagen. Das Programm sprach sich für die „Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit" und „für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa"[65] aus. Das waren Forderungen, die den Wünschen einiger Gruppen des Finanzkapitals nahekamen. Unter den gegebenen Umständen konnten derartige Pläne nur zu einer imperialistischen Staatenvereinigung füh-

63 Ebenda, S. 283.
64 Ebenda, S. 9.
65 Ebenda, S. 10.

ren, die sich gegen die UdSSR und die nationalen Befreiungsbewegungen richtete.

Wenn auch marxistisch verbrämt, hatte das Heidelberger Programm ebenso wie das Görlitzer Programm der SPD von 1921 einen kleinbürgerlich-reformistischen Inhalt. Es enthielt zwar einige Forderungen, deren Verwirklichung im Interesse der Arbeiterklasse lag, wie die Forderungen, den Weimarer Staat und seine Justiz zu demokratisieren, die Sozialpolitik auszubauen, das kulturelle Leben zu verbessern und einige fortschrittliche Veränderungen in der Schul-, der Finanz- und der Steuerpolitik zu treffen. Da aber der Parteivorstand der SPD einer grundlegenden Umgestaltung der staatlichen Machtverhältnisse ablehnend gegenüberstand, konnte die Verwirklichung des Aktionsprogramms bestenfalls eine weitere bürgerlich-demokratische Ausgestaltung der Weimarer Republik zur Folge haben. An der Herrschaft des Monopolkapitals konnte dies nicht das geringste ändern.

Auf dem Heidelberger Parteitag unterstützten 81 Delegierte einen von Max Seydewitz gestellten Antrag, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion solle künftig ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien mit aller Schärfe die Interessen des Proletariats verfechten. Aber nur sechs Delegierte stimmten gegen die Annahme des Heidelberger Programms. In diesem Abstimmungsergebnis widerspiegelte sich die Unklarheit vieler linker Sozialdemokraten in entscheidenden Fragen einer marxistischen Arbeiterpolitik.

Wie die „Demokratisierung der Wirtschaft" erfolgen sollte, wurde auf dem Breslauer Bundestag des ADGB vom 31. August bis 4. September 1925, wenige Tage vor dem Heidelberger Parteitag, näher erläutert. Anstatt mit den Delegierten eingehend über die Probleme des Kampfes für den Achtstundentag und für die Erhöhung der Reallöhne sowie gegen den Zoll- und Steuerwucher zu beraten, bestand die Sorge der Gewerkschaftsführer, wie Fritz Tarnow ausführte, vor allem darin, in die Arbeiterbewegung eine neue Ideologie hineinzubringen, „an die die Massen glauben können, ein Ideal"[66]. Dieses Ideal war für die maßgeblichen Mitglieder des Bundesvorstandes des ADGB die „Wirtschaftsdemokratie". Gegen den Widerstand einiger Delegierter nahm der Gewerkschaftskongreß eine Entschließung an, in der es hieß: „Nur durch die Demokratisierung der Wirtschaft neben umfassender Ratio-

[66] Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (2. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes). Abgehalten in Breslau vom 31. August bis 4. September 1925, Berlin 1925, S. 231.

nalisierung der Arbeit durch betriebsorganisatorische und technische Maßnahmen kann die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfolgen."[67]

Peter Graßmann, Hermann Jäckel, Theodor Leipart, Fritz Tarnow und andere leitende Gewerkschaftsfunktionäre waren der Ansicht, die „Wirtschaftsdemokratie" könne durch die gleichberechtigte Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmern in einem System paritätisch zusammengesetzter Wirtschaftsräte, durch den Ausbau des Systems der Tarifverträge, des Schlichtungswesens, der Arbeitszeitreglung, der Sozialversicherung, des Arbeitslosenschutzes und der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften und der Genossenschaften verwirklicht werden. Von diesen Vorstellungen ausgehend, unterstützte der Bundesvorstand des ADGB die kapitalistische Rationalisierung, wobei die Gewerkschaftsführer erklärten, eine Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Monopolkapitals werde den Werktätigen zunehmend Wohlstand bringen. Der Parteivorstand der SPD verzichtete im allgemeinen darauf, selbst für die reformistischen Forderungen des Heidelberger Programms Massenkämpfe auszulösen. Auch die Leitungsgremien des ADGB waren im Interesse der „Wirtschaftsdemokratie" nur wenig gewillt, machtvolle Wirtschaftskämpfe zu führen und die Arbeiter zu Streiks zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen aufzurufen. Einige Delegierte, vor allem Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, an deren Spitze Robert Dißmann stand, setzten sich jedoch auf dem Gewerkschaftskongreß für eine Verstärkung des gewerkschaftlichen Kampfes zur Zurückeroberung des Achtstundentages ein.

Die maßgeblichen Führer der SPD und des ADGB trugen in einer Zeit, in der sich der deutsche Imperialismus rasch erholte, in erhöhtem Maße parlamentarische und wirtschaftsfriedliche Illusionen in die Arbeiterklasse. In diesem Sinne beeinflußte der Parteivorstand der Sozialdemokratie die 845 000 Mitglieder, die der SPD im April 1925 angehörten. Bedeutenden Einfluß übte er nicht nur auf den fast 4,6 Millionen Mitglieder zählenden ADGB und auf die Angehörigen des Reichsbanners aus, sondern auch auf die vielen Sport- und Kulturorganisationen, unter ihnen auf den Arbeiter-Turn-und-Sport-Bund mit 747 000 Mitgliedern, sowie auf die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen 1110 Genossenschaften mit 3,4 Millionen Mitgliedern. Die sozialdemokratische Presse – die SPD gab 1925

67 Ebenda, S. 34.

174 Zeitungen heraus – trug wesentlich dazu bei, die Hoffnung der Arbeiter zu nähren, daß es die reformistische Politik der Sozialdemokratie ermögliche, bereits im bürgerlichen Staat die Lebensverhältnisse des Volkes grundlegend zu verbessern, die Demokratie weiter auszubauen, die Reaktion zu zügeln und in Deutschland allmählich eine sozialistische Ordnung zu schaffen. Diese Propaganda war wirksam, da sie durch manche von der Sozialdemokratie errungenen Fortschritte, besonders im kommunalen Bereich, bestätigt schien. In Wirklichkeit begünstigte aber die sozialdemokratische Politik das Wiedererstarken des deutschen Monopolkapitals; denn die Anerkennung des monopolkapitalistischen Staates und die Politik der Klassenzusammenarbeit lähmten den antiimperialistischen Widerstand des Volkes und vertieften die Spaltung der Arbeiterklasse.

4. Die Bildung des von Ernst Thälmann geführten marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD und die nationale Protestbewegung gegen die Verträge von Locarno

Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus erforderte immer dringender die Einigung der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte entgegen allen opportunistischen Einflüssen. Dieser Aufgabe konnte die KPD aber nur gerecht werden, wenn sie ihre innere Krise schnell überwand, ihre Einheit und Geschlossenheit wiederherstellte und eine den Verhältnissen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus entsprechende Strategie und Taktik ausarbeitete und verwirklichte. Daran aber wurde die Partei durch die ultralinken Einflüsse in ihren Reihen und die Politik der Fischer-Maslow-Gruppe gehindert. Angesichts der ernsten Lage in der KPD kam es auf Initiative des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zu Beratungen mit einer Delegation des Zentralkomitees der KPD, deren Ergebnisse in dem Offenen Brief des EKKI an alle Organisationen und Mitglieder der KPD[68], den „Die Rote Fahne" am 1. September 1925 veröffentlichte, mitgeteilt wurden. Dieses geschichtlich bedeutsame Dokument löste in der KPD die entscheidenden Auseinandersetzungen zur Überwindung der ultralinken Kräfte und zur Schaffung einer leninistischen

[68] Dokument Nr. 11.

Parteiführung aus. Es trug die Unterschriften solcher hervorragenden Arbeiterführer wie Georgi Dimitroff, Vasil Kolaroff, O. W. Kuusinen und D. S. Manuilski. Als Vertreter der KPD hatten es Philipp Dengel, Heinz Neumann, John Schehr, Ernst Schneller, Ernst Thälmann und andere – auch Ruth Fischer – unterzeichnet.

Der Offene Brief wies nach, wie sehr das Wechselverhältnis von Partei und Arbeiterklasse durch die antileninistische Politik der Ultralinken, besonders durch die Ablehnung der Einheitsfrontpolitik und die Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit, gestört worden war und wie sehr diese Politik zum Rückgang des Einflusses der KPD in den Gewerkschaften und den Betrieben beigetragen hatte. Der Brief des EKKI verurteilte die Verletzung der innerparteilichen Demokratie durch die Fischer-Maslow-Gruppe und deren Versuche, die KPD auf nationalistische Bahnen zu zerren. Alle Parteimitglieder wurden aufgerufen, den Leninismus beharrlich zu verteidigen und sich fest um die Kommunistische Internationale zu scharen.

Der Offene Brief analysierte gründlich die Lage in Deutschland und besonders in der Arbeiterbewegung und betonte, daß „das Problem der Eroberung der Massen und besonders der Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft“[69] die wichtigste Frage sei, vor der die KPD stehe. Die Lösung dieser Aufgabe aber werde nur möglich sein, wurde weiter ausgeführt, wenn es gelinge, zwischen der KPD und den sozialdemokratischen Arbeitern ein enges Vertrauensverhältnis herzustellen. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen „müssen das Gefühl haben: Die Kommunistische Partei ist wirklich eine Partei der Arbeiter, eine Partei, die unentwegt für unsere Interessen, unsere Teilforderungen, unsere Tagesnöte kämpft, die uns nicht nur als Agitationsobjekt, sondern als Klassenbrüder betrachtet, die ehrlich die Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Klassenkampf will.“[70]

Im Sinne der Rede Ernst Thälmanns auf dem 10. Parteitag erörterte der Offene Brief ausführlich die dringendsten Aufgaben der Massenarbeit der KPD. Das EKKI appellierte an alle Kommunisten, nunmehr endgültig alle Kräfte auf die Arbeit in den Gewerkschaften und in den Betrieben zu konzentrieren. „Die besten Parteigenossen der Kommunistischen Partei Deutschlands – in die Betriebe und von dort in die Gewerkschaften! Ausdauer und die Bereitschaft, jahrelang die einfachste alltägliche Arbeit unter den Massen zu leisten, um Einfluß

69 Die Rote Fahne (Berlin), 1. September 1925.

70 Ebenda.

für ihre Partei zu erobern – das ist es, was die deutschen Kommunisten brauchen!"[71]

Wenn eine Wende in der Massenarbeit erzielt werden sollte, dann mußte auch die innerparteiliche Demokratie voll wiederhergestellt, der demokratische Zentralismus in der KPD weiter durchgesetzt und die Partei fest in den Betrieben verwurzelt werden. Bedeutsame Hinweise für die Lösung dieser Aufgaben erhielt die Partei durch einen Brief der Organisationsabteilung des EKKI an die Zentrale und die Organisationen der KPD[72], den O. W. Kuusinen unterzeichnet hatte und an dessen Ausarbeitung Walter Ulbricht, seit 1924 Mitarbeiter in dieser Abteilung des EKKI, maßgeblich beteiligt war. In diesem Dokument, dem die Leninschen Prinzipien der Partei neuen Typus zugrunde lagen, wurden die organisatorischen Aufgaben der KPD im einzelnen dargelegt; es wurde der Weg gewiesen, wie der Einfluß der Betriebsarbeiter in der Partei erhöht werden mußte, damit die „wildgewordenen" ultralinken Intellektuellen auch organisatorisch geschlagen werden konnten.

W. I. Lenin hatte die Kommunisten wiederholt gelehrt, daß einer der wichtigsten Maßstäbe für den Ernst einer revolutionären Partei, ihrer Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen gerecht zu werden, das Verhältnis zu ihren Fehlern ist. Dies beherzigte die KPD, indem sie sorgfältig die ultralinke Abweichung vom Leninismus und die Umstände, die sie hervorgerufen hatten, aufdeckte und Maßnahmen festlegte, sie zu überwinden. Das Zentralkomitee der KPD stimmte am 20. August 1925 dem Offenen Brief des EKKI zu. Der revolutionäre Kern der Parteiführung beherzigte die Kritik der Kommunistischen Internationale und schloß sich in grundsätzlichen Auseinandersetzungen um den Sieg des Leninismus in der KPD endgültig zu einer marxistisch-leninistischen Parteiführung zusammen. In Übereinstimmung mit dem EKKI berief das Zentralkomitee Ernst Thälmann an die Spitze der Partei und enthob Ruth Fischer und Arkadi Maslow ihrer führenden Funktionen im Politbüro.

Das Zentralkomitee beschloß, eine Parteidiskussion einzuleiten, um „die breitesten Massen der Parteimitgliedschaft in allen Bezirken und Organisationen von der Richtigkeit und Notwendigkeit der gefaßten Beschlüsse zu überzeugen" und „auf dem Wege der praktischen posi-

71 Ebenda.

72 Dokument Nr. 10.

tiven Aufgaben geschlossen vorwärts" zu führen. Eine Parteikonferenz sollte die Diskussion abschließen. Hinsichtlich seiner „inneren Arbeit" legte das Zentralkomitee die „Kollektivarbeit", die „stärkste gemeinsame Zusammenarbeit aller Mitglieder und Kandidaten des ZK"[73], fest.

Die leninistischen Kräfte traten in der innerparteilichen Diskussion prinzipienfest auf. Die ultralinken Gruppierungen wandten sich unverhohlen gegen die Politik des Offenen Briefes und die Beschlüsse des Zentralkomitees. Arthur Rosenberg und Werner Scholem forderten den Zusammenschluß aller „Linken" gegen die angeblich rechte Politik der Kommunistischen Internationale und suchten der Partei ihre schädliche, sektiererische Politik unter der Losung: „Zurück nach Frankfurt!" – womit der 9. Parteitag gemeint war – weiter aufzuzwingen. Die Fischer-Maslow-Gruppe ging mit den Anhängern Werner Scholems ein fraktionelles Bündnis gegen das Zentralkomitee ein, um die marxistisch-leninistische Entwicklung der Partei aufzuhalten. Dabei nutzte die Fischer-Maslow-Gruppe besonders ihren Einfluß in der Berliner Parteiorganisation aus.

Unter Führung Ernst Thälmanns leisteten viele führende Kommunisten eine tiefgehende ideologische und hervorragende organisatorische Arbeit, um die Partei von der Notwendigkeit einer grundlegenden Veränderung der Parteipolitik zu überzeugen. Zu ihnen gehörten vor allem die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees Konrad Blenkle, Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, John Schehr, Ernst Schneller und Jean Winterich sowie leitende Funktionäre, wie Walter Ulbricht und Clara Zetkin, die in der Kommunistischen Internationale tätig waren, Paul Böttcher, Franz Dahlem, Edwin Hoernle, Bernard und Wilhelm Koenen, Max Lademann, Max Maddalena, Paul Merker, Ernst Meyer und Walter Stoecker.

Die Parteimitglieder erörterten in der Parteidiskussion wichtige Probleme einer leninistischen Politik. „Die Rote Fahne" betonte ausdrücklich, daß die Aufdeckung der Fehler und Mängel in der Tätigkeit der Partei notwendig sei, „um der leninistischen Wahrheit und Lehre gerecht zu werden, die, wie die Erfahrungen der gesamtrevolutionären Bewegung lehren, die Voraussetzungen und Bedingungen sind, aus der die neue Kraft der Kommunistischen Partei entsprießen

73 Die Rote Fahne (Berlin), 1. September 1925.

wird"[74]. Die kommunistische Presse bemühte sich, vor allem Klarheit über die Einheitsfrontpolitik zu schaffen, weil das die Voraussetzung für eine Wende in der Massenarbeit war. So schrieb „Die Rote Fahne": „Maslow bekämpft den III. Weltkongreß; er hält ihn für veraltet. Aber die Losung der Stunde muß für uns gerade der Appell des III. Weltkongresses sein: ‚Heran an die Massen!' Heran an die Massen in allen Verbänden des ADGB."[75] Das Zentralkomitee verhalf der Wahrheit über die geschichtliche Bedeutung des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale wieder zu ihrem Recht und wies nach, daß sich die KPD nur durch die Politik der proletarischen Einheitsfront in eine starke Massenpartei hatte verwandeln können.

Die proletarische Einheitsfront herzustellen war nicht möglich, ohne die von den Ultralinken in der KPD verbreiteten Vorurteile gegenüber den Mitgliedern der SPD und den Gewerkschaften völlig zu überwinden. Daher betonten die leninistischen Kräfte in der Parteidiskussion, zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien müsse streng unterschieden werden. Auch innerhalb der SPD sei sorgfältig zu differenzieren, wobei streng beachtet werden müsse, daß es in ihr „Hunderttausende aufrichtiger, tapferer Klassenkämpfer"[76] gebe, die nach einer selbständigen Klassenpolitik streben und mit denen die proletarische Einheitsfront geschaffen werden müsse. Am 3. September 1925 schrieb das Zentralorgan der KPD: „Und nicht nur die Arbeiter in den freien Gewerkschaften, sondern auch alle ehrlichen Arbeiter unter den achthunderttausend Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei sind unsere Brüder, zu denen wir Kommunisten als Klassenbrüder sprechen, mit denen wir als Klassenbrüder gegen die Bourgeoisie kämpfen wollen und werden."[77] Die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten müsse in erster Linie in den Gewerkschaften erfolgen, weil ihnen – trotz des starken Rückgangs ihrer Mitgliederzahl – „doch der beste, disziplinierteste, kampfbereiteste und aktivste Teil des deutschen Proletariats"[78] angehöre.

Die Parteidiskussion brachte vielen Mitgliedern die Leninschen Grundsätze der Partei neuen Typus nahe. Unter anderen wurden Fragen der Kollektivität der Parteiführung, der Verbindung der Partei-

[74] Die Rote Fahne (Berlin), 2. September 1925.
[75] Die Rote Fahne (Berlin), 8. September 1925.
[76] Ebenda.
[77] Die Rote Fahne (Berlin), 3. September 1925.
[78] Die Rote Fahne (Berlin), 22. Oktober 1925.

leitung mit den Mitgliedern und den Arbeitermassen. Probleme des demokratischen Zentralismus, der Kritik und Selbstkritik und der Betriebszellenarbeit erörtert. Zielstrebig leitete das Zentralkomitee der KPD Maßnahmen ein, um die Partei auf der Grundlage von Betriebszellen aufzubauen. Viele Parteiorganisationen ergänzten die Parteileitungen durch Arbeiter aus den Betrieben. In Übereinstimmung mit dem vom 10. Parteitag angenommenen Statut traten an die Stelle beschließender Funktionärversammlungen gewählte Delegiertenkonferenzen. Die Wahl der Delegierten erfolgte – nach einigen Übergangsreglungen – von nun an in den Betriebs- und Straßenzellen. All dies trug dazu bei, in der Partei den Einfluß der Arbeiter aus den Betrieben zu erhöhen.

Die Beschlüsse der Betriebszellen und der Ortsgruppen, der Delegiertenkonferenzen in den Unterbezirken und einzelner Bezirksparteitage, die zur Vorbereitung der 1. Parteikonferenz stattfanden, zeugten davon, daß sich die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder fest um das von Ernst Thälmann geleitete Zentralkomitee zusammenschloß. Die Ultralinken wurden in den meisten Parteiorganisationen ideologisch geschlagen. Das war schließlich – vor allem dank des aktiven Auftretens der Betriebszellen – auch in der Berliner Parteiorganisation der Fall. Die Delegierten des 9. Kongresses des KJVD stimmten dem Offenen Brief gleichfalls mit großer Mehrheit zu und stellten sich eindeutig auf die Seite des Zentralkomitees der KPD. Die Entscheidung der Parteiorganisationen für den Offenen Brief war eine Entscheidung für die Kommunistische Internationale und für die brüderliche Verbundenheit mit der KPR(B), eine Absage an den kleinbürgerlichen Nationalismus und ein Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus.

Vor der KPD standen viele praktische Aufgaben. In dem Maße, in dem sie diese Aufgaben löste, konnte sie ihre Geschlossenheit festigen. Im Zentralkomitee und in vielen Bezirks- und Unterbezirksleitungen entstanden wieder arbeitsfähige Gewerkschaftsabteilungen und damit wichtige Voraussetzungen für eine zielstrebige Gewerkschaftsarbeit. Viele Parteiorganisationen beschlossen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit in den Gewerkschaften und in anderen proletarischen Organisationen.

Je mehr es den revolutionären Kräften in der Partei gelang, die ultralinken Einflüsse zurückzudrängen, desto energischer trat die KPD in der Öffentlichkeit gegen die Politik der Bürgerblockregierung auf.

Zielstrebig organisierte sie die nationale Protestbewegung gegen den Abschluß des sogenannten Sicherheitspaktes, der späteren Verträge von Locarno. Nachdem bereits an den Antikriegskundgebungen vom 26. Juli bis 2. August Hunderttausende Werktätige teilgenommen hatten, fanden auch im September und Oktober 1925 viele Veranstaltungen gegen die Außenpolitik der Regierung Luther statt. Auf einer von ihnen sprach am 6. September in Hamburg-Barmbeck Ernst Thälmann zu 20000 Versammelten. Der KPD nahestehende Schriftsteller und Künstler riefen in ihren Werken die Arbeiter und Bauern auf, das volksfeindliche Treiben der Monopolherren, Großagrarier und monarchistischen Generale zu durchkreuzen. So hieß es in einem von Johannes R. Becher 1925 verfaßten Gedicht:

Proleten auf! Auch wir, wir feiern
Die Wiederkehr des schändlichen Augusts.
Zerschlagt die alten Friedensleiern!
Fabriken auf! Strömt her! Schmelzglut in Fluß!

Die Straßen brennen rot von unseren Fahnen.
Das Rot der Fahnen ist ein blutiger Schwur.
Ein dicker Strich durch euer heimlich Planen,
Ihr Herrscher dieser Welt! ... Seht auf die Uhr.[79]

In der Protestbewegung gegen den „Sicherheitspakt" trat die KPD häufig gemeinsam mit linken Pazifisten, wie dem ehemaligen General Paul von Schoenaich, wie Ernst Toller und Kurt Tucholsky, auf. Weitsichtig beurteilte Kurt Tucholsky bereits Anfang 1925 die Lage, in der sich das deutsche Volk infolge der Politik der herrschenden Kreise befand, mit den Worten: „Wir stehen da, wo wir im Jahre 1900 gestanden haben. Zwischen zwei Kriegen." [80]

Am 29. August 1925 kehrte die erste deutsche Arbeiterdelegation aus der UdSSR nach Deutschland zurück. Mit welcher Anteilnahme viele Delegierte in ihren Heimatorten erwartet wurden, geht aus folgender Schilderung der Bezirksleitung der KPD Südbayern über die Ankunft des sozialdemokratischen Vorsitzenden der ersten Arbeiterdelegation, Xaver Freiberger, in München hervor: „Am Bahnhof standen die Arbeiter aus den Betrieben dicht gedrängt, um ihre Kollegen zu empfangen. In revolutionärer Begeisterung sangen die Massen die Internationale, kein Zug fuhr aus der großen Halle, das Personal des

79 Rotes Metall, S. 113.

80 Die Weltbühne (Berlin), 1925, Nr. 6, S. 189.

Bahnhofes lief zusammen und stimmte freudig in den Gesang der Internationale ein. Es bildete sich spontan ein Demonstrationszug bis zum Colosseum, wo der Kollege Freiberger im gedrückt vollen Saale eine kurze Ansprache hielt. Die Polizei war der Demonstration gegenüber machtlos."[81]

Im September und Oktober 1925 berichteten die „Rußlandfahrer" in annähernd 1000 Versammlungen über ihre in der Sowjetunion gewonnenen Eindrücke und äußerten ihre Überzeugung, daß in Sowjetrußland wirklich die Arbeiterklasse herrsche und daß dort – ungeachtet aller Schwierigkeiten – der Sozialismus im Sinne von Karl Marx und Friedrich Engels aufgebaut werde. Nach ihrer Ansicht, so führten die Delegierten aus, seien die Errungenschaften im Sowjetlande ein klarer Beweis dafür, daß das Proletariat sehr wohl fähig sei, den Staat und die Wirtschaft zu leiten und eine von Ausbeutung freie Gesellschaftsordnung zu errichten. Das waren Erkenntnisse, die wegen der mannigfachen Greuelnachrichten der bürgerlichen Presse über die Sowjetunion für den politischen Klärungsprozeß in der deutschen Arbeiterklasse sehr wichtig waren. Vielerorts nahmen die Versammlungsteilnehmer Entschließungen gegen die antisowjetische Haltung der deutschen Außenpolitik und für freundschaftliche Beziehungen Deutschlands mit der Sowjetunion an. Der Bericht der Arbeiterdelegation „Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland?" erschien in 100000 Exemplaren und war innerhalb weniger Wochen vergriffen. Die Berichterstattung der „Rußlanddelegierten" führte zur Entstehung weiterer Rußlandausschüsse. Kommunisten und linke Sozialdemokraten gründeten den Verlag und die Zeitschrift „Die Einheit", die sich für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten und enge Kontakte zwischen der deutschen und der sowjetischen Arbeiterbewegung einsetzten.

Die zunehmende Aktivität der KPD zeigte sich auch in verschiedenen Wahlkämpfen. Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen verstand es die KPD, ein massenwirksames Programm von Tagesforderungen aufzustellen und die Wahlbewegung unter der Losung „Für eine Arbeitermehrheit im Berliner Rathaus!" erfolgreich abzuschließen. Am 25. Oktober 1925 erhielt die KPD das Vertrauen von 347000 Wählern. Das bedeutete einen Gewinn von 203000 Stimmen im Vergleich zu den Reichspräsidentenwahlen im April 1925.

81 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Zentrales Parteiarchiv, 55/1/1091, Bl. 46.

Nach längeren Verhandlungen auf einer Konferenz im Schweizer Kurort Locarno vereinbarten die Vertreter der Regierung Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Polens und der Tschechoslowakei am 16. Oktober 1925 ein Vertragswerk, in dessen Mittelpunkt der sogenannte Rheinpakt stand. In diesem Vertrag, dem der Reichskanzler Hans Luther und der Reichsminister des Äußeren Gustav Stresemann zustimmten, garantierten Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien die Unverletzlichkeit der durch den Versailler Vertrag zwischen Deutschland einerseits, Belgien und Frankreich andererseits festgelegten Grenzen.[82] „Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten."[83] Gleichzeitig wurden Schiedsabkommen vereinbart, in denen das Verfahren zur Regelung etwaiger Streitfragen festgelegt war.

Die Grenzen Deutschlands zu Polen und zur Tschechoslowakei erhielten in Locarno keine internationale Garantie. Die Reichsregierung erkannte die östlichen Grenzen weder direkt noch indirekt an; sie war nur bereit, mit Polen und der Tschechoslowakei besondere Schiedsabkommen[84] abzuschließen, in denen sie „die friedliche Regelung der zwischen beiden Ländern etwa entstehenden Streitigkeiten" zusicherte und lediglich die Erklärung abgab, „daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können".[85]

In ihrem Schlußprotokoll versicherten die Vertreter der beteiligten Staaten, sie seien in Locarno versammelt gewesen, „um gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art"[86] zu sorgen. Die imperialistischen Kreise Deutschlands betrachteten aber den Locarnopakt nur als eine zeitweilige Vereinbarung, als einen Schritt auf dem Wege zur völligen Wiederherstellung ihrer alten Machtpositionen. Dafür war der Ausspruch von Reichskanzler Hans Luther charakteristisch, daß „Verträge ... verändert [werden], wenn eine neue Machtlage eingetreten ist"[87].

82 Dokument Nr. 14.

83 Reichsgesetzblatt (Berlin), 1925, Teil II, Nr. 52, S. 979.

84 Dokument Nr. 15.

85 Reichsgesetzblatt (Berlin), 1925, Teil II, Nr. 52, S. 1003.

86 Ebenda, S. 977.

87 Sächsisches Landeshauptarchiv, Dresden, Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Nr. 1454, Bl. 301.



Aufmarsch zur Kundgebung der Berliner Bevölkerung gegen den Zollwucher der Regierung, für die Amnestie aller politischen Gefangenen, 24. Juli 1925



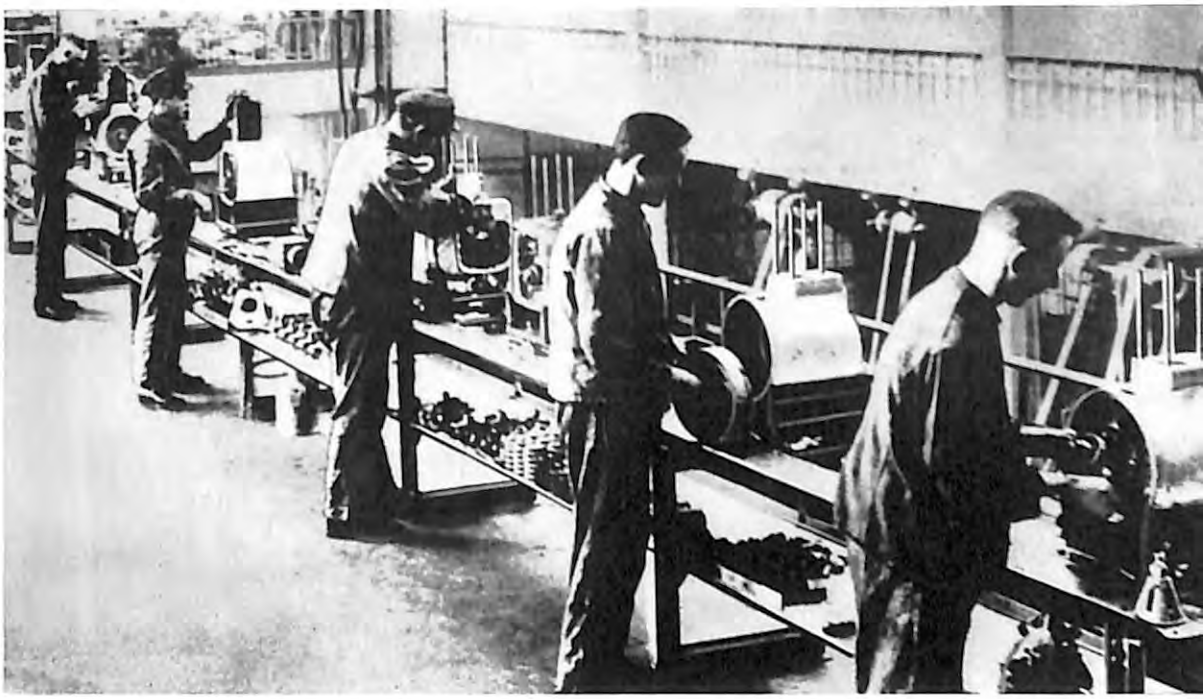
Maikundgebung der Berliner Werktätigen im Treptower Park, 1926



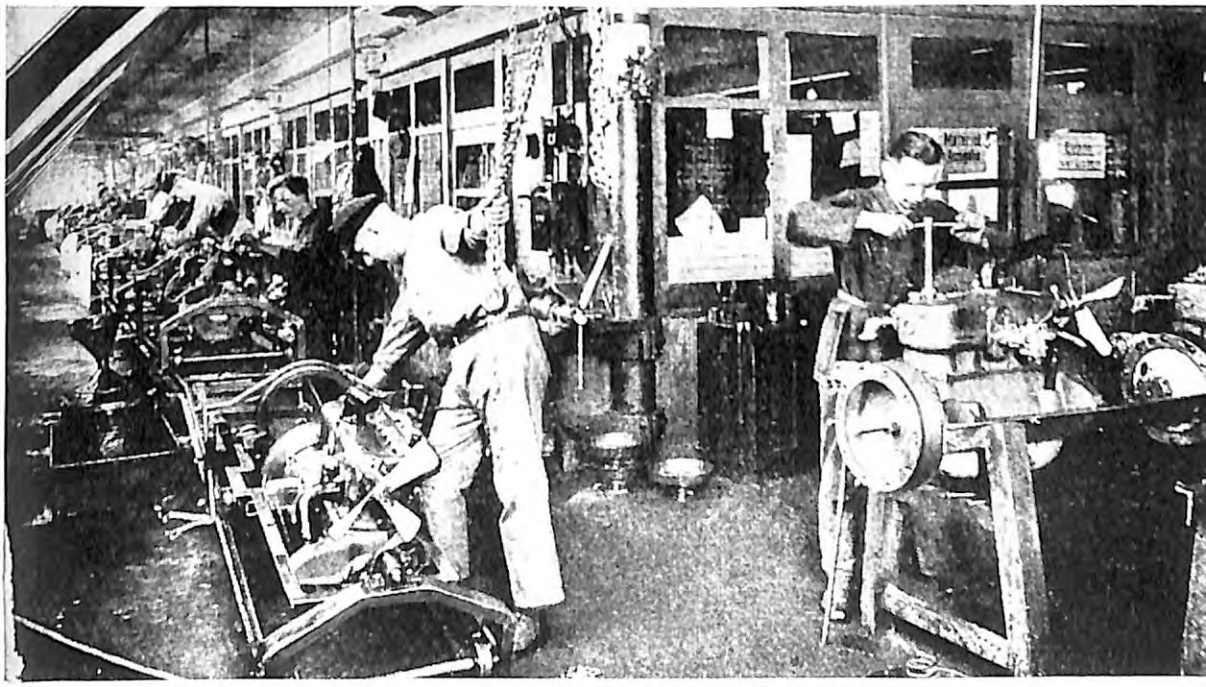
Demonstrationszug in Hamburg gegen die Fürstenabfindung, März 1926



Agitationsgruppe der KPD, 1926



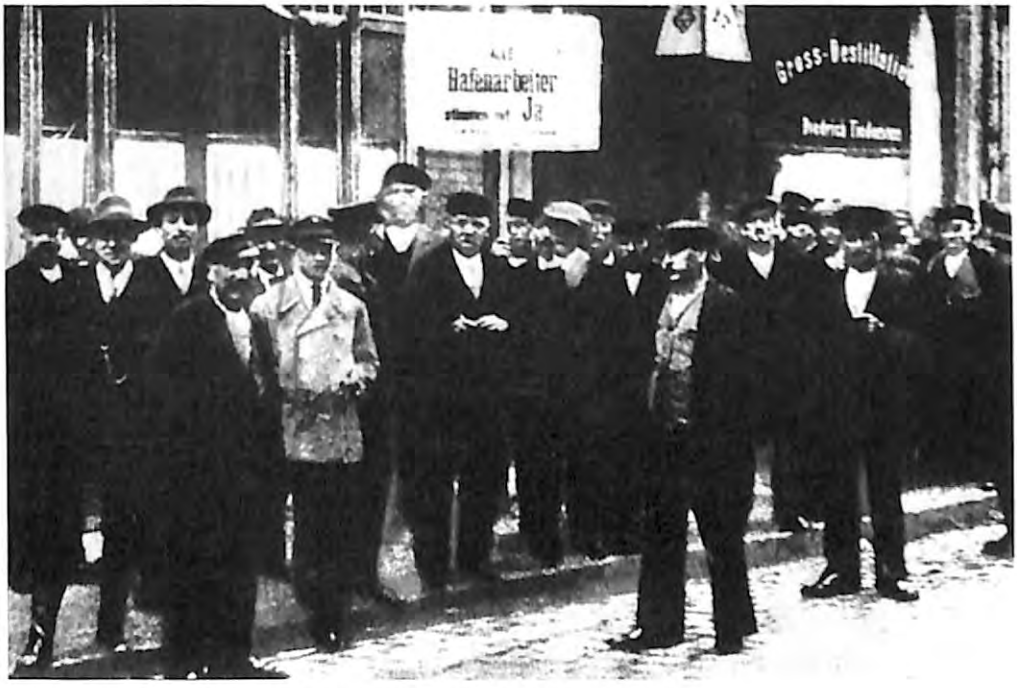
Arbeiter am Fließband in der Hannoverschen Maschinen-AG



Fließbandmontage von Motoren im Brennabor Werk Brandenburg



Internationale Kundgebung in Hamburg, 1926. Links von Ernst Thälmann ein sowjetischer Seemann, rechts ein Vertreter des revolutionären China



Hamburger Hafenarbeiter vor einem Streiklokal, Oktober 1926



Solidaritätsdemonstration für die Sowjetunion
und die chinesische Revolution, Dresden 1927

Mitglieder des marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD, 1927



Konrad Blenkle



Franz Dahlem



Philipp Dengel

Fritz Heckert



Wilhelm Florin

Ernst Meyer



Ottomar Geschke

Helene Overlach









Wilhelm Pieck



Hermann Remmele



Ernst Schneller



Georg Schumann



Walter Stoecker



Ernst Thälmann

Walter Ulbricht

Jean Winterich

Clara Zetkin









Besuch der sowjetischen Fußballmannschaft „Roter Putilow" aus Leningrad beim Arbeitersportverein VfB Gotha, 1927



Mitglieder des Jungspartakusbundes sammeln für den Wahlfonds der KPD, 1928

Die Verträge und Abkommen von Locarno brachten das neue Verhältnis des deutschen Imperialismus zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern eindeutig zum Ausdruck und stellten Deutschland als gleichberechtigten Partner Frankreich gegenüber. Die Reichsregierung erkannte nur die ohnehin in absehbarer Zeit nicht korrigierbaren Grenzen im Westen an, während sie gegenüber Polen kaum verhüllt die Veränderung der bestehenden Grenze forderte. Der Locarnopakt wies dem deutschen Imperialismus im Grunde bereits 1925 den Weg, die imperialistischen Gegensätze zunächst auf Kosten Polens und der Tschechoslowakei und schließlich auf Kosten der Sowjetunion zu lösen.

Der Abschluß der Locarnoverträge war ein feindseliger Akt der Reichsregierung gegenüber der Sowjetunion; denn mit ihnen waren der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und damit – trotz gewisser von Gustav Stresemann erreichter Einschränkungen – deutsche Verpflichtungen im Falle einer Aggression der Völkerbundstaaten gegen die Sowjetunion verknüpft. Vor allem deshalb widersprach der Locarnopakt dem Geist des Rapallovertrages und war mit der 1922 verkündeten Politik freundschaftlicher deutsch-sowjetischer Zusammenarbeit unvereinbar.

Ähnlich wie vor der Annahme des Dawes-Planes entbrannte um den Locarnopakt eine heftige innenpolitische Polemik. Die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Deutsche Demokratische Partei verschleierten sein Wesen mit pazifistischen Reden über ein angeblich vollbrachtes Friedenswerk. Die rechtsradikale Opposition entfachte dagegen einen chauvinistischen Hetzfeldzug gegen die Anerkennung der deutschen Westgrenzen durch die Reichsregierung. Nachdem die leitenden Parteigremien der Deutschnationalen Volkspartei die Verträge von Locarno abgelehnt hatten, traten die deutschnationalen Minister am 25. Oktober 1925 aus der Reichsregierung aus. Die Bürgerblockregierung zerbrach; im Reichstag stellte die deutschnationale Fraktion einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Luther. Erneut traten tiefe taktische Gegensätze im Lager der deutschen Großbourgeoisie zutage. Das Rumpfkabinett trat jedoch nicht zurück, um die Annahme der Locarnoverträge durch den Reichstag nicht zu verzögern.

Die Sozialdemokratie stimmte den Locarnoverträgen vorbehaltlos zu. Das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts", schrieb, daß die Locarnopolitik „vielleicht eins der größten weltgeschichtlichen Ereignisse", „vielleicht eine Zeitenwende" sei; sicher aber bedeute Lo-

carno „einen Teilsieg der sozialistischen Bewegung".[88] So verkannten die leitenden Sozialdemokraten den imperialistischen Charakter der Politik Gustav Stresemanns. Einige leitende Sozialdemokraten sahen in dieser Situation erneut günstige Möglichkeiten für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition.

Wenige Tage nach den Vereinbarungen von Locarno, die die Nachkriegszeit abschlossen und die Weichen auf einen neuen Krieg stellten, versammelten sich – am 31. Oktober und 1. November 1925 – in Berlin 253 Kommunisten unter dem Vorsitz von Ottomar Geschke und Wilhelm Pieck zur 1. Parteikonferenz der KPD. Die Delegierten – 168 von ihnen kamen aus den Betrieben – waren auf Delegiertenkonferenzen der Unterbezirke oder der Parteiorganisationen der Großstädte und auf Bezirksparteitagen gewählt worden. Nachdem D. S. Manuilski die Delegierten im Namen der Kommunistischen Internationale und zugleich der KPR(B) begrüßt hatte, sprach er über die Ursachen der Krise in der KPD und die nächsten Aufgaben zur weiteren marxistisch-leninistischen Festigung der Partei. Anschließend hielt Ernst Thälmann das Referat „Über die innerparteiliche Lage", in dem er die Bilanz der innerparteilichen Diskussion zog. Der Parteivorsitzende hob hervor, daß in der KPD erstmalig eine umfassende Auseinandersetzung mit der kleinbürgerlichen ultralinken Ideologie stattgefunden habe, und bezeichnete es als eine der wichtigsten Aufgaben der weiteren Entwicklung der Partei, das theoretische Niveau der Parteimitglieder zu heben, weil es „ohne eine gesunde, klare, revolutionäre Theorie keine ernste revolutionäre Praxis"[89] geben könne. Es komme nicht darauf an, betonte er, über die Einheitsfront von „oben" oder „unten" zu schwätzen, sondern die Arbeiterklasse für ihre unmittelbaren Forderungen in Bewegung zu bringen und die Einheit und Geschlossenheit der Partei wiederherzustellen.

Die meisten Teilnehmer der Parteikonferenz, unter ihnen Franz Dahlem, Arthur Ewert, Richard Eyermann, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Bernard Koenen, Wilhelm Koenen, Otto Kühne, Max Lademann, Max Maddalena, Paul Merker, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Ernst Schneller und Paul Schwenk, verurteilten die parteifeindliche Haltung der Ultralinken und deren fraktionelle Wühlarbeit. In der Resolution zu den innerparteilichen

[88] Vorwärts (Berlin), 17. Oktober 1925 (Morgenausgabe).

[89] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, 1/16/35, Bl. 53.

Fragen, die gegen 30 Stimmen angenommen wurde, schätzte die Parteikonferenz die innerparteiliche Diskussion „als die freieste und tiefestgehende seit dem Bestehen der Partei"[90] ein. Als wichtigste positive Ergebnisse wurden hervorgehoben: „a) Sieg des Standpunktes der Komintern über alle gegnerischen Gruppierungen; b) Zusammenschluß der proletarisch-bolschewistischen Elemente in der Partei und ihrer Führung; c) Hinlenkung der Partei auf die großen praktischen Aufgaben der Gegenwart, insbesondere auf die Einheitsfronttaktik und die Gewerkschaftsarbeit; d) starke Entfaltung des innerparteilichen Lebens durch die Einführung einer weitgehenden Parteidemokratie; e) wesentliche Klärung und Beschleunigung der Reorganisation auf Betriebszellen, die von der Parteimitgliedschaft zum ersten Male in ihrem großen politischen Zusammenhang begriffen wurde; f) Schaffung eines festen Vertrauensverhältnisses der Parteimitgliedschaft und der Parteiführung zur Komintern; g) Einleitung der ersten Schritte zur Annäherung an die breiten Arbeitermassen außerhalb der Partei."[91] Die Parteikonferenz schloß Werner Scholem wegen seiner fraktionellen Tätigkeit aus dem Zentralkomitee aus.

In dem von Philipp Dengel vorgetragenen Referat „Über die politische Lage" schätzte das Zentralkomitee die relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus gründlich ein. Die Parteikonferenz wies die Auffassung von Arthur Rosenberg und Werner Scholem zurück, nach der Deutschland nicht als imperialistischer, sondern nur als kapitalistischer Staat angesehen werden könne. Die Delegierten warnten vor den gefährlichen Folgen der Locarnopolitik für die Zukunft des deutschen Volkes und bestimmten den Kampf zum Sturz der Regierung Luther und gegen die Annahme des Locarnopaktes durch den Reichstag als nächste Aufgabe.

Aus den Widersprüchen der relativen Stabilisierung des Kapitalismus folgerte die Parteikonferenz, daß sich die Gegensätze zwischen dem Monopolkapital einerseits und der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum in Stadt und Land andererseits unvermeidlich verschärfen werden. Damit entstünden auch die Voraussetzungen für eine „zweite Revolution", zu deren Vorbereitung der Kampf für Teilforderungen, zum Beispiel für die Entlassung aller monarchistischen Beamten, für die Entmilitarisierung der Polizei, die Auflösung der monarchistischen Verbände, die Entlassung der reaktionären Rich-

90 Die Rote Fahne (Berlin), 3. November 1925.

91 Ebenda.

ter und die restlose Beschlagnahme der dynastischen Vermögen, beitragen müsse.[92]

Als „Schlüssel" zur Verbesserung der gesamten politischen Tätigkeit der KPD sah die Parteikonferenz die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften an. Darüber sprach Fritz Heckert. In der Resolution zur Gewerkschaftsarbeit wurde betont, daß es der Partei nur „durch eine wirklich praktische Betätigung" in den Gewerkschaften möglich sei, ihren Masseneinfluß zu erhöhen. Daraus zog die Parteikonferenz den Schluß: „Alle Parteimitglieder müssen der Masse durch die Tat beweisen, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften und Betrieben besser, positiver und erfolgreicher im Interesse der Arbeiter zu arbeiten verstehen als die Reformisten."[93]

Die Parteikonferenz verpflichtete alle Kommunisten, für die Werbung neuer Gewerkschaftsmitglieder und für eine möglichst „hundertprozentige freigewerkschaftliche Organisation im Betrieb"[94] einzutreten. Die Delegierten machten es allen Kommunisten außerdem zur Pflicht, für eine enge Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen und den parteilosen Arbeitern in den Gewerkschaften Sorge zu tragen und die Gewerkschaftsmitglieder für den Kampf um höhere Löhne, Wiederherstellung des Achtstundentages, günstigere Unterstützungssätze für Arbeitslose, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, für den Bau billiger Arbeiterwohnungen und andere Forderungen in Bewegung zu bringen. Dabei müsse beachtet werden, betonte die Parteikonferenz, daß „alle im Bereich der Gewerkschaftsaufgaben liegenden Bewegungen ... durch die Gewerkschaften geführt werden. Die Kommunisten können auf die Kämpfe nur einwirken durch die Gewerkschaften, durch die intensivste Arbeit im Betrieb und im Verband, durch das initiative Auftreten vor und während jeder Bewegung."[95]

Den Beschlüssen der 1. Parteikonferenz zur Gewerkschaftspolitik der KPD lagen die leninistischen Prinzipien zugrunde. Die Kommunisten sehen in den Gewerkschaften die umfassendsten Klassenorganisationen des Proletariats, die von ihm im Kampf gegen die Ausbeutung hervorgebracht werden. Sie sind die den Arbeitern zugänglichsten Organisationen, in denen sich Millionen Arbeiter verschiedener politischer und weltanschaulicher Auffassungen vereinen, um ihre Inter-

92 Dokument Nr. 16.
93 Die Rote Fahne (Berlin), 6. November 1925.
94 Die Rote Fahne (Berlin), 5. November 1925.
95 Die Rote Fahne (Berlin), 6. November 1925.

essen zu vertreten. Die Kommunisten setzen sich in den Gewerkschaften unbeirrbar für die Arbeiterforderungen ein und bemühen sich, in den gewerkschaftlichen Verbänden zur Einigung der Arbeiterklasse beizutragen. Dabei lassen sie sich von Karl Marx' Worten leiten: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems."[96]

Da der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit unüberbrückbar ist, wandten sich die Kommunisten grundsätzlich gegen die Politik des Bundesvorstandes des ADGB, der den gewerkschaftlichen Kampf auf Reformen im Kapitalismus beschränkte. Die KPD verurteilte die Arbeitsgemeinschaftspolitik, weil sie die Aktivität der Gewerkschaften lähmte und sie den Interessen des Monopolkapitals unterordnete. Daher sahen die Kommunisten ihre Aufgabe darin, die Gewerkschaftsmitglieder für ein entschlossenes Vorgehen gegen die Herrschaft des Finanzkapitals, für die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gewinnen.

Auch wenn den Kommunisten in der gewerkschaftlichen Arbeit unter den oft äußerst schwierigen Bedingungen des Klassenkampfes verschiedentlich Fehler unterliefen, so waren sie doch ständig bestrebt, die Gewerkschaften als von der Bourgeoisie unabhängige Klassenorganisationen zu stärken. Die Kommunisten sehen in den Gewerkschaften Organisationen, die auf der Eigeninitiative ihrer Mitglieder beruhen. Sie scheuen keine Mühe, um so weitgehend wie möglich zur Lösung der gewerkschaftlichen Aufgaben beizutragen. Die KPD war bestrebt, die Gewerkschaftsmitglieder durch vorbildlichen Einsatz für die Arbeiterinteressen für ihre Politik zu gewinnen.

Als nächstes Ziel auf dem Wege zur Einigung der Arbeiterklasse bezeichnete die 1. Parteikonferenz der KPD die Schaffung eines linken Blocks von Kommunisten, Sozialdemokraten und gewerkschaftlich

[96] Karl Marx: Lohn, Preis und Profit. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 16, Berlin 1964, S. 152.

organisierten Arbeitern in der Arbeiterbewegung, besonders in den Gewerkschaften, zum Kampf gegen das Monopolkapital und gegen die militaristische Reaktion. Konrad Blenkle und Arthur Ewert beschäftigten sich in ihren Referaten mit der Verantwortung der Kommunisten für die Gewinnung der arbeitenden Jugend. Die Parteikonferenz verpflichtete alle Parteiorganisationen, die Tätigkeit des Kommunistischen Jugendverbandes noch tatkräftiger zu fördern. Um „ein enges Bündnis zwischen den Industriearbeitern und Klein- und Mittelbauern herzustellen", ist es notwendig – hieß es in der politischen Entschließung der Parteikonferenz –, daß sich die Partei auch für folgende Forderungen der Bauern einsetze: „Staatliche Subventionen zur Verbilligung von Dünger, Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen; Steuernachlaß, Aufhebung der Getreide- und Futtermittelzölle, langfristige und zinslose Kredite für die klein- und mittelbäuerlichen Produktions- und Konsumgenossenschaften, Beseitigung des Pachtzinses und Befriedigung des Landhungers der klein- und mittelbäuerlichen Schichten."[97]

So stellte die 1. Parteikonferenz eine Reihe wichtiger Aufgaben. Sie waren ohne Erhöhung der Kampfkraft der Partei nicht zu lösen. Daher wandten sich die Delegierten im Aufruf „Zur Parteioffensive" sowie in der Resolution zur Organisationsfrage[98] an alle Kommunisten, neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen, Abonnenten für die Parteipresse zu werben und vor allem rasch die Reorganisation der Partei auf der Grundlage von Betriebszellen abzuschließen.

Die von der 1. Parteikonferenz beschlossene Politik ermöglichte es der KPD, unter den neuen Bedingungen große Teile der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zu gewinnen und auf entscheidende Klassenkämpfe zum Sturz des deutschen Imperialismus vorzubereiten. Die von ihr ausgearbeitete Strategie und Taktik entsprach in ihren Grundzügen den Erfordernissen des Klassenkampfes in Deutschland in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus.

Die 1. Parteikonferenz war ein überaus wichtiger Einschnitt in der Geschichte der KPD. Sie schloß die innerparteiliche Auseinandersetzung über entscheidende Probleme einer leninistischen Massenpolitik ab und billigte die Veränderungen in der Parteiführung, die nach dem 10. Parteitag erfolgt waren. Im Verlauf der Parteidebatte hatte sich

97 Die Rote Fahne (Berlin), 5. November 1925.

98 Dokument Nr. 17.

endgültig eine leninistische Mehrheit in dem vom 10. Parteitag gewählten Zentralkomitee herausgebildet. Diesem Zentralkomitee, das Ernst Thälmann leitete, gehörten Konrad Blenkle, Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, John Schehr, Ernst Schneller, Jean Winterich und andere an. Mitglieder des Politbüros waren im November 1925 Konrad Blenkle, Philipp Dengel, Arthur Ewert, Ottomar Geschke, Ernst Schneller, Wilhelm Schwan, Hermann Remmele und Ernst Thälmann.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale schätzte das neue Zentralkomitee wenige Wochen später so ein: „Die gegenwärtige Führung der KPD ist im Kampf gegen die rechten Fehler entstanden und im Kampfe gegen die ultralinken Fehler erstarkt. Die Arbeitergruppe, die an der Spitze der KPD steht, ist der Kern einer wirklich leninistischen Parteiführung. Hierauf beruht ihre Freiheit von fraktioneller Begrenztheit, ihr richtiges Verhältnis zu den deutschen Arbeitermassen und ihr Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens zur Kommunistischen Internationale."[99] Mit der leninistischen Mehrheit des Zentralkomitees arbeiteten Franz Dahlem, Wilhelm Koenen, Ernst Meyer, Walter Stoecker, Walter Ulbricht, Clara Zetkin und andere hervorragende Arbeiterführer eng zusammen. Im gemeinsamen Ringen für die Interessen der Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes formierte sich ein großes marxistisch-leninistisches Führungskollektiv, das sich zielstrebig für die weitere Entwicklung der KPD als marxistisch-leninistische Massenpartei im Kampf gegen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus einsetzte.

Bürgerliche Historiker und Publizisten suchen die Tätigkeit des von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitees herabzusetzen, indem sie verleumderisch von ihm behaupten, es habe die KPD in ein „Instrument Moskaus" verwandelt. In Wahrheit trug das marxistisch-leninistische Zentralkomitee – das sich im unablässigen Kampf der Kommunistischen Partei für die sozialen und nationalen Interessen des Volkes, im schweren Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus herausgebildet hatte – den Marxismus-Leninismus zielstrebig in die deutsche Arbeiterklasse und entwickelte die KPD systematisch als marxistisch-leninistische Massenpartei. Dies waren grundlegende Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse

[99] Erweiterte Exekutive (Februar/März 1926). Thesen und Resolutionen, (Hamburg 1926), S. 99.

und den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte, und das wiederum war notwendig, wenn der deutsche Imperialismus gestürzt, eine revolutionäre Volksmacht errichtet und der Übergang zum Sozialismus vollzogen werden sollte. Daher war die Schaffung des marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD von gewaltiger nationaler Tragweite.

Mit der Formierung einer marxistisch-leninistischen Parteiführung waren natürlich noch nicht alle grundlegenden Probleme der Strategie und Taktik beantwortet. Noch waren nicht alle Fragen des Verhältnisses der KPD zur Sozialdemokratie, des Weges zur Einigung der Arbeiterklasse und zum antimonopolistischen Bündnis aller Volkskräfte geklärt. Entsprechend den Beschlüssen des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale verneinte die KPD die Möglichkeit von Übergangsetappen auf dem Wege zur Errichtung der Macht der Arbeiterklasse. Es bedurfte noch mannigfacher Erfahrungen, damit die Partei eine den Verhältnissen des Klassenkampfes in Deutschland vollständig entsprechende marxistisch-leninistische Politik ausarbeiten konnte. Für die Lösung dieser Aufgabe aber war mit der Bildung des von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitees eine grundlegende Voraussetzung geschaffen.

Unmittelbar nach der 1. Parteikonferenz der KPD erreichte die nationale Protestbewegung gegen die Locarnoverträge ihren Höhepunkt. In Hunderten von Versammlungen und Kundgebungen lehnten die klassenbewußten Arbeiter und andere Werktätige diesen antisowjetischen Pakt ab, der den revanchistischen Zielen des deutschen Imperialismus entgegenkam, und forderten die Auflösung des Reichstages. In Brüssel versammelten sich vom 10. bis 13. November 1925 die Vertreter der Kommunistischen Partei Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Hollands, Polens, der Schweiz und der Tschechoslowakei zu einer Konferenz, an der Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Emil Höllein und Walter Stoecker im Auftrage der KPD teilnahmen. Die Brüsseler Konferenz stimmte einer Erklärung[100] zu, die sich für „eine breite, einheitliche Abwehrfront des gesamten klassenbewußten Proletariats" gemeinsam mit der Sowjetunion und den kolonialen Völkern gegen den Locarnopakt, den Versailler Vertrag, gegen die Reparations- und Dawes-Politik und für die „Streichung aller Kriegsschulden und Reparationen"[101] aussprach.

[100] Dokument Nr. 18.

[101] Die Rote Fahne (Berlin), 15. November 1925.

Vom 23. bis 27. November 1925 fanden im Reichstag die entscheidenden Debatten über die Verträge von Locarno statt. Während Otto Wels als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion die Locarnoverträge als einen Beitrag zur Befriedung und Einigung Europas begrüßte, enthüllten die Redner der KPD Ernst Schneller, Ernst Thälmann und Clara Zetkin das Wesen der Locarnopolitik der deutschen Monopolbourgeoisie. Mit prophetischer Weitsicht wies Ernst Thälmann in seiner berühmten Reichstagsrede am 24. November 1925 nach, daß diese Politik den Frieden bedrohe, die Reaktion stärke und Feindschaft in die deutsch-sowjetischen Beziehungen trage. Er bezeichnete die Verträge von Locarno zutreffend als einen „Frieden mit beschränkter Haftung“[102], und zwar für die Zeit, in der Deutschland noch unzureichend gerüstet sei. Durch die zeitweilige Anerkennung der Westgrenzen suche die Reichsregierung zunächst die Hände freizubekommen, um den „‚Wiederaufstieg‘ mit der Rückeroberung des polnischen Korridors, Oberschlesiens, Danzigs usw.“[103] beginnen zu können. „Schon schlagen die Herzen der Militärs der deutschen Reaktion höher“, rief Ernst Thälmann warnend aus. „Schon träumt die deutsche Reaktion, zunächst einmal mit dem polnischen ‚Erbfeind‘ aufzuräumen. Wir müssen heute vor der deutschen und der internationalen Arbeiterschaft der Ostpolitik der deutschen Bourgeoisie die Maske herunterreißen. Was hier von der deutschen Bourgeoisie im stillen organisiert wird, kann morgen zu einem ungeheuer blutigen Abenteuer werden. Die deutschen Arbeiter müssen achtgeben, daß die Versuche der deutschen Bourgeoisie zur Rückeroberung der verlorengegangenen Ostprovinzen nicht die Einleitung zum nächsten Krieg bedeuten. Die deutschen Arbeiter müssen ihr Augenmerk darauf lenken, daß die Tendenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie wachsen, durch den polnischen Korridor in einen neuen Krieg hineinzutaumeln.“[104]

Die KPD verteidigte die Grundsätze der Politik von Rapallo und begründete, daß freundschaftliche deutsch-sowjetische Zusammenarbeit die Grundlage jeder nationalen deutschen Außenpolitik sei. Unmißverständlich und mit Nachdruck erklärte Clara Zetkin: „Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaft-

102 Ernst Thälmann: Gegen den Vertrag von Locarno. Rede im Reichstag, 24. November 1925. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 282.

103 Ebenda, S. 287.

104 Ebenda.

licher, politischer und, wenn es sein muß, auch militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion."[105]

Die Regierungsparteien und die SPD überhörten jedoch die Warnungen der KPD und ließen die Protestbewegung im Volk außer acht. Am 27. November 1925 billigte die Mehrheit des Reichstages ein Gesetz über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, das die Reichsregierung ermächtigte, den Locarnopakt zu unterzeichnen und den deutschen Beitritt zum Völkerbund zu vollziehen. Am gleichen Abend versammelten sich 80000 Berliner zu einer Kundgebung im Lustgarten, auf der sie die außenpolitische Haltung der KPD unterstützten, die, wie die Geschichte bewiesen hat, dem Friedensinteresse des Volkes entsprach. Mit ihrem Auftreten unterstrichen die Versammelten die Worte Ernst Thälmanns in seiner Reichstagsrede zum Locarnopakt: „Im gleichen Augenblick, in dem die Bourgeoisie aufhört, die nationale Unabhängigkeit Deutschlands zu verkörpern, tritt eine andere Macht auf die Bühne der deutschen Geschichte, die aus eigenem Klasseninteresse sich selbst zur Vertreterin der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands proklamiert. Diese Macht ist die deutsche Arbeiterklasse."[106]

[105] Clara Zetkin: Gegen den imperialistischen Locarnovertrag. Aus der Rede im Reichstag, 27. November 1925. In: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960, S. 207.

[106] Ernst Thälmann: Gegen den Vertrag von Locarno. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 306/307.

Der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unter Führung der KPD gegen das weitere Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die marxistisch-leninistische Festigung der KPD (1926/1927)

1. Der Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung

Um die Jahreswende 1925/1926 befand sich die deutsche Wirtschaft in einer ernsten Zwischenkrise. Absatzschwierigkeiten und Kapitalmangel trafen viele Unternehmen äußerst hart. Zahlreiche Betriebe wurden stillgelegt, in anderen schränkten die Kapitalisten die Produktion ein. Sprunghaft stieg die Zahl der Konkurse an. Schwer waren die Auswirkungen dieser Zwischenkrise auf die Lage der Arbeiterklasse. Im November 1925 waren fast eine Million Arbeiter erwerbslos, im Februar 1926 annähernd 2,3 Millionen.

Im Dezember 1925 veröffentlichte der Reichsverband der Deutschen Industrie in seiner Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“[107] das Programm des Finanzkapitals zur Überwindung der

[107] Dokument Nr. 20.

wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Imperialismus. Der Industriellenverband forderte die Reichsregierung auf, die Monopol- und Kapitalbildung noch mehr zu fördern. Außerdem sollten die Besitzsteuern weiter gesenkt und die öffentlichen Ausgaben des Reiches, der Länder und der Gemeinden, besonders die angeblich zu hohen sozialen Aufwendungen, erheblich eingeschränkt werden. Derartige Maßnahmen sollten es den Konzernen erleichtern, die Rationalisierung der Betriebe zu beschleunigen. Schroff wandte sich der Reichsverband der Deutschen Industrie gegen Lohnerhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit; er kündigte an, daß die Unternehmer Betriebe stillegen und zu Aussperrungen übergehen würden, wenn die Arbeiter auf ihren Lohn- und Arbeitszeitforderungen beharrten. Zynisch hieß es in der Denkschrift: „Für den Achtstundentag können gesundheitliche, soziale, kulturelle Auswirkungen sprechen. Aber in unserer Lage ist und bleibt nun einmal die Notwendigkeit entscheidend, die Gütererzeugung zu verbilligen und zu erhöhen."[108] Am 29. Dezember 1925 trugen Ernst von Borsig, Carl Duisberg, Paul Reusch und andere Repräsentanten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg ihre Wünsche vor. Damit griffen die Monopolgewaltigen unmittelbar in die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Koalitionsregierung ein, da das Kabinett Luther am 5. Dezember 1925 – nach der Unterzeichnung der Verträge von Locarno in London – zurückgetreten war.

In der Zeit dieser wirtschaftlichen Krisenlage erfuhr die Öffentlichkeit immer neue Einzelheiten darüber, daß die Hohenzollern und andere durch die Novemberrevolution gestürzte deutsche Fürsten für ihre 1918 zum Teil beschlagnahmten Ländereien und Besitztümer ständig weitere Entschädigungen in Höhe von Hunderten Millionen RM verlangten und zu einem erheblichen Teil auch zugesprochen bekamen. Dies geschah, obwohl ehemalige Fürsten und andere Adlige bereits seit der Novemberrevolution hohe finanzielle Zuwendungen – der letzte Kaiser jährlich etwa 600 000 RM – erhielten. Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl hatte viele von ihnen ermuntert, bereits mit den Einzelstaaten abgeschlossene Vergleiche anzufechten. Die Fürsten klagten bei den Gerichten auf Aufwertung der ihnen schon zugebilligten Renten, und in zahlreichen Prozessen entschieden Gerichte der Weimarer Republik willfährig zu deren Gunsten. Im Oktober 1925

[108] Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1925, H. 29, S. 48.

billigte die preußische Regierung mit Zustimmung der sozialdemokratischen Minister einen Vorschlag für einen Vergleich mit dem früheren preußischen Königshaus, nach dem die Hohenzollern weitere Werte in Höhe von etwa 185 Millionen RM erhalten sollten. Insgesamt betrugen die Ansprüche der Fürsten etwa 2.5 Milliarden RM.

Diese empörenden Tatsachen und der skandalöse Ausgang der Fürstenprozesse in verschiedenen Ländern, besonders in Thüringen, riefen nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch in kleinbürgerlichen Schichten helle Empörung hervor. Um die schlimmsten Auswüchse bei der Abfindung der Fürsten zu beseitigen und die Entstehung einer starken außerparlamentarischen Protestbewegung zu verhindern, brachte die Deutsche Demokratische Partei am 23. November 1925 im Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern ein. Dieser Antrag sah vor, die Fürstenabfindung durch Gesetze der Länder zu regeln. Auch im Falle von Enteignungen sollten Entschädigungen gezahlt werden; selbst eine hundertprozentige Aufwertung bereits während der Inflation gezahlter Abfindungen war nach diesem Gesetzentwurf möglich.

In dieser Lage zeigte sich die Richtigkeit der Beschlüsse der 1. Parteikonferenz der KPD. Die Partei hatte sich in den Jahren nach 1918 immer konsequent und beharrlich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eingesetzt. Nunmehr beschloß das Zentralkomitee am 11. November 1925, daß die kommunistische Fraktion im Reichstag erneut die entschädigungslose Enteignung der Fürsten beantragen solle, nachdem ein gleicher Antrag der KPD im Herbst 1924 infolge der Reichstagsauflösung nicht zur Verhandlung gekommen war. Das Zentralkomitee faßte weiter den Beschluß, einen Volksentscheid vorzubereiten, falls der Gesetzentwurf der KPD vom Reichstag abgelehnt werden sollte. Am 25. November 1925 brachte die Fraktion der KPD den Entwurf eines Gesetzes über die entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser[109] im Reichstag ein, in dem gefordert wurde, deren Ländereien an Landarbeiter und Kleinbauern aufzuteilen und deren Schlösser in Kinderheime sowie in Erholungsstätten für Kriegsbeschädigte und für die Hinterbliebenen der Kriegsopfer umzuwandeln. Die den Fürsten zugedachten hohen Beträge sollten dazu verwandt werden, die Lage der Arbeiter und Bauern, besonders der

[109] Dokument Nr. 19.

Erwerbslosen, der Inflationsgeschädigten, der Kriegsopfer und der Rentner zu verbessern.

Für diese populären Forderungen entfachte die KPD eine demokratische Massenbewegung für die Enteignung der Fürsten und gegen die monarchistische Reaktion. Dabei war die Partei bemüht, diese republikanische Bewegung aufs engste mit dem Kampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Rentner, der kleinen Bauern und Pächter für die Verbesserung ihrer Lebenslage zu verknüpfen. Am 2. Dezember 1925 – dem ersten Tage der Reichstagsdebatte über die Gesetzentwürfe der Deutschen Demokratischen Partei und der KPD – unterbreitete das Zentralkomitee der KPD in einem Brief an die Vorstände der SPD, des ADGB, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes sowie an die Bundesleitungen des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes[110] den Vorschlag, gemeinsam einen Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einzuleiten, um zu verhindern, daß den Dynastien Milliardenwerte ausgeliefert würden: „Es wäre eine Schande für die Arbeiterschaft, wenn sie diesem Plünderungszug gegen die werktätige Bevölkerung tatenlos zusieht. Wir halten es für notwendig, daß alle Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung mit größtem Nachdruck eingesetzt werden, um der Ausraubung Deutschlands durch die Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner, Coburger und ähnliches Gelichter entgegenzutreten. Zu diesem Zweck müssen u. E. selbst die geringen Handhaben ausgenutzt werden, die die Weimarer Reichsverfassung bietet."[111]

Im Reichstag verteidigten die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum die angeblichen Rechte der Fürsten auf ihr „Privateigentum" und lehnten selbst den Kompromißantrag der Deutschen Demokratischen Partei ab. Als Sprecher der SPD bezeichnete Philipp Scheidemann den Gesetzentwurf der Deutschen Demokratischen Partei als eine brauchbare Grundlage für Verhandlungen, weil er früheren Vorschlägen der Sozialdemokratie nahekäme; er appellierte an die bürgerlichen Parteien, kompromißbereit zu sein, damit das Volk nicht durch einen Volksentscheid erneut aufgewühlt werde. Die kommunistischen Redner Theodor Neubauer und

110 Dokument Nr. 21.

111 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946, 2., durchges. Aufl., Berlin 1955, S. 199.

Ernst Schneller traten in der Reichstagsdebatte als konsequente Verteidiger der Interessen des Volkes auf. Dabei unterstrich Theodor Neubauer: „Nur der Druck der Massen kann eine solche Schmach beseitigen und das schaffen, was möglich sein muß: das Ende jener überlebten monarchistisch-feudalistischen Zustände, die Zurückführung des geraubten Volksvermögens in die Hände der arbeitenden Volksmassen."[112] Die Mehrheit des Reichstages überwies schließlich die Gesetzentwürfe der KPD und der Deutschen Demokratischen Partei an den Rechtsausschuß. Damit war eine Entscheidung in der Fürstenfrage auf die lange Bank geschoben. Um trotzdem die weitere Verschleuderung von Staatsvermögen zu verhindern, brachte die kommunistische Reichstagsfraktion am 10. Dezember 1925 den Antrag ein, alle Rechtsstreitigkeiten mit den ehemaligen regierenden Fürstenhäusern, die bei deutschen Gerichten anhängig sind, bis zu einer reichsgesetzlichen Regelung auszusetzen. Diesen Antrag nahm der Reichstag einige Wochen später an.

Am 4. Dezember 1925 veröffentlichte „Die Rote Fahne" den Brief des Zentralkomitees der KPD vom 2. Dezember 1925 unter der populären Losung: „Keinen Pfennig den Fürsten!" Die Leitungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der freien Gewerkschaften und des Reichsbanners beantworteten jedoch das Angebot der KPD zu einheitlichem Vorgehen gegen die Fürstenabfindung nicht. Mitglieder des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD vertrösteten die sozialdemokratischen Mitglieder auf die noch ausstehende Entscheidung des Reichstages. Sie beabsichtigten, mit der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum einen Kompromiß für eine teilweise Entschädigung der Fürsten einzugehen.

Das Zentralkomitee der KPD wiederholte trotz dieser ablehnenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes in den folgenden Wochen mehrfach das Angebot an die Sozialdemokratie, gemeinsam einen Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten einzuleiten. Gleichzeitig forderte die Parteiführung alle Kommunisten auf, an die sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeiter, an die Mitglieder der Gewerkschaften und der anderen proletarischen Organisationen heranzutreten, um sie für ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeiterorganisationen gegen die Fürstenabfindung zu ge-

112 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924. Bd. 388. Stenographische Berichte (von der 121. Sitzung am 20. November 1925 bis zur 161. Sitzung am 15. Februar 1926), Berlin 1926, S. 4727.

winnen. Auf Beschluß des Zentralkomitees wandten sich die Parteiorganisationen in vielen Orten an die lokalen Organisationen der SPD, des ADGB und des Reichsbanners, der Sport- und Kulturorganisationen, des Verbandes der Opfer des Krieges und der Arbeit, der Mietervereinigungen, der Genossenschaften und anderer proletarischer und kleinbürgerlicher Vereinigungen mit dem Vorschlag, gemeinsam einen Volksentscheid vorzubereiten. Dank der Tatkraft der KPD kam es im Dezember 1925 und Anfang Januar 1926 zu zahlreichen Versammlungen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen, zu Demonstrationen und Kundgebungen der Werktätigen, die unter der zentralen Losung standen „Keinen Pfennig den Fürsten! Brot und Arbeit dem notleidenden Volke!" In Berlin beteiligten sich am 13. Dezember an einer solchen Kundgebung über 60 000 Personen. Zahlreiche Zahlstellen der Verbände des ADGB nahmen Entschließungen an, in denen sie sich für ein gemeinsames Vorgehen der KPD, der SPD und des ADGB gegen die Fürstenabfindung aussprachen.[113] Ähnliche Entscheidungen trafen auch Ortsausschüsse des ADGB[114], Ortsgruppen des Reichsbanners[115] und Einheitskomitees[116]. In vielen Stadtparlamenten und Gemeindevertretungen brachten die Vertreter der KPD Anträge gegen die Fürstenabfindung ein, die nicht selten auch die Zustimmung von Abgeordneten bürgerlicher Parteien fanden.

Als Antwort auf die unverschämten Abfindungsansprüche der Fürsten und beeinflußt durch die Vorschläge der KPD, traten viele Mitglieder und Funktionäre der SPD tatkräftiger auf. Sozialdemokratische Funktionärversammlungen sprachen sich in Leipzig[117] und anderen Orten für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten aus und lehnten einen Eintritt der SPD in die Reichsregierung ab. Besonders in den kleineren Orten arbeiteten häufig Kommunisten und Sozialdemokraten, Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes und des Reichsbanners, Angehörige des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und der Sozialistischen Arbeiterjugend brüderlich zusammen.

Am 6. Januar 1926 entstand mit Unterstützung der KPD ein Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten, an dessen Gründung solche bürgerlichen De-

113 Dokument Nr. 25.
114 Dokument Nr. 22.
115 Dokument Nr. 24.
116 Dokument Nr. 27.
117 Dokument Nr. 23.

mokraten wie Hellmut von Gerlach, Robert Kuczynski, Otto Lehmann-Rußbüldt, Ludwig Quidde, Helene Stöcker und andere beteiligt waren. Seine Leitung übernahm der demokratische Wirtschaftswissenschaftler Robert Kuczynski. Dieses Gremium, dem sich zahlreiche proletarische und kleinbürgerliche Organisationen anschlossen, trug ganz besonders dazu bei, sozialdemokratische Mitglieder, bürgerliche Demokraten, kleinbürgerliche Schichten und Kreise der fortschrittlichen Intelligenz für den Volksentscheid zu gewinnen. Der Kuczynski-Ausschuß arbeitete den Entwurf eines Gesetzes für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten aus. Da sich der Parteivorstand der SPD trotz aller Vorschläge weiter hartnäckig weigerte, für einen Volksentscheid einzutreten, beschloß der Kuczynski-Ausschuß, selbständig vorzugehen.

Der Reichsminister des Innern war nach den gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, ein Volksbegehren für einen Gesetzentwurf zuzulassen, wenn dies mindestens 5000 Stimmberechtigte verlangten. Ein Volksentscheid mußte laut Weimarer Verfassung herbeigeführt werden, wenn sich ein Zehntel der Stimmberechtigten in einem Volksbegehren für einen Gesetzentwurf aussprach, der Reichstag aber seine unveränderte Annahme verweigerte. Am 16. und 17. Januar 1926 stimmten dank der großen Einsatzfreudigkeit der Mitglieder der KPD und des RFB in Berlin-Neukölln innerhalb weniger Stunden 30 000 Wahlberechtigte dem Gesetzentwurf des Kuczynski-Ausschusses zu, so daß Robert Kuczynski, Ernst Putz, Ernst Schneller, Ernst Thälmann und andere das Volksbegehren beim Reichsminister des Innern beantragen konnten.

Die anschwellende Volksbewegung und die Stimmung in der Sozialdemokratie blieben auf den Parteivorstand der SPD nicht ohne Auswirkung. Er mußte den Forderungen der sozialdemokratischen Mitglieder entsprechen und seine ablehnende Haltung zu einem Volksentscheid aufgeben. Nachdem die Bemühungen einiger einflußreicher Sozialdemokraten zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht in Erfüllung gegangen waren, beschloß der Parteiausschuß der SPD am 19. Januar 1926, am Volksentscheid teilzunehmen. Der sozialdemokratische Parteivorstand stimmte einem neuen Verhandlungsvorschlag der KPD zu. Am 22./23. Januar 1926 einigten sich Vertreter der KPD, der SPD und des Kuczynski-Ausschusses unter Leitung eines Mitgliedes des Bundesvorstandes des ADGB, das Volksbegehren für ein Gesetz über Enteignung der Fürstenvermögen[118] gemein-

[118] Dokument Nr. 26.

sam durchzuführen. Dem Gesetz zufolge – dessen Hauptinhalt mit dem Antrag der KPD vom 25. November 1925 übereinstimmte – sollte das gesamte Vermögen der Fürsten, ihrer Familien und Familienangehörigen „zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung“[119] enteignet werden.

Alle Vorschläge der KPD, die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei sollten auch gemeinsame Aktionen durchführen, stießen auf den Widerstand der Mitglieder des Parteivorstandes der SPD. Auch der Anregung der KPD, der ADGB solle tatkräftig am Volksentscheid teilnehmen, wurde nicht entsprochen. Daher kam am 23. Januar 1926 nur folgende Übereinkunft zustande: „Die beteiligten Organisationen werden die Aktion jede für sich selbständig führen. Sie sind jedoch einheitlich sich dessen bewußt, daß die gesamten Kräfte des werktätigen Volkes aufgeboten werden müssen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Es gilt jetzt für jeden einzelnen, sein Bestes für den Sieg einzusetzen.“[120] Einige Tage später schlossen Vertreter der KPD und der SPD Vereinbarungen über die organisatorische Durchführung des Volksbegehrens.[121]

Am 25. Januar 1926 beantragten die Vertreter der KPD, der SPD und des Kuczynski-Ausschusses beim Reichsminister des Innern die Zulassung des Volksbegehrens für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Damit hatte das beharrliche Ringen der KPD um die Aktionseinheit von KPD, SPD und ADGB im demokratischen Kampf gegen die Fürsten ein erstes Ergebnis gezeitigt. Das war ein beachtlicher Erfolg der KPD und vieler Mitglieder der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Die Haltung der maßgebenden Führer der SPD blieb jedoch zwiespältig. Da sie sich weiter auf die Zusammenarbeit mit den Parteien der Weimarer Koalition orientierten, lehnten sie alle Vorschläge der KPD ab, die außerparlamentarische Massenbewegung bis zum Sturz der Reichsregierung und zur Auflösung des Reichstages zu steigern, der sich einer Entscheidung im Interesse des Volkes versagte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tolerierte die zweite Regierung

119 Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924. Bd. 408. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Nr. 2220 bis 2340, Berlin 1926, Nr. 2229, Anlage 1.

120 Fritz Rück: Reiche Fürsten – Arme Leute. Der Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Mit einer Einleitung von Dr. Robert Kuczynski. Hrsg. vom Ausschuß für Fürstenenteignung, Berlin o. J., S. 6.

121 Dokument Nr. 28.

Luther, die nach wochenlanger Regierungskrise am 20. Januar 1926 zustande gekommen war; ihr gehörten Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei an. Auch der Bundesvorstand des ADGB und die Bundesleitung des Reichsbanners lehnten alle Vorschläge der KPD ab, im Kampf für den Sieg des Volksentscheids eng zusammenzuarbeiten. Diese Haltung der Führer der SPD und des ADGB erschwerte die Entfaltung der Volksbewegung gegen die Fürsten bedeutend.

Das gemeinsame Vorgehen der Arbeiterparteien zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten wurde von den Arbeitermassen und auch von demokratischen Kreisen des Bürgertums lebhaft begrüßt. Am 27. Januar 1926 fanden in zahlreichen Städten antimonarchistische Kundgebungen statt. Allein in Berlin versammelten sich 200 000 Menschen im Lustgarten. In den Demonstrationszügen, die zur Innenstadt zogen, befanden sich Transparente mit den Losungen: „Keinen Pfennig den Fürsten, für den Volksentscheid, gegen die Fürstenabfindung!", „Keinen Pfennig den Fürsten, sie sollen stempeln gehen!", „Dem Volke die Schlösser, den Fürsten die Asyle!" Außer in Berlin fanden bis zum Volksbegehren in Bremen, Breslau, Dresden, Leipzig, Wittenberge und anderen Städten eindrucksvolle Demonstrationen statt. So beteiligten sich in Fürstenwalde von 24 000 Einwohnern 6000 an einer vom dortigen Einheitskomitee einberufenen Demonstration. In der Dortmunder Westfalenhalle sprach Ernst Thälmann zu 20 000 Kundgebungsteilnehmern.

Im Februar und Anfang März appellierten die KPD, die SPD[122] und der Bundesausschuß des ADGB[123] an die Wähler, das Volksbegehren zu unterstützen. Meist auf Initiative der Kommunisten bildeten Vertreter von Betrieben[124] oder von verschiedenen Organisationen in den Städten und Gemeinden[125] trotz des Widerstandes der Führung der SPD Einheitskomitees zur Durchführung des Volksbegehrens. Unermüdliche Kleinarbeit leisteten die Mitglieder der KPD, des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und die klassenbewußten Arbeitersportler gemeinsam mit vielen Sozialdemokraten, um die Wahlberechtigten für das Volksbegehren zu gewinnen. Sie

122 Dokument Nr. 33.
123 Dokument Nr. 29.
124 Dokument Nr. 31.
125 Dokument Nr. 35.

führten unzählige Versammlungen in den Städten und in den Gemeinden durch. Besonders rührig traten die Mitglieder des RFB auf, die mehrfach gemeinsam mit Angehörigen des Reichsbanners die Volksversammlungen vor Überfällen der Militaristen schützten. Künstler wie Alfred Beier, Otto Dix, George Grosz, John Heartfield und Otto Nagel unterstützten die antimonarchistische Agitation durch eindrucksvolle Plakate, Graphiken, Karikaturen und Fotomontagen. Sprechchöre und Spielgruppen des KJVD und des RFB traten mit ideenreichen Programmen auf und leisteten eine aufrüttelnde Massenagitation.

Die KPD war bemüht, die demokratische Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung mit dem Kampf der Arbeitslosen zu verbinden, für die sie unter anderem Wiedereinreihung in den Arbeitsprozeß, das Verbot von Betriebsstillegungen und die Erhöhung der Unterstützungssätze forderte. Auf Vorschlag von Kommunisten wählten Arbeitslose Erwerbslosenausschüsse, die ihre Interessen vertraten und mit Unterstützung kommunistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter in Städten und Gemeinden manche zusätzliche Hilfe für die Arbeitslosen erreichten. Als am 13. März 1926 ein Reichserwerbslosentag begangen wurde, beteiligten sich in 140 Orten etwa 230 000 Arbeitslose an den Versammlungen und Demonstrationen.

Vom einheitlichen Handeln der Arbeiterorganisationen angeregt, schlossen sich auch Kreise des demokratischen Bürgertums der Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung an. Bekannte Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei, unter ihnen Otto Nuschke, gründeten einen Staatsbürgerlichen Ausschuß zur Förderung des Volksbegehrens. Hervorragende Vertreter der deutschen Intelligenz, unter anderen Johannes R. Becher, Hermann Duncker, Albert Einstein, Siegfried Jacobsohn, Käthe Kollwitz, Paul Oestreich, Max Pechstein, Erwin Piscator, Kurt Tucholsky und Heinrich Zille, setzten sich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ein. In einer von ihnen unterzeichneten Erklärung[126] hieß es: „Wenn der Staat die Opfer des Krieges und der Inflation mit Bettelpfennigen zu entschädigen wagt, dürfen die Fürsten, die an dem Unglück Deutschlands in erster Linie mitschuldig sind, nicht bevorzugt und mit Milliarden abgefunden werden. Millionen Deutsche aus allen politischen Lagern und allen sozialen Schichten haben die Forderung der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten begeistert aufgenommen und verlangen stürmisch

[126] Dokument Nr. 34.

eine schnelle und klare Entscheidung. Jetzt gilt es, dem Volksvermögen Milliarden an Geldeswert zu erhalten und sie den durch Krieg und Inflation schwer geschädigten Schichten zuzuführen."[127] Besonderen Widerhall fand das Vorgehen der Arbeiterparteien bei den Kriegs- und Inflationsgeschädigten, in den Vereinigungen der Mieter und ähnlichen Organisationen[128], aber auch unter der Anhängerschaft des Zentrums.

Das Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung machte auch klar sichtbar, welche Bedeutung einem engen Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zukam. Die rechtsstehenden bürgerlichen Parteien und der Klerus suchten vor allem die Bauernschaft durch die Behauptung zu schrecken, das Volksbegehren richte sich nicht nur gegen die Fürsten, sondern gegen jedes Privateigentum. Um solchen lügenhaften Entstellungen entgegenzuwirken, beschloß das Zentralkomitee der KPD Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit unter der Bauernschaft. Die Parteiführung wandte sich gegen jede Unterschätzung der proletarischen Bündnispolitik. Sie verpflichtete die Parteiorganisationen, sich mit dem Leben auf dem Lande besser vertraut zu machen, damit sie den Widerstand der Landbevölkerung gegen die Ausplünderung durch das Finanzkapital und die Großagrarier wirksam unterstützen können. Verschiedene Bewegungen der notleidenden Bauern gegen die Steuer- und Preispolitik der Reichsregierung machten dies besonders dringlich. Unter anderem kam es im Februar und März 1926 im Moselgebiet und in der Pfalz zu Demonstrationen der Winzerschaft; sie gipfelten im Sturm empörter Kleinbauern auf das Finanzamt in Bernkastel. Die KPD machte sich zum Anwalt der berechtigten Forderungen der Bauern, und die kommunistischen Parlamentsabgeordneten waren nach Kräften bemüht, staatliche Hilfsmaßnahmen besonders für die Kleinbauern zu erreichen.

Am 14. Februar 1926 veröffentlichte die KPD ihren programmatischen Aufruf „Das Gesicht dem Dorf zu!"[129], der ein ins einzelne gehendes Programm zur Linderung der Not der Bauern und der Landarbeiter enthielt. In diesem Dokument verlangte die KPD für die werktätigen Bauern Steuerfreiheit, günstige staatliche Kredite, ausrei-

127 Aufruf von Intellektuellen vom 5. März 1926 für die Enteignung der Fürsten. Zit. nach: Heinz Karl: Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die Enteignung der Fürsten (1925/1926). Mit einem Anhang, Berlin 1957, S. 84.

128 Dokument Nr. 32.

129 Dokument Nr. 30.

chendes Pacht- und Siedlungsland auf Kosten des Großgrundbesitzes, Belieferung der Bauern mit landwirtschaftlichen Produktionsmitteln zu günstigen Bedingungen und staatliche Hilfe für die Förderung der bäuerlichen Genossenschaften. „Jede einzige dieser Forderungen", hieß es in dem Aufruf, „ist heute schon durchführbar. Die Kommunistische Partei wird sich mit aller Kraft für sie einsetzen. Aber die Großgrundbesitzer, die Bankiers, die Fabrikanten, die Großhändler werden sich verbünden, um eure gerechten Forderungen abzulehnen, um euch noch tiefer ins Elend zu stoßen. Dem Bunde der Ausbeuter und Wucherer müssen wir das Bündnis der Industriearbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern gegenüberstellen. Die Arbeiterschaft muß den Kampf der werktätigen Bauern, die Bauern müssen den Kampf der Arbeitermassen unterstützen. Nur dann wird es gelingen, die schlimmste Not von der Tür des werktätigen Volkes zu wenden."[130]

Unter hervorragendem Anteil von Edwin Hoernle, Ernst Putz und Heinrich Rau verbesserte sich in der Folgezeit die Arbeit der KPD auf dem Lande. Die kommunistische Presse widmete den Problemen der Bauern mehr Aufmerksamkeit. Bei den Reichstags- und Landtagsfraktionen der KPD wurden Landsekretariate eingerichtet; sie nahmen Klagen, Beschwerden und Wünsche der Landarbeiter und der Bauern entgegen und halfen ihnen, ihre Interessen gegenüber der Staatsbürokratie zu vertreten. In einigen Bezirken und Unterbezirken konnten arbeitsfähige Landabteilungen geschaffen werden. Städtische Parteiorganisationen übernahmen Patenschaften für die politische Arbeit in einzelnen Dörfern, und an „Roten Landsonntagen" fuhren Kommunisten, Mitglieder des RFB und des KJVD mit Fahrrädern oder auf Lastkraftwagen in die Dörfer, um Landarbeiter und werktätige Bauern für den Kampf gegen Finanzkapitalisten und Junker an der Seite der Arbeiterklasse zu gewinnen.

Die Landagitation verlangte von den klassenbewußten Arbeitern viel Mut und Standhaftigkeit, denn die Großagrarier und Militaristen schreckten vor keinem Mittel zurück, um die Tätigkeit der KPD auf dem Lande zu unterdrücken. Daher war es der Partei nur unter großen Schwierigkeiten möglich, in den Dörfern eine stetige Aufklärungsarbeit zu leisten. Da die KPD in den Agrarbezirken organisatorisch noch nicht gefestigt war, konnte sie nur in wenigen Orten Dorfzellen bilden und auch dem am 1. Oktober 1925 gegründeten Reichsbund der Kleinbauern nur in einigen Bezirken die notwendige Hilfe erweisen.

[130] Die Rote Fahne (Berlin), 14. Februar 1926.

Ungeachtet aller Widerstände, fand die Bewegung für die Fürstenenteignung in vielen Dörfern lebhaften Widerhall. Kleinbauern und Landarbeiter billigten in ihren Versammlungen häufig die Ziele des Volksbegehrens.

In der Zeit vom 4. bis 17. März 1926 zeichneten sich 12,5 Millionen Wähler in die Listen des Volksbegehrens ein. Bereits dies war ein bemerkenswerter Erfolg der demokratischen Massenbewegung und ein überzeugender Willensausdruck des Volkes. Trotzdem wandte sich die Reichsregierung gegen die Annahme des Gesetzes zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten durch den Reichstag.[131] Nachdem die bürgerliche Reichstagsmehrheit am 6. Mai 1926 den Gesetzentwurf abgelehnt hatte, mußte ein Volksentscheid den Willen des Volkes zum Ausdruck bringen, da weit mehr als 10 Prozent der Stimmberechtigten im Volksbegehren jede Fürstenabfindung abgelehnt hatten.

Das Ergebnis des Volksbegehrens gegen die Fürstenabfindung, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Unterstützung, die sie von anderen Schichten des Volkes erhielt, versetzten die führenden Kreise der herrschenden Klasse in Unruhe und Bestürzung. Sie boten daher ihren ganzen Einfluß auf, um einen Sieg des Volksentscheids zu verhindern. Die reaktionärsten Gruppen der Monopolbourgeoisie und der Junker erwogen erneut Pläne zur Bildung einer Regierung mit diktatorischen Vollmachten auf der Grundlage des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Als der Reichspräsident, einem Beschluß der Regierung folgend, am 5. Mai 1926 eine Flaggenverordnung erließ, die verschiedenen Auslandsvertretungen der Weimarer Republik vorschrieb, neben der Reichsflagge auch die – nur mit einer kleinen schwarzrotgoldenen Gösch versehene – schwarzweißrote Handelsflagge zu hissen, rief dies in der republikanischen Bevölkerung heftige Empörung hervor. Sie steigerte sich noch, als am 10. Mai Diktaturpläne des Alldeutschen Verbandes aufgedeckt wurden. Bezeichnenderweise belangte die Weimarer Justiz keinen der an diesem hochverräterischen Unternehmen Beteiligten.

Am 12. Mai 1926 führte der Flaggenerlaß zum Sturz der Regierung Luther. Am gleichen Tage bekundeten 150 000 Berliner ihre Solidarität mit dem englischen Proletariat, das sich vom 4. bis 12. Mai 1926 gegen die Verschlechterung seiner Lebenslage mit einem Generalstreik

131 Dokument Nr. 36.

zur Wehr setzte. Die englischen Bergarbeiter führten den Streik noch sechs Monate lang gegen den Versuch des Grubenkapitals fort, ihnen die in der Nachkriegszeit errungene Siebenstundenschicht wieder zu entreißen. Das waren die machtvollsten Arbeiteraktionen, die Großbritannien bis dahin erlebt hatte. Der englische Bergarbeiterstreik zählt zu den längsten und erbittertsten in der Geschichte der internationalen Bergarbeiterbewegung.

Am 17. Mai 1926 trat der Vorsitzende des Zentrums, Wilhelm Marx, zum dritten Mal an die Spitze der Reichsregierung, deren Zusammensetzung im übrigen unverändert blieb. Obgleich auch diese Regierung die monarchistische Flaggenverordnung guthieß und gegen den Volksentscheid auftrat, stellte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht grundsätzlich gegen sie. Die Reichsregierung bezeichnete die entschädigungslose Enteignung der Fürsten rundweg als verfassungsändernd, obwohl nach dem Weimarer Grundgesetz Enteignungen zulässig waren. Ein Volksentscheid für einen Gesetzentwurf mit verfassungsänderndem Charakter aber erforderte, wenn er erfolgreich sein sollte, die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten. Unter Verletzung seiner verfassungsmäßigen Stellung wandte sich auch Reichspräsident Paul von Hindenburg mit dem unhaltbaren Argument gegen den Volksentscheid, er gefährde die Grundlagen, auf denen der Weimarer Staat beruhe.[132] Auch viele staatliche Behörden traten gegen den Volksentscheid auf.

In dieser Lage erhöhten die KPD und viele sozialdemokratische Parteiorganisationen ihre Anstrengungen, um weitere Millionen Wähler für den Volksentscheid zu gewinnen. Auch der Parteivorstand der SPD sowie der ADGB, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund wandten sich mit Aufrufen zum Volksentscheid[133] an die Bevölkerung. Höhepunkte bei der Vorbereitung der Abstimmung waren die Demonstrationen am 1. Mai und das 2. Reichstreffen des Roten Frontkämpferbundes am 23. und 24. Mai 1926 in Berlin. Der Verlauf dieses Pfingsttreffens bewies die wachsende Sympathie der Bevölkerung für die Wehrorganisation der Arbeiterklasse. Rund 50 000 Rote Frontkämpfer kamen aus allen Teilen Deutschlands mit der Eisenbahn, auf über tausend Lastkraftwagen, mit dem Fahrrad oder zu Fuß in die Hauptstadt. Hier zogen sie in diszipliniert auftretenden Formationen unter dem Gesang proletari-

[132] Dokument Nr. 38.

[133] Dokument Nr. 39.

scher Kampflieder zu einer überaus eindrucksvollen Kundgebung in den Volkspark Neukölln, an der etwa 500 000 Menschen teilnahmen. Am 13. Juni 1926, dem letzten Sonntag vor dem Volksentscheid, fanden erneut in vielen Städten Massenveranstaltungen statt. Autos mit Plakaten und Losungen für den Volksentscheid durchfuhren die Straßen; Agitationsgruppen appellierten mit selbstangefertigten Schildern an die Wähler und mahnten, für die Enteignung der Fürsten zu stimmen. In diesen Tagen wandte sich Erich Weinert an die Wahlberechtigten mit dem Gedicht „Volksentscheid", in dem es hieß:

Der Wille des Volkes ist höchstes Gesetz!
Wer diesen Monarchen die Stimme gab,
Der gräbt seiner eigenen Freiheit Grab.
Jede Million
Für den Fürstenthron
Ist für das Pulver der Reaktion!
Wer überliefert dem Feind Milliarden?
Denkt daran, was ihr tut!
Ihr kauft den Fürsten Gewehre und Garden!
Es riecht nach Blut!
Der Tag ist da, nun ist es Zeit!
Nicht einer fehle zum Volksentscheid!
Zwanzig Millionen, herauf auf die Schanze!
Es geht um die Freiheit! Es geht ums Ganze![134]

Am 20. Juni 1926 entschieden sich von 15,6 Millionen Wählern, die sich am Volksentscheid beteiligt hatten, 14,5 Millionen – das waren 36,4 Prozent aller Wahlberechtigten – gegen die Fürstenabfindung. Das war ein bedeutender Erfolg der Massenarbeit der KPD, der SPD und der anderen den Volksentscheid unterstützenden Kreise der Bevölkerung. In keiner Wahl in der ganzen Weimarer Zeit konnten die KPD und die SPD eine so hohe Stimmenzahl auf sich vereinen. Teile des städtischen Mittelstandes und der Bauernschaft, die gewöhnlich den bürgerlichen Parteien folgten, hatten sich der von der Arbeiterklasse geführten demokratischen Bewegung angeschlossen. In einigen Agrarbezirken, wie in Mecklenburg und in Pommern, erhielten KPD und SPD zusammen nur etwa soviel Stimmen wie bei den letzten Reichstagswahlen, weil viele Wähler in diesen Gebieten unter dem Druck der Großagrarier vor einer Stimmabgabe gegen die Fürsten zurück-

[134] Rotes Metall, S. 138.

schreckten. Die Entscheidung der 14,5 Millionen Wähler reichte jedoch nicht aus, um das räuberische Abfindungsverlangen der Fürsten zurückzuweisen. Die dafür notwendigen 20 Millionen Stimmen wurden nicht erreicht; jede nicht abgegebene Stimme galt automatisch als Gegenstimme.

Die Volksbewegung gegen die Fürstenabfindung war die machtvollste Einheitsaktion der deutschen Arbeiterklasse in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Mit Unterstützung vieler sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre war es der KPD gelungen, die SPD für den Volksentscheid zu gewinnen und die proletarische Einheitsfront im Kampf für eine demokratische Forderung zu verwirklichen. Das gemeinsame Auftreten der KPD und der SPD erhöhte die Autorität beider Parteien. Der Volksentscheid bewies, daß die einheitlich handelnde Arbeiterklasse im Wirken für demokratische Ziele in der Lage ist, Bauern, Angehörige des städtischen Mittelstandes, der Intelligenz und des demokratischen Bürgertums für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Reaktion zu gewinnen.

Die wichtigsten Lehren, die von der KPD aus der Volksbewegung zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten gezogen werden mußten, faßte Ernst Thälmann vor dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wie folgt zusammen: „1. Die Möglichkeit ist gegeben, diese Volksbewegung unter der Hegemonie des Proletariats zu leiten. 2. Sie bedeutet eine Verstärkung der antimonarchistischen Strömung in Deutschland. 3. Die Gegensätze in der Bourgeoisie, in der Demokratischen Partei und in der Zentrumspartei verschärfen sich, besonders in der letzteren, wo die Zentrumsarbeiter für Fürstenenteignung sind, während der großkapitalistische Flügel für die Abfindung ist. 4. Eine gewisse Lockerung des Verhältnisses zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei ist eingetreten... 5. Die Klassengrundlage des Proletariats im allgemeinen wurde dadurch gestärkt. 6. Jetzt ist es uns in verschiedenen Gebieten Deutschlands ... möglich, in den Bauernkreisen Anknüpfungspunkte zu finden, was bisher nicht so leicht war."[135]

Da es aber trotz aller Anstrengungen nicht gelungen war, den Volksentscheid siegreich zu beenden, und da die Haltung der Insti-

[135] Ernst Thälmann: Die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Partei Deutschlands. Aus der Rede am 24. Februar 1926. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 333/334.

tutionen des Weimarer Staates zur Genüge bewies, daß sie sich jedem demokratischen Fortschritt widersetzten, wurden in der KPD Ansichten gestärkt, daß es in der bürgerlichen Demokratie nicht möglich sei, wesentliche demokratische und soziale Fortschritte zu erzielen. Dies führte dazu, daß die Möglichkeiten des Massenkampfes zur Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Weimarer Republik von der KPD unterschätzt wurden.

2. Die Belebung der Wirtschaftskämpfe gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung. Der Kampf der KPD gegen die militaristische Reaktion

Seit Mai 1926 verbesserte sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland, so daß bald von einer neuen Hochkonjunktur gesprochen werden konnte. Der Reichsverband der Deutschen Industrie verlangte auf seiner Tagung im September 1926 – an der der Reichsminister für Wirtschaft Julius Curtius, der Reichsminister für Finanzen Peter Reinhold und Vertreter zahlreicher anderer Reichsbehörden teilnahmen – in einer Resolution[136] erneut eine „Milderung der Steuerlast" als „Voraussetzung für die unbedingt notwendige Neubildung von Kapital"; jede „zu weitgehende Ausgestaltung der sozialen Abgaben"[137], und die Wiederherstellung des Achtstundentages lehnte der Reichsverband ab. Der Vorsitzende des Reichsverbandes, Carl Duisberg, zugleich Vorsitzender des Aufsichts- und Verwaltungsrates der IG Farben, beklagte, daß sich die Reichsregierung nur auf eine parlamentarische Minderheit stützen könne und daher „nicht so stark und autoritativ"[138] sei, wie es die führenden Kreise der Industrie für notwendig erachteten, um ihre sozialreaktionäre Politik noch rücksichtsloser in die Wirklichkeit umsetzen zu können. Der Chemieindustrielle Paul Silverberg hob in seiner Rede[139] hervor, daß das Unternehmertum „restlos auf staatsbejahendem Standpunkt"[140] stehe. Als einer der Wortführer des parla-

136 Dokument Nr. 41.

137 Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1926, H. 32, S. 72.

138 Ebenda, S. 15.

139 Dokument Nr. 40.

140 Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1926, H. 32, S. 55.

mentarisch orientierten Flügels des Finanzkapitals hielt er eine weitergehende Einbeziehung der Sozialdemokratie in die „politische Mitarbeit und Mitverantwortung“ [141] für angebracht, um die SPD auf diese Weise der Politik der Monopolbourgeoisie noch mehr unterzuordnen.

Am 3. September 1926 erfolgte der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Damit erlangte die deutsche Außenpolitik günstigere Bedingungen, ihre revanchistischen Ziele zu verfolgen. Einige Monate zuvor, am 24. April 1926, war es der sowjetischen Regierung nach langwierigen Verhandlungen mit der Reichsregierung gelungen, einen Vertrag abzuschließen [142], der den Rapallovertrag als Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR bestätigte. Dieser Vertrag, den der Reichstag am 10. Juni 1926 fast einmütig gebilligt hatte, verpflichtete die Vertragspartner, freundschaftlich zusammenzuarbeiten und im Falle eines Angriffs einer dritten Macht auf eines der beiden Länder Neutralität zu wahren und an keinem wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott gegen einen der Vertragspartner teilzunehmen. Damit wurde der antisowjetische Charakter des Locarnopaktes und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund abgeschwächt. Obwohl die entscheidenden Kreise des deutschen Finanzkapitals nicht daran dachten, freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und dem Sowjetstaat zu entwickeln, erschwerte der Berliner Vertrag doch die Teilnahme Deutschlands an antisowjetischen Blockbindungen.

Während die maßgebenden Sozialdemokraten ihre Koalitionspolitik nach dem Volksentscheid verstärkt fortsetzten und die „Wirtschaftsdemokratie“ zu praktizieren suchten, war die KPD bestrebt, die im Kampf gegen die Fürstenabfindung zustande gekommene Massenbewegung weiterzuführen und die Idee des gemeinsamen Vorgehens der Werktätigen in Stadt und Land gegen Monopolkapital und Junkertum in das arbeitende Volk zu tragen. Am 26. Juni 1926 schlug das Zentralkomitee der KPD den Arbeitern, den Kleinbauern und den Angehörigen des Mittelstandes in einem Aufruf vor, der Einheitsfront des Finanzkapitals die Einheitsfront der Werktätigen entgegenzustellen. Aufgabe eines Reichskongresses der Werktätigen sollte es sein, „die Delegierten der Betriebe, der Arbeitslosen, der Kriegs- und Inflationsopfer, der arbeitenden Intelligenz, der Bauern zu gemeinsamer Arbeit gegen die kapitalistische Wirtschaftsanarchie, gegen den

[141] Ebenda, S. 65.

[142] Dokument Nr. 37.

Vormarsch der Reaktion, gegen die Ausraubung der breiten Volksmassen zugunsten der großkapitalistischen Ausbeuter zusammenzufassen und den Kampf zu organisieren"[143].

Die Leitungen der SPD und des ADGB wiesen die Anregung der KPD zurück; aber viele Belegschaften und Gewerkschaftsorganisationen billigten den Vorschlag, einen Kongreß der Werktätigen einzuberufen, der ein Aktionsprogramm des arbeitenden Volkes gegen die Diktatur des Trustkapitals und die verhängnisvollen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung auf die Lage der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der anderen Schichten des Volkes beschließen sollte. Zur Vorbereitung dieses Kongresses fanden in einzelnen Gebieten und Ländern Konferenzen statt, auf denen Arbeiter, Angehörige des städtischen Mittelstandes und vereinzelt auch Bauern über ihre Nöte sprachen und ihre Forderungen begründeten. Durch die Wahl von Komitees der Werktätigen – und schließlich eines Reichsausschusses des Kongresses der Werktätigen auf einer Massenkundgebung in Berlin am 9. September 1926 – erhielt diese Bewegung für einen Kongreß der Werktätigen eine gewisse organisatorische Grundlage.

Dank dem konsequenten Auftreten der kommunistischen Gewerkschafter gegen die verschärfte Ausbeutung konnte die KPD ihren Einfluß in den Gewerkschaften wieder erhöhen. Bei den Wahlen im Deutschen Metallarbeiterverband erhielt die revolutionäre Gewerkschaftsopposition 33 Prozent der Stimmen, während 1925 nur 23 Prozent der Stimmen für sie abgegeben worden waren. Auch auf dem Verbandstag des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Juli 1926 trat eine von Kommunisten angeführte Opposition auf. In den Betriebsräten gelang es der KPD, ihren Einfluß zu festigen, obwohl reformistische Gewerkschaftsangestellte in vielen Fällen die Kandidatur von Kommunisten auf den Wahllisten des ADGB hintertrieben.

In Hamburg kam es im Oktober zum bedeutendsten Streik des Jahres 1926. Nachdem die Forderungen der Hafenarbeiter nach zwanzigprozentiger Lohnerhöhung und achtstündiger Arbeitszeit von den Unternehmern abgelehnt worden waren, stellten 18000 Hafenarbeiter auf Initiative der kommunistischen Gewerkschafter und Betriebsräte am 1. Oktober die Arbeit ein. Dabei ließen sie sich auch nicht von einem für verbindlich erklärten Schiedsspruch abhalten. Die Hamburger Hafenarbeiter vertraten nicht nur ihre eigenen Interessen mit

[143] Die Rote Fahne (Berlin), 26. Juni 1926.

diesem Streik, sondern er war zugleich Ausdruck ihrer Solidarität mit den englischen Bergarbeitern, die seit Mai 1926 im Generalstreik gegen das Grubenkapital standen. Trotz der internationalen Bedeutung des Hamburger Hafenarbeiterstreiks versagte ihm der Deutsche Verkehrsbund jede Unterstützung, so daß der Ausstand nach vier Tagen abgebrochen werden mußte. Er wurde aber zum Auftakt einer Welle von Lohn- und Arbeitszeitkämpfen der Arbeiterklasse.

Im Oktober 1926 schloß die von dem Sozialdemokraten Otto Braun geleitete preußische Regierung einen Vergleich mit den Hohenzollern ab, durch den das ehemalige preußische Königshaus eine Barabfindung in Höhe von 15 Millionen RM und Werte in Höhe von 500 Millionen RM erhielt. In zahlreichen Versammlungen und Kundgebungen protestierten vor allem die Arbeiter gegen die Verschleuderung von Staatseigentum durch die preußische Regierung. Trotz dieser Proteste ermöglichte die sozialdemokratische Fraktion durch ihre Stimmenthaltung die Annahme dieser Vereinbarung mit den Hohenzollern im Preußischen Landtag.

Am 1. und 2. Dezember 1926 traten 446 Delegierte der Arbeitslosen, die etwa 2580 Erwerbslosenausschüsse vertraten, zu ihrem ersten Reichstreffen zusammen. Nach Ausführungen von Wilhelm Pieck und Siegfried Rädel berieten sie über die dringendsten Forderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen und befürworteten eine enge Verbindung ihres Kampfes mit den Zielen der Betriebsarbeiter und der Gewerkschaften. Ein Reichsausschuß übernahm die Leitung der Erwerbslosenbewegung. Damit war es der KPD gelungen, einen erheblichen Teil der Arbeitslosen durch Ausschüsse bei den Stempelstellen, durch Wahl örtlicher und bezirklicher Komitees und nunmehr auch zentral zusammenzufassen.

Unmittelbar danach – vom 3. bis 5. Dezember 1926 – fand in Berlin der Kongreß der Werktätigen[144] statt. An ihm nahmen fast 2000 von Betrieben, Gewerkschaften, Erwerbslosenausschüssen und verschiedenen Organisationen entsandte Delegierte teil, von denen 137 Sozialdemokraten, 680 parteilos und 42 Vertreter von Bauern waren. Anschließend tagte eine Reichskonferenz der arbeitenden Jugend.[145] In sein Präsidium wählte der Kongreß der Werktätigen unter anderen Xaver Freiberger, Fritz Heckert, Georg Ledebour und Fritz Rück. Fritz Heckert, Emil Höllein, Wilhelm Koenen, Theodor Neubauer und

[144] Dokument Nr. 43.
[145] Dokument Nr. 42.

andere Redner sprachen über das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus, die kapitalistische Rationalisierung und ihre Folgen für die Lage des arbeitenden Volkes, über die Fürstenabfindung, die Situation auf dem Gebiet der Justiz und des Gesundheitswesens und über andere Themen.

Der Kongreß der Werktätigen beurteilte den Charakter der kapitalistischen Rationalisierung der Industrie zutreffend; er machte auf ihre schwerwiegenden Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse, des Mittelstandes und der Kleinbauern aufmerksam, besonders darauf, daß die Arbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung geworden sei. Die Teilnehmer des Kongresses riefen die Arbeiter und Bauern, die Angestellten, Beamten und die Angehörigen des städtischen Mittelstandes auf, gegen die Diktatur des Monopolkapitals ein Bündnis einzugehen. An die Arbeiterklasse wandten sich die Delegierten mit dem Appell: „Auf zum Kampf für den achtstündigen Maximal-Arbeitstag, das ist der Sammelruf, den der Kongreß der Werktätigen an das deutsche Proletariat richtet!“[146] Die Delegierten bestimmten die nächsten Aufgaben zur Verbesserung der Lage der Frauen und der Jugendlichen, des städtischen Mittelstandes und der kleinen Bauern. Eingehend beschäftigte sich der Kongreß auch mit den Problemen der Agrar-, Steuer- und Zollpolitik, des Schutzes der Mieter und des Wohnungsbaus, der Aufwertung und der Kommunalpolitik. So arbeitete er ein bis ins einzelne gehendes Aktionsprogramm aus, das den Erfordernissen des Klassenkampfes gegen die Herrschaft des Monopolkapitals in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus weitgehend entsprach.

Die Bewegung zum Kongreß der Werktätigen erfaßte Teile der Arbeiterbewegung und machte ihnen die Notwendigkeit des Kampfes gegen den wiedererstarkenden Imperialismus bewußter. Sie zeigte aber auch, daß der Einfluß der KPD nicht ausreichte, um die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter und der Gewerkschaftsmitglieder, besonders in den Großbetrieben und in den Großstädten, gegen den Widerstand des Parteivorstandes der SPD und des Bundesvorstandes des ADGB in Bewegung zu bringen, zumal auch die linken Sozialdemokraten die Initiative der KPD kaum unterstützt hatten. Daher erreichte die Bewegung für einen Kongreß der Werktätigen nicht jenen

[146] Resolutionen und Beschlüsse des Reichskongresses der Werktätigen. Abgehalten in Berlin, 3. bis 5. Dezember 1926. Hrsg. vom Reichsausschuß der Werktätigen. Vorsitzender: Fritz Heckert, M. d. R., Berlin o. J., S. 13.

Umfang, der den Kampf gegen die Abfindung der Fürsten gekennzeichnet hatte.

Jeden Fortschritt, den die KPD bei der Organisierung der antiimperialistischen Massenbewegung seit der 1. Parteikonferenz erreichen konnte, mußte sie nicht nur gegen den Widerstand der herrschenden Kreise des Finanzkapitals und in Auseinandersetzung mit der Koalitionspolitik sozialdemokratischer Führer, sondern auch gegen die verschiedenen ultralinken Gruppierungen in der KPD durchsetzen. Die ultralinken Kräfte verneinten die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, entstellten das Wesen des Sowjetstaates und bezeichneten die Politik der Kommunistischen Internationale, der KPdSU(B) und der KPD als opportunistisch. Gemeinsam mit dem trotzkistischen Oppositionsblock in der KPdSU(B) beschritten Ruth Fischer, Arkadi Maslow und andere Ultralinke den Weg der Spaltung der KPD und der Kommunistischen Internationale. Sie zwangen der Partei immer wieder kräfteraubende innerparteiliche Auseinandersetzungen auf, die ihre Tätigkeit ernsthaft behinderten. Gegen den bürgerlichen Nationalismus, den Trotzkismus und die ultralinke Ideologie verteidigten die deutschen Kommunisten unbeirrt die Grundsätze des proletarischen Internationalismus, die brüderliche Verbundenheit mit der KPdSU(B) und deren Politik des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion. Da die Ultralinken trotz mehrfacher Aufforderung der Parteiführung ihre fraktionelle Wühlarbeit nicht einstellten, schloß das Zentralkomitee Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Werner Scholem, Wilhelm Schwan, Hugo Urbahns und andere Ultralinke aus der KPD aus.

Nachdem die Trotzkisten in der KPdSU(B) völlig isoliert worden waren, verstärkten sie ihre Anstrengungen, um in den anderen kommunistischen Parteien für ihre antileninistische Konzeption Unterstützung zu erlangen. Daher war das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale auf seinem VII. Erweiterten Plenum vom 22. November bis 16. Dezember 1926 zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus gezwungen. Diese Tagung analysierte die relative Stabilisierung des Kapitalismus und ihre Widersprüche eingehend; große Aufmerksamkeit widmete dabei das Exekutivkomitee den mit der kapitalistischen Rationalisierung aufgeworfenen neuen Problemen des proletarischen Klassenkampfes. J. W. Stalin hielt das Referat zum Tagesordnungspunkt: Fragen der KPdSU(B), in dem er die Leninsche Lehre über die Möglichkeit des Aufbaus des Sozia-

lismus in einem Lande verteidigte und die sozialistische Perspektive des Sowjetlandes ausführlich begründete. N. I. Bucharin, Tim Buck, Vasil Kolaroff, O. W. Kuusinen, S. A. Losowski, D. S. Manuilski, Palmiro Togliatti, Pierre Sémard und andere Redner wiesen ebenso wie die Vertreter der KPD Philipp Dengel, Ernst Meyer, Ernst Thälmann und Clara Zetkin die Behauptung L. B. Kamenews, G. J. Sinowjews und L. D. Trotzkis entschieden zurück, daß ein Sieg des Sozialismus in der UdSSR nur bei direkter Unterstützung durch das siegreiche Proletariat in entwickelten kapitalistischen Ländern möglich sei und daher der Kurs auf den Sieg des Sozialismus in der UdSSR eine Politik „nationaler Beschränktheit" sei. Das EKKI verurteilte die trotzkistische Auffassung, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Lande unmöglich sei, und unterstützte mit Nachdruck den Standpunkt der KPdSU(B), daß in der UdSSR alle Voraussetzungen dafür gegeben seien, daß das sowjetische Proletariat im Bündnis mit der Bauernschaft den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung vollenden könne. Die Führung der Kommunistischen Internationale rief die sowjetischen Werktätigen auf, alle Kräfte aufzubieten, damit dieses große Ziel erreicht werde. Clara Zetkin würdigte die große Bedeutung des sozialistischen Aufbauwerks in der UdSSR für die revolutionäre Bewegung in der ganzen Welt.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wies die verleumderische Behauptung der Trotzkisten zurück, die Politik des Zentralkomitees der KPdSU(B) beschwöre die Gefahr einer kapitalistischen Restauration in der Sowjetunion herauf. Das EKKI verpflichtete die kommunistischen Parteien, alle Versuche der trotzkistischen Fraktion in der KPdSU(B) und ihrer Anhänger in einzelnen Parteien, die KPdSU(B) zu verleumden und die ideologische und organisatorische Einheit der Kommunistischen Internationale zu zerstören, zunichte zu machen. Unmißverständlich erklärte Ernst Thälmann in seiner Diskussionsrede: „Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister, und sie müssen sich scheiden! Die Stellung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört, zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution."[147]

[147] Ernst Thälmann: Für den Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion. Aus der Rede vom 11. Dezember 1926. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 435.

Die Erweiterte Tagung des EKKI entband G. J. Sinowjew von seinen Pflichten als Vorsitzender der Kommunistischen Internationale. Gleichzeitig beschloß sie, diese Funktion aufzuheben und diese Entscheidung dem VI. Weltkongreß zur Bestätigung vorzulegen.

Die Tagung des EKKI leistete einen großen Beitrag zur Überwindung des Trotzkismus und zur marxistisch-leninistischen Festigung der Kommunistischen Internationale. Die Auseinandersetzungen trugen dazu bei, daß sich in den Reihen der Kommunisten die Erkenntnis über die gewaltige internationale Bedeutung des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR vertiefte und das Wissen über die Probleme des sozialistischen Aufbaus und des Weges der proletarischen Diktatur erweiterte. Die kommunistischen Parteien erhöhten ihre Anstrengungen noch mehr, um neue imperialistische Interventionen gegen die UdSSR zu verhindern.

Unter Führung des Zentralkomitees leisteten die Mitglieder der KPD eine große Arbeit, um die freundschaftlichen Bande zwischen den deutschen und den sowjetischen Werktätigen noch fester zu knüpfen und die Erkenntnis der welthistorischen Rolle des sozialistischen Aufbauwerks in der Sowjetunion in Deutschland zu verbreiten. Dafür war die Schrift Clara Zetkins „Die Bedeutung der aufbauenden Sowjetunion für die deutsche Arbeiterklasse" besonders wertvoll. Nachhaltige Wirkung übten die zu jener Zeit mit Unterstützung der KPD in Deutschland veröffentlichten Romane sowjetischer Autoren auf die Arbeiterbewegung und die demokratische Öffentlichkeit aus, zum Beispiel „Der eiserne Strom" von Alexander Serafimowitsch, „Zement" von F. W. Gladkow und später der erste Band von M. A. Scholochows Roman „Der stille Don", ebenso die Berichte und Reportagen verschiedener Autoren über die Lage in Sowjetrußland. Der Film S. M. Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin", dessen Aufführung von der Berliner Filmprüfstelle vor allem auf Verlangen des Reichswehrministeriums zunächst verboten worden war, fand häufig begeisterten Beifall der Besucher. Etwa fünf Millionen Deutsche sahen dieses eindrucksvolle Werk sozialistischer Filmkunst.

Auf Einladung der sowjetischen Gewerkschaften fuhren im Juli 1926 unter der Leitung Robert Siewerts 67 Arbeiter als zweite deutsche Arbeiterdelegation in die Sowjetunion. Über ihre Reise berichteten die Teilnehmer in einer Broschüre. Außerdem sprachen die Mitglieder der Delegation in über 3000 Versammlungen über das Leben und die Errungenschaften der sowjetischen Werktätigen. Im

August 1926 gelang es den klassenbewußten Arbeitersportlern, den Geschäftsführenden Ausschuß des Arbeiter-Turn-und-Sport-Bundes zum Abschluß eines Abkommens mit den sowjetischen Sportvereinigungen zu bewegen. Danach entfaltete sich ein reger Sportverkehr zwischen deutschen und sowjetischen Arbeitersportlern, durch den sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen deutschen und sowjetischen Werktätigen weiter festigten.

Nach der 1. Parteikonferenz ging die KPD dazu über, den Marxismus-Leninismus planvoller und tiefgründiger zu verbreiten und die Propagandaarbeit im Sinne der Beschlüsse des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale zu verändern. Bereits im November 1925 hatte das Zentralkomitee der KPD Richtlinien für die Propagandatätigkeit ausgearbeitet, in denen es als eine der wesentlichsten Aufgaben der Partei bezeichnet wurde, den Mitgliedern die Theorie und die Methode des Marxismus-Leninismus zu vermitteln. Die Schulungsarbeit der Partei verbesserte sich grundlegend. 1926 wurden in vielen Parteiorganisationen zwei Elementarkurse abgehalten. Der erste beschäftigte sich im Frühjahr mit wichtigen Fragen der Parteipolitik, unter anderem mit Problemen des Imperialismus und des bürgerlichen Staates, der Strategie und Taktik der KPD, insbesondere mit ihrer Einheitsfront- und Bündnispolitik, sowie mit dem Wesen des linken Radikalismus. Der zweite Elementarkurs im Herbst 1926 war dem Thema gewidmet „Probleme der proletarischen Diktatur – der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion". In ihm machten sich die Parteimitglieder zum ersten Mal ausführlicher mit Fragen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR bekannt, unter anderem mit der Leninschen Lehre von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande. Diese Schulungsarbeit trug zur ideologischen Überwindung der ultralinken Einflüsse und zur Verbreitung des Leninismus in der KPD bei.

Im Winter 1926/1927 entstand auf Initiative der KPD die Marxistische Arbeiterschule (MASCH), die ihre Lehrtätigkeit zunächst in Berlin und später auch in anderen Städten aufnahm. Die Aufgabe der MASCH bestand vor allem darin, die fortgeschrittenen Arbeiter mit der marxistisch-leninistischen Theorie und der Politik der KPD vertraut zu machen. Sie vermittelte auch Kenntnisse auf den Gebieten der Kultur und der Naturwissenschaften. Unter entscheidender Mitwirkung von Hermann Duncker und Ernst Schneller entwickelte sie sich zu einem Zentrum des geistigen Lebens in Deutschland. In ihr eigneten

sich Tausende Arbeiter und Angestellte, Mitglieder der KPD, Sozialdemokraten und parteilose Werktätige, die Lehren des Marxismus-Leninismus an.

Auch die schnelle Entwicklung der revolutionären Arbeiterkulturbewegung war ein Ausdruck des ideologisch-politischen Wachstums der KPD. Große Kulturveranstaltungen, wie die 1924 und 1925 von Erwin Piscator in Berlin geleiteten Massenrevuen „Roter Rummel" und „Trotz alledem", alljährlich stattfindende Liebknecht-Luxemburg-Feiern, Rote Pressetage, Rezitationen politischer Gedichte, vor allem durch Erich Weinert, und das Auftreten von Spielgruppen erwiesen sich als wirksame Formen der politischen Massenarbeit und legten den Grund zu neuen proletarisch-revolutionären Kulturtraditionen.

Die wichtigsten literarischen und künstlerischen Werke entstanden unter dem unmittelbaren Eindruck proletarischer Massenaktionen, zum Beispiel des Volksentscheids gegen die Fürstenabfindung. Eine besondere Rolle spielten im täglichen Kampf solche literarische Genres wie satirische Gedichte, in denen – vor allem durch Erich Weinert und Slang (Fritz Hampel) – die reaktionäre Entwicklung der Weimarer Republik gegeißelt und die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse hervorgehoben wurde, zum Beispiel Erich Weinerts „Rotem Feuerwehrmann". Auch das Drama „Thomas Müntzer" von Berta Lask, das 1925 vor 15000 Menschen in Eisleben aufgeführt worden war, ihr Drama „Leuna 1921" und Erich Weinerts „Der heimliche Aufmarsch" erzielten eine große politische Wirkung. Johannes R. Becher versuchte in seinem Roman „Levisite oder der einzig gerechte Krieg" 1926 eine umfassende künstlerisch-visionäre Entlarvung des imperialistischen Weltkrieges und der Brandstifter eines neuen Krieges. Dabei verwandte der Dichter authentische Dokumente, um die politische Aussage zu erhärten. Der hohe Wahrheitsgehalt dieser und anderer Werke der proletarisch-revolutionären Literatur wurde Anlaß einer rücksichtslosen Unterdrückung durch die Weimarer Justiz, die sich vom Druckverbot bis zum Hochverratsprozeß, wie im Falle Johannes R. Bechers, steigerte.

Die zahlenmäßig kleine Gruppe proletarisch-revolutionärer Schriftsteller erhielt in diesen Jahren durch die Entwicklung schreibender Arbeiter aus den Reihen der von der Parteipresse organisierten Arbeiterkorrespondentenbewegung und der Spielgruppen bedeutsame Unterstützung. Diese Arbeiterschriftsteller, wie Willi Bredel, Karl Grün-

berg, Hans Marchwitza, Paul Körner-Schrader und andere, waren mit dem proletarischen Lebensmilieu und den verschiedenen Formen des Klassenkampfes unmittelbar verbunden, so daß sie ganz neue literarische Stoffe und Themen aufgreifen konnten, wie es beispielsweise Karl Grünberg mit seinem Roman „Brennende Ruhr" tat.

Auch einige Ausstellungen proletarischer Kunst bewiesen überzeugend, daß in der bildenden Kunst bereits eine Schar junger Kräfte, wie John Heartfield, Otto Nagel und Heinrich Vogeler, herangewachsen war, die die Aufgaben der Zeit verstand und fähig war, mit künstlerischen Mitteln einen Beitrag zur Bewußtseinsbildung des Volkes zu leisten. Diese Künstler schufen wirklichkeitsnahe Werke, mit denen sie auf die drängenden Fragen des Lebens Antwort gaben. Sie begannen, die subjektivistische Haltung der spätbürgerlichen Kunst zu überwinden und in ihren Kunstwerken die großen realistischen Traditionen fortzuführen. Das Schaffen dieser Künstler verkörperte in der geschichtlichen Entwicklung der bildenden Kunst eine neue Qualität. In ihren Werken fand erstmals das ästhetische Ideal der kämpfenden Arbeiterklasse künstlerische Verkörperung.

Auf Anregung von Gertrud Alexander, Johannes R. Becher, Hermann Duncker und Frida Rubiner vereinten sich alle kommunistischen Literaturschaffenden und Publizisten, die auch der bürgerlichen Berufsorganisation der Schriftsteller angehörten, zu einer Arbeitsgemeinschaft kommunistischer Schriftsteller. Diese Arbeitsgemeinschaft beschäftigte sich mit den kulturpolitischen Aufgaben der Partei und mit den Problemen der proletarisch-revolutionären Literatur. Sie arbeitete vor allem in Berlin mit humanistischen und demokratischen bürgerlichen Schriftstellern zusammen. Die Künstlervereinigung half der KPD, den Widerstand gegen das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor sogenannten Schund- und Schmutzschriften zu organisieren – mit dessen Annahme durch den Reichstag Ende 1926 wieder eine verbrämte Zensur eingeführt wurde –, und trat in der Öffentlichkeit tatkräftig gegen den geplanten Hochverratsprozeß gegen Johannes R. Becher auf. In ähnlicher Weise arbeiteten die kommunistischen Künstler im bürgerlichen Reichswirtschaftsverband bildender Künstler.

Ende 1926 und Anfang 1927 spitzten sich die Gegensätze zwischen einigen kapitalistischen Ländern und der Sowjetunion erneut zu. Besonders die britischen Imperialisten beantworteten die zunehmende Anziehungskraft des sozialistischen Aufbauwerks in der UdSSR mit einer provokatorischen antisowjetischen Politik. Um die Sowjetregie-

rung unter Druck zu setzen, bereitete die britische Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen vor. Sehr beunruhigt waren die imperialistischen Kreise auch über den Verlauf der chinesischen Volksrevolution; denn im Sommer und Herbst 1926 war es den in der Kuomintang vereinigten revolutionären Kräften unter hervorragendem Anteil der Kommunistischen Partei Chinas gelungen, das Gebiet zwischen Kanton und Wuhan, Nanking und Schanghai zu befreien. Am 21. März 1927 erhoben sich 800 000 Werktätige Schanghais, befreiten die Stadt und vereinigten sich mit den Truppenteilen der revolutionären Armee. Einige Tage später wurde auch Nanking befreit.

Die Herstellung eines engen Bündnisses der revolutionären und antikolonialistischen Kräfte in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern mit den Befreiungsbewegungen in den kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Ländern wurde immer dringlicher. Auf Initiative von Kommunisten, Repräsentanten des demokratischen Bürgertums und Vertretern nationalrevolutionärer Kräfte aus den Kolonien und abhängigen Ländern versammelten sich vom 10. bis 15. Februar 1927 174 Delegierte von verschiedenen Organisationen aus zahlreichen Ländern in Brüssel zu einem Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus. An diesem Kongreß nahmen der französische Schriftsteller Henri Barbusse, der japanische Arbeiterführer Sen Katajama, der Vorkämpfer der indischen Befreiungsbewegung Jawaharlal Nehru und die Gattin des großen chinesischen Revolutionärs Sun Yat-sen leitend teil. Zu der starken deutschen Delegation gehörten neben den Kommunisten Wilhelm Koenen, Willi Münzenberg, Ernst Putz und Walter Stoecker auch Albert Einstein, Alfons Goldschmidt, Arthur Holitscher, Georg Ledebour, Otto Lehmann-Rußbüldt, Theodor Lessing, Helene Stöcker, Ernst Toller und andere.

Der Brüsseler Kongreß gründete eine Weltliga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, die sich im Kampf gegen den Kolonialismus bedeutende Verdienste erwarb. In seinem Manifest protestierte der Kongreß gegen die nationale und koloniale Unterdrückung der Völker durch die imperialistischen Mächte. Er würdigte die Bedeutung der Oktoberrevolution für den Kampf gegen das Kolonialsystem und sprach sich für ein enges Bündnis zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen und dem internationalen Proletariat aus. Wörtlich hieß es in diesem Dokument, das mit der aufrüttelnden Losung „Unterdrückte Völker und unterdrückte Klassen, vereinigt Euch!" endete: „Wir fordern jeden auf, der nicht an der Unterdrückung an-

derer interessiert ist, der nicht von den Früchten dieser Unterdrükkung lebt, der die moderne Sklaverei und Leibeigenschaft haßt und sich nach der eigenen Freiheit und nach der Freiheit seiner Mitmenschen sehnt, sich uns anzuschließen und uns zu unterstützen. Die unterdrückten und versklavten Völker rechnen in erster Linie auf die Unterstützung der fortgeschrittenen Arbeiterklasse aller Länder, da, wie auch das Proletariat, auch sie nichts außer ihren Ketten zu verlieren haben."[148]

In der Zwischenzeit hatte sich in Deutschland am 28. Januar 1927 eine zweite Bürgerblockregierung gebildet, diesmal unter der Kanzlerschaft von Wilhelm Marx. Wiederum waren die Hoffnungen führender Sozialdemokraten, nun werde es zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition kommen, nicht in Erfüllung gegangen. Statt dessen trat die Deutschnationale Volkspartei erneut in die Reichsregierung ein. Erleichtert wurde dies den Deutschnationalen durch den Umstand, daß inzwischen der von ihnen vorwiegend aus demagogischen Gründen abgelehnte Beitritt Deutschlands zum Völkerbund vollzogen war. Die Bildung dieser reaktionärsten Regierung seit 1918 bewies, daß die Differenzen zwischen den Hauptgruppen des deutschen Finanzkapitals über die zweckmäßigsten Methoden der imperialistischen Herrschaft in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zeitweilig in den Hintergrund getreten waren.

In dieser Lage fand vom 2. bis 7. März 1927 in Essen unter einer bis zu jener Zeit nicht gekannten Anteilnahme der Arbeiterklasse der 11. Parteitag der KPD statt. Er zeigte, wie sehr sich die Partei im Kampf um die Verteidigung und schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus und um die Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen gefestigt hatte. Von den 187 Delegierten mit beschließender Stimme, die 125 000 von der Parteikassierung erfaßte Mitglieder vertraten, waren 158 Arbeiter. 2107 Betriebszellen und 2597 Straßenzellen bildeten jetzt das Fundament der Partei.

Der Parteitag erörterte zunächst den von Philipp Dengel vorgetragenen Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees und Ernst Thälmanns Referat über die politische Lage und die Aufgaben der Partei, das O. W. Kuusinen als Vertreter der Kommunistischen Internationale

[148] Das Flammenzeichen vom Palais Egmont. Offizielles Protokoll des Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus. Brüssel, 10.–15. Februar 1927. Hrsg. von der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, Berlin 1927, S. 250.

mit seinen Ausführungen wesentlich ergänzte. An der Diskussion beteiligten sich unter anderen Konrad Blenkle, Paul Böttcher, Franz Dahlem, Arthur Ewert, Edwin Hoernle, Wilhelm Koenen, Paul Merker, Ernst Meyer, John Schehr, Walter Stoecker und Walter Ulbricht.

In Anbetracht der Gefahr einer neuen imperialistischen Intervention gegen die Sowjetunion stellte der Parteitag den Kampf zur Verteidigung der UdSSR und der chinesischen Revolution und zur Sicherung des Friedens in den Vordergrund. Der Parteitag analysierte erstmalig umfassend den Charakter und die Besonderheiten des wiedererstarkten deutschen Imperialismus und wies nach, daß auch die Politik der Bürgerblockregierung Marx die These W. I. Lenins bestätigte, daß politische Reaktion ein Wesenszug des Imperialismus ist. Die KPD rief die Werktätigen auf, den Widerstand gegen den Militarismus zu verstärken. Der Parteitag warnte das deutsche Volk weitblickend vor der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges.[149]

Eingehend erörterte der Parteitag die Probleme der Massenarbeit. Er gab eine richtige Einschätzung des Wesens der kapitalistischen Rationalisierung und ihrer Auswirkungen auf die Lage der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse. Er unterzog die reformistische Theorie und Praxis der sozialdemokratischen Parteiführung, besonders ihre Koalitionspolitik und ihre „wirtschaftsdemokratische" Konzeption, einer grundsätzlichen Kritik. Gleichzeitig sprach er sich für eine sorgfältige Differenzierung innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung aus. Alle Parteiorganisationen wurden dazu aufgerufen, in ihren Anstrengungen zur revolutionären Einigung der Arbeiterklasse nicht nachzulassen und sich weiter für ein kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern der SPD einzusetzen. Der Parteitag beschloß, in ähnlicher Weise wie in der Bewegung gegen die Fürstenabfindung auch in Zukunft die Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront anzustreben. Ausgehend von der Tatsache, daß viele linke sozialdemokratische Führer auf antikommunistischen Positionen verharrten und eine schwankende, häufig scheinradikale Haltung an den Tag legten, bezeichnete der Parteitag trotz der Einwände einiger Delegierter die linken sozialdemokratischen Führer als Hauptfeind innerhalb der SPD, wobei er jedoch auf die Notwendigkeit aufmerksam machte, ihre Kritik an der reformistischen Politik des Parteivorstandes zu unterstützen. Bei der Einschätzung der linken sozialdemokratischen Führer wurden einige Erfahrungen aus dem Kampf gegen den Zentrismus während des ersten Weltkrieges

[149] Dokument Nr. 44.

und in der Nachkriegszeit schematisch auf die veränderten Bedingungen des Klassenkampfes übertragen, und es wurde nicht genügend berücksichtigt, daß die Unzufriedenheit in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft mit der Koalitionspolitik und ihr Streben nach einer konsequenten Klassenpolitik zunehmend auch in der Haltung linker Sozialdemokraten Ausdruck fand.

Der 11. Parteitag präzisierte die Gewerkschaftspolitik der Partei und arbeitete ihre Taktik in den proletarischen Wirtschaftskämpfen weiter aus. Angesichts des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen die verschärfte Ausbeutung verpflichtete er die kommunistischen Gewerkschafter und Betriebsräte, die Forderungen der Arbeiter und der Angestellten nach Lohnerhöhung, Senkung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen noch entschiedener als bisher zu verfechten und sich energischer für die Auslösung von Wirtschaftskämpfen einzusetzen. Dazu sei aber notwendig, führte Fritz Heckert in seinem Referat über die Arbeit der Partei in den Gewerkschaften aus, den Einfluß der KPD in den Gewerkschaften und in den Großbetrieben bedeutend zu erhöhen; dies hätten die Erfahrungen der Bewegung zum Kongreß der Werktätigen erneut gelehrt. Den Parteizellen wurde die Aufgabe gestellt, die Gegebenheiten in den einzelnen Industriezweigen und Betrieben genau zu berücksichtigen, die soziale Lage und die Stimmung der Arbeiter ernsthaft zu studieren und sich gründlich mit den Bedingungen vertraut zu machen, die sich aus dem Tarif- und Schlichtungssystem für die Belegschaften ergaben; denn nur durch die genaue Berücksichtigung der konkreten Bedingungen könnten sich die Kommunisten als die besten Gewerkschafter erweisen und den Arbeitern Kampfziele vorschlagen, die mit deren Wünschen und Bestrebungen sowie mit den gegebenen Möglichkeiten voll übereinstimmen. So wies der 11. Parteitag den Weg, wie die Gewerkschaften befähigt werden konnten, die Konjunktur zu machtvollen Wirtschaftskämpfen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter auszunutzen.

Auf der Grundlage eines Referats von Ernst Schneller befaßte sich der Parteitag mit den Methoden und den Organisationsformen, mit denen die herrschende Klasse Millionen Menschen, besonders Frauen und Jugendliche, der bürgerlichen Politik unterordnete. Der Parteitag beschäftigte sich ausführlich mit der Rolle des Zentrums und bezeichnete die ideologische Auseinandersetzung mit der klerikalen Ideologie als eine wesentliche Aufgabe zur Gewinnung der christlichen Werktätigen. Er unterstrich die Bedeutung der politischen Arbeit in

den verschiedenen proletarischen Massenorganisationen für die Erhöhung des Masseneinflusses der Partei, die Bedeutung des politischen Wirkens in den Konsumgenossenschaften und den Mieterverbänden, in den Vereinigungen der Opfer des Krieges und der Arbeit, in den Verbänden des Arbeitersports, der Freidenker und in anderen Organisationen. Zugleich machte es der Parteitag allen Parteiorganisationen zur Pflicht, den Roten Frontkämpferbund, die Internationale Arbeiterhilfe, die Rote Hilfe Deutschlands und andere mit der KPD sympathisierende Organisationen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Aufgaben zielstrebig zu fördern.

Erstmals in der Geschichte der KPD wurde auf einem Parteitag umfassend über die Rolle der Jugend im Klassenkampf gesprochen. In der Diskussion zu den Ausführungen Ottomar Geschkes setzte sich Ernst Thälmann im Geiste Karl Liebknechts leidenschaftlich dafür ein, daß die Partei der Jugend Freund und Ratgeber sein, ihre Interessen ansprechen, ihre Forderungen verfechten und auf diese Weise ihr Vertrauen gewinnen müsse. Der Parteitag verpflichtete die Parteiorganisationen, dem Kommunistischen Jugendverband, der Roten Jungfront und dem 1924 aus den kommunistischen Kindergruppen hervorgegangenen Jung-Spartakus-Bund noch mehr als bisher die Hilfe und Fürsorge der Partei zuteil werden zu lassen.

Der Parteitag bezeichnete es als dringend erforderlich, die Anstrengungen zur Verwirklichung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und den städtischen Mittelschichten zu erhöhen. In die Beschlüsse des Parteitages wurden wichtige Forderungen der Klein- und Mittelbauern, der Handwerker und der Kleinhändler gegen die Preis- und Steuerdiktatur der Monopole aufgenommen. Da es in den meisten Bezirken noch keine zielstrebige politische Arbeit der Partei auf dem Lande gab, lenkte der Parteitag die Aufmerksamkeit auf die Schaffung von Parteizellen in Dörfern und auf Gütern. Außerdem stellte er die Aufgabe, eine wirksame politische Arbeit in den von den Großagrariern geführten Massenorganisationen, wie im Reichslandbund, in den christlichen Bauernvereinen und den landwirtschaftlichen Genossenschaften, aber auch in den Verbänden des städtischen Mittelstandes aufzunehmen.

Der Parteitag nahm eine besondere kulturpolitische Entschließung an, in der er die Aufgaben der KPD im Schulwesen und im gesamten Kulturleben bestimmte. Er ging vom Zusammenhang zwischen dem politischen und dem ökonomischen Kampf der Partei und ihren Auf-

gaben auf kulturellem Gebiet aus. Auch in diesem Bereich strebte die KPD die Vereinigung aller sozialistischen und demokratischen Kreise gegen die imperialistische Reaktion an. Eltern und Lehrer wurden aufgefordert, in den Bemühungen zur Demokratisierung des Bildungswesens nicht nachzulassen. In der Entschließung über den Kampf gegen die Kultur- und Schulreaktion erklärte der Parteitag den Angehörigen der Intelligenz, „daß sie einen Bundesgenossen gegen die kulturfeindlichen Mächte einzig in der revolutionären Arbeiterschaft haben". Die KPD wies die Parteimitglieder an, „in allen Kultur- und Bildungsorganisationen die Arbeit für die Bildung einer roten Kulturkampffront gegen alle reaktionären Anschläge zu verstärken".[150] Damit gab der Parteitag unter Berücksichtigung der in den vorhergehenden Jahren gesammelten Erfahrungen den Anstoß für einen engeren Zusammenschluß der revolutionären Kulturschaffenden.

Auf Vorschlag Walter Ulbrichts stellte der Parteitag der Agitations- und Propagandaarbeit der Partei die Aufgabe, die modernen Agitationsmittel, wie Film, Lichtbild und Grammophon, der Massenarbeit zielstrebiger nutzbar zu machen. Nachdem 1926 der Kommunistische Jugendverband Deutschlands eine zentrale Spielgruppe unter Leitung Maxim Vallentins geschaffen hatte und in der Praxis des politischen Kampfes weitere Gruppen entstanden waren, sprach sich der Parteitag für die Bildung zahlreicher Agitpropgruppen aus.

Um das Studium des Marxismus-Leninismus zu erleichtern, beschloß der 11. Parteitag die Herausgabe der Werke W. I. Lenins in deutscher Sprache. Er wies weiter auf die Notwendigkeit hin, der theoretischen Arbeit mehr Beachtung zu schenken und das System der Parteischulung – mit Elementarkursen in den Zellen, Funktionärzirkeln, Bezirksparteischulen und einer Reichsparteischule – nach einem einheitlichen Plan aufzubauen.

Der Verlauf des Parteitages bewies, daß der Einfluß der Ultralinken in der Partei nach langwierigen Auseinandersetzungen, die die Partei viel Kraft gekostet hatten, weitgehend überwunden war. Gegen nur zehn Stimmen ultralinker Delegierter billigte der Parteitag die Politik des Zentralkomitees seit dem Offenen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Der Versuch einiger „linker Kommunisten", im Frühjahr 1928 unter Mißbrauch des Namens

150 Thesen und Resolutionen des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands. Essen, 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 96/97.

W. I. Lenin mit einem sogenannten Leninbund eine neue Partei zu schaffen, scheiterte schmählich.

Der 11. Parteitag war ein Meilenstein in der Entwicklung der KPD als marxistisch-leninistische Massenpartei. Er arbeitete für die verschiedensten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – die Beschlüsse des Kongresses der Werktätigen weiterführend – der Situation entsprechende Forderungen und Ziele für den Kampf der Werktätigen gegen den deutschen Imperialismus aus, wobei er die Aufgaben: Sturz der Bürgerblockregierung, höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit in den Mittelpunkt rückte. Der Parteitag verpflichtete das Zentralkomitee, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Tätigkeit fraktioneller Gruppierungen in der Partei zu unterbinden. Er wählte ein Zentralkomitee, dem Karl Becker, Konrad Blenkle, Franz Dahlem, Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Paul Merker, Ernst Meyer, Willi Münzenberg, Michael Niederkirchner, Helene Overlach, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Fritz Schulte, Georg Schumann, Ernst Schneller, Walter Stoecker, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Jean Winterich, Clara Zetkin und andere angehörten. Der 11. Parteitag trug entscheidend zur Konzentration aller marxistisch-leninistischen Kräfte in der Führung der KPD bei.

Während die KPD auf ihrem 11. Parteitag die Entfaltung des Massenkampfes gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus in den Mittelpunkt rückte, arbeitete die Sozialdemokratie auf ihrem Kieler Parteitag, der vom 22. bis 27. Mai 1927 stattfand, ihre reformistische Politik weiter aus. Die Hochkonjunktur seit Mitte 1926 und der Umstand, daß die Monopolbourgeoisie ihre Herrschaft weitgehend mit den Mitteln des bürgerlichen Parlamentarismus ausübte, erleichterten es Rudolf Hilferding, in seinem Referat über „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik" die „Theorie" vom „organisierten Kapitalismus" weiter auszuarbeiten.[151] Jetzt bezeichnete Rudolf Hilferding die Organisation der Produktion in den Konzernen und Trusts und die internationalen monopolistischen Zusammenschlüsse sogar als „den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. Diese planmäßige, mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwir-

[151] Dokument Nr. 50.

kung der Gesellschaft, das heißt nichts anderes als ... durch den Staat."[152]

Der Parteitag der SPD stimmte dieser Konzeption Rudolf Hilferdings zu und folgerte aus ihr, daß nunmehr die Verwirklichung des Sozialismus zur Tagesaufgabe geworden sei: „Der Kampf um die Beseitigung des Besitzprivilegs, um die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Leitung und den Ergebnissen der Wirtschaft, um die fortschreitende Umwandlung der kapitalistisch-oligarchischen in die sozialistisch-demokratische Wirtschaftsorganisation wird damit zur unmittelbaren Aufgabe der Arbeiterbewegung."[153]

Mitglieder des Parteivorstandes der SPD sprachen beredt von einer Wendung zum Besseren, die sich in Deutschland dank dem Wirken der Sozialdemokratie vollziehe. Otto Wels stellte einen „Vormarsch des Marxismus"[154] fest, worunter er die Erweiterung des sozialdemokratischen Einflusses in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus verstand. Führende Sozialdemokraten priesen die Arbeitslosenunterstützung und das Tarif- und Schlichtungssystem, weil sie es angeblich trotz der hohen Arbeitslosenzahl ermöglichten, die Reallöhne zu halten. Die sozialpolitischen Fortschritte, die von der Arbeiterklasse vor allem in den Novembertagen 1918 errungen worden waren, seien ein Beweis, behaupteten die Führer der SPD, daß es möglich sei, mit Hilfe des Staates und seiner Gesetze eine Regelung des Arbeiterschicksals zu erreichen. Gleichzeitig kritisierten sie scharf den reaktionären Kurs der Bürgerblockregierung und hoben hervor, daß nur durch eine sozialdemokratische Mitarbeit in der Reichsregierung die Lage des Volkes rasch verbessert und weitere Fortschritte zum Sozialismus erzielt werden könnten.

Rudolf Hilferding, Paul Löbe, Hermann Müller, Philipp Scheidemann, Carl Severing und Otto Wels propagierten eine Politik, deren zentrale Losung lautete „Hinein in den Staat!" Jeden Kampf gegen die monopolkapitalistische Weimarer Republik verurteilten sie als angeblich gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Demokratie gerichtet. Ausdrücklich betonte der Kieler Parteitag der SPD, die Eroberung des Staates mache „die Erringung und Behauptung möglichst

152 Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 168.

153 Ebenda, S. 265.

154 Ebenda, S. 41.

zahlreicher Machtpositionen in Gemeinde, Staat und Reich“[155] notwendig. Gegen den Protest von 83 Delegierten stimmte der Parteitag grundsätzlich einem erneuten Eintritt der SPD in die Reichsregierung nach dem Sturz der „Rechtsregierung“ zu.

Ohne Debatte nahm der Parteitag ein Agrarprogramm an, das weniger die Vertretung der Interessen der werktätigen Bauern als vielmehr die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln und die Sicherung eines Absatzmarktes für Industrieerzeugnisse als Ziele sozialdemokratischer Agrarpolitik bezeichnete. Dieses Programm forderte keine konsequent demokratische Bodenreform, sondern sprach sich lediglich dafür aus, den über 750 Hektar hinausgehenden Besitz gegen Entschädigung der „öffentlichen Hand“ zu übergeben.

Der Kieler Parteitag der SPD trug in einer Zeit des raschen Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus dazu bei, die Arbeiterklasse in die Irre zu leiten. Statt sie vor den Gefahren der imperialistischen Entwicklung zu warnen, verbreitete er neue Illusionen über den Charakter des Weimarer Staates und die Möglichkeit eines friedlichen Weges zum Sozialismus. Dadurch verstärkte der Kieler Parteitag die opportunistischen Einflüsse auf die Arbeiterbewegung und erschwerte den Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse noch mehr.

Im Frühjahr und Sommer 1927 traten die Arbeiter in vielen Industriezweigen energischer für ihre wirtschaftlichen Forderungen ein. Die kommunistischen Gewerkschafter hatten wesentlichen Anteil daran, daß sich viele Tarifbewegungen der Belegschaften zu Wirtschaftskämpfen steigerten, in denen die Arbeiter die günstigen Bedingungen der Konjunktur zur Erhöhung ihrer Löhne und zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen auszunutzen suchten. Zahlreiche Tarifbewegungen, unter anderem in der Berliner Metallindustrie, endeten mit Teilerfolgen. In der feinkeramischen Industrie führten die Auseinandersetzungen der Belegschaften mit den Unternehmern im April 1927 zur Aussperrung von 60 000 Arbeitern. Acht Wochen dauerte ein Streik von 24 000 Arbeitern – von denen 13 000 Frauen waren – in den über ganz Deutschland verstreuten Betrieben des Nordwolle-Konzerns. Im Sommer kam es auch zu zahlreichen Tarifbewegungen in der Textilindustrie, die im Krefelder Bezirk zu einem siebenwöchigen Streik von 12 000 Textilarbeitern um eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung und im Wuppertaler Gebiet zur Aussperrung von 63 000 in der Textilindustrie Beschäftigten führten.

[155] Ebenda, S. 265.

Die Mitglieder des ADGB, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und auch die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter verlangten immer energischer die Wiederherstellung des Achtstundentages und das Verbot von Überstunden. Diese Forderungen erhoben auch die verschiedenen Gewerkschaftsverbände. Am 8. April 1927 nahm der Reichstag mit 185 Stimmen gegen 184 Stimmen der KPD, der SPD, der Deutschen Demokratischen Partei und der Wirtschaftspartei ein Gesetz zur Abänderung der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 an. Trotz jahrelangen Kampfes der Arbeiterklasse um die Wiederherstellung des Achtstundentages ermöglichte auch dieses Gesetz den Raub des Achtstundentages und – in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des „Gemeinwohls" – sogar die Überschreitung der zehnstündigen täglichen Arbeitszeit. Angesichts der Forderungen der Arbeiter und der Gewerkschaften legte das Arbeitszeitnotgesetz, wenn auch mit Einschränkungen, fest, daß für Überstunden ein 25prozentiger Zuschlag gezahlt werden müsse.

Wenige Wochen später, am 7. Juli 1927, billigten die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien und der SPD das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Nach diesem Gesetz mußten die Arbeiter für eine Arbeitslosenversicherung Beiträge bezahlen. Damit erwarb jeder Versicherte bei Arbeitslosigkeit Anspruch auf Unterstützung, deren Höhe nach elf Einkommensstufen gestaffelt war. Die Versicherungsleistungen wurden von einer eigens dafür geschaffenen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gezahlt; die Einlagen mußten je zur Hälfte die Unternehmer und die Arbeiter und Angestellten aufbringen. Reichten die Beiträge nicht aus, um die Leistungen zu decken, war das Reich zur Gewährung von Darlehen verpflichtet. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung für Vollerwerbslose und Kurzarbeiter waren in der Regel höher als die Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge. Insofern hatte das Arbeitslosenversicherungsgesetz eine positive Bedeutung. Gleichzeitig aber hob es die staatliche Erwerbslosenfürsorge auf und bürdete einen erheblichen Teil der Ausgaben für die Erhaltung der ständigen Arbeitslosenarmee den Arbeitern selbst auf. Nach 26wöchiger Arbeitslosigkeit erhielten die Erwerbslosen außerdem nur noch die äußerst niedrigen Sätze der Krisenfürsorge, und auch diese erst nach einer Überprüfung der „Bedürftigkeit". Gänzlich offen blieb, was bei einer noch größeren Arbeitslosigkeit geschehen sollte; denn die Mittel, die der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

für eine derartige Situation zur Verfügung standen, waren gänzlich unzureichend. Wenige Jahre später, in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, wurde offenkundig, daß dieses von manchen Sozialdemokraten als große sozialpolitische Errungenschaft gefeierte Gesetz die Arbeiterklasse nur in geringem Maße vor den Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu schützen vermochte.

Nach dem Essener Parteitag der KPD führten die klassenbewußten Arbeiter wuchtige antimilitaristische Aktionen durch. Am 22. März 1927 beantwortete die KPD Überfälle des Stahlhelms auf klassenbewußte Arbeiter in Berlin mit einer Protestdemonstration. Die Polizei ging derart brutal gegen die Demonstranten vor, daß mehrere Arbeiter getötet und einige schwer verletzt wurden. Durch einen Säbelhieb wurde Ernst Thälmann verwundet. Als der Stahlhelm einen deutschen „Reichsfrontsoldatentag" in Berlin ankündigte, verlangten die Arbeiter von den Arbeiterorganisationen energische Abwehrmaßnahmen gegen die militaristischen Umtriebe. Die KPD und der Rote Frontkämpferbund wandten sich an die Berliner Organisationen der SPD, des ADGB und des Reichsbanners mit dem Vorschlag, den Widerstand gemeinsam zu entfachen.[156] Obwohl dieser Vorschlag in der Berliner Arbeiterschaft lebhafte Zustimmung fand[157], wurde er von den Leitungen der genannten Organisationen abgelehnt. Auf Initiative der KPD gingen Zehntausende Berliner Arbeiter am 8. Mai 1927 zu Gegendemonstrationen gegen das Reichstreffen des Stahlhelms auf die Straße, vor allem in den proletarischen Bezirken, so daß die Kolonnen des Stahlhelms nur unter dem Schutz eines großen Polizeiaufgebots aufmarschieren konnten. Diese Demonstrationen waren ein machtvoller Protest der Berliner Arbeiter gegen die revanchistischen und antidemokratischen Ziele des Stahlhelms.[158]

Wenige Wochen später, am 5. und 6. Juni 1927, vereinten sich 80000 Mitglieder des RFB zu ihrem 3. Reichstreffen in Berlin. In einem Schwur versicherten sie, dem Militarismus unversöhnlich entgegenzutreten und die Sowjetunion und die chinesische Revolution standhaft zu verteidigen. In diesem Schwur gelobte jedes Mitglied des RFB:

Stets und immer ein Soldat der Revolution zu bleiben.

Stets und immer in den politischen Massenorganisationen, in Ge-

156 Dokument Nr. 45.

157 Dokument Nr. 46 u. 47.

158 Dokument Nr. 48.

werkschaft und Betrieb ein Pionier des unversöhnlichen Klassenkampfes zu sein.

An der Front und in der Armee des Imperialismus nur für die Revolution zu wirken.

Den revolutionären Kampf für den Sturz der Klassenherrschaft der deutschen Bourgeoisie zu führen.

Die russische und die chinesische Revolution mit allen Mitteln zu verteidigen.

Ich gelobe:

Stets und immer für die Sowjetunion und für die siegreiche Weltrevolution zu kämpfen![159]

In diesen Monaten erreichte in der deutschen Arbeiterbewegung die Welle der Sympathie für die chinesische Volksrevolution einen Höhepunkt. Unter der Losung „Hände weg von China!" fanden in den Großstädten und vielen anderen Orten Versammlungen und Kundgebungen statt, in denen die Teilnehmer den Verrat des von Tschiang Kai-schek geführten reaktionären Flügels der Kuomintang an den Interessen des chinesischen Volkes verurteilten und gegen den Übergang amerikanischer und britischer Truppen zur militärischen Intervention in China protestierten. Eine der vielen Solidaritätsveranstaltungen, auf der Wilhelm Pieck und Ernst Thälmann zu 20000 Teilnehmern sprachen, fand im April 1927 im Berliner Sportpalast statt. Mit anhaltender Aufmerksamkeit verfolgten die klassenbewußten deutschen Arbeiter auch weiterhin die Fortsetzung des revolutionären Kampfes durch die von der Kommunistischen Partei Chinas geführten Arbeiter und Bauern. Dies war besonders der Fall, als die Kantoner Arbeiter im Dezember 1927 nach einem bewaffneten Aufstand die größte südchinesische Stadt drei Tage lang gegen die von den ausländischen Imperialisten unterstützte chinesische Konterrevolution verteidigen konnten.

Gemeinsam mit Millionen Menschen in anderen Ländern solidarisierten sich auch viele deutsche Arbeiter im Juli 1927 mit den Wiener Arbeitern, die mutig gegen faschistische Provokationen auftraten. Als die Polizei in Wien das Feuer auf Demonstranten eröffnete, stürmten diese Polizeireviere und das Justizministerium. In den folgenden Straßenkämpfen fanden 81 Werktätige den Tod. Mit den österreichi-

159 Richtlinien des RFB. Über Aufbau und Aufgaben des RFB und der Roten Jungfront. Beschlossen auf der 5. Reichskonferenz. Hrsg. von der Bundesführung des RFB, o. O. o. J., 2. Umschlagseite.

schen Arbeitern protestierte auch das klassenbewußte deutsche Proletariat gegen die grausamen Polizeiüberfälle auf die Wiener Arbeiter.

Auch mit den Opfern der amerikanischen Klassenjustiz Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti fühlten sich die fortgeschrittenen deutschen Arbeiter brüderlich verbunden. Unter falschen Anschuldigungen waren die beiden aus Italien stammenden Gewerkschaftsfunktionäre 1920 in den USA verhaftet und später unschuldig zum Tode verurteilt worden. Die KPD[160], der Rote Frontkämpferbund, die Rote Hilfe Deutschlands, die Internationale Arbeiterhilfe, der Kommunistische Jugendverband und andere proletarische Organisationen machten große Anstrengungen, um eine starke Protestbewegung auszulösen. An den Protestversammlungen, zu denen sie im Juli und August 1927 angesichts der bevorstehenden Hinrichtung der beiden italienischen Arbeiter aufriefen, nahmen Hunderttausende teil. In Chemnitz, Halle, Hamburg, Köln, Leipzig und anderen Städten fanden eindrucksvolle Kundgebungen internationaler Solidarität statt; im Berliner Lustgarten verurteilten 120 000 Versammelte die Urteile der amerikanischen Klassenjustiz. Hunderte Delegationen versuchten, in die amerikanische Botschaft zu gelangen, um dort die Protestresolutionen von Betriebs- und öffentlichen Versammlungen zu übergeben. Einen Protest deutscher Schriftsteller und Künstler unterzeichneten unter anderen Johannes R. Becher, George Grosz, John Heartfield, Wieland Herzfelde, Franz Höllering, Erwin Piscator und Rudolf Schlichter. Auch solche hervorragenden Vertreter der bürgerlich-demokratischen Intelligenz wie Albert Einstein, Heinrich Mann, Max Reinhardt und Kurt Tucholsky setzten sich für das Leben der Unschuldigen ein. Nach dem Justizmord an Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti am 22. August 1927 kam es in vielen Städten zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen dieses Verbrechen.

In diesen Aktionen arbeiteten Kommunisten und Sozialdemokraten häufig kameradschaftlich zusammen, auch Angehörige des demokratischen Bürgertums und der Intelligenz beteiligten sich an ihnen.

Im Kampf gegen Klassenjustiz und Polizeiwillkür erwarb sich die Rote Hilfe Deutschlands, die sich seit dem Beginn ihres Aufbaus als Mitgliederorganisation zu einer Massenvereinigung entwickelt hatte, hervorragende Verdienste.[161] Ende 1926 zählte das proletarische Hilfswerk für die politischen Gefangenen und deren Familien 1706 Orts-

160 Dokument Nr. 51.

161 Dokument Nr. 49.

gruppen mit über 164000 Mitgliedern, von denen 73000 parteilos waren. Außerdem hatten sich ihm 417 Vereinigungen mit 343000 Mitgliedern korporativ angeschlossen. Das Organ der Roten Hilfe, „Der Rote Helfer", erschien zu dieser Zeit in einer Auflage von rund 120000 Exemplaren. Die Rote Hilfe Deutschlands, in deren Zentralvorstand damals unter dem Vorsitz Wilhelm Piecks Franz Dahlem, Wilhelm Düwell, Gustav Gundelach, Rudolf Leonhard, Gustav Menzel, Jacob Schlör, Ferdinand Schreck, Erich Steinfurth, Kurt Tucholsky, Heinrich Vogeler und andere mitarbeiteten, setzte sich unablässig für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen ein. Für eine allgemeine Amnestie sammelten die Roten Helfer im Juli und August 1925 1078304 Unterschriften. In 1973 Fällen stellte die Rote Hilfe 1926 für politisch Verfolgte Rechtsschutz. Große Beträge gab sie für die Unterstützung der politisch Verfolgten und der Familien der Eingekerkerten aus – 1925 allein 1415786 RM. Gemeinsam mit der KPD erhob auch die Rote Hilfe vielfach ihre Stimme zum Schutz der revolutionär-demokratischen Kräfte in den baltischen Ländern, in Bulgarien, Italien, Polen und Rumänien vor dem faschistischen und militaristischen Terror. Vielen politischen Gefangenen in diesen Ländern erwies die Rote Hilfe Unterstützung.

Dank der proletarischen Hilfsbereitschaft und der internationalen Solidarität konnte die Rote Hilfe Deutschlands zwei Heime für die Kinder proletarisch-politischer Gefangener oder in den Klassenkämpfen gefallener Arbeiter unterhalten. Das eine war der „Barkenhoff" in dem in der Nähe Bremens gelegenen Worpswede, das andere befand sich in Elgersburg in Thüringen. Hans Baluschek, Albert Einstein, Magnus Hirschfeld, Siegfried Jacobsohn, Georg Kolbe, Heinrich und Thomas Mann, Kurt Tucholsky, Heinrich Zille und andere Gelehrte, Künstler und Schriftsteller bekundeten der Roten Hilfe Deutschlands in aller Öffentlichkeit ihre Sympathie.

Anläßlich des 10. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution entfaltete sich auf Initiative der KPD, des Roten Frontkämpferbundes, der Internationalen Arbeiterhilfe und anderer Organisationen in der deutschen Arbeiterklasse eine neue Solidaritätsbewegung für den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat. 300000 Deutsche unterzeichneten eine Solidaritätsadresse, die den sowjetischen Werktätigen von der dritten deutschen Arbeiterdelegation überbracht wurde. Auf dem Weltkongreß der Freunde der Sowjetunion im November 1927 in Moskau war die deutsche Gruppe mit 166 Delegierten eine

der stärksten. Nicht wenige fortschrittliche Angehörige der Intelligenz widmeten dem sowjetischen Volk künstlerische Werke. So schuf der Maler Max Pechstein ein aufrüttelndes Plakat, das die Werktätigen zum Schutz der UdSSR aufrief. Johannes R. Becher, der im Oktober 1927 zu einem Schriftstellerkongreß in der sowjetischen Hauptstadt weilte, bekannte sich erneut leidenschaftlich zum Sowjetstaat. Die letzten Zeilen seines Gedichts „Moskau Oktober 1927" lauten:

Zehn Jahre stark sind wir!
Zehn Jahre!
Nicht fette Jahre, nicht magere Jahre,
Zehn Jahre,
Die die Welt erschütterten![162]

Auch angesehene bürgerlich-demokratische Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler begrüßten den Jahrestag der Oktoberrevolution. So schrieb Heinrich Mann: „Wir Deutsche oder doch die aufgeklärte Hälfte unseres Volkes bringt dem neuen Rußland eine außerordentliche Wißbegier entgegen. Wir nähern uns ihm wie einst unsere Vorfahren sich der französischen Revolution genähert haben."[163] Diese Worte zeugten von der Sympathie großer Kreise in Deutschland für das sozialistische Aufbauwerk in der Sowjetunion.

In jenen Wochen im Herbst 1927 erreichten die sozialen Auseinandersetzungen zwischen dem Monopolkapital und der Arbeiterklasse in Deutschland seit dem Frühjahr 1924 einen ersten Höhepunkt. Zum bedeutendsten Lohnkampf des Jahres 1927 wurde der achttägige Streik von etwa 80000 mitteldeutschen Bergarbeitern. Hier zeigte sich deutlich, daß es die kommunistischen Gewerkschafter und Betriebsräte immer besser verstanden, der Situation entsprechende Forderungen aufzustellen und die Arbeiter für Streiks zu gewinnen. Unter dem Einfluß der Kommunisten entstand im mitteldeutschen Bergbau eine Bewegung zur Verkürzung der zwölfstündigen Arbeitszeit und zur Erhöhung der Löhne. Die Leitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands suchte den Streik zu vermeiden und die Grubengewaltigen lediglich durch Unterschriftensammlungen für den Achtstundentag und durch eine Kündigungsaktion zu Zugeständnissen zu veranlassen. Schließlich war jedoch der Verband am 12. Oktober 1927 ge-

[162] Rotes Metall, S. 190.

[163] Heinrich Mann: Gute und gedeihliche Beziehungen. In: Das neue Rußland (Berlin), 1927, H. 9/10, S. 45.

nötigt, die Bergleute zum Streik aufzurufen. Trotz der Drohungen der Grubenverwaltungen und des Drucks der Polizei nahmen bereits am ersten Streiktag über 80 Prozent der Kumpel am Ausstand teil. Auch die vielen unorganisierten Arbeiter folgten einmütig dem Streikaufruf der Gewerkschaften. Damit brachte der mitteldeutsche Bergarbeiterstreik überzeugend zum Ausdruck, wie sehr in der Arbeiterklasse die Bereitschaft gewachsen war, Lohn- und Arbeitszeitkämpfe offensiv zu führen. Die Führer des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands aber gaben dem Streik einen defensiven Charakter. Anstatt die Streikfront zu verbreitern und die Belegschaften der chemischen Großbetriebe und der Elektrizitätswerke in den Kampf einzubeziehen, wie die KPD vorschlug, beeilte sich die Leitung des Verbandes der Bergarbeiter, durch Schlichtungsverhandlungen den Ausstand zu beenden. Der Kampfentschlossenheit der Bergleute war es zuzuschreiben, daß die Unternehmerverbände trotzdem einer elfprozentigen Lohnerhöhung zustimmen mußten.

In dieser Situation verlangte das deutsche Finanzkapital von der Reichsregierung noch energischer die Erfüllung ihres Programms, das sie in der Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik" vom Dezember 1925 aufgestellt hatte. In einer Niederschrift[164] forderte der Reichsverband der Deutschen Industrie von der Reichsregierung weitere Maßnahmen, um die Konkurrenzfähigkeit der Monopole auf den Weltmärkten auf Kosten des Volkes zu erhöhen. Unverblümt sprach er sich für die Senkung der Ausgaben des Reiches, der Länder und der Gemeinden im Haushaltsjahr 1928 um mindestens zehn Prozent und den Erlaß eines Finanznotgesetzes aus, um die Rechte der Parlamente auf kaltem Wege zu beschneiden. Am 24. November 1927 berieten Ernst von Borsig, Wilhelm Cuno, Carl Duisberg, Hermann Reusch, Paul Silverberg und andere Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mit der Reichsregierung über die Erfüllung der Wünsche des Reichsverbandes.[165] Im Namen seines Präsidiums erklärte Ludwig Kastl, es sei Pflicht der Reichsregierung – wie es in einer Aufzeichnung heißt –, „alles zu vermeiden, was auf eine Erhöhung des Preisniveaus hinauslaufe. Das gelte insbesondere von der Lohnpolitik, von den sozialpolitischen Lasten und von den Arbeitszeitbestimmungen."[166] Reichskanzler Wilhelm Marx und die anwesenden Minister

[164] Dokument Nr. 52.

[165] Dokument Nr. 53.

[166] Aus der Niederschrift über die Besprechung von Vertretern des Präsidiums des

versprachen den Vertretern der Industrie bereitwilligst, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur Verwirklichung der Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beizutragen.

Wie sehr sich die Klassengegensätze zu verschärfen begannen, bewies der Verlauf der Hütten- und Metallarbeiterbewegung im Rhein-Ruhrgebiet im November und Dezember 1927. Seit Monaten waren hier die KPD und die von ihr beeinflußte Gewerkschaftsopposition bemüht, die Metallarbeiter für die Forderungen: Achtstundentag bei vollem Lohnausgleich und 15 Prozent Lohnerhöhung zu gewinnen. Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers sah vor, das Zweischichtensystem in der Eisenindustrie schrittweise durch das Dreischichtensystem zu ersetzen. Die Monopolgewaltigen widersetzten sich aber einer Verkürzung der Arbeitszeit und suchten die Belegschaften mit der Drohung einzuschüchtern, sie würden bei weiterem Widerstand nicht nur ausgesperrt werden, wie dies zu gleicher Zeit 85000 von rund 120000 Tabakarbeiter in zahlreichen Betrieben in Baden, Bremen, Elbing, Hamburg und Magdeburg, in der Pfalz, in Sachsen, Schlesien, Thüringen und Westfalen erleben mußten. Die Industriellen drohten unverblümt, die Werke gänzlich zu schließen, und die Reichs- und die preußische Regierung erhoben dagegen keinen Einspruch. Schlaglichtartig erhellte dies wiederum den monopolkapitalistischen Charakter der Weimarer Republik. Die KPD schlug den Gewerkschaften vor, an den Forderungen der Arbeiter festzuhalten und auch die Bergarbeiter und andere Arbeitergruppen in den Kampf einzubeziehen. Die Gewerkschaftsführer beugten sich jedoch dem massiven Druck der Konzernherren und ließen die Metallarbeiter im Stich. Die Gewerkschaftsopposition war aber nicht genügend darauf vorbereitet, die Belegschaften zur Verteidigung ihrer Forderungen selbständig in den Streik zu führen.

Die vielfältigen Ereignisse im Jahre 1927 bewiesen augenscheinlich: Die Arbeiterklasse hatte die Folgen der Niederlage von 1923 überwunden. Deutlich zeichneten sich die Umrisse eines neuen Aufschwungs der Arbeiterkämpfe gegen den deutschen Imperialismus ab.

Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Reichsregierung vom 24. November 1927. Zit. nach: Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I, Berlin [West] 1963, S. 667.

Die Erschütterung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Die Zuspitzung der Klassenwidersprüche und der neue Aufschwung der Massenkämpfe unter Führung der KPD (1928/1929)

1. Gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik

Im Jahre 1928 übertraf die Industrieproduktion in den wichtigsten kapitalistischen Staaten den Vorkriegsstand wesentlich. Die Kohleförderung und die Erzeugung von Rohstahl und Elektroenergie betrug 1928 in den imperialistischen Hauptländern im Vergleich zu 1913 (jeweiliges Territorium):

		Deutschland	Frankreich	Großbritannien	USA
Steinkohle	1913	190,1	40,1	292,0 [167]	517,1
(Mill. t)	1928	150,9 [168]	51,4	241,3	522,6
Braunkohle	1913	87,2	0,8	–	–
(Mill. t)	1928	165,6 [168]	1,1	–	–
Rohstahl	1913	20,8	5,1	9,0	31,8
(Mill. t)	1928	14,4 [168]	9,6	9,0	52,4
Elektroenergie [169]	1913	2,3	–	–	–
(Md. kWh)	1928	14,1 [168]	13,0	10,9	87,9

[167] Einschließlich Irland.

[168] Ohne Saargebiet.

[169] Nur öffentliche Elektrizitätswerke.

Von 1924 bis 1928 hatte das deutsche Finanzkapital in der Volkswirtschaft riesige Summen investiert. Die Investitionen in der Industrie (Neu- und Ersatzanlagen) betrugen in diesem Zeitraum 10,2 Milliarden RM. Im Verkehrswesen erreichten allein die Neuanlagen eine Höhe von rund 6,8 Milliarden RM. Im Jahre 1928 übertraf die Industrieproduktion den Stand von 1924 um mehr als ein Drittel, die Herstellung von Produktionsgütern war sogar 50 Prozent höher als 1924. Im Vergleich zu 1925 wurden 1928 in Deutschland 18 Millionen Tonnen Steinkohle und fast 26 Millionen Tonnen Braunkohle mehr gefördert. Die Produktion von Roheisen hatte im gleichen Zeitraum um 1,7 Millionen Tonnen und die Erzeugung von Rohstahl um 2,3 Millionen Tonnen zugenommen. Der Wert der Maschinenproduktion war von 2,9 Milliarden RM auf 4 Milliarden RM gestiegen. Die Handelsflotte erreichte wieder einen Stand von 3,8 Millionen Bruttoregistertonnen, nachdem sie 1919 nur noch 0,6 Millionen Bruttoregistertonnen groß gewesen war.

Auch 1928 dauerte in Deutschland die Hochkonjunktur weiter an. Die Gesamtinvestitionen in der Volkswirtschaft erreichten mit 7,3 Milliarden RM sogar den höchsten Stand in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Nach dem schnellen Produktionsanstieg seit Mitte 1926 war jedoch die industrielle Gesamtproduktion 1928 nur wenig höher als 1927. Der Bedarf an Produktionsmitteln verringerte sich. Die Kaufkraft der Werktätigen nahm nur in geringem Maße zu. Das Lebensniveau des werktätigen Volkes, besonders großer Schichten des Mittelstandes und der werktätigen Bauernschaft, blieb noch immer hinter dem der Vorkriegszeit zurück. Aus diesen Gründen traten die Grenzen der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes deutlicher zutage; die Hochkonjunktur schwächte sich allmählich ab. Dies widerspiegelte sich seit Anfang 1928 in zunehmenden Schwierigkeiten der Textil- und Werftindustrie sowie im Waggon- und Lokomotivbau.

Um die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Finanzkapitals auf dem Weltmarkt zu fördern, kam die Regierung Marx den Forderungen der Monopolherren vom Dezember 1927 weit entgegen. Der dem Reichstag vorgelegte – und von der bürgerlichen Mehrheit im grundsätzlichen angenommene – Reichshaushalt sah für 1928 eine Senkung der ohnehin bescheidenen sozialen Ausgaben im Etat des Reichsarbeitsministeriums von 1,1 Milliarden im Jahre 1927 auf 700 Millionen RM vor. Standen 1927 im Haushalt des Reiches für die „unterstützende Arbeitslosenfürsorge" und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen noch 580 Millionen RM bereit, so betrug der 1928 für die Arbeitslosen – hauptsäch-

lich für die Krisenfürsorge – vorgesehene Betrag lediglich 125 Millionen RM. Diese Kürzungen zeigten, wie sehr sich der monopolkapitalistische Staat seit dem Inkrafttreten der Arbeitslosenversicherung von den Ausgaben für die Arbeitslosen entlastet hatte.

Angesichts der sprunghaft gestiegenen Stärke des deutschen Imperialismus erhöhte die von Gustav Stresemann geleitete Diplomatie ihre Anstrengungen, um den deutschen Imperialismus in beschleunigtem Tempo von den Fesseln zu befreien, die ihm der Versailler Vertrag angelegt hatte. Die maßgeblichen Kreise der herrschenden Klasse waren bestrebt, eine Revision der Zahlungsbedingungen des Dawes-Planes zugunsten des deutschen Finanzkapitals zu erwirken, zumal 1928/1929 die Reparationszahlungen erstmals in der vollen Höhe von 2,5 Milliarden RM geleistet werden mußten. Zielstrebig bereiteten die Diplomaten Verhandlungen über die vorfristige Räumung des Rheinlandes und über die Verminderung der Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages vor.

Allen Versuchen zur Stabilisierung der Lage in Mitteleuropa, vor allem durch die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen, widersetzte sich die Reichsregierung hartnäckig. In einer geheimen Aufzeichnung für die diplomatischen Missionen der Weimarer Republik äußerte der Leiter des Völkerbundreferates und spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard Wilhelm von Bülow am 12. Dezember 1927, „daß wir keinerlei Maßnahmen zur Stabilisierung der jetzigen Gebietsverhältnisse in Europa mitmachen können, die uns den Weg für eine Revision der Ostgrenzen und den Anschluß Österreichs verbauen würden“ [170]. Offen schrieb Gustav Stresemann, es komme darauf an, dem deutschen Volke „Lebensraum zu sichern“ [171]. Immer wieder peitschten die herrschenden Kreise die antipolnische Hetze hoch, um die „Korrektur“ der deutsch-polnischen Grenze vorzubereiten. Erhebliche Summen stellte die Reichsregierung für das „bodenständige Deutschtum“ in Estland, Eupen-Malmedy, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Nordschleswig, Polen, Rumänien, Südtirol und in der Tschechoslowakei, aber auch für die unterirdische Arbeit in Danzig und in Österreich zur Verfügung. Eifrig suchte das Auswärtige Amt nach Möglichkeiten für eine neue deutsche Kolonialpolitik.

170 Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 696, Bl. 141.

171 Gustav Stresemann: Geleitwort. In: Jahrbuch für auswärtige Politik, internationale Wirtschaft und Kultur, Weltverkehr und Völkerrecht. Hrsg.: Legationsrat Frhr. von Richthofen, Berlin 1929, S. VII.

Die sowjetische Regierung leitete in diesen Monaten weitere Schritte ein, um den Frieden zu erhalten. Die Sowjetunion unterstützte jeden Vorschlag, der sich gegen das imperialistische Wettrüsten richtete und zur Abrüstung beitragen konnte. Daher nahm die Sowjetregierung auch eine Einladung des Völkerbundes an und beteiligte sich an den Beratungen seiner vorbereitenden Abrüstungskommission. Am 30. November 1927 brachte der sowjetische Vertreter in dieser Kommission einen Antrag ein, in dem die UdSSR die völlige Abrüstung aller Staaten vorschlug. Nachdem dieses Projekt von den Vertretern der kapitalistischen Staaten abgelehnt worden war, unterbreitete die sowjetische Delegation im März 1928 Vorschläge für eine teilweise Abrüstung, die zunächst vertagt, später aber – im Mai 1929 – ebenfalls verworfen wurden. In den friedliebenden Kreisen vieler Länder fanden die sowjetischen Abrüstungsvorschläge jedoch Widerhall; sie trugen dazu bei, das internationale Ansehen der UdSSR weiter zu erhöhen.

In der Öffentlichkeit sprachen die tonangebenden imperialistischen Politiker Deutschlands beredt von der Notwendigkeit einer internationalen Abrüstung und begrüßten sogar die Abrüstungsvorschläge der Sowjetregierung. Gleichzeitig deuteten sie aber an, daß dem „entwaffneten Deutschland" Rüstungsgleichberechtigung zugebilligt werden müßte, falls die Abrüstungsverhandlungen scheitern sollten und die Rüstungen der Nachbarstaaten nicht herabgesetzt würden. Die nach außen zur Schau getragene Bejahung der Abrüstung war somit für die herrschenden militaristischen Kreise nur ein taktisches Manöver, mit dem sie zunächst eine Lockerung der militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erreichen suchten. Dabei ließen sich die bürgerlichen Politiker von Ansichten leiten, wie sie Reichspräsident Paul von Hindenburg im Januar 1928 in einer Notiz zu einem Schreiben der Reichsregierung über die Möglichkeit, die Ursachen von Kriegen zu beseitigen, formuliert hatte: „Wenn man diese Ursachen aber nicht beseitigen kann, was eigentlich jedesmal versucht worden ist, ehe man zum Kriege schritt, bleibt nur dieser übrig. Sich auf ihn nicht nach Kräften vorzubereiten, wäre ungesunder Pazifismus und unverantwortlicher Leichtsinn."[172] General Wilhelm Groener führte im November 1928 in einer geheimen Denkschrift[173] aus, Deutschland dürfe sich nur dann an einem internationalen Konflikt beteiligen, wenn es wieder

[172] Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 696, Bl. 133.
[173] Dokument Nr. 57.

stark genug sei, damit es in einem solchen Falle wieder Erfolge für sich verbuchen könne.

Nachdem die Interalliierte Militärkontrollkommission am 31. Januar 1927 ihre Tätigkeit in Deutschland eingestellt hatte, beschleunigten die Regierung Marx und die Reichswehrgeneralität die Aufrüstung. 1928 wurden für die Reichswehr im offiziellen Haushalt 827 Millionen RM bereitgestellt, gegenüber 490 Millionen 1924. Mit vier Panzerkreuzern, deren Bau in den nächsten Jahren geplant war, sollte der Grundstein für eine neue schlagkräftige Kriegsflotte gelegt werden. Für den Panzerkreuzer A setzten die bürgerlichen Parteien im Reichstag die Aufnahme der ersten Rate in den Haushaltsplan für 1928 durch. Außer den legalen Haushaltsmitteln – von denen ein Teil auch für andere als die vorgeschriebenen Zwecke verwendet werden konnte – gab es Geheimetats, mit denen das Reichswehrministerium die Wiederaufrüstung illegal finanzierte. Konzerne erhielten für kriegswichtige Forschungen Stützungsgelder. Die Produktion von Verkehrsflugzeugen für die Lufthansa tarnte den Aufbau einer Industrie für Kriegsflugzeuge. In enger Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Konzernen wurden Waffentypen entwickelt und erprobt, deren Besitz Deutschland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages verboten war. In enger Verbindung mit den militaristischen Verbänden baute die Reichswehrgeneralität die Reichswehr als Kaderarmee weiter aus.

In den ersten Monaten des Jahres 1928 erreichten die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe ein noch größeres Ausmaß als im zweiten Halbjahr 1927. Die kommunistischen Gewerkschafter waren bemüht, die vielen Tarifbewegungen der Arbeiter trotz der streikfeindlichen Haltung des Bundesvorstandes des ADGB zu umfassenden und erfolgreichen Wirtschaftskämpfen zu steigern. Dazu gab es in den ersten Monaten des Jahres 1928 günstige Möglichkeiten, weil in dieser Zeit die Lohntarife für vier Millionen Arbeiter abliefen.

Der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik im Januar/Februar 1928 ragte durch seine Dauer und durch die Erbitterung, mit der er geführt wurde, aus den Arbeiterkämpfen des ersten Halbjahres 1928 heraus. Seit Ende 1927 agitierten die Betriebszellen der KPD in den Tarifbezirken Anhalt, Halle und Magdeburg eindringlich unter den Metallarbeitern, um sie für einen machtvollen Lohnkampf zu gewinnen. Wesentlich von dieser Agitation beeinflußt, verlangten Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen die Kündigung des Tarifvertrages und eine Lohnerhöhung von 15 Pfennig pro Stunde. Im Dezember 1927

stimmte die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Magdeburg-Anhalt einer Entschließung zu, in der die Arbeiterschaft der Metallindustrie des Bezirkes Magdeburg-Anhalt aufgefordert wurde, einheitlich gegen die Unternehmer und das Schlichtungssystem aufzutreten.

Angesichts der Kampfstimmung in den Betrieben kündigte die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Lohntarif für Mitteldeutschland. Einen Schiedsspruch, der lediglich eine Erhöhung des Stundenlohns um drei Pfennig zusagte, lehnten die Gewerkschaftsfunktionäre ab, und am 16. Januar 1928 rief die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes zum Streik auf. In Urabstimmungen entschieden sich in Bernburg, Halle, Magdeburg, Staßfurt, Thale, Zerbst und anderen Städten in der Regel über 95 Prozent der Metallarbeiter für die Einstellung der Arbeit. Trotzdem führte die Gewerkschaftsleitung zunächst nur 20 000 Metallarbeiter in den Streik.

Die Metallindustriellen beantworteten den Streik am 24. Januar 1928 mit der Aussperrung aller 50 000 mitteldeutschen Metallarbeiter. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller verkündete, der Zustand, „daß jeder Tarifablauf die Gewerkschaften zu neuen Lohnforderungen" veranlasse, sei „volkswirtschaftlich untragbar" und müsse, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben werde, „zu einer vollkommenen Untergrabung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen". Daraus ergebe sich, „daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die deutsche Lohnpolitik der nächsten Monate werden"[174] müsse. Am 7. Februar beschloß der Unternehmerverband: „1. Die mitteldeutsche Gruppe in dem ihr aufgezwungenen Lohnkampf mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen; 2. zu diesem Zwecke die vorhandenen Fonds durch eine das gesamte Verbandsgebiet umfassende geldliche Umlage zu verstärken; 3. zur Unterstützung der mitteldeutschen Gruppe zu gegebener Zeit zur Gesamtaussperrung zu schreiten."[175] Das war eine Herausforderung aller 800 000 deutschen Metallarbeiter.

Zutreffend schrieb der sozialdemokratische „Vorwärts": „Die Scharf-

[174] Zit. nach: Walter Ulbricht: Der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf, 1. März 1928. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. I, Berlin 1963, S. 307.

[175] Zit. nach: Die Rote Fahne (Berlin), 8. Februar 1928.

macher wollen einen Hauptschlag gegen die Arbeiterschaft führen“ [176], aber die Sozialdemokratie tat nur wenig, um die deutsche Arbeiterklasse zur Abwehr zu mobilisieren. Die kommunistischen Gewerkschafter schlugen dem ADGB vor, die Streikfront zu verbreitern und die gesamte deutsche Arbeiterklasse zur Solidarität aufzurufen. Walter Ulbricht schrieb in der „Roten Fahne“, es sei notwendig, „daß der ADGB dazu übergeht, die gesamte deutsche Arbeiterklasse zur Unterstützungsaktion zu mobilisieren. Der Bundesvorstand des ADGB hat die Pflicht zu beschließen, daß jeder Arbeiter einen bestimmten Beitrag zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter abführt.“ [177] In den Stadtparlamenten und im Provinziallandtag stellten kommunistische Abgeordnete Anträge zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten; auch die Internationale Arbeiterhilfe und der von Kommunisten geleitete Konsumverband Halle leisteten Hilfe.

Die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wich jedoch vor den Drohungen der Kapitalisten zurück und weigerte sich, die ganze Macht der gewerkschaftlichen Organisationen gegen die Metallindustriellen aufzubieten. Die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes begrenzten den Streik auf den mitteldeutschen Raum und nahmen trotz des Protestes vieler Belegschaften, besonders in Halle, nach fast sechswöchigem Streik einen staatlichen Schiedsspruch hin, der eine Lohnerhöhung von nur fünf Pfennig festlegte.

Erst am 27. Februar 1928 beschloß der Deutsche Metallarbeiterverband in Berlin, von den etwa 4000 Werkzeugmachern, die sich schon Anfang Februar in einer Urabstimmung für den Streik um ihre Lohnforderungen entschieden hatten, 1000 in den Kampf zu führen. Als Gegenmaßnahme sperrten die Unternehmer 60 000 Berliner Metallarbeiter aus und hoben diese Maßnahme erst auf, nachdem ein ihnen genehmer Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden war. Vom 3. April bis 12. Mai 1928 traten die sächsischen Metallarbeiter für ihre Lohn- und Arbeitszeitforderungen in den Streik. Auch er wurde von der Leitung des Metallarbeiterverbandes nach einem Schiedsspruch abgebrochen, der vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus unbefriedigend war.

Der Verlauf der proletarischen Wirtschaftskämpfe in der zweiten Hälfte 1927 und im ersten Halbjahr 1928 bewies, daß sich die Wider-

176 Vorwärts (Berlin), 13. Februar 1928 (Abendausgabe).

177 Walter Ulbricht: Mobilisierung! 10. Februar 1928. In: Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 304.

sprüche des Kapitalismus in der Zeit seiner relativen Stabilisierung, besonders der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, erheblich verschärft hatten. In zahlreichen Tarifbewegungen konnten die Arbeiter zwar Lohnerhöhungen erzwingen. Doch das Schlichtungssystem und die wirtschaftsfriedliche Taktik des Bundesvorstandes des ADGB hinderten die Arbeiter daran, die Konjunktur noch erfolgreicher für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen auszunutzen. Die reformistische Taktik hemmte die Entfaltung der Arbeiterkämpfe; die meisten Tarifbewegungen endeten durch staatliche Schiedssprüche, denen sich die Verbände des ADGB in der Regel unterwarfen. Dies bestätigen folgende Angaben über den Abschluß von 402 Lohntarifverträgen im ersten Halbjahr 1928. Danach kamen zustande:

durch verbindlich erklärten Schiedsspruch 46 Verträge für 1 880 000 Arbeiter	33,9%
durch Vergleich mit gefälltem Schiedsspruch 46 Verträge für 1 000 000 Arbeiter	18,1%
durch beiderseitige Annahme gefällter Schiedssprüche 147 Verträge für 1 580 000 Arbeiter	28,6%
durch freie Vereinbarung 134 Verträge für 1 020 000 Arbeiter	18,5%
ein tarifloser Zustand entstand für 50 000 Arbeiter	0,9%

Kam es dank der Tatkraft der klassenbewußten Gewerkschafter trotz des Widerstandes oder des Schwankens der Verbandsleitungen des ADGB doch zum Ausbruch von Streiks, so bewies ihr Verlauf, daß die reformistische Streiktaktik den Erfordernissen des Kampfes gegen die Monopole nicht genügte. Statt die Belegschaften auf die Entfaltung der proletarischen Wirtschaftskämpfe zu orientieren und diese zusammenzufassen, vertrösteten sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer die Arbeiter immer wieder auf Verhandlungen in den Schlichtungsinstanzen und auf die nächsten Reichstagswahlen. So schrieb der sozialdemokratische „Vorwärts" nach dem enttäuschenden Ende des mitteldeutschen Metallarbeiterstreiks, die Arbeiter könnten die Erfüllung weitergehender Forderungen bei der nächsten Reichstagswahl erreichen; in ihr habe das Proletariat die Möglichkeit, dafür „Sorge zu tragen, daß in bezug auf das Arbeitsrecht, Tarifrecht und die Schlichtungsordnung wie auf allen anderen Gebieten grundlegende Änderungen herbeigeführt werden, damit der Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft mehr wie bisher Raum gegeben wird"[178]. So nährte die

[178] Vorwärts (Berlin), 23. Februar 1928 (Morgenausgabe).

sozialdemokratische Führung immer wieder parlamentarische Illusionen in der Arbeiterklasse und hemmte damit die Entfaltung der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe.

Die KPD und die von ihr geleitete revolutionäre Gewerkschaftsopposition beurteilten die proletarischen Wirtschaftskämpfe als Anzeichen einer neuen Belebung der Arbeiterbewegung. Die Kommunisten unterzogen die reformistische Arbeitsgemeinschaftspolitik einer prinzipiellen Kritik; sie waren bestrebt, durch ihre Tätigkeit in den Betrieben und den Gewerkschaften die Arbeiter für ihre Forderungen zu mobilisieren. Daher gingen die Gewerkschaftsleitungen in einzelnen Verbänden immer häufiger dazu über, kommunistische Gewerkschafter zu maßregeln oder gar aus den Gewerkschaften auszuschließen. Wie Hunderten um die Gewerkschaftsbewegung verdienten Mitgliedern wurde 1928 unter Verletzung der Statuten auch Wilhelm Pieck, Gustav Sobottka und Walter Ulbricht die gewerkschaftliche Mitgliedschaft aberkannt.

All dies stellte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition vor schwierige Aufgaben, zu deren Lösung die Beratungen des IX. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 9. bis 25. Februar 1928 und des IV. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale vom 17. März bis 3. April 1928 beitrugen. Sowohl die Kommunistische Internationale als auch die Rote Gewerkschaftsinternationale orientierten die kommunistischen Parteien der entwickelten kapitalistischen Länder darauf, in den Anstrengungen zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit nicht nachzulassen und alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Kämpfe der Arbeiterklasse trotz der streikfeindlichen Haltung vieler Gewerkschaftsleitungen so weitgehend wie möglich zu entfalten. Damit dies wirksamer geschehen könne, forderte der IV. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale die Kommunisten auf, die proletarischen Wirtschaftskämpfe noch sorgfältiger vorzubereiten und die Mehrheit der Belegschaften für die Wahl von Streik- und Kampfleitungen aus den entschlossensten Arbeitern, ungeachtet ihrer politischen Anschauung und Organisationszugehörigkeit, zu gewinnen, ohne dabei die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen im proletarischen Klassenkampf zu unterschätzen. Diese Taktik sollte es den Kommunisten ermöglichen, die Einheit der Arbeiter in den Wirtschaftskämpfen zu festigen und der wirtschaftsfriedlichen Politik reformistischer Gewerkschaftsführer wirksamer zu begegnen.

Wörtlich hieß es in den Beschlüssen des Kongresses: „Infolge der

Sabotage der Reformisten und der fortschreitenden Arbeitsgemeinschaft zwischen den reformistischen Führern und den staatlichen Schlichtungsorganen ersteht der Opposition in vielen Fällen die Aufgabe, auch Streikaktionen gegen den Willen der reformistischen Führer in die Wege zu leiten oder fortzusetzen. Das muß die Opposition bei der Vorbereitung jeder Bewegung in Betracht ziehen und die zu diesem Zweck erforderlichen ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen und sichern. Gleichzeitig darf die Opposition den Druck der Arbeitermassen und des unteren Funktionärkörpers auf die führenden Gewerkschaftsorgane keineswegs abschwächen, sie muß in jedem Augenblick die Aufgaben der Gewerkschaftsleitung in der Organisierung und Führung des Kampfes formulieren und die Durchführung dieser Aufgaben fordern... Der Kampf für die Eroberung der unteren Funktionärposten in den Betrieben und unteren Gewerkschaftsorganen wie auch deren Umwandlung in Organe des Klassenkampfes ist vor allem in den Großbetrieben und ausschlaggebenden Industriezweigen mit großer Ausdauer und Planmäßigkeit zu führen."[179]

Die Veränderungen in der Gewerkschaftspolitik der KPD, für die sich das Zentralkomitee mit Nachdruck einsetzte, stießen auf den erbitterten Widerstand Heinrich Brandlers, August Thalheimers und ihrer Anhänger in der KPD. Diese Gruppierung in der Partei warnte zwar berechtigt vor der Gefahr des Wiederauflebens antigewerkschaftlicher Stimmungen in der KPD. Doch unterschätzten diese Kräfte die Vertiefung der Widersprüche der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Politik der Partei. Sie vertraten trotz der streikfeindlichen Haltung der maßgebenden Gewerkschaftsführer weiter die Ansicht, Wirtschaftskämpfe könnten in der Regel nur durch Druck der Gewerkschaftsmitglieder auf die Gewerkschaftsführer ausgelöst werden. Diese Einstellung erschwerte unter den veränderten Bedingungen die Erhöhung der Kampfkraft der Partei.

In diesen innerparteilichen Debatten um grundlegende Probleme der Parteipolitik nahmen einige Mitglieder des Zentralkomitees – an ihrer Spitze Arthur Ewert – gegenüber Heinrich Brandler und seinen Anhängern, die sich immer fester als Fraktion innerhalb der KPD organisierten, eine versöhnlerische Haltung ein. Dieses Verhalten gefährdete die Kollektivität des Zentralkomitees und die Einheit und Geschlossen-

[179] Protokoll über den 4. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale. Abgehalten in Moskau vom 17. März bis 3. April 1928, Moskau 1928, S. 601, 602.

11. Jahrg / Nr. 112 / Preis 20 Pfennig
Berlin, Sonntag, 13. Mai 1928

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhoff 292-297
Postscheckkonto: Berlin 148 53
Bezugspreis: monatlich 4,20 RM, wöchentlich 1,05 RM
Erscheint täglich außer montags
Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile 1,20 RM, Stellengesuche und -angebote 0,80 RM
Gegründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg



Fotomontage John Heartfields zur Reichstagswahl 1928, veröffentlicht in der „Roten Fahne"



Ernst Thälmann, Vorsitzender des Roten Frontkämpferbundes



Demonstration des Roten Frontkämpferbundes während seines 4. Reichstreffens in Berlin, Pfingsten 1928



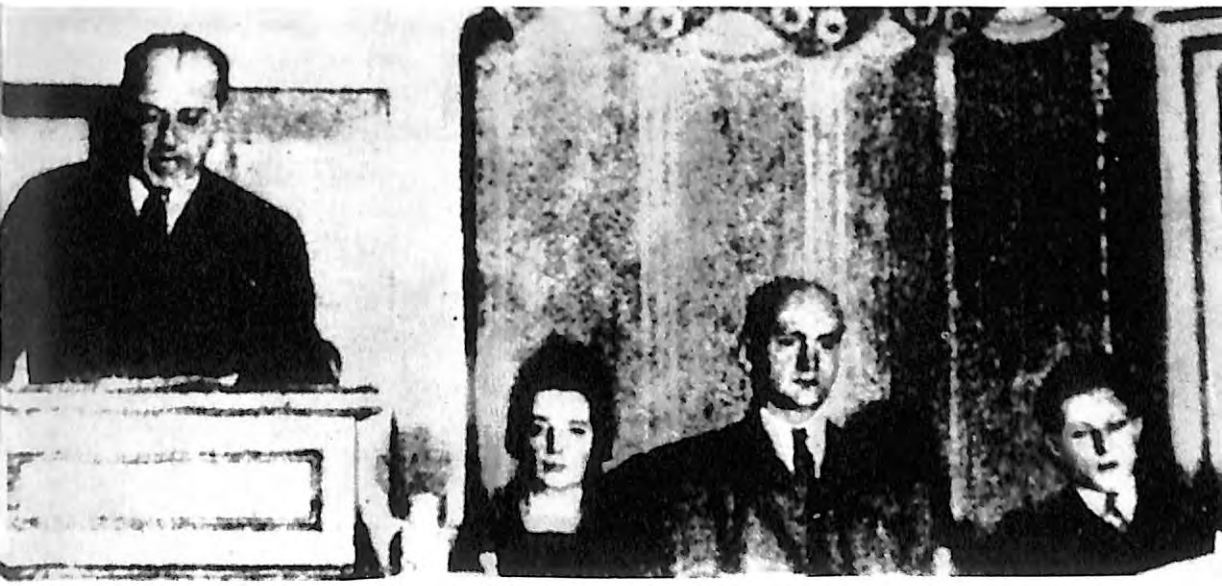
Mitglieder des KJVD, der Roten Jungfront und des Jungspartakusbundes fahren zur Landagitation, 1928



Streikende Arbeiter des Berliner Betriebes Gebauer, November/Dezember 1927



Sprecher einer Protestkundgebung gegen die Verfolgung Johannes R. Bechers
und gegen die Einschränkung der Pressefreiheit, 1928.
V. l. n. r. sitzend: Georg Ledebour, Alfred Apfel, Arthur Hollitscher;
stehend: Erwin Piscator, Wieland Herzfelde, Franz Höllering, Egon Erwin Kisch,
Alfred Wolfenstein, Ernst Toller, Erich Mühsam, Kurt Kläber, Erich Weinert



Präsidium der Gründungsversammlung des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller
in Berlin, 19. Oktober 1928.
V. l. n. r.: Johannes R. Becher, Berta Lask, Karl Grünberg, Hans Lorbeer



Propagandistenschulung der KPD, 1928

W. I. LENIN

SÄMTLICHE WERKE

EINZIGE VOM LENIN-INSTITUT IN MOSKAU AUTORISIERTE AUSGABE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN NACH DER ZWEITEN, ERGÄNZTEN UND REVIDIERTEN RUSSISCHEN AUFLAGE

BAND XIII

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN-BERLIN

W. I. LENIN

MATERIALISMUS UND EMPIRIOKRITIZISMUS

KRITISCHE BEMERKUNGEN ÜBER EINE REAKTIONÄRE PHILOSOPHIE

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK
WIEN-BERLIN

Die Titelseiten eines Bandes der von der KPD herausgegebenen „Sämtlichen Werke" W. I. Lenins



Von der KPD herausgegebene Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus

heit der KPD in einer Situation, in der der Klassenkampf neue, noch höhere Anforderungen an die Partei stellte.

Die ersten Monate des Jahres 1928 brachten nicht nur einen Aufschwung der proletarischen Klassenkämpfe, sondern auch der Bewegung innerhalb der werktätigen Bauernschaft. In verschiedenen Gebieten Deutschlands protestierten die Bauern in großer Zahl gegen die Agrarpolitik der Reichsregierung. Am 28. Januar 1928 fanden in Schleswig-Holstein Demonstrationen von 140 000 Bauern statt, aus deren Bewegung ein Landvolkbund hervorging. Von ihm erwarteten die Bauern, er werde durch Aufruf zu Demonstrationen und zu Steuerstreiks der Pfändung und der Zwangsversteigerung bäuerlichen Besitzes entgegenwirken. An die Traditionen des Bauernkrieges anknüpfend, wählte sich die Landvolkbewegung eine schwarze Sensenfahne als Symbol.

Die bäuerlichen Protestbewegungen bewiesen, daß einige Schichten der Bauernschaft nach neuen Wegen suchten, um ihre Interessen wirksamer zu vertreten. Dabei gerieten die aufbegehrenden Bauern in verschiedenen Gegenden, wie in Schleswig-Holstein, unter den Einfluß faschistisch gesinnter Kreise. Der Einfluß der KPD reichte nicht aus, um den Aktionen der aufbegehrenden Bauernmassen Richtung und Ziel weisen zu können. Nur in wenigen Gebieten konnte die KPD ihre Positionen auf dem Lande ausbauen. Dies war besonders im Bezirk Erzgebirge-Vogtland der Fall. In Marienberg versammelten sich im Januar 1928 500 Bauern zu einer Beratung über ihre dringenden Probleme, auf der auch eine Delegation sächsischer Bauern über ihre Reise durch die Sowjetunion berichtete.

Anfang 1928 spitzten sich verschiedene Differenzen zwischen den Parteien des Bürgerblocks über die weitere Politik der Reichsregierung zu. Die Deutschnationale Volkspartei wollte sich aus der Regierungsverantwortung lösen, um bei den bevorstehenden Reichstagswahlen schärfer gegen die Weimarer Republik und die Stresemannsche Außenpolitik auftreten zu können. Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei wiederum waren angesichts der zunehmenden innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten des deutschen Imperialismus und des sinkenden Masseneinflusses der Deutschnationalen Volkspartei bestrebt, die Sozialdemokratie noch enger an den Weimarer Staat zu binden. Die Debatten über ein reaktionäres Schulgesetz, das von der Deutschnationalen Volkspartei und dem Zentrum befürwortet, von der Deutschen Demokratischen Partei und Kreisen der Deutschen Volkspartei

aber wegen seines offen klerikalen Charakters abgelehnt wurde, waren der Anlaß, der zum Zerfall der Bürgerblockregierung führte. Am 15. Februar 1928 beschlossen die Bürgerblockparteien, die Koalition zu beenden. Nachdem der Reichstag noch ein wirtschaftliches Notprogramm angenommen hatte – durch dessen sogenannte Ostpreußenhilfe die reaktionären Junker erhebliche finanzielle Zuwendungen erhielten –, löste der Reichspräsident am 31. März 1928 den Reichstag auf und legte den Termin für Neuwahlen auf den 20. Mai 1928 fest. Selbst in der „Blütezeit" des bürgerlichen Parlamentarismus schickten also die herrschenden Kreise des Finanzkapitals den Reichstag jedesmal vor Beendigung seiner Legislaturperiode nach Hause.

Im Wahlkampf zum neuen Reichstag übte die Sozialdemokratie scharfe Kritik an der Politik der Bürgerblockregierung und der Deutschnationalen Volkspartei. Dagegen griffen leitende Sozialdemokraten Zentrum und Deutsche Volkspartei kaum an, um die Bildung einer Regierung der Großen Koalition zu erleichtern. Unter der Losung „Für Kinderspeisung – gegen Panzerkreuzerbau!" wandte sich die Sozialdemokratie gegen die Wiederaufrüstung. Beredt erklärten führende Sozialdemokraten, das Volk müsse ein Machtwort sprechen, damit der Bürgerblock beseitigt und der Ausplünderung des Volkes durch Zölle und indirekte Steuern ein Ende bereitet werde. Sie versprachen den Wählern, eine von der SPD geleitete Regierung werde die Mittel für die Reichswehr kürzen, die Besitzsteuern erhöhen, die gesetzliche Anerkennung des Achtstundentages veranlassen, die Lohnsteuer und andere Massensteuern senken, die in der Zeit des Bürgerblocks beschlossenen Zölle abbauen und die Renten für Sozial- und Kleinrentner erhöhen. Die sozialdemokratische Wahlagitation erweckte in der Arbeiterschaft erneut die Hoffnung, durch einen Eintritt der SPD in die Reichsregierung würden sich die „Machtverhältnisse" in den Schlichtungsausschüssen zugunsten der Arbeiterklasse verändern, so daß die Lohnbewegungen der Arbeiter und Angestellten in Zukunft erfolgreicher sein würden.

Die KPD verband im Wahlkampf die Aufstellung demokratischer Forderungen mit dem Appell an die Werktätigen zum außerparlamentarischen Massenkampf. Die Kommunisten verlangten, künftig sollten nicht die sozialen Ausgaben, sondern die Mittel für die Reichswehr und für die Polizei weitgehend gekürzt und alle Zuwendungen für Konzerne und Junker gestrichen werden. Die KPD ging davon aus, daß die Lage des Volkes nicht durch Koalitionspolitik, sondern nur

durch eine proletarische Klassenpolitik wesentlich verbessert werden könnte. Daher riefen die Kommunisten die Werktätigen in Stadt und Land auf, gegen die Herrschaft des Finanzkapitals und des Bürgerblocks aufzutreten und den demokratischen Forderungen durch Demonstrationen, Streiks und andere Formen des Klassenkampfes Nachdruck zu verleihen. Die KPD stellte sich hinter die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion und enthüllte beharrlich das „Geheimnis" der Wiederaufrüstung in Deutschland und die revanchistischen Ziele des deutschen Imperialismus. Neben den 37 Tageszeitungen mit einer Auflage von 280 000 Exemplaren und den etwa 130 regelmäßig erscheinenden Betriebszeitungen gaben die Parteiorganisationen im Wahlkampf viele weitere Blätter heraus; in jenen Wochen erschienen annähernd 750 Zeitungen von Betriebszellen, Straßenzellen und Ortsgruppen.

Mitten im Wahlkampf, am 16. April 1928, regte der deutschnationale Reichsminister des Innern Walter von Keudell die Landesregierungen an, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Daraufhin wandte sich Ernst Thälmann in der „Roten Fahne" mit dem Aufruf an die Arbeiterklasse, das Verbot des RFB zu verhindern: „Alle Arbeiter, denen ihre proletarischen Organisationen teuer sind, die wissen, daß das Proletariat seine Kampforganisationen zur Verteidigung seiner Existenz braucht, müssen sich wie ein Mann gegen dieses Verbot erheben. Gelänge es der Bourgeoisie, eine proletarische Organisation ohne ernsten Widerstand zu unterdrücken, so würde eine nach der anderen an die Reihe kommen."[180]

Die fortgeschrittenen Arbeiter verstanden, daß der Angriff der Reaktion auf den Roten Frontkämpferbund gegen die demokratischen Freiheiten des Volkes gerichtet war; sie verteidigten deshalb seine Legalität. In vielen Städten, so in Halle, Königsberg und Leipzig, kam es zu Protestdemonstrationen, an denen die Abteilungen des RFB teilnahmen. Am 7. und 8. April 1928 fand der 3. Reichsjugendtag des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands in Chemnitz statt, auf dem Ernst Thälmann zu den 35 000 Teilnehmern sprach. In Berlin versammelten sich am 19. April 1928 150 000 Werktätige zu einer Protestkundgebung im Lustgarten. Linksbürgerliche Kreise, die sich um die Wochenzeitschrift „Die Weltbühne" gruppierten, wandten sich ebenfalls gegen ein Verbot des RFB. Am 1. Mai 1928 standen die

[180] Ernst Thälmann: Auf zur Verteidigung der roten Front! In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, S. 580.

Kundgebungen in einigen Großstädten im Zeichen des einheitlichen Auftretens der Arbeiter gegen die Bürgerblockpolitik. An dem Demonstrationszug in Berlin beteiligten sich 500 000 Menschen. All dies trug dazu bei, daß es die Landesregierungen, mit Ausnahme der von Bayern und Württemberg, nicht für zweckmäßig hielten, den RFB zu verbieten. Auch das Reichsgericht gab dem Verbotsantrag Walter von Keudells nicht statt.

Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 erlitten alle großen bürgerlichen Parteien erhebliche Stimmenverluste. Eine besonders schwere Schlappe mußten die Deutschnationalen hinnehmen. Für sie stimmten nur noch 4,4 Millionen Bürger; das waren 1,8 Millionen weniger als bei der letzten Reichstagswahl. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei erhielten zusammen 4,7 Millionen Stimmen, für die Deutsche Volkspartei entschieden sich 2,7 und für die Deutsche Demokratische Partei 1,5 Millionen Wähler. Ein Teil der von den Bürgerblockparteien enttäuschten Wähler wurde von den zahlreichen kleineren bürgerlichen Parteien, wie der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes, der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, der Volksrechtpartei und der Deutschen Bauernpartei, aufgefangen. Nur 810 000 Wähler stimmten für die faschistische Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

Die Sozialdemokratie errang einen bedeutenden Wahlerfolg, nicht zuletzt dank ihrer Agitation gegen die „Herrschaft des Bürgerblocks". Die Zahl ihrer Wähler stieg von 7,9 auf 9,2 Millionen. Für die KPD stimmten 3,3 Millionen Werktätige. Damit hatte sie seit der letzten Reichstagswahl 500 000 und verglichen mit der Reichspräsidentenwahl sogar 1,4 Millionen Wähler gewonnen. Den größten Stimmenanteil erzielte sie in den Wahlkreisen Berlin, Merseburg und Düsseldorf-Ost. In Berlin konnte die KPD fast 30 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen. Unter den 54 kommunistischen Abgeordneten, die in den Reichstag einzogen, befanden sich Martha Arendsee, Paul Bertz, Konrad Blenkle, Albert Buchmann, Franz Dahlem, Philipp Dengel, Arthur Ewert, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Emil Höllein, Anton Jadasch, Wilhelm Koenen, Max Maddalena, Sepp Miller, Theodor Neubauer, Helene Overlach, Hans Pfeiffer, Wilhelm Pieck, Ernst Putz, Siegfried Rädel, Hermann Remmele, Ernst Schneller, Paul Schreck, Georg Schumann, Walter Stoecker, Ernst Thälmann, Matthias Thesen, Walter Ulbricht und Clara Zetkin.

Das Wahlergebnis spiegelte die Entwicklung des Gegensatzes zwischen dem Trustkapital und den werktätigen Massen wider. Es bewies

auch, daß es der KPD gelungen war, ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse in den Industriezentren zu erhöhen. Dies brachte das 4. Reichstreffen des RFB, das kurz nach der Reichstagswahl – am 27. Mai 1928 – stattfand, ebenfalls augenscheinlich zum Ausdruck. Nach gründlicher Vorbereitung in den Bezirken vereinten sich am Pfingstsonntag in Berlin 100 000 Rote Frontkämpfer, die von den Arbeitern der Hauptstadt noch herzlicher als 1927 begrüßt wurden. Selbst in einer Aufzeichnung des Reichsinnenministeriums mußte vermerkt werden: „Dem objektiven Beobachter mußte es auffallen, daß der Aufmarsch des RFB in diesem Jahr noch wuchtiger gewesen ist als im vorigen Jahre, besonders gut diszipliniert und auch uniformiert haben sich die Gaue Wasserkante, Ruhrgebiet, Ost- und Westsachsen sowie Berlin gezeigt. Aufgefallen ist die starke Teilnahme ausländischer RFB-Delegationen, der kommunistischen Jugend und von Betriebsdelegationen. Der Bayerische RFB, mit dessen Aufbau erst vor kurzem begonnen worden ist, ist verhältnismäßig stark gewesen, insbesondere Nordbayern."[181] Mit Hunderttausenden Berlinern versammelten sich die Roten Frontkämpfer im Lustgarten zu einer gewaltigen Kundgebung gegen den deutschen Imperialismus und für die Freundschaft mit der Sowjetunion.

Das 4. Reichstreffen des RFB war mit seinen Massenkundgebungen auch ein Höhepunkt in der Bewegung für eine umfassende Amnestie der politischen Gefangenen. Unter dem Einfluß dieser Bewegung wurde im Juli 1928 eine Teilamnestie verkündet. Zehntausende versammelten sich in Berlin und anderen Städten, um die aus Zuchthäusern und Gefängnissen, wie Gollnow, Plötzensee, Sonnenburg und Torgau, freigekämpften politischen Gefangenen zu begrüßen.

Da die Bürgerblockparteien im neuen Reichstag keine Mehrheit mehr besaßen, sahen sich die bürgerlichen Politiker widerstrebend genötigt, mit der Sozialdemokratie über die Bildung einer Regierung der Großen Koalition zu verhandeln. Schon bei der Auflösung des Reichstages hatten die Deutsche Volkspartei und das Zentrum dem Parteivorstand der SPD zu verstehen gegeben, er solle im Interesse einer künftigen Koalition den Wahlkampf nicht verschärfen. Nach dem sozialdemokratischen Wahlsieg war der parlamentarisch orientierte Flügel des Finanzkapitals bemüht, die SPD in die Regierung einzubeziehen, um dadurch einem gemeinsamen Vorgehen von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Monopolherrschaft vorzubeugen und die Spal-

181 Deutsches Zentralarchiv, Potsdam, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Nr. 544, Bl. 239.

tung der Arbeiterklasse zu vertiefen. Da einige Kreise in der Deutschen Volkspartei diese Taktik nicht verstanden, schrieb Gustav Stresemann in einem Brief an den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion seiner Partei, Ernst Scholz, „die Linksentwicklung in den arbeitenden Klassen" dürfe keinesfalls übersehen werden, und man müsse beachten, „daß in dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie und der Kommunismus durch eine ablehnende Haltung des Bürgertums näher aneinander heranrücken..., eine ganz starke Gefährdung für die deutsche Politik und die deutsche Wirtschaft zu erwarten ist".[182]

Trotz des Widerspruchs linker Sozialdemokraten brachte der Parteivorstand der SPD seine Bereitschaft zum Ausdruck, in eine Regierung der Großen Koalition einzutreten. Die KPD wandte sich nach den Reichstagswahlen an die zwölf Millionen kommunistischen und sozialdemokratischen Wähler, an die Werktätigen in Stadt und Land, jede Koalition der SPD mit den bürgerlichen Parteien abzulehnen und für eine Politik einzutreten, die die sozialen und demokratischen Forderungen des Volkes mit den Mitteln des Klassenkampfes durchsetzt. Die KPD forderte die sozialdemokratischen Mitglieder auf, sich ihrer Verantwortung für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse bewußt zu werden, und wandte sich am 13. Juni 1928 an die Arbeiter, die Kleinbauern und die Angehörigen des Mittelstandes mit den Worten: „Der ungeheuer schwere Druck des Trustkapitals auf die arbeitenden Massen, die Ergebnisse der bisherigen Koalitionspolitik – sie selbst diktieren den Weg des Kampfes, den alle Werktätigen gemeinsam beschreiten müssen!... Bildet den Kampfblock aller Werktätigen, um eure dringlichsten Forderungen durchzusetzen! Für Lohn und Brot... Gegen Steuerraub und Zollwucher... Gegen Schlichtungsdiktatur... Gegen Kulturreaktion... Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und Bürokratie... Gegen Militarismus und Kriegspolitik."[183]

Nach langwierigen Verhandlungen kam am 28. Juni 1928 eine Regierung der Großen Koalition mit dem Sozialdemokraten Hermann Müller als Kanzler zustande. Diesem „Kabinett der Persönlichkeiten" gehörten Vertreter der Sozialdemokratie, der Deutschen Demokratischen Partei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei an. Die Sozialdemokraten Rudolf Hilferding, Carl Severing und Rudolf Wissell übernahmen das Finanz-, das Innen- beziehungsweise das Arbeitsministerium. Der ehemalige kaiserliche Gene-

182 Gustav Stresemann: Vermächtnis, Dritter Band, Berlin (1933), S. 315.
183 Die Rote Fahne (Berlin), 13. Juni 1928.

ral Wilhelm Groener, seit Januar 1928 an Stelle von Otto Geßler Reichswehrminister, blieb in seinem Amt.

Vom 17. Juli bis zum 1. September 1928 tagte in Moskau der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, an dessen Arbeit 58 Sektionen mit 1 799 000 Mitgliedern teilnahmen. 52 Parteien hatten beschließende und 6 Parteien und Organisationen beratende Stimme. Ihre Vertreter erörterten die internationale Situation und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale, die Probleme des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr, das Programm [184] und die Statuten der Kommunistischen Internationale, die Aufgaben der Befreiungsbewegung in den kolonialen und den abhängigen Ländern sowie die Lage in der Sowjetunion.

Das vom VI. Weltkongreß angenommene Programm der Kommunistischen Internationale schätzte gründlich die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete neue Epoche der Weltgeschichte ein. Es analysierte erstmals umfassend die allgemeine Krise des Kapitalismus. Das Programm charakterisierte die relative Stabilisierung des Kapitalismus und sagte wissenschaftlich ihr baldiges Ende voraus. Es unterstrich die gewaltige Bedeutung des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR für die Beschleunigung der revolutionären Prozesse in der Welt, verallgemeinerte die bis dahin in der Sowjetunion beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung gesammelten Erfahrungen und bestimmte die Hauptaufgaben der Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien im Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse.

Im Programm der Kommunistischen Internationale waren die von der internationalen Arbeiterbewegung in vielen Jahrzehnten gewonnenen Erkenntnisse zusammengefaßt. Nach dem Manifest der Kommunistischen Partei und der Inauguraladresse der I. Internationale besaß jetzt die kommunistische Weltbewegung wieder ein Programm, das auf der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse fußte und die Hauptaufgaben des Weltproletariats umriß. Seine Ausarbeitung war eine bedeutende theoretische Leistung der kommunistischen Weltbewegung.

Die Weltberatung der Kommunisten analysierte gründlich die internationale Lage und machte auf die Anzeichen einer Erschütterung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus aufmerksam. Der Kongreß hob die internationale Bedeutung der ersten Ergebnisse der sozialistischen Industrialisierung des Sowjetlandes hervor und begrüßte die

[184] Dokument Nr. 54.

Festigung der Volksmacht in den von den chinesischen Revolutionären befreiten Gebieten. In seiner Entschließung über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale begründete der Weltkongreß, weshalb die Verschärfung der Widersprüche der relativen Stabilisierung des Kapitalismus „unvermeidlich zu einer neuen Phase von Kriegen zwischen den imperialistischen Staaten, von Kriegen gegen die Sowjetunion, nationalen Befreiungskriegen gegen den Imperialismus, Interventionen des Imperialismus, gigantischen Klassenkämpfen"[185] führen müsse. Weitsichtig wies der Kongreß darauf hin, daß das Monopolkapital immer häufiger zu terroristischen Methoden greifen werde, um den Widerstand der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen gegen die von den Interessen des Kapitals geleitete Innen- und Außenpolitik zu brechen; eindringlich warnte er vor der zunehmenden faschistischen Gefahr für die Menschheit.

Im Programm und in anderen Beschlüssen bezeichnete der Kongreß den Faschismus nach den Erfahrungen in Italien, Polen, Ungarn und anderen Staaten als „terroristische Diktatur des Großkapitals", als eine „Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie".[186] Während die Führer der II. Internationale im Faschismus eine kleinbürgerliche Bewegung sahen und in den von rechten Sozialdemokraten herausgegebenen „Sozialistischen Monatsheften" in völliger Verkennung seines Charakters geschrieben wurde, „daß die Gewaltanwendung nicht zu den Elementen gehört, die das Wesen des Fascismus bestimmen" und daß der „Wesenskern des Fascismus ... antiliberal und damit antikapitalistisch"[187] sei, schätzte die Kommunistische Internationale den Faschismus eindeutig als unmittelbare Diktatur des Großkapitals ein und beurteilte zutreffend die Klassenkräfte, die hinter der Faschisierungspolitik in einigen kapitalistischen Staaten standen.

Der VI. Weltkongreß machte die kommunistischen Parteien darauf aufmerksam, daß eine Zeit neuer scharfer Klassenkämpfe heranreife; er verpflichtete die kommunistischen Parteien, den antiimperialistischen und antifaschistischen Massenkampf zu entfalten. Der Kongreß stellte ihnen nachdrücklich die Aufgabe, weiter beharrlich die Einheitsfront mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteien und den

185 Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Juli–1. September 1928, Vierter Band, Hamburg/Berlin (1929), S. 14.

186 Ebenda, S. 58 u. 57.

187 Walther Pahl: Der italienische Fascismus und der internationale Sozialismus. In: Sozialistische Monatshefte (Berlin), 1928, H. 6, S. 492/493.

Arbeitermassen anzustreben und die Einheit der Gewerkschaften gegen alle Spaltungsversuche zu verteidigen. Nach den Erfahrungen aus vielen Wirtschaftskämpfen empfahl auch der VI. Weltkongreß den kommunistischen Parteien, sich für die Bildung von Streik- oder Kampfleitungen aus den aktivsten Arbeitervertretern, unabhängig von ihrer Organisationszugehörigkeit, einzusetzen, um der wirtschaftsfriedlichen Haltung der Gewerkschaftsleitungen besser begegnen zu können.

In den Thesen über die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien gab der VI. Weltkongreß auch den in diesen Ländern tätigen Kommunisten viele wichtige Hinweise für ihre weitere Politik. Als eine ihrer Hauptaufgaben bezeichnete er nach wie vor die Schaffung einflußreicher kommunistischer Parteien. Er hob weiter hervor, daß es notwendig sei, eine starke Gewerkschaftsbewegung in den kolonialen, halbkolonialen und den abhängigen Ländern zu schaffen und für ein enges Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Sorge zu tragen. Größtes Augenmerk müßten dabei die Kommunisten der Lösung der Agrarfrage widmen. Breiten Raum nahm in der Diskussion die Erörterung der Rolle der nationalen Bourgeoisie im Kampf gegen das imperialistische Kolonialsystem ein. Der Kongreß gelangte zu der Auffassung, daß die Kommunisten die nationale Bourgeoisie trotz ihrer häufig schwankenden Haltung in den nationalrevolutionären Kampf einbeziehen müßten. Dabei wurde jedoch die nationale Bourgeoisie in den Kolonien und abhängigen Ländern ungenügend differenziert beurteilt; ihre revolutionären Möglichkeiten wurden unterschätzt. Das behinderte die Anstrengungen der Kommunisten zur Entfaltung des antiimperialistischen und antifeudalen Befreiungskampfes in den kolonialen und den abhängigen Ländern.

Die Analyse der Lage und die Bestimmung der nächsten Aufgaben der kommunistischen Weltbewegung durch den VI. Weltkongreß stießen auf den Widerstand verschiedener Kommunisten, deren Vertreter in der Kommunistischen Internationale unter anderen N. I. Bucharin und in den Reihen der deutschen Kommunisten vor allem Heinrich Brandler und August Thalheimer waren. Diese Kräfte überschätzten die Festigkeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus und unterschätzten die Anzeichen ihrer Erschütterung und eines neuen Aufschwungs der Arbeiterbewegung. Auch die Versöhnler in der KPD sprachen – wie Arthur Ewert auf dem VI. Weltkongreß – von einer ziemlich festen und starken Stabilisierung, während in der Tat die relative Stabilisierung des Kapitalismus ihrem Ende entgegenging. Eine

derartige Beurteilung der Lage wies der Kongreß als opportunistisch zurück, da sie es den kommunistischen Parteien erschwerte, sich zielstrebig auf neue scharfe Klassenauseinandersetzungen vorzubereiten.

Obwohl der VI. Weltkongreß in vielen grundlegenden Fragen den richtigen Weg wies, vermochte er es nicht, alle Schlußfolgerungen aus den objektiven Veränderungen in der Lage des Weltkapitalismus, in der Politik des Finanzkapitals und im internationalen Kräfteverhältnis der Klassen zu ziehen, die die Herstellung einer umfassenden Kampffront gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg notwendig und zugleich möglich machten. Die Beschlüsse des VI. Weltkongresses lenkten die kommunistischen Parteien in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern weiter starr auf den Kampf um die Diktatur des Proletariats als nächstes strategisches Ziel. Daraus ergaben sich ernste Hemmnisse, die es den Kommunisten erschwerten, die Arbeiterklasse zu einigen, das Bündnis mit den werktätigen Bauern zu verwirklichen und die friedliebenden und demokratischen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten des Volkes für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Monopolherrschaft und die faschistische Bedrohung zu gewinnen. Die starre Zielstellung erschwerte es außerdem, Übergangsformen ausfindig zu machen, wie die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten auf dem Wege über eine wirksame Entwicklung der vielfältigen demokratischen Bewegungen der Werktätigen errichtet werden könne.

Die vom VI. Weltkongreß beschlossene Taktik „Klasse gegen Klasse" hatte das Ziel, der sozialdemokratischen Koalitionspolitik entgegenzuwirken und die Einigung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen gegen das Finanzkapital und den bürgerlichen Staat zu fördern. Diese Taktik ermöglichte es aber den kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht, eine Bündnispolitik auszuarbeiten, durch die alle Klassen und Schichten des Volkes, die objektiv im Gegensatz zu der kleinen Gruppe von Finanzkapitalisten und Militaristen standen, für den antiimperialistischen Kampf an der Seite der revolutionären Arbeiterklasse hätten gewonnen werden können; diese Taktik berücksichtigte die Unterschiede innerhalb der Bourgeoisie und der bürgerlichen Parteien nur unzureichend und rückte als Antwort auf das aggressive und antidemokratische Streben des Monopolkapitals die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten nicht im notwendigen Maße in den Vordergrund.

Unter dem Einfluß dogmatischer Ansichten J. W. Stalins spitzte der VI. Weltkongreß manche schematischen Festlegungen weiter zu, die

die Politik der Kommunistischen Internationale seit ihrem V. Weltkongreß negativ beeinflußt hatten. Dies betraf besonders das Verhältnis der Kommunisten zu den sozialdemokratischen Parteien. Mit Recht vermerkte der VI. Kongreß, daß führende Sozialdemokraten häufig eng mit dem Monopolkapital und dem imperialistischen Staat zusammenarbeiteten. Es war aber falsch, daraus zu folgern, die sozialdemokratischen Parteien verwandelten sich in einen Teil des bürgerlichen Staates. Die Einschätzung, die Sozialdemokratie sei immer die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, bekräftigte die schematische Auffassung, der Hauptstoß müsse gegen die Paktiererparteien gerichtet werden. Falsch war auch, unter dem Eindruck mancher antidemokratischer und terroristischer Maßnahmen sozialdemokratischer Minister und Polizeipräsidenten die Schlußfolgerung zu ziehen, die Sozialdemokratie befinde sich in einem Prozeß der Faschisierung. Eine solche Beurteilung, die zur grundsätzlichen Ablehnung von Einheitsfrontangeboten an die sozialdemokratischen Parteien führte, widersprach dem kleinbürgerlich-reformistischen Charakter der Sozialdemokratie. Den Leninschen Grundsätzen der Einheitsfrontpolitik entsprach auch nicht die Ansicht, die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus müsse in erster Linie mit den linken Sozialdemokraten geführt werden, das heißt mit den sozialdemokratischen Kräften, die sich einer wirklichen Arbeiterpolitik näherten. All dies engte die Leninsche Einheitsfrontpolitik weitgehend ein und erleichterte in der Folgezeit die Verbreitung sektiererischer Auffassungen in der kommunistischen Bewegung.

Obwohl einige Festlegungen des VI. Weltkongresses falsch waren und es den Kommunisten erschwerten, eine der konkreten Lage in den einzelnen Ländern entsprechende Politik auszuarbeiten, waren seine grundlegenden Beschlüsse zur Entfaltung von Massenkämpfen gegen Imperialismus und Faschismus, für die Sicherung des Friedens, die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten und die von ihm gewiesene sozialistische Perspektive richtig. Er gelangte zu der Einschätzung, daß sich aus der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche das Streben des Finanzkapitals ergab, einen Ausweg aus seinen Schwierigkeiten in der Errichtung faschistischer Diktaturen und in imperialistischen Kriegen um die Neuaufteilung der Welt zu suchen. Damit signalisierte die kommunistische Weltbewegung der Menschheit rechtzeitig die wachsende Gefahr des Faschismus und eines neuen imperialistischen Krieges. Der Kampf gegen diese Bedrohung bestimmte in den folgenden Jahren immer mehr den Inhalt der Einheitsfront- und

Bündnispolitik der kommunistischen Parteien. Unter Leitung des EKKI, in das der Kongreß als Mitglieder und Kandidaten auch Konrad Blenkle, Philipp Dengel, Arthur Ewert, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Ernst Schneller, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und Clara Zetkin wählte, entfalteten die kommunistischen Parteien entsprechend ihrer geschichtlichen Verantwortung den Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg.

2. Das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau und der Aufschwung der Wirtschaftskämpfe

Nach der Bildung der Hermann-Müller-Regierung erwarteten die sozialdemokratischen Wähler von ihren Ministern, daß sie die staatlichen Machtbefugnisse ausnützten, um zur Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele beizutragen. Doch wie sich bald zeigte, setzte die von der SPD geführte Koalitionsregierung, deren Arbeitsrichtlinien nach der Verfassung vom Reichskanzler bestimmt wurden, die volksfeindliche Politik der Bürgerblockregierung im grundsätzlichen unverändert fort. Die Zustimmung der Hermann-Müller-Regierung zur ersten Rate für den mit 80 Millionen RM veranschlagten Bau des Panzerkreuzers A am 10. August 1928 beleuchtete das schlaglichtartig. Obwohl die Sozialdemokratie im Wahlkampf eifrig gegen neue Rüstungsausgaben aufgetreten war, befürworteten nun die Minister der SPD den Panzerkreuzerbau.

Diese Entscheidung rief in der Arbeiterschaft heftige Erregung hervor. Viele sozialdemokratische Parteiorganisationen verurteilten das Doppelspiel von Rudolf Hilferding, Hermann Müller, Carl Severing und Rudolf Wissell aufs schärfste und verlangten ihre Abberufung aus der Reichsregierung, einige sogar ihren Ausschluß aus der SPD. Erneut trat der Widerspruch zwischen der bürgerlichen Politik der rechten Sozialdemokraten und den Arbeiterinteressen der Mitglieder der SPD deutlich zutage. Der Parteivorstand der SPD und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bedauerten zwar unter dem Druck der Parteimitglieder am 15. August 1928 die Haltung der sozialdemokratischen Minister, lehnten aber mit großer Mehrheit einen Austritt der Partei aus der Reichsregierung ab. Um die empörten Mitglieder und besonders die linken Sozialdemokraten zu beschwichtigen,

leitete die Führung der SPD eine innerparteiliche Diskussion über ein Wehrprogramm ein, angeblich, um bis zum nächsten Parteitag endgültig zu klären, welche Stellung die Sozialdemokratie zur Reichswehr einnehmen müsse. Inzwischen aber sollte die Reichstagsfraktion über die sozialdemokratische Haltung zur weiteren Finanzierung des Panzerkreuzers A entscheiden. „Hilferding und die führenden Sozialdemokraten glauben", teilte Reichswirtschaftsminister Julius Curtius am 17. September 1928 Gustav Stresemann mit, „daß es möglich ist, durch Aufstellung eines auch von der Sozialdemokratie zu billigenden Wehrprogramms die Panzerkreuzerfrage als untergeordnete Angelegenheit mitzuregeln. Voraussetzung für diese Taktik ist, daß die sozialdemokratischen Minister bei der Einsetzung der zweiten Rate in den Etatentwurf überstimmt werden können." [188]

Mit dieser Taktik suchte der Parteivorstand der SPD, die sozialdemokratischen Mitglieder irrezuführen und die Sozialdemokratie auf den Standpunkt grundsätzlicher Unterstützung der Reichswehr zu zerren. Führende Sozialdemokraten behaupteten, die militaristischen Gefahren seien nur gering, weil Deutschland völlig oder zumindest weitgehend entwaffnet sei und weil die Reichsregierung vorbehaltlos für die Abrüstung und die friedliche Regelung internationaler Streitfragen eintrete. Als Beweis führten sie auch den Beitritt Deutschlands zum Briand-Kellogg-Pakt an.

In diesem am 27. August 1928 von 15 kapitalistischen Staaten in Paris unterzeichneten Vertrag wurde der Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen verurteilt. Das war ein Erfolg des Friedensstrebens der Völker und der Bewegungen zur Ächtung des Krieges in verschiedenen Ländern, vor allem aber der Friedenspolitik der Sowjetunion. Obwohl der Briand-Kellogg-Pakt keine Verpflichtungen zur Abrüstung enthielt und keine Maßnahmen vorsah, Aggressionen künftig auszuschließen, trat ihm die Sowjetunion am 29. August 1928 bei, um jede Möglichkeit zur Sicherung des Friedens auszunutzen und um zu verhindern, daß aggressive imperialistische Gruppen diesen Pakt in ein Instrument antisowjetischer Politik verwandelten.

Die KPD ließ sich durch die friedensbeteuernden Reden der Reichsregierung und der bürgerlichen Politiker nicht täuschen und beurteilte den Bau moderner Panzerkreuzer zutreffend als den Beginn einer neuen

[188] Germany. Auswärtiges Amt. Politisches Archiv. Nachlaß des Reichsaußenministers Dr. Gustav Stresemann, Microfilm, National Archives Washington, D. C. Filmrolle 3149, Bd. 7, Dokument Nr. H 165 404/408.

Phase der Wiederaufrüstung. Die Abrüstungspropaganda der deutschen Regierung wertete die KPD richtig als betrügerisches Manöver, hinter dem sich das Streben nach Aufhebung aller Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages verbarg. Die KPD verurteilte den Bruch der Wahlversprechen durch die sozialdemokratischen Minister und forderte die Werktätigen auf, die Rüstungsvorhaben zu verhindern. Am 16. August 1928 beschloß das Zentralkomitee, ein Volksbegehren für einen Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau einzuleiten.

Unter den vielen Kundgebungen während der von der KPD organisierten Antikriegstage im August 1928 ragte als besonders beeindruckend das mitteldeutsche Treffen des Roten Frontkämpferbundes am 18./19. August 1928 in Leipzig hervor, an dem etwa 60 000 Rote Frontkämpfer aus Berlin-Brandenburg, Halle-Merseburg, Magdeburg, Sachsen, Thüringen und anderen Bezirken teilnahmen. Am 19. August demonstrierten die Teilnehmer, von vielen Leipziger Bürgern herzlich begrüßt, unter den Losungen: „Keinen Pfennig für Panzerkreuzerbau!", „Nieder mit der Panzerkreuzer-Regierung!", „Schutz der Sowjetunion und der chinesischen Revolution!" in vier langen Zügen zum Augustusplatz im Zentrum der Stadt. Paul Böttcher, Hugo Eberlein, Hans Jendretzky, Willy Leow und andere Redner riefen die etwa 100 000 Versammelten zum Kampf gegen den Militarismus auf.

Das Volksbegehren für einen Gesetzentwurf mit dem einzigen Artikel: „Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten"[189] fand auch Unterstützung durch antimilitaristische Vertreter des Bürgertums und der Intelligenz, die sich besonders um die von Siegfried Jacobsohn begründete und seit 1927 von Carl von Ossietzky redigierte linksdemokratische Wochenschrift „Die Weltbühne" gruppierten. Carl von Ossietzky prangerte die Abkehr der Führung der SPD von den antimilitaristischen Traditionen der Sozialdemokratie an und ersuchte alle friedliebenden Kräfte, Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen und dem Volksbegehren zum Erfolg zu verhelfen: „Das Referendum gegen die Panzerkreuzer wird den deutschen Friedenswillen mächtiger bekunden als eine Unterschrift in Locarno oder Paris. Der Panzerkreuzer ist militärisch eine Lappalie, gefährlich nur als Eröffnung einer Serie. Aber der Kampf darum zeigt, daß Deutschland nicht eine Renaissance seiner Militärmacht will, daß es die Wiederkehr einer Gott sei Dank versunkenen Glorie nicht einmal in Miniaturformat wünscht... Es geht darum, endlich jenen perfiden Militarismus zu tref-

[189] Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger (Berlin), 17. September 1928.

fen, der tausendmal bankrott und kompromittiert, immer wieder den Weg durch die Seitentüren gefunden hat... Wir haben ihn oft entlarvt, seine Schliche aufgedeckt, seine Finten durchkreuzt. Wir haben ihn oft zum Rückzug gezwungen, aber nie wirklich getroffen. Zum erstenmal sind wir ihm ganz dicht an der Gurgel. Wer zögert da?" [190]

Für eine Sondernummer des „Eulenspiegel" – einer mit Unterstützung der KPD seit 1928 herausgegebenen satirischen Zeitschrift – gegen den Panzerkreuzerbau schufen Käthe Kollwitz und Heinrich Zille zwei ergreifende Zeichnungen. Ein hervorragendes Dokument der Kunst John Heartfields war seine in der „Roten Fahne" abgedruckte Arbeit: „Keinen Mann, keinen Pfennig den imperialistischen Kriegsrüstungen! Heraus zum Volksbegehren!" Zahlreiche Künstler und Geistesschaffende unterzeichneten den Aufruf „Für Fortschritt und Kultur! Für Beseitigung sozialer Not und Ungerechtigkeit! Gegen Panzerkreuzer!", in dem es hieß: „Wir fordern als Staatsbürger und Menschen, daß menschliche Interessen über Partei- und Koalitionsfragen gestellt werden! Hat man – 1928 – nur zehn Jahre nach Kriegsende die Millionen und aber Millionen Opfer fürchterlichster Kriegsmaschinen vergessen, daß man heute schon wieder wagt, neue Kriegsmaschinen zu bauen, ohne befürchten zu müssen, hinweggefegt zu werden? Wir wissen, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit die fürchterlichen 4½ Jahre nicht vergessen hat! Wir Künstler und Geistesarbeiter fühlen uns als Kämpfer für die Freiheit der Kultur und des Geistes gezwungen, gegen den Bau von Panzerschiffen, gegen diesen imperialistischen Größenwahnsinn zu protestieren, gegen das sinnlose Hinauswerfen von achtzig und noch vielen weiteren Hunderten Millionen Mark – mit denen unendliches Leid getilgt werden könnte!" [191] Diese Erklärung unterzeichneten Hans Baluschek, Ernst Barlach, Bruno H. Bürgel, Albert Einstein, Gertrud Eysoldt, Oskar Maria Graf, Walter Gropius, Bernhard Kellermann, Alfred Kerr, Käthe Kollwitz, Otto Lehmann-Rußbüldt, Heinrich Mann, Otto Nuschke, Paul Oestreich, Max Pechstein, Ludwig Quidde, Gustav Rickelt, Bruno Taut, Aribert Wäscher, Franz Werfel, Heinrich Zille, Arnold Zweig und Hunderte andere Angehörige der deutschen Intelligenz.

Einige kleinbürgerliche pazifistische Organisationen, wie die Deutsche Liga für Menschenrechte, der Bund der Kriegsdienstgegner und die Deutsche Friedensgesellschaft, stimmten dem Volksbegehren zu,

[190] Die Weltbühne (Berlin), 1928, Nr. 37, S. 389.

[191] Eulenspiegel (Berlin), Panzerkreuzer-Sondernummer, Oktober 1928.

konnten sich jedoch nicht zu einer organisatorischen Zusammenarbeit mit der KPD entschließen. Daher gelang es der Partei nur, mit verschiedenen proletarischen Organisationen einen Reichsausschuß für Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau zu bilden, dem unter anderen Georg Ledebour, Otto Nagel und Wilhelm Pieck angehörten.

Die bürgerlichen Rechtsparteien und die militaristischen Vereinigten Vaterländischen Verbände wandten sich erbittert gegen das Volksbegehren und schürten die antikommunistische Kampagne. Unter dem Druck des Parteivorstandes der SPD versagten auch die linken Sozialdemokraten einer Befragung des Volkes jeden Beistand, obwohl sie selbst zeitweise einen Volksentscheid befürwortet hatten. Damit ergab sich für die Bewegung gegen den Panzerkreuzerbau eine schwierige Lage.

Ungeachtet erheblicher Widerstände, leisteten die KPD, der Rote Frontkämpferbund und der Kommunistische Jugendverband Deutschlands durch ihre Zeitungen, durch Plakate und Flugschriften, mit Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen eine bedeutende antimilitaristische Aufklärungsarbeit. Da die bürgerlichen und die sozialdemokratischen Zeitungen das Volksbegehren totzuschweigen suchten, verwirklichten Berliner Kommunisten auf Anregung Wilhelm Piecks ein kühnes Vorhaben. Am Abend des 6. Oktober 1928 überlisteten sie die Sendeleitung des Berliner Rundfunks und ermöglichten es dem preußischen Landtagsabgeordneten und Sekretär des Reichsausschusses für den Volksentscheid, Karl Schulz, zu den überraschten Rundfunkhörern über die Bedeutung des Volksbegehrens zu sprechen.

Das Vorgehen der KPD gegen den Panzerkreuzerbau war ein Höhepunkt ihres entschiedenen antimilitaristischen Kampfes in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, in denen die Kommunisten immer wieder die Revanchepolitik des deutschen Imperialismus enthüllten. Bis ins einzelne brachte die KPD die Zusammenarbeit der Reichswehr mit den kriegswichtigen Monopolen, die geheime Aufrüstung, deren Finanzierung und die gesetzwidrigen Heeresverstärkungen an den Tag; unablässig enthüllte die KPD die Zusammenarbeit der Reichswehr mit den militaristischen Organisationen und das System der ideologischen Kriegsvorbereitung in der Öffentlichkeit.

Wichtige Fragen des revolutionären antimilitaristischen Massenkampfes wurden in der von der KPD seit 1926 herausgegebenen illegalen militärpolitischen Zeitschrift „Oktober", in der theoretischen Zeitschrift der Partei „Die Internationale" und in den Veröffentlichun-

gen des Roten Frontkämpferbundes behandelt. Besondere Verdienste in der antimilitaristischen Arbeit erwarb sich Ernst Schneller durch zahlreiche sachkundige Artikel über die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, unter anderem durch seine Schriften „Krieg und Kriegsgefahr" sowie „Arbeiterschaft und Wehrpolitik". Mit Hilfe illegaler Publikationen, wie „Der Reichswehrsoldat" und „Der Polizeibeamte", betrieb die KPD auch unter den Angehörigen der Reichswehr und der Polizei antimilitaristische Agitation.

Auch die Sozialdemokratie hatte sich in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus nicht selten gegen die Verbindungen der Reichswehr mit den nationalistischen Verbänden gewandt und gegen illegale Rüstungsmaßnahmen des Reichswehrministeriums protestiert. Vor allem linke Sozialdemokraten hatten die aggressiven und antidemokratischen Pläne des deutschen Militarismus mehrfach an das Licht der Öffentlichkeit gebracht. Da die maßgebenden Führer der SPD aber die Reichswehr grundsätzlich bejahten und der Ansicht waren, die Reichswehr könne durch Reformen in ein zuverlässiges Organ der Republik verwandelt werden, fehlte der antimilitaristischen Kritik der Sozialdemokratie die Konsequenz. Die Ablehnung des Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau durch den Parteivorstand der SPD aber bedeutete sogar eine unmittelbare Hilfe für den deutschen Militarismus.

Einen beachtlichen Beitrag zum Kampf gegen den Militarismus leisteten auch bürgerliche Demokraten, mutige Publizisten und Schriftsteller, wie Friedrich Wilhelm Förster, Hellmut von Gerlach, Alfons Goldschmidt, Emil Julius Gumbel, Kurt Hiller, Berthold Jacob, Otto Lehmann-Rußbüldt, Erich Mühsam, Ludwig Quidde, Paul Freiherr von Schoenaich, Helene Stöcker, Ernst Toller, Kurt Tucholsky und Herwarth Walden. Sie halfen, die Wahrheit über die geheime Aufrüstung, die Schwarze Reichswehr und die scheußlichen Fememorde zu enthüllen. Ebenso wie die Kommunisten wurden auch manche von ihnen auf Drängen des Reichswehrministeriums strafrechtlich verfolgt, denn Veröffentlichungen über ungesetzliche Rüstungsmaßnahmen galten für die Justizbehörden als Landesverrat.

Durch die Entschiedenheit ihres antimilitaristischen Kampfes näherten sich Carl von Ossietzky, Kurt Tucholsky und andere Vertreter der linksdemokratischen Intelligenz und des Bürgertums der revolutionären Arbeiterbewegung. Einige von ihnen, wie Emil Julius Gumbel, Kurt Hiller, Max Hodann, Otto Lehmann-Rußbüldt, Helene Stöcker,

Ernst Toller und Herwarth Walden, wirkten in dem am 4. November 1928 gegründeten Bund der Freunde der Sowjetunion mit, in dessen leitendem Komitee als Vertreter der KPD unter anderen Franz Dahlem, Adolf Deter, Fritz Heckert, Otto Kühne, Willi Münzenberg und Helene Overlach mitarbeiteten. Der Bund erfaßte Tausende Parteilose, Gewerkschafter, Arbeitersportler und Freidenker, Mitglieder der SPD und anderer Parteien; sie alle einte das Streben, dem Antisowjetismus der Bourgeoisie entgegenzutreten, den jungen Sowjetstaat kennenzulernen und in Deutschland Kenntnisse über den sozialistischen Aufbau und die Friedenspolitik der Sowjetregierung zu verbreiten.

In den Wochen des antimilitaristischen Kampfes gegen den Panzerkreuzerbau, vom August bis zum Oktober 1928, kam es zu zahlreichen Tarifbewegungen der Arbeiterschaft. Angesichts der Verschärfung der Klassenkonflikte setzten sich die kommunistischen Gewerkschafter unter führendem Anteil von Paul Bertz, Fritz Heckert, Paul Merker, Michael Niederkirchner, Paul Peschke, Gustav Sobottka und Walter Ulbricht noch entschiedener für eine proletarische Klassenpolitik der Gewerkschaften ein. In der Schrift „Wirtschaftsdemokratie – oder – Wohin steuert der ADGB?" erläuterte Walter Ulbricht zwölf Vorschläge des Ortsausschusses des ADGB Weißenfels für ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm[192], deren wichtigste lauteten: „Organisierung von Streikbewegungen zur Durchsetzung des Achtstundentages..., Kampf für Erhöhung der Reallöhne..., Kampf gegen alle Erscheinungen, die mit der kapitalistischen Rationalisierung verknüpft sind..., Kampf gegen das Schlichtungssystem."[193]

Die Mitglieder des Bundesvorstandes des ADGB um Peter Graßmann, Theodor Leipart, Hermann Müller, Fritz Naphtali und Fritz Tarnow schlugen jedoch alle Anträge von Gewerkschaftsorganisationen für eine selbständige Klassenpolitik in den Wind.[194] Auf dem 3. Bundestag des ADGB vom 3. bis 7. September 1928 in Hamburg bekannten sie sich entgegen allen gewerkschaftlichen Erfahrungen erneut zum monopolkapitalistischen Weimarer Staat, billigten die sozialdemokratische Koalitionspolitik und setzten die Annahme einer Entschließung durch, in der es hieß: „Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus... Nicht als fernes Zukunftsziel, sondern als täglich fort-

192 Dokument Nr. 55.

193 Was fordert die Opposition vom ADGB-Kongreß? Anträge der revolutionären Gewerkschaftsopposition, (Berlin) 1928, S. 136/137.

194 Dokument Nr. 56.

schreitender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar."[195] Damit versuchten maßgebende Gewerkschaftsführer über die neue Offensive des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse und ihre Rechte hinwegzutäuschen.

Trotz der von den Gewerkschaftsführern verfolgten wirtschaftsfriedlichen Politik und Taktik brach sich dank dem Wirken der revolutionären Gewerkschaftsopposition der Kampfwille der Arbeiter in verschiedenen Tarifbewegungen Bahn. Mehrfach setzten auch die Verbandsleitungen des ADGB gewerkschaftliche Machtmittel zur Verteidigung der Arbeiterinteressen ein. Dies war zunächst in der linksrheinischen Textilindustrie der Fall. Da die Stundenlöhne der Arbeiter hier durchschnittlich nur 60 bis 63 Pfennig und die der Arbeiterinnen nur 43 Pfennig betrugen, forderte der Deutsche Textilarbeiterverband von den Unternehmern, die Stundenlöhne um 15 Pfennig zu erhöhen. Die Textilfabrikanten lehnten dies rundweg ab und sperrten am 29. September im Bezirk München-Gladbach und Rheydt annähernd 45 000 Textilarbeiter, vorwiegend Frauen, rücksichtslos aus, nachdem die Belegschaften der Textilbetriebe in Düren die Arbeit niedergelegt hatten. Ein Zwangsschiedsspruch, der für einen Teil der Textilarbeiter eine fünfprozentige Lohnerhöhung festlegte, führte Ende Oktober 1928 zur Beendigung des Konflikts.

Vom 2. bis 17. Oktober 1928 standen die Bergarbeiter im Waldenburger Elendsgebiet in Niederschlesien im Streik, nachdem es vor allem den kommunistischen Gewerkschaftern gelungen war, die Bergleute für den Streik zu gewinnen. Infolgedessen rief auch der Verband der Bergarbeiter Deutschlands zum Streik für eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung auf. Ein durch den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell für verbindlich erklärter Schiedsspruch, der den Wünschen der Zechenherren weitgehend entsprach, führte hier zum Abbruch des Streiks.

Auch unter den Werftarbeitern verstand es die Gewerkschaftsopposition, die Kampfentschlossenheit so zu fördern, daß der Deutsche Metallarbeiterverband Lohnabkommen und Tarifverträge kündigen und zum Streik aufrufen mußte. Am 1. Oktober 1928 legten 45 000 Werftarbeiter in Flensburg, Hamburg, Kiel, Stettin und anderen Hafen-

[195] Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (3. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes). Abgehalten in Hamburg vom 3. bis 7. September 1928, Berlin 1928, S. 20.

städten für eine Lohnerhöhung von 30 Pfennig und für die 48-Stunden-Woche die Arbeit nieder. Obwohl sie ausgesperrt wurden, harrten sie, ähnlich wie im Frühjahr 1924, über 13 Wochen lang im Streik aus. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition machte sich durch ihr Auftreten in den Betriebsversammlungen, durch Herausgabe von Zeitungen für die Streikenden und materielle Hilfe für unorganisierte Arbeiter um die Festigung der Streikfront verdient.

Dank der Entschlossenheit der kommunistischen Gewerkschafter traten am 17. Oktober 1928 auch die Hamburger Hafenarbeiter in den Ausstand. Schauerleute und Kaiarbeiter wählten Streikleitungen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident verbot aber nicht nur die kommunistische „Hamburger Volkszeitung", sondern auch Versammlungen und Demonstrationen unter freiem Himmel und setzte Polizisten zum Schutz von Streikbrechern ein. Von Unternehmern, Behörden und Gewerkschaftsleitungen als „wild" erklärt, mußte der Hafenarbeiterstreik nach zehn Tagen ergebnislos abgebrochen werden. Hätten die Gewerkschaften den Werftarbeiterstreik entschlossen auf die Hafenarbeiter und die Seeleute ausgedehnt, so hätte das den ausgesperrten Werftarbeitern einen weitgehenden Erfolg ermöglicht. Als ein am 21. Dezember gefällter Schiedsspruch lediglich eine Lohnerhöhung von 5 Pfennig pro Stunde vorsah, entschieden sich in einer Urabstimmung über 90 Prozent der Werftarbeiter für die Fortsetzung des Streiks. Erst als Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell diesen Schiedsspruch am 3. Januar 1929 für verbindlich erklärte, nahmen die Werftarbeiter auf Beschluß des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Arbeit wieder auf.

In diesen proletarischen Wirtschaftskämpfen waren die Parteiorganisationen der KPD, besonders ihre Betriebszellen, ideenreich und unermüdlich tätig, um den Arbeitermassen zu helfen, ihre Tagesforderungen gegenüber den Unternehmerverbänden durchzusetzen. Die kommunistischen Gewerkschafter lernten es immer besser, Streikforderungen aufzustellen. Gemäß den Beschlüssen des IV. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale schlugen sie den streikenden und den ausgesperrten Belegschaften vor, aus den angesehensten Arbeitern – gleich, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, gleich, ob Arbeiter, Arbeiterin oder Jungarbeiter – Streik- oder Kampfleitungen zu wählen. Auf diese Weise wollten sie die Arbeitereinheit festigen und den Einfluß der Arbeiter auf die Verhandlungen der Gewerkschaftsfunktionäre mit den Unternehmern erhöhen. In den Streiks der Werft- und der

Hafenarbeiter konnte die KPD diese Taktik mit gewissem Erfolg im Interesse der Arbeiter verwirklichen.

Die Kraft der KPD reichte jedoch nicht aus, diese Wirtschaftskämpfe eng mit dem antimilitaristischen Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau zu verbinden. Durch zahlreiche schikanöse Maßnahmen erschwerten die Staatsbürokratie und die Polizei die Unterschriftensammlung. In Landgemeinden lagen die Einzeichnungslisten nicht selten in den Wohnungen der Bürgermeister oder gar auf den Polizeiwachen aus, und auch dies häufig nur einige Tage. Keine Partei außer der KPD unterstützte das Volksbegehren. Daher wurde jede Unterschrift dafür in der Tat zu einem offenen Bekenntnis für die Kommunistische Partei.

Statt der für einen Volksentscheid notwendigen 4,1 Millionen Wahlberechtigten zeichneten sich in der Zeit vom 3. bis 16. Oktober 1928 nur 1,2 Millionen in die Listen des Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau ein. Da es der Parteivorstand der SPD vermocht hatte, die Mitglieder und die Anhänger der Sozialdemokratie vom Volksbegehren fernzuhalten, drückte dieses Ergebnis bei weitem nicht den Umfang der antimilitaristischen Bewegung aus. Trotzdem hatte das Volksbegehren erhebliche Bedeutung, denn es verstärkte die antimilitaristischen Stimmungen im Volke und bewies erneut, daß die KPD die einzige Partei in Deutschland war, die sich dem Militarismus und der Aufrüstung unnachgiebig entgegenstellte.

Der unbefriedigende Ausgang des Volksbegehrens lag aber auch darin begründet, daß es überstürzt und ohne genügende Vorbereitung eingeleitet worden war. Außerdem behinderten die rechtsopportunistischen Kräfte, die in der KPD immer offener als Fraktion auftraten, ernsthaft die Massenarbeit der Partei. Die Gruppe der Versöhnler im Zentralkomitee erschwerte die grundsätzliche ideologische Auseinandersetzung mit den Anhängern Heinrich Brandlers. Die Versöhnler grenzten sich zwar in Worten von ihnen ab, leisteten ihnen aber in der Tat unmittelbar Schützenhilfe. So nutzten sie die nahe Bekanntschaft Ernst Thälmanns mit dem ehemaligen Politischen Sekretär der Bezirksleitung der KPD Wasserkante, John Wittorf, der sich der Unterschlagung von Parteigeldern schuldig gemacht hatte, aus, um Ernst Thälmann mit dieser Verfehlung ungerechtfertigt in Verbindung zu bringen. In Abwesenheit einiger leitender Funktionäre gelang es den Versöhnlern, das Zentralkomitee am 26. September 1928 mit dieser unhaltbaren Anschuldigung zu überrumpeln und den unbegründeten

Beschluß herbeizuführen, Ernst Thälmann vorübergehend von seinen Funktionen zu entbinden. Dieser Angriff auf die Einheit der Partei wurde von der Reaktion gerade in der Zeit des Volksbegehrens eifrig ausgenutzt, um die KPD zu verleumden.

Als die Parteimitglieder von dem Beschluß des Zentralkomitees erfuhren, verurteilten sie ihn in Versammlungen der Grundorganisationen und der Funktionäre mit überwiegender Mehrheit. Der Einspruch des EKKI, der Protest von Fritz Heckert, Walter Ulbricht und anderen Mitgliedern der Parteiführung, die an der Sitzung des Zentralkomitees nicht teilgenommen hatten, sowie vieler Bezirksleitungen machten der Mehrheit des Zentralkomitees bald bewußt, welchen schweren politischen Fehler sie begangen hatte. Der Versuch der Versöhnler, die Parteiführung zu ändern, wurde abgewehrt; die kompromißlose Auseinandersetzung mit den Rechten und den Versöhnlern aber war unausweichlich geworden, wenn die Einheit und die Geschlossenheit der Partei gewahrt werden sollte.

Die 2. Parteikonferenz der KPD, die am 3. und 4. November 1928 in Berlin tagte, stimmte den Beschlüssen des VI. Weltkongresses gegen vier Stimmen zu; sie billigte die Politik des von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitees und verurteilte die Handlungsweise der Rechten und der Versöhnler. In den folgenden Wochen wurde die rechte Fraktion in der Partei mit Hilfe des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, das sich mit einem Offenen Brief an die Mitglieder der KPD wandte, auch in den Bezirken und Parteiorganisationen, in denen die Anhänger Heinrich Brandlers größeren Einfluß besaßen, ideologisch und organisatorisch geschlagen.

Da die rechtsopportunistischen Kreise trotz aller Warnungen der Partei nicht von ihrer parteifeindlichen Tätigkeit abließen, sondern als Fraktion auftraten, eigene Zeitungen und Druckschriften herausgaben und einen zügellosen Kampf gegen die Parteiführung eröffneten, wurden Heinrich Brandler, Paul Frölich, Erich Hausen, Hans Tittel, August Thalheimer, Jacob Walcher und andere aus den Reihen der Kommunisten ausgeschlossen. Die Anhänger Heinrich Brandlers gründeten am 30. Dezember 1928 die sogenannte Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition). Doch es gelang ihnen nicht, die Einheit und Geschlossenheit der KPD zu zerstören und Masseneinfluß zu erlangen. Treffend wurde die KPD(O) von den revolutionären Arbeitern KP-Null genannt.

Arthur Ewert und andere Parteimitglieder, die zunächst eine ver-

söhnlerische Haltung eingenommen hatten, bewährten sich in den schweren Jahren des Faschismus als standhafte Kommunisten. Auch manche Parteimitglieder, die sich der KPD (Opposition) angeschlossen hatten, fanden später mit Hilfe der kommunistischen Parteiorganisationen den Weg in die Reihen der Partei zurück.

Nach dem 11. Parteitag nahm die ideologische Reife der Parteimitglieder bedeutend zu, woran der Aufbau eines einheitlichen Systems der Parteischulung großen Anteil hatte. In den Elementarkursen, denen die „Elementarbücher des proletarischen Klassenkampfes" zugrunde lagen, erörterten die Parteimitglieder die Beschlüsse des 11. Parteitages, Fragen der Gewerkschaftspolitik und des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg. In Bezirks- und Reichsparteischulkursen konnten Parteifunktionäre mehrere Wochen lang ihr politisches Wissen erweitern. In ihrer Propagandaarbeit bemühte sich die Partei, die Verbreitung der marxistisch-leninistischen Theorie eng mit der Lösung der Parteiaufgaben zu verbinden. Dafür setzte sich besonders Hermann Duncker immer wieder ein.

Bedeutende Leistungen konnte die Partei in diesem Zeitraum bei der Herausgabe der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus erreichen. 1927 erschien mit W. I. Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus" der 13. Band seiner Sämtlichen Werke als erster Band der deutschen Ausgabe. In der von Hermann Duncker herausgegebenen Reihe „Elementarbücher des Kommunismus" und in der „Marxistischen Bibliothek" erschienen seit Jahren marxistisch-leninistische Grundwerke, unter anderen W. I. Lenins Arbeiten „Staat und Revolution" und „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus". So vollbrachte die KPD in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus eine große Leistung bei der Veröffentlichung und Popularisierung der Werke von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin.

Bei der Aneignung und Verbreitung des Marxismus-Leninismus wurde die KPD vom Marx-Engels-Institut beim ZK der KPdSU(B) brüderlich unterstützt. Die von ihm herausgegebene, auch in deutscher Sprache erschienene Zeitschrift „Marx-Engels-Archiv" druckte 1927 das Werk „Dialektik der Natur" von Friedrich Engels ab. Ein bedeutendes wissenschaftliches Ereignis war das Erscheinen des ersten Bandes der „Historisch-Kritischen Gesamtausgabe" der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels, MEGA genannt. Mit der Herausgabe des Gesamtwerkes von Karl Marx und Friedrich Engels sowie der Werke

W. I. Lenins erfüllte die KPdSU(B) eine wichtige Aufgabe von internationaler Bedeutung und setzte den Begründern des wissenschaftlichen Kommunismus ein würdiges Denkmal.

In der Zeit nach dem Essener Parteitag verbesserte sich auch die kulturpolitische Führungstätigkeit der KPD grundlegend. Unter Leitung des Zentralkomitees vereinten sich die dem Proletariat verbundenen Kräfte der kulturschöpferischen Intelligenz in proletarischen Kulturorganisationen, mit deren Hilfe die Partei die dringendsten kulturpolitischen Aufgaben löste. Das beim Zentralkomitee bestehende graphische Atelier, das unter Leitung von Max Keilson die für die Agitation und Propaganda notwendigen gebrauchsgraphischen und anderen künstlerischen Arbeiten ausführte, war der Sammelpunkt für die auf dem Gebiet der bildenden Kunst arbeitende Gruppe revolutionärer Künstler. Um dieses Atelier scharten sich allmählich jene künstlerischen Kräfte, die in unmittelbarer Verbindung mit dem täglichen Kampf der Partei wirkten und von ihr künstlerische Aufträge erhielten. Hier begannen Diskussionen über eine Organisation der revolutionären bildenden Künstler, um die Prinzipien und Ziele einer solchen Vereinigung. Im März 1928 schlossen sich die der Arbeiterklasse nahestehenden bildenden Künstler zur Assoziation revolutionärer bildender Künstler Deutschlands (ARBKD) zusammen. Das war insbesondere das Verdienst von Alfred Beier, des ungarischen Kunstkritikers Alfréd Kemény (Durus), von Franz Edwin Gehrig-Targis, John Heartfield, Max Keilson, Heinz Tichauer, Heinrich Vogeler, Günther Wagner, der ungarischen kommunistischen Künstler Sándor Ék und Jolán Szilágyi-Szamuely; sie alle leisteten einen wichtigen Beitrag zum Werden einer proletarisch-revolutionären Kunst in Deutschland. Den Vorsitz der Künstlervereinigung übernahm Max Keilson.

Nach ihrem Statut strebte die Vereinigung den Zusammenschluß aller revolutionär gesinnten bildenden Künstler an und stellte sich das Ziel, ihre Kunst, ungeachtet verschiedener Gestaltungsweisen und im Gegensatz zu den auf bestimmte Stilrichtungen festgelegten bürgerlichen Künstlerverbänden, in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen. Kurze Zeit nach der Gründung der Assoziation entstanden Ortsgruppen der Vereinigung. Eine von ihnen wurde unter Führung von Herbert Gute und unter maßgeblicher Beteiligung von Otto Griebel, Hans und Lea Grundig, Eugen Hoffmann und Otto Winkler in Dresden, eine andere unter Leitung von Alfred Frank und Kurt Maßloff in Leipzig gegründet. In der ersten Zeit ihres Wirkens

bestimmten noch einige enge Auffassungen die künstlerische und politische Tätigkeit der revolutionären bildenden Künstler. In dem Maße, in dem sie derartige Ansichten überwanden, dehnten sie ihren Wirkungsbereich aus und gewannen Einfluß auf viele Künstler, die noch bürgerliche Anschauungen hatten. In den folgenden Jahren wuchs die Assoziation revolutionärer bildender Künstler zu einer beachtlichen Organisation an, deren Mitglieder wesentliche Grundlagen für eine sozialistisch-realistische bildende Kunst schufen.

Auch für die Entwicklung der proletarisch-revolutionären Literatur war die Verwirklichung der Beschlüsse des 11. Parteitages sehr bedeutungsvoll. Die proletarische Feuilleton-Korrespondenz – von Johannes R. Becher unter Leitung der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der KPD herausgegeben, um die Parteipresse mit fortschrittlichen Literaturbeiträgen zu versorgen – wurde zum ersten geistigen und organisatorischen Sammelpunkt der schreibenden Arbeiter und brachte sie in engere Verbindung mit den proletarisch-revolutionären Schriftstellern. Angeregt durch den I. Internationalen Kongreß revolutionärer Schriftsteller, der zum 10. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Oktober 1927 in Moskau stattgefunden hatte, und durch die Tätigkeit der sowjetischen Schriftstellerorganisation, gründeten kommunistische Schriftsteller am 19. Oktober 1928 in Berlin den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands, der in seine Reihen sowohl revolutionäre Schriftsteller als auch schreibende Arbeiter aufnahm. Zu den ersten Mitgliedern des Bundes gehörten Alexander Abusch, Johannes R. Becher, Willi Bredel, Andor Gábor, Emil Ginkel, Otto Gotsche, Karl Grünberg, Kurt Kläber, Berta Lask, Hans Lorbeer, Hans Marchwitza, Ludwig Renn, Anna Seghers, Slang (Fritz Hampel), Erich Weinert, F. C. Weiskopf, Friedrich Wolf, Max Zimmering und Hedda Zinner. Vorsitzender des Bundes und Redakteur der „Linkskurve", der Zeitschrift des Bundes, wurde Johannes R. Becher, dessen kulturpolitische Tätigkeit mit der gesamten proletarisch-revolutionären Literaturentwicklung in vielfältiger Weise verknüpft war.

Der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, der 1932 etwa 500 Mitglieder zählte, richtete seine Tätigkeit darauf, alle revolutionären Literaturschaffenden in seinen Reihen zu vereinen und eine Literatur zu fördern, die, wie es im Entwurf eines Aktionsprogramms des Bundes hieß, „Herz und Hirn der Arbeiterklasse und der breiten werktätigen Massen für die Aufgaben des Klassenkampfes, für die Vor-

bereitung der proletarischen Revolution gewinnt, entwickelt und organisiert"[196]. Als Schriftstellerverband war der Bund hervorragend an der Entwicklung der proletarisch-revolutionären Literatur und der Ausprägung eines neuen Typs von Schriftstellern beteiligt, die sich als Parteischriftsteller im Sinne W. I. Lenins bewußt dazu bekannten, „daß ihr Schaffen eine Waffe der Agitation und Propaganda im Klassenkampf sein"[197] sollte. Die oft leidenschaftlich geführten theoretischen Auseinandersetzungen über besondere Wesenszüge der proletarisch-revolutionären Dichtung, um „Tendenzliteratur" und „Parteiliteratur" präzisierten die ideologisch-ästhetischen Positionen der proletarisch-revolutionären Schriftsteller. Sie grenzten sich von reformistischen und bürgerlichen „Arbeiterschriftstellern" ab, beachteten dabei allerdings zu wenig die notwendige kulturelle und kulturpolitische Zusammenarbeit mit humanistischen Schriftstellern.

Nach dem 11. Parteitag der KPD konnten auch der Volksfilmverband, der Arbeiterradiobund und andere kleinere Kulturorganisationen Fortschritte erzielen. Vor allem traf dies für den Arbeiter-Theater-Bund Deutschlands zu. Zum Vorsitzenden dieser Organisation wurde 1928 Arthur Pieck gewählt. Unter seiner Leitung entwickelte sich der Bund zu einem wichtigen Zentrum für die Agitpropgruppen, zu deren bekanntesten „Das rote Sprachrohr", „Die roten Raketen" und „Die rote Schmiede" gehörten. Sie traten mit neuen Formen der künstlerisch-politischen Massenarbeit in der Öffentlichkeit auf und hatten dabei außerordentlichen Erfolg. Allein in den Jahren 1928 und 1929 spielten rund 200 Agitpropgruppen – von einigen Schriftstellern, Komponisten und Schauspielern, vor allem von Hanns Eisler, Gustav von Wangenheim und Friedrich Wolf unterstützt – vor etwa vier Millionen Zuschauern. Als wirksame Form der Massenpropaganda wurde ihr Spiel auch für die Entwicklung der proletarisch-revolutionären Dramatik bedeutsam.

196 Entwurf eines Aktionsprogramms des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands. Zit. nach: Elisabeth Simons: Zur Tätigkeit des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands (1928–1933). Phil. Diss., Berlin 1960, Anhang S. 3.

197 Ebenda, S. 4.

3. Der Widerstand der Metallarbeiter im Ruhrgebiet gegen die Aussperrung. Die Abwehr der Maiprovokation 1929

Ende 1928 und Anfang 1929 wurde deutlicher sichtbar, daß die Hochkonjunktur abflaute. Die Investitionen in der Industrie gingen rapide zurück. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von November 1928 bis Februar 1929 von 1,6 auf über 3 Millionen. Die im Reparationsjahr 1928/1929 fälligen Zahlungen in Höhe von 2,5 Milliarden RM, von denen allein 1,25 Milliarden RM aus dem Reichshaushalt zu leisten waren, und die Zinsen und Tilgungsbeträge für die ausländischen Darlehen lasteten immer drückender auf dem Volke. Der Fehlbetrag im Staatshaushalt wuchs; die finanzielle Lage des Reiches wurde angespannter.

Angesichts dieser Lage gelangten entscheidende Kreise des deutschen Finanzkapitals zu der Ansicht, daß die Zeit für den Übergang zu einer Politik des Abbaus der bürgerlich-parlamentarischen Verhältnisse, zur Anwendung diktatorischer Herrschaftsformen und für eine aggressive Außenpolitik gekommen sei. In den bürgerlichen Parteien gewannen die reaktionärsten Kräfte an Boden. Symptomatisch dafür war die Übernahme der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei durch Alfred Hugenberg am 20. Oktober 1928. Im Dezember des gleichen Jahres wurde der päpstliche Prälat Ludwig Kaas Vorsitzender des Zentrums.

Die Unternehmerverbände setzten die Reichsregierung unter Druck und verlangten von ihr erneut Maßnahmen, die die „Wirtschaft" steuerlich weiter entlasten und die sozialen Ausgaben noch mehr einschränken sollten. Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum machten ihre weitere Mitarbeit im Kabinett von der Erfüllung derartiger Forderungen abhängig; die Koalitionsregierung drohte zu zerfallen. Die Führungsgremien der Sozialdemokratie wichen jedoch vor den bürgerlichen Parteien zurück. Der von Finanzminister Rudolf Hilferding für das Haushaltsjahr 1929/1930 vorgelegte Etatentwurf sah eine weitere Senkung der Besitzsteuern und eine Erhöhung der steuerlichen Belastung der Volksmassen vor; allein der Ertrag aus den Tabak-, Bier- und Zuckersteuern sollte um 220 Millionen RM steigen.

Auch auf außenpolitischem Gebiet machte sich die Hermann-Müller-Regierung die Forderungen der entscheidenden Kreise des Finanzkapitals zu eigen. Mehrfach forderte sie eine Revision des Dawes-

Planes zugunsten des deutschen Imperialismus. Nach einem Ersuchen der Reichsregierung vereinbarten Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan am 16. September 1928 die Eröffnung offizieller Verhandlungen über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes und die Einberufung einer neuen Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage. Ein unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Owen D. Young stehender Sachverständigenausschuß, der am 11. Februar 1929 seine Tätigkeit aufnahm, sollte Vorschläge für eine „endgültige" Lösung des Reparationsproblems ausarbeiten. Als bevollmächtigte deutsche Vertreter für die Verhandlungen entsandte die sozialdemokratisch geführte Regierung den Präsidenten der Reichsbank Hjalmar Schacht, den Vorsitzenden des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke Albert Vögler und weitere Finanzkapitalisten nach Paris. Am 7. Juni 1929 übergaben die Sachverständigen ihre Vorschläge für eine neue Reparationsreglung, den sogenannten Young-Plan, den beteiligten Regierungen.

Obwohl die sozialdemokratischen Minister den Wünschen des Finanzkapitals weitgehend zu entsprechen suchten, genügte dies den reaktionärsten Gruppierungen des Finanzkapitals nicht. Die Kreise um Emil Kirdorf, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Hjalmar Schacht, Fritz Thyssen und Albert Vögler begannen, auf die Beseitigung der Müller-Regierung Kurs zu nehmen, und faßten den Abbau der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung ins Auge. Der Chefredakteur der diesen Kreisen nahestehenden „Deutschen Allgemeinen Zeitung" schrieb unverblümt, daß es notwendig sei, ein Kabinett zu bilden, das „für den Reichstag über die Auflösungsorder verfügen" und mit „einem Ermächtigungsgesetz ... die vordringlichsten Aufgaben" meistern müßte.[198] Entscheidende Teile der Monopolbourgeoisie hielten jedoch – nicht zuletzt, um die außenpolitischen Verhandlungen erfolgreich abzuschließen – zunächst noch an der Großen Koalition fest. Demgegenüber förderten die hinter Alfred Hugenberg stehenden extrem antidemokratischen Kreise des Monopolkapitals, die Herren von Kohle, Stahl und Eisen, immer stärker die Nazipartei. Erhebliche finanzielle Zuwendungen ermöglichten es den Hitlerfaschisten, die Zahl und die Auflagen ihrer Zeitungen zu erhöhen und die SA als Terrororganisation auszubauen. Mit ihrer nationalen und sozialen Demagogie gelang es der faschistischen Partei, 1929 in den kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land zunehmend Einfluß zu gewinnen.

198 Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin), 4. März 1929.

Die KPD machte auf die gefährliche Rechtsentwicklung innerhalb der herrschenden Klasse eindringlich aufmerksam. In einer Reichstagsrede am 14. November 1928 betonte Walter Ulbricht, daß „das deutsche Trustkapital sich mit dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis und mit den gegenwärtigen Profiten nicht zufrieden gibt, sondern mehr Macht, mehr Profit haben will“[199]. Dies spiegelten die Ereignisse im großen Nordwestkampf an Rhein und Ruhr im November und Dezember 1928 eindeutig wider.

Seit Monaten gärte es in den Belegschaften der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie; denn hier waren die Löhne hinter den steigenden Lebenshaltungskosten besonders weit zurückgeblieben, und Arbeitszeiten über acht Stunden waren immer noch die Regel. Die Metallarbeiter unterstützten die von den kommunistischen Gewerkschaftern aufgestellten Forderungen: 15 Pfennig Lohnerhöhung, Achtstundentag und Dreischichtensystem, so nachdrücklich, daß sich sowohl der freigewerkschaftliche als auch der christliche Metallarbeiterverband und sogar der unternehmerhörige Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter gezwungen sahen, zum 31. Oktober 1928 die Lohntarife zu kündigen. Obwohl die Ruhrindustriellen zu keinem Zugeständnis bereit waren, traf die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes kaum Vorbereitungen für einen machtvollen Wirtschaftskampf, sondern versteifte sich auf Schlichtungsverhandlungen. Ein staatlicher Schiedsspruch enttäuschte selbst die geringsten Hoffnungen der Arbeiter; denn er sah für die meisten Beschäftigten lediglich Lohnerhöhungen von zwei Pfennig vor, während die Arbeitszeit im wesentlichen nicht verkürzt werden sollte.

Der Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wies aber sogar diesen Schiedsspruch zurück und bereitete sich darauf vor, dem Ruhrproletariat eine Niederlage zuzufügen, um damit Voraussetzungen für einen allgemeinen Abbau der Löhne zu schaffen. Aus diesem Grunde verweigerten die Scharfmacher an der Ruhr jedes Zugeständnis; sie lehnten auch den von Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell am 31. Oktober 1928 für verbindlich erklärten Schiedsspruch rundweg ab und sperrten am 1. November 213 000 Metallarbeiter rücksichtslos aus. Die Vorstände des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der

[199] Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode. Bd. 423. Stenographische Berichte (von der 1. Sitzung am 13. Juni 1928 bis zur 40. Sitzung am 4. Februar 1929), Berlin 1929, S. 315.

Deutschen Arbeitgeberverbände erklärten, sie würden das Vorgehen der Stahlindustriellen mit allen Mitteln unterstützen. Anstatt dieser Herausforderung der Monopolherren entschlossen zu begegnen und die Belegschaften zum Kampf für ihre Forderungen aufzurufen, vertröstete die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Ausgesperrten weiter auf die Hilfe des Staates und versicherte den Konzernherren, sie sei auf der Grundlage des staatlichen Schiedsspruchs jederzeit zu Verhandlungen bereit.

Die KPD tat alles, was in ihren Kräften stand, um den Widerstand der Metallarbeiter gegen die Aussperrung zu entfachen. Politischer Sekretär der Bezirksorganisation der KPD des Ruhrgebietes war Wilhelm Florin. Dieser hervorragende Führer des Ruhrproletariats war am 16. März 1884 in Köln geboren worden. Nachdem er den Beruf eines Schlossers erlernt hatte, arbeitete er als Nieter in Waggonfabriken und Werften. In diesen Betrieben lernte er die kapitalistische Ausbeutung kennen und nahm an Streiks teil. Mit 17 Jahren trat Wilhelm Florin dem Deutschen Metallarbeiterverband bei. Im ersten Weltkrieg leistete er mutig antimilitaristische Arbeit. Als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der er sich 1918 angeschlossen hatte, wurde er in der Novemberrevolution in den Kölner Arbeiter-und-Soldaten-Rat gewählt. In dieser Zeit sammelte er reiche revolutionäre Erfahrungen, die ihn befähigten, zur Vereinigung der USPD mit der KPD im Bezirk Mittelrhein führend beizutragen. Als Sekretär der Parteiorganisation der KPD Mittelrhein war er 1923 einer der Organisatoren des nationalen Widerstandes an der Ruhr, des Generalstreiks zum Sturz der Regierung Cuno und des Abwehrkampfes gegen die Separatisten. Nach dem Oktober 1923 setzte Wilhelm Florin die Parteiarbeit in der Illegalität fort; auf dem 9. Parteitag wurde er in die Zentrale der KPD gewählt. Danach übte er verschiedene zentrale Parteifunktionen aus, unter anderem leitete er als Politischer Sekretär die Parteiorganisation des Bezirks Groß-Thüringen und seit November 1925 die des Ruhrgebietes. Als Mitglied des Zentralkomitees erwarb er sich beträchtliche Verdienste um die marxistisch-leninistische Entwicklung der KPD.

Unter Leitung Wilhelm Florins, dem Albert Funk, Paul Merker, Max Reimann und viele andere Kommunisten zur Seite standen, waren die Parteiorganisationen der KPD bestrebt, die ausgesperrten Arbeiter zusammenzufassen und ihre Widerstandskraft zu erhöhen, um die Schwerindustriellen zur Annahme der Arbeiterforderungen zu zwin-

gen. In vielen Versammlungen hörten die Arbeiter auf die Worte der Kommunisten und wählten Kampfleitungen, in denen neben Kommunisten und Sozialdemokraten auch parteilose, gewerkschaftlich organisierte und unorganisierte Arbeiter sowie Arbeiterinnen und Jungarbeiter vertreten waren. Dadurch war es möglich, einen erheblichen Teil der etwa 170 000 Unorganisierten in die Abwehrfront einzubeziehen. Gleichzeitig warben die Kommunisten intensiv Mitglieder für die Verbände des ADGB und arbeiteten auch in den vom Deutschen Metallarbeiterverband gebildeten Kampfleitungen mit. Abteilungen des RFB schützten Versammlungen der Ausgesperrten; Agitpropgruppen leisteten eine wirksame Massenagitation, und die Internationale Arbeiterhilfe half auch hier Tausenden der Ausgesperrten und ihren Familien mit Lebensmitteln. 51 Küchen gaben täglich durchschnittlich 38 000 Portionen Essen aus, insgesamt etwa 750 000; 2300 Kinder konnten zur Erholung verschickt werden. So trugen die Kommunisten in hervorragender Weise dazu bei, die Geschlossenheit der Ausgesperrten zu festigen und „dem an sich wirtschaftlichen Kampf einen allgemein politischen, gegen die Politik der Reichsregierung gerichteten Charakter“[200] zu verleihen, wie in einem Bericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung zugegeben werden mußte.

Im Reichstag und im Preußischen Landtag vertraten Wilhelm Florin, Siegfried Rädel, Paul Schwenk, Walter Stoecker, Walter Ulbricht und andere Abgeordnete der KPD beharrlich und konsequent die Interessen der Arbeiter an Rhein und Ruhr. Die Abgeordneten der KPD setzten sich für staatliche Unterstützung der Ausgesperrten auf Kosten der Monopole in Höhe von 30 RM pro Woche ein. Dieser Antrag wurde jedoch ebenso wie ein weiterer – nach dem die Ausgesperrten Unterstützungssätze in Höhe der Arbeitslosenversicherung erhalten sollten – von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt. Da aber auch die sozialdemokratische Fraktion und sogar das Zentrum für die Ausgesperrten staatliche Unterstützung beantragt hatten, beschloß der Reichstag schließlich, die Reichsregierung zu ermächtigen, den Gemeinden nach Vereinbarung mit der preußischen Regierung Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Ausgesperrten nachkommen könnten.

Wie die KPD und die SPD brandmarkten auch linksstehende Intel-

200 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, 17/276, Bl. 80.

lektuelle das rücksichtslose Machtstreben der Konzernherren. So hieß es in dem Gedicht „Aussperrung" von Kurt Tucholsky:

Durchs Rheinland zieht es brausend –
sie haben Zweihunderttausend
aus den Fabriken gezerrt.
Wir stehen hier und darben;
es blühn die I.G. Farben –
Vater ist ausgesperrt.

Wir sind dazu da, um später
an Stelle unserer Väter
an den gleichen Schraubstock zu gehn.
Großmutter, sag es den Kleinen:
sie sollen vor Hunger nicht weinen,
sie sollen geradestehn –!

Mit Vater und dem ganzen Chor:
Brüder!
Zum Licht, zur Freiheit empor –![201]

Die zentrale Kampfleitung der Ausgesperrten wandte sich mehrfach an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands und den ADGB mit dem Vorschlag, die Berg-, Transport-, Elektrizitäts-, Gemeinde- und Staatsarbeiter in die Abwehrfront einzubeziehen und das rheinisch-westfälische Proletariat in den Generalstreik zu führen. Damit wären die Aussichten auf einen erfolgreichen Abschluß des Widerstandes gegen die Hüttenindustriellen wesentlich gestiegen. Der Deutsche Metallarbeiterverband wich jedoch vor solchen Konsequenzen zurück und widersetzte sich einer Ausweitung der Kampffront gegen das Monopolkapital. Leitende Funktionäre des Verbandes führten statt dessen geheime Verhandlungen mit Ernst Poensgen und Fritz Springorum als Vertretern der Ruhrindustrie und einigten sich mit ihnen, die Auseinandersetzung in der Hüttenindustrie auf der Grundlage eines neuen Schiedsspruchs zu beenden. In der Reichsregierung drohte Wirtschaftsminister Julius Curtius mit seinem Rücktritt, falls den Wünschen der „Wirtschaft" nicht entsprochen werde. Tatsächlich dauerte es auch nicht lange, bis der von Rudolf Wissell gefällte Schiedsspruch für ungültig erklärt und Carl Severing als Sonderschlichter eingesetzt wurde. Nach-

[201] Kurt Tucholsky: Ausgewählte Lyrik und Prosa. Zusammenstellung und Vorw. von Walther Victor, o. O. 1952, S. 367.

dem dies geschehen war, hob der Unternehmerverband die Aussperrung auf. Die Leitung des Metallarbeiterverbandes rief die Arbeiter auf, in die Betriebe zurückzukehren und dem Schiedsspruch des sozialdemokratischen Ministers, des „Metallarbeiters" Carl Severing, zu vertrauen.

Die Zentrale Kampfleitung wandte sich an den Bezirksausschuß des ADGB in Düsseldorf, den Widerstand gegen die Aussperrung in einen Streik umzuwandeln und die Berg-, Transport-, Elektrizitäts-, Gemeinde- und Staatsarbeiter, die ebenfalls vor einer Lohnbewegung standen, zur Unterstützung der Metallarbeiter in den Streik zu führen. Dadurch sollte verhindert werden, daß die Hüttenarbeiter um den Erfolg ihres hartnäckigen Widerstandes gebracht würden. Nachdem der Bezirksausschuß des ADGB jedoch diesen Vorschlag abgelehnt und die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes die Metallarbeiter aufgerufen hatte, die Arbeit wiederaufzunehmen, empfahl auch die Zentrale Kampfleitung den Belegschaften, in die Betriebe zurückzukehren, um die Isolierung der aktivsten Arbeiter von den Massen ihrer Arbeitskollegen zu vermeiden. Alle Hoffnungen der Arbeiter, Carl Severing werde ihre Interessen verfechten, wurden bitter enttäuscht, denn sein bis August 1930 befristeter Schiedsspruch war noch ungünstiger als der vorhergehende. Nur kleine Arbeitergruppen erhielten geringe Lohnerhöhungen, die langen Arbeitszeiten blieben unverändert.

Während Anfang 1929 die sächsischen und thüringischen Textilarbeiter im Streik standen, schufen 1700 Hennigsdorfer Stahl- und Walzwerker ein neues Beispiel proletarischen Heldentums. Vorbildlich von der Betriebszelle der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition unterstützt, wehrten sie sich unter Führung einer demokratisch gewählten Kampfleitung von Januar bis April 1929 gegen die Versuche der Konzerndirektion, die Löhne herabzusetzen. Berliner Arbeiter, werktätige Bauern und Gewerbetreibende von Hennigsdorf und Umgebung solidarisierten sich mit den Streikenden und erwiesen ihnen vielfältige materielle und moralische Hilfe. Obwohl sich die Mehrheit der Belegschaft noch Anfang April für die Weiterführung des Kampfes aussprach, forderte die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Berlin den Abbruch des Streiks. Dies untergrub das einheitliche Handeln der Hennigsdorfer Arbeiter und trug dazu bei, daß dem vierzehnwöchigen Kampf kein Erfolg beschieden war.

Im Vergleich zu den Vorjahren stieg die Zahl der Streiks und Aus-

sperrungen 1928 sprunghaft an. Gingen dem Kapital 1926 lediglich 1,3 Millionen Arbeitstage verloren, so waren es nach der amtlichen Statistik 1927 bereits 6 und 1928 über 20 Millionen Arbeitstage. Diese Zahlen belegen überzeugend, wie sehr sich der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verschärft hatte. Selbst für geringe Lohnforderungen und die Wiedereinführung des Achtstundentages mußten die Arbeiter und Angestellten in diesen angeblich goldenen zwanziger Jahren aufopferungsvoll und hartnäckig kämpfen.

Die Betriebszellen der KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition förderten 1928 und Anfang 1929 in hohem Maße die Bereitschaft und die Fähigkeit großer Schichten der Arbeiterklasse, durch kraftvolle Wirtschaftskämpfe ihre Lebenslage weiter zu verbessern und ihre sozialen Rechte zu verteidigen. Vor allem im Nordwestkampf war es der KPD gelungen, den proletarischen Widerstand gegen den Angriff der Schwerindustrie in hervorragender Weise zu beeinflussen und große Teile der unorganisierten Arbeiter gemeinsam mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in die Abwehrfront einzubeziehen.

Die proletarischen Wirtschaftskämpfe hatten erneut bewiesen, wie wichtig es für die erfolgreiche Vertretung der Forderungen der Belegschaften gegenüber den Unternehmern war, daß die Betriebsräte als konsequente Interessenvertretungen der Arbeiter und Angestellten auftraten. Um die Rolle der Betriebsräte bei der Organisierung der Arbeiterkämpfe noch mehr zu erhöhen, beschlossen das Zentralkomitee der KPD und eine Reichsparteiarbeiterkonferenz im Januar 1929, daß sich die kommunistischen Gewerkschafter bei den bevorstehenden Betriebsrätewahlen für die demokratische Aufstellung der Kandidatenlisten in Belegschafts- und in Gewerkschaftsversammlungen einsetzen sollten, da die Wahlvorschläge bislang in der Regel nur von einem kleinen Kreis von Gewerkschaftsfunktionären aufgestellt worden waren. Auf die Wahllisten sollten nicht nur Mitglieder des ADGB, sondern auch angesehene unorganisierte Arbeiter und Vertreter anderer Gewerkschaftsrichtungen aufgenommen werden, damit die Betriebsräte noch wirksamer zur Einigung der Arbeiter in den Betrieben beitragen könnten. Falls eine demokratische Aufstellung der Kandidatenliste aber trotz aller Anstrengungen nicht möglich sein sollte, sollten die kommunistischen Gewerkschafter eigene Wahlvorschläge einreichen. In den etwa 150 Betrieben, in denen dies im Frühjahr 1929 geschah, errang die revolutionäre Gewerkschaftsopposition einen bedeutenden Wahlerfolg. Sie gewann in den Betriebsräten wichtiger

Großbetriebe die Mehrheit, so in Werken der AEG und des Siemens-Konzerns in Berlin, in der Berliner Verkehrs-AG, in den Leunawerken, auf der Hamburger Werft Blohm & Voß, im Bochumer Verein für Bergbau- und Gußstahlfabrikation und in verschiedenen oberschlesischen Kohlengruben; einflußreiche Positionen errangen Kommunisten auch in den Betriebsräten des Jenaer Zeiß-Werkes, in den Farbwerken Höchst, in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen sowie in den Opel-Werken in Rüsselsheim. Diese Ergebnisse der Betriebsrätewahlen bestätigten, daß es die KPD vermocht hatte, ihren Einfluß im Industrieproletariat, besonders in Berlin und im Ruhrgebiet, seit dem 11. Parteitag wesentlich zu erweitern.

An all diesen Bewegungen nahmen auch viele Frauen tatkräftig Anteil. Den Beschlüssen des 11. Parteitages entsprechend, leistete die KPD eine umfangreiche Arbeit zur Gewinnung der Frauen für den proletarischen Klassenkampf. Dabei wandten die Parteiorganisationen verschiedene Formen und Methoden an. Zweimal monatlich erschien die Zeitschrift „Die Kommunistin". Seit November 1926 gab die KPD eine weitere Frauenzeitschrift – „Die Kämpferin" – heraus; alle größeren Bezirkszeitungen brachten regelmäßig Beilagen, die sich besonders an die Frauen wandten. Außerdem veröffentlichte die KPD Broschüren und andere Materialien, die sich mit Fragen der Gleichberechtigung der Frau, des Mutter- und Kinderschutzes und anderen Problemen beschäftigten. Diese Tätigkeit der KPD trug dazu bei, daß sich werktätige Frauen in steigendem Maße an den Aktionen der Arbeiterklasse beteiligten. Daran hatte auch der im November 1925 gegründete Rote Frauen- und Mädchenbund Anteil, dessen Leitung in den Händen von Helene Overlach lag.

Einige leitende Kommunisten überbewerteten jedoch den Aufschwung der sozialen Kämpfe der Arbeiterklasse. Dies war beispielsweise der Fall, wenn Heinz Neumann – Kandidat des Zentralkomitees und stellvertretender Chefredakteur der „Roten Fahne" – und andere von einer „kurzen Perspektive" bis zu neuen entscheidenden Kämpfen um die politische Macht sprachen. Diese falsche – vom EKKI kritisierte – Einschätzung der Lage trug dazu bei, einige sektiererische Einengungen in der Politik der KPD zu verstärken. So richtig es war, daß sich die Partei um die Einbeziehung der unorganisierten Arbeiter in die Wirtschaftskämpfe sorgte und diese nach Kräften zu beeinflussen suchte, so war es doch verfehlt, wenn sich daraus ein allgemeiner Kurs auf die selbständige Organisierung von Wirtschaftskämpfen entwik-

kelte und die unorganisierten Arbeiter mitunter den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern entgegengestellt wurden. Mit Recht wies die KPD die Einstellung zurück, die gewerkschaftliche Tätigkeit der Kommunisten müsse sich vor allem darauf beschränken, auf die reformistischen Gewerkschaftsleitungen Druck auszuüben, damit diese die Interessen der Arbeiterklasse verteidigten. Negativ wirkte sich jedoch aus, daß sich in den Reihen der Kommunisten die Ansicht verbreitete, es sei überhaupt opportunistisch, auf die Gewerkschaftsführer Druck auszuüben, damit jene die Macht der Gewerkschaften gegen die Angriffe der Monopole aufboten. Als nicht richtig erwies sich auch der Beschluß, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sollte in den Betriebsrätewahlen von 1929 mit selbständigen Wahlvorschlägen auftreten, falls eine demokratische Aufstellung der Kandidatenlisten der Verbände des ADGB trotz aller Anstrengungen nicht erreicht werden könne.

Obwohl Fritz Heckert, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und andere Mitglieder des Zentralkomitees immer wieder vor der Unterschätzung der gewerkschaftlichen Arbeit warnten, verbreiteten sich in der KPD unter dem Druck der rigorosen Ausschlußpolitik der Führer des ADGB erneut antigewerkschaftliche Stimmungen. Sie wurden durch die Ansicht J. W. Stalins vom Dezember 1928 gefördert, in Deutschland könnten möglicherweise aus dem Kampf der Arbeiterklasse parallele Massenvereinigungen neben den Verbänden des ADGB hervorgehen. Eine solche Auffassung entsprach keineswegs der Situation in der deutschen Arbeiterbewegung und den Erfordernissen des Klassenkampfes in Deutschland.

Da die Kommunisten die sozialen und nationalen Interessen des Volkes aufopferungsvoll und immer erfolgreicher verteidigten, forderten die reaktionärsten Vertreter des Finanzkapitals und des Junkertums immer wieder, die Macht des Staates müsse rücksichtslos gegen die KPD und die von ihr geleitete revolutionäre Massenbewegung eingesetzt werden. Zynisch äußerte Hjalmar Schacht in einer Kabinettssitzung, im Falle von Unruhen müsse geschossen werden. Den Wünschen der Reaktion kam es entgegen, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Karl Zörgiebel, am 13. Dezember 1928 Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel auf unbeschränkte Zeit verbot. Derartige Verbote erschwerten es den klassenbewußten Arbeitern immer wieder, den militaristischen und faschistischen Kräften wirksam entgegenzutreten. Der preußische Minister

des Innern, Albert Grzesinski, wies am 21. März 1929 alle Polizeibehörden an, gegen die „radikalen Organisationen" – womit in erster Linie die KPD und die mit ihr sympathisierenden Organisationen gemeint waren – mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten; er empfahl das „vorbeugende" Verbot von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen und die Auflösung von Versammlungen in geschlossenen Räumen.

Der antidemokratische Kurs der maßgebenden imperialistischen Kreise, die Einschränkung der demokratischen Rechte durch die Reichsregierung und viele Landesregierungen sowie der zunehmende Masseneinfluß der Nazipartei bewiesen augenscheinlich, daß die Beratungen des von einem Komitee demokratischer Geistesschaffender unter Leitung von Henri Barbusse nach Berlin einberufenen Internationalen Antifaschistenkongresses auch für Deutschland von hoher Aktualität waren. An diesem Kongreß am 9. und 10. März 1929 im Berliner Gewerkschaftshaus, an dessen Vorbereitung auch Georgi Dimitroff mitgewirkt hatte, nahmen 314 Delegierte von Organisationen der Arbeiter, Bauern, Lehrer und Schriftsteller aus 18 europäischen Ländern, darunter 70 aus Deutschland, teil. Der antifaschistische Kongreß warnte die Öffentlichkeit eindringlich vor der faschistischen Gefahr; er brandmarkte den Terror gegen die demokratischen Kräfte in Bulgarien, Italien, Polen und Ungarn und rief zum Massenkampf gegen den Faschismus auf. Der Kongreß beschloß, ein internationales antifaschistisches Büro zu bilden, das auch allen vom Faschismus Verfolgten Hilfe erweisen sollte.

Die KPD scheute auch in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus keine Anstrengungen, um ihren Verpflichtungen gegenüber den Bruderparteien gerecht zu werden. Sie unterstützte den Druck von Schriften der illegalen Parteien und half ihnen, Tagungen der Zentralkomitees, Konferenzen und Parteitage in Deutschland abzuhalten. So tagte Anfang November 1928 im Gebäude der Reichsparteischule „Rosa Luxemburg" in Dresden illegal ein Parteitag der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Vom 8. Dezember 1927 bis zum 15. Januar 1928 fand in Berlin die 2. Parteikonferenz und im August/September 1929 ein Plenum des Zentralkomitees der Bulgarischen Kommunistischen Partei statt. Allein 1928 wurden etwa 1000 antifaschistische Emigranten aus Jugoslawien, Litauen, Polen, Rumänien und Ungarn von der Roten Hilfe Deutschlands betreut. Auch Kommunisten aus den kolonialen und den abhängigen Ländern

erwies die KPD unmittelbare Unterstützung. Der Kommunistischen Partei des Iran zum Beispiel half die KPD, für iranische Studenten in Europa eine Zeitung herauszugeben.

Nach dem antifaschistischen Kongreß im März 1929 entfaltete sich in der Berliner Arbeiterschaft eine starke Protestbewegung gegen das vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Karl Zörgiebel erlassene Verbot von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel, das der Arbeiterschaft das Recht auf die Straße auch am 1. Mai, dem internationalen Kampftag des Proletariats, streitig machte. Die Arbeiterklasse durfte diesen Anschlag auf die demokratischen Rechte nicht widerstandslos hinnehmen. Daher rief die KPD durch ihre Presse und durch Maueranschläge die Berliner Werktätigen zu einer machtvollen friedlichen Maidemonstration auf. Durch das Wirken der KPD entstanden in verschiedenen Stadtbezirken Maikomitees; in vielen Betrieben protestierten Arbeiter gegen das Demonstrationsverbot.

Obwohl sich bürgerliche und sozialdemokratische Zeitungen in den Tagen vor dem 1. Mai 1929 in der Veröffentlichung antikommunistischer Verleumdungen überboten, waren am 1. Mai 1929 fast 200 000 Berliner auf dem Wege zu den Stellplätzen. An vielen Treffpunkten bildeten sich Demonstrationszüge. Polizeieinheiten gingen brutal gegen die Menschenansammlungen vor und knüppelten die Demonstrationszüge, die von den Außenbezirken in das Stadtzentrum zu gelangen suchten, auseinander. Doch immer wieder schlossen sich unter Führung von Kommunisten, Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes und des Kommunistischen Jugendverbandes Gruppen von Demonstranten zusammen, um sich zum Stadtinnern durchzuschlagen. In der Mittagszeit schossen Polizisten gewissenlos in Ansammlungen von Demonstranten und in eine von etwa 3000 Teilnehmern besuchte Versammlung der Rohrleger in Kliems Festsälen. Am Senefelder- und am Bülowplatz sowie am Hackeschen Markt verursachten Polizeieinheiten blutige Zusammenstöße.

Die Berliner Arbeiter setzten sich erbittert gegen die Überfälle der Polizei zur Wehr. Sie errichteten Verkehrshindernisse, um den Einsatzwagen der Polizei den Weg zu versperren. In den Abend- und Nachtstunden des 1. Mai 1929 gingen Arbeiter in Neukölln und im Wedding spontan zur bewaffneten Abwehr über. Arbeiter bauten Barrikaden und verteidigten sie gegen die Angriffe der Polizei. In jenen Tagen wurde die Kösliner Straße im Wedding weit über Deutschland hinaus als Symbol des Abwehrwillens der klassenbewußten Berliner

Arbeiter gegen den Polizeiterror bekannt. Trotz des Ausnahmezustandes dauerten die Abwehraktionen an einigen Stellen bis zum Abend des 3. Mai 1929 an.

Bei diesen Zusammenstößen fanden 31 Werktätige den Tod. Mehrere hundert Berliner wurden verletzt und über 1200 verhaftet. Am 3. Mai 1929 wurde „Die Rote Fahne" für sieben Wochen verboten. Das geschah in Preußen, von dem bürgerliche und sozialdemokratische Historiker behaupten, es sei ein „Bollwerk der Demokratie" gewesen.

In dieser schwierigen Situation bewies die KPD hohe politische Reife. Sie verteidigte die Demonstranten standhaft vor dem blutigen Polizeiterror, ließ sich jedoch durch die Selbstschutzmaßnahmen der Arbeiter nicht zum bewaffneten Aufstand verleiten, waren doch dafür keine Voraussetzungen gegeben. Die Partei durchschaute die provokatorischen Absichten des Klassenfeindes. Daher rief sie die Arbeiter zum politischen Proteststreik und damit zur Anwendung einer der Lage entsprechenden Kampfform auf. Ernst Thälmann begab sich in das Kampfgebiet, durch Kellerverbindungen die Polizeiabsperrung durchbrechend, um die kämpfenden Arbeiter in nächtlicher Beratung zu überzeugen, daß es notwendig sei, sich geordnet zurückzuziehen.

Obwohl die Staatsorgane gemeinsam mit den Unternehmern jeden Protest gegen die Polizeiprovokation zu ersticken bemüht waren, traten in Berlin etwa 25 000 Arbeiter, vor allem Bauarbeiter, Rohrleger, Schuhmacher und Tabakarbeiterinnen, und im Ruhrgebiet, in Hamburg und in anderen Städten etwa 50 000 Arbeiter in den ersten politischen Massenstreik seit 1923. In Massenkundgebungen in Bielefeld, Bottrop, Breslau, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Hamburg, Köln, München, München-Gladbach, Rheydt, Solingen und anderen Städten brachten die Versammelten ihre Empörung über das abscheuliche Blutbad in Berlin zum Ausdruck. Die sowjetischen Werktätigen und die klassenbewußten Arbeiter in Kopenhagen, Prag und Wien, in französischen Städten, in Großbritannien und in anderen Ländern bekundeten den revolutionären deutschen Arbeitern ihre Solidarität. Am 8. Mai 1929, dem Tag der Beisetzung der Ermordeten, legten Arbeiter in vielen Betrieben zeitweilig die Arbeit nieder. Wilhelm Pieck und Ernst Thälmann brandmarkten den Polizeiterror in ihren Trauerreden auf dem Friedhof Friedrichsfelde vor vielen Berlinern und zahlreichen Arbeiterdelegationen aus fast allen Gebieten Deutschlands und mahnten, das Vermächtnis der Toten zu erfüllen.

Für die blutigen Zusammenstöße am 1. Mai 1929 trug die preußische Regierung die volle Verantwortung. Die bürgerliche Presse und die meisten sozialdemokratischen Zeitungen aber erzeugten eine antikommunistische Hysterie, die an die Oktobertage 1923 erinnerte. Die Kommunisten wurden als „Putschisten" verleumdet, um ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zurückzudrängen und das Kleinbürgertum gegen die KPD aufzubringen. Die preußische Regierung nutzte die antikommunistische Hetze aus, um mit Zustimmung der Reichsregierung am 3. Mai 1929 den Roten Frontkämpferbund zu verbieten.[202] In den folgenden Tagen schlossen sich die übrigen Landesregierungen – zum Teil nach direkter Aufforderung durch den sozialdemokratischen Reichsminister des Innern Carl Severing – diesem Unterdrückungsfeldzug an. Das Verbot des etwa 150 000 Mitglieder zählenden RFB in der Amtszeit der Hermann-Müller-Regierung und eingeleitet durch die sozialdemokratisch geführte preußische Koalitionsregierung war ein schwerer Schlag gegen die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte und erleichterte die antirepublikanische und antidemokratische Tätigkeit der militaristischen und faschistischen Organisationen.

Angesichts der zahlreichen Verleumdungen, die gegen die KPD erhoben wurden, war es von großer Bedeutung, daß sich hervorragende Angehörige der Intelligenz, aufrechte bürgerliche Demokraten und Vertreter der Arbeiterklasse in einem Ausschuß zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge vereinten, der im Juni 1929 in aller Öffentlichkeit nachprüfte, wer für die Maiereignisse verantwortlich war.[203] Dieser Ausschuß, dem Alfred Apfel, Alfred Döblin, Ottomar Geschke, Alfons Goldschmidt, Egon Erwin Kisch, Heinrich Mann, Carl von Ossietzky, Herwarth Walden und andere angehörten und dessen Vorsitz Stefan Großmann übernommen hatte, befragte in öffentlicher Versammlung Hunderte von Zeugen – unter ihnen auch Wilhelm Pieck, den Politischen Sekretär der Bezirksorganisation der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark – über den Verlauf der Ereignisse. Die Verhandlungen des Ausschusses wurden eine Art Volkstribunal, das die Verantwortung der Polizei für die blutigen Ausschreitungen gegen friedliche Demonstranten und Bürger in den ersten Maitagen einwandfrei nachwies. Daher stellte sich der Untersuchungsausschuß eindeutig auf die Seite des klassenbewußten Berliner Proletariats. Mutig forderte Carl von Ossietzky: „Zörgiebel muß weg!" Auch die 4000 Berliner,

202 Dokument Nr. 58.

203 Dokument Nr. 61.

die an einer Tagung des Untersuchungsausschusses im Großen Berliner Schauspielhaus teilnahmen, machten aus ihrer Empörung über den Arbeitermord kein Hehl.

Die Vorgänge am 1. Mai 1929 hatten die Rolle der Hermann-Müller-Regierung beleuchtet. Auch dieses Kabinett vertrat die Interessen der herrschenden Monopolkreise. Alle wichtigen Wahlversprechungen der SPD hatten die sozialdemokratischen Minister gebrochen: Anstatt neue Rüstungsausgaben zu verhindern, stimmten sie dem Bau des Panzerkreuzers A zu; anstatt entschlossene Maßnahmen gegen die militaristische Reaktion zu ergreifen und die faschistische Hitlerbewegung zu unterdrücken, wurden die revolutionären Arbeiter verfolgt, ihre Zeitungen verboten, die Tätigkeit ihrer Organisationen behindert oder gar, wie es mit dem RFB geschah, unterdrückt; anstatt die Massensteuern zu senken, stimmten auch die sozialdemokratischen Minister ihrer Erhöhung zu; anstatt gegen die Monopolgewaltigen aufzutreten, wich die Reichsregierung vor ihnen zurück, wie es sich bei der Aussperrung der Ruhrarbeiter augenscheinlich gezeigt hatte. Von einer „Endschlacht" um den Achtstundentag war keine Rede mehr. Auch der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister verfügte Schiedssprüche mit Arbeitszeiten von neun und zehn Stunden täglich und setzte die Schlichtungsmaschine gegen die Tarifbewegungen der Arbeiter und Angestellten in Gang.

In den Verbänden des ADGB bewirkten rechte Sozialdemokraten den Ausschluß vieler Kommunisten. Sozialdemokratische Funktionäre trugen die organisatorische Spaltung auch in andere proletarische Massenorganisationen. Dies traf besonders für den Arbeiter-Turn-und-Sport-Bund zu, dessen Bundestag im Juni 1928 in Leipzig den oppositionellen Delegierten die Mandate aberkannt hatte. In den folgenden Monaten veranlaßte der Bundesvorstand den Ausschluß Zehntausender Arbeitersportler aus dem Arbeiter-Turn-und-Sport-Bund.

Viele führende Sozialdemokraten waren mit dem Weimarer Staat aufs engste verbunden, stellte doch die SPD in dieser Zeit nach unvollständigen Angaben neben vielen Landesministern, Oberbürgermeistern und Polizeipräsidenten über 684 Reichstags- und Landtagsabgeordnete, fast 4800 Abgeordnete in Provinziallandtagen und Kreistagen und 2400 Bürgermeister, besoldete Stadträte und Gemeindevorsteher. 46 800 Sozialdemokraten waren in den Gemeindevertretungen und als Stadtverordnete tätig. Zehntausende Sozialdemokraten waren in den Gewerkschaften und in den Genossenschaften, im Versicherungs-

wesen, in den Krankenkassen und in verschiedenen proletarischen Massenorganisationen angestellt. Insgesamt arbeiteten etwa 300 000 Mitglieder der SPD in staatlichen Ämtern, im Partei- und im Gewerkschaftsapparat sowie in den selbständigen Unternehmen der Sozialdemokratie und des ADGB. Je höher die Funktionen waren, die Mitglieder der SPD ausübten, desto enger fühlten sie sich in der Regel mit dem Weimarer Staat und der kapitalistischen Ordnung verbunden, desto weniger waren sie gewillt, die sozialen und demokratischen Interessen der Werktätigen entschieden zu vertreten.

Das volksfeindliche Wirken der Hermann-Müller-Regierung, für das der Parteivorstand der SPD mit verantwortlich war, rief in den Reihen der klassenbewußten Arbeiter Unzufriedenheit und Erbitterung hervor. Der Berliner Blutmai ließ in der Kommunistischen Partei und in der revolutionären Arbeiterschaft die Wellen der Empörung hochschlagen und erweckte leidenschaftlichen Haß gegen diejenigen, die für diese Provokation die Verantwortung trugen. Das waren schwerwiegende Ursachen, die zu einer Verstärkung der linksradikalen Stimmungen in der Arbeiterschaft und auch in der KPD führten. Viele Kommunisten verstanden nicht, weshalb die sozialdemokratischen Mitglieder nicht offen gegen die verhängnisvolle Politik des Parteivorstandes auftraten, und setzten mitunter die Haltung der Mitglieder der SPD mit der mancher sozialdemokratischer Führer gleich.

Solche gegen die Sozialdemokratie gerichtete Stimmungen und Ansichten wurden noch durch den Verlauf des Magdeburger Parteitages der SPD vom 26. bis 31. Mai 1929 gefördert. Im Mittelpunkt seiner Erörterungen standen die Koalitionspolitik des Parteivorstandes und die „Richtlinien zur Wehrpolitik". Die zunehmende faschistische Gefahr wurde auf dem Parteitag nur am Rande behandelt. Otto Wels verlor kein Wort der Kritik an der Haltung der preußischen Regierung und des Berliner Polizeipräsidenten am 1. Mai 1929. Statt dessen sprach er davon, die „Diktatur" müsse gegen „rechts" und „links" angewandt werden, worunter nach den Maiereignissen in erster Linie ein verschärftes Vorgehen gegen die KPD zu verstehen war.

Derartige Erklärungen kamen den Bestrebungen jener imperialistischen Kreise entgegen, die den Abbau der parlamentarischen Demokratie und den Übergang zu diktatorischen Herrschaftsformen für notwendig hielten. Obgleich sich bereits eine solche Wendung in der Haltung der entscheidenden Kräfte des Finanzkapitals abzeichnete,

vertrat Wilhelm Dittmann als Berichterstatter der Wehrkommission auf dem Parteitag der SPD die Ansicht: „Wir leben nicht mehr im reinen Kapitalismus, sondern bereits im Übergang zum Sozialismus."[204] Er behauptete, in der Weimarer Republik gehe „die Staatsgewalt... vom Volke aus", und das Volk habe alle Möglichkeiten, „nach dem Maße seiner Aufklärung zu verhindern, daß die Regierung einseitig die Interessen nur der kapitalistischen Klasse wahrnimmt".[205] Wilhelm Dittmann verstieg sich sogar zu der Behauptung, die deutsche Arbeiterklasse habe „bereits zehnmal mehr an sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen als die russischen Proletarier"[206]. Mit solchen Behauptungen versuchten die Sprecher des Parteivorstandes der SPD, die sozialdemokratischen Arbeiter für die Verteidigung des bürgerlich-kapitalistischen Weimarer Staates und für eine bejahende Haltung zur Reichswehr zu gewinnen.

Die dem Magdeburger Parteitag vorgelegten „Richtlinien zur Wehrpolitik"[207] enthielten ein Bekenntnis zur Reichswehr als Verteidigungsinstrument der deutschen Republik „zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse"[208]. Militaristische Tendenzen in der Reichswehr könnten – so meinten einflußreiche Sozialdemokraten – durch parlamentarische Kontrolle, staatsbürgerliche Rechte für die Soldaten und durch andere Reformen ausgemerzt werden. Auf diese Weise sei es möglich – dies versuchten führende Mitglieder der SPD der Arbeiterklasse einzureden –, den Militarismus zu überwinden und die Reichswehr in ein zuverlässiges Organ der Republik zu verwandeln.

Im Gegensatz zur Haltung des Parteivorstandes setzten sich zahlreiche Delegierte entschieden für eine antimilitaristische Politik der Sozialdemokratie ein.[209] Die Stimmung in breiten Kreisen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft drückte der Delegierte Ernst Eckstein mit den Worten aus: „Ich lasse dahingestellt, wieviel sozialistischen Aufbau Sowjetrußland hat. Aber wir deutschen Sozialdemokraten haben nicht Sozialismus zu verteidigen, sondern erst die Massen zu

204 Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag, Magdeburg 1929 vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle, Berlin 1929, S. 109.

205 Ebenda.

206 Ebenda, S. 115.

207 Dokument Nr. 59.

208 Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag, Magdeburg 1929, S. 288.

209 Dokument Nr. 60.

sammeln, um den Sozialismus zu erobern. Die von der Jugend ... wieder aufgenommene Mahnung Karl Liebknechts: Der Feind steht im eigenen Lande, gilt immer noch. Wir wollen ihn im eigenen Lande schlagen. Das sei unser Wehrprogramm."[210] Gegen eine starke, aber in sich uneinheitliche und unentschlossene Opposition nahm der Parteitag schließlich die „Richtlinien zur Wehrpolitik" mit 242 gegen 147 Stimmen an. Die Bejahung des bürgerlichen Staates durch den Parteivorstand der SPD führte somit bis zur offenen Unterstützung der Reichswehr und zur Abkehr vom grundsätzlichen Antimilitarismus August Bebels und der von ihm geleiteten alten Sozialdemokratie. Auf diese Weise suchten die führenden Sozialdemokraten ihr Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie zu festigen und ihre Zuverlässigkeit zu beweisen.

Die Beschlüsse des Magdeburger Parteitages machten die verhängnisvollen Konsequenzen der sozialdemokratischen Politik für die deutsche Arbeiterklasse und das ganze Volk sichtbar. Nach dem Weimarer Parteitag von 1919 hatte die SPD vor allem auf ihren Parteitagen in Heidelberg 1925, in Kiel 1927 und in Magdeburg die Ausarbeitung der reformistischen Konzeption, die im Rahmen des bestehenden Staates zum Sozialismus führen sollte, weitgehend abgeschlossen. Mit dieser Konzeption suchte die Sozialdemokratie auf ihre Weise auf die Bedingungen der neuen weltgeschichtlichen Epoche seit der Oktoberrevolution zu antworten und dem Marxismus-Leninismus entgegenzuwirken. Dies erfolgte in einer Zeit, in der sich infolge des Wiedererstarkens des deutschen Imperialismus die Lage und das Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland derart verändert hatte, daß entscheidende Kreise des Finanzkapitals sich bereits auf die Beseitigung der Weimarer Republik und die Errichtung einer terroristischen Diktatur einzustellen begannen. Statt die Arbeiterklasse auf den Massenkampf gegen das Monopolkapital, die militaristische Reichswehr und die faschistische Bewegung zu orientieren, versuchte der Vorstand der SPD, die Arbeiterklasse auch in dieser Situation mit dem monopolkapitalistischen Staat – und jetzt sogar mit der Reichswehr – auszusöhnen. Diese Einstellung fügte der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volke schweren Schaden zu.

Wenige Tage später – vom 8. bis 15. Juni 1929 – fand der 12. Parteitag der KPD statt. Als Zeichen seiner engen Verbundenheit mit den Kämpfern gegen den Polizeiterror tagte er auf Vorschlag Ernst Thäl-

[210] Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag, Magdeburg 1929, S. 137.

manns in Berlin-Wedding. Von den 217 Delegierten, die 117 000 Mitglieder vertraten, kamen 135 aus Großbetrieben, 76 Delegierte waren Betriebsräte und 91 Gewerkschaftsfunktionäre. Die Anwesenheit der Vertreter von zehn Bruderparteien, unter ihnen Georgi Dimitroff, Harry Pollitt und Pierre Sémard, unterstrich die internationale Bedeutung des Parteitages.

Der von Fritz Heckert und Wilhelm Pieck geleitete Parteitag erörterte das Referat Ernst Thälmanns über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Ferner beriet er – nach Referaten von Paul Merker und Hermann Remmele – über den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Verteidigung der Sowjetunion sowie über die Wirtschaftskämpfe und die revolutionäre Gewerkschaftspolitik. Außerdem nahm er Berichte von Walter Häbich über die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und von Helene Overlach über die Tätigkeit der Partei zur Gewinnung der Frauen entgegen. An der Diskussion beteiligten sich unter anderen Franz Dahlem, Philipp Dengel, Wilhelm Florin, Albert Funk, Ottomar Geschke, Ernst Grube, John Schehr, Ernst Schneller, Walter Stoecker und Walter Ulbricht.

Mit Freude vermerkten die Delegierten die bei der Industrialisierung des Sowjetlandes erzielten Erfolge. Begeistert begrüßten sie, daß die sowjetischen Werktätigen mit dem ersten Fünfjahrplan zielbewußt dazu übergingen, die Fundamente der sozialistischen Wirtschaft zu schaffen. Gleichzeitig stellte der Parteitag aber auch warnend fest, daß sich aus der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder unvermeidlich ein neuer Kampf um die Aufteilung der Welt ergeben werde, wodurch die Gefahr einer neuen Intervention gegen die UdSSR ständig zunehme.

Bei der Einschätzung der Lage in Deutschland vertrat der Parteitag die Auffassung, die relative Stabilisierung werde in Deutschland bald zusammenbrechen, und dies werde wiederum neue große Klassenauseinandersetzungen zur Folge haben. Er sagte voraus, daß sich die Offensive des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse mit der Abschwächung der Konjunktur und unter dem Druck der Reparationsverpflichtungen verschärfen werde. Da aber die Arbeiterklasse zunehmend Widerstand leiste, wie dies in den Wirtschaftskämpfen seit Ende 1928 deutlich zum Ausdruck gekommen sei, könne die deutsche Bourgeoisie ihre Pläne nur verwirklichen, erklärte Ernst Thälmann weitsichtig, „wenn sie eine scharfe Wendung in der Richtung der faschisti-

schen Herrschaftsmethoden vollzieht"[211]. „Die Bourgeoisie greift immer mehr, immer bewußter, immer rascher zu faschistisch-diktatorischen Methoden der Verteidigung ihrer Klassenherrschaft gegen das Proletariat", hieß es in den Beschlüssen des Parteitages. „Die Errichtung der unverhüllten, von den formal-demokratischen Schranken befreiten Diktatur des Finanzkapitals wird auf die Tagesordnung gestellt."[212]

Die Ereignisse am 1. Mai 1929 beurteilte der Parteitag als planmäßigen Versuch der imperialistischen Kreise, die Vorhut des Proletariats herauszufordern und sie bereits zu Beginn einer neuen ökonomischen und politischen Krise des Kapitalismus niederzuschlagen. Aus diesem Grunde wertete der Parteitag die Maiereignisse als einen „Wendepunkt der politischen Entwicklung in Deutschland"[213]. Unter dem Eindruck der Empörung der revolutionären Arbeiter wurde aber in der vornehmlich von Hermann Remmele ausgearbeiteten Einschätzung der Maiereignisse deren Bedeutung überbewertet, wenn sie bereits als Vorgefechte großer Entscheidungskämpfe bezeichnet wurden.

Die Empörung und Erbitterung innerhalb der KPD über die Maiereignisse und über die Haltung einiger prominenter Sozialdemokraten, nicht zuletzt über die Entscheidungen des Magdeburger Parteitages der SPD, beeinflußten die Beratungen des 12. Parteitages. In Anbetracht der arbeiterfeindlichen Politik der Hermann-Müller-Regierung und der Verantwortung führender Sozialdemokraten für die Ereignisse am 1. Mai 1929 bekräftigte der Parteitag die Auffassung, die Sozialdemokratie habe sich zum Sozialfaschismus entwickelt und bereite als „aktive organisierende Kraft die Errichtung der faschistischen Diktatur vor"[214]. Dieses Urteil über die Sozialdemokratie war falsch. Solche Auffassungen behinderten den Kampf der KPD um die Einheitsfront von Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern und die Zusammenarbeit der Organisationen der KPD, der SPD und der Gewerkschaften gegen die faschistische Bedrohung.

Nach den Erfolgen, die die Partei in den Vorjahren im Kampf um die proletarische Einheitsfront erzielt hatte, stellte der Parteitag nun-

211 Ernst Thälmann: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Rede auf dem XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin-Wedding, 9. bis 15. Juni 1929. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Berlin 1956, S. 92.

212 Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD, o. O. o. J., S. 16.

213 Ebenda, S. 25.

214 Ebenda, S. 17.

mehr die Aufgabe, „die Mehrheit der entscheidenden Schichten der deutschen Arbeiterklasse“[215] zu gewinnen. Er forderte, daß sich die Massenarbeit der Partei vor allem auf die Belegschaften der Großbetriebe konzentriere. Um „einen tatkräftigen Kampf für alle demokratischen Rechte der Arbeiterklasse [zu] führen“[216], beschloß der Parteitag – nach den Erfahrungen des Widerstandes der ausgesperrten Ruhrarbeiter –, die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe nach Möglichkeit durch die Bildung von Kampf- und Streikleitungen, durch Aktionsausschüsse und ähnliche Einheitsfrontorgane zu fördern.

Zugleich wandte sich der Parteitag gegen neuaufkommende ultralinke, gegen die gewerkschaftliche Arbeit gerichtete Auffassungen. „Wir müssen besonders unsere revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften erweitern, vertiefen und verstärken“[217], erklärte Ernst Thälmann auf dem Parteitag. Der Parteitag beschloß: „Hier und dort auftauchende Tendenzen zum Austritt aus den Gewerkschaften, zum Verzicht oder zur Abschwächung der revolutionären Arbeit innerhalb der Gewerkschaften und zur unmittelbaren Bildung paralleler Verbände sind entschieden zu bekämpfen.“[218] Um den Ausschlüssen kommunistischer Gewerkschafter durch die Führer des ADGB wirksamer entgegentreten und die Wirtschaftskämpfe besser beeinflussen zu können, hielt der Parteitag die festere „Zusammenfassung und Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition“[219] für unumgänglich.

Nachdrücklich führte Ernst Thälmann auf dem Parteitag aus, daß es auch notwendig sei, die „energischste Tätigkeit unter den Massen des Mittelstandes [zu] entwickeln, um sie gegen das Finanzkapital in den Kampf zu führen“[220]. Als „revolutionäre Klassenpartei des Proletariats“ müsse die KPD gleichzeitig „die Führerin der werktätigen Massen in Stadt und Land“[221] sein, hieß es in den Beschlüssen des Parteitages. Daher machte er es den Kommunisten zur Pflicht, auch

215 Ebenda, S. 25.

216 Ebenda, S. 31.

217 Ernst Thälmann: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 99.

218 Waffen für den Klassenkampf, S. 79.

219 Ebenda, S. 33.

220 Ernst Thälmann: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 122.

221 Waffen für den Klassenkampf, S. 34.

unter den Handwerkern und den Gewerbetreibenden, den kleinen Sparern und den Rentnern, den Kriegsopfern und den Intellektuellen und ebenso unter den Kleinbauern auf dem Lande politische Arbeit zu leisten, um die „Massen in einer breiten Aktion gegen die drohende faschistische Entwicklung in Deutschland"[222] aufzurütteln.

In den Beschlüssen des Parteitages wurde die Politik zur Sammlung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen – in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale – unmittelbar mit dem Kampf um die Diktatur des Proletariats als strategischem Ziel verbunden. Alle Festlegungen des Parteitages zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront und zur Entwicklung einer breiten Bündnispolitik wurden unter dem Blickwinkel des unmittelbaren Kampfes um die politische Macht der Arbeiterklasse getroffen.

Der Parteitag der KPD zog den Schlußstrich unter die Parteidiskussion mit den Rechten und den Versöhnlern und beschloß Maßnahmen zur weiteren Festigung der Geschlossenheit und Kampfkraft der Partei. Er wählte als Mitglieder und Kandidaten Paul Bertz, Franz Dahlem, Philipp Daub, Philipp Dengel, Karl Fischer, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Ernst Grube, Fritz Heckert, Walter Kassner, Hans Kippenberger, Wilhelm Koenen, Albert Kuntz, Willy Leow, Paul Merker, Heinz Neumann, Michael Niederkirchner, Max Opitz, Hans Pfeiffer, Wilhelm Pieck, Siegfried Rädel, Hermann Remmele, Rudolf Renner, John Schehr, Hermann Schubert, Fritz Schulte, Franz Stenzer, Walter Stoecker, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Jean Winterich und andere in das Zentralkomitee. Mitglieder des Politbüros wurden Franz Dahlem, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Paul Merker, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Fritz Schulte, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und Jean Winterich. Walter Ulbricht, Mitglied des Sekretariats des ZK, wurde nach dem Parteitag die Funktion des Politischen Sekretärs der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark übertragen.

Der Verlauf des Parteitages bewies, daß sich die KPD in harten Auseinandersetzungen mit dem Monopolkapital und dem Militarismus seit der Bildung des von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitees zu einer innerlich gefestigten und mit den besten Teilen der Arbeiterklasse eng verbundenen Partei entwickelt hatte. Millionen unterstützten in den Industriezentren die Politik der KPD. Im Kampf gegen die

[222] Ebenda, S. 131.

bürgerliche Ideologie und den starken Druck des Opportunismus hatten sich in der KPD die Ideen des Leninismus weitgehend durchgesetzt. Der 12. Parteitag der KPD warnte das deutsche Volk frühzeitig – schon am Vorabend der politischen Krise des monopolkapitalistischen Weimarer Staates – vor der drohenden Gefahr einer faschistischen Diktatur in Deutschland. Er protestierte gegen die Annahme des Young-Planes, durch den das deutsche Volk auch fernerhin einer doppelten Ausbeutung unterworfen werden sollte. Der Parteitag begründete, wie Ernst Thälmann betonte, daß es nur durch den Sieg der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten über die imperialistische Bourgeoisie möglich sei, „die Ketten des Young-Planes und des Versailler Friedens [zu] zerreißen“[223]. Am Ende der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus wies der 12. Parteitag der KPD dem deutschen Volke den Weg zu seiner sozialen und nationalen Befreiung durch den Kampf um die demokratischen Rechte des arbeitenden Volkes und den Sturz der imperialistischen Herrschaft.[224]

223 Ernst Thälmann: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei: In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 74.

224 Dokument Nr. 63.

Die Weltwirtschaftskrise. Der Kampf der KPD für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für eine breite antifaschistische Front gegen die drohende faschistische Diktatur (Periode von Herbst 1929 bis Januar 1933)

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise und die Entwicklung einer politischen Krise in Deutschland. Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes (Oktober 1929 bis August 1930)

1. Der Beginn der Weltwirtschaftskrise. Das Anwachsen der faschistischen Bewegung

Im Herbst 1929 wurde das kapitalistische Weltsystem erneut von einer Wirtschaftskrise erfaßt. Noch Ende August hatte das Berliner Institut für Konjunkturforschung behauptet, „daß fast alle Länder sich fern von Krisis oder Depression in einer konjunkturell günstigen Lage, in einem Aufschwung oder einer Hochkonjunktur befinden“[1]. Aber schon zwei Monate später verursachte die herannahende Wirtschaftskrise einen gewaltigen Börsenkrach in den USA, den größten, den es bis dahin gegeben hatte. An einem einzigen Tage, am 29. Oktober, betrugen die Kursverluste an der New Yorker Börse mindestens 25 Milliarden Dollar. Dieser Tag wurde zum sogenannten schwarzen Freitag der kapitalistischen Wirtschaft. Im November brach dann die Weltwirt-

[1] Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung (Berlin), 1929, H. 2, Teil B, S. 41.

schaftskrise offen aus. Die Industrieproduktion der kapitalistischen Welt ging von Oktober bis Dezember 1929 um 7,5 Prozent zurück, stärker und schneller als jemals zuvor.

Während bürgerliche Anbeter des Monopolkapitals und auch sozialdemokratische Ideologen, die an einen „organisierten Kapitalismus" glaubten, von einer dauerhaften Stabilisierung des Kapitalismus träumten, wußten die Marxisten-Leninisten, daß die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche gesetzmäßig eine neue zerstörende Wirtschaftskrise herbeiführen mußten. Die Marxisten-Leninisten erkannten Relativität und Begrenztheit als charakteristische Merkmale der Stabilisierung, die der Kapitalismus in den vorhergehenden fünf Jahren erfahren hatte. Bereits auf dem Höhepunkt dieser Stabilisierung hatten sich die ökonomischen Disproportionen und Widersprüche zugespitzt und den Sturz in die Krise vorbereitet.

Auf dem 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 hatte Ernst Thälmann die wirtschaftliche Entwicklung analysiert und war zu folgendem Ergebnis gekommen: „Schon im Jahre 1928, noch mehr in der Gegenwart, ist, hauptsächlich infolge der fehlenden Kaufkraft der Millionen der werktätigen Massen, eine Verengung der inneren Absatzmöglichkeiten festzustellen. Zu diesen allgemeinen Schwierigkeiten kommen noch die besonderen Schwierigkeiten des deutschen Imperialismus." Ernst Thälmann stellte fest, daß diese vor allem durch die Reparationslasten, durch die gewaltige Verschuldung der deutschen Wirtschaft an das Ausland und durch den Verlust beherrschender Positionen auf den Auslandsmärkten bedingt seien. Der Monopolkapitalismus werde mit seinen Schwierigkeiten nicht mehr fertig; die Konjunktur sei zu Ende. Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft aber werde die Lage der Arbeiterklasse außerordentlich verschlechtern: „Die kommenden Herbst- und Wintermonate werden ein ungeheures Erwerbslosenheer bringen."[2]

Diese Voraussage traf ein. Ende Januar 1930 gab es in Deutschland bereits 3,2 Millionen Arbeitslose. Damit wurde der Höchststand des Winters 1928/1929, der schon ein sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosenzahlen gebracht hatte, beträchtlich überschritten. Während aber in den vergangenen Jahren die Arbeitslosigkeit in der Saison stets

[2] Ernst Thälmann: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Rede auf dem XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin-Wedding, 9. bis 15. Juni 1929. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, Berlin 1956, S. 66 u. 78.

stark zurückgegangen war, blieb sie schon im ersten Krisensommer 1930 sehr hoch, in der Nähe der Dreimillionengrenze.

Noch einen Monat nach dem Börsenkrach in den USA behauptete das Konjunkturinstitut, daß „eine allgemeine Wirtschaftskrisis ... nicht zu erwarten"[3] sei. Der heftige Produktionsrückgang seit dem Herbst 1929 und die rasch wachsende Arbeitslosigkeit widerlegten aber bald alle derartigen Prognosen. Ende 1929 war die Wirtschaftskrise bereits Wirklichkeit. Sie erfaßte als erste Krise seit dem Weltkrieg alle Länder außer der Sowjetunion und zog alle Seiten der kapitalistischen Wirtschaft – Industrie und Landwirtschaft, Finanzwesen und Handel, die Währungen und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen – in Mitleidenschaft. Der Ausbruch dieser umfassenden Wirtschaftskrise nach so wenigen Jahren der Erholung und der Konjunktur war deutlicher Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, seine Widersprüche zu überwinden, seine innere Schwäche und Fäulnis und die parasitären Züge dieses Systems traten offen zutage.

Während die Wirtschaftskrise die kapitalistische Welt zu verheeren begann, wurde das Jahr 1929 in der Sowjetunion zum Jahr des großen Umschwungs beim sozialistischen Aufbau. Die KPdSU(B) hatte auch in den Jahren nach W. I. Lenins Tod die Leninsche Generallinie, die auf die Beseitigung der jahrhundertelangen Rückständigkeit des Landes und seine Umwandlung in eine mächtige sozialistische Industriemacht gerichtet war, unbeirrt verfolgt. Gestützt auf die schöpferische Aktivität und Opferbereitschaft der Millionenmassen der Arbeiter und Bauern, hatte die Partei die Wendung zur sozialistischen Rekonstruktion der gesamten Volkswirtschaft vorbereitet und vollzogen. Die schwierige Aufgabe der Akkumulation der Mittel für den Aufbau der Schwerindustrie war im wesentlichen gelöst. Es waren die Voraussetzungen zu einem hohen Entwicklungstempo der weiteren Industrialisierung geschaffen.

Der im Mai 1929 beschlossene erste Fünfjahrplan sah eine bedeutende Vergrößerung der sowjetischen Industrieproduktion vor. Die Ideologen des Monopolkapitals, deren unwissenschaftliche Theorien eines krisenfreien Kapitalismus von der Wirklichkeit widerlegt wurden, verlachten diesen großen Plan, bezeichneten ihn als Illusion und „bewiesen", daß er nie erfüllt werden könne. Die Werktätigen des ersten sozialistischen Staates der Welt errichteten jedoch unbeirrt von diesem

[3] Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung (Berlin), 1929, H. 3, Teil B, S. 41.

Geschrei das Fundament der sozialistischen Wirtschaft. Die Belegschaften von Abteilungen und Betrieben setzten in ihren Gegenplänen die Planziele höher. In harter und aufopferungsvoller Arbeit verwandelten die Völker der Sowjetunion unter Führung der KPdSU(B) ihre Heimat aus einem Agrarland in ein Industrieland mit einer leistungsfähigen Großindustrie, mit Industriezweigen, die es bisher in der Sowjetunion überhaupt nicht oder nur in Ansätzen gegeben hatte, wie einer modernen Eisenhüttenindustrie, dem Traktoren- und dem Kraftfahrzeugbau, der chemischen Industrie und der Flugzeugindustrie. Der Anteil der industriellen Bruttoproduktion an der Volkswirtschaft betrug 1932 bereits rund 70 Prozent. Der Fünfjahrplan wurde im selben Jahr vorfristig erfüllt – zu einer Zeit also, in der die kapitalistische Welt den Tiefpunkt der Krise erlebte. Während dort die industrielle Produktion von 1929 bis 1932 um etwa 30 Prozent zurückging, stieg sie in der Sowjetunion im selben Zeitraum auf das Doppelte. Damit war die Grundlage für eine rasche Weiterentwicklung der Industrie geschaffen. Das bot die ökonomischen Voraussetzungen dafür, den Sowjetstaat allseitig zu festigen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege zu führen.

Während in den kapitalistischen Ländern die Produktion im Verlauf der Krise von Jahr zu Jahr weiter zurückging, wurden in der UdSSR zahlreiche Betriebe grundlegend rekonstruiert, entstanden in allen Teilen des Riesenlandes insgesamt 1500 neue Großbetriebe, darunter das Traktorenwerk in Charkow, das Moskauer Kugellagerwerk, das Krasnouralsker Kupferhüttenkombinat, das Chemische Kombinat von Beresniki, das Kusnezker Hüttenwerk, das Autowerk in Nishni-Nowgorod und das Wasserkraftwerk Dneprostroi. Bereits in diesem Fünfjahrplan wurde die Grundlage für die Industrialisierung der im ehemaligen Zarenreich zurückgebliebenen Gebiete gelegt. So vollzogen sich grundlegende Veränderungen in Mittelasien, im Fernen Osten und im hohen Norden des Sowjetlandes. Auch hier entstanden in kurzer Zeit Betriebe zur Erdölgewinnung, Bergwerke, chemische Betriebe usw. Allein in Kasachstan zum Beispiel wurden 40 Großbetriebe errichtet.

Durch die rasche Industrialisierung schufen die sowjetischen Arbeiter die materiell-technischen Voraussetzungen für ein weiteres grundlegendes Erfordernis des sozialistischen Aufbaus, für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft. Die KPdSU(B) erzielte unter Leitung ihres Zentralkomitees im Jahre 1929 die ersten großen Erfolge bei der Kollektivierung und verwirklichte in den folgenden Jahren den

Leninschen Genossenschaftsplan: Sie führte die Millionen Klein- und Mittelbauern auf den Weg zum Sozialismus. Mitte 1932 umfaßten die Kolchosen bereits mehr als 60 Prozent der Bauernwirtschaften mit fast 70 Prozent der bäuerlichen Anbaufläche.

Damit war die sozialistische Form der Produktion im Sowjetlande in Industrie und Landwirtschaft zur herrschenden Form geworden, war die Frage „Wer – wen?" unwiderruflich zugunsten des Sozialismus entschieden. Während in den kapitalistischen Ländern die Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr wuchs, die Ausbeutung sich verschärfte und Millionen Bauern ruiniert wurden, verschwanden in der UdSSR Arbeitslosigkeit und Ausbeutung endgültig, fanden die Bauern den Weg zur sozialistischen Großproduktion; während dort die Löhne sanken, stiegen sie hier durchschnittlich auf das Doppelte; während dort die Sozialausgaben bei steigendem Massenelend ständig gesenkt wurden, erhöhte der sozialistische Staat die Ausgaben unter anderem für die Sozialversicherung, für kostenlose ärztliche Betreuung, für Erholungsheime und Sanatorien auf das Drei- und Vierfache.

Die Sowjetvölker errangen diese Erfolge unter großen Opfern und mit Anspannung aller Kräfte. Sie hatten dabei gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden, da sie für die Entwicklung der großen Industrie erst die materiell-technische Basis schaffen mußten. Die Verwandlung des Landes in ein Industrieland mußte mit Menschen vollzogen werden, von denen die Mehrzahl erst beim Aufbau der Betriebe lernen mußte, die Technik zu meistern. Die Entwicklung in der Welt machte es notwendig, die Industrialisierung und Kollektivierung so rasch wie möglich durchzuführen. Allein dem imperialistischen Lager gegenüberstehend, löste der Sowjetstaat eine der wichtigsten, unumgänglichen Aufgaben in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, er schuf das Fundament der sozialistischen Ökonomik. Durch diese historisch unvergängliche Leistung verdrängten die sowjetischen Werktätigen die kapitalistischen Elemente aus dem Wirtschaftsleben, nahmen jeglicher Konterrevolution die soziale Basis im Lande und schufen die Grundlagen für den Aufbau einer Rüstungsindustrie zur Verteidigung ihrer sozialistischen Heimat. Sie begannen zugleich, die großen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu beseitigen.

Im Kampf mit den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus sammelte die KPdSU(B) reiche Erfahrungen. Das ermöglichte es ihrem Zentralkomitee unter Führung seines Generalsekretärs, J. W. Stalin,

gestützt auf die Hinweise W. I. Lenins, grundlegende Prinzipien der sozialistischen Industrialisierung, der Entwicklung einer sozialistischen Landwirtschaft und der sozialistischen Wirtschaftsführung auszuarbeiten. Die rasche Entwicklung der krisenfreien sozialistischen Wirtschaft bewies anschaulich die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Zum ersten Male war der Beweis erbracht worden, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen nicht nur die alte Gesellschaftsordnung zerstören, sondern auch die neue Gesellschaft errichten kann. Die Lösung der im Fünfjahrplan gestellten ökonomischen Aufgaben stärkte den Arbeiter-und-Bauern-Staat. Die großen Leistungen der Sowjetmenschen und der nicht zu übersehende Gegensatz zwischen dem sozialistischen Aufbau und dem kapitalistischen Krisenelend hoben das Ansehen der Sowjetunion, deren Existenz die Macht des Imperialismus begrenzte.

Unter den Werktätigen der kapitalistischen Länder wuchsen die Sympathien für die Sowjetunion, festigte sich die Solidarität mit dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt. Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion war auch für die demokratischen Kräfte in den vom Imperialismus beherrschten Ländern, vor allem für die Kommunisten, eine unschätzbare Hilfe und erleichterte es ihnen, Imperialismus und Militarismus zu bekämpfen.

Die Leistungen der Sowjetvölker sind um so höher einzuschätzen, als sie in einer sehr angespannten internationalen Lage vollbracht wurden. Mit der Verschärfung der Widersprüche im kapitalistischen System wuchs die Aggressivität der imperialistischen Staaten. Das internationale Finanzkapital verstärkte bei Ausbruch der Krise seinen antisowjetischen Kurs. Die imperialistischen Kräfte schürten die Hetze gegen die Sowjetunion, diskriminierten den sowjetischen Export und versuchten, eine internationale Wirtschaftsblockade gegen das erste sozialistische Land zu organisieren. Gleichzeitig steigerten sie ihre Kriegsvorbereitungen und starteten Provokationen an den Grenzen der UdSSR.

Auch die deutschen Imperialisten organisierten eine ganze Reihe gezielter antisowjetischer Provokationen: von Anschlägen auf die sowjetische Handelsvertretung in Deutschland bis zur finanziellen und propagandistischen Unterstützung des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion, zu dem Papst Pius XI. aufgerufen hatte. Man beschuldigte die UdSSR, sie trage dazu bei, kommunistische Aufstände in Deutschland vorzubereiten. Die Westmächte strebten energisch danach, Deutschlands

Eingliederung in eine antisowjetische Einheitsfront der imperialistischen Mächte zu vollenden. Antisowjethetze und Antikommunismus als Grundprinzipien der menschheitsfeindlichen imperialistischen Politik in der Zeit der allgemeinen Krise des Kapitalismus lagen allen Handlungen der imperialistischen Kräfte zugrunde. Die Feinde des Volkes und des sozialen Fortschritts und alle Stützen des imperialistischen Systems bemühten sich eifrig, mit ihren antikommunistischen und antisowjetischen Losungen die sozialistische Wirklichkeit zu verleumden und damit der Anziehungskraft der sozialistischen Ideen in Deutschland entgegenzuwirken.

Die objektiven Tatsachen – das Bestehen und Wachsen des sowjetischen Marktes mit einem hohen Bedarf an Industrieerzeugnissen, besonders an Investitionsgütern, bei gleichzeitigem Schrumpfen aller anderen Märkte in der Welt – zwangen jedoch einflußreiche finanzkapitalistische Kreise, dem Handel mit der Sowjetunion immer größere Bedeutung beizumessen. Die Sowjetunion war das einzige Land, in das der deutsche Export trotz der Krise zunahm. Der Gesamtexport Deutschlands aber verringerte sich in diesen Jahren wertmäßig um fast 60 Prozent. Die sogenannten Russenaufträge sicherten vielen Arbeitern in Deutschland und anderen Ländern Lohn und Brot.

Deutschland wurde von der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffen. Am Ende der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus verfügte das imperialistische Deutschland über eine äußerst leistungsfähige moderne Industrie, deren Kapazität – zehn Jahre nach der militärischen Niederlage und fünf Jahre nach der tiefen Krise der Inflation – bereits mehr als anderthalbmal so groß war wie vor dem Kriege. Deutschland nahm seinen industriellen Potenzen nach – mit Abstand vor den anderen großen Industrieländern – hinter den USA den zweiten Platz in der Welt ein.

Auf Deutschland entfielen etwa zwölf Prozent der Industrieproduktion der Welt. Dieses überaus starke ökonomische Fundament war die Grundlage der Macht einer verhältnismäßig kleinen Schicht führender Monopolkapitalisten. In Deutschland hatte die Monopolisierung, das heißt die Konzentration eines Großteils der Produktion in einer verhältnismäßig geringen Zahl gewaltiger Unternehmungen und die Zentralisation des Kapitals in den Händen einer kleinen Zahl von Wirtschaftskapitänen, einen so hohen Grad erreicht wie in keinem anderen Land. Jeder zwölfte in Industrie, Handel und Verkehr Tätige arbeitete in einem Betrieb mit mehr als 1000 Beschäftigten. Das durchschnitt-

liche Kapital einer Aktiengesellschaft, das sich im Jahre 1925 auf 1,5 Millionen RM belaufen hatte, betrug 1929 schon 2,1 Millionen RM und 1932 2,3 Millionen RM.

In den führenden Zweigen der Industrie kontrollierten einige wenige Monopole den Hauptteil der Produktion. Der höchste Monopolisierungsgrad war im Bergbau, in der elektrotechnischen und in der chemischen Industrie sowie in der Eisen- und Metallgewinnung erreicht. Im Kohlenbergbau hatten Syndikate den deutschen Markt vollständig unter sich aufgeteilt und diktierten die Preise. Die Schwerindustrie wurde von sechs großen Konzernen beherrscht. Der bedeutendste waren die Vereinigten Stahlwerke, deren Kapital sich auf 1,5 Milliarden RM belief. Sie kontrollierten und beeinflußten insgesamt etwa 400 andere Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von ungefähr 3 Milliarden RM, darunter so große wie die Österreichisch-Alpine Montan-Gesellschaft und die Mitteldeutsche Stahlwerke AG. Neben dem Stahltrust standen der Haniel-Konzern, der Hoesch-Konzern, der Klöckner-Konzern, der Krupp-Konzern und der Mannesmann-Konzern, jeder von ihnen klein im Vergleich zum Stahlverein, aber mit einem Aktienkapital der jeweiligen Stammgesellschaft, das sich – außer bei der Gutehoffnungshütte (Haniel) – auf weit über 100 Millionen RM bezifferte, und mit vielen Tausenden Arbeitern. Diese sechs Konzerne beherrschten nicht nur die deutsche Stahlindustrie und die Roheisenproduktion, sie vereinigten auf sich auch einen Großteil der Steinkohlenförderung und spielten im Maschinenbau, in der Gasindustrie, in der Zementindustrie und in der Elektrizitätsversorgung eine gewichtige Rolle.

In der elektrotechnischen Industrie beherrschten die AEG und die Siemens-Gruppe die Produktion und den Markt. Das Aktienkapital ihrer Stammunternehmen betrug zusammengenommen weit über 400 Millionen RM, in ihren Betrieben wurden rund 200 000 Arbeiter und Angestellte ausgebeutet. Nach und nach hatten sie alle anderen wesentlichen Unternehmen der Elektroindustrie, wie Bergmann, Osram, Telefunken, unter ihre Kontrolle gebracht. In der chemischen Industrie war mit der IG Farben ein Riesentrust mit einem Milliardenkapital und über 130 000 Beschäftigten entstanden. Die Herren der IG Farben schoben sich immer mehr an die Spitze des deutschen Monopolkapitals.

Auch in anderen Industriezweigen hatte sich immer stärker die Macht einiger großer Konzerngebilde entwickelt, so in der Kaliindustrie, wo der Wintershall- und der Salzdetfurth-Konzern dominierten,

in der Zementindustrie, in der Gaserzeugung, aber auch in der Textilindustrie und in Zweigen der Lebensmittelindustrie. In den Jahren der Krise entstand aus mehreren Automobilwerken der Konzern Auto-Union, und die beiden deutschen Großreedereien Hapag und Norddeutscher Lloyd leiteten ihren Zusammenschluß ein.

Dem hohen Grad der Monopolisierung in der Industrie entsprach ein hoher Monopolisierungsgrad im Bankwesen. Die deutschen Großbanken waren noch mächtiger geworden, ihre Zahl hatte sich weiter verringert. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, die Dresdner Bank und die Darmstädter und Nationalbank beherrschten den deutschen Kapitalmarkt. Neben diesen Riesenbanken hatten sich nur wenige andere Banken Einfluß bewahrt, so die von der IG Farben als ihre Hausbank gegründete Deutsche Länderbank, die mit der AEG eng verbundene Berliner Handelsgesellschaft, das auch in Großbritannien und den USA ansässige Bankhaus Schröder-Stein und einige andere.

Das deutsche Monopolkapital hatte sich trotz der Rückschläge nach dem verlorenen Krieg bereits wieder beachtliche internationale Verbindungen geschaffen. Es waren vor allem die beiden deutschen Elektrokonzerne und der Chemietrust, die mit führenden ausländischen Unternehmen, vor allem mit amerikanischen, verbunden waren und in diesen Verbindungen keineswegs eine untergeordnete Rolle spielten.

Die Männer, die als Generaldirektoren, Vorstandsmitglieder und Vorsitzende von Aufsichtsräten die großen Konzerne dirigierten, vielfach zahlreiche solcher Funktionen auf sich vereinigten und dadurch auch enge personelle Bindungen zwischen den verschiedenen Kapitalgruppen herstellten, waren die wahren Herren Deutschlands. Ein Beispiel für diese Verflechtung bietet der Stahltrust. Vorsitzender seines Vorstandes war Albert Vögler; als dessen Stellvertreter fungierten Gustav Knepper, Ernst Poensgen und Carl Rabes. Den Aufsichtsrat leiteten Fritz Thyssen und Walther Fahrenhorst. In diesem Aufsichtsrat saßen unter anderen die Schwerindustriellen Friedrich Flick, Emil Kirdorf und Otto Wolff, Jacob Goldschmidt von der Danatbank, Gustav Sintenis von der Berliner Handelsgesellschaft und Georg Solmssen von der Deutschen Bank, ferner Hermann Schmitz von der IG Farben, Carl Friedrich von Siemens und Paul Silverberg. Neben diesen standen in der ersten Reihe der deutschen Monopolkapitalisten Schwerindustrielle wie Karl Haniel, Peter Klöckner, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Alfred Mannesmann, Paul Reusch von der Gutehoffnungshütte und Fritz Springorum vom Hoesch-Konzern, Carl Bosch

und Carl Duisberg, Vorsitzende des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats der IG Farben, der Geschäftsführer des Kalisyndikats August Diehn, Bankiers wie Hjalmar Schacht, Kurt von Schröder, Emil von Stauß und Oscar Wassermann. Sie und einige Dutzend ihresgleichen beherrschten die Schlüsselpositionen der deutschen Wirtschaft, sie diktierten als Führer der Unternehmerverbände der Regierung ihre Forderungen, sie entsandten leitende Vertreter ihrer Konzerne in staatliche Funktionen, sie förderten mit allen Mitteln die Verschmelzung des staatlichen Apparats auf allen Ebenen mit ihrem gewaltigen ökonomischen Machtapparat.

Das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus auf ökonomischem Gebiet war jedoch sehr widerspruchsvoll verlaufen. In der ersten Hälfte des Jahres 1929 wurde – wie schon 1928 – das Produktionsniveau des Jahres 1913 überschritten. Damit war die stark gewachsene Kapazität der deutschen Industrie jedoch nur zu zwei Dritteln ausgenutzt. Gleichzeitig meldeten die Arbeitsämter zwischen 1,4 und 3,1 Millionen Arbeitssuchende. Das deutsche Monopolkapital war also auch in der Hochkonjunktur nicht in der Lage, seine gewaltige ökonomische Kraft voll zu verwerten.

Die durchschnittlichen Reallöhne der deutschen Arbeiter erreichten – auf die ganze Arbeiterklasse bezogen, das heißt unter Berücksichtigung der Lohnverluste durch Arbeitslosigkeit, der Unterstützungen usw. – auch in den Jahren der höchsten Konjunktur nur etwa den Vorkriegsstand. In den Lohntüten fehlten noch in den Jahren 1928 und 1929 etwa 16 bis 17 Prozent an der Summe, die dem amtlich errechneten Existenzminimum entsprochen hätte. Dem Genfer Internationalen Arbeitsamt zufolge erhielt ein Arbeiter in Berlin kaum zwei Drittel des Durchschnittslohnes eines Londoner Arbeiters. Dieses niedrige Lohnniveau zog – in Verbindung mit dem Druck der Banken und Monopole auf die unter der andauernden Agrarkrise leidenden Bauern und auf das städtische Kleinbürgertum – dem inneren Markt enge Grenzen. Das alles machte Deutschland außerordentlich krisenempfindlich und ließ es neben den USA zu einem Herd der Krise werden.

Der Widerspruch zwischen der gewaltigen ökonomischen Kraft des deutschen Finanzkapitals und den begrenzten Möglichkeiten ihrer Umsetzung in Profite hatte zur Folge, daß die Aggressivität des deutschen Imperialismus größer war als früher. Der deutsche Imperialismus war wegen seiner gewachsenen Kraft und dem sich daraus ergebenden gesteigerten Expansionsdrang gefährlicher als je. Seit der Niederlage der

Arbeiterklasse im Herbst 1923 hatte er seine Staatsmacht festigen können. Das jahrelange Amtieren von Bürgerblockregierungen, Paul von Hindenburgs Reichspräsidentschaft und das Vordringen von Vertretern der rechten Flügel in den wichtigsten bürgerlichen Parteien zeigten, daß sich die reaktionärsten Repräsentanten des deutschen Imperialismus in den Vordergrund schoben. Auch die Bedeutung der Reichswehr war gewachsen[4]; ihre Führung hatte nach der Konzeption Hans von Seeckts bereits wesentliche Voraussetzungen für eine rasche Wiederaufrüstung Deutschlands geschaffen. Es war den imperialistischen Kräften mit Hilfe einer systematischen und vielgestaltigen chauvinistischen und revanchistischen Hetze und durch die Verbreitung parlamentarischer und wirtschaftsdemokratischer Illusionen schließlich auch gelungen, ihren Einfluß auf die Volksmassen zu vertiefen.

Als sich die Wirtschaftskrise ankündigte, war der deutsche Imperialismus bereits wieder in hohem Maße erstarkt und stieß überall an die Grenzen seiner Macht: Seine internationale Position war infolge seiner Niederlage im ersten Weltkrieg geschwächt, und die Arbeiterklasse hatte sich eine Reihe demokratischer Rechte und Freiheiten erkämpft und leistete nun allen Versuchen Widerstand, diese Rechte und Freiheiten zu beschneiden. Das Bestreben des deutschen Imperialismus, diese Grenzen zu überwinden, und seine Aggressivität nach außen und innen verschärften den Klassenkampf. Darin lag der Grund für die Krise der Weimarer Republik, die durch die Wirtschaftskrise voll zur Entfaltung kam. Die imperialistische Großbourgeoisie wollte die Wirtschaftskrise benutzen, um ihre schon vorher ins Auge gefaßten Ziele zu verwirklichen: die Lasten des Versailler Vertrages abzuschütteln und die sozialen und politischen Rechte der Werktätigen zu beseitigen. Vor allem aber war die imperialistische Bourgeoisie bemüht, die Auswirkungen der sich entfaltenden Wirtschaftskrise den Werktätigen aufzubürden. Die Löhne sollten rigoros gekürzt, die Sozialleistungen bedeutend gesenkt und die Werktätigen durch neue Massensteuern ausgeplündert werden. Man wollte erweiterte Schutzzölle einführen und hohe Kartellpreise gewährleisten. Verelendung der Arbeiterklasse und Ruinierung der werktätigen Bauern und der städtischen Mittelschichten waren die Folge. Dieses ökonomische Programm sollte die Monopolprofite sichern. Das Finanzkapital und der Großgrundbesitz wollten sich außerdem an staatlichen Subventionen bereichern.

Der Angriff der deutschen Großbourgeoisie auf die Lebensrechte der

[4] Dokument Nr. 74.

Volksmassen verschärfte sich noch, weil das deutsche Monopolkapital dem internationalen Finanzkapital einen als Reparation verkleideten Profitanteil zu erwirtschaften hatte. Diese Aufgabe war wiederum nur in hartem Konkurrenzkampf gegen andere Gruppen des internationalen Finanzkapitals zu lösen.

Im Laufe des Jahres 1929 wurde die Verpflichtung Deutschlands, an die Siegermächte des Weltkrieges Reparationen zu zahlen, neu geregelt. An die Stelle des Dawes-Planes trat der auf der zweiten Haager Konferenz im Januar 1930 angenommene sogenannte Young-Plan[5]. Dieser neue Plan trug dem veränderten Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten Rechnung: Die deutschen Reparationsverpflichtungen wurden herabgesetzt und endgültig begrenzt; die Reparationskommission und das ausländische Kontrollsystem sowie das im Versailler Diktat festgelegte System von Sanktionen, falls Deutschland den Vertrag verletze, fielen weg. Der deutsche Imperialismus erlangte dadurch wieder volle wirtschaftliche und finanzielle Souveränität. Gleichzeitig wurde festgelegt, das ganze Rheinland zu einem früheren Zeitpunkt von fremder Besatzung zu räumen, als das im Versailler Vertrag vorgesehen war. Die durch den Versailler Vertrag eingeleitete doppelte Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse setzte der Young-Plan fort: Deutschland sollte bis 1988 Reparationen zahlen, und zwar bis 1965/1966 etwas mehr als zwei Milliarden RM jährlich. Diese Summe sollte – ebenso wie die 700 bis 800 Millionen RM Zinsen für die Auslandsanleihen – zusätzlich zu den hohen Profiten, die das deutsche Finanzkapital selbst beanspruchte, aus den werktätigen Massen des deutschen Volkes herausgepreßt werden. Ernst Thälmann nannte den Young-Plan, den die KPD scharf bekämpfte, in seiner Reichstagsrede vom 11. Februar 1930 daher mit Recht einen „Hunger- und Unterdrückungspakt gegen das werktätige Deutschland"[6].

Die führenden finanzkapitalistischen Kreise verlangten offen, alle Möglichkeiten, die die Beherrschung des Staatsapparates durch die Monopole bot, auszunutzen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Schon im Mai 1929 waren sich Emil Kirdorf, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Fritz Thyssen und andere führende Schwerindustrielle in einer Beratung mit den deutschen Vertretern bei den Young-Plan-Ver-

5 Dokument Nr. 62.

6 Ernst Thälmann: Gegen den Youngplan. Rede im Reichstag, 11. Februar 1930. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 301.

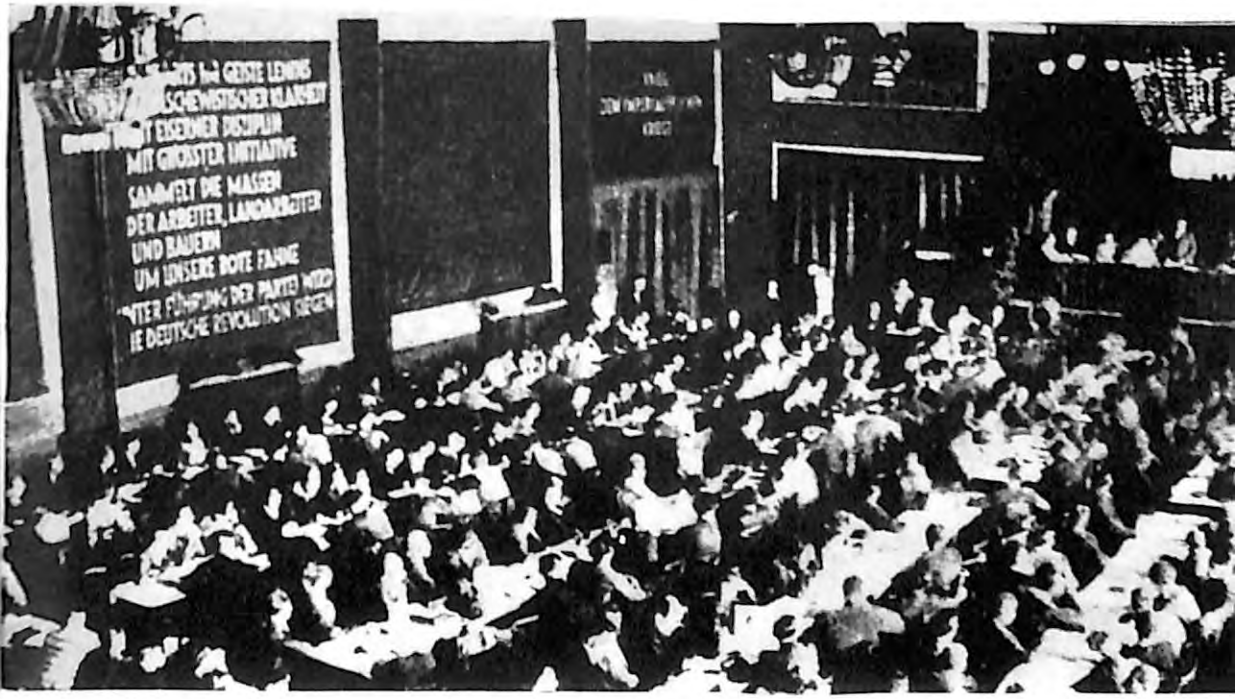


Berliner Polizei im Einsatz gegen demonstrierende Arbeiter, 1. Mai 1929

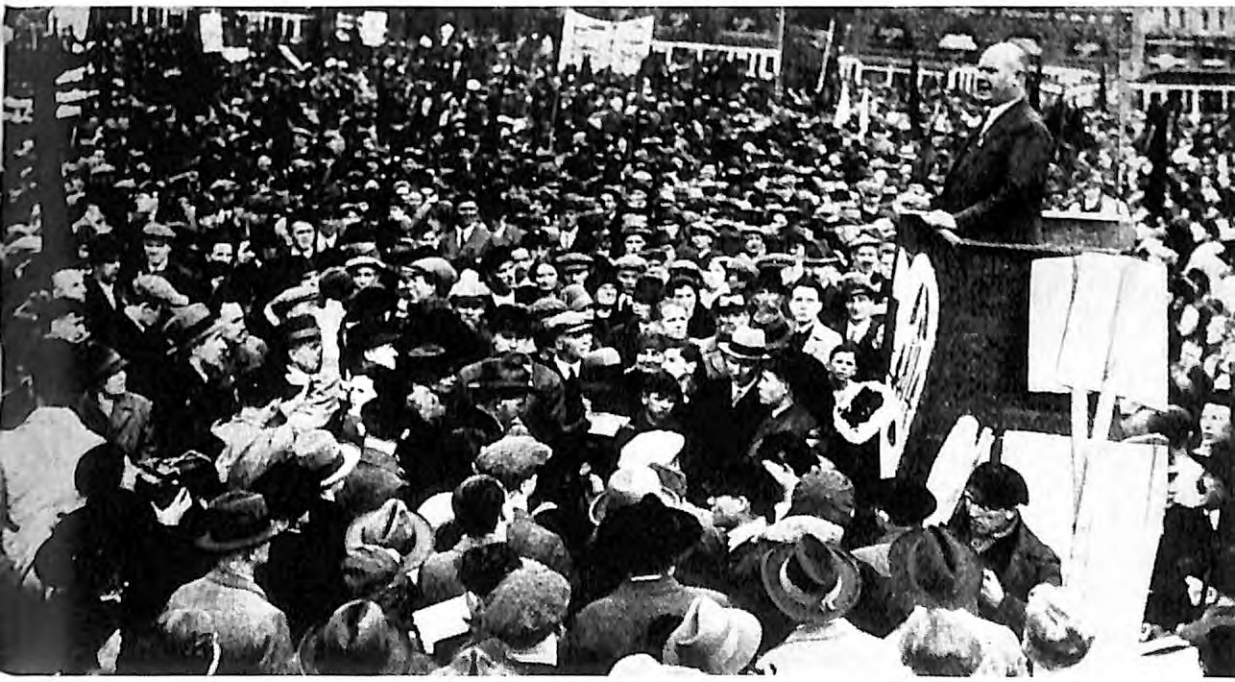




Protestdemonstration Berliner Arbeiter in Berlin-Wedding gegen die Maiprovokation 1929



Blick in die Tagungsstätte des 12. Parteitages der KPD, 8. bis 15. Juni 1929



Ernst Thälmann spricht auf dem Jugendtag in Leipzig, Ostern 1930



Junge Pioniere am 1. Mai 1930



Teilnehmer am II. Welttreffen der Arbeiter- und Bauernkinder sammeln sich in Berlin-Wedding zur Demonstration, Juli 1930



Küche der Internationalen Arbeiterhilfe in Hagen-Haspe zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter im Nordweststreik, Juli 1930



Hallensportfest der Arbeiterturner in Berlin, 1932



Massenstreikposten vor dem Hettstedter Kupfer- und Messingwerk während des Mansfelder Streiks, Juni/Juli 1930



Demonstration der Streikenden im Mansfelder Revier, Juni/Juli 1930

Verordnung

des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags

vom 18. Juli 1930.

Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, daß seine auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung vom 16. Juli über Deckungsmaßnahmen für den ordentlichen Haushalt 1930 außer Kraft gesetzt wird, löse ich auf Grund Artikel 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, den 18. Juli 1930.

Der Reichspräsident

von Hindenburg.

Der Reichskanzler

H. Brüning

Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages, 18. Juli 1930



Heinrich Brüning im Reichstag

Heute alles um 3 Uhr im Neuköllner Stadion! Aufmarschplan im Innern des Blattes

Jahrgang / Nr. 197 — 20 Pfennig

Heerschau des roten Berlin heute! Auch du marschierst auf! für Liste 4

Berlin, Sonntag 24. August 1930

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Programmerklärung

zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß auf Vorschlag des Genossen Ernst Thälmann die nachstehende Proklamation zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. Diese Erklärung, die sich an alle Arbeitenden in ganz Deutschland wendet, hat eine, weit über den Rahmen der Tagespolitik hinausgehende, programmatische Bedeutung. Sie bildet ein historisches Dokument, das wegweisend für das gesamte werktätige deutsche Volk ist und zum erstenmal entscheidende Richtlinien für die Regierungspolitik der kommenden deutschen Sowjetmacht aufzeigt.

Während die Sozialdemokratie die bestehenden Jammerzustände aufrechterhalten und verewigen will, während die Hitlerpartei mit betrügerischen Phrasen ein nebelhaftes „Drittes Reich" ankündigt, das in Wirklichkeit noch schlimmer aussehen würde als das heutige Elend, sagen wir Kommunisten klar, was wir wollen. Wir verschweigen nichts. Wir versprechen nichts, was wir nicht unbedingt halten werden. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, jeder Jungproletarier, jeder Angestellte, jeder notleidende Mittelständler in den Städten, jeder werktätige Bauer auf dem Land, jeder ehrlich schaffende Mensch in Deutschland soll sich mit voller Klarheit von unserem Ziel überzeugen. Der einzige Ausweg aus der Katastrophe, die einzige Rettung Deutschlands, der einzige Weg zur nationalen Befreiung der Volksmassen — das ist Sowjetdeutschland.

Wir rufen in den jetzigen Wahlen alle Werktätigen in Stadt und Land auf, sich für Sowjetdeutschland zu entscheiden, indem sie für Liste 4, für die Liste der Kommunistischen Partei stimmen.

Proklamation des ZK. der KPD.

Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) unternehmen gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die deutsche Arbeiterklasse. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen, versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen unter der Flagge des Widerstandes gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellte, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen. Die teilweisen Erfolge der nationalsozialistischen Agitation sind das Resultat der zwölfjährigen verräterischen Politik der Sozialdemokratie, die durch Niederhaltung der revolutionären Bewegung, Beteiligung an der kapitalistischen Rationalisierung und völlige Kapitulation vor den Imperialisten (Frankreich, Polen) der nationalsozialistischen Demagogie den Boden bereitet hat.

Dieser nationalsozialistischen Demagogie stellt die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Programm des Kampfes gegen den Faschismus, ihre Politik der wirklichen Vertretung der Interessen der werktätigen Massen Deutschlands entgegen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, daß sie für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfen. Sie erwecken den Anschein, als seien sie gegen den Young-Plan, der den werktätigen Massen Deutschlands Not und Hunger bringt.

Diese Beteuerungen der Faschisten sind bewußte Lügen. Die deutsche Bourgeoisie hat den räuberischen Young-Plan angenommen in der Absicht, all[illegible] Lasten auf die Werktätigen abzuwälzen.

Die Faschisten helfen praktisch an der Durchführung des Young-Planes mit,

indem sie die Abwälzung seiner Lasten auf die werktätigen [illegible] dulden und fördern, indem sie an der Durchführung der [illegible] Young-Plan diktierten Zoll- und Steuergesetze mit[illegible] Zustimmung der nationalsozialistischen Reichstags[illegible] allen Vorlagen für Zoll- und Steuererhöhung, [illegible] Frick [illegible] in Thüringen), indem sie alle [illegible] gegen den Lohnabbau zu verhindern [illegible]

[illegible] und die Sozialdemokratie haben das Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslands verkauft. Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Grzesinski und Zörgiebel sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen Agenten des französischen und polnischen Imperialismus.

Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.

Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Young-Plan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarno-Vertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, Deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.

Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.

Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Verteuerung der Mieten und Gemeindetarife, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die Lasten des Young-Planes auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien gegen die vom Versailler Frieden gezogenen Grenzen, gegen die Abtrennung einer Reihe deutscher Gebiete von Deutschland. In Wirklichkeit aber unterdrückt der Faschismus überall, wo er an der Macht steht, die von ihm unterworfenen Völker (in Jugoslawien die Deutschen und Kroaten, in Polen die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen, in Finnland die Schweden usw.). Die Führer der deutschen Faschisten, Hitler und seine Helfershelfer, aber erheben nicht ihre Stimme gegen die gewaltsame Angliederung Südtirols an das faschistische Italien. Hitler und die deutschen Nationalsozialisten schweigen über die Not der deutschen Bauernbevölkerung Südtirols, die unter dem Joch des italienischen Faschismus schmachtet. Hitler und seine Partei haben hinter dem Rücken des deutschen Volkes einen

schmutzigen Geheimvertrag mit der italienischen Faschistenregierung abgeschlossen,

auf Grund dessen sie die deutschen Gebiete Südtirols bedingungslos den ausländischen Eroberern ausliefern. Mit dieser schändlichen Tat haben Hitler und seine Partei die nationalen Interessen der werktätigen Massen Deutschlands in gleicher Weise an die Versailler Sieger[illegible] verkauft, wie es die deutsche Sozialdemokratie seit zwölf Jahren unaufhörlich getan hat.

Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteiles an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist.

Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, ihre Bewegung richte sich gegen den Imperialismus. In Wirklichkeit aber treffen sie Abkommen mit den Imperialisten (England, Italien). Sie wenden sich gegen den Freiheitskampf der Kolonialvölker (Indien, China, Indochina), verlangen für Deutschland Kolonien und hetzen zu neuen Kriegen, vor allem zur Intervention gegen die Sowjetunion, das einzige Land, dessen siegreiche Arbeiterklasse sich gegen alle Ueberfälle des Weltkapitals, gegen alle Raubzüge der Versailler-Imperialisten siegreich mit Waffengewalt verteidigt hat. Ueberall, wo der Imperialismus unterdrückte Volksmassen knechtet, würgt und niederschießt, wirken die deutschen Faschisten durch ihre Vertreter mit, in China durch die Kapp-Putschisten Wetzel und Kriebel, in Südamerika durch die Militärmission des Generals Kunz, in Oesterreich durch den Liebknecht-Mörder Pabst.

Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Imperialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt.

Deshalb fordern wir die werktätigen Massen Deutschlands auf, vor allem gegen den Feind im eigenen Lande, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und für die Aufrichtung der Sowjetmacht in Deutschland zu kämpfen, um den Versailler Friedensvertrag zu zerreißen und seine Folgen zu beseitigen.

Die Faschisten (Nationalsozialisten) behaupten, sie seien eine „nationale", eine „sozialistische" und eine „Arbeiter"-Partei. Wir erwidern darauf, daß sie eine volks- und arbeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion, der Ausbeutung und Versklavung der Werktätigen sind. Eine Partei, die bestrebt ist, den Werktätigen alles das zu nehmen, was ihnen selbst die bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen noch nicht nehmen konnten. Eine Partei der [illegible] Diktatur, eine Partei der [illegible]

Titelseite der „Roten Fahne" vom 24. August 1930

handlungen, Hjalmar Schacht und Albert Vögler – die ja selbst führende Finanzkapitalisten waren –, darüber einig geworden, einen reaktionäreren Regierungskurs durchzusetzen. Auf den Tagungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Spitzenorganisation des deutschen Monopolkapitals, im September und Dezember 1929[7] sowie in der offiziellen Denkschrift des Reichsverbandes „Aufstieg oder Niedergang?"[8] wurden die volksfeindlichen Pläne des deutschen Finanzkapitals zusammengefaßt. Die Monopolherren verlangten staatliche Maßnahmen zur Sicherung und Erhöhung ihrer Monopolprofite: Senkung der Steuern für die Kapitalisten und Erhöhung der Massensteuern, Abbau der Sozialleistungen und Beseitigung der Schranken für die Unternehmer bei der Festlegung der Löhne und Arbeitsbedingungen, also des Tarifrechts.

„Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" behauptete zynisch: „Wenn bei uns so viel Arbeitskraft unverkäuflich bleibt, so liegt es daran, daß der Preis hierfür zu hoch ist."[9] Damit verbreitete die Zeitung eine Forderung aus dem Programm des deutschen Monopolkapitals, die dann in den Jahren der Krise durchgesetzt wurde: Einen „Weltrekord an Lohnkürzungen"[10] nannte das anerkennend der amerikanische Publizist Hubert R. Knickerbocker, der im Auftrage des amerikanischen Finanzkapitals, besonders der Anleihegläubiger, die Entwicklung in Deutschland beobachtete.

Doch das werktätige Volk setzte sich gegen die Bedrohung seines Lebensstandards und gegen die Angriffe auf seine politischen Rechte zur Wehr. Die Verschärfung des Klassenkampfes zwischen den finanzkapitalistischen Kräften und den Volksmassen, vor allem der Arbeiterklasse, kündigte sich bereits im Herbst 1929 und im folgenden Winter an.

So versuchten die Berliner Rohrleger unter der Leitung des Kommunisten Michael Niederkirchner in einem zweimonatigen Streik, der bis Ende Oktober 1929 andauerte, Lohnsenkungen abzuwehren. Den Berliner Rohrlegern folgten im November die Arbeiter der Textilfabrik Recenia in Hartmannsdorf (Sachsen), die bis zum Februar 1930 im Ausstand blieben. Am 12. Februar streikten dann 8000 Arbeiter der Opel-Werke in Rüsselsheim. Das Monopolkapital nutzte nicht nur so-

7 Dokument Nr. 65.

8 Dokument Nr. 64.

9 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung (Berlin), 13. April 1930.

10 Hubert R. Knickerbocker: Kommt Europa wieder hoch?, Berlin 1932, S. 187.

fort und rücksichtslos seine ganze ökonomische Überlegenheit aus, sondern ließ auch sogleich den Staatsapparat mit terroristischen Mitteln gegen die streikenden Arbeiter vorgehen. Auf den Rohrlegerstreik antworteten die Unternehmer mit Aussperrung. Michael Niederkirchner und andere Mitglieder der zentralen Streikleitung wurden verhaftet. Im Verlauf des Hartmannsdorfer Streiks ermordete die Polizei fünf streikende Arbeiter. Über Chemnitz und Umgebung wurde der Kleine Belagerungszustand verhängt.

Wie die Betriebsarbeiter, so verstärkten auch die Erwerbslosen den Kampf für ihre Rechte, für Arbeit und Brot. Erwerbslosenausschüsse leiteten die Protestaktionen gegen neue Entlassungen und Betriebsstillegungen, gegen das Elend chronischer Erwerbslosigkeit und die mangelhaften sozialen Leistungen, die nun noch vermindert werden sollten. Die Staatsorgane gingen mit Verboten und Repressalien gegen diese Aktionen vor. Demonstrationen von Arbeitslosen in Berlin, Dresden, Essen, Hamburg, Kassel, Königsberg, Leipzig, Stuttgart und anderen Städten wurden mehrfach von der Polizei niedergeknüppelt. In Halle ermordete die Polizei zwei Demonstranten. Daraufhin entstanden in einer Reihe von Orten Erwerbslosenwehren zum Schutze der Kundgebungen vor dem Polizeiterror. Der Stimmenzuwachs der KPD bei den Landtags- und Kommunalwahlen in den letzten drei Monaten des Jahres 1929 bestätigte ebenfalls, daß sich in der Arbeiterklasse der Wille zum Kampf steigerte. In den Mittelschichten verstärkten sich Ansätze einer gegen die imperialistische Politik gerichteten Bewegung. In Neumünster kam es am 1. August 1929 bei einer Demonstration der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Mitglieder der Landvolkbewegung bekundeten durch anarchistische Bombenanschläge ihre Unzufriedenheit mit der Politik der Banken und Monopole und mit der imperialistischen Regierung. In Schwartbuck halfen Kieler Arbeiter den Pachtbauern, eine Versteigerung ihrer gepfändeten Weizenernte zu verhindern, und am 5. Januar 1930 forderten in Würzburg 1000 süddeutsche Bauern und Delegierte aus anderen Gebieten eine Agrarpolitik, die das Los der Klein- und Mittelbauern erleichtere.

Das deutsche Finanzkapital suchte nach Mitteln und Wegen, diesen Widerstand der Werktätigen zu brechen. Die antidemokratischen Bestrebungen der monopolistischen Bourgeoisie verstärkten sich rasch. Die reaktionären großbürgerlichen Kräfte wünschten einen wirksameren Einsatz der Polizei und der Justiz gegen die Arbeiterklasse, ihre

Organisationen und ihre Presse. Streiks sollten mit Waffengewalt niedergeworfen, Aufbegehrende durch faschistische Banden terrorisiert werden. Die Monopolbourgeoisie strebte danach, die Rechte des Reichstags und der Länderparlamente einzuschränken und die örtliche Selbstverwaltung zu beschneiden, die Machtmittel der reaktionären Kräfte aber zu konzentrieren. Der Reichsverband der Deutschen Industrie sprach auf seiner Tagung im Dezember 1929 offen aus, daß das in seiner Denkschrift niedergelegte Programm unter einer parlamentarischen Regierung nicht durchführbar sei und deshalb auf die Ausschaltung des Reichstags Kurs genommen werden müsse. Es wurde eine neue Regierung verlangt, „die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist“[11] und die mit Notverordnungen und mit dem Ausnahmezustand regieren sollte. „Man muß versuchen, durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann.“[12]

Das lief darauf hinaus, den Übergang von der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform des Monopolkapitals zu seiner offen terroristischen Herrschaftsform, der faschistischen Diktatur, vorzubereiten. Wie es der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale vorausgesagt hatte, schritt die herrschende Klasse mit Beginn der Weltwirtschaftskrise mehr und mehr zur Militarisierung und Faschisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Das entsprach dem Wesen des Imperialismus, seinem Streben nach Reaktion auf der ganzen Linie.

Da die allgemeine Krise des Kapitalismus die Grundlagen der imperialistischen Macht erschüttert hatte, trat das antidemokratische, volksfeindliche und reaktionäre Wesen der imperialistischen Bourgeoisie immer offener zutage. Mehr und mehr strebten – nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen kapitalistischen Staaten – die besonders reaktionären Kräfte des Finanzkapitals danach, die demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen einzuschränken und schließlich zu beseitigen und ein offen terroristisches, faschistisches Regime zu errichten. Der Drang zum Faschismus war eine Erscheinung des Niedergangs der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise wurde besonders deutlich, daß dieses Streben zum Faschismus nicht nur aus der Aggressivität der Großbourgeoisie erwuchs, sondern auch ein Zeichen ihrer Schwäche darstellte: Die Zuspitzung des Klassenkampfes, die sich aus der Entwicklung der Welt-

[11] Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1930, H. 50, S. 37.

[12] Ebenda, S. 38.

wirtschaftskrise unvermeidlich ergab, brachte die Macht der Großbourgeoisie in Gefahr. Die am härtesten von der Krise betroffenen Teile des deutschen Monopolkapitals – vor allem Vertreter der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr – drängten am heftigsten zum Faschismus.

Die aggressivsten imperialistischen Kräfte sahen in der faschistischen Diktatur auch das entscheidende Instrument der kriegerischen Expansion. Die faschistische Diktatur sollte das Hinterland gewaltsam „befrieden" und alle Volkskräfte dem barbarischen Militarismus unterordnen. „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muß man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten... Dazu gehört aber, daß der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen, fest und unerschütterlich bleibt."[13] General Wilhelm Groener, der das 1919 erklärt hatte, war seit Januar 1928 Reichswehrminister der Weimarer Republik. Der revanchistische, besonders aggressive deutsche Imperialismus entwickelte nicht zufällig das am klarsten ausgeprägte Faschisierungsprogramm. Dem Zug zur nackten Gewalt nach außen, zum Krieg, entsprach der Zug zur nackten Gewalt nach innen, zum Faschismus. Die Militarisierung der Wirtschaft und des gesamten öffentlichen Lebens zur Vorbereitung eines neuen Eroberungskrieges und die Faschisierung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse gehörten eng zusammen.

Mit den alten politischen Kräften und Mitteln, mit denen das Finanzkapital in der Zeit der Festigung und der Blüte der Weimarer Republik seine Macht ausübte, war es ihm nicht möglich, den Angriff auf den Lebensstandard der Massen und auf die demokratischen Rechte des Volkes zu führen und den Übergang von parlamentarisch-demokratischen zu faschistischen Herrschaftsformen zu vollziehen. Die meisten alten bürgerlichen Parteien waren weder ihrer Ideologie noch ihrer Struktur nach dazu geeignet, die unverhüllte Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie zu errichten. Sie waren in den Augen der Massen durch ihre bisherige Koalitionspraxis diskreditiert und mit der Verantwortung für die wirtschaftlichen und sozialen Zustände unter dem bürgerlich-parlamentarischen System belastet. Mit Ausnahme des klerikalen Zentrums waren diese Parteien in der Folge nicht imstande, ihre bisherigen Anhänger zu halten, geschweige denn die kleinbürgerlichen Schichten, die von der Krise und von der Wirtschaftspolitik der Monopole und des Staates ökonomisch schwer getroffen wurden und gegen

[13] Zit. nach: Dorothea Groener-Geyer: General Groener. Soldat und Staatsmann, Frankfurt (Main) (1955), S. 143.

die bestehenden Verhältnisse aufzubegehren begannen, als Massenbasis für die Errichtung der faschistischen Diktatur zu mißbrauchen. Auch die von Alfred Hugenberg geführte Deutschnationale Volkspartei – die Partei der reaktionärsten Kreise der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes – mit dem ihr politisch verbundenen Stahlhelm vermochte das nicht. Die äußerst volksfeindliche, chauvinistische und militaristische politische Orientierung der Deutschnationalen Volkspartei entsprach wohl den auf die Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Verhältnisse gerichteten Absichten des Finanzkapitals – Deutschnationale und Stahlhelm wurden dann auch aktive Kräfte des Faschismus und der Vorbereitung einer faschistischen Diktatur –, indessen konnte diese Partei ihren Einfluß auf die Massen nicht vergrößern, ja ihn in den Jahren der Krise nicht einmal stabil halten. Der reaktionärste Teil des deutschen Finanzkapitals orientierte sich deshalb bald auf die Nazipartei, die sich dazu anbot, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen sowie weite Kreise des deutschen Volkes für die faschistische Diktatur zu gewinnen und in den Revanchekrieg zu führen. Der Angriff der Nazipartei auf die Weimarer Republik entsprach den Interessen des Monopolkapitals.

Die Partei Adolf Hitlers gehörte zu jenen zahlreichen rechtsextremistischen und nationalistischen Parteien und Gruppen, die von den Monopolen, von den Unternehmerverbänden und zum Teil auch von der Reichswehr finanziert wurden, in den Jahren des ökonomischen Aufschwungs und der „Blüte" der parlamentarischen Demokratie aber keinen größeren Einfluß auf die Massen erlangen konnten. Die ultrareaktionäre Ideologie dieser rechtsradikalen Gruppen brachte – teils offen, teils mehr oder weniger mystizistisch verkleidet – das Weltherrschaftsstreben des deutschen Imperialismus zum Ausdruck, den Drang der Finanzoligarchie nach totaler Macht über alle Lebensbereiche des Volkes, ihren barbarischen Antikommunismus und ihre Feindschaft gegen jede Demokratie. Als die gefährlichste, weil auf große Teile des Kleinbürgertums wirkende Spielart dieser Ideologie erwies sich die der Nazipartei. Sie faßte alles Reaktionäre und Antikommunistische zusammen, das die deutsche Geschichte je hervorgebracht hatte, entwikkelte es weiter und spitzte es noch zu.

Hauptbestandteile der Naziideologie – wie jeder imperialistischen Ideologie im Deutschland der Nachkriegszeit – waren Chauvinismus und Revanchismus. Damit wurde das vom Versailler Vertrag verletzte Nationalgefühl großer Kreise des deutschen Volkes ausgenutzt und

mißbraucht. Zur Ideologie der Nazis gehörte der Antisemitismus, der mit dem Popanz eines „Weltjudentums" und der verlogenen Differenzierung von „schaffendem" und „raffendem" Kapital von den wahren Verschwörern gegen die Nation und den Schuldigen an der Notlage des Volkes, den deutschen Monopolherren, ablenkte. Ferner gehörte zu dieser Ideologie der Mythos von der „nordischen Rasse", mit dem der deutsche Kleinbürger zum barbarischen „Herrenmenschen" und Eroberertyp erzogen, auf den Krieg um die Weltherrschaft des deutschen Imperialismus vorbereitet und zugleich über seine elende materielle Lage hinweggetäuscht werden sollte. Mit der zum Handwerkszeug aller Antimarxisten gehörenden Phrase von der „Volksgemeinschaft" wollten die Nazis die Werktätigen vom Klassenkampf abhalten. Die zur Rechtfertigung imperialistischer Aggressionen erfundene Forderung nach „Lebensraum" gehörte ebenso zum ideologischen Arsenal der Nazis wie die Dolchstoßlegende, die den deutschen Militarismus rehabilitieren sollte. Um die Schrecken des Krieges aus der Erinnerung des Volkes zu tilgen, bedienten sich die Nazis der Mystifizierung des „Fronterlebnisses"; und mit der bis zum Führerkult gesteigerten Elitetheorie bereiteten sie die Massen für die faschistische Diktatur vor. All das gipfelte aber im Antikommunismus, dem Grundzug der modernen imperialistischen Ideologie. Der Antikommunismus der Nazis war darauf zugespitzt, die Arbeiterbewegung in allen ihren Teilen und darüber hinaus jede wirklich demokratische Bestrebung zu vernichten. Die Nazis verschwiegen nicht, daß sie beabsichtigten, ihre Gegner aus der Arbeiterbewegung physisch zu liquidieren. Der faschistische Ideologe Alfred Rosenberg betonte: „In der ... marxistischen Weltanschauung ... erblickt der Nationalsozialismus seinen Todfeind (wobei die Parteizugehörigkeit erst in zweiter Linie eine Rolle spielt). Diese Weltanschauung zu überwinden und sie zu vernichten, ihre Hauptvertreter aber ... unschädlich zu machen, ist mit das wichtigste Ziel der NSDAP."[14] Es ist bezeichnend für den Verfall der kapitalistischen Politik und Ideologie, daß eine Partei später zur führenden Partei der deutschen Großbourgeoisie wurde, die eine derart primitive, alle bürgerlich-progressiven Gedanken über Bord werfende, zutiefst wissenschaftsfeindliche, von Barbarei und Mystizismus geprägte Ideologie vertrat, und daß diese Ideologie zur offiziellen Staatsdoktrin des imperialistischen Deutschlands werden konnte.

[14] Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Das Programm der Bewegung hrsg. u. erl. von Alfred Rosenberg, München (1923), S. 9.

Die eklektizistische, reaktionäre Ideologie der Nazis wurde zu einem überaus gefährlichen Instrument zur Irreführung der Volksmassen. Die Hitlerfaschisten verstanden besser als jede andere rechtsextremistische Gruppe, daß die Errichtung einer faschistischen Diktatur einer festen Stütze in den Massen des Volkes bedurfte. Die Nazis verstanden am besten, welche Bedeutung einer massiven sozialen und nationalen Demagogie sowie einer radikalen Phraseologie beizumessen war. Deshalb machten sie vor allem den Kleinbürgern und Bauern, aber auch den Arbeitern lügnerische Versprechungen, die ebenso inhaltlos waren wie ihre Forderung nach „Brechung der Zinsknechtschaft". Dabei bezogen die Nazis sich auf die tatsächliche Notlage des Volkes, auf das tatsächliche Elend der Erwerbslosen und auf die tatsächliche Existenzangst der von der Krise bedrohten kleinbürgerlichen Schichten und erreichten damit, daß viele ihren Versprechungen Glauben schenkten. Die Nazis beschuldigten „das Weltjudentum", „die Novemberverbrecher" – damit waren die Revolutionäre von 1918, aber auch jene sozialdemokratischen Führer gemeint, die damals alles taten, die alte Ordnung zu retten –, „die Marxisten" und „das System" der Weimarer Republik, die Not der Volksmassen verursacht zu haben. Geschickt nutzten die Nazis die Enttäuschung der Volksmassen über die Weimarer parlamentarische Demokratie, die Furcht der Bourgeoisie und der antikommunistisch verhetzten Kleinbürger und Bauern vor der Revolution sowie die Verzweiflung deklassierter Erwerbsloser aus. Die Nazis putschten empörte und verzweifelte Massen auf, lenkten deren Aktionsbereitschaft gegen die demokratischen Kräfte und verhüllten damit die wirklichen Ursachen der Empörung und Verzweiflung des Volkes. Die Nazis kündigten eine Zeit „deutscher Größe" und allgemeinen Wohlstandes an, falls man ihnen die Regierung übertrage.

Eine große Rolle bei der Verbreitung der faschistischen Ideologie spielten die literarischen Erzeugnisse Werner Beumelburgs, Friedrich Bluncks, Hans Grimms und anderer Verfasser militaristischer Kriegsbücher und pseudohistorischer Romane. Mit diesen Büchern fanden die Hetze vom „Volk ohne Raum", die „Blut-und-Boden"-Mystik, das falsche Bild der „Frontkameradschaft", die Lüge von der „Sendung der nordischen Rasse" und die Glorifizierung angeblich großer „Führergestalten" aus der Geschichte Zugang zu vielen Menschen.

Weil die Nazis mit der Wirksamkeit rückschrittlicher Auffassungen in großen Teilen des deutschen Volkes rechneten, konnte ihre Demagogie wirksam werden und ihre Ideologie sich rasch verbreiten. Die

antikommunistische und chauvinistische Hetze, der die Volksmassen seit vielen Jahren ausgesetzt waren, hatte der Naziideologie den Boden bereitet. Die Nazis erwiesen sich unter den verschiedenen politischen Interessenvertretern des deutschen Monopolkapitals als die fähigsten Demagogen. Sie verbanden ihre Demagogie mit wilden Drohungen gegen jeden Gegner oder Konkurrenten und mit politischem Terror gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen.

Die Nazipartei kam mit ihrer extrem antikommunistischen, chauvinistischen und revanchistischen Politik den Absichten der reaktionärsten imperialistischen Kräfte am weitesten entgegen. Die Skrupellosigkeit und Abenteuerlichkeit dieser Partei entsprach am besten den Raubinteressen des deutschen Imperialismus. Der besonders aggressive, vom wirtschaftlichen Rückgang in erster Linie betroffene Teil des deutschen Finanzkapitals – vornehmlich die Herren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie um Emil Kirdorf, Fritz Thyssen und Albert Vögler – nahm deshalb im Jahre 1929 Kurs auf die Stärkung der Nazipartei und stattete sie großzügiger als bisher mit finanziellen Mitteln aus. Der Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen, erhob ab Februar 1930 von seinen Mitgliedern eine Umlage von sieben Pfennig für jede Tonne geförderte Kohle. Der Ertrag dieser Umlage sollte der finanziellen Unterstützung „nationaler Belange" dienen, das heißt, er floß in die Parteikassen der Nazis, der Deutschnationalen und anderer reaktionärer Parteien und Organisationen. Ähnlich verfuhr das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat. An der Aufbringung von Millionensummen, mit denen so die Feinde der Weimarer Republik ausgestattet wurden, waren auch jene Gruben beteiligt, die dem Lande Preußen gehörten, das von einer sozialdemokratisch geführten Koalition regiert wurde. Auch der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Prinz August Wilhelm von Preußen und andere Vertreter des Hochadels und des Großgrundbesitzes sowie führende internationale Finanzkapitalisten – unter ihnen der englische Erdölgewaltige Henri Deterding, der amerikanische Autokönig Henry Ford und der schwedische Streichholzmagnat Ivar Kreuger – zahlten in die Kassen der Nazis.

Mit Hilfe dieser Gelder konnten sich die Nazis einen umfangreichen Apparat schaffen, der ihre Ideologie unter den Massen verbreitete. In den Jahren 1928 und 1929 organisierten die Nazis ihre Partei um. Zu dieser Zeit hatten sie bereits einen nach Tausenden zählenden Angestelltenapparat. Anzahl, Auflage und Umfang der nazistischen Zeitungen erhöhten sich. Auch die SA, die militärisch gegliederte und aus-

gebildete Terrororganisation der Nazipartei, wurde jetzt ausgebaut. Die faschistischen Organisationen, die die verschiedensten Schichten, Bevölkerungsgruppen und Berufe – die Bauern, die Frauen, die Jugend, die Studenten, die Juristen – erfassen sollten, wurden durch Bünde für Lehrer, Ärzte, Beamte und Schüler ergänzt. Unter Angestellten und Beamten, Gewerbetreibenden, Intellektuellen und Bauern gewannen die Nazis, die im Jahre 1928 bei den Reichstagswahlen nur 810 000 Stimmen erhalten hatten, schon zu Beginn der Krise zunehmend Einfluß. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen und der Gemeindewahlen in Bayern im Dezember 1929 – wie zuvor auch schon die Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden, Mecklenburg-Schwerin und Sachsen – zeigten das deutlich. Nach den thüringischen Landtagswahlen gelangten die Nazis zum erstenmal in eine Regierung: Sie bildeten zusammen mit anderen rechten bürgerlichen Kräften die Landesregierung in Thüringen. Innen- und Volksbildungsminister wurde Wilhelm Frick, ein Nazi. Die Versuche der Nazis, in die Arbeiterklasse einzudringen – 1929 gründeten sie zu diesem Zweck eine sogenannte Betriebszellenorganisation, die NSBO –, schlugen hingegen im wesentlichen fehl.

Der ideologische Einbruch in weite Kreise des Bürgertums und des Kleinbürgertums wurde den Nazis dadurch erleichtert, daß sie am Volksentscheid gegen den Young-Plan – einem chauvinistischen Manöver, das Deutschnationale und Stahlhelm betrieben – teilnehmen konnten. Der Volksentscheid scheiterte zwar am 22. Dezember 1929; doch hatte den Nazis während seiner Vorbereitung der ganze riesige Propagandatrust Alfred Hugenbergs, des Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, zur Verfügung gestanden.

Alfred Hugenberg, ehemaliger Direktor der Krupp-Werke und Repräsentant der Interessen der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, hatte mit deren Geldern einen Konzern aufgebaut, der die wichtigsten Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung in Deutschland, Presse und Film, zu großen Teilen beherrschte. Zu diesem Konzern gehörten vor allem der Zeitungsverlag August Scherl – mit solchen weitverbreiteten reaktionären Blättern wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger" und der „Berliner Illustrierten Nachtausgabe" –, die Ala-Anzeigen AG und einer der beiden größten deutschen Nachrichtendienste, die Telegraphen-Union, mit denen Hugenberg, ebenso wie mit dem Materndienst seines Konzerns, das Gesicht eines großen Teils der Provinzpresse prägte. Im Jahr 1927 hatte Hugenberg ferner seinem Konzern die Universum-Film

AG (UFA) angegliedert, den bei weitem größten deutschen Filmkonzern, der im wesentlichen von der Deutschen Bank finanziert wurde und mit den führenden amerikanischen Filmkonzernen eng liiert war. Die UFA – und damit der Propagandatrust Hugenbergs – verfügte über eine Vielzahl von Tochtergesellschaften in Deutschland und im Ausland und beherrschte den Löwenanteil der deutschen Filmindustrie.

Das Bündnis zwischen den Deutschnationalen und den Nazis, zwischen Alfred Hugenberg und Adolf Hitler, war sowohl für die hinter Hugenberg stehenden schwerindustriellen Kreise als auch für die Nazis von wesentlicher Bedeutung. Während die Nazis von den Hugenberg zur Verfügung stehenden Geldern der Schwerindustrie sowie von der Popularisierung ihrer Ziele und Losungen in Hugenbergs Presse profitierten, hofften die hinter Hugenberg stehenden Monopolisten, die Nazis über dieses Bündnis fest an sich zu binden.

Das Zentralkomitee der KPD erkannte frühzeitig, daß die reaktionärsten monopolkapitalistischen Kreise jetzt Kurs auf eine faschistische Diktatur nahmen, und rief zum Kampf gegen diese Bestrebungen und gegen die Nazipartei auf. Ernst Thälmann kennzeichnete auf der Tagung des Zentralkomitees am 24. und 25. Oktober 1929 die Nazipartei als Werkzeug der Monopolherren, das sich vornehmlich auf eine kleinbürgerliche Massenbasis stützte, und umriß damit den Klassencharakter dieser Partei. Er forderte, die KPD müsse vor allem der ideologischen Auseinandersetzung mit den Nazis große Aufmerksamkeit widmen, um die von den nazistischen Versprechungen irregeführten Werktätigen aus der Unterordnung unter die reaktionärsten finanzkapitalistischen Kräfte zu lösen. Das Zentralkomitee entlarvte die Haltung der Nazipartei zum Young-Plan als heuchlerische nationale Demagogie und verpflichtete die KPD zum schärfsten Kampf gegen den Chauvinismus und gegen die nationale Demagogie des Hugenberg-Hitler-Blocks.

Im Prozeß der Verschärfung des Klassenkampfes wuchsen in der Arbeiterklasse die Erbitterung und das Wissen um die Notwendigkeit, die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Die politische Aktivität in der Arbeiterklasse nahm zu. Im Verlaufe dieses Prozesses entwickelten sich in der SPD und in den sozialdemokratisch geführten Massenorganisationen oppositionelle Stimmungen, die besonders stark unter der Jugend ausgeprägt waren. Ihre Führer suchten jedoch mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Ansätze einer Arbeiteropposition sich weiter ausbreiten konnten. Klassenbewußte Arbeiter wurden aus der SPD und aus den ihr nahestehenden Gewerkschaften ausgeschlossen, sobald

sie versuchten, sich gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen an Kampfaktionen zu beteiligen. Sogar ganze Branchen und Ortskartelle des ADGB, die unter Führung von Kommunisten standen, wurden ausgeschlossen. So war es zum Beispiel der Rohrlegerbranche des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Berlin geschehen. Ähnliche Methoden wandten führende Funktionäre im Arbeiter-Turn-und-Sport-Bund, in den Genossenschaften, in der Naturfreunde- und in der Freidenkerbewegung gegen oppositionelle Kräfte an, um ihren Einfluß in den Organisationen zu sichern. Manche Organisationen änderten sogar ihre Statuten, um die innerverbandliche Demokratie weiter einzuschränken.

Während viele Verbandsleitungen kampfgewillte Arbeiter und Funktionäre aus den Gewerkschaften hinausdrängten, weigerten sie sich gleichzeitig, die Kraft der Organisationen zur Verteidigung der Interessen der Arbeiter einzusetzen, und hintertrieben Kämpfe. So hatte der Deutsche Metallarbeiterverband den Berliner Rohrlegerstreik bekämpft, und beim Hartmannsdorfer Streik sperrte die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes schließlich die Streikunterstützung. Das machte es mehr als bisher erforderlich, daß Kommunisten und oppositionelle Gewerkschafter intensiver in den Gewerkschaften arbeiteten und daß sich die klassenbewußten Kräfte in den Gewerkschaften zusammenschlossen, um auch gegen den Widerstand der Verbandsleitungen Kämpfe zur Abwehr der Lohnabbauoffensive durchzusetzen.

Das war der Anlaß, Ende 1929 eine erste Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition durchzuführen. Der Leiter der Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees der KPD, das Mitglied des Politbüros Paul Merker, sprach auf der Konferenz über die selbständige Organisierung von Streiks und über die Abwehr der Ausschlüsse aus den Gewerkschaften. Es wurde beschlossen, eine Reichsleitung der Opposition sowie Bezirks-, Unterbezirks- und Industriegruppenleitungen zu schaffen. Bestrebungen, die Opposition zu einer Mitgliederorganisation zu entwickeln, wurden jedoch zurückgewiesen. Zur Hauptaufgabe erklärte die Reichskonferenz die Arbeit innerhalb des ADGB und der anderen Gewerkschaften, den Kampf für eine proletarische Klassenpolitik der Gewerkschaften und die Mobilisierung der Betriebsarbeiter gegen die drohende Kapitaloffensive.

Die Konferenz orientierte darauf, selbständig Wirtschaftskämpfe vorzubereiten und zu führen, und beschloß Richtlinien über die Taktik bei den Betriebsrätewahlen. Bei diesen Wahlen im Frühjahr 1930 stellte die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) in 1200 Be-

trieben eigene Listen auf, zum Teil mit beachtlichem Erfolg. Von den reformistischen Gewerkschaftsführern wurden diese Listen als Spalterlisten denunziert. Das Ergebnis zeigte aber, daß viele revolutionäre Betriebsräte das Vertrauen ihrer Kollegen genossen. Die Erfolge bei den Betriebsrätewahlen schienen weitgespannten Erwartungen hinsichtlich des Wachstums der Revolutionären Gewerkschaftsopposition recht zu geben. Sie wurden jedoch in Betrieben erzielt, in denen die Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter verhältnismäßig großen Einfluß in der Belegschaft hatten; das war aber nur ein kleiner Teil von der Gesamtzahl aller Betriebe.

Das Wachsen revolutionärer Stimmungen in der Arbeiterklasse wie auch die proletarische Tradition der Sozialdemokratie und der Druck der zum größten Teil proletarischen Mitglieder und Wähler der SPD standen der Ausnutzung der SPD als Regierungspartei bei den weitergesteckten politischen Zielen der imperialistischen Bourgeoisie entgegen. Die großbürgerliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" schrieb, die SPD sei in Zukunft in der Opposition nützlicher als in der Regierung. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht brachte im Auftrag des Monopolkapitals die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung Hermann Müller in Zahlungsschwierigkeiten. Der sozialdemokratische Finanzminister Rudolf Hilferding mußte daraufhin dem Mitglied der rechtsstehenden Deutschen Volkspartei Paul Moldenhauer Platz machen. Das bestätigte, was das Zentralkomitee der KPD bereits auf seiner Tagung im Oktober 1929 betont hatte, daß „die Grundlagen der Koalitionsregierung durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage und das starke Anwachsen des Klassenkampfes erschüttert"[15] waren.

Während die maßgebenden Führer der SPD bestrebt waren, die Koalition mit der Monopolbourgeoisie zu retten, begannen entscheidende Gruppen des Finanzkapitals, sich von der Koalition mit der SPD abzuwenden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" griff in den ersten Monaten des Jahres 1930 die Regierung immer heftiger an. Ihre Politik drohe, „die Wirtschaft ... zu ersticken". Das Blatt verkündete, daß „die Dinge im Jahre 1930 unbedingt zur Entscheidung" getrieben würden. Hinter diesen publizistischen Angriffen standen die Forderungen des Monopolkapitals, wie sie der Reichsverband der Deutschen Industrie ausgesprochen hatte. Um aber die „Wiederherstellung der Rentabilität" und die „Förderung der Kapitalbildung" – mit anderen Worten: die Erhöhung der Monopolprofite durch Lohnsenkungen –

[15] Internationale Presse-Korrespondenz (Berlin), 1929, Nr. 102, S. 2420.

zu erreichen, müsse die Koalition mit der Sozialdemokratie aufgegeben und die Regierung Müller beseitigt werden. Es ging dabei nicht nur um ökonomische Ziele, die mit Hilfe eines Regierungswechsels erreicht werden sollten, sondern um eine grundsätzliche politische Veränderung. Unmittelbar nach dem Wechsel der Regierung brachte dieselbe Zeitung triumphierend die Mitteilung, daß es auch dem Reichspräsidenten „nicht zweckmäßig erscheine, die künftige Regierung auf einer koalitionsmäßigen Bindung aufzubauen".[16]

Angesichts dieser Zielsetzung konnte es nicht entscheidend ins Gewicht fallen, daß die sozialdemokratischen Minister bereit waren, den Forderungen des Finanzkapitals nach Steuererhöhungen und nach Abbau der sozialen Rechte der Werktätigen zu entsprechen. Die SPD stand den imperialistischen Scharfmachern im Wege. Überdies kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialdemokratischen Ministern und den Gewerkschaftsführern. Diese waren mit einer weiteren Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung nicht einverstanden.

Als schließlich am 11. und 12. März 1930 die Young-Gesetze im Reichstag – noch mit Hilfe der SPD – verabschiedet worden waren, sprengte die rechte Flügelpartei der Großen Koalition, die Deutsche Volkspartei, die Koalition. Die Regierung Müller mußte am 27. März zurücktreten. Sie war die letzte Koalitionsregierung des Reiches mit sozialdemokratischer Beteiligung; in einigen Ländern bestanden noch eine Zeitlang solche Kabinette.

Mit dem Sturz der Regierung Müller war die Koalitionspolitik der SPD gescheitert. Ihre Konzeption, auf diesem Wege die Weimarer Republik zu einem Staat des Volkes machen zu können, war widerlegt. Die Führung der Regierungsgeschäfte durch Sozialdemokraten in Koalition mit großbürgerlichen Parteien während vieler Jahre der Weimarer Republik hatte am imperialistischen Charakter der Staatsmacht nicht das geringste geändert und keinerlei demokratische Garantien geschaffen. Vielmehr wurde dem Finanzkapital nach der Novemberrevolution damit die Möglichkeit geboten, seine Macht aufrechtzuerhalten und wieder auszubauen. Die Koalitionsregierungen hatten den Forderungen der Großbourgeoisie stets nachgegeben und waren vor der Reaktion zurückgewichen. Die Koalitionspolitik konnte keinen „dritten Weg" zeigen, wie manche führende Sozialdemokraten zuvor behauptet hatten. Nun verzichteten die imperialistischen Kräfte auf die

[16] Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin), 1. Januar, 3. März u. 28. März 1930.

Koalition, drängten die SPD in die Opposition und schlugen einen Kurs zum Faschismus ein.

In der proletarischen Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Organisationen wurden Stimmen laut, die verhängnisvolle Politik der Zusammenarbeit mit der Großbourgeoisie aufzugeben und den Gefahren, die der Demokratie in Deutschland drohten, mit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu begegnen. Auf der Reichskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) am 19. und 20. April 1930 in Lüneburg stimmten 30 bis 45 Prozent der Delegierten für oppositionelle Anträge, die zum Beispiel Schulung auf marxistischer Grundlage forderten, um das für den Klassenkampf nötige Wissen erwerben zu können. Mitte Mai drohte die Ortsgruppe des Reichsbanners Halle, aus dem Reichsbanner auszuscheiden, wenn dessen Führung keinen energischen Kampf gegen die Regierung der Monopole führen wolle.

In der Tat hätte der von finanzkapitalistischen Kräften erzwungene Sturz der Regierung Müller der Führung der Sozialdemokratie die Notwendigkeit zeigen müssen, nun zu einer Politik der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte überzugehen. Jetzt galt es, im entschiedenen außerparlamentarischen Kampf die demokratischen Rechte und Freiheiten zu verteidigen und den großbürgerlichen Machenschaften, die auf Abbau des parlamentarisch-demokratischen Systems gerichtet waren, entschlossen Widerstand zu leisten. Doch infolge ihrer revisionistischen Grundkonzeption erkannte die sozialdemokratische Führung diese Erfordernisse nicht. Obwohl die Wirtschaftskrise alle reformistischen wirtschaftstheoretischen Vorstellungen und der Sturz der Regierung nun auch die Politik der SPD widerlegte, ging der sozialdemokratische Parteivorstand auch weiterhin von der Konzeption einer Zusammenarbeit mit Teilen der Bourgeoisie aus. Die rechten sozialdemokratischen Führer erkannten nicht den imperialistischen Klassencharakter des Faschismus, sondern hielten ihn für eine Bewegung deklassierter Elemente oder radikalisierter Kleinbürger. Sie verkannten auch den Zusammenhang zwischen den Forderungen und Bestrebungen entscheidender finanzkapitalistischer Kreise, die Demokratie abzubauen und der anwachsenden faschistischen Massenbewegung. So behaupteten diese Führer der SPD, in Deutschland sei nicht möglich, was sich in Italien ereignet hatte, und unterließen es, die antidemokratische Politik des deutschen Imperialismus und die faschistischen Kräfte wirksam zu bekämpfen.

Das Politbüro des Zentralkomitees der KPD stellte am 5. April

1930 fest, daß die rechten Sozialdemokraten nicht freiwillig die Regierung verlassen hätten. Sie waren hinausgedrängt worden, weil die Großbourgeoisie die Werktätigen noch schonungsloser ausbeuten und politisch entrechten und keine Rücksicht mehr auf die sozialdemokratischen Wähler und auf die Gewerkschaften nehmen wollte.

Das Zentralkomitee der KPD hatte bereits unmittelbar vor dem Sturz der Regierung – auf seiner Tagung am 20. und 21. März 1930 – beraten, wie die deutsche Arbeiterklasse den Bestrebungen der aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals begegnen könne. Ernst Thälmann ging in seinem Referat auf dieser Tagung davon aus, daß die Wirtschaftskrise die Widersprüche des Kapitalismus und damit den Klassenkampf verschärfen werde. Er kritisierte die – gemessen an den Erfordernissen, die sich aus dieser Entwicklung ergaben – noch ungenügende Arbeit der Partei in den Betrieben und in den Gewerkschaften, mit den Frauen und unter der Jugend. Ernst Thälmann wandte sich auch gegen eine Gleichsetzung der Mitglieder und unteren Funktionäre der Sozialdemokratie mit Führern wie Carl Severing oder Karl Zörgiebel. Die Partei dürfe sich unter keinen Umständen und durch keine Provokation von der Mehrheit des Proletariats isolieren lassen. Walter Ulbricht, Politischer Sekretär der Bezirksparteiorganisation Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, hob auf der Tagung hervor, daß die Partei in der Betriebsarbeit an die ureigensten Interessen der sozialdemokratischen Arbeiter anknüpfen, deren Gegensatz zur Politik der Führung der SPD herausarbeiten und das gemeinsame Ziel aller Arbeiter, gleich welcher Organisationszugehörigkeit, betonen müsse. Die Ausführungen Ernst Thälmanns und anderer Redner waren bedeutsam für die Orientierung, alle Arbeiter gegen die faschistischen Kräfte zusammenzuschließen.

Es gelang jedoch nicht, einige falsche Thesen zu korrigieren, die in Beschlüsse der KPD und der Kommunistischen Internationale Eingang gefunden hatten, wie die Auffassung, daß sich die Großbourgeoisie bei ihren Faschisierungsbestrebungen vor allem auf die Sozialdemokratie und die reformistisch geführten Gewerkschaften stütze und daß diese sich in einem Prozeß der Faschisierung befänden, der sich auch auf den mittleren und auf Teile des unteren Gewerkschaftsapparates erstrecke. Diese Auffassung erschwerte es aber entscheidend, die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den gemeinsamen Kampf gegen die Todfeinde der Nation zu gewinnen.

Besonders Vertreter sektiererischer Auffassungen in der KPD ver-

steiften sich auf solche zum Leben in Widerspruch stehende Thesen. Sie lehnten den Kampf um eine einheitliche Front kommunistischer, sozialdemokratischer und christlicher Arbeiter ab und hielten es nicht für möglich, die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre, die in ihren Augen „kleine Zörgiebels" waren, für die Auseinandersetzung mit Imperialismus und Faschismus zu gewinnen. Derartige sektiererische Auffassungen mußten dazu führen, die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und den Kampf für die Tagesforderungen der Arbeiter zu unterschätzen.

Eine solche sektiererische Position nahm damals der Leiter der Gewerkschaftsabteilung des Zentralkomitees der KPD, Paul Merker, ein, der im April 1930 seiner Funktion enthoben wurde. Zu den Hauptvertretern sektiererischer Auffassungen zählte der Kandidat des Politbüros Heinz Neumann, der in der Folgezeit entscheidend zu ihrer Verbreitung in der Partei beitrug.

Es bedurfte weiterer Erfahrungen im Klassenkampf, um solche Auffassungen in der Partei und in ihrer Führung nach und nach zurückdrängen und überwinden zu können, zumal der verschärfte Druck der Großbourgeoisie auf die Arbeiterklasse und das Zurückweichen sozialdemokratischer Führer vor diesem Druck die Auseinandersetzung mit solchen sektiererischen Tendenzen innerhalb der KPD erschwerten. Das brutale Auftreten der – oft genug von sozialdemokratischen Polizeipräsidenten befehligten – Polizei gegen die Arbeiter, die mit Streiks und Demonstrationen ihre gerechten Ansprüche verteidigten, erzeugte Haß, der manchmal blind machte. Nicht wenige revolutionäre Arbeiter, die die Politik der Führer der SPD und der Gewerkschaften als Verrat an ihren Klasseninteressen empfanden, verurteilten mit diesen Führern auch die Mitglieder der Sozialdemokratie, die die Politik ihrer Führer zuließen.

2. Der Übergang zum Abbau der Demokratie durch die Notverordnungsdiktatur der Regierung Brüning. Die Streikkämpfe gegen die Kapitaloffensive im Sommer 1930

Nachfolger des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller wurde der führende Zentrumspolitiker Heinrich Brüning. Seinem am 30. März 1930 ernannten Kabinett gehörten Vertrauensleute der Groß-

industrie und des Junkertums, wie Julius Curtius, Hermann Dietrich und Martin Schiele, der Repräsentant der Reichswehrgeneralität Wilhelm Groener und der Führer der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, an. Die Minister waren Mitglieder des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und anderer bürgerlicher Parteien, aber das Kabinett war ohne Koalitionsbindung eingesetzt worden. Es verfügte über keine parlamentarische Mehrheit. Die Brüning-Regierung sollte ohne Rücksicht auf den Reichstag und nur getragen vom „Vertrauen des Reichspräsidenten" regieren. Sie war das erste der von März 1930 bis Januar 1933 amtierenden „Präsidialkabinette". Bereits in seiner ersten Regierungserklärung verkündete Heinrich Brüning, daß der Reichspräsident den Reichstag auflösen werde, wenn dieser nicht den Maßnahmen der Regierung zustimme.

Hinter der Regierung Brüning standen vor allem die Beherrscher der IG Farben, der AEG, der Deutschen Bank und eines Teiles der rheinisch-westfälischen Industrie, so die Gruppe um den Klöckner-Konzern und um Otto Wolff, der enge Beziehungen zu General Kurt von Schleicher unterhielt. Obschon auch aus diesen Kreisen den Nazis Geld zur Verfügung gestellt wurde, ging die Konzeption dieser monopolkapitalistischen Gruppierung doch vorläufig dahin, den Abbau sowohl der demokratischen Rechte und Freiheiten der Werktätigen als auch des parlamentarischen Regierungssystems allmählich vorzunehmen. Ihr aggressives Programm sollte unter weitgehender Beibehaltung verfassungsmäßiger Formen und gestützt auf eine Kombination traditioneller Parteien verwirklicht werden.

Das Zentrum war in der ersten Zeit des Abbaus der Demokratie für die Rolle der tragenden Regierungspartei besonders geeignet. Im Unterschied zu den anderen bürgerlichen Parteien verfügte es als Partei des politischen Klerikalismus über eine mit Hilfe der katholischen Kirche ideologisch gebundene, auf vielfältige Weise organisatorisch erfaßte und daher relativ stabile Massenbasis. Katholische Vereine – wie der Volksverein für das katholische Deutschland –, Jugendorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kulturorganisationen und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ermöglichten es den klerikalen Politikern, alle Lebensbereiche der katholischen Menschen zu erreichen. Die christlichen Gewerkschaften standen nach der Zahl ihrer Mitglieder an zweiter Stelle hinter den freien Gewerkschaften und konnten sich unter Angestellten, Beamten, Meistern usw. teilweise sogar mit letzteren messen. Die katholischen Jugendbünde und

-vereine waren um ein vielfaches größer als etwa der KJVD oder die sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Die Zentrumspartei galt als „Partei der Mitte" und vertrat äußerlich eine „gemäßigte" Linie. Dadurch konnte sie sowohl mit anderen bürgerlichen Parteien – bis hin zur Deutschnationalen Volkspartei – als auch mit der Sozialdemokratie Regierungskoalitionen eingehen und an sämtlichen bisherigen Kabinetten der Weimarer Republik teilhaben.

Die Ideologie des politischen Klerikalismus kam in mancher Hinsicht faschistischen Auffassungen nahe. In ihr war der Gedanke eines berufsständischen Gesellschaftsaufbaus, des Ständestaates, enthalten, dessen Züge das faschistische Italien trug. Dieser Gesellschaftsaufbau sollte die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten politisch, ideologisch und organisatorisch entwaffnen. Die Enzyklika „Quadragesimo anno"[17] paßte 1931 die katholischen Sozialtheorien, in denen die Versöhnung der Klassen gepredigt wurde und die „Auswüchse" des Kapitalismus kritisiert wurden, den neuen Bedingungen an. Gleichzeitig machte diese Enzyklika den Antikommunismus zur religiösen Pflicht der Katholiken. Da die Auffassungen und die Politik des Zentrums dem Klerikalfaschismus nahekamen, konnte es die Politik der maßgeblichen monopolkapitalistischen Kreise nicht nur in der Zeit der Blüte der Weimarer Republik, sondern auch in der Zeit ihrer Krise betreiben.

Die Regierung Brüning begann die Hungeroffensive gegen das Volk mit Zollerhöhungen. Im Juli wurden durch Notverordnung die Einkommensteuer erhöht und die Bürgersteuer, eine Ledigensteuer sowie eine „Reichshilfe", die von den Gehältern der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst abgezogen wurde, eingeführt. Der Reichstag hob die sozialreaktionären Maßnahmen – entsprechend seinem verfassungsmäßigen Recht – am 18. Juli auf. Daraufhin löste Reichspräsident Paul von Hindenburg noch am selben Tage den Reichstag auf. Acht Tage später setzte er, gestützt auf den Artikel 48 der Verfassung, die neuen Steuern als Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände wieder in Kraft, ergänzt durch eine Biersteuer und eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von ursprünglich 3 Prozent auf 4,5 Prozent, während die Leistungen – ebenso wie die der Krankenversicherung – gleichzeitig abgebaut wurden. Berufstätige Frauen erhielten keinerlei Unterstützung mehr, wenn sie ihren und ihrer Familie Lebensunterhalt

[17] Dokument Nr. 77.

als Aufwarte- oder Waschfrauen bestreiten mußten oder andere Arbeiten verrichteten, die als „geringfügige Beschäftigung" diskriminiert wurden und deshalb nicht der Versicherungspflicht unterlagen. Für die verschuldeten ostelbischen Junkergüter wurden Subventionen bereitgestellt. Das waren die ersten der berüchtigten Notverordnungen der letzten Jahre der Weimarer Republik. Ihr Inhalt zeigte, wie prompt die Regierung den Forderungen der Monopolisten entsprach. In deren Namen hatte Carl Duisberg auf einer Hauptausschußtagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 23. Mai 1930 verlangt: „Wir müssen dahin kommen, daß auch in der Politik wirtschaftliche Angelegenheiten von wirtschaftlichen Sachverständigen maßgeblich beeinflußt werden"[18], das heißt, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung unmittelbarer Bestandteil der Wirtschaftspolitik des Monopolkapitals werden müsse.

Die Notverordnungen und die Auflösung des Reichstages machten deutlich, wie künftig regiert werden sollte. Diese Maßnahmen waren Schritte auf dem Wege der Faschisierung, des systematischen Abbaus der den Werktätigen verfassungsmäßig garantierten politischen und sozialen Rechte. Der Artikel 48 der Verfassung wurde jetzt und in der Folgezeit als ein zweiter – und bald als der alleinige – Weg der Gesetzgebung mißbraucht. Von 1925 bis zum Frühjahr 1930 waren keine Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 erlassen worden. Aber den 19 Reichsgesetzen, die im Jahre 1931 – das heißt von Januar bis April, denn danach erließ der Reichstag in diesem Jahr kein einziges mehr – auf dem normalen parlamentarischen Wege zustande kamen, standen schon 41 Notverordnungen gegenüber. Mit Hilfe des Artikels 25 der Reichsverfassung, der dem Reichspräsidenten die Auflösung des Parlaments erlaubte, wurde das verfassungsmäßige Kontrollrecht des Reichstages unwirksam gemacht. Die KPD charakterisierte die Auflösung des Reichstages als Verfassungsbruch und als einen Schritt zur faschistischen Diktatur. Die Fraktionen aller anderen Parteien sorgten, um ihre Mitverantwortung für die Notverordnungsdiktatur der Regierung zu verschleiern, für häufige und lange Vertagungen des Reichstages.

Die KPD nützte die Parlamentstribüne zum konsequenten Kampf

[18] Carl Duisberg: Wirtschaft und Politik. Rede auf der Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 23. Mai 1930. In: Carl Duisberg: Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922–1933, Berlin 1933, S. 105.

gegen den Abbau der demokratischen Rechte und gegen die Faschisierungspolitik der Regierung aus und vertrat auch hier unermüdlich die Interessen der Arbeiter, der Bauern, der Intellektuellen und des städtischen Kleinbürgertums. Unmittelbar nach der Übernahme der Regierung durch Heinrich Brüning hatte sich die KPD im Reichstag gegen die Erhöhung der Massensteuern gewandt und demgegenüber beantragt, die Steuern auf Einkommen über 8000 RM und auf Vermögen über 20 000 RM um zwanzig Prozent zu erhöhen. Jetzt und in den folgenden Jahren forderte sie die Aufhebung der Notverordnungen und verlangte geeignete Maßnahmen zur Behebung der Notlage des Volkes. Vor allem protestierte die KPD gegen alle Lohnabbaumaßnahmen und gegen die Aushungerung der Arbeitslosen. Sie verlangte die Einstellung aller Tributzahlungen an die ausländischen Imperialisten, die Streichung der Rüstungsausgaben und eine Verlagerung der Krisenlasten auf die deutsche Großbourgeoisie. Die Reichstagsfraktion der KPD sah es als ihre Aufgabe an, das Regime und das Programm Heinrich Brünings vom ersten Tage an vor der Öffentlichkeit als volksfeindlich und antidemokratisch zu entlarven. Von Anfang an widerlegte die Reichstagsfraktion der KPD die demagogische Argumentation des Reichskanzlers, der Abbau der Löhne und der sozialen Leistungen sowie die Steuergeschenke an die Monopole würden, indem sie die Produktionskosten senkten, die Wirtschaft wieder vorwärtsbringen. Die KPD wies nach, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung die Krise im Gegenteil verschärfte und nur dazu diente, die Monopole zu stützen, ihre Profite zu sichern und ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. In den Anträgen der kommunistischen Reichstagsfraktion wurden die finanzkapitalistischen Hintermänner und Interessenten der Regierung Brüning bloßgestellt. Die Fraktion der KPD wandte im Interesse der Arbeiterklasse und der Werktätigen alle parlamentarischen Mittel an, die Brüning-Politik zu durchkreuzen, und schlug von der Reichstagstribüne aus den bedrohten Arbeitern und anderen Werktätigen die jeweiligen konkreten Kampfforderungen vor.

Die Regierung verschaffte den großen Monopolen – so der Mansfeld AG und dem Mannesmann-Konzern – Millionengeschenke aus den Steuergroschen der Werktätigen und half dem Finanzkapital, die Krisenlasten vor allem auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Das durchschnittliche Wocheneinkommen des Industriearbeiters fiel von 42,20 RM im Jahre 1929 auf 36,95 RM im Jahre 1930 und lag damit nun schon um mehr als 22 Prozent unter dem amtlich errechneten Existenzmini-

mum. Um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen und den Widerstand der Arbeiterklasse aufzuspalten, senkte das Monopolkapital den Lohn in den einzelnen Industriezweigen und in verschiedenen Gebieten des Reiches, oft sogar in einzelnen Betrieben und Abteilungen sowie bei Gelernten und Ungelernten, Männern und Frauen, Erwachsenen und Jugendlichen in unterschiedlichem Tempo und in unterschiedlichem Maße. Die Arbeitshetze in den Betrieben verstärkte sich. Das hatte zur Folge, daß die Unfallziffern anstiegen. Die Leistungen der Sozialversicherung, einschließlich der Arbeitslosenversicherung – einziger Lebensunterhalt für immer mehr Menschen –, wurden abgebaut. Mitte 1930 wurde Krankengeld erst vom vierten Tag der Arbeitsunfähigkeit an gezahlt; für Krankenschein und Rezept wurden je 50 Pfennig Gebühren erhoben. Die Zahl derjenigen, die keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung erhielten und auf die Pfennige der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge angewiesen waren, erreichte im Frühjahr 1930 schon fast 680 000. Die Erwerbslosigkeit erfaßte immer stärker auch die Angestellten. Die kaufmännischen Angestellten machten sogar den prozentual größten Anteil jener Arbeitslosen aus, die von den Wohlfahrtsgroschen leben mußten.

Auch die Mittelschichten wurden schwer betroffen. Die von 1928 bis 1930 um 800 Millionen RM gestiegene Verschuldung der Landwirtschaft betraf vor allem Klein- und Mittelbauern. Sie erhielten von den staatlichen Unterstützungen für die Landwirtschaft nur einen verschwindend kleinen Teil. Für ihre Produkte wurden den werktätigen Bauern immer niedrigere Preise gezahlt, während die Preise, die sie für Dünge- und Futtermittel und für Industriewaren entrichten mußten, infolge der Preispolitik der Monopole und der unsozialen Zollpolitik der Regierung viel weniger sanken. Infolgedessen deckten die Verkaufserlöse, die die Bauern erzielten, kaum die Selbstkosten ihrer Erzeugnisse. Die Steuer- und Zinsenlasten der werktätigen Bauern nahmen zu. Die Folge war, daß ihre Wirtschaften in wachsender Zahl unter den Hammer kamen. In gleicher Weise verschlechterte sich die soziale Lage der städtischen Mittelschichten. Lohnsenkungen, Gehaltsabbau und Arbeitslosigkeit wirkten auf die Lage der Handwerker und Gewerbetreibenden zurück. Im Jahre 1930 fiel der Umsatz im Handwerk um 1,5 Milliarden RM, im Einzelhandel etwa um 3 Milliarden RM. In diesem einen Jahr verloren etwa 30 000 bis 40 000 Handwerker und Gewerbetreibende ihre Existenz. Auch die Beamten der unteren und mittleren Gehaltsstufen waren von Angriffen auf

ihre Gehälter und Pensionen und von zusätzlichen Steuern bedroht. Da man immer mehr Theater schloß, wurden zahlreiche Künstler arbeitslos; die Gagen derer, die noch auftreten durften, wurden gekürzt. Die Honorare der Ärzte, Rechtsanwälte und anderen freischaffenden Intellektuellen sanken. Von den ausgebildeten Ingenieuren, die 1929 die Technischen Hochschulen in Preußen verließen, konnte nur ein Viertel eine Stellung finden.

Schon im Verlauf des ersten Krisenjahres zeigte sich deutlich, daß die Verbesserung der Lebenslage des größten Teils der Werktätigen, die – wenn auch ungleichmäßig – einige Jahre hindurch angehalten hatte, zu Ende war und daß nun eine um so schnellere und spürbarere Verschlechterung folgte.

Die Arbeiterklasse antwortete mit Streiks auf den allgemeinen Lohnabbau, mit dem im Juni und Juli 1930 die Monopolherren der Mansfeld AG und der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im Ruhrgebiet den Anfang machten. In Mansfeld sollten die Tariflöhne um 15 Prozent herabgesetzt werden, in den Metallbetrieben des Ruhrgebietes zum Teil sogar um 15 bis 20 Prozent.

Die Leitungen des Verbandes der Bergarbeiter und des Metallarbeiterverbandes verwiesen die Arbeiter auf die Entscheidungen des staatlichen Schlichters. Diese Gewerkschaftsführer akzeptierten also den Staat der Monopole als unparteiischen Schiedsrichter zwischen Monopolen und Arbeitern, obwohl der kürzliche Regierungswechsel mit dem deutlich erkennbaren Ziel erfolgt war, eine dem Finanzkapital genehmere Regierung an die Macht zu bringen, und obwohl von den Schlichtungsbehörden nichts anderes zu erwarten war, als daß sie die Geschäfte der Monopole besorgen würden. Die Gewerkschaftsführer aber hielten Lohnsenkungen für natürlich, weil die Konjunktur zu Ende war, und wandten sich gegen Streiks. Die KPD und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition hingegen bereiteten – wie es ihrer richtigen Zielsetzung entsprach, auch gegen den Willen der offiziellen Gewerkschaftsinstanzen in den Betrieben Kämpfe gegen den Lohnabbau auszulösen und dadurch die Gewerkschaften zu zwingen, für die Interessen ihrer Mitglieder einzutreten – in Mansfeld systematisch den Streik vor.

Die Mansfelder Arbeiter berieten in vielen von der KPD organisierten Versammlungen ihre Forderungen und wählten Delegierte für eine zentrale Konferenz. Die Erwerbslosen und die Frauen der Arbeiter nahmen an den Vorbereitungen zum Kampf und später auch am

Kampf selbst teil. Ende Mai wurde begonnen, einen proletarischen Selbstschutz aufzustellen, um Streikbruch zu verhindern. Am 29. Mai traten die gewählten Delegierten in Helbra zu einer Konferenz der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammen und beschlossen den Streik. Sie wählten eine Streikleitung und legten die Ziele fest, die sie erreichen wollten: Verhinderung des Lohnabbaus, verkürzte Arbeitszeit unter und über Tage und Erhöhung des Schichtlohnes.[19]

In der Nacht zum 1. Juni besetzten Massenstreikposten die Eingangstore und die Zufahrtsstraßen zu den Betrieben, um Streikbrecher abzufangen. Am Morgen traten die Hüttenarbeiter nicht zur Arbeit an. Einen Tag später folgten ihnen die Grubenarbeiter. Der Streik der 13 000 Mansfeldarbeiter begann. Die schon vorher von der Konzernleitung herangeholten Landjägereinheiten sahen sich außerstande, die Arbeitsniederlegung zu verhindern.

Fest standen kommunistische, sozialdemokratische und christliche, gewerkschaftlich organisierte und unorganisierte Arbeiter zusammen. Unter der Führung der KPD und der RGO vereitelte ihre Aktionseinheit immer wieder die von der Konzernleitung organisierten Streikbruchversuche der Nazis und des Stahlhelms. Die Massenstreikposten wehrten erfolgreich alle faschistischen Streikbrecher ab, die versuchten, unter Polizeischutz in die Betriebe zu gelangen. Am 11. und 12. Juni wurden die Streikbrecher bei Eisleben vor der Krug-Hütte und am 23. Juni in Hettstedt vor dem Kupfer- und Messingwerk zurückgeschlagen. Auch Verhaftungen konnten die einheitliche Streikfront zunächst nicht erschüttern.

Der Kampfwille der Streikenden wurde durch Solidaritätsaktionen in anderen Gebieten gestärkt. In einigen Orten Mitteldeutschlands traten Industrie- und Landarbeiter zur Unterstützung ihrer Mansfelder Klassengenossen in den Streik. Die Internationale Arbeiterhilfe organisierte eine umfangreiche Solidaritätsaktion, an der sich auch werktätige Bauern und kleine Gewerbetreibende beteiligten, indem sie den Streikenden Lebensmittel zukommen ließen.

Nach Beginn des Streiks hatten die örtlichen Instanzen der Verbände des ADGB eine eigene Streikleitung zusammengestellt und eine Hetzkampagne gegen die KPD eingeleitet. Während die Arbeiter kämpften, verhandelten reformistische und christliche Gewerkschaftsfunktionäre mit Vertretern der Konzernleitung. Man einigte sich auf 9,5 Prozent Lohnabbau und beschloß, sich gemeinsam um eine staatliche Subven-

[19] Dokument Nr. 67.

tion für die von der Gruppe Otto Wolff–Deutsche Bank beherrschte Mansfeld AG zu bemühen. Mitte Juli riefen die Gewerkschaftsführer dazu auf, wieder an die Arbeit zu gehen. Gleichzeitig verschärfte die Polizei ihren Terror. Am 24. Juli machte sie in Hettstedt gegen eine Demonstration streikender Arbeiter sogar von der Schußwaffe Gebrauch. So gelang es, die einheitliche Streikfront zu zerschlagen. Am 25. Juli beteiligten sich irregeführte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter am Streikbruch. In dieser Situation beschloß die zentrale Streikleitung, den Kampf abzubrechen.

Infolge ihres konsequenten Auftretens in diesem Streik – an der Vorbereitung und Durchführung des Ausstandes war der Politische Sekretär der Bezirksorganisation der KPD Halle-Merseburg, Wilhelm Koenen, in hervorragendem Maße beteiligt – gewann die KPD im Mansfelder Gebiet an Einfluß. Zahlreiche Arbeiter machten in diesem Kampfe die Erfahrung, daß die KPD die Interessen der Arbeiter konsequent vertrat. Das Wachsen des Einflusses der KPD kam auch bei den Reichstagswahlen im September zum Ausdruck. Die KPD gewann hier über 1000 Stimmen und blieb damit im Mansfelder Gebiet die stärkste Partei. Viele der am Streik beteiligten Arbeiter traten der KPD, dem Kommunistischen Jugendverband oder der Internationalen Arbeiterhilfe bei. In Eisleben konnte die KPD die Zahl ihrer Mitglieder fast verdoppeln.

Noch während des Mansfelder Streiks begann am 1. Juli 1930 im Ruhrgebiet, im Bereich der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der Streik von 50 000 Metallarbeitern. Er dauerte zwei Wochen und mußte dann infolge des Widerstandes der Gewerkschaftsführer abgebrochen werden.

Der Mansfeldstreik und der Nordweststreik widerlegten in der Praxis die opportunistische These, man könne in der Krise nicht streiken, Streiks würden die Wirtschaft schädigen und so die Krise verschärfen. Sie müßten sich also nachteilig auf die soziale Lage der Arbeiterklasse auswirken. Außerdem würden sich die Erwerbslosen als Streikbrecher mißbrauchen lassen. Tatsächlich bewiesen gerade diese beiden Streiks die hohe Moral und die starke Solidarität der Arbeiterklasse. Die Erwerbslosen wurden nicht zu Streikbrechern, sondern unterstützten mit allen Mitteln den Kampf ihrer noch in Arbeit stehenden Klassengenossen. Aber der Einsatz der Staatsgewalt gegen die Arbeiter und die raffinierten Manöver der Monopole erschwerten es außerordentlich, einen Streik zum Erfolg zu führen. Das Monopol-

kapital stellte bewußt überhöhte Forderungen hinsichtlich des Abbaus der Löhne und versetzte damit – nachdem diese Forderungen im Verlaufe von Verhandlungen oder bei Schiedssprüchen etwas reduziert worden waren – die Verbandsleitungen des ADGB in die Lage, den Großteil der Arbeiter mit einem „Teilerfolg" beschwichtigen zu können. Viele Arbeiter durchschauten diese Manöver – bei denen der reaktionäre Staatsapparat als „unparteiischer" Schlichter die Täuschung vervollkommnete – noch nicht.

Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus richtete sich der Kampf der Arbeiterklasse um die Verteidigung ihrer materiellen Lage in zunehmendem Maße gegen die gesamte Politik des Finanzkapitals und seines Staates. Jeder Kampf, und wenn er auch nur um geringfügig erscheinende ökonomische Ziele geführt wurde, war ein Schlag gegen die Offensive der Monopole und gegen das Programm des Finanzkapitals, in dem Lohnabbau und Faschisierung eng verbunden waren. Daraus ergab sich die große politische Bedeutung dieser Streiks. Sie richteten sich objektiv gegen die Bestrebungen, mit staatsmonopolistischen Mitteln die Monopolprofite zu sichern und die Ausbeutung der Werktätigen zu verstärken, und gegen die *Politik* der herrschenden Klasse, nicht nur gegen die ausbeuterischen Praktiken dieser oder jener Unternehmergruppe. Die politische Bedeutung der ökonomischen Streiks in den Jahren der Krise veranlaßte die Staatsorgane in der Regel, sich sofort brutal einzumischen und die Polizei gegen die streikenden Arbeiter einzusetzen.

Die Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen, die schon vor dem Herbst 1929 begonnen hatten, wurden durch die Wirtschaftskrise noch beschleunigt. Die Weltwirtschaftskrise offenbarte bereits in ihrer ersten Phase deutlich den Grundwiderspruch der kapitalistischen Profitordnung: den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung ihrer Ergebnisse. Die Krise „korrigierte" zeitweilig und teilweise die krassen Disproportionen der kapitalistischen Wirtschaft, die auf dem Boden dieses Grundwiderspruchs entstanden waren. Dabei wurden massenhaft Produkte und Produktivkräfte zerstört. Während Hunderttausende und bald Millionen Hunger litten, machte man – um die Preise zu stützen – ebenso wie in den USA und in anderen Ländern auch in Deutschland Brotgetreide für die menschliche Ernährung unbrauchbar. Das ließ den ganzen Widersinn der überlebten kapitalistischen Ordnung deutlich werden.

Da die Verschmelzung von Monopolen und Staatsapparat zu einem mehr oder weniger einheitlichen System des staatsmonopolistischen Kapitalismus bereits ein beträchtliches Maß erreicht hatte, verlief dieser objektive Krisenprozeß heftig und tiefgreifend.

Der Staat regulierte die Verteilung des Volkseinkommens: Die Steuer- und Zollpolitik der Regierung begünstigte die Monopole und belastete die Massen und die kleinen Unternehmer; die Löhne und Gehälter wurden mit Hilfe von Regierungsverordnungen gesenkt und die Aufwendungen für öffentliche Wohlfahrt und Sozialwesen verringert; Großindustrie, Großbanken und Großgrundbesitz erhielten staatliche Subventionen; für Monopole, die die Krise besonders schwer getroffen hatte, leistete der Staat Garantien, oder er fing ihren drohenden Bankrott durch vollständige oder teilweise Übernahme in Staatseigentum auf. Der Staat griff also nicht nur mit Verordnungen und Verwaltungsmaßnahmen zugunsten der Monopole in die Wirtschaft ein, sondern benutzte auch den Staatshaushalt dazu, Teile des Volkseinkommens den Werktätigen wieder abzunehmen und auf die Monopole zu übertragen. Auf diese Weise verschärfte das staatsmonopolistische System die Krise weiter. Damit wurden zugleich Tatsachen für die Zukunft geschaffen: Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung Brüning sollten – wie Lutz Graf Schwerin von Krosigk, damals leitender Beamter im Reichsfinanzministerium, unter Brünings Nachfolgern selbst Finanzminister, bezeugt – den Unternehmern und Monopolen helfen, die Krise dazu auszunutzen, die Soziallasten völlig abzuschütteln und die Löhne auf einen äußerst niedrigen Stand hinabzudrücken. Auch der Reparationsverpflichtungen wollte man sich unter Berufung auf die Wirtschaftskrise entledigen.

Die Weltwirtschaftskrise führte zur Zuspitzung aller Widersprüche des Imperialismus. Besonders der Widerspruch zwischen der kleinen Schicht von Finanzkapitalisten, die im Interesse der Sicherung ihrer Profite und ihrer Macht dazu übergingen, immer offener die Lebensgrundlagen der Werktätigen anzugreifen, und der übergroßen Mehrheit des Volkes verschärfte sich zusehends.

Auf dem Boden der umfassenden wirtschaftlichen Zerrüttung entwickelte sich in verschiedenen Ländern eine politische Krise. Dabei vollzog sich die Entwicklung der Klassenkräfte in einem außerordentlich widerspruchsvollen Prozeß. Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten verschärften sich ebenfalls. Das Versailler System ging aus den Fugen.

Die Kämpfe, mit denen sich die Arbeiterklasse in vielen kapitalistischen Ländern gegen die Offensive des Finanzkapitals zur Wehr setzte, zeugten davon, daß das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse wuchs und die Erkenntnis sich ausbreitete, daß an die Stelle der reformistischen Vorstellungen vom Wirtschaftsfrieden die Grundsätze des Klassenkampfes treten mußten.

Wie in Deutschland, so kam es auch in Belgien, England, Finnland, Griechenland, Kanada, Polen, Rumänien und in den USA zu Hungermärschen und großen Streiks. Ausgedehnte Streikkämpfe fanden in Bulgarien, Korea und auf den Philippinen statt. In der Tschechoslowakei wurde der nordwestböhmische Bergarbeiterstreik im Frühjahr 1932 zum Höhepunkt der Streikbewegung. In Chile führten Massenaufstände der Arbeiter in verschiedenen Großstädten zur Bildung von Arbeiterräten. In Südafrika streikten afrikanische Landarbeiter, in Südwestafrika kam es zu Arbeiterdemonstrationen. Die erste internationale Konferenz von Arbeitern schwarzer Hautfarbe konnte im Juli 1930 in Hamburg stattfinden. An dieser Konferenz nahmen bereits Delegierte aus Gambia, von der Goldküste, aus Nigeria, Senegal, Südafrika, Trinidad, aus den USA und aus anderen Ländern teil. Auch viele Bauern beteiligten sich am Kampf gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die Werktätigen. In Kanada und in den USA gab es Unruhen unter den Farmern, in Bolivien, in Honduras und auf den Philippinen kam es zu Bauernaufständen.

Die Arbeiter und die anderen Werktätigen kämpften nicht allein für ökonomische Ziele. Sie konnten 1930 in Spanien die Diktatur Primo de Riveras stürzen, 1933 in Kuba den Diktator Gerardo Machado vertreiben. Die Budapester Arbeiter demonstrierten gegen die Horthy-Diktatur. In den kolonial unterdrückten und abhängigen Ländern kam es zu großen Kämpfen gegen die imperialistischen Kolonialherren, so vor allem in Ägypten, in Burma und in Indien. In China schließlich festigte sich in dieser Zeit das Zentrale Sowjetgebiet in Kiangsi und Fukien. Der I. chinesische Sowjetkongreß im November 1931 wählte eine Provisorische Demokratische Regierung. Gleichzeitige Aktionen in mehreren Ländern gegen den Imperialismus fanden auf Initiative der Kommunistischen Internationale alljährlich am 1. August statt, dem Jahrestag des Ausbruchs des ersten Weltkrieges. In diesen Jahren entstanden in weiteren Ländern kommunistische Parteien, so in Costa Rica und anderen mittelamerikanischen Staaten, in Kolumbien und Venezuela, in Indochina, Malaya und auf den Philippinen.

Auch in Deutschland wuchs in den Jahren der Krise die Autorität der Kommunistischen Partei. In der Arbeitslosenbewegung, in proletarischen Sport-, Kultur- und Freidenkerorganisationen eroberte sich die KPD neue Positionen. In den Mittelschichten konnte die Partei, deren Politik auf die Verbesserung der sozialen Lage auch dieser Schichten, gegen Finanzkapital und Militarismus gerichtet war, ebenfalls – wenn auch langsam – weiter vordringen. Immer mehr Werktätige folgten der KPD und erkannten in ihr die Führerin im Kampf um die nationale und soziale Befreiung.

Angesichts der raschen Verschlechterung ihrer Lebenslage und des offenbaren Bankrotts der sozialdemokratischen Wirtschaftstheorien einerseits und des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion andererseits, suchten auch viele sozialdemokratische Arbeiter nach neuen Wegen. Das Erstarken des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates und die konsequente nationale Politik der KPD sowie auf der anderen Seite die Weltwirtschaftskrise, die zunehmende Krise des Imperialismus und die wachsende Aggressivität des Monopolkapitals sowie das Versagen der sozialdemokratischen Konzeption erschütterten den Einfluß opportunistischer Auffassungen.

Nicht nur in der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch in den Mittelschichten vollzog sich ein Differenzierungsprozeß. Die überkommenen Formen der bürgerlichen Ideologie begannen, ihre Wirkung auf Teile der Mittelschichten zu verlieren. Antikapitalistische Stimmungen, die sich gegen die Zerstörung der kleinbürgerlichen Existenz durch den Monopolkapitalismus richteten, breiteten sich aus. Infolge ihrer ökonomischen Stellung nahmen viele Angehörige der Mittelschichten jedoch eine besonders labile politische Haltung ein. Diese Haltung und traditionelle bürgerliche Vorurteile erschwerten es den Mittelschichten, ihren wahren Feind zu erkennen und zu antimonopolistischen Positionen zu finden. Große Teile der Mittelschichten wandten sich in zunehmendem Maße von den alten Parteien der Großbourgeoisie ab und wurden – da sie den Verlust ihrer kleinbürgerlichen Existenz, insbesondere eine zweite Inflation fürchteten und seit langem einer antikommunistischen und chauvinistischen Beeinflussung unterworfen worden waren – leicht zu Opfern der Nazidemagogie. Während des Wahlkampfes im Sommer 1930 war bereits sichtbar, daß kleinbürgerliche Wähler in Stadt und Land im Begriffe waren, in Massen zur Nazipartei überzugehen.

Das machte – im Verein mit der Politik der Brüning-Regierung –

den Faschismus zu einer akuten Gefahr. Deutschland wurde zu einem entscheidenden Kampfplatz der Kräfte der Demokratie und des Sozialismus mit den Kräften der imperialistischen Reaktion.

3. Die Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes

Die wirtschaftliche und politische Krise stellte das deutsche Volk an diesem Wendepunkt seiner Geschichte erneut vor die Entscheidung über seine Zukunft. Entweder ließ es sich vom Finanzkapital in Faschismus und Krieg treiben, oder es beschritt den Weg der Einigung aller antifaschistischen Kräfte, um die Lebensfrage der Nation zu lösen: die Macht der Monopolherren und Militaristen zu brechen, die Faschisten niederzuwerfen und eine demokratische Ordnung zu schaffen, die sich auf die Kraft der Werktätigen stützte.

Der fortgeschrittene Teil der deutschen Arbeiterklasse und demokratische Kräfte aus anderen Schichten des deutschen Volkes leisteten unter Führung der KPD der Faschisierungspolitik der Regierung und der anschwellenden faschistischen Massenbewegung erbitterten Widerstand. Im Falle der Aufrichtung einer faschistischen Diktatur drohte der deutschen Arbeiterklasse völlige Entrechtung und Knebelung. Die Arbeiterklasse sollte der Waffe ihrer Organisation beraubt und mit gebundenen Händen dem Kapital zu schrankenloser Ausbeutung ausgeliefert, ihre materiellen und kulturellen Errungenschaften sollten zerstört und das werktätige Volk zu wehrlosem Kanonenfutter für einen neuen Raubkrieg gemacht werden. Wie die Arbeiterklasse, so konnten auch die werktätigen Bauern, die Intelligenz, das städtische Kleinbürgertum und große Teile der Bourgeoisie nur unter demokratischen Bedingungen ihre friedlichen Lebensinteressen wahren. Die Politik des Finanzkapitals und der Junker bedrohte auch sie mit politischer Entrechtung, verschärfter Ausplünderung, wirtschaftlichem Ruin und Vernichtung der geistigen Freiheit. Die Arbeiterklasse als größte, am besten organisierte und aktivste demokratische Kraft wirkte, indem sie ihre eigenen Gegenwarts- und Zukunftsinteressen im Kampf um die Demokratie und gegen den Faschismus verfocht, zugleich als Vorkämpferin für eine demokratische und friedliche Zukunft der ganzen Nation.

Die Entwicklung der Klassenkräfte bot der KPD die objektive Möglichkeit, breite Schichten des deutschen Volkes, die nach einem Ausweg suchten, zum Kampf gegen die faschistische Gefahr zusammenzuschließen. Es kam darauf an, sie auf den Weg des gemeinsamen antifaschistischen Kampfes zu führen und zu verhindern, daß sie als Massenbasis des Faschismus mißbraucht werden konnten. Von dieser Aufgabe ging das Politbüro des Zentralkomitees der KPD aus, als es am 4. Juni 1930 einen besonderen Beschluß über den Kampf gegen den Faschismus[20] faßte.

Das Politbüro deckte in dieser Resolution die Ursachen des Anwachsens der faschistischen Bewegung und die sich daraus ergebenden Gefahren auf. Es erklärte: „Vor der deutschen Arbeiterklasse steht in ganzer Größe die Aufgabe, den Faschismus und seine Terrorbanden bis zur vollständigen Vernichtung niederzukämpfen."[21] In der Resolution wurden die Naziführer als „bewußte und skrupellose Agenten des Finanzkapitals"[22] angeprangert. Zugleich wurde erneut die Notwendigkeit betont, zwischen den Naziführern und den von ihnen irregeführten Werktätigen sorgfältig zu unterscheiden. Das Politbüro kritisierte deshalb die maßgeblich unter dem Einfluß Heinz Neumanns zustande gekommene Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" und hob demgegenüber die Bedeutung des ideologischen Kampfes gegen den Faschismus hervor. Es galt, ständig den Widerspruch zwischen den Worten und den Taten der Nazis aufzudecken, um ihrer Demagogie die Wirkung zu nehmen. Die Resolution forderte von der gesamten Partei, „den Kampf gegen die faschistische Gefahr auf das äußerste zu verschärfen"[23]. Sie warnte davor, dem Finanzkapital Raum zur Vorbereitung einer faschistischen Diktatur zu lassen, wie es die Führer der SPD durch ihr Zurückweichen taten.

Die Faschisten konnten nicht von der Arbeiterklasse allein geschlagen werden. Deshalb stellte das Politbüro des Zentralkomitees der KPD die Aufgabe, über das Industrieproletariat hinaus „insbesondere die Massen der Landarbeiter, das notleidende städtische Kleinbürgertum, die Beamten und Angestellten, die verelendeten Kleinhändler,

[20] Dokument Nr. 66.

[21] Über den Kampf gegen den Faschismus. Resolution des Polbüros des ZK der KPD, 4. Juni 1930. In: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946, Berlin 1955, S. 275.

[22] Ebenda.

[23] Ebenda.

Kleingewerbetreibenden, Handwerker, die verarmten Kleinbauernmassen in allen Teilen des Reiches gegen den Faschismus und seine ausbeuterische, großkapitalistische Politik in den Kampf"[24] zu führen.

Auf der Tagung des Zentralkomitees am 16. und 17. Juli 1930 schlug Ernst Thälmann vor, daß die Kommunistische Partei dem durch und durch verlogenen Programm der Naziführer in besonders wirkungsvoller und überzeugender Form ihre Ziele entgegenstellen solle. Im Reichstag und im Preußischen Staatsrat setzte sich Wilhelm Pieck mit der sozialen Demagogie der Nazis auseinander. Er wies nach, wie zum Beispiel der Nazi Wilhelm Frick als Innenminister in Thüringen mit neuen Steuern, Mieterhöhungen usw. dazu beitrug, die Krisenlasten den Werktätigen aufzubürden. Wilhelm Pieck prangerte die Reichstagsfraktion der Nazis an, als sie Zollerhöhungen und anderen die Massen belastenden Maßnahmen zustimmte. Vor den Berliner Parteifunktionären deckte Walter Ulbricht die Verbindungen zwischen der Hitlerclique und den Monopolherren auf und entlarvte die Nazis als „die treueste Schutztruppe des Finanzkapitals"[25]. Auf einer großen Wahlkundgebung in Hamburg am 8. August charakterisierte Ernst Thälmann die Nazipartei als „das gefährlichste und schmutzigste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals"[26].

Am 24. August 1930 veröffentlichte das Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne", die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, mit der die Kommunistische Partei auf die Lebensfragen der Nation Antwort gab.

Die Programmerklärung war von der Parteiführung mit Unterstützung der Kommunistischen Internationale ausgearbeitet worden. In dieser Erklärung legte die KPD das nationale Programm der Arbeiterklasse dar, das Programm des Kampfes gegen die nationale Hauptgefahr, und stellte es dem Programm der reaktionärsten Kräfte des Finanzkapitals entgegen.

Die Programmerklärung begann mit folgenden Sätzen: „Die deutschen Faschisten (Nationalsozialisten) unternehmen gegenwärtig die schärfsten Vorstöße gegen die deutsche Arbeiterklasse. In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wach-

[24] Ebenda, S. 277/278.

[25] Die Rote Fahne (Berlin), 23. Juli 1930.

[26] Ernst Thälmann: Wir stürmen für Sowjetdeutschland! Rede in Hamburg, 8. August 1930. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. II, S. 520.

senden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen, unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Young-Plan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellter, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen."[27] Die Nazipartei wurde in der Programmerklärung als „eine volks- und arbeiterfeindliche, eine antisozialistische, eine Partei der äußersten Reaktion", als eine „Partei der mörderischen, faschistischen Diktatur" charakterisiert. Die Erklärung zerriß die demagogische Tarnung der Nazipartei, die von sich behauptete, sie sei eine „nationale", eine „sozialistische" und eine „Arbeiter"partei.[28]

In dem Dokument widerspiegelte sich die entscheidende Erkenntnis, daß die Nazipartei und die faschistische Bewegung überhaupt die Politik der extremsten, reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals repräsentierten und daß die faschistische Gefahr in jeder Gestalt ihrem Inhalt nach eine imperialistische Gefahr ist. Die KPD führte deshalb den Kampf gegen die Faschisten als Klassenkampf gegen die Monopole.

In der Erklärung wurden die wichtigsten Maßnahmen dargelegt, für die die werktätigen Massen kämpfen mußten, um ihre Lage sofort zu verbessern und die Nation auf den Weg der friedlichen Arbeit und des Wohlstandes zu führen. Die KPD schlug als solche Kampfziele vor: die Großbetriebe und Großbanken in Volkseigentum zu überführen, den Großgrundbesitz an landarme Bauern aufzuteilen, eine umfassende Sozialversicherung einzuführen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Löhne zu erhöhen sowie die Mieten und die Preise für Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrsmittel und andere Kommunalleistungen herabzusetzen. Ferner sollte die Gleichberechtigung der Frauen und Jugendlichen erkämpft werden.

Diese Forderungen richteten sich gegen die Hintermänner der Nazipartei, gegen das Finanzkapital und gegen den Großgrundbesitz. Deshalb wurde im Programm mit voller Berechtigung hervorgehoben: „Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die sich den Sturz des Im-

[27] Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Hrsg. und eingel. von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1964, S. 119.

[28] Ebenda, S. 122.

perialismus und die Befreiung der Völker von der Macht des Finanzkapitals zum Ziele setzt."[29]

Mit ihrer Programmerklärung führte die KPD einen wirkungsvollen Schlag gegen den Chauvinismus, diesen Hauptbestandteil der Ideologie des deutschen Imperialismus und Faschismus. Die Programmerklärung entlarvte die nationalen Beteuerungen der Nazis als bewußte Lügen. Es wurde nachgewiesen, daß die Nazipartei nicht, wie sie vorgab, gegen den Young-Plan und für die nationale Befreiung des deutschen Volkes kämpfte, sondern im Reichstag und in den Ländern mithalf, alle Lasten dieses Planes auf die Werktätigen abzuwälzen und Streiks zu verhindern oder abzuwürgen. Die KPD zeigte, daß die nationalistischen Losungen der Nazis nur dazu dienten, die chauvinistische Hetze zu schüren und die nationalen Gefühle des Volkes zu mißbrauchen. In Wirklichkeit waren die Nazis dazu bereit, die räuberischen Ansprüche des ausländischen Finanzkapitals anzuerkennen und sich mit dem Faschismus und mit der Reaktion anderer Länder gegen die Werktätigen zu verbünden. Demgegenüber konnte die KPD in der Programmerklärung eine stolze Bilanz ihres zwölfjährigen nationalen Kampfes ziehen:

„Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Young-Plan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarnovertrag, Dawes-Plan, Young-Plan, deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.

Wir erklären feierlich vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes, daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinszahlung für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden.

Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Verteuerung der Mieten und Gemeindetarife, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die Lasten des Young-Plans auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen."[30]

[29] Ebenda.

[30] Ebenda, S. 120/121.

Das Programm machte deutlich, daß Fragen wie die der Grenzen, der Verschuldung und der Reparationen nur auf friedliche Weise, ohne Eroberungskrieg und ohne Unterdrückung anderer Völker gelöst werden konnten. Das Programm zeigte den allein möglichen Weg, das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation und ihre Gleichberechtigung in der Gemeinschaft aller Nationen herzustellen: durch die Beseitigung der Herrschaft des Imperialismus und gestützt auf die Übereinstimmung der Interessen der deutschen Arbeiter und der Arbeiter der anderen Länder, bei Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und der Gleichberechtigung der anderen Nationen.

Die KPD orientierte das deutsche Volk darauf, sich nicht länger von antisowjetischen Lügen verwirren zu lassen, sondern eine feste Freundschaft zur Sowjetunion zu schmieden, zur einzigen Großmacht, deren Politik anderen Ländern und auch Deutschland gegenüber nicht von imperialistischen Raubinteressen bestimmt war. Die Existenz der Sowjetunion, ihre ökonomische und soziale Entwicklung und ihre Politik waren das lebendige Gegenstück zum krisengeschüttelten Imperialismus und zum Aufeinanderprallen der Gegensätze in der imperialistischen Welt. Die Freundschaft zur Sowjetunion war nicht nur ein Prüfstein für die Treue zur Sache der Arbeiterklasse, entsprang nicht nur der internationalistischen Haltung gegenüber diesem Bollwerk und Vortrupp der internationalen Arbeiterbewegung, diese Freundschaft stellte auch ein großes nationales Anliegen dar, weil die Sowjetunion der natürliche Verbündete des deutschen Volkes ist.

In seiner Programmerklärung entwickelte das Zentralkomitee der KPD Vorschläge zur Zusammenfassung der Arbeiterklasse als Kraftzentrum aller antifaschistischen Kräfte, zur Herstellung einer umfassenden Kampffront der Werktätigen gegen Finanzkapital und Nazipartei. Die Politik der Führung der SPD wurde kritisiert, weil diese Politik den Kampf gegen die faschistische Gefahr behinderte und für die Arbeiterklasse und für die Nation verhängnisvoll war, weil diese als marxistisch ausgegebene Politik den Marxismus und die Arbeiterbewegung vor der Öffentlichkeit diskreditierte.

Die KPD rief „alle Arbeiter, alle armen Bauern, alle Angestellten, alle werktätigen Mittelständler, Männer wie Frauen, Jugendliche wie Erwachsene, alle unter der Krise, Arbeitslosigkeit, Not und Ausbeutung Leidenden“[31] dazu auf, sich um die KPD zusammenzuschließen und so eine Macht von unüberwindlicher Stärke zu werden. Die anti-

[31] Ebenda, S. 127.

imperialistische Stoßrichtung dieses Programms erleichterte es, mit den Massen der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zusammenzuarbeiten, denn es proklamierte Ziele, die von der Gemeinsamkeit der Interessen der verschiedenen, politisch und weltanschaulich unterschiedlich gebundenen Teile der Arbeiterklasse wie auch von der Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiterklasse und der Mittelschichten ausgingen.

Mit der im Programm zur nationalen und sozialen Befreiung entwickelten Bündnispolitik orientierte die Führung der KPD auf den Zusammenschluß aller werktätigen Nazigegner, um die drohende nationale Katastrophe zu verhindern. Ausgehend von den Erfahrungen des Klassenkampfes in Deutschland und angesichts der zunehmenden Gefahr der faschistischen Diktatur, wies die KPD mit diesem antiimperialistischen und antifaschistischen Programm der Arbeiterklasse und dem deutschen Volk den Weg des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, einen echten Ausweg aus Not, Elend und Unterdrückung.

Mit der Programmerklärung gaben die Kommunisten erstmals eine geschlossene Antwort auf das nationale Grundproblem des deutschen Volkes, wie es sich seit dem Eintritt Deutschlands ins Zeitalter des Imperialismus entwickelt hatte. Zum erstenmal legte die KPD in diesem historischen Dokument zusammenhängend die Stellung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur Nation dar und begründete die Notwendigkeit, im Interesse der Nation Imperialismus und Militarismus zu entmachten. Gestützt auf die Lehren von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin, arbeitete sie die nationale Rolle der Kommunisten in einem hochentwickelten imperialistischen Land heraus. Die Erklärung trug entscheidend zur Verbreitung der Leninschen Lehre von der nationalen Frage in der Partei und in der Arbeiterklasse bei. Die Parteiführung wandte sich gegen jede Unterschätzung nationaler Interessen, gegen Tendenzen eines nationalen Nihilismus, gegen Auffassungen, die die Einheit von proletarischem Internationalismus und Patriotismus negierten und statt dessen einen Gegensatz zwischen diesen beiden Komponenten der proletarischen Haltung zur Nation konstruierten. Solchen Auffassungen, die vom ständigen Mißbrauch der Begriffe Nation, Vaterland und Patriotismus durch die chauvinistische Propaganda genährt wurden, entgegenzutreten, war um so nötiger, als die Faschisten diesen Mißbrauch auf die Spitze trieben und damit beachtliche Erfolge bei der Irreführung der Mittelschichten verzeichnen konnten.

Der Chauvinismus der imperialistischen Kräfte war eine große nationale Gefahr; er beschwor nicht nur die Perspektive eines erneuten Weltkrieges herauf, unter dieser Flagge wurde gleichzeitig eine faschistische Diktatur zur Knebelung der eigenen Nation vorbereitet. Demgegenüber erhielten der antiimperialistische und antifaschistische Kampf der deutschen Kommunisten und revolutionären Arbeiter und ihre internationalistische Haltung entscheidende nationale Bedeutung. Es bestätigte sich, daß der proletarische Internationalismus der Arbeiterklasse gesetzmäßig mit echtem Patriotismus gegenüber dem eigenen Volk, der eigenen Nation verbunden ist, weil der gesamte, seinem Wesen nach internationalistische Kampf der Arbeiterklasse zugleich darauf gerichtet ist, der eigenen Nation wirkliche Freiheit und dem werktätigen Volk die Souveränität zu erringen. Die freie Entfaltung aller Kräfte der Nation kann nur die Arbeiterklasse sichern, indem sie die Herrschaft der Ausbeuterklasse bricht.

Die Arbeiterklasse wird, bereits bevor sie dieses Ziel erreicht, zur Vorkämpferin der Nation. Sie verkörpert nicht nur die Zukunft der Nation, sondern auch ihre gegenwärtigen Interessen um so mehr, je mehr der Imperialismus die nationalen Interessen mit Füßen tritt. Während die imperialistische Bourgeoisie zur größten Gefahr der eigenen Nation wird, verschmilzt der Kampf der Arbeiterklasse immer mehr mit dem nationalen Kampf. „Die KPD ist die einzige Partei, die das Recht hat, vom Schutze der Nation zu reden. Die 90 Prozent der Werktätigen – sie verkörpern die Nation, und wir kämpfen für ihre Interessen“[32], hatte Ernst Thälmann schon am 27. März 1925 erklärt.

Die Stellung der Kommunisten zur Nation und zur nationalen Frage wurde bereits von Karl Marx und Friedrich Engels begründet, die – sorgfältig die nationalen Probleme vieler Länder untersuchend – die Grundthese formulierten, daß eine Nation, die andere Nationen unterdrückt, selbst nicht frei sein kann. Im Geiste seiner Begründer ist der Marxismus ein unversöhnlicher Gegner jeder nationalen Unterdrükkung. Die Gedanken Karl Marx' und Friedrich Engels' wurden von W. I. Lenin fortgesetzt und unter den neuen Bedingungen des Imperialismus weiterentwickelt.

Der mit dem Imperialismus entstandenen Notwendigkeit, die nationale Konzeption der revolutionären Arbeiterbewegung weiter zu ent-

[32] Ernst Thälmann: Wahlrede im Berliner Sportpalast, 27. März 1925. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. I, Berlin 1958, S. 138.

wickeln, entsprach in Deutschland Karl Liebknecht. Seine Erkenntnis, daß der Hauptfeind im eigenen Lande steht, brachte zum Ausdruck, daß der Sturz des deutschen Imperialismus und Militarismus zur nationalen Hauptaufgabe geworden war. Diese Erkenntnis war Leitmotiv des nationalen Kampfes der Kommunisten. Sie wurde in der Programmerklärung der KPD zusammengefaßt, die – entsprechend der Leninschen Lehre von der nationalen Frage – zeigte, daß die Befreiung von nationaler Unterdrückung durch die ausländischen Imperialisten und die Befreiung vom Joch der deutschen Imperialisten eine Einheit bildeten. Damit wurden die faschistischen Lügen widerlegt. „Die Nationalsozialisten behaupten, Wirtschaftskrise und Ausplünderung der Massen seien lediglich Folgen des Young-Plans; die Überwindung der Krise sei bereits gesichert, wenn Deutschland die Fesseln des Versailler Vertrages abstreift. Das ist ein grober Betrug. Um das deutsche Volk zu befreien, genügt es nicht, die Macht des Auslandskapitals zu brechen, sondern die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie im eigenen Lande muß gleichzeitig gestürzt werden."[33]

Die Programmerklärung, in der die Erfahrungen des Kampfes der KPD für die Durchsetzung der Interessen des werktätigen Volkes und der gesamten Nation verallgemeinert wurden, war Ergebnis und konsequenter Ausdruck der nationalen Politik der KPD seit ihrer Gründung. Dieses Dokument war darauf gerichtet, die volksfeindliche Rolle der Nazipartei aufzudecken und die faschistische Diktatur zu verhindern, die Macht der Konzernherren zu brechen und eine wirklich demokratische Ordnung zu schaffen. Es bedeutete einen wichtigen Schritt voran in der Ausarbeitung einer den neuen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland entsprechenden Politik, wenn auch noch nicht alle entscheidenden Fragen dieser Strategie und Taktik geklärt werden konnten.

Die Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes wurde die Grundlage der Erfolge, die die KPD in dieser Periode im Kampf um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus errang. Auf dem Boden dieser Politik überwand die KPD im Vorwärtsschreiten die Enge mancher Vorstellungen, die mit der Losung „Klasse gegen Klasse" und anderen damals verbreiteten Ansichten zu einigen Grundfragen des Klassenkampfes verbunden waren.

[33] Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 123.

Die KPD rief ihre Mitglieder und Funktionäre auf, die Programmerklärung in jeden Betrieb, in jedes Büro, auf jede Stempelstelle, in jede Bauernwirtschaft und auf jeden Gutshof zu tragen. Ernst Thälmann begann auf Kundgebungen in Stuttgart und Mannheim am 25. und 26. August, die Grundsätze des Programms vor den Werktätigen zu erläutern. In den folgenden Tagen sprach er in Altona, Breslau, Essen, Frankfurt (Main), Halle, Kiel, Leipzig, Neumünster, Wuppertal-Barmen und in anderen Städten. Auch Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Ernst Schneller, Walter Ulbricht und andere Mitglieder der Parteiführung propagierten vor den Werktätigen die Gedanken und die Vorschläge der Programmerklärung.

In Versammlungen und Diskussionen mit Angehörigen der verschiedenen Bevölkerungsschichten sowie in Zuschriften an die kommunistische Presse stimmten Arbeiter, Angehörige des Mittelstandes und Jugendliche der Programmerklärung als einer klaren Antwort auf die Frage nach der Perspektive der Nation zu. So hieß es in einer Leserkorrespondenz: „Mit der Veröffentlichung des Programms... haben wir zweifellos ungeheuer viel gewonnen. Ich bin der Überzeugung, daß wir nunmehr viel leichteres Arbeiten unter den Nazis sowie unter SPD-Anhängern haben werden. So wie ich begrüßen unzählige dieses Programm."[34] Ein anderer Leser schrieb der „Roten Fahne": „Mein erstes Gefühl war beim Lesen der Programmerklärung der KPD eine ungeheure Erleichterung. Nun hat die Partei auch die nationale Frage in voller Schärfe gestellt und beantwortet, so positiv, wie es naturgemäß keine andere Partei kann."[35] Arbeitslose aus Berlin-Charlottenburg sahen in der Programmerklärung die Bestätigung dafür, „daß die KPD die einzige Arbeiterpartei ist, die im Geiste Lenins den ausgebeuteten und unterdrückten Schichten Deutschlands den Weg aus der Krise und Young-Sklaverei zeigt"[36].

Auf der Programmerklärung fußend, wandte sich der Kommunistische Jugendverband Deutschlands mit einem Kampfprogramm gegen Hungeroffensive und drohende faschistische Diktatur an die werktätige Jugend in Stadt und Land. Das Programm stellte demokratische Forderungen im Kampf um das Existenzminimum, für das Tarifrecht, für die politischen Rechte der Jugend und gegen die Schulreaktion in

[34] Die Rote Fahne (Berlin), 28. August 1930.
[35] Ebenda.
[36] Die Rote Fahne (Berlin), 29. August 1930.

den Vordergrund. Ausführlich wurden Forderungen der Landarbeiter- und Kleinbauernjugend formuliert.

Die Programmerklärung der KPD war ein Ergebnis der kollektiven Bemühungen ihres Zentralkomitees und der ihr brüderlich zur Seite stehenden Kommunistischen Internationale um eine Politik, die den Bedingungen der Krise und der faschistischen Offensive des Monopolkapitals besser Rechnung trug. Die in ihr ausgearbeitete Generallinie des Kampfes gegen den Faschismus war für die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik vieler kommunistischer Parteien von wesentlicher Bedeutung. Die Programmerklärung wurde von der internationalen kommunistischen Bewegung mit Zustimmung aufgenommen. Die Kommunistischen Parteien Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Österreichs, Polens, der Schweiz, der Tschechoslowakei und der USA sowie das Präsidium des I. Kongresses der chinesischen Sowjets erklärten ihre Übereinstimmung mit dem Programm und versicherten die KPD und die kämpfende deutsche Arbeiterklasse ihrer Solidarität. Manche dieser Erklärungen trugen den Charakter nationaler Programme der betreffenden Parteien.

Der Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen unter Führung der KPD gegen die Kapitaloffensive, gegen die Notverordnungsdiktatur der Regierung Brüning und gegen die wachsende faschistische Gefahr (September 1930 bis Januar 1932)

1. Die Verschärfung des Klassenkampfes nach den Reichstagswahlen im September 1930

Am 14. September 1930 wurde der neue Reichstag gewählt. Das Wahlergebnis war eine Art politische Bilanz des ersten Krisenjahres. Das bedeutende Anwachsen der Wahlbeteiligung und zum Teil krasse Verschiebungen im Stimmenverhältnis der Parteien widerspiegelten, daß sich der Klassenkampf verschärft hatte, daß Millionen eine Veränderung der Verhältnisse in Deutschland wollten.

Die KPD erhielt knapp 4,6 Millionen Stimmen, das heißt 1,33 Millionen mehr als 1928. In Berlin betrug ihr Stimmenanteil 33 Prozent, in den Wahlkreisen Düsseldorf-Ost und Merseburg 26 beziehungsweise 25 Prozent. In diesen Wahlkreisen war sie die stärkste Partei. 20 oder annähernd 20 Prozent aller Stimmen erhielt sie auch in den beiden Potsdamer Wahlkreisen. Dann folgten Chemnitz-Zwickau und

Hamburg mit 18 Prozent und mehr sowie Düsseldorf-West, Leipzig und Westfalen-Süd mit 17 Prozent und mehr.

Die kommunistischen Wähler entsandten Willi Agatz, Artur Becker, Albert Buchmann, Roman Chwalek, August Creutzburg, Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Hugo Gräf, Roberta Gropper, Ernst Grube, Fritz Heckert, Christian Heuck, Johanna Himmler, Edwin Hoernle, Anton Jadasch, Wilhelm Koenen, Olga Körner, Max Maddalena, Franz Moericke, Willi Münzenberg, Theodor Neubauer, Heinz Neumann, Helene Overlach, Wilhelm Pieck, Ernst Putz, Siegfried Rädel, Hermann Remmele, Ernst Schneller, Georg Schumann, Fritz Schulte, Walter Schütz, Walter Stoecker, Ernst Thälmann, Matthias Thesen, Ernst Torgler, Walter Ulbricht, Clara Zetkin und andere als ihre Abgeordneten in den Reichstag.

Der bedeutende Stimmengewinn der KPD und vor allem ihre Überlegenheit in den industriellen Zentren veranlaßte nicht nur die deutsche Monopolpresse, sondern auch die Zeitungen des amerikanischen, englischen und französischen Finanzkapitals zu besorgten Äußerungen.

Die SPD erhielt knapp 8,6 Millionen Stimmen. Sie verlor im Vergleich zu 1928 fast 580 000 Stimmen.

Die Zahl der für die Nazis abgegebenen Stimmen schnellte von 810 000 im Jahre 1928 auf 6,4 Millionen empor. Millionen von Kleinbürgern waren der Nazidemagogie zum Opfer gefallen. Den größten Zuwachs hatten die Nazis in Schleswig-Holstein und in anderen Agrarbezirken, wie Ostpreußen und Pommern, ferner in den Wahlkreisen Breslau und Südhannover-Braunschweig. Die Naziwählerschaft bestand zum Teil aus Neuwählern. Es war der Nazipartei also gelungen, mit ihrer Demagogie Hunderttausende jener für ihr volksfeindliches Programm zu mobilisieren, die bisher politisch indifferent waren und an Wahlen nicht teilgenommen hatten. Zum anderen stimmten für die Nazipartei enttäuschte Anhänger der alten bürgerlichen Parteien. Vor allem wanderten bisherige Wähler der Deutschnationalen Volkspartei, die gegenüber 1928 zwei Millionen Stimmen verlor und nicht einmal mehr auf 2,5 Millionen kam, und der Deutschen Volkspartei, die mehr als eine Million Stimmen einbüßte und nur noch knapp 1,6 Millionen erhielt, zu den Nazis ab.

Die beiden klerikalen Parteien, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, gewannen eine halbe Million neue Wähler; für sie stimmten fast 5,2 Millionen. Mehr als sechs Millionen Stimmen waren ver-

teilt auf die Deutsche Staatspartei – hervorgegangen aus der Vereinigung der früheren Deutschen Demokratischen Partei mit dem reaktionären Jungdeutschen Orden –, die Wirtschaftspartei, mehrere Bauernparteien und eine Anzahl anderer kleiner bürgerlicher Parteien. Die kleinen Parteien – oft nur Splitterparteien – erlebten gerade im ersten Krisenjahr ihre Blütezeit. Das war symptomatisch für die Krise des bürgerlichen Parlamentarismus und zeigte das Suchen vor allem kleinbürgerlicher Massen nach neuen Wegen. Die meisten Wähler dieser Parteien gingen später zu den Nazis über.

Nach den Reichstagswahlen erwogen gewisse Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie eine schnelle Einbeziehung der Nazis in die Regierung. Fritz Thyssen begrüßte vor dem Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 27. November 1930 den Wahlerfolg der Nazis, äußerte Skepsis gegenüber Heinrich Brüning und empfahl diesem, sich auf die sogenannten nationalen Kreise zu orientieren, das heißt auf die rechte Opposition, auf die Nazis, die Deutschnationalen und den Stahlhelm.

Der Wahlsieg der Nazis bestätigte die Warnungen der Kommunisten und machte vielen Arbeitern und anderen demokratischen Kräften die Größe der faschistischen Gefahr deutlich. Andererseits erhöhte dieser Wahlsieg noch die Anziehungskraft der Nazidemagogie auf das Kleinbürgertum; viele Mittelständler, Bauern und Beamte sahen nun erst recht in den Nazis die kommende Partei. Das Wahlergebnis bestätigte, daß es die Nazis besser als andere bürgerliche Parteien verstanden, große Teile des Kleinbürgertums für ein extrem reaktionäres und chauvinistisches Programm zu gewinnen.

Um Vorbehalte der Monopolherren gegen die Einbeziehung der NSDAP in die Regierung auszuräumen, korrigierten Adolf Hitler und Joseph Goebbels im Parteiprogramm der Nazis jene Punkte, die den Monopolen bedenklich erschienen. Sie versicherten, daß eine Naziregierung die ausländischen Investitionen in Deutschland garantieren werde. Hjalmar Schacht bereiste die USA und sprach vor Vertretern der Großbanken und Monopole über die Notwendigkeit, die amerikanischen Kapitalanlagen in Deutschland und den Kapitalismus in Europa mit Hilfe einer Nazidiktatur zu retten. Vor dem Reichsgericht schwor Adolf Hitler, seine Partei – die des Wohlwollens der reaktionären deutschen Justiz sicher sein konnte – werde sich streng im Rahmen der Legalität halten. Im Laufe dieser Entwicklung kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Nazipartei, in deren Ergebnis oppo-

sitionelle Kräfte von den führenden Repräsentanten finanzkapitalistischer Politik verdrängt wurden.

Es waren hauptsächlich schwerindustrielle Kreise, die auf eine beschleunigte Faschisierung drängten: Fritz Thyssen und Albert Vögler von den Vereinigten Stahlwerken, die von der Krise besonders hart getroffen wurden, aber auch die meisten anderen Herren der Ruhrindustrie, die von Alfred Hugenberg, dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, repräsentiert wurden. Jedoch setzte sich diese Auffassung nicht durch. Die Bestrebungen der damals einflußreichsten finanzkapitalistischen Kreise gingen vielmehr dahin, die sozialen und politischen Rechte der Werktätigen weiterhin allmählich abzubauen und die parlamentarisch-demokratischen Einrichtungen nach und nach auszuhöhlen. Sie wollten sich dabei lieber auf eine vom Zentrum geführte Kombination stützen, um auf diese Weise auch den Widerstand der Arbeiterklasse leichter dämpfen zu können. Vertreter dieser Linie hatten eher eine Diktatur vom klerikal-faschistischen Typ im Auge, weniger den wilden, mit der radikalen Phrase arbeitenden und die Massen aufputschenden Faschismus der Nazis. Jene Teile des Finanzkapitals, die damals den Haupteinfluß auf die Regierung hatten und Schlüsselpositionen im staatsmonopolistischen System einnahmen, waren noch nicht bereit, einer Kombination offen faschistischer Kräfte – sei es unter der Führung Alfred Hugenbergs oder Adolf Hitlers – die Macht auszuliefern. Insbesondere von den Kreisen des Chemie- und Elektrokapitals und der Reichswehrführung wurden derartige Auffassungen geltend gemacht. Auf der erwähnten Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erklärten die führenden Vertreter des Verbandes, vor allem Carl Duisberg und Ludwig Kastl, in deutlicher Erwiderung auf die Forderungen Fritz Thyssens die grundsätzliche Übereinstimmung der von ihnen repräsentierten Kreise mit dem Regierungsprogramm. Allerdings ließ der Reichsverband den Kanzler im Hinblick auf eine angekündigte neue Notverordnung auch wissen: „. . . wir denken gar nicht daran, das schon als Endprogramm der neuen Entwicklung anzusehen."[37] Die Wallstreet und das State Department begrüßten den schrittweisen Abbau der Demokratie in Deutschland durch die Präsidialregierung.

Die KPD antwortete auf das rasche Wachstum des Masseneinflusses der Nazipartei mit einer Verstärkung des antifaschistischen Kampfes.

[37] Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1930, H. 55, S. 19.

Auf Initiative der KPD entstand Ende September 1930 der Kampfbund gegen den Faschismus als überparteiliche proletarische Massenorganisation zum Kampf gegen den Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen, insbesondere gegen den Nationalsozialismus. Das war ein Versuch, eine organisatorische Form für die Einheitsfront der Arbeiter zum politischen und ideologischen Massenkampf gegen den Faschismus zu finden. Der erste Vorsitzende des Kampfbundes war das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPD Hermann Remmele. Der Kampfbund zählte im Dezember 1931 106 000 registrierte Mitglieder. Er überschritt diese Zahl auch später nicht wesentlich.

Zum Schutze des Lebens der Arbeiter und des Eigentums der Arbeiterorganisationen schuf der Kampfbund Selbstschutzstaffeln der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen sowie Staffeln der Häuserblocks und Wohngebiete. Die bereits nach dem Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der KPD vom 4. Juni 1930 entstandenen Betriebswehren schlossen sich dem Kampfbund als selbständige Einheiten an. Es war notwendig geworden, solche Schutzmaßnahmen zu ergreifen; denn während die proletarische Wehrorganisation – der Rote Frontkämpferbund – verboten blieb, nahm die Zahl der Opfer faschistischer Terroristen ständig zu. Im Jahre 1930 ermordeten die Nazis bereits 41 Arbeiter, und den Schüssen der Polizei fielen 36 Arbeiter zum Opfer. Unter ihnen befanden sich die Jungarbeiter Martin Groh aus Plauen und Hermann Krämer aus Köln, der Berliner Arbeiter Erich Loleit, der junge Bergarbeiter Viktor Broja aus Hindenburg und der Arbeitersportler Kurt Hummel. Anfang Januar 1931 wurden der Reichsbannermann Willi Schneider und der Bankangestellte Herbert Graf, Mitglied der SPD, in Berlin von den Nazis und der Arbeiter Arno Kießling in Leipzig von der Polizei erschossen. Im selben Monat wurden die Jungarbeiter Otto Grüneberg in Berlin-Charlottenburg und Alfons Benthien und Bernhard Geick in Geesthacht ermordet.

Unter diesen Umständen sah sich nach den Reichstagswahlen im September 1930 auch das Reichsbanner veranlaßt, besondere Schutzformationen (Schufo) gegen den faschistischen Terror zu bilden. In ihnen sammelten sich kampfgewillte Mitglieder und Funktionäre des Reichsbanners. Es kam jedoch vor, daß diese Abteilungen – sie zählten im Februar 1931 etwa 160 000 Mitglieder – auch zu arbeiterfeindlichen Aktionen mißbraucht wurden.

Die Reihe der großen Streiks der Arbeiter gegen die Lohnsenkungen erreichte im Oktober 1930 mit dem Berliner Metallarbeiterstreik einen

Höhepunkt. Der Verband Berliner Metallindustrieller hatte bereits am 29. August den Lohntarif gekündigt, aber erst nach den Reichstagswahlen gab er seine Forderung bekannt, die Löhne um 15 Prozent zu senken. Die Schlichtungsverhandlungen führten am 10. Oktober zu einem Schiedsspruch, der „nur" eine Lohnsenkung um acht, bei Jugendlichen und Arbeiterinnen um sechs Prozent vorsah. Die Metallarbeiter forderten daraufhin, gegen jeden Pfennig Lohnabbau zu streiken.

Die KPD und die RGO hatten frühzeitig vor dem Anschlag auf die Löhne der Metallarbeiter gewarnt. Noch während der Schiedsverhandlungen berieten 407 Delegierte der RGO aus 120 Metallbetrieben mit Paul Peschke, dem Vorsitzenden des Berliner Bezirkskomitees der RGO, und Albert Kuntz, dem Organisationssekretär der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark, die Vorbereitung des Streiks und wählten einen zentralen Kampfausschuß. In vielen Betrieben entstanden unter Führung der RGO Streikleitungen.

Unter dem Druck der Arbeiter beschloß eine Konferenz der Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes, eine Streikabstimmung durchzuführen. Bei dieser Urabstimmung, die am 13. Oktober stattfand, lehnten die Gewerkschaftsmitglieder mit der überwältigenden Mehrheit von 85 Prozent den Schiedsspruch ab. Schon am nächsten Tage begann in einigen Betrieben der Streik. Angesichts des eindeutigen Abstimmungsergebnisses riefen die Führer des Metallarbeiterverbandes, denen die Bewegung bereits aus der Hand zu gleiten begann, für den 15. Oktober zum Streik auf. 130 000 Berliner Metallarbeiter legten daraufhin die Arbeit nieder, unter ihnen 40 000 Arbeiterinnen und über 1000 Lehrlinge. Diese Massenaktion kam vor allem deshalb zustande, weil – wie Walter Ulbricht sagte – „wenigstens für Berlin zum ersten Male einigermaßen richtig die Einheitsfronttaktik angewandt"[38] wurde.

In dem zwei Wochen währenden Kampf zeigte sich erneut die Kraft der proletarischen Solidarität.[39] Keiner der rund 60 000 erwerbslosen Berliner Metallarbeiter übte Streikbruch, zu Tausenden aber stellten sie sich als Streikposten zur Verfügung. Arbeiter vieler Betriebe spendeten einen Stundenlohn für ihre streikenden Klassenbrüder. Arbeitersportler und Agitpropgruppen sammelten für die Metallarbeiter. Johannes R. Becher, Hans Marchwitza und andere traten auf Solidari-

[38] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, 2/41/1, Bl. 338.

[39] Dokument Nr. 69, 71, 72 u. 73.

tätskundgebungen auf. Die Arbeiter der Roten Putilow-Werke in Leningrad beschlossen, ein halbes Prozent ihres Monatslohnes zu spenden. Tatkräftigen Beistand leistete die Internationale Arbeiterhilfe. Sie nahm sich besonders der unorganisierten Arbeiter an, die von den Gewerkschaften keinerlei Streikunterstützung erhielten. Sie sammelte Lebensmittel, Kleidung und Geld im Werte von 200 000 RM, mehr als die Hälfte davon bei kleinen Geschäftsleuten, Handwerkern und Bauern. Ende Oktober vereinbarten die Führer des Metallarbeiterverbandes mit den Unternehmern ein neues Schiedsverfahren. In einer erneuten Urabstimmung, an der sich jedoch nur etwas mehr als die Hälfte der Streikenden beteiligte, kam daraufhin eine knappe Mehrheit für den Abbruch des Streiks zusammen. Die Quittung ließ nicht lange auf sich warten. Am 8. November wurde der alte Schiedsspruch erneuert, nur mit dem Unterschied, daß der Lohnabbau nun in zwei Etappen erfolgen sollte.

Weitere bedeutende Streiks wurden im zweiten Krisenwinter auch von den Bergarbeitern an der Ruhr, den Metallarbeitern in Hannover und den Straßenbahnern in Chemnitz, den Arbeitern der Maschinenfabrik Pels in Erfurt und den Hafenarbeitern in Bremen, Hamburg und Stettin geführt.

Mit diesen Streiks setzten sich die Arbeiter gegen die Hungeroffensive der Monopole und der Regierung zur Wehr, die sich jetzt voll entfaltete. Nachdem ab 6. Oktober der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wieder erhöht worden war – nun schon auf 6,5 Prozent des Lohnes –, wurden ab 3. November die Sätze der Krisenfürsorge gesenkt, und die Unterstützungsdauer wurde verkürzt. Am 1. Dezember erging wieder eine Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Sie kürzte die Gehälter und Renten der Beamten um sechs Prozent, sah eine Kündigung der Tarifverträge der Staatsangestellten zwecks Kürzung ihrer Gehälter vor und erhöhte die Ledigen-, die Bier- und die Tabaksteuer. Gleichzeitig wurden die Umsatz-, die Grund- und die Gewerbesteuer gesenkt. Die schwersten Schläge gegen die Lebenslage der Massen aber wurden mit Schiedssprüchen geführt. In zahlreichen Industriezweigen setzte man auf diese Weise im Laufe des Winters die Löhne um vier bis acht Prozent herab.

Es wurde immer schwieriger, gegen diese Anschläge Streikkämpfe zu führen. Bei dem erwähnten Streik der Ruhrbergarbeiter im Januar 1931 zum Beispiel ermordete die Polizei drei Arbeiter, verhaftete etwa 200 Streikende, vor allem Kommunisten und Funktionäre der RGO,

und besetzte das Parteihaus der KPD in Bochum. Über Recklinghausen wurde der Kleine Belagerungszustand verhängt. Ein Schiedsspruch über sechs Prozent Lohnabbau wurde durch Notverordnung für verbindlich erklärt. Bewaffnete SA-Trupps deckten den organisierten Streikbruch. Die christlichen Gewerkschaftsführer bekämpften den Streik, und auch Funktionäre des Verbandes der Bergarbeiter riefen zum Streikbruch auf. Die Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen den schon terroristische Formen annehmenden Druck wurde fortgesetzt geschwächt. Systematisch entfernten die Unternehmer kommunistische Arbeiter und revolutionäre Gewerkschafter aus den Betrieben; damit wurden gerade die politisch erfahrensten, kampfgestähltesten Arbeiter verdrängt. Im Oktober 1930 war nur noch jedes dritte Mitglied der KPD im Betrieb tätig, im März 1931 nur noch jedes vierte und Ende 1932 gar nur noch jedes neunte, während 1928 noch 55 Prozent der Parteimitglieder in Betrieben gearbeitet hatten.

In zähem Ringen gelang es der KPD, deren Mitgliederzahl ständig wuchs, nach und nach dennoch in immer mehr Betrieben Fuß zu fassen. Im Dezember 1930 bestanden neben fast 3500 Straßenzellen etwa 1500 Betriebszellen, 600 davon in Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten. Es gab also in jedem fünften Betrieb dieser Größenordnung eine kommunistische Betriebszelle. Bis März 1932 erhöhte sich die Zahl der Betriebszellen auf über 2100, die der Straßenzellen auf fast 6600. Allerdings konnten oftmals erfahrene Parteizellen in wichtigen Großbetrieben von den monopolistischen Betriebsleitungen zerschlagen werden, und es gelang nicht immer, neue Zellen aufzubauen. Die meisten neuen Zellen entstanden in kleinen und mittleren Betrieben. Viele Betriebszellen mußten unter halblegalen Bedingungen arbeiten, wollten sie nicht dem Unternehmerterror zum Opfer fallen.

Der kombinierte ökonomische und politische Druck der Monopole, ihres Staatsapparates und der faschistischen Organisationen ließ das verfassungsmäßig garantierte Streikrecht mehr und mehr illusorisch werden. Streikende Arbeiter hatten über kurz oder lang die Entlassung zu erwarten und fanden dann in den meisten Fällen keine Arbeit mehr.

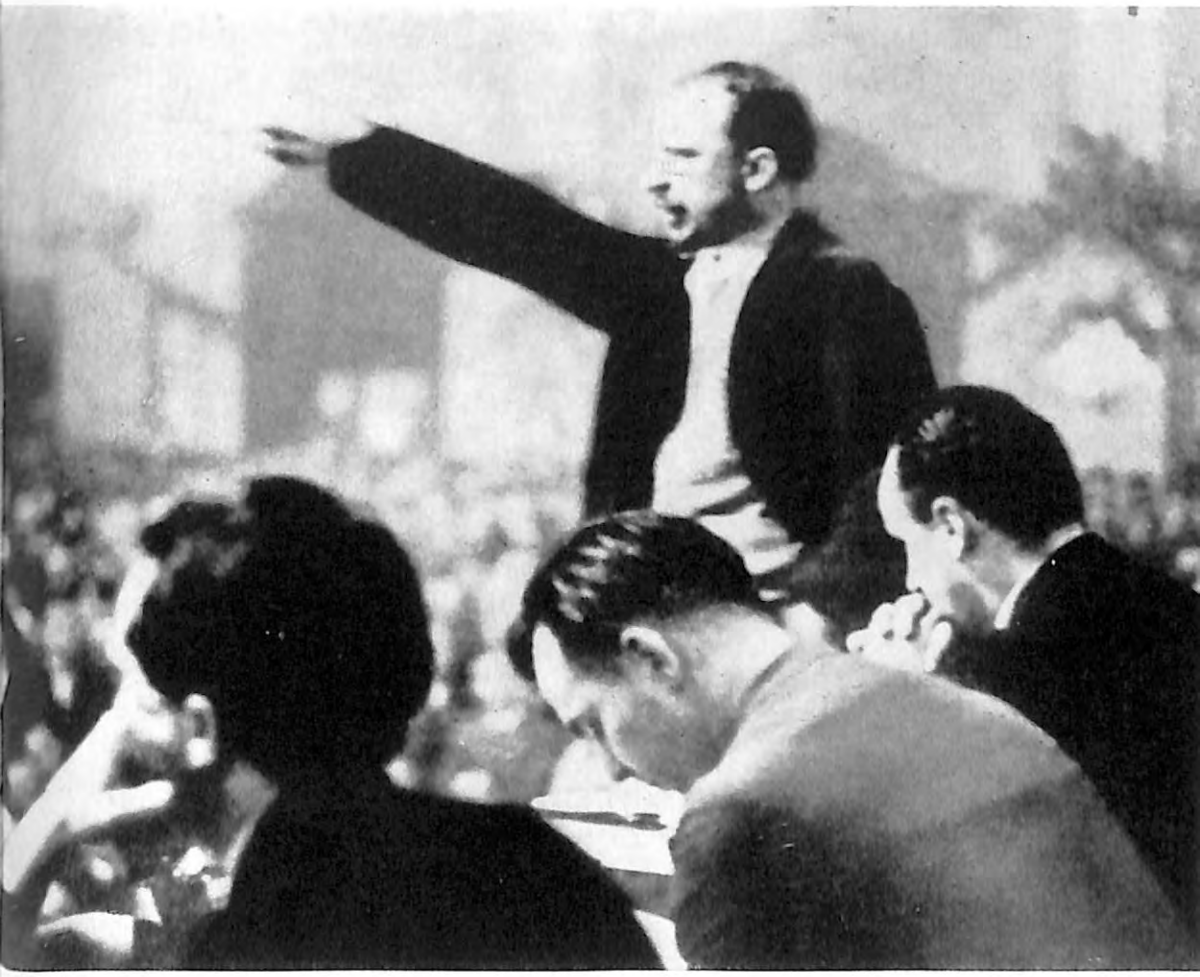
Zudem verweigerten die Verbandsleitungen des ADGB häufig die Anerkennung und damit die Unterstützung der Streiks. Die Haltung der Gewerkschaftsführungen hatte bei den Streiks in Mansfeld, im Nordwestrevier und in Berlin mit dazu beigetragen, daß die Kämpfe mehr oder weniger erfolglos ausgingen. Mit diesen Ergebnissen begründeten reformistische Gewerkschaftsführer ihre These, in der Krise

seien Streiks aussichtslos, außerdem würden durch Arbeitskämpfe nur gewerkschaftliche Mittel beansprucht, die man besser für die Unterstützung der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder verwenden solle. Zugleich wurden Tausende aktiver kommunistischer Gewerkschafter aus den Verbänden des ADGB und aus den anderen freien Gewerkschaften ausgeschlossen. Das alles bewirkte einen Rückgang der Streikbewegung. Die großen Kämpfe des Jahres 1930 fanden daher zunächst keine Fortsetzung.

Die Führer der sozialdemokratisch beeinflußten und natürlich erst recht der christlichen und anderen bürgerlichen Gewerkschaften gingen davon aus, daß Arbeiter und Unternehmer ein im Prinzip gleichgerichtetes Interesse am Gedeihen der Wirtschaft hätten, und hielten deshalb Lohnsenkungen unter den Bedingungen der Krise für unvermeidlich. Heinrich Brüning und sein Arbeitsminister Adam Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, konnten sich daher vor Erlaß der Notverordnungen regelmäßig der Zustimmung der Gewerkschaftsführungen versichern. Diese praktizierten bereits, was der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Fritz Tarnow, auf dem Leipziger Parteitag der SPD im Sommer 1931 sagte: Die Sozialdemokratie werde der Arzt am Krankenbette des Kapitalismus sein müssen.

Da die Gewerkschaftsführungen den Widerstand gegen den Lohnabbau nicht organisierten, versuchten die KPD und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition immer wieder, selbständig Streiks vorzubereiten und auszulösen. Die RGO entwickelte Kampfformen, die es den Verbandsleitungen des ADGB erschwerten, die Kämpfe einzuengen und abzuwürgen. Sie bemühte sich, Arbeitslose und Unorganisierte, Frauen und Jugendliche in den Kampf einzubeziehen. An den Massenstreikposten beteiligten sich zahlreiche Erwerbslose. Dennoch war es der RGO in keinem der größeren Streiks des Jahres 1930 gelungen, den vorzeitigen Abbruch zu verhindern. Dazu reichten ihre zahlenmäßige und organisatorische Stärke sowie der Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften und in den Betrieben, hauptsächlich in den Großbetrieben, nicht aus.

Die RGO sah ihre Hauptaufgabe darin, die oppositionellen Gewerkschafter und die bereits Ausgeschlossenen zusammenzufassen und in den Gewerkschaften für die Rechte der Mitglieder und für die proletarischen Klasseninteressen zu kämpfen. Sie trat auch dafür ein, die gewerkschaftlichen Rechte der Ausgeschlossenen wiederherzustellen, und in gewissem Umfang gelang es ihr sogar – beispielsweise im Mans-



Walter Ulbricht entlarvt als Diskussionsredner in einer Naziversammlung
im Berliner Saalbau Friedrichshain die Demagogie der Hitlerfaschisten, 22. Januar 1931



Demonstration des Aurither Landproletariats, 1931



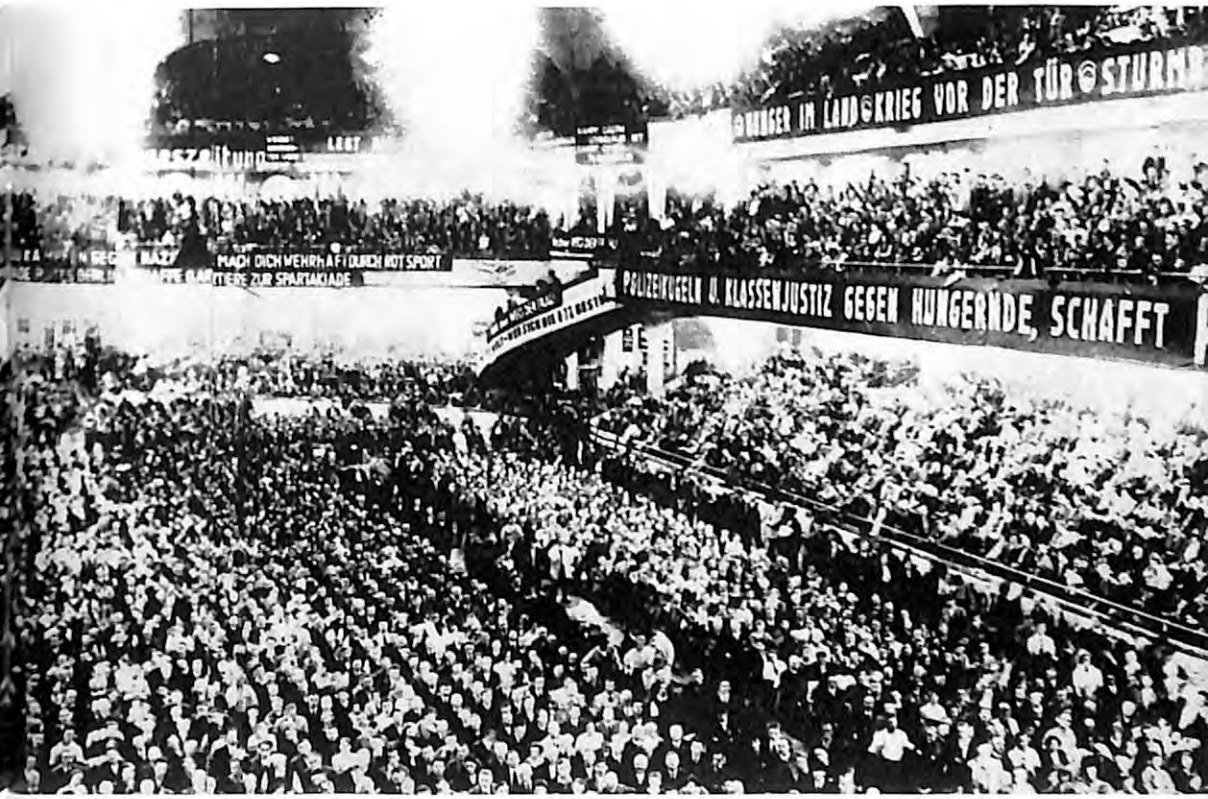
Landagitation der KPD, 1931



Erich Weinert spricht, 1931



Protestkundgebung der KPD im Berliner Sportpalast gegen die Notverordnungspolitik, 11. Juni 1931


MACHT DICH WEHRHAFT DURCH ROT SPORT
POLIZEIKUGELN U. KLASSENJUSTIZ GEGEN HUNGERNDE, SCHAFFT



Führer der SPD, v. l. n. r.: Carl Severing, Otto Braun und Otto Wels



Polizeiposten vor einer Filiale der zusammengebrochenen Danatbank, Juli 1931



Der Sinn des Hitlergrußes:
Millionen stehen hinter mir.
Fotomontage John Heartfields
über das Zusammenspiel von
Monopolkapital und Hitlerpartei, 1932



Bildung der Harzburger Front, Oktober 1931



Erwerbslose vor dem Arbeitsamt
in der Gormannstraße in Berlin



Berliner Erwerbslose begleiten demonstrativ einen exmittierten Kollegen
beim Umzug in die ihm zugewiesene Notwohnung, 1932

feldstreik –, unorganisierte Arbeiter zum Eintritt in die Gewerkschaften zu bewegen. Da sich die Gewerkschaften infolge der Haltung vieler Führer als immer unfähiger erwiesen, die Interessen der Arbeiter wirksam zu verteidigen, und weil es angesichts der Ausschlüsse ganzer Zahlstellen und Ortsverwaltungen immer schwieriger wurde, in den Gewerkschaften zu arbeiten, vernachlässigten manche revolutionären Gewerkschafter die Arbeit in den Gewerkschaften. In Opposition zu den reformistischen Führern stehende Gewerkschaftsmitglieder leisteten in der RGO gewerkschaftliche Arbeit. Der Großteil der organisierten Arbeiter aber verblieb in den Gewerkschaften.

Weil sich der Klassenkampf verschärfte, bedurften die Arbeiter in besonderem Maße starker Gewerkschaften. Aber die Gewerkschaften wurden während der Krise immer mehr geschwächt, vor allem durch den Ausschluß vieler aktiver Gewerkschafter und durch das Ausscheiden von Arbeitern, die die Haltung der Gewerkschaftsführer abstieß. Während die im ADGB zusammengeschlossenen Verbände Ende 1929 noch knapp 5 Millionen Mitglieder gezählt hatten, waren es Ende 1931 nur noch 4,1 Millionen. In demselben Zeitraum verloren auch die christlichen Gewerkschaften etwa 95 000 Arbeitermitglieder, so daß sie Ende 1931 nur noch etwa 580 000 Mitglieder hatten. In den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen waren zu diesem Zeitpunkt etwa 180 000 Arbeiter organisiert. Mehr als zwei Drittel aller Arbeiter waren also nicht gewerkschaftlich organisiert.

In der Parteiführung der KPD wurde sektiererischen Auffassungen, die zu einer weiteren Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaften führen konnten, energisch entgegengetreten. Sektiererisches Verhalten revolutionärer Gewerkschafter erleichterte es den Verbandsleitungen, kampfentschlossene Mitglieder und Funktionäre aus den Gewerkschaften auszuschließen. Ernst Thälmann forderte die Parteiorganisationen und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition dringend auf, die Losung „Oppositionelle Arbeiter hinein in die Gewerkschaften!" zu verwirklichen. Er warnte davor, Mitgliedskarten der Revolutionären Gewerkschaftsopposition auszugeben und damit den Weg der Absonderung von den übrigen Mitgliedern der Gewerkschaften zu beschreiten. Dieses Bestreben hatte sich bereits in einigen Bezirken gezeigt. Walter Ulbricht vertrat auf der Tagung des Zentralkomitees im Juli 1930 den Standpunkt, daß keine Bedingungen für die Schaffung neuer Gewerkschaften gegeben seien. Er wandte sich damit gegen die im Rahmen der Roten Gewerkschaftsinternationale aufgetretene Meinung,

daß man angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes und des Versagens der Leitungen der Verbände des ADGB und anderer gewerkschaftlicher Organisationen neue Gewerkschaften gründen müsse. Auf der Julitagung des Zentralkomitees wurde die Forderung, besondere Verbände zu schaffen, in der Diskussion unter anderem auch von Wilhelm Florin als Ausdruck sektiererischer Vorstellungen abgelehnt.

Eine falsche Beurteilung der Lage, des Kräfteverhältnisses in der Arbeiterklasse und der Rolle und des Einflusses der freien Gewerkschaften führte jedoch auf dem V. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale im August 1930 dazu, daß sich diese sektiererischen Vorstellungen im wesentlichen durchsetzten. Der Kongreß ging von der falschen Einschätzung aus, daß der Apparat der reformistisch geführten Gewerkschaften von oben bis unten faschisiert sei. Die reformistischen Funktionäre seien nichts anderes als Agenten des Kapitals. Die soziale Basis dieses faschisierten Gewerkschaftsapparates stelle die Arbeiteraristokratie dar, die vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats für eine proletarische Klassenpolitik nicht zu gewinnen sei. Derartige Auffassungen stützten sich auf die falsche, in den Beschlüssen des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale enthaltene These, daß die Sozialdemokratie – und folglich auch die von ihr beeinflußte Gewerkschaftsführung – den gemäßigten Flügel des Faschismus darstelle.

Der V. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale bekräftigte zwar die von Fritz Heckert in seinem Referat betonte Notwendigkeit, in den Gewerkschaften zu arbeiten, beschloß aber zugleich, die Losung „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften!" zu streichen und in Deutschland und in anderen hochentwickelten imperialistischen Ländern selbständige revolutionäre Gewerkschaften zu schaffen. Dieser Beschluß entsprach aber nicht den realen Bedingungen. Er war unvereinbar mit dem Hinweis W. I. Lenins, daß die Kommunisten dort arbeiten müssen, wo die Massen sind.

Franz Dahlem vertrat als Leiter der Delegation der RGO auf dem Kongreß die der Gewerkschaftspolitik der KPD entsprechende Auffassung, daß die RGO nicht in eine selbständige Organisation neben den anderen Gewerkschaften umgewandelt werden dürfe. Er wies warnend auf die starken „Tendenzen in den Kreisen der revolutionär gesinnten Arbeiter" hin, „keine Arbeit mehr in den reformistischen Gewerkschaften zu machen". Daraus ergebe sich die Gefahr, daß man den Beschluß des Kongresses so auslege, „daß diejenigen, die noch in

den Gewerkschaften sind, aus ihnen herausgehen sollen"[40]. Tatsächlich hatte dann der Beschluß zur Folge, daß der Einfluß der revolutionären Kräfte, die in den Gewerkschaften für eine wirkliche Klassenpolitik eintraten, weiter zurückging.

Im Zusammenhang mit mehreren Streikkämpfen, die von der RGO geführt wurden, entstanden nun selbständige Rote Verbände, so der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlin (EVMB), der Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands und der Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter. Diese Verbände blieben jedoch klein. Sie umfaßten in der Hauptsache revolutionäre Arbeiter, die aus Empörung über die Haltung der Gewerkschaftsführer aus den Gewerkschaften ausgetreten waren oder die ausgeschlossen worden waren, weil sie sich an sogenannten wilden, das heißt von den Gewerkschaftsinstanzen nicht anerkannten Streiks beteiligt hatten. Der unter dem Eindruck des Berliner Metallarbeiterstreiks gegründete Einheitsverband der Metallarbeiter hatte nicht mehr als etwa 15 000 Mitglieder, unter ihnen die Mitglieder der Rohrlegerbranche, die früher dem Deutschen Metallarbeiterverband angehört hatte. Nur wenige Mitglieder des EVMB kamen direkt vom Metallarbeiterverband. Der Rote Verband vermochte also nur eine verschwindende Minderheit der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter zu gewinnen.

Die KPD beschränkte sich in ihrer Gewerkschaftsarbeit jedoch nicht auf die Roten Verbände. Ernst Thälmann und andere Funktionäre bemühten sich, eine sektiererische Entwicklung der RGO, eine Vernachlässigung der Arbeit in den Gewerkschaften, möglichst zu verhindern. Die Führung der KPD mußte auf den Tagungen des Zentralkomitees und bei anderen Gelegenheiten wiederholt die Vernachlässigung der Arbeit in den Gewerkschaften kritisieren und Tendenzen von Mitgliedern der KPD verurteilen, sich widerstandslos aus den Gewerkschaftsverbänden ausschließen zu lassen. Die Parteiführung trat allen Bestrebungen entgegen, auf die Arbeit in den Millionenorganisationen der Gewerkschaften faktisch zu verzichten und die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit auf die Tätigkeit in den von den Arbeitermassen abgekapselten kleinen revolutionären Organisationen zu beschränken. Da die RGO nicht in der Lage war, die Mehrheit der Arbeiter zu gewinnen, regte Ernst Thälmann schließlich die „Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung neben der RGO in den freien und christlichen

[40] Protokoll des V. Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale. Abgehalten in Moskau vom 15. bis 30. August 1930, Bd. I, Berlin 1930, S. 237.

Gewerkschaften"[41] an. Die KPD bemühte sich, die schädlichen Auswirkungen der Beschlüsse des V. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) zu überwinden.

Nach den ersten schlechten Erfahrungen wurden bald keine weiteren Roten Verbände mehr gegründet, da das offenkundig zu einer Isolierung der Kommunisten von den Arbeitermassen geführt hätte. Die Vertreter der KPD traten auch in der RGI und im EKKI dafür ein, die Lage nüchtern zu beurteilen und rechtzeitig die negativen Ergebnisse in Deutschland für die Gewerkschaftspolitik in anderen Ländern auszuwerten. Die RGI wandte sich in der Folge gegen weitere Gründungen von Splitterorganisationen.

Unter Überwindung großer Schwierigkeiten kämpfte die KPD mit allen Kräften gegen den Faschisierungskurs der Monopolbourgeoisie und der Regierung und gegen ein weiteres Erstarken der Nazis. Es wäre möglich gewesen, dem Faschismus rechtzeitig Barrieren zu errichten, wenn die SPD und die Gewerkschaften ihre Kraft gemeinsam mit den Kommunisten eingesetzt hätten, zumal führende Sozialdemokraten zu dieser Zeit noch wichtige Staatsfunktionen in den Ländern besetzt hielten.

Die maßgebenden sozialdemokratischen Führer zogen jedoch andere Schlußfolgerungen aus dem Vordringen der faschistischen Reaktion, aus dem Sturz der Regierung Müller und aus den antidemokratischen Praktiken der Regierung Brüning.

In Preußen – dem größten deutschen Land –, in Hessen und in anderen Ländern saßen sozialdemokratische Führer nach wie vor in den Regierungen und hielten damit wesentliche Teile der Exekutivgewalt in ihren Händen. Der Sozialdemokrat Carl Severing verfügte als preußischer Innenminister über einen Polizeiapparat von rund 90000Mann. Zahlreiche sozialdemokratische Funktionäre amtierten als Polizeipräsidenten und Leiter anderer Verwaltungen. Diese staatlichen Positionen hätten die Möglichkeit geboten, dem Vordringen des Faschismus Widerstand zu leisten, die faschistischen Banden niederzuwerfen, die wilde Hetze gegen demokratische Institutionen zu unterbinden und faschistische Anschläge auf die Republik zu vereiteln. Aber dazu wäre es nötig gewesen, die Massen zum außerparlamentarischen Kampf aufzurufen und sich auf die Massenbewegung zu stützen. Das erwarteten die sozialdemokratischen Arbeiter auch von den sozialdemokratischen Staatsfunktionären. Diese aber handelten in der preußischen Regie-

[41] Die Internationale (Berlin), 1932, H. 7/8, S. 322.

rung und in ihren anderen staatlichen Funktionen von einer bürgerlichen Klassenposition aus. Die Landesregierungen führten die Notverordnungen der Brüning-Regierung durch; die Polizeipräsidenten setzten die Polizei gegen antifaschistische Arbeiter ein. Die preußische Regierung verweigerte seit Anfang 1930 in jedem Falle gewählten Kommunalbeamten, die der KPD angehörten, die Bestätigung. Selbst sozialdemokratische Stadtverwaltungen wurden in Preußen ihrer Rechte beraubt, wenn sie die sozialreaktionären Verordnungen nicht gehorsam durchführten. Die Unterstützung der Brüning-Diktatur durch die preußische Braun-Severing-Regierung spielte eine so gewichtige Rolle im System dieser Diktatur, daß man bald von einem System Brüning-Braun sprach.

Dennoch suchten die faschistischen Kräfte nach Wegen zur stärkeren „Gleichschaltung" der Länder mit der Präsidialdiktatur. Die KPD protestierte in ihrem Ringen um die Verteidigung der Volksrechte auch gegen jede Beschneidung der Rechte der Länder. Sie kämpfte gegen jeden Versuch einer weiteren reaktionären Konzentration der Staatsgewalt, wie er sich zum Beispiel hinter den damals viel erörterten Reichsreformplänen verbarg. Die sozialdemokratischen Minister hingegen gaben den reaktionären Forderungen nach.

Vom Standpunkt führender Sozialdemokraten gefährdete die zunächst auch von der SPD gegen Heinrich Brüning geübte parlamentarische Opposition die Koalition mit dem Zentrum in Preußen. Zusammen mit anderen rechten Führern, vor allem mit dem Parteivorsitzenden Hermann Müller, setzte Otto Braun diesen Standpunkt durch und drängte die SPD auf die Linie der „Tolerierung" der Brüning-Regierung. Diese sozialdemokratischen Führer hielten die politische Krise in Deutschland nur für eine Folge der Wirtschaftskrise. Sie übersahen aber, daß die politische Krise gleichzeitig aus der Aggressivität des deutschen Imperialismus entsprang, dessen reaktionärste Teile den Angriff auf die demokratischen Volksrechte und auf das bürgerlich-parlamentarische System führten. Sie gingen nicht von dem Widerspruch aus, der sich immer deutlicher als der entscheidende darstellte: von dem Widerspruch zwischen dem Monopolkapital, der imperialistischen Präsidialregierung und ihrem Staatsapparat sowie den faschistischen Organisationen einerseits und den Werktätigen sowie allen demokratischen Kräften andererseits. Der politische Standpunkt dieser Führer der Sozialdemokratie war bürgerlich, ihre Politik war auf die Zusammenarbeit mit „gemäßigten" Teilen des Monopolkapitals gerich-

tet. Sie stellten zweitrangige Widersprüche zwischen den einzelnen finanzkapitalistischen Gruppierungen und ihren politischen Konzeptionen in den Mittelpunkt. Dabei handelte es sich hauptsächlich um den Widerspruch zwischen Brünings Linie der Einschränkung und allmählichen Beseitigung der Demokratie und der Linie der raschen Liquidierung der Demokratie, die die sogenannte nationale Opposition der Deutschnationalen und der Nazis verfolgte.

Viele sozialdemokratische Führer standen auf dem Boden der bestehenden Staatsordnung. Den Faschismus hielten sie fälschlich für eine Folge kleinbürgerlicher Radikalisierung, nicht aber für die Hauptstoßkraft des Imperialismus. Sie nahmen daher den Abbau der bürgerlichen Demokratie in Kauf und verzichteten auf außerparlamentarischen Widerstand. Das fiel ihnen um so leichter, als ihr Denken und Handeln in den Formen bürgerlicher Legalität befangen blieb und die Grenzen des bürgerlichen Parlamentarismus nicht zu übersteigen vermochte. Sie hofften, durch ihr Wohlverhalten die „gemäßigten" Kräfte der Großbourgeoisie gegen die offen faschistischen Kräfte stützen zu können. Sie billigten schließlich die Einschränkung der demokratischen Rechte, die den faschistischen Kräften Vorschub leistete, weil sie damit rechneten, mit Hilfe der Brüning-Politik – wenn auch weitgehend auf Kosten der Arbeiterklasse – die Zeit der Krise mit ihrer Radikalisierung der kleinbürgerlichen Massen überstehen zu können. Nach dem Abflauen der Wirtschaftskrise würden, so nahmen ausschlaggebende Führer der Sozialdemokratie an, die den Nazis zulaufenden Wähler wieder zu ihren traditionellen Parteien zurückkehren. Auch der Einfluß der KPD werde dann wieder zurückgehen, und das bürgerlich-parlamentarische System werde damit wieder voll funktionsfähig.

Diese Konzeption ging also dahin, die Koalition mit dem „gemäßigten" Flügel der Großbourgeoisie in dieser oder jener Form fortzusetzen und unter möglichster Wahrung der Stärke der sozialdemokratischen Organisationen die Krise zu überdauern. Der Verlust eines guten Teils der sozialen Errungenschaften der Massen und der Abbau der demokratischen Rechte schienen dabei unvermeidlich. Diese Konzeption und die auf ihr aufgebaute Tolerierungspolitik waren kein Weg zur Rettung der Weimarer Republik, wie ihre Verfechter behaupteten. Sie führten vielmehr zu ihrer Zerstörung, zur Auflösung der bürgerlich-demokratischen Ordnung; denn die Unterstützung der Regierung Brüning lief ja auf die Unterstützung jener Kräfte hinaus, die für eine *allmähliche* Faschisierung, nicht aber *gegen* die Faschisierung waren.

Diese Politik verhinderte es, daß dem Faschismus rechtzeitig, als er noch schwächer war, der Weg verlegt wurde.

Sichtbar wurde diese Konzeption der Führung der SPD, als sie aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen den Schluß zog, nach dem Zusammentritt des neugewählten Reichstags auch auf jede parlamentarische Opposition gegen die Brüning-Regierung zu verzichten. Die Reichstagsfraktion der SPD faßte unter dem maßgeblichen Einfluß Hermann Müllers und Otto Brauns am 3. Oktober 1930 einen entsprechenden Beschluß.[42] Am 18. Oktober setzte sie diesen Beschluß in die Tat um und half, alle Anträge der KPD gegen die Notverordnungen und gegen andere Maßnahmen der Regierung zu Fall zu bringen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte dem Antrag des Zentrums zu, Brünings Regierungserklärung[43] zur Kenntnis zu nehmen und über alle Mißtrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen.

Von nun an blieb das die parlamentarische Taktik der sozialdemokratischen Führung: Heinrich Brüning erhielt zwar kein formelles Vertrauensvotum, aber allen Mißtrauensanträgen gegen die Regierung wurde die Zustimmung versagt. Man verlangte auch nicht die Aufhebung der Notverordnungen, die der Reichspräsident zu erlassen fortfuhr. Das ersparte Paul von Hindenburg und Heinrich Brüning eine neue Auflösung des Reichstags. Dieser Verzicht der Sozialdemokratie auf parlamentarische Opposition und auf den Sturz des Kabinetts – die sogenannte Tolerierung – genügte der Regierung, um von Parlamentsbeschlüssen unbehelligt die Politik des Finanzkapitals verwirklichen zu können. Die Tolerierung der Regierung durch die Sozialdemokratie machte es außerdem den Nazis und den Deutschnationalen möglich, laute Opposition gegen das Kabinett Brüning zu treiben und aus der Empörung der Massen über die Maßnahmen dieser Regierung politischen Gewinn zu schlagen.

Die Führung der SPD begründete ihre Stillhaltepolitik und die dürftig verschleierte Unterstützung Brünings vor ihren Anhängern mit der These, er sei das „kleinere Übel"; man habe nur zwischen ihm und einer Regierung unter der Führung Adolf Hitlers zu wählen. In Wirklichkeit war jedoch der Kampf der Arbeiterklasse gegen Brüning das einzige Mittel, die Monopolbourgeoisie daran zu hindern, den Weg zur faschistischen Diktatur noch weiter zu gehen. Jeder Schritt der Brüning-Regierung zerstörte ein Stück Demokratie und nützte den anti-

[42] Dokument Nr. 68.

[43] Dokument Nr. 70.

demokratischen, faschistischen Kräften. Die Kommunisten entwickelten deshalb ihre Politik auf der Grundlage der Erkenntnis, daß der Kampf gegen eine Einbeziehung der Nazis in die Regierung, gegen eine Koalition von Deutschnationalen und Nazis oder eine Hitlerregierung es erforderte, frühzeitig den Abbau der Demokratie und die Aushöhlung der republikanischen Verfassung zu bekämpfen und nicht zu warten, bis es zu spät sein würde. Die Politik des „kleineren Übels" hingegen verurteilte die Arbeiterklasse zum Stillhalten, machte sie wehrlos und ermöglichte es der imperialistischen Reaktion, Schlag auf Schlag gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen zu führen. Die Politik des „kleineren Übels" trug dazu bei, daß die faschistische Gefahr immer größer wurde.

Als wichtigstes Argument für die Politik des „kleineren Übels" und zur Rechtfertigung der Tolerierungspolitik vor den sozialdemokratischen Mitgliedern und Wählern führten die leitenden Funktionäre der SPD ihre Regierungspositionen in Preußen und in anderen deutschen Ländern an. Diese Argumentation beeindruckte viele sozialdemokratische Arbeiter. Sie waren in dem Glauben erzogen worden, daß der Staat über den Klassen stehe und daß es genüge, auf dem Wege des Parlamentarismus, unter Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln, Einfluß auf den Staat auszuüben. Maßgebliche Führer der Sozialdemokratie behaupteten, durch die Besetzung staatlicher Ämter mit sozialdemokratischen Funktionären habe die Arbeiterklasse an der Staatsmacht teil. Es werde möglich sein, auf diesem Wege – das heißt im Rahmen des monopolkapitalistischen Staates – sozialistische Ziele zu erreichen. Diese Illusion hielt große Teile der Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Macht des Imperialismus ab.

2. Die Weiterentwicklung der Politik der nationalen und sozialen Befreiung durch das Zentralkomitee der KPD im Winter 1930/1931 und Frühjahr 1931

Das rasche Vordringen der Nazis, die Fortsetzung der Kapitaloffensive mit Hilfe der Brüningschen Notverordnungen, die verhängnisvolle Tolerierungspolitik der Führung der SPD und das Fehlschlagen aller Versuche, weitere große Streiks auszulösen, veranlaßten die KPD, nach neuen Wegen zu suchen, um die Front gegen die Brüning-

Diktatur und gegen die faschistische Gefahr zu verbreitern und zu stärken.

Die KPD vermochte in dieser Periode die Frage nach dem strategischen Ziel, das in Einklang mit den Bedingungen in Deutschland stand, noch nicht richtig zu beantworten. Dieses Problem war auch in der Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes noch nicht richtig geklärt worden. Die KPD verband den Kampf der revolutionären Arbeiter und der entschieden demokratischen Kräfte gegen die ökonomische und politische Offensive des Monopolkapitals, gegen die Faschisierungspolitik und die faschistische Gefahr noch unmittelbar mit dem Ziel, die Diktatur des Proletariats zu errichten. Es wurde noch nicht erkannt, daß die revolutionäre Umwälzung gegen den Imperialismus nicht sofort sozialistischen Charakter annehmen konnte. Das wirkte sich hemmend auf die Massenarbeit der KPD aus und engte die taktischen Möglichkeiten der Partei ein. Die schematische, vom VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale als These formulierte Vorstellung, daß alle Teilkämpfe – Demonstrationen, Streiks, Massenstreiks – nur unmittelbar an eine proletarische Revolution heranführen könnten, stand der Einbeziehung jener Volksschichten in die antifaschistische Kampffront im Wege, die zwar daran interessiert waren, die Demokratie zu erhalten, sich aber durchaus noch nicht bereit fanden, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen.

Die Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, zu errichten muß das unverzichtbare Ziel des Kampfes der kommunistischen Parteien sein. Unter den Bedingungen des Imperialismus war die Errichtung der Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt. Dieses Ziel zu propagieren war daher für die marxistische Erziehung der revolutionären Kader der Arbeiterklasse, der Kommunisten und der mit ihnen Sympathisierenden, unbedingt erforderlich. Das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats unterschied die wirklich revolutionären proletarischen Kräfte von den Opportunisten. Um sich von allen revisionistischen Auffassungen abzugrenzen, war es daher notwendig, die Idee der Diktatur des Proletariats unablässig zu vertreten. Auch zwang die Propaganda der sozialdemokratischen Führung für den Weg der „Wirtschaftsdemokratie" und des Parlamentarismus, auf dem man allmählich zum Sozialismus gelangen werde, zur Auseinandersetzung mit dieser illusionären, aber immer wieder auf große Teile der Arbeiterklasse wirkenden Vorstellung.

Zum erstenmal in der Geschichte konnte die Diktatur des Proletariats dauerhaft in Gestalt der Sowjetmacht verwirklicht werden. Die Sowjetmacht war das lebendige Vorbild aller Parteien, die sich zur Idee der Diktatur des Proletariats bekannten. Die klassenmäßige Erziehung der Arbeiterklasse, ihre Vorbereitung auf den Kampf um die Macht, war daher eng mit der Verbreitung der Freundschaft zur Sowjetmacht verbunden. In der Propaganda der KPD wurden deshalb die Bezeichnungen „Sowjetmacht" oder auch „Sowjetdeutschland" ohne weiteres als Synonyme für den Begriff Diktatur des Proletariats gebraucht.

In der Popularität dieser Losungen zeigte sich das große Ansehen, das die Sowjetunion unter den fortgeschrittenen Arbeitern und anderen Werktätigen besaß. Millionen deutscher Arbeiter scharten sich um die Losung „Sowjetdeutschland". Das Land der Sowjets, dessen Arbeiterklasse als erste die Ketten des Imperialismus zerbrochen hatte, war für sie das Vaterland aller Werktätigen. Unter der Losung „Für ein Sowjetdeutschland!" sagten sie der Antisowjethetze der deutschen Imperialisten den Kampf an und kündeten der herrschenden Klasse das kommende Ende ihrer Macht.

Aber so richtig es war, die Diktatur des Proletariats als Endziel zu propagieren, so wurde doch nicht genügend deutlich gemacht, daß der Kampf zunächst noch nicht um ihre Errichtung geführt werden konnte. Die KPD vermochte die überaus komplizierte Aufgabe noch nicht zu lösen, das Verhältnis zwischen dem demokratischen Kampf gegen den deutschen Imperialismus und seine faschistischen Stoßtrupps – den sie täglich führte – und dem unabdingbaren, geschichtlich notwendigen Ziel der deutschen Arbeiterklasse, der Eroberung der Macht, richtig zu verstehen und daraus entsprechende Schlußfolgerungen für die Heranführung der Massen an dieses Ziel zu ziehen. Noch dominierte die Annahme, daß angesichts der Reife der sozialökonomischen Verhältnisse in Deutschland der demokratische Kampf gegen die imperialistische Reaktion unmittelbar an den entscheidenden Kampf um die Diktatur des Proletariats heranführen würde. Aus der offensichtlichen Krise des bürgerlichen Parlamentarismus wurde der falsche Schluß gezogen, zur drohenden faschistischen Diktatur biete nur die Diktatur des Proletariats eine Alternative. Diese Vorstellung entsprach aber nicht dem Kräfteverhältnis der Klassen in Deutschland. Ansätze, aus den praktischen Erfahrungen der Partei und ihrer immer deutlicheren Konzentration auf den antifaschistischen Massenkampf die theoretische Kon-

sequenz zu ziehen, daß das nächste große Kampfziel nicht die Errichtung der Diktatur des Proletariats sein müsse, sondern daß es zunächst darauf ankomme, den Weg zu finden, wie man die Massen in unzähligen Aktionen, durch die Schaffung der Einheitsfront an den Kampf um eine Übergangsregierung, eine Arbeiterregierung, heranführen könne, setzten sich noch nicht durch.

Eine andere wichtige Frage, deren Beantwortung für die Politik der Partei erforderlich war, war die nach dem Charakter der Brüning-Regierung und nach deren Verhältnis zum Faschismus. Heinz Neumann, Hermann Remmele und andere verfochten Ende 1930 in der Parteiführung die Auffassung, in Deutschland bestehe bereits eine faschistische Diktatur. Als Auftakt zu einer Kampagne, deren Organisierung sie im Sekretariat des Zentralkomitees durchsetzten, veröffentlichte Heinz Neumann am 2. Dezember 1930 einen Artikel, in dem er zum Kampf gegen die am Vortage erlassene Notverordnung unter der Losung „Nieder mit der faschistischen Diktatur!" aufrief. Diese Ansicht bedeutete eine Unterschätzung der faschistischen Hauptgefahr, die vom Hitlerfaschismus ausging. Sie konnte dazu führen, den Kampf gegen diese faschistischen Kräfte zu vernachlässigen und eine falsche Taktik gegenüber jenen Kräften anzuwenden, die das Brüning-Regime stützten oder akzeptierten. Heinz Neumann war auch der Meinung, der Versuch, eine Nazidiktatur zu errichten, werde das Heranreifen einer proletarischen Revolution in Deutschland beschleunigen.

Sektiererische Übertreibungen und Fehleinschätzungen, wie die genannten, behinderten die KPD bei der Weiterentwicklung ihrer antifaschistischen Politik. Das Ringen Ernst Thälmanns und anderer Mitglieder der Parteiführung um die richtige Einschätzung des Faschisierungsprozesses wurde durch die Politik Heinz Neumanns erschwert. Dieser nutzte seinen bedeutenden Einfluß dazu aus, nach der Führung der Partei zu drängen. So kam die erwähnte Entscheidung des Sekretariats des ZK, gegen die „Errichtung der faschistischen Diktatur" durch die Brüning-Regierung eine Kampagne zu organisieren, in Abwesenheit des Parteivorsitzenden zustande.

Da jedoch Erfahrungen mit dem Faschismus unter vergleichbaren Bedingungen noch nicht gesammelt worden waren, vermochten es auch die marxistisch-leninistischen Kräfte in der Partei nicht, jede Übertreibung bei der Einschätzung des Entwicklungsgrades des Präsidialregimes und der zum Faschismus drängenden monopolkapitalistischen Politik zu vermeiden.

Mit ihren nächsten großen politischen Aktionen wandte sich die KPD voll gegen die rasch ihren Einfluß in den Volksmassen ausdehnenden Nazis. Die Grundlage für diese Stoßrichtung ihrer Aktionen war in der Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom 24. August 1930 geschaffen, in der die KPD eine Politik entwickelt hatte, die die Interessen der verschiedenen Klassen und Schichten berücksichtigte.

Zu dieser Zeit entstand die Gefahr, daß die Nazis unter den Erwerbslosen Einfluß gewinnen könnten. Die Arbeitslosen, deren Zahl im Dezember 1930 bereits 4,4 Millionen betrug und im Laufe des Jahres 1931 weiter anstieg, bis sie im Dezember – nach den amtlichen, verkleinerten Angaben – 5,7 Millionen erreichte, litten besonders unter der oft jahrelangen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit und verelendeten außerordentlich stark. Ein großer Teil von ihnen erhielt nicht einmal mehr Arbeitslosenunterstützung, sondern nur noch Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Während 1930 durchschnittlich noch an fast die Hälfte aller Erwerbslosen Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, erhielt 1931 nur noch ein Drittel die sogenannte Alu. Außerdem kürzte die Regierung mehrmals die ohnehin schon niedrigen Unterstützungssätze.

Die Hungerpolitik der Monopole und der Regierung trieb Hunderttausende zur Verzweiflung. Von den Nazis wurde diese Verzweiflung skrupellos dazu mißbraucht, einen gewissen Teil der Arbeiterschaft irrezuführen und gegen die Interessen der eigenen Klasse einzusetzen. Mit unhaltbaren Versprechungen und scheinradikalem Geschrei, aber auch dadurch, daß sie jungen, durch ihre elende Lage demoralisierten Erwerbslosen in der SA Kleidung, Verpflegung und Tagessold boten, gewannen die Nazis auch Arbeitslose.

Erwerbslosigkeit, Lohn- und Unterstützungsabbau trafen besonders hart die werktätigen Frauen: Wie sie als Berufstätige niedrigere Löhne erhielten, so wurden sie auch im Falle ihrer Erwerbslosigkeit unter Berufung auf die Versorgungspflicht männlicher Angehöriger kraß benachteiligt. Aber auf ihnen lastete die Hauptsorge um die Familie. Die KPD, die – dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Frau getreu – stets bemüht war, die Frauen in den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung einzubeziehen, ergriff die Initiative zur Einberufung eines Reichskongresses werktätiger Frauen. Der Kongreß fand am 22. und 23. November 1930 in Berlin statt. An ihm nahmen 1000 Frauen teil, die in Hunderten von Versammlungen gewählt wor-

den waren. Hauptreferentin war die kommunistische Reichstagsabgeordnete Roberta Gropper. Der Kongreß rief die Frauen auf, den Kampf gegen die Kürzung der Unterstützungssätze, gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und für die Schaffung sozialer Einrichtungen in den Betrieben zu verstärken. Die erwerbslosen Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten wurden aufgefordert, gemeinsam mit ihren in den Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Kolleginnen dafür einzutreten, daß die Mieten während der Erwerbslosigkeit erlassen, die durch Notverordnungen gekürzten Unterstützungssätze in alter Höhe wiederhergestellt und erwerbslosen Frauen Unterstützungen in der gleichen Höhe wie den Männern gezahlt würden.

Die krasse Verschlechterung der Wirtschaftslage mit ihren einschneidenden Auswirkungen auf den Lebensstandard der Werktätigen hatte zur Folge, daß auch unter den kleinbürgerlichen Schichten in der Stadt und auf dem Lande eine tiefe Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen um sich griff. Selbständige Handwerker, Gewerbetreibende, Bauern sahen oftmals ihre wirtschaftliche Existenz gefährdet. Sie erkannten – wenn auch meist nur unklar und mit rückwärtsgewandtem Blick – in der kapitalistischen Ordnung den Feind ihrer selbständigen Existenz. Diese antikapitalistische Tendenz machte die kleinbürgerlichen Schichten aufnahmebereit für die soziale und nationale Demagogie der Nazis, die behaupteten, an der wirtschaftlichen Notlage seien Deutschlands „Zinsknechtschaft" gegenüber den ausländischen Reparationsgläubigern, das „raffende" Kapital, die Juden und Deutschlands angeblicher Mangel an „Lebensraum" schuld. Die Nazis versicherten, sie würden den Bauern die „Scholle" erhalten, ihren Söhnen Land jenseits der Grenzen verschaffen und dem Handwerk wieder „goldenen Boden" geben. Mit ihren verlogenen Argumenten gelang es den Nazis, die antikapitalistischen Stimmungen im Kleinbürgertum aufzufangen und Einfluß auf diese Schichten zu erringen. Die größten Erfolge hatten die Nazis auf dem Lande zu verzeichnen. Es war ihnen bereits gelungen, beträchtliche Teile der politisch wenig erfahrenen Bauernschaft zu gewinnen. Das bedeutete, daß der nach der Arbeiterklasse wichtigste Teil des werktätigen Volkes an die Interessen der schärfsten imperialistischen Reaktion gebunden wurde.

Auf der Suche nach einem Weg zur Verteidigung ihrer Interessen näherten sich andererseits Angehörige kleinbürgerlicher Schichten der Arbeiterbewegung. Manche von ihnen erkannten die Verlogenheit der

faschistischen Demagogie und wandten sich einer wirklich gegen das Monopolkapital gerichteten Politik zu. So erklärt sich auch der Bruch des Leutnants Richard Scheringer mit Adolf Hitler. Scheringer war wegen illegaler Tätigkeit für die Nazipartei in der Reichswehr zu Festungshaft verurteilt worden. In der Festung Gollnow hatten ihn dann nach harten Diskussionen mit Fritz Gäbler, Willi Gebhardt, Johannes König, Heinrich Kurella, Rudolf Schwarz und anderen kommunistischen Mitgefangenen starke Zweifel an der Richtigkeit des nationalsozialistischen Programms gepackt. Im Frühjahr 1931 bekam Scheringer Gelegenheit, mit Adolf Hitler und Joseph Goebbels zu sprechen. Sie verlachten die antikapitalistischen Losungen des Naziprogramms, um die es Richard Scheringer zu tun war. Daraufhin gab er ein Bekenntnis zu den Zielen der Kommunisten ab, das am 19. März 1931 im Reichstag verlesen wurde.

Im Jahre 1930 und im Frühjahr 1931 bildeten sich in verschiedenen von Junkern geführten Bauernverbänden, die zum Teil unter starkem faschistischem Einfluß standen, Oppositionsgruppen heraus. Die Empörung über die Agrarpolitik der Regierung und die Auswucherung der werktätigen Bauern begann sich in Protesten zu äußern. Diese richteten sich vor allem gegen die Subventionierung der Junker durch die sogenannte Osthilfe.

Starke oppositionelle Strömungen gab es in der Südbayrischen Bauernfront, im Bayrischen Bauernbund und in der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung. Diese Strömungen richteten sich gegen die Politik der Grünen Front, in der die Großagrarier dominierten, und gegen die Faschisten. Sie nahmen dadurch einen immer deutlicher antiimperialistischen Charakter an, obwohl sie von Kräften getragen wurden, die noch im Antikommunismus befangen waren. Allmählich sammelten sich jene Mitglieder, die eine Annäherung an die Arbeiterklasse als notwendig erkannten. Die oppositionellen Kräfte im schleswig-holsteinischen Landbund und in der Bauernschaft Brandenburgs und der Pfalz erklärten, daß sie der Politik ihrer profaschistischen Führung nicht mehr zustimmen könnten. Ähnliche Erscheinungen waren auch in anderen Gegenden Deutschlands zu beobachten.

So ergaben sich günstige Möglichkeiten für die Bündnispolitik der Arbeiterklasse, die auf die Schaffung einer starken Kampffront gegen die faschistische Gefahr gerichtet war. Das Zentralkomitee der KPD schätzte das auf seiner Tagung vom 15. bis 17. Januar 1931[44] richtig

[44] Dokument Nr. 75.

ein und zog die Schlußfolgerung, daß es notwendig sei, die aufbegehrenden bäuerlichen und kleinbürgerlichen Massen vom Einfluß der Nazis zu befreien und für den gemeinsamen Kampf mit dem Proletariat zu gewinnen.

Auf der Tagung, deren Bedeutung durch die Anwesenheit von Vertretern anderer kommunistischer Parteien – darunter Maurice Thorez – unterstrichen wurde, erklärte das Zentralkomitee die Losung der Volksrevolution zur strategischen Hauptlosung. Es ging dabei von dem Gedanken aus, daß die Wirtschaftskrise und die äußerst aggressive Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus alle werktätigen Schichten gefährde und daß deshalb der Kampf gegen die imperialistisch-faschistische Reaktion im Interesse aller Werktätigen liege. Dieser Gedanke bewies die politische und theoretische Überlegenheit der KPD über jene ultralinken, außerhalb der Partei stehenden Phrasendrescher, die – wie die Trotzkisten – die Losung „Volksrevolution" mit den widersinnigen Argumenten bekämpften, die Arbeiterklasse müsse sich der Nation und dem Volk gegenüber nihilistisch verhalten, und zwischen Proletariat und Kleinbürgertum bestehe ein unüberbrückbarer Gegensatz.

Die Losung der Volksrevolution zielte darauf ab, die Mehrheit des Proletariats für den revolutionären Kampf zu gewinnen und alle ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der Bevölkerung – besonders den notleidenden Mittelstand und die werktätigen Bauern – um das klassenbewußte Proletariat und seine Vorhut, die Kommunistische Partei, zusammenzuschließen. Mit dieser Losung verlangte das Zentralkomitee von der Partei vor allem größere Anstrengungen, um die kleinbürgerlichen Massen zu gewinnen. Die Tageskämpfe, Teilaktionen und Teilforderungen der Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten des Volkes sollten unter dieser Losung zusammengefaßt werden. Wie Ernst Thälmann erklärte, lag „in der Gewinnung der Massen der große Begriff und die Grundidee der Volksrevolution"[45].

In der Losung der Volksrevolution war die Erkenntnis enthalten, daß die Arbeiterklasse die Revolution nicht allein durchführen kann, sondern daß die imperialistischen Verhältnisse eine Revolution des ganzen werktätigen Volkes auf die Tagesordnung setzen.

Mit dieser Losung wurde der Rahmen der Bündnispolitik der Arbeiterklasse weiter gefaßt und die grundlegende Gemeinsamkeit der

[45] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, 2/41/1, Bl. 155.

Interessen verschiedener werktätiger Klassen und Schichten betont. Diese Losung stieß bereits an die Grenzen der schematischen Vorstellungen vom Weg zur Macht. Dennoch wurde in Anpassung an diese Vorstellungen die Losung der Volksrevolution als populäres Synonym für die proletarische Revolution bezeichnet.

In der Praxis kämpfte die KPD überall für demokratische Ziele – gegen den Lohnabbau, gegen den Terror der Nazis und der Polizei, gegen den Mißbrauch der Verfassung zum Abbau der verfassungsmäßigen Rechte und Einrichtungen – und damit für ein umfassendes Klassenbündnis. Mit diesem Ziel fanden unmittelbar nach dem Januarplenum des Zentralkomitees im Bezirk Halle-Merseburg 13 Konferenzen zum Kampf gegen den Faschismus statt, unter deren Delegierten sich viele Landarbeiter, Kleinbauern und Kleingewerbetreibende befanden. Ähnliche Konferenzen wurden auch in anderen Bezirken durchgeführt.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale beriet auf seinem XI. Plenum, das vom 26. März bis 11. April 1931 in Moskau stattfand, über die Aufgaben der kommunistischen Parteien angesichts der Vertiefung der Krise. Es billigte unter anderem ein Korreferat Ernst Thälmanns zu diesem Tagesordnungspunkt. In diesem Korreferat unterstrich der Vorsitzende der KPD noch einmal den Grundsatz, daß – bei aller notwendigen Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Führern – die zentrale Aufgabe der KPD der Kampf gegen die faschistischen Kräfte sein müsse.

Auf dieser Tagung wurde es als eine der Hauptaufgaben der kommunistischen Parteien bezeichnet, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse und die demokratischen Rechte ihrer Klassenorganisationen zu verteidigen. Bestandteil dieser Aufgabe war es, für die Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Organisationen einzutreten und den Massenselbstschutz gegen die faschistischen Angriffe zu organisieren. Das EKKI verlangte von den kommunistischen Parteien, den politischen Massenstreik gegen die Errichtung offener, faschistischer Diktaturen, gegen den imperialistischen Krieg und insbesondere gegen einen antisowjetischen Interventionskrieg vorzubereiten. D. S. Manuilski wies im Hauptreferat auf die Gefahr eines Sieges des Faschismus und einer Niederlage der Arbeiterklasse hin und wandte sich gegen die Auffassung, der Faschismus sei nur ein Ausdruck der Krise und der Zersetzung der Bourgeoisie und werde bald zusammenbrechen.

In den Beschlüssen des XI. Plenums des EKKI war der wichtige

Hinweis enthalten, daß die imperialistisch-reaktionären Kräfte den Übergang zur faschistischen Diktatur nicht unbedingt sprunghaft vollziehen. Sie können auch – besonders angesichts einer starken Arbeiterbewegung – einen anderen Weg gehen: schrittweise die bürgerliche Demokratie aushöhlen, die demokratischen Rechte abbauen und nach und nach zu faschistischen Herrschaftsmethoden übergehen, gleichzeitig mit bürgerlich-parlamentarischen und offen diktatorischen, faschistischen Methoden ihre Macht ausüben. Aber in einseitiger Auslegung dieser Erkenntnis unterschätzten diese Beschlüsse zugleich den Unterschied zwischen den bürgerlich-demokratischen und den faschistischen Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie. Das erschwerte es, real zu beurteilen, welche große Bedeutung es für den Kampf gegen Faschismus und Imperialismus hatte, bürgerlich-demokratische Rechte und Einrichtungen zu verteidigen und gegen die drohende faschistische Diktatur auszunutzen sowie zwischen den verschiedenen politischen Kräften zu differenzieren.

Die Tagung verurteilte scharf die von der Führung der deutschen Sozialdemokratie betriebene Politik des „kleineren Übels" und wandte sich gegen ihre Auffassungen von der „Wirtschaftsdemokratie". Sie ging dabei von solchen Tatsachen aus wie von der Unterstützung, die die Führung der SPD Heinrich Brüning lieh, ihrer volksfeindlichen und antikommunistischen Politik in der preußischen Regierung, ihrer Orientierung auf die imperialistischen Westmächte und ihrer antisowjetischen Hetze, ferner von dem ständigen kampflosen Zurückweichen der Gewerkschaftsführer vor dem Angriff des Monopolkapitals und von der Verfolgung revolutionärer Gewerkschafter durch ebendiese Führer. Solche Handlungen veranlaßten das EKKI, erneut festzustellen, daß die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie und ein Schrittmacher des Faschismus sei. Diese falschen Thesen erschwerten es außerordentlich, eine erfolgreiche Einheitsfront- und Bündnispolitik gegen die faschistische Gefahr zu entwickeln.

Auf dem XI. Plenum wurden Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Ernst Thälmann und Clara Zetkin zu Mitgliedern, Wilhelm Florin, Kurt Müller – dieser als Vertreter der Kommunistischen Jugendinternationale – und Heinz Neumann zu Kandidaten des Präsidiums des EKKI gewählt. Wilhelm Pieck und Ernst Thälmann wurden Mitglieder des Politischen Sekretariats des EKKI.

Große Bedeutung für die Entwicklung der Massenpolitik der KPD gewann die Tagung des Zentralkomitees der KPD am 14. und 15. Mai

1931, auf der Hermann Remmele über das XI. Plenum des EKKI berichtete. Das Zentralkomitee bezeichnete es als Hauptaufgabe, sämtliche Abwehrkämpfe der Werktätigen zur Verteidigung ihrer sozialen Interessen und ihrer politischen und kulturellen Forderungen in eine große Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit einmünden zu lassen. Es analysierte besonders gründlich die wirtschaftliche und politische Lage der deutschen Bauern. Heinrich Rau gab einen Bericht über die Arbeit der Partei auf dem Lande. In einem Diskussionsbeitrag zum Bericht Heinrich Raus entwickelte Ernst Thälmann die Grundgedanken eines Bauernhilfsprogramms der KPD.

Bestrebt, ihre Politik für die verschiedenen Schichten und Gruppen des werktätigen Volkes zu konkretisieren, gab die KPD nach dieser Tagung des Zentralkomitees zwei bedeutende Dokumente heraus: einen Arbeitsbeschaffungsplan und ein Bauernhilfsprogramm. Vor allem galt es, die Massen der Erwerbslosen stärker in den Kampf einzubeziehen. Hungermärschen und Erwerbslosenkongressen – einer der bedeutendsten Erwerbslosenkongresse fand im April 1931 in Essen statt; Anton Saefkow sprach hier zu 7000 Kongreßteilnehmern – mußten reale, detaillierte Losungen gegeben werden. Die KPD veröffentlichte zu diesem Zwecke am 29. Mai 1931 ihren Arbeitsbeschaffungsplan[46]. Hier entwickelte sie eine Reihe praktischer Vorschläge, wie man jene Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, wieder in den Produktionsprozeß einbeziehen könnte. Die Kommunistische Partei Deutschlands wies für Millionen Erwerbslose Möglichkeiten nützlicher Arbeit nach:

„1. Erweiterung des Wohnungsbauprogramms um 300000 Wohnungen jährlich ...

2. Sofortige Inangriffnahme der bisher immer wieder aufgeschobenen Erneuerungsarbeiten bei der Reichsbahn und den sonstigen öffentlichen Verkehrseinrichtungen. Durchführung der Elektrifizierung der Reichsbahn in den wichtigsten Industriebezirken, sofortige Inangriffnahme des Baus der Schnellbahn Köln–Dortmund ...

3. Sofortige Instandsetzung der Straßen, Ausbau des Straßennetzes; Bau besonderer großer Durchgangsstraßen für die raschere und staubfreie Abwicklung des Auto-, Güter- und Personenverkehrs ...

4. Durchführung von Arbeiten zur Eindeichung und Regulierung bzw. Kanalisierung der Flüsse, insbesondere der Oder, Elbe, Saale.

[46] Dokument Nr. 79.

5. Beschleunigte Vollendung der bereits angefangenen Kanalbauten.

6. Bau von Talsperren, insbesondere in Schlesien, Sachsen, Baden, Bayern und Thüringen.

7. Durchführung von Meliorationen: Entwässerung oder Bewässerung zur Fruchtbarmachung großer brachliegender Flächen, Moore usw.

8. Bau von Krankenhäusern und Heimstätten, Erholungs- und Kinderheimen.

9. Bau von gemeindeeigenen Landarbeitersiedlungen.

10. Errichtung von gemeindeeigenen Sport- und Spielplätzen, Turn- und Schwimmhallen, Grünflächen und Parkanlagen in den Arbeitervierteln."[47]

Die wichtigsten dieser Vorschläge wurden im Arbeitsbeschaffungsplan exakt begründet. Die Kosten und auch die notwendige Arbeitskräftezahl waren genau berechnet. Den Kostenvoranschlägen war selbstverständlich der Tariflohn zugrunde gelegt, da Notstandsarbeit durch Unterstützungsempfänger den Profit der Unternehmer erhöht und nur wenig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beigetragen hätte.

Der Plan enthielt darüber hinaus auch Vorschläge zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung. Dabei wurde an die vielen Anträge der KPD im Reichstag erinnert, Subventionen für die Monopole und den Großgrundbesitz und andere Ausgaben zu streichen und diese Summen zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden. Im einzelnen empfahl der Arbeitsbeschaffungsplan, die Ausgaben für militärische Zwecke und für die militarisierte Polizei sowie die Zuwendungen an religiöse Verbände einzusparen, die höchsten Beamtengehälter und -pensionen zu kürzen, Millionenvermögen, Dividenden, Aufsichtsratstantiemen und sehr große Einkommen mit einer Sondersteuer zu belegen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Kapitalflucht zu ergreifen. Die KPD wies in ihrem Plan nach, daß das Reich dadurch etwa sieben Milliarden RM einsparen beziehungsweise zusätzlich einnehmen könnte. Die Verwirklichung der Vorschläge der KPD hätte nicht, wie die Steuer- und Finanzpolitik der Regierung, zur Einengung des inneren Marktes und damit zur Krisenverschärfung geführt, sondern vielmehr den Markt erweitert und die Krise gemildert.

Weitere Anliegen des Plans, zum Beispiel die Forderung, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen, gingen in die gleiche

[47] Die Rote Fahne (Berlin), 29. Mai 1931.

Richtung, Arbeitslosigkeit und Krise wirkungsvoll zu bekämpfen. Dieser Plan zur Arbeitsbeschaffung enthielt keine sozialistischen Maßnahmen. Aber er machte deutlich, daß Krise und Arbeitslosigkeit nur auf Kosten des Finanzkapitals einzudämmen waren.

Es gab zu dieser Zeit auch eine Reihe bürgerlicher und reformistischer Projekte, die die Arbeitsbeschaffung zum Gegenstand hatten. Die Grundgedanken dieser Projekte waren Arbeitsdienstpflicht, „Streckung" der Arbeitsgelegenheit durch Kurzarbeit und Herabsetzung der Löhne. Das lief darauf hinaus, die Arbeitslosigkeit auf Kosten der Arbeiterklasse und im Sinne der Profitinteressen des Monopolkapitals einzudämmen.

So stellte der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD das einzige konstruktive, den Interessen der Werktätigen entsprechende Programm zur Überwindung der Arbeitslosigkeit dar. Die KPD ließ keinen Zweifel daran, daß die Arbeitsbeschaffung nur im Ringen um die Beseitigung der Macht der Konzern- und Bankherren erzwungen werden konnte.

Der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD wies den Weg zum gemeinsamen Kampf der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen gegen die Verelendungspolitik der herrschenden Klasse. Er zeigte den Arbeitslosen, daß es Mittel und Wege gab, ihr Elend zu überwinden. Der Plan bewies, daß die Auswirkungen der Krise durch die Zurückdrängung der Profitpolitik des Finanzkapitals gemildert werden konnten.

Das zweite bedeutende programmatische Dokument, das Bauernhilfsprogramm der KPD[48], proklamierte Ernst Thälmann am 16. Mai 1931 auf einer Kundgebung in Oldenburg. Darin stellte die KPD eine Reihe von Forderungen, deren Erfüllung die Lage der werktätigen Bauern sofort erleichtert hätte.

Die auf mindestens fünf Milliarden RM geschätzten Schulden der kleinen und mittleren Bauern, der Winzer, Gemüsebauern und Kleinfischer sollten ganz oder teilweise niedergeschlagen, die Pachten gestrichen und die Getreide- und Futtermittelzölle, die die kleinen Bauern benachteiligten, aufgehoben werden. Die KPD forderte, die Steuerlasten der Klein- und Mittelbauern zu senken und die 2,5 Milliarden RM der Osthilfe zur Unterstützung der werktätigen Bauern zu verwenden. Bisher dienten diese Mittel ausschließlich dazu, die Großgrundbesitzer zu subventionieren, die sie nachweislich zum Teil für Bodenspekulationen und für ihre parasitäre Lebensführung verbrauch-

[48] Dokument Nr. 78.

ten. Die Partei vertrat auch den Anspruch der auf einen Nebenverdienst angewiesenen Kleinbauern und der Bauernjugend auf Arbeitslosenunterstützung. Sie verlangte eine staatliche Alters- und Krankenfürsorge für Kleinbauern, Winzer und Fischer. Das Bauernhilfsprogramm wies die Notwendigkeit nach, die Großgrundbesitzer entschädigungslos zu enteignen und deren Boden für die landarmen Bauern bereitzustellen.

Das Programm betonte den Zusammenhang zwischen den Forderungen der Bauern und denen der Industriearbeiter. Es legte dar, wie Massenarbeitslosigkeit und Lohnabbau den Absatzmarkt für die bäuerlichen Produkte einschränkten und wie die unsozialen Verbrauchssteuern der Brüning-Regierung sowohl den Verbraucher als auch den Erzeuger trafen. Die KPD machte den Bauern keine Versprechungen. Sie erklärte offen, daß die Bauern ihre Forderungen nur selbst – im Bunde mit der Arbeiterklasse – durchsetzen könnten: „Das werktätige Landvolk muß sich unter Führung der Kommunistischen Partei für diese Bauernforderungen einsetzen und im festen Bündnis mit dem Industrieproletariat für die Durchführung dieser Forderungen überall kämpfen."[49]

Das Bauernhilfsprogramm war ein Bestandteil der Gesamtkonzeption der KPD im Kampf gegen den Faschismus. Es konkretisierte die im Befreiungsprogramm ausgearbeitete Konzeption für die Bauernschaft und erklärte den Arbeitern, warum sie im Bündnis mit den Bauern kämpfen müssen. Die Ausarbeitung des Programms zeugte von den großen Anstrengungen, die das Zentralkomitee der KPD unternahm, um die Leninsche Lehre vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft in der Partei durchzusetzen. Zum erstenmal war eine den Bedingungen in Deutschland entsprechende Agrarpolitik ausgearbeitet worden. Damit krönten die leninistischen Kräfte ihren jahrelangen, unversöhnlichen Kampf um eine richtige Haltung der Partei in der Bauernfrage.

Die von der KPD betriebene Politik des Bündnisses der Arbeiter und Bauern setzte in Deutschland fort, was Karl Marx und Friedrich Engels begonnen hatten, als sie die Lehren aus den Niederlagen des Proletariats in den revolutionären Kämpfen von 1848 und aus dem Untergang der Pariser Kommune zogen. In dieser Politik wurde die Lehre W. I. Lenins vom Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktäti-

[49] Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 310.

gen Bauernschaft auf die Bedingungen eines industriell hochentwickelten imperialistischen Landes schöpferisch angewandt.

Die Arbeiterklasse kann ohne das Bündnis mit der Bauernschaft nicht siegen. In ihrer Bündnispolitik gehen die Kommunisten davon aus, daß die Interessen des Imperialismus und Militarismus einerseits und die Interessen der großen Mehrheit der Bauernschaft andererseits unvermeidlich zusammenstoßen müssen. Das Streben des Bauern, Bauer zu bleiben, wird im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus mehr und mehr zur Illusion.

In entwickelten imperialistischen Ländern beutet das Monopolkapital Arbeiter *und* Bauern aus. Die Banken bringen die Bauern mit ihren Krediten in finanzielle Abhängigkeit, der Großhandel bereichert sich an ihrer Arbeit, die Industriemonopole plündern sie durch ihr Preisdiktat aus, die Großgrundbesitzer durch die Pachten und der monopolkapitalistische Staat mit Hilfe der Steuern. Das Finanzkapital ist deshalb der Hauptfeind auch der Bauern, und der Kampf gegen das Finanzkapital wird für sie zur Existenzfrage. Die Bauernschaft ist aber nicht imstande, diese Frage zu lösen, ohne sich mit der Arbeiterklasse zusammenzuschließen.

Dieses Bündnis kommt jedoch nicht spontan zustande. Die herrschende Klasse verleumdet die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, vor allem die Kommunistische Partei, bei den Bauern, um die beiden so eng verwandten Klassen zu entzweien. Dazu nutzt sie die Tatsache aus, daß die Ideologie der Bauern nicht nur davon bestimmt wird, daß sie Werktätige sind, sondern auch davon, daß sie Boden besitzen und zum Teil selbst Lohnarbeiter ausbeuten. Die Kommunistische Partei hat deshalb mit ihrer Bündnispolitik eine tiefe Kluft zu überwinden und muß es lernen, an die Interessen der Bauern als Werktätige *und* als kleine Besitzer anzuknüpfen. Die Partei muß das Bündnis besonders auf der Grundlage der Erkenntnis schmieden, daß allein die Arbeiterklasse den Bauern Boden geben und ihre Existenz als Bauern sichern kann. Schließlich muß die Arbeiterklasse dazu erzogen werden, die Interessen ihrer Verbündeten nicht vom Standpunkt der zum Untergang verurteilten Produktionsweise der Bauern zu betrachten, sondern hierbei die Perspektiven der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung, also die Zukunftsinteressen der verschiedenen Klassen und Schichten, zu sehen.

Im Bündnis der Arbeiter und Bauern ist die Arbeiterklasse die führende Kraft. Sie ist auf Grund ihrer Klassenlage und ihrer Stellung in

der Produktion die fortschrittlichste Klasse der modernen Gesellschaft, besitzt langjährige Kampferfahrungen, ist besser organisiert und in den Städten konzentriert und hat die Hauptlast des Kampfes zu tragen. Die Führung der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern ist um des Erfolges der gemeinsamen Sache willen notwendig.

Das Bauernhilfsprogramm der KPD erwies sich als ein richtiger Schritt der Bündnispolitik. Ein Erfolg zeigte sich bereits auf der Konferenz oppositioneller Bauernvertreter in Fulda am 31. Mai 1931, die Bruno von Salomon und Bodo Uhse, Vertreter der Opposition in der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung, einberufen hatten. An der Konferenz, die über die Zusammenfassung aller Kräfte „zur Verteidigung der bäuerlichen Existenz"[50] beraten sollte, nahmen als Gäste unter anderen Ernst Putz und Heinrich Rau teil. Ernst Putz referierte über das Bauernhilfsprogramm der KPD, das Bruno von Salomon in einem Brief an das Zentralkomitee der KPD als „Lichtstrahl in das Dunkel des Bauernelends"[51] begrüßt hatte.

Mit ihrem Arbeitsbeschaffungsplan und ihrem Bauernhilfsprogramm führte die KPD wirkungsvolle Schläge gegen die Brüning-Politik und gegen die Faschisten. Beide Dokumente gehörten untrennbar zum Befreiungsprogramm der KPD. Sie ergänzten es in wichtigen Fragen und zogen aus seinen Grundsätzen konkrete Schlußfolgerungen. Die Reihe programmatischer Beschlüsse zeigte, daß die Partei in ihrer nationalen Politik eine konsequent antiimperialistische und antifaschistische Linie verfolgte.

Diese Linie bestimmte auch in der Folge die Politik der Partei. Sie kam in speziellen Hilfsprogrammen für weitere Bevölkerungsgruppen zum Ausdruck, so für Angestellte und Beamte, für Kleingewerbetreibende und Kleinhändler. Im Reichstag hatte die KPD bei der Bekämpfung der Notverordnungen vom Juli und vom Dezember 1930 besondere Anträge gestellt, die darauf gerichtet waren, Millionäre und Großverdiener in stärkerem Maße zu belasten und Kapitalflucht und Steuerhinterziehung zu verhindern. Diese Anträge gingen in die gleiche Richtung wie die Vorschläge der KPD zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung. Ferner waren unter anderem im Herbst 1930 besondere Anträge zum Schutz der älteren Angestellten – die, einmal entlassen, kaum noch die Chance hatten, jemals wieder Arbeit zu finden –, der Kriegskrüppel und Kriegswaisen gestellt worden. Im April und Mai

[50] Die Rote Fahne (Berlin), 3. Juni 1931.

[51] Ebenda, 2. Juni 1931.

1931 beantragte die Reichstagsfraktion der KPD Maßnahmen zum Schutze der Kleinbauern und zur Arbeitsbeschaffung. Dadurch wurden wesentliche Gedanken des Bauernhilfsprogramms und des Arbeitsbeschaffungsplanes der KPD auch im Reichstag zur Sprache gebracht. Im Jahre 1931 und zu Beginn des Jahres 1932 unterbreitete die Fraktion auch ihre Vorschläge zum Schutze der Jugend, der Beamten und Angestellten, der Mieter und der Kleingewerbetreibenden sowie einen detaillierten Antrag zur Milderung der Not der Erwerbslosen.

Im Oktober 1931 verlangte die kommunistische Reichstagsfraktion erneut die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau. Sie forderte gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Arbeitslosenunterstützung für Frauen wie für Männer, verteidigte die Rechte der weiblichen Angestellten und Beamten, die – besonders sofern sie verheiratet waren – massenhaft entlassen wurden, und beantragte schließlich eine entschieden verbesserte Unterstützung der Schwangeren und Wöchnerinnen und deren besonderen Schutz gegen Unternehmerwillkür und Entlassung.

Die sozialpolitischen Initiativen der kommunistischen Reichstagsfraktion wurden hauptsächlich von den Abgeordneten Hugo Gräf, Wilhelm Koenen und Siegfried Rädel begründet. Edwin Hoernle und Ernst Putz nahmen sich der Belange der Bauern an und setzten sich mit der Agrarpolitik der Regierung auseinander. Georg Schumann sprach zu Fragen des Mieterschutzes und der Behebung der Wohnungsnot, Anton Jadasch zu Problemen des vernachlässigten Arbeitsschutzes im Bergbau, und Theodor Neubauer kritisierte die Finanz- und Steuerpolitik der Regierung. Die Anträge der kommunistischen Abgeordneten waren echte Alternativen zur sozialreaktionären Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie konnten gegen den Widerstand der anderen Parteien nicht durchgesetzt werden, zeigten aber vielen Deutschen, wofür man kämpfen mußte und wer die Interessen der Werktätigen vertrat. Damit wurde es der Regierung erschwert, ihre Hungerpolitik rücksichtslos durchzuführen. Das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes und die darauf aufbauende Politik der KPD schufen die Grundlage für den Kampf der Partei um eine starke antifaschistische Front.

Die Faschisierungspolitik der herrschenden Klasse war nur dann zu vereiteln, wenn alle Arbeiterorganisationen gemeinsam Widerstand leisteten. Die rechten sozialdemokratischen Führer fuhren jedoch fort, Heinrich Brüning zu tolerieren.[52] Sie orientierten sich weiterhin auf den „gemäßigten" Flügel der Monopolbourgeoisie und führten die Brüning-Politik in den Ländern, in denen sie an der Regierung beteiligt waren, loyal aus, um der faschistischen Reaktion „den Wind aus den Segeln zu nehmen" und der Reichsregierung, deren Politik Deutschland für die faschistische Diktatur reif machte, „keinen Grund zum Eingreifen zu geben".

Angesichts dieser Haltung ihrer Führer wurde in der SPD Protest gegen das dauernde Zurückweichen vor den Forderungen der Reaktion laut. Der oppositionelle Sozialdemokrat Kurt Rosenfeld schrieb: „... nichts schwächt den Kampfwillen der Arbeiterschaft so sehr wie die Taktik der ewigen Zugeständnisse, die zugleich den Heißhunger der Bourgeoisie nach immer neuen und immer größeren Zugeständnissen noch verstärkt."[53] Die Opposition brach offen auf, als im März 1931 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die arbeiterfeindliche Politik der Brüning-Regierung besonders deutlich unterstützte. Obwohl infolge des zeitweiligen Auszugs der Nazis und der Deutschnationalen aus dem Reichstag SPD und KPD bei der Beratung des Etats eine knappe Mehrheit hatten, ermöglichte es die sozialdemokratische Fraktion der Regierung durch Stimmenthaltung, sich die letzte Rate für den Panzerkreuzer A und die erste Rate für den Panzerkreuzer B vom Reichstag bewilligen zu lassen. Die neun sozialdemokratischen Abgeordneten Engelbert Graf, Bernhard Kuhnt, Walter Ötting-haus, Andreas Portune, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz, August Siemsen, Heinrich Ströbel und Hans Ziegler protestierten gegen die Haltung ihrer Fraktion, indem sie mit den Kommunisten gegen die Regierungsvorlage stimmten.

Die oppositionellen Stimmungen unter den sozialdemokratischen Mitgliedern spiegelten sich auch auf dem Parteitag der SPD wider, der vom 31. Mai bis zum 5. Juni 1931 in Leipzig stattfand. Hier kam es

[52] Dokument Nr. 76.
[53] Der Klassenkampf (Berlin), 1931, Nr. 7, S. 196.

zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Parteivorstand und solchen Funktionären, die sowohl mit der Haltung der Fraktionsmehrheit als auch mit der Politik der sozialdemokratischen Länderminister – vor allem der in Preußen amtierenden – nicht einverstanden waren.

Der Leipziger Parteitag zeigte, daß die Führung der Sozialdemokratie nicht imstande war, Vorstellungen über einen gangbaren Weg aus der Krise zu entwickeln, der den Interessen der Werktätigen entsprochen hätte. Das Finanzkapital griff mit dem Abbau der ihm von der Arbeiterklasse abgerungenen sozialen und politischen Zugeständnisse, dem Abbau der Löhne und der sozialen Leistungen gleichzeitig die Grundlagen der von der Krise ohnehin erschütterten Theorien von der Wirtschaftsdemokratie an. Die sozialdemokratischen Arbeiter erwarteten von dem Parteitag, daß er Kampfmaßnahmen gegen die faschistische Gefahr und gegen die Hungeroffensive des Kapitals beschließe. Aber der Parteitag variierte nur die opportunistischen Wirtschaftstheorien. Er versuchte, jene reformistische Konzeption den neuen Bedingungen anzupassen, derzufolge der Kapitalismus sich nach und nach zum „organisierten Kapitalismus" entwickelt habe, in dem sich immer mehr sozialistische Elemente anreicherten. Der Parteitag kam zu einer grundfalschen Beurteilung der gesteigerten staatsmonopolistischen Erscheinungen in der Krise, wie es zum Beispiel die Übernahme von Aktien der Privatwirtschaft durch den Staat oder die Brüningschen Notverordnungen waren, die von der zunehmenden Verschmelzung von Staatsapparat und Monopolen zeugten. Der Hauptreferent des Parteitages, Fritz Tarnow, nannte diese Erscheinungen, die Monopolisierung der Wirtschaft und selbst das Versicherungs- und Unterstützungswesen, „starke Fundamente und tragende Konstruktionen für den sozialistischen Bau der Zukunft"[54].

Die Krise wurde von Tarnow und anderen als Hemmnis für die Höherentwicklung des Kapitalismus betrachtet, die ihrer Ansicht nach automatisch zum Sozialismus geführt hätte. Sie sahen in der Schwächung des Kapitalismus nicht die Chance für den Kampf gegen die Monopolbourgeoisie. Fritz Tarnow verfocht deshalb in seinem Referat[55] die These, die Arbeiterbewegung habe „am Krankenlager des Kapitalismus ... Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will"[56]; denn – so

54 Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931. Vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 50.

55 Dokument Nr. 80.

56 Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931, S. 45.

behauptete er – ohne eine Besserung der Lage des Kapitalismus sei auch keine Besserung der Lage der Arbeiterklasse zu erreichen. Tarnow verlangte daher, die Kräfte der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen einzusetzen, damit sich die kapitalistische Wirtschaft erholen könne. Seine These war eine Art Weiterentwicklung jener Auffassung, die Arbeitern und Unternehmern gemeinsame Interessen am Gedeihen der „Wirtschaft" zuschrieb. Tarnows Bemühungen vermochten jedoch den Bankrott der wirtschaftsdemokratischen Illusionen nicht mehr zu verdecken. Tarnow rechtfertigte praktisch die Kapitaloffensive, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter. Seine These bedeutete in der Konsequenz die völlige Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Diktatur der Monopole und ihres Staates.

Der Leipziger Parteitag unterschätzte – obwohl ein besonderes Referat Rudolf Breitscheids dem Thema „Die Überwindung des Faschismus" gewidmet war – die faschistische Gefahr und behauptete, der Faschismus sei bereits in die Defensive gedrängt. Viele Sozialdemokraten strebten nach der Einheitsfront mit den Kommunisten. Dem versuchte der Parteivorsitzende Otto Wels entgegenzuwirken, indem er die Kommunisten verleumdete und sie mit den Faschisten gleichsetzte.

Diese Linie des Parteivorstandes fand bei einem Teil der Delegierten und auf den Tribünen heftigen Widerspruch. Kritisiert wurden auch die Tolerierungspolitik und die Ausführung der Brüningschen Notverordnungen durch die sozialdemokratischen Länderminister. Dennoch setzten sich der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion durch. Scharf griffen sie die Haltung der neun oppositionellen Abgeordneten an und warfen ihnen „Disziplinbruch" vor. So gelang es, auf dem Parteitag die Opposition zu unterdrücken. Besonders rücksichtslos ging der Parteivorstand der SPD gegen die oppositionelle Arbeiterjugend vor. Er schränkte die Rechte der Sozialistischen Arbeiterjugend ein und löste die Organisation der Jungsozialisten auf.

Ebenso wie der Parteitag der SPD verzichtete der Bundestag des ADGB, der in Frankfurt (Main) vom 31. August bis zum 4. September 1931 tagte, auf Kampfbeschlüsse und forderte die Arbeiter auf, zur Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft Opfer zu bringen. Auch hier wurde die Opposition unterdrückt.

In der Folgezeit kam es zum offenen Bruch oppositioneller Sozialdemokraten mit der SPD. Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz und andere verweigerten dem Parteivorstand den Gehorsam, als er die Einstellung

jeder Kritik verlangte. Im September 1931 wurden sie deshalb aus der SPD ausgeschlossen. Diese oppositionellen Kräfte vermochten es jedoch nicht, zu einer marxistischen Politik überzugehen. Sie gründeten eine eigene Partei, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), deren 1. Reichskonferenz Anfang Oktober 1931 stattfand. An dieser Konferenz nahmen 88 von oppositionellen Ortsgruppen der SPD gewählte Delegierte und 125 Gäste teil. Die Gründung einer neuen Partei und die Vorstellung führender Kräfte der SAP, einen Weg zwischen der SPD und der KPD gehen zu können, erschwerte es, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herzustellen. Die SAP erlangte keinen größeren Einfluß. Sie blieb eine Splitterpartei.

Das Entstehen der SAP war ein Ausdruck der scharfen Gegensätze in der SPD, vor allem des Wunsches vieler linker Sozialdemokraten, mit der Politik des „kleineren Übels" zu brechen und einen entschiedenen Kampf gegen Finanzkapital und Faschismus zu führen. Die SAP trat gegen die Tolerierungspolitik auf. Viele Mitglieder kämpften oft an der Seite der Kommunisten. Einige ihrer führenden Funktionäre standen jedoch auf antikommunistischen Positionen oder unter dem Einfluß der antikommunistischen Hetze. Andere Mitglieder und Funktionäre fanden später den Weg zur KPD.

Die erfolgreichen Bemühungen der KPD um die Schaffung der proletarischen Einheitsfront wurden im Juli/August 1931 durch eine folgenschwere Fehlentscheidung unterbrochen. Im April hatten die Nazis, die Deutschnationalen und der Stahlhelm durch ein Volksbegehren einen Volksentscheid über die Auflösung des 1928 gewählten Preußischen Landtags durchgesetzt. Sie hofften, nach einer Neuwahl, von der sie eine ähnlich krasse Verschiebung der Mandate erwarteten wie bei der Reichstagswahl im September 1930, die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung in Preußen stürzen zu können. Als diese Absicht der Faschisten bekanntgeworden war, hatte Hermann Remmele vorgeschlagen, ihnen „zuvorzukommen". Aber dieser Vorschlag wurde in der Parteiführung der KPD eindeutig zurückgewiesen. Die KPD bekämpfte – getreu ihrer Politik, den faschistischen Kräften keinen Fußbreit Boden zu überlassen – das Volksbegehren und den Volksentscheid energisch. Ernst Thälmann wies nach, daß eine Teilnahme am Volksbegehren oder am Volksentscheid der Politik der KPD widersprechen und die angestrebte Einheitsfront mit den Sozialdemokraten von vornherein außerordentlich erschweren würde. Die KPD ließ zwar keinen Zweifel daran, daß sie die Politik der Sozialdemo-

kratie in Preußen mißbilligte, und kritisierte offen die reaktionären Maßnahmen Otto Brauns und Carl Severings. Aber sie bekämpfte entschieden das Manöver der Faschisten. Paul Schwenk und andere kommunistische Abgeordnete entlarvten im Landtag die reaktionären Absichten der Nazis, Deutschnationalen und der Stahlhelmer. Die KPD entwickelte zu dieser Zeit ihre Einheitsfront- und Bündnispolitik weiter und arbeitete ihre großen konstruktiven Pläne gegen das Krisenelend, gegen die Notverordnungen und gegen die faschistische Irreführung der Werktätigen aus.

Im Sommer 1931, als der Volksentscheid vor der Tür stand, kam es jedoch erneut zu Meinungsverschiedenheiten in der Parteiführung. Nun forderte Heinz Neumann, die KPD solle eine Wendung um 180 Grad vollziehen und am Volksentscheid teilnehmen. Er stieß auf den entschlossenen Widerstand Ernst Thälmanns und anderer Politbüromitglieder, die die Einheitsfrontpolitik der KPD energisch gegen diesen Versuch verteidigten, die Partei auf einen Kurs abenteuerlicher Experimente zu drängen. Heinz Neumann griff jedoch zu einer Intrige. Am 15. Juli schrieb er – vorgeblich im Namen des Sekretariats des Zentralkomitees – an die Politkommission des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, wahrscheinlich werde das Politbüro des Zentralkomitees der KPD in seiner bevorstehenden Sitzung die Teilnahme am Volksentscheid beschließen. Vor dem Sekretariat wie vor dem Politbüro und auch vor dem Parteivorsitzenden wurde dieser Brief geheimgehalten.

Aus dem Brief wird deutlich, wie sehr Heinz Neumann die Lage in Deutschland verkannte. Er verfocht die Auffassung, daß die KPD unbedingt zur Stimmabgabe für die Auflösung des Preußischen Landtags aufrufen müsse, und lieferte dafür eine ausführliche Begründung. Die Argumentation ließ erkennen, daß er das Kräfteverhältnis falsch einschätzte, die Aufgaben der Partei nicht richtig beurteilte und abenteuerliche Vorstellungen von den Perspektiven des Klassenkampfes hatte. Dem Volksentscheid stellte er einen sicheren Sieg in Aussicht. Heinz Neumann glaubte sogar, bei den dann folgenden Landtagswahlen werde die KPD alle anderen Parteien überflügeln. In Wirklichkeit bestand dafür gar keine Aussicht, ebensowenig für Neumanns Annahme, daß nach einem siegreichen Volksentscheid große Teile der Naziwähler sich wieder von Hitler abwenden und zu ihren alten Parteien zurückkehren würden. Baldige Wahlen, spekulierte Neumann, seien auch die einzige Garantie, daß die KPD noch einmal unter lega-

len Bedingungen einen Wahlkampf führen könne. Auf der anderen Seite wollte er mit dem Volksentscheid eine „Verschärfung der Gesamtsituation" herbeiführen und erwartete von ihm die „Zertrümmerung des preußischen Regierungs- und Polizeiapparats", auf den sich das Brüning-Regime stützte. Wenn die KPD aber nicht für die Auflösung des Landtags eintrete, wurde in dem erwähnten Brief gewarnt, so gerate sie in eine Linie mit der Weimarer Koalition, und das dürfe nicht sein.

Einflußreiche Mitglieder des EKKI und seiner Politkommission vertraten ähnliche Ansichten und verkannten ebenfalls die Lage in Deutschland. Sie waren wie Heinz Neumann der Meinung, durch das bisherige Verhalten der KPD gegenüber dem Volksentscheid werde der Hauptstoß nicht entschieden genug gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Das sei aber notwendig, und die Haltung der KPD könne daher nicht befriedigen. Deshalb wurde der von Heinz Neumann nun in Aussicht gestellte Entschluß, am Volksentscheid jetzt doch teilzunehmen, begrüßt.

Das Politbüro des Zentralkomitees der KPD entschied jedoch gerade entgegengesetzt. Als die Frage nach der Haltung der Partei zum Volksentscheid aufgeworfen wurde, äußerten sich die Mitglieder und Kandidaten – zugleich unter Berufung auf die in der Partei herrschende Meinung und die Erfahrungen der Parteiorganisationen – so einhellig und entschieden im Sinne der Nichtteilnahme, daß Heinz Neumann seine abweichende Meinung verschwieg und sich statt dessen ebenfalls gegen die Teilnahme am Volksentscheid aussprach. Das Politbüro faßte einmütig den Beschluß, daß die KPD sich nicht am Volksentscheid beteiligen werde.

Anders in der Politkommission des EKKI. Hier konnten sich D. S. Manuilski und andere führende Funktionäre, die die Lage realistisch einschätzten, nicht durchsetzen. Da sich auch J. W. Stalin und W. M. Molotow für die Teilnahme der KPD am Volksentscheid in Preußen einsetzten, erhob die Politkommission des EKKI Einspruch gegen den Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der KPD. Die KPD wurde aufgefordert, endlich ihre Haltung zu ändern. So entstand ein Gegensatz zwischen den Beschlüssen der KPD und denen des führenden Organs der Kommunistischen Internationale. Die KPD wurde zu einer Entscheidung gedrängt, die den wirklichen Gegebenheiten in Deutschland nicht Rechnung trug.

Das Sekretariat, das Politbüro und das Zentralkomitee traten am

22. Juli nacheinander zusammen und revidierten die Haltung der KPD zum Volksentscheid. Die kommunistischen Wähler wurden aufgerufen, ihre Stimme für die Auflösung des Preußischen Landtags abzugeben. Die Teilnahme am Volksentscheid stand im Widerspruch zur Entwicklung der antifaschistischen Politik der KPD.

Das konnte auch nicht dadurch behoben werden, daß an die sozialdemokratischen Führer in der preußischen Regierung demokratische Forderungen gestellt wurden, die die Herstellung der Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterschaft, die Zurücknahme des Gehalts- und Unterstützungsabbaus und die Aufhebung des Verbots des RFB betrafen. In der Kürze der Zeit war es nicht einmal möglich, diese Forderungen in der Öffentlichkeit zu erläutern. Carl Severing lehnte sie im Namen der preußischen Regierung ab.

So beteiligte sich die KPD am 9. August am Volksentscheid für die Auflösung des Preußischen Landtags. Das Ergebnis des Volksentscheids bestätigte nicht einmal die erste Annahme Heinz Neumanns: Die erforderliche Stimmenzahl wurde nicht erreicht. Aber die Teilnahme der KPD wurde seitdem dazu ausgenutzt, sie vor großen Teilen der Arbeiterklasse des Zusammengehens mit den Faschisten zu bezichtigen. Die Lage, in die die KPD dadurch geriet, erschwerte es ihr, die Aufgabe zu lösen, die Ernst Thälmann als die wichtigste bezeichnete: die Kluft zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern zu überbrücken.

Im Sommer 1931 verschärfte sich die Wirtschaftskrise in Deutschland. Die Danatbank, eine der größten deutschen Banken, brach zusammen. Die Regierung ließ die Schalter der Banken schließen. Die Börsen stellten ihre Tätigkeit ein. Die Reichsbank erlitt einen katastrophalen Verlust an Gold und Devisen. Die um ihre riesigen Kapitalanlagen in Deutschland besorgten amerikanischen Bankiers setzten es jedoch durch, daß der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands mit seinen gefürchteten revolutionären Folgen gerade noch verhütet wurde.

Die Regierung der USA veranlaßte alle Reparationsgläubiger, für ein Jahr auf weitere deutsche Zahlungen zu verzichten. Dieses sogenannte Hoover-Moratorium – benannt nach dem Präsidenten der USA, Herbert Hoover – war eine unmittelbare Hilfsaktion des amerikanischen Imperialismus für die Monopolherrschaft in Deutschland. „Amerika allein ist mit 38 % an der Gesamtheit direkter ausländischer Investitionen in Deutschland beteiligt und hat infolgedessen ein größeres Interesse an der Erhaltung des Privatkapitalismus im Reich

als alle anderen Länder der Welt mit Ausnahme von Deutschland selbst"[57], schrieb der führende amerikanische Publizist Hubert R. Knickerbocker. Diese Hilfsaktion wurde, wie der amerikanische Außenminister Henry L. Stimson eingestand, in der Absicht unternommen, das imperialistische Deutschland als starkes Bollwerk gegen den Kommunismus zu erhalten.

Von der Krise hart bedroht, forderten führende monopolistische Kreise in Deutschland einen noch reaktionäreren Kurs der Regierung. Die Monopolgruppen rangen erbittert um die Vorherrschaft. Größere Teile der herrschenden Klasse wandten sich nach und nach von der Brüning-Politik ab und näherten sich der Politik der sogenannten nationalen Opposition. Mitte 1931 trat der Wirtschaftsredakteur der „Berliner Börsen-Zeitung", Walther Funk, im Auftrag führender Monopolkapitalisten, wie August Diehn vom Kalisyndikat, Carl Duisberg von der IG Farben, Hermann Kellermann von der Gutehoffnungshütte, Gustav Knepper und Ernst Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken, Kurt Schmitt von der Allianz-Versicherung und Ludwig von Winterfeld vom Siemens-Konzern, der Nazipartei bei. Walther Funk gab seitdem einen wirtschaftspolitischen Pressedienst heraus, eine interne Korrespondenz für führende Industrielle und Bankiers, die in der Form von Abonnements der Nazipartei große Beträge zukommen ließen.

Jene Gruppen des Monopolkapitals, die für die baldige Einbeziehung der NSDAP in die Regierung eintraten, unternahmen energische Vorstöße gegen das Brüning-Kabinett. Die Wirtschaftspolitische Vereinigung in Frankfurt (Main) verlangte am 27. Juli 1931, der Reichspräsident solle der NSDAP, den Deutschnationalen und dem Stahlhelm die Regierung übertragen.

Am 29. September 1931 forderten die führenden Wirtschaftsverbände von der Regierung ultimativ weitere reaktionäre wirtschaftspolitische Maßnahmen. Diesem Verlangen der Monopole kam Heinrich Brüning mit der dritten und der vierten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober und 8. Dezember 1931[58] prompt nach. Durch diese Notverordnungen wurden vor allem die Löhne erneut um 10 bis 15 Prozent und die Gehälter der Staatsbeamten und -angestellten um 9 Prozent abgebaut. Der Anspruch auf Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge wurde eingeschränkt.

[57] Hubert R. Knickerbocker: Deutschland so oder so?, Berlin 1932, S. VIII.
[58] Dokument Nr. 83.

Die Notverordnung vom 8. Dezember sah auch besondere Maßnahmen auf dem Gebiet der Zwangsvollstreckung vor. Die Betriebsrätewahlen für 1932 wurden ausgesetzt.

Unter dem Druck des Monopolkapitals sah sich Heinrich Brüning gezwungen, am 9. Oktober die Regierung umzubilden. Mehrere Minister, die dem Finanzkapital keine ausreichende Gewähr für die strikte Ausübung der Notverordnungsdiktatur boten, darunter Joseph Wirth, wurden aus der Regierung entfernt. Reichswehrminister General Wilhelm Groener übernahm an Wirths Stelle zugleich das Innenministerium. Das Vorstandsmitglied der IG Farben Hermann Warmbold (Deutsche Volkspartei) trat als Wirtschaftsminister in das Kabinett ein.

Gleichwohl forderten die Deutschnationale Volkspartei, der Stahlhelm, die Nazipartei, der Reichslandbund und der Alldeutsche Verband, namhafte Vertreter der Militärclique, wie Karl von Einem, Max von Gallwitz, Hans von Seeckt und Adolf von Trotha, des Monopolkapitals, wie Rudolf Blohm, Oswald Brandi, Ernst Poensgen, Hjalmar Schacht, Max Schlenker und Erich Winnacker, und des Hochadels, wie der Hohenzollernprinz Eitel Friedrich, am 11. und 12. Oktober 1931 auf einer Kundgebung in Bad Harzburg den Rücktritt der Reichsregierung.[59] Die Reden Heinrich Claß', Theodor Duesterbergs, Rüdiger von der Goltz', Adolf Hitlers, Alfred Hugenbergs, Eberhard Graf von Kalckreuths, Hjalmar Schachts und Franz Seldtes enthielten das Programm der imperialistisch-militaristischen Reaktion: Zerschlagung der Arbeiterbewegung, Sicherung der Monopolprofite, Beseitigung aller demokratischen Volksrechte, Errichtung der faschistischen Diktatur, Aufrüstung und Krieg. Die sogenannte Harzburger Front vereinte alle extrem reaktionären Kräfte und faßte die verschiedenen Strömungen der faschistischen Reaktion zusammen. Obwohl die Harzburger Front von Führungskämpfen zwischen der NSDAP und den anderen Kräften, vor allem den Deutschnationalen, zerrissen war, ließ ihr Entstehen die ganze Größe der faschistischen Gefahr erkennen.

Das Harzburger Treffen war – im Zusammenhang mit der Bildung des zweiten Brüning-Kabinetts – ein Zeichen dafür, daß auch das Zentrum als stabilste der alten bürgerlichen Parteien seine bisherige Bedeutung für das Finanzkapital einbüßte. Jene Kräfte, die am ungeduldigsten nach einer offenen, terroristischen Diktatur verlangten und ihre Repräsentation in den Hitlerfaschisten und den Deutschnationalen sahen, wurden immer aktiver.

[59] Dokument Nr. 81.

Am 9. Dezember konferierten Fritz Thyssen und Albert Vögler mit Adolf Hitler im Berliner Hotel Kaiserhof. Mitte Dezember forderte die ostpreußische Landwirtschaftskammer Paul von Hindenburg auf, Adolf Hitler die Macht zu übertragen, und der Reichslandbund wählte einen Nazi zu einem seiner vier Präsidenten. Am 27. Januar 1932 entwickelte Hitler auf einer von Fritz Thyssen einberufenen Versammlung im Düsseldorfer Stahlhof[60] vor Vertretern des Monopolkapitals, vor allem der Schwerindustrie – unter ihnen Ernst von Borsig, Carl Duisberg, Friedrich Flick, Karl Haniel und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach – sein Programm. Einen Tag später erörterten Ernst Poensgen, Fritz Thyssen und Albert Vögler mit Hermann Göring, Adolf Hitler und Ernst Röhm die Zusammensetzung einer künftigen Naziregierung. Auch das Reichswehrministerium stand in ständigem Kontakt zur Nazipartei. Wilhelm Groener und Kurt von Schleicher verhandelten verschiedene Male persönlich mit Hitler, und am 29. Januar 1932 wurde das Verbot aufgehoben, Nazis in die Reichswehr aufzunehmen.

Dieser gefahrdrohenden Entwicklung mußte eine einheitliche antifaschistische Front der Arbeiter und aller Demokraten entgegengestellt werden. Nur gemeinsam vermochten Kommunisten und Sozialdemokraten jenes Kraftzentrum zu bilden, um das sich auch antifaschistische Kreise der Mittelschichten, der Intelligenz und des Bürgertums scharen würden.

Den Kampf gegen die Brüningschen Notverordnungen und gegen die immer weiter vordringenden Faschisten suchten auch viele sozialdemokratische Arbeiter. In der SPD und in den ihr nahestehenden Massenorganisationen forderten die Mitglieder von ihren Führungen immer dringlicher, endlich entschlossen die faschistische Gefahr zu bekämpfen. Es kam zu einer Reihe demonstrativer Übertritte sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und anderer Funktionäre zur KPD.

Die Reichsbannerführung schlug vor, SPD, Gewerkschaftsorganisationen, Arbeitersportorganisationen und Reichsbanner straffer zusammenzufassen. Daraufhin proklamierten der Parteiausschuß der SPD, die Bundesausschüsse des ADGB, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die Leitungen verschiedener Arbeitersportorganisationen und Vertreter des Reichsbanners am 16. Dezember 1931 die sogenannte Eiserne Front.

[60] Dokument Nr. 84.

Die Eiserne Front stellte eine Art Kartell dieser Organisationen dar. Sie besaß zentrale und örtliche Ausschüsse, die sich zum Teil Kampfleitungen nannten, obwohl sie dem antifaschistischen Kampfwillen der sozialdemokratischen Arbeiter in der Praxis oft nicht entsprachen. Im Laufe des Winters 1931/1932 begann der ADGB, Gewerkschaftsmitglieder zu Selbstschutzgruppen – sogenannten Hammerschaften – zusammenzufassen. Dennoch leitete die Führung der Eisernen Front den versprochenen ernsthaften Kampf zur „Überwindung der faschistischen Gefahr" nicht ein. Viele sozialdemokratische Führer lehnten die Aktionseinheit der Arbeiterklasse weiterhin ab. Sie führten die Mitglieder der zur Eisernen Front gehörenden Organisationen nicht in den konsequenten Kampf gegen die Hitlerfaschisten.

Als die Eiserne Front gebildet wurde, glaubten die sozialdemokratischen Arbeiter zunächst, nun würden auch ihre Organisationen zum aktiven antifaschistischen Kampf übergehen. Die sozialdemokratischen Arbeiter sahen in der Eisernen Front die Möglichkeit, die geballte Kraft ihrer Millionenorganisationen zur Verteidigung der Demokratie auszunutzen. Deshalb ließ die Kritik aus der Mitgliedschaft an der Haltung der Führer nach. Mit der Eisernen Front wurde der wachsende Drang der Mitglieder der in ihr zusammengefaßten Organisationen zur Einheit der Arbeiterbewegung aufgefangen und der sozialdemokratischen Politik untergeordnet.

Die Angriffe der Terroristengruppen der Nazis richteten sich nicht nur gegen kommunistische Arbeiter, sondern auch gegen Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Reichsbannerleute. Reichsbannergruppen und Hammerschaften setzten sich – ungeachtet der Stillhalteparolen ihrer Führung – immer öfter tatkräftig gegen die SA zur Wehr. Insgesamt aber wurde die Eiserne Front dem Kampfwillen der Mitglieder nicht gerecht. Sie wurde kein ernsthafter Faktor im Kampf gegen die drohende faschistische Diktatur.

4. Die ideologische Offensive und das Ringen der KPD um ein Bündnis mit der fortschrittlichen deutschen Intelligenz

Da sich die faschistischen Kräfte im Herbst 1931 sammelten und immer rascher vordrangen, war es dringend notwendig, die Kampfkraft der Arbeiterklasse schnell zu steigern. Das hing vor allem davon

ab, wie es gelang, die Rolle der Kommunistischen Partei in den Kämpfen der werktätigen Massen zu erhöhen und zu erreichen, daß alle Parteiorganisationen den Kampf um die Einheitsfront gegen Finanzkapital und Faschismus tatkräftig organisierten. Dabei mußten jene Auffassungen und Methoden rasch und entschieden überwunden werden, die es erschwerten, die Masse der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und christlichen Arbeiter und ihre Funktionäre, die werktätigen Bauern und alle demokratischen, antifaschistisch gesinnten Menschen zum gemeinsamen Handeln zu gewinnen.

Am 10. November 1931 hatte das Zentralkomitee der KPD in einem besonderen Beschluß[61] jede Handlung individuellen Terrors als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der KPD verurteilt. Es stellte fest, daß alle Vorstellungen von der Zulässigkeit individuellen Terrors im Widerspruch zu den marxistisch-leninistischen Auffassungen vom Klassenkampf stehen. Dieser Beschluß richtete sich eindeutig gegen das unverantwortliche Abenteurertum Heinz Neumanns, das nicht nur der systematischen Arbeit der Partei unter den Massen entgegenstand, sondern auch die große Gefahr in sich barg, von der Reaktion als Vorwand für ein Verbot der Partei benutzt zu werden.

Eine schwerwiegende parteifeindliche Handlung hatte Heinz Neumann begangen, als er im August 1931 gemeinsam mit Hans Kippenberger die Erschießung von zwei Polizeioffizieren organisierte, die unter der Berliner Arbeiterschaft wegen ihrer Brutalität besonders berüchtigt waren. Heinz Neumann hatte hinter dem Rücken der Parteiführung und der Berliner Bezirksleitung unter Berufung auf seine Eigenschaft als Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees die Anweisung gegeben, zur Abschreckung der Polizei die beiden Polizeioffiziere, sollten sie wieder auf demonstrierende Arbeiter einprügeln, niederzuschießen. Das geschah am 9. August 1931 auf dem Bülowplatz und führte sofort zur polizeilichen Besetzung des am Bülowplatz gelegenen Karl-Liebknecht-Hauses, des Sitzes des Zentralkomitees der KPD. Die Mitarbeiter der Parteiführung, die anderen Mitglieder des Sekretariats und die Berliner Bezirksleitung wurden völlig überrascht. Diese Provokation, die im krassen Widerspruch zur gesamten Politik der Partei stand, beschwor unmittelbar die Gefahr eines Parteiverbots herauf. Die KPD verurteilte mit ihrem Beschluß gegen den individuellen Terror aufs schärfste diese Methoden.

Der Beschluß des Zentralkomitees, den Rudolf Breitscheid, Mitglied

[61] Dokument Nr. 82.

des Parteivorstandes der SPD, in einer Rede in Darmstadt begrüßte, erleichterte die Einheitsfrontpolitik der KPD. Noch in demselben Monat richtete die KPD einen Appell an alle Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, die Einheitsfront gegen den Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau und für eine Winterhilfe sowie für die Demonstrations-, Koalitions- und Pressefreiheit herzustellen. Weiter schlug die KPD vor, gemeinsame Schutzstaffeln gegen den faschistischen Terror zu schaffen.

Das rasche Wachsen der Mitgliederzahl der KPD in jenen Jahren und ihre gestiegene Verantwortung vor Arbeiterklasse und Nation machten es notwendig, der ideologischen Erziehung in der Partei besonders große Aufmerksamkeit zu widmen. Es gab in der KPD ein verhältnismäßig umfassendes Schulungssystem mit Zirkeln und Kursen auf verschiedenen Ebenen. Neuaufgenommene Mitglieder wurden zum Teil in Zirkeln der Parteiorganisationen mit den Grundbegriffen des Marxismus-Leninismus und mit der Politik der Partei vertraut gemacht. Für Funktionäre und Abgeordnete organisierte die Partei Spezialkurse über Kommunalpolitik, Pressearbeit und andere Gebiete.

Auch über den Rahmen der Partei hinaus verwandte die KPD Aufmerksamkeit und Mühe darauf, der Arbeiterklasse Möglichkeiten theoretischer Schulung und wissenschaftlicher und künstlerischer Bildung auf dem Boden des Marxismus zu schaffen. Im Frühjahr 1931 gab es bereits in 26 Städten Marxistische Arbeiterschulen. Am stärksten ausgebaut war die Berliner MASCH. Hier hielten unter anderen Hermann Duncker, Stephan Heymann, Jürgen Kuczynski, Alfred Kurella, Ludwig Renn und Johann Lorenz Schmidt – der zu dieser Zeit die Leitung der MASCH übernahm – Vorlesungen. Hilde Benjamin und Felix Halle sprachen über Rechtsprobleme, Hanns Eisler, Max Keilson und Erwin Piscator über Fragen der Kunst. Leitende Funktionäre der Partei und anderer Arbeiterorganisationen übernahmen Vorträge und leiteten Diskussionen. Architekten, Ärzte, Ingenieure und Journalisten berichteten über die Probleme ihrer Fachgebiete, und ein so bedeutender Gelehrter wie Albert Einstein wurde für Vorträge gewonnen.

In jenen Jahren erschienen in verhältnismäßig großer Zahl Arbeiten von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin in Verlagen, die der KPD nahestanden. Die Partei gab zahlreiche Reden Ernst Thälmanns und anderer führender Funktionäre als Broschüren heraus. 1931 erschien das Buch „Die Sowjetunion" von Hermann Remmele, 1932

Theodor Neubauers Arbeit „Deutsche Außenpolitik heute und morgen". All das zeigt, daß die KPD auch unter schwierigen Bedingungen des Klassenkampfes der theoretischen Arbeit viel Aufmerksamkeit widmete und nie vergaß, daß letztlich der Erfolg der Arbeiterbewegung auf ihrer theoretischen Reife und Klarheit fußt. Aber da die Legalität der KPD vielfältigen Beschränkungen unterworfen wurde und ihre materiellen Möglichkeiten außerordentlich begrenzt waren und da die tägliche Auseinandersetzung mit den Unternehmern, mit der Polizei und mit den Faschisten immer wieder anderes in den Hintergrund treten ließ, waren der theoretischen Schulung der Mitglieder und Funktionäre Grenzen gesetzt.

Die KPD gewann in dieser Zeit viele neue Mitglieder. Von 1928 bis zum März 1930 hatte sich die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder von etwa 120 000 bereits auf rund 170 000 erhöht, von denen bei der Beitragsabrechnung 136 000 erfaßt wurden. Ein Jahr später zählte die KPD bereits 240 000 Mitglieder. Obwohl die KPD ihren Kampf unter einem ständig stärker werdenden Druck der schon zu faschistischen Praktiken übergehenden Staatsmacht, der antikommunistischen Hetze und des Nazi- und Justizterrors führen mußte und obwohl sich Arbeiter und Arbeitslose den Parteibeitrag vom Munde absparen mußten, stießen immer neue Klassenkämpfer zur KPD. Die Zahl der Parteimitglieder verdreifachte sich in den Jahren der Krise. Im März 1932 zählte die KPD – nach den Abrechnungen der Parteikassierer – über 287 000 Mitglieder, Ende des Jahres waren es 360 000 eingeschriebene Mitglieder; sie gehörte nach der KPdSU (B) zu den bedeutendsten und stärksten Sektionen der Kommunistischen Internationale. Allerdings wuchs die KPD jetzt so schnell – in den Jahren der Krise wurden etwa 500 000 Eintrittserklärungen abgegeben –, daß sie gar nicht alle neuen Mitglieder organisatorisch fest an sich binden konnte. Die Fluktuation war relativ groß. Das behinderte die Festigung der Parteiorganisation und erschwerte die Erziehung der Kader. Die ideologische Entwicklung vieler Parteimitglieder blieb hinter den Anforderungen des Klassenkampfes zurück. Selbst ein großer Teil der Funktionäre, vor allem auf der unteren Ebene – nach einem Bericht des Politischen Sekretärs des Bezirks Niederrhein, Fritz Schulte, in manchen Unterbezirken bis zu 80 Prozent der Funktionäre der Betriebszellen und Ortsgruppen –, war noch nicht länger als ein bis zwei Jahre Mitglied der Partei.

Die jungen, im Klassenkampf noch unerfahrenen Arbeiter, die ver-

bitterten Erwerbslosen, die bisher im reformistischen Geist Erzogenen, die in die Partei strömten, brauchten marxistische Schulung. Das galt um so mehr, als komplizierte Aufgaben im Klassenkampf vor ihnen standen und die Partei und die ganze Arbeiterklasse ständig der Flut gegnerischer Argumente ausgesetzt waren. Die Empörung über die Politik der Sozialdemokratie, der vom Terror gegen die Arbeiterklasse provozierte Haß und der Druck der faschistischen Kräfte, der Monopolbourgeoisie und der Regierung – das alles widerspiegelte sich in Schwankungen mancher Funktionäre und Organisationen. Es gab Erscheinungen eines Spontaneitätsglaubens und einer Unterschätzung der Rolle der Partei. Manche Parteiorganisationen wichen vor den Schwierigkeiten des Kampfes zurück. Andererseits griff infolge des schnellen Erstarkens der Partei auch der Gedanke um sich, bei konsequenter Fortsetzung ihrer Politik werde sich schließlich die Mehrheit der Arbeiter direkt der KPD zuwenden, der Kampf um die Aktionseinheit mit den anderen Arbeiterorganisationen sei daher nicht so sehr nötig.

Der Aufschwung der antifaschistischen Bewegung unter Führung der KPD hielt jedoch mit der schnellen Entwicklung des Faschismus nicht Schritt. Das wurde im Winter 1931/1932 deutlich sichtbar. Um die Partei zu befähigen, die Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie und Politik und mit der verstärkten antikommunistischen Hetze wirksamer führen und die Aktionseinheit der Arbeiterklasse rascher herstellen zu können, leitete das Zentralkomitee der KPD Ende des Jahres 1931 eine ideologische Offensive ein. Mehrere Aufsätze Ernst Thälmanns und anderer führender Funktionäre in der theoretischen Zeitschrift der KPD, der „Internationale", und in ihrem Zentralorgan, der „Roten Fahne", sowie offizielle Artikel und Beschlüsse der Parteiführung dienten der weiteren Klärung der nationalen Frage, der Rolle des Faschismus, der Bündnispolitik, des Verhältnisses zur Sozialdemokratie und anderer Probleme in der Partei. Diese ideologische Offensive sollte alle Parteiorganisationen befähigen, auf schwierige Situationen richtig zu reagieren und im Sinne des nationalen und sozialen Befreiungsprogramms mit größerer Durchschlagkraft zu handeln. Gegenstand der ideologischen Offensive war daher die politische Linie der Partei und die Methode ihrer Durchführung. Die ideologische Offensive war darauf gerichtet, in der gesamten Partei und darüber hinaus in der Arbeiterklasse und in weiteren Volksschichten Klarheit zu schaffen über die Perspektive der Nation und über die Verantwortung und die konkreten Aufgaben der KPD im Kampf der

Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die Faschisierung Deutschlands.

Im Rahmen dieser ideologischen Offensive wurde der Faschisierungsprozeß exakter eingeschätzt, seine Vielgestaltigkeit stärker herausgearbeitet und zugleich die Rolle der Hitlerfaschisten mehr betont. Im Zusammenhang mit der These vom „kleineren Übel" setzte man sich mit der bei einigen führenden Sozialdemokraten aufgetauchten gefährlichen Auffassung auseinander, daß man die Nazis ruhig „'ranlassen" könne, sie würden schon „abwirtschaften". Auch mit der Unterschätzung der Nazibewegung durch Heinz Neumann und mit seiner abenteuerlichen Ansicht, die faschistische Diktatur sei halb so schlimm, um so sicherer komme nach ihr die proletarische Revolution, beschäftigte man sich jetzt kritischer. Die ideologische Auseinandersetzung mit der Nazidemagogie wurde verstärkt. Der Sozialdemokratie gegenüber orientierte Ernst Thälmann auf die Überzeugung der sozialdemokratischen Arbeiter „durch kameradschaftliche Aufklärung und ihre eigenen Erfahrungen im gemeinsamen Kampf" und wies sektiererisches „lautes Geschrei und Geschimpfe" zurück.[62]

Die ideologische Offensive half den Parteiorganisationen, die entscheidende Bedeutung der Teilkämpfe um die gemeinsamen elementaren Interessen der Arbeiter und der anderen Werktätigen besser zu erfassen.

Einige politische und taktische Fragen konnten von der KPD auch in der Zeit dieser ideologischen Offensive noch nicht geklärt werden. So wurde die Sozialdemokratie, die ihren großen Einfluß in der Arbeiterklasse nicht zum Kampf gegen Faschismus und Monopolkapital ausnutzte, sondern weiterhin auf der Tolerierungspolitik beharrte, nach wie vor als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bezeichnet. Allerdings wurde in Formulierungen, die Sozialdemokratie sei die Hauptstütze der Bourgeoisie nur in der Arbeiterklasse, denn darüber hinaus stütze sich die Bourgeoisie auf die Nazibewegung, das Bemühen deutlich, zu einer treffenderen Einschätzung zu kommen. Die KPD überwand auch noch nicht die schematische Einengung der Einheitsfrontpolitik auf die Einheitsfront nur „von unten", die sich in der Geschichte der Partei schon mehrmals als Hindernis für die Verwirklichung der Einheitsfront erwiesen hatte. Zudem wurde die Einheitsfront „von unten"

62 Ernst Thälmann: Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung. In: Die Internationale (Berlin), 1931, H. 11/12, S. 490.

teilweise darauf beschränkt, sozialdemokratische Arbeiter für die KPD zu gewinnen. Es wurde nicht erkannt, daß die starre Ablehnung der Einheitsfront auch „von oben" – das heißt mit der SPD *als Partei,* ihren Bezirksparteiorganisationen usw. – und von Verhandlungen zwischen den Leitungen beider Arbeiterparteien die Einheitsfrontpolitik in den Augen der Sozialdemokraten von vornherein diskreditierte. Außerdem wurde eine gewisse Unterschätzung der demokratischen Kampfaufgaben und des Gegensatzes zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie noch nicht überwunden. Die linken Sozialdemokraten wurden, nicht zuletzt unter dem Eindruck des Entstehens der Sozialistischen Arbeiterpartei, weiter als besonders gefährliche Opportunisten angesehen. In diesen theoretischen Schwächen widerspiegelten sich dogmatisch enge Thesen des XI. Plenums des EKKI, die in der ideologischen Offensive eine Rolle spielten und die Klärung der aktuellen politischen Aufgaben erschwerten. Auch der im Dezember 1931 in Deutschland veröffentlichte Brief J. W. Stalins „Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus" an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija" unterstützte sektiererische Ansichten, besonders über die Sozialdemokratie und ihren linken Flügel.

Im Verlauf der ideologischen Offensive konnten in der Partei eine Reihe dogmatischer und sektiererischer Auffassungen von der Einheitsfrontpolitik und vom Verhältnis zur Sozialdemokratie überwunden werden. Derartige Ansichten kamen am deutlichsten im Auftreten der Neumann-Gruppe zum Ausdruck. Die sektiererische Plattform dieser Gruppe richtete sich gegen die Generallinie der KPD, die im Programm zur nationalen und sozialen Befreiung und in den Dokumenten der folgenden Plenartagungen des Zentralkomitees niedergelegt worden war. Die Neumann-Gruppe widersetzte sich der Überprüfung überholter Losungen und der kritischen Einschätzung der Arbeit der Partei und wurde so zum Zentrum aller rückständigen und die Partei hemmenden, ihre Arbeit unter den Werktätigen behindernden sektiererischen Ansichten.

Außer von dem Wortführer dieser Gruppe, dem Chefredakteur des Zentralorgans der Partei, Mitglied des Sekretariats und Kandidaten des Politbüros des Zentralkomitees, Heinz Neumann, wurden diese Auffassungen auch von den Mitgliedern des Politbüros Leo Flieg und Hermann Remmele, von den Mitgliedern des Zentralkomitees Kurt Müller und Willi Münzenberg und anderen unter ihrem Einfluß stehenden Funktionären vertreten. Leo Flieg war als Sekretariatsmitglied der

langjährige Leiter des Apparates des Zentralkomitees, Hermann Remmele gehörte ebenfalls dem Sekretariat an. Der von Heinz Neumann geförderte Kurt Müller war Vorsitzender des Zentralkomitees des KJVD gewesen und hatte inzwischen eine führende Funktion im Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale übernommen, übte aber nach wie vor maßgeblichen Einfluß auf den KJVD aus. Willi Münzenberg, seit Jahren Sekretär der Internationalen Arbeiterhilfe, hatte großen Einfluß auf die Presse der Partei. Diese Gruppe stand in entscheidenden Fragen der Strategie und Taktik der KPD auf linksopportunistischen Positionen, die von einigen fehlerhaften Festlegungen in Beschlüssen der Kommunistischen Internationale und der KPD begünstigt wurden. Heinz Neumann war zu dieser Zeit der Ansicht, der „revolutionärste Winter" 1931 1932 werde die Massen spontan in Bewegung setzen und die entscheidenden Kämpfe bringen; wirtschaftliche und politische Teilkämpfe seien für die Erhöhung des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der Massen also nicht sonderlich bedeutsam. Neumann setzte den Losungen der Partei, die darauf gerichtet waren, eine breite Front antifaschistischer Werktätiger zu schaffen, seine enge Losung von der „roten Arbeiterfront" entgegen.

Um ihre dogmatische und abenteuerliche ultralinke Konzeption durchzusetzen, betrieb die Neumann-Gruppe Fraktionsarbeit innerhalb der Partei. Heinz Neumann war bestrebt, den marxistisch-leninistischen Kern der Parteiführung mit Ernst Thälmann als Vorsitzendem zu verdrängen und die Führung der KPD an sich zu reißen.

Im Politbüro des Zentralkomitees bekämpften Ernst Thälmann und Walter Ulbricht – unterstützt von Wilhelm Pieck als Vertreter der KPD beim EKKI – konsequent das gefährliche Sektierertum dieser Gruppe, die die Einheit der Partei gerade in dem Moment gefährdete, als die zugespitzte Situation des Klassenkampfes höchste Geschlossenheit in den Reihen der Partei verlangte.

Mit der ideologischen Offensive wurden die Auffassungen der Neumann-Gruppe direkt angegriffen. Ernst Thälmanns Artikel „Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung" in der „Internationale" trug zum erstenmal die Auseinandersetzung mit Heinz Neumanns Positionen über die Diskussion einzelner Fragen hinaus.

Die sektiererischen Auffassungen der Neumann-Gruppe wurden durch die Entwicklung und Verbreiterung der revolutionären Massenarbeit der KPD widerlegt und nach und nach zurückgedrängt. Die

KPD vermochte es immer besser, über die Arbeiterklasse hinaus auch andere Werktätige an den Kampf gegen die faschistische Gefahr und gegen die Offensive des Finanzkapitals heranzuführen.

So standen die kommunistischen Arbeiter bei den Aktionen der verarmenden Klein- und Mittelbauern an der Seite der werktätigen Bauernschaft. Sie halfen, Bauernkomitees zu schaffen und Zwangsversteigerungen zu verhindern. Während der Vorbereitung des Reichsbauernkongresses, der auf der Fuldaer Konferenz oppositioneller Vertreter der Bauernverbände angeregt worden war, zeigte sich deutlich, welche große Wirkung das Bauernhilfsprogramm der KPD auf die werktätige Bauernschaft auszuüben begann.

Der erste Deutsche Bauernkongreß am 23. und 24. Januar 1932 in Berlin fand – obwohl von den 145 Delegierten nur 14 Mitglieder der KPD waren – bereits unter der Führung der KPD statt. Die Delegierten waren von 3200 Vertretern der Dorfbevölkerung auf mehr als 100 Gebiets- und Bezirkskongressen gewählt worden. Am Deutschen Bauernkongreß nahmen Vertreter dänischer, holländischer, irischer, italienischer und ungarischer Bauernorganisationen teil. Ernst Putz begrüßte den Kongreß im Namen der KPD. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Referate Bodo Uhses, der zum Thema „Der Kampf der Bauern um ihre Existenz und seine Bedeutung für die nationale und soziale Befreiung Deutschlands" sprach, und Bruno von Salomons. In der vom Kongreß angenommenen Kundgebung hieß es, daß die Nation heute nur noch von den unterdrückten Millionen Arbeitern und Bauern verkörpert werde. Ihr Kampf sei der einzige ehrliche nationale Kampf. Die bäuerliche Auflehnung müsse deshalb als soziale und nationale Pflicht betrachtet werden. Die unsagbaren Leiden der Bauern und Arbeiter in den Ländern der faschistischen Diktatur und die wachsende faschistische Gefahr in Deutschland sah der Kongreß als Mahnung an, den Kampf gegen den Faschismus an der Seite der revolutionären Arbeiterschaft mit größter Entschlossenheit zu führen.

Die Delegierten des Kongresses riefen dazu auf, Bauernkomitees zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung auf dem Lande zu bilden. Die Kongreßteilnehmer verpflichteten sich, bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl die Kandidatur Ernst Thälmanns zu unterstützen. So entwickelten sich auf der Grundlage des Bauernhilfsprogramms unter Führung der Arbeiterklasse in Deutschland Anfänge einer Bauernbewegung gegen Junkertum, Monopolkapital und Faschismus.

Seit 1930 nahm auch die Arbeit der KPD unter den Angestellten und Beamten einen Aufschwung. Die Krise und die Notverordnungspolitik trafen die 4 Millionen Angestellten und die 1,5 Millionen Beamten sehr hart. Bis Ende 1931 gab es schon 430 000 erwerbslose Angestellte. Bis Ende 1932 stieg diese Zahl auf 520 000 an. Den Beamten, besonders denen der unteren Besoldungsgruppen, wurden durch Notverordnungen im Jahre 1931 zwanzig Prozent ihres Gehalts genommen. Hinzu kamen Zwangspensionierungen, Kürzung der Pensionen, Kurzarbeitsabkommen, zwangsweise Rückversetzungen in niedrigere Gehaltsstufen und Entlassungen. Das nahm die KPD zum Anlaß, am 4. September 1931 auf einer Kundgebung in Berlin von Ernst Torgler ihr Angestellten- und Beamtenprogramm verkünden zu lassen.

Unter den Handwerkern und Kleingewerbetreibenden gewann die Kampfgemeinschaft der Kleingewerbetreibenden und freien Berufe Einfluß, die im Juli 1931 auf Initiative der KPD gegründet worden war. Auf der Gründungsversammlung wurden der Anspruch jedes ruinierten Kleingewerbetreibenden auf Arbeitslosenunterstützung und die Steuerfreiheit für Kleineinkommen gefordert. In den drei Krisenjahren gab es allein nach der amtlichen Statistik 49 000 Konkurse, von denen 15 000 mangels Masse abgewiesen werden mußten. Charakteristisch für den Ruin der städtischen Mittelschichten war, daß immer mehr Häuser und Grundstücke zwangsversteigert wurden.

Es gelang der KPD auch, ihren Einfluß in intellektuellen Kreisen zu erweitern. Die Partei ging in ihrer Haltung gegenüber der Intelligenz davon aus, daß diese zwar unter dem Einfluß der Bourgeoisie stand und daß die meisten Intellektuellen durch ihre soziale Herkunft, ihren Bildungsgang, ihre Lebenshaltung und durch ihre materiellen Interessen an die Bourgeoisie gebunden waren, daß andererseits aber viele von ihnen immer mehr in Widerspruch zum antihumanistischen Charakter des Imperialismus gerieten.

Zahlreiche Angehörige der Intelligenz sahen im Strudel der Krise, der Arbeitslosigkeit und der Massensteuern rasch die Grundlagen ihrer gehobenen Lebenshaltung schwinden. Die Geißel der Arbeitslosigkeit traf auch die bevorzugte Schicht der vom Imperialismus in Lohnarbeiter verwandelten Wissenschaftler, Künstler und anderen geistigen Arbeiter. Der Lebensstandard von Lehrern, Ingenieuren, Ärzten, Rechtsanwälten, Schriftstellern und Künstlern sank. Ein Viertel der Akademiker war ohne Stellung. Absolventen der Hoch- und Fachschulen fanden in zunehmendem Maße in ihrem Beruf keine Arbeit. Die Hono-

rare für Ärzte und Rechtsanwälte verminderten sich so, daß im Jahre 1932 etwa 70 Prozent der deutschen Ärzte monatlich weniger als 170 RM verdienten.

Diese unmittelbar spürbaren Folgen der Krise erschütterten die politische Position großer Teile der Intelligenz. Die Krise zerstörte ihre Illusionen von einer neuen Jugend des Kapitalismus und von dessen unerschütterlicher Stabilität oder von einer allmählichen Umformung der Gesellschaft nach den reformistischen Theorien. Wie die ökonomische Lage, so gerieten auch die Auffassungen von einem unpolitischen Platz der Intelligenz und von der Kunst um der Kunst und der Wissenschaft um der Wissenschaft willen ins Wanken. Die Beeinträchtigung ihrer Lebenslage und der härter werdende Existenzkampf, die allgemeine politische und ideologische Krise des bestehenden Systems und im besonderen die geistige Krise im Lebens- und Arbeitsbereich der Intelligenz machte Teile dieser Schicht anfällig für faschistische Theorien. Die von wildem Chauvinismus und von Rassenwahn geprägte faschistische Ideologie im Bereich der Kultur und Kunst – „Blut-und-Boden"-Mystik, die Behauptung von einer geistig-kulturellen, dem Verstand nicht zugänglichen, nur mystisch erfühlbaren, vom Blute bedingten Überlegenheit der „nordischen Rasse" und andere – drang in manche Kreise der Intelligenz ein. Der nazistische Kampfbund für deutsche Kultur, der eine „arteigene" Kulturbarbarei gegen alle liberalen, humanistischen, demokratischen und erst recht sozialistischen Traditionen verfocht, fand selbst unter Hochschulprofessoren Anhang. Mit dem Schlagwort vom „Kulturbolschewismus" wurden alle fortschrittlichen Züge im geistigen Leben der Nation verleumdet. Der thüringische Innen- und Volksbildungsminister Wilhelm Frick praktizierte die Kulturbarbarei der Nazis, indem er Bilder mit gesellschaftskritischer Aussage aus der Weimarer Galerie entfernen ließ.

Angesichts der immer stärkeren Faschisierung des kulturellen und geistigen Lebens begriffen die besten Vertreter der deutschen Intelligenz, daß mit der Aufrichtung der faschistischen Diktatur den Errungenschaften der deutschen Kultur Gefahr, ja Vernichtung drohte. Die Diskreditierung fortschrittlichen Denkens, die zügellosen nazistischen Exzesse an deutschen Hochschulen und die zunehmende polizeiliche und gerichtliche Verfolgung nicht nur von Kommunisten, sondern auch von bürgerlichen Antimilitaristen und Demokraten, ließen ahnen, was von einem Sieg des faschistischen Ungeistes zu erwarten war.

Bedeutende bürgerliche Realisten, wie Heinrich und Thomas Mann,

warnten in Essays und Reden vor den gefährlichen Entwicklungstendenzen. Thomas Mann, der in seinem großen Roman „Der Zauberberg" bereits 1925 ein Spiegelbild der brüchigen bürgerlichen Ideologie gezeigt hatte, bejahte in seiner Novelle „Mario und der Zauberer" den kämpferischen Humanismus. Lion Feuchtwanger wählte die Gefahr des wachsenden Faschismus in Bayern zum Grundthema seines eindringlichen Romans „Erfolg", mit dem er an seine Zeitgenossen appellierte, der Vernunft zum Siege zu verhelfen. Arnold Zweig hatte in seinem zur Weltberühmtheit gelangenden Roman „Der Streit um den Sergeanten Grischa" den unmenschlichen Repräsentanten des deutschen Militarismus die einfache Menschlichkeit des russischen Soldaten und ihre Ausstrahlung auf deutsche Arbeiter gegenübergestellt.

Fortgeschrittene Vertreter der deutschen künstlerischen Intelligenz forderten die Zusammenarbeit von revolutionärer Arbeiterbewegung und bürgerlichen Demokraten. Sie näherten sich zumindest teilweise dem Standpunkt der Arbeiterklasse. Kurt Tucholsky, der 1929 in seinem Buch „Deutschland, Deutschland über alles" die reaktionäre Entwicklung in der Weimarer Republik erbarmungslos angegriffen hatte, schrieb Gedichte für die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung" und scharfe antifaschistische Verse. Carl von Ossietzky, der Herausgeber der Zeitschrift „Die Weltbühne", verstärkte seinen mutigen Kampf gegen Militarismus und Faschisierung.

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise verbanden sich namhafte fortschrittliche Intellektuelle fest mit den Zielen und der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. Die Trägerin des Kleist-Preises Anna Seghers und der durch seinen Roman „Krieg" bekannt gewordene Schriftsteller Ludwig Renn wurden Mitglieder der KPD und des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Der durch seine „Dreigroschenoper" berühmte Bertolt Brecht schrieb sozialistisch-realistische Dramen und Gedichte und – gemeinsam mit dem Komponisten Hanns Eisler – weit verbreitete Arbeiterkampflieder, wie das Solidaritätslied:

Vorwärts, und nicht vergessen
Worin unsere Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen
Vorwärts, nie vergessen
Die Solidarität![63]

[63] Bertolt Brecht: Hundert Gedichte. 1918–1950, Berlin 1961, S. 249.

Junge Arbeiterschriftsteller legten ihre ersten Arbeiten vor. In diesen Jahren erreichte die proletarisch-revolutionäre Literatur nach Umfang und Qualität eine höhere Stufe. Ihr Beitrag zur Nationalliteratur war gewichtig. Er lag in dem neuen Menschenbild, in der Gestaltung des proletarischen Kämpfers als des wahren Helden der Zeit und des Bürgen der menschlichen Zukunft, wie er in Gedichten von Johannes R. Becher – zum Beispiel „Der an den Schlaf der Welt rührt – Lenin" –, Bertolt Brecht, Emil Ginkel, Erich Weinert, Max Zimmering und anderen zu finden war, sowie in Romanen, Erzählungen und Dramen, die das Reifen des Ausgebeuteten zum Revolutionär zeigten, so in Bertolt Brechts „Die Maßnahme" und „Die Mutter", Willi Bredels „Rosenhofstraße", Klaus Neukrantz' „Barrikaden am Wedding", Anna Seghers' „Auf dem Wege zur amerikanischen Botschaft" und „Die Gefährten", Friedrich Wolfs „Tai Yang erwacht" und „Matrosen von Cattaro" und vielen anderen Werken.

Die proletarisch-revolutionären Schriftsteller griffen national bedeutsame Themen auf, behandelten sie vom Standpunkt der fortgeschrittensten Klasse und deuteten den Weg zur Lösung der zentralen gesellschaftlichen Konflikte an. Geschichtliche Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse wurden als Lehrbeispiele für den politischen Kampf gewählt – wie in Hans Marchwitzas „Sturm auf Essen" und Adam Scharrers „Vaterlandslose Gesellen". In Rudolf Braunes „Das Mädchen an der Orga Privat", Willi Bredels „Maschinenfabrik N & K", Gustav von Wangenheims „Die Mausefalle", Friedrich Wolfs „Cyankali" und anderen Arbeiten erhielten proletarische Alltagsschicksale beispielhafte Bedeutung als individueller Ausdruck der großen gesellschaftlichen Vorgänge. Johannes R. Becher besang in seiner großangelegten epischen Dichtung „Der große Plan" den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion im ersten Fünfjahrplan. Auch in den Reportagen von Egon Erwin Kisch, Ludwig Renn, Franz Carl Weiskopf und anderen wurde mit künstlerischen Mitteln die Wahrheit über das Sowjetland gestaltet. Trotz Verbot und Unterdrückung fand diese Literatur ein ständig wachsendes Publikum. Sie wurde zu einer wichtigen Quelle für die Herausbildung der sozialistischen Nationalliteratur in Deutschland.

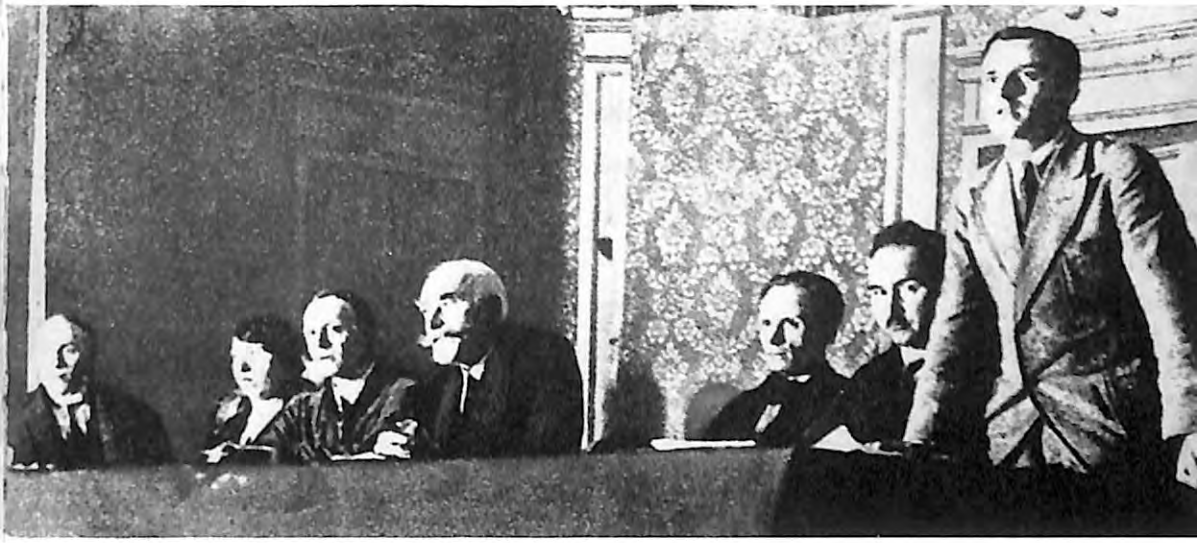
Im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands bahnte sich mit der Wendung zur literarischen Massenorganisation ein neues Verhältnis zu sympathisierenden fortschrittlichen bürgerlichen Schriftstellern an. Engstirnige Polemiken wurden mit Hilfe des Zentralkomitees der KPD und der Internationalen Vereinigung Revolu-

tionärer Schriftsteller überwunden. Auf dem II. Internationalen Kongreß der Vereinigung, der im November 1930 in Charkow stattfand, spielte der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands als bedeutendste literarische Organisation der revolutionären Arbeiterklasse außerhalb der Sowjetunion eine große Rolle. Die theoretischen Diskussionen wandten sich in zunehmendem Maße Fragen der künstlerischen Gestaltung und dem Realismus-Begriff zu. Sie trugen zur Verbreitung und Festigung marxistischer Auffassungen in der Ästhetik und Literaturtheorie bei.

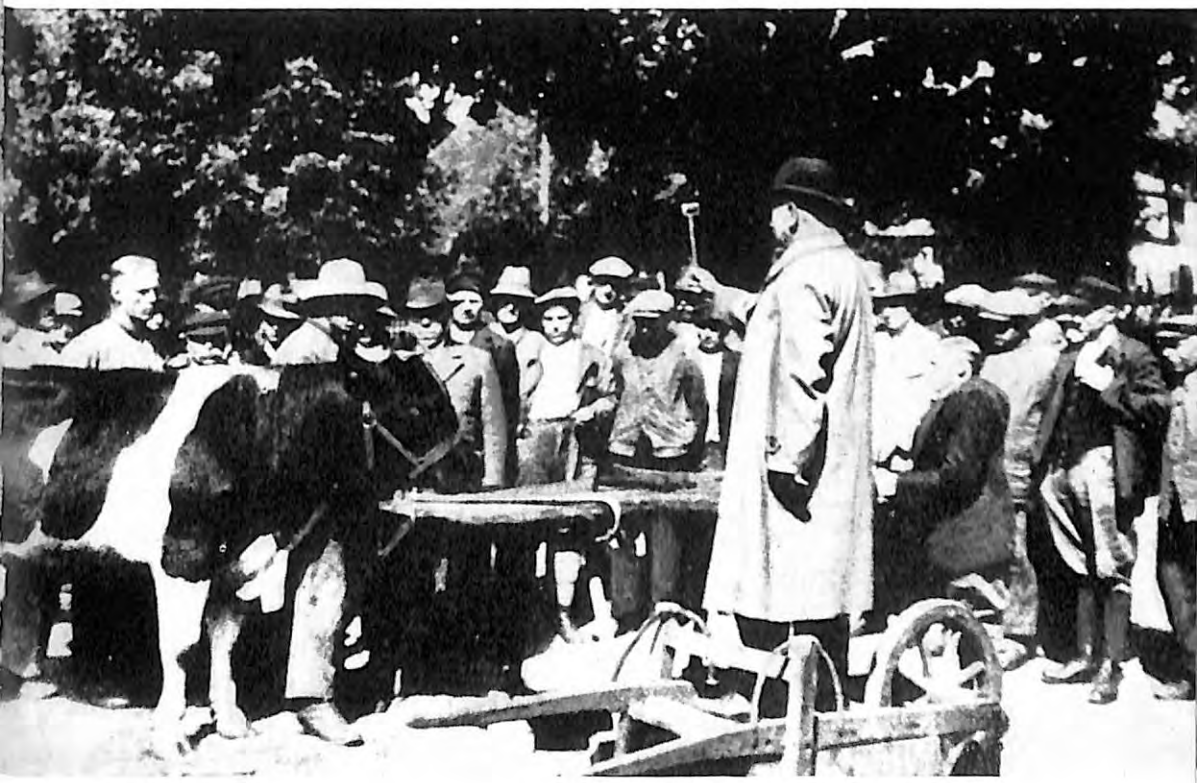
Auch die Assoziation revolutionärer bildender Künstler überwand sektiererische Engstirnigkeit und erzielte im Reichsverband bildender Künstler Erfolge. Die Reichskonferenz der Assoziation im November 1931 – seitdem nannte sie sich Bund revolutionärer bildender Künstler – gab der proletarisch-revolutionären Kunst kräftige Impulse. Auf zahlreichen Ausstellungen demonstrierten die revolutionären Künstler die große Kraft ihrer Kunst. Ihr Streben nach enger Verbundenheit mit der Arbeiterklasse verlangte, daß sie sich um eine realistische Formensprache bemühten, wie das zum Beispiel in den Bildern Otto Nagels zum Ausdruck kam. Das übte eine starke Anziehungskraft aus, so daß sich der Zustrom neuer künstlerischer Kräfte zum Bund verstärkte. Gegen Ende des Jahres 1932 zählte er mehrere hundert Mitglieder.

In derselben Zeit entstanden zahlreiche der kämpferischen Fotomontagen John Heartfields. Slatan Dudow drehte den ersten deutschen proletarischen Spielfilm „Kuhle Wampe" mit dem „Sänger der Revolution", Ernst Busch. Andere Filme, vor allem „Mutter Krausens Fahrt ins Glück", folgten. Kommunistische Schriftsteller, wie Georg Pijet und Friedrich Wolf, schrieben vielbeachtete Hörspiele.

Von großer Bedeutung waren die Agitpropgruppen: das von Maxim Vallentin geleitete „Rote Sprachrohr", die „Kolonne Links", der „Rote Wedding", die „Blauen Blusen" aus Köln, die „Nieter" aus Hamburg, der „Spieltrupp Südwest" aus Stuttgart, die „Roten Schmiede" aus Halle und andere Gruppen, die im revolutionären Berufstheater – „Truppe 31" – eine wichtige Ergänzung fanden. Bertolt Brecht, Slang (Fritz Hampel), Hans Marchwitza, Gustav von Wangenheim, Friedrich Wolf und andere gaben den Agitpropgruppen Unterstützung. Die Agitpropgruppen waren zu einem unentbehrlichen Instrument der politischen Massenarbeit der KPD geworden. Sie traten in den Wahlkämpfen häufig auf, ebenso bei den großen Streiks und mit besonderen Programmen über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion.



Bodo Uhse spricht auf dem 1. Deutschen Reichsbauernkongreß in Berlin, 23./24. Januar 1932



Zwangsversteigerung



Eine Seite des Programmheftes
zu „Kuhle Wampe“

„Truppe 1931“ unter Leitung Gustav von Wangenheims
mit einer Szene aus dem Zeitstück „Die Mausefalle“, 1932





KPD



SPD



Antifaschistische Aktion



Kommunistischer Jugendverband Deutschlands



Sozialistische Arbeiterjugend



Internationale Arbeiterhilfe



Roter Frontkämpferbund



Reichsbanner



Kampfbund gegen den Faschismus



Revolutionäre Gewerkschaftsopposition



Rote Hilfe Deutschlands

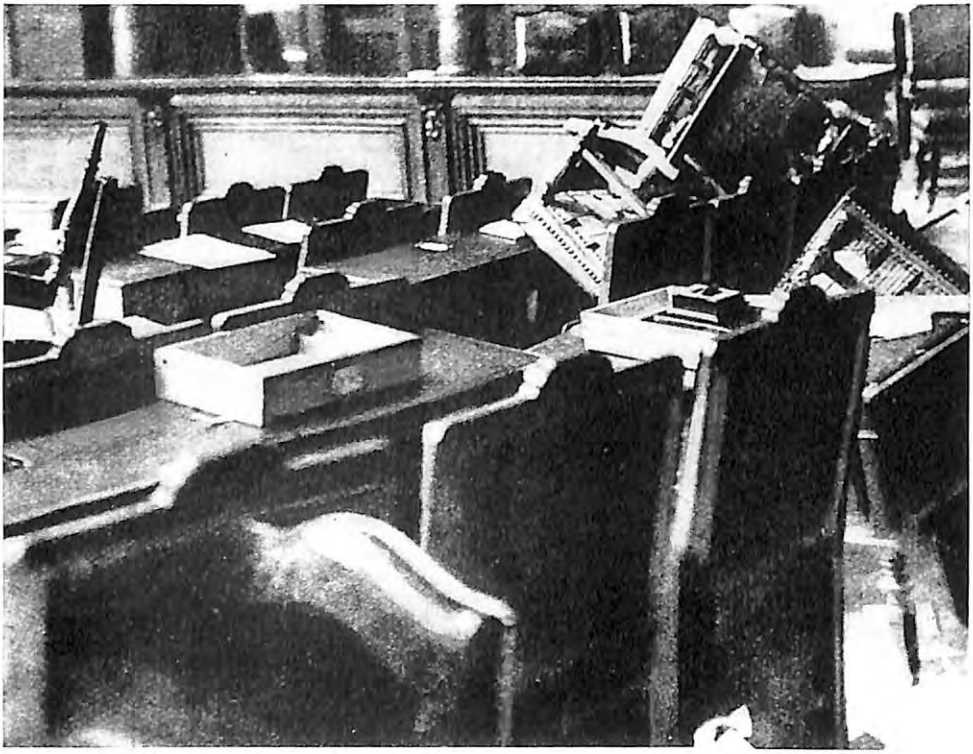


Arbeitersportverein Fichte

Abzeichen der Arbeiterbewegung



Mitglieder der Hammerschaften in der gemeinsamen Demonstration der KPD, der SPD und des Reichsbanners in Bernau, 1. Mai 1932



Der Sitzungssaal des preußischen Landtags nach dem Überfall der Nazis auf die kommunistischen Abgeordneten, 25. Mai 1932



Wilhelm Pieck auf einer antifaschistischen Kundgebung in Magdeburg, 10. Juli 1932



Umschlagseite einer Broschüre der Antifaschistischen Aktion



Polizei und SA unmittelbar nach dem Überfall auf das Gebäude des „Vorwärts" in Berlin. Keiner der am Überfall beteiligten SA-Leute wird festgenommen, 25. Juni 1932



Mitglieder der SPD und des Reichsbanners auf dem Reichseinheitskongreß der Antifaschistischen Aktion in Berlin, unter ihnen Walter Ulbricht (am Ende des Tisches stehend), 10. Juli 1932



Kundgebung
der Antifaschistischen Aktion
im Berliner Lustgarten,
3. Juli 1932



Kundgebung der Antifaschistischen Aktion auf dem Rudolf-Wilde-Platz, Juli 1932

Als Dachorganisation der verschiedenen fortschrittlichen kulturpolitischen Organisationen war im Oktober 1929 die Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur (IfA) gebildet worden. Sie umfaßte eine Vielzahl fortschrittlicher kulturpolitischer Organisationen und linkseingestellter Gruppen von Kulturschaffenden; unter anderen gehörten ihr an: der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, die Assoziation revolutionärer bildender Künstler, der Arbeiter-Theater-Bund, die Opposition im Verband proletarischer Freidenker und in der Volksbühnenbewegung, der Arbeiter-Radiobund, der Volksverband für Filmkunst, die Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger und andere Arbeiter-Musikvereine, der Bund entschiedener Schulreformer, ferner Elternbeiratsorganisationen, der Arbeiter-Fotografenbund, Studentengruppen, Buchgemeinschaften, Agitpropgruppen und einige Ensembles von Berufsschauspielern. Im Februar 1930 veranstaltete die IfA erstmals eine große Ausstellung am Potsdamer Platz in Berlin, die die Breite und Vielfalt der Arbeiterkulturbewegung zeigen, die bürgerliche Kulturreaktion entlarven und neue Kämpfer für die proletarische Kulturarbeit gewinnen sollte. Diese Ausstellung – IfA-Schau genannt – war eine bedeutsame kollektive Leistung der in den proletarischen Kulturorganisationen zusammengefaßten fortschrittlichen Kräfte. In der Folgezeit entstanden in vielen Städten Ausschüsse der Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur.

Eine wichtige Aufgabe der IfA waren gemeinsame Protestaktionen gegen den zunehmenden Terror und die Verfolgung von fortschrittlichen Kulturschaffenden. Namhafte Künstler und Schriftsteller waren wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt, so Johannes R. Becher, Paul Körner-Schrader, Ludwig Renn, Erich Weinert und andere. Wegen „Gotteslästerung" standen zum Beispiel Wieland Herzfelde, wegen anderer Verstöße gegen die Gesetze und Verordnungen des kapitalistischen Staates Maxim Vallentin, Friedrich Wolf und viele Redakteure der kommunistischen Presse vor Gericht. Im Februar 1930 befanden sich gleichzeitig 25 kommunistische Redakteure in Haft. Gegen diese Terrormaßnahmen wurden öffentliche Protestaktionen der IfA organisiert, oft in Zusammenarbeit mit progressiven bürgerlichen Intellektuellen. Im Jahre 1932 führte die IfA mit dem im Sommer 1932 gebildeten, in Berlin wirkenden Linkskartell der Geistesarbeiter und freien Berufe die proletarischen Kulturorganisationen im Rahmen der Antifaschistischen Aktion zum einheitlichen Vorgehen.

Auch namhafte Wissenschaftler, wie Alfons Goldschmidt und Julius

Schaxel, nahmen mit ihrer Arbeit am antifaschistischen Kampf und am Klassenkampf der Arbeiterklasse teil. Unter den Studenten machte sich die politische Wirksamkeit der KPD ebenfalls stärker bemerkbar. 1929 war der Reichsverband Freisozialistischer Studenten (RFS) gebildet worden, der die schon vorher bestehenden roten Studentengruppen zusammenfaßte. An den meisten deutschen Universitäten und Hochschulen bestanden Gruppen des RFS. Eine der stärksten war die Berliner Gruppe mit 350 Mitgliedern. Sie veranstaltete 1931 im Wedding die erste „Proletarische Bauausstellung". Der Einfluß der Studentengruppe am „Bauhaus" wurde so stark, daß eine Reihe kommunistischer Studenten und auch Professoren auf Betreiben der bürgerlichen Reaktion gemaßregelt wurde. Der Reichsverband führte einen energischen Kampf gegen die Umtriebe der Nazis an den Universitäten, gegen antisemitische, militaristische und revanchistische Ausschreitungen und gegen das reaktionäre Korpsstudentenunwesen. Er trat der Pogromhetze entgegen, der viele demokratisch gesinnte Professoren ausgesetzt waren. Es gelang ihm, seinen Einfluß besonders unter den sozialdemokratischen Studenten zu vertiefen.

Wichtige politisch-ideologische Arbeit für die Zurückdrängung des Antikommunismus leistete der Bund der Freunde der Sowjetunion. Er informierte mit Wanderausstellungen und Vorträgen viele Menschen wahrheitsgemäß über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Seine Veranstaltungen machten mit dem Bau von Dneprostroi und der Bahnlinie von Mittelasien nach Sibirien, der berühmten Turksib, bekannt. Eines der Themen war die Rettung der italienischen Nobile-Expedition durch den sowjetischen Eisbrecher „Krassin". 1930 zeigte der Bund in Berlin, im Ruhrgebiet und in anderen Teilen Deutschlands eine Ausstellung über den ersten Fünfjahrplan. Ihr Erfolg bewog den Bund, im folgenden Jahr eine neue Wanderausstellung durchzuführen. Der Bund der Freunde der Sowjetunion organisierte das Abhören von Radioübertragungen des Moskauer Senders in deutscher Sprache.

Die KPD nutzte alle Möglichkeiten, um auch die Arbeitersportorganisationen, die proletarische Freidenkerbewegung, die verschiedenen Interessengemeinschaften – so den Kampfbund gegen Kulturreaktion, die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Arso) mit ihren Untergliederungen – und andere Organisationen und Verbände in den nationalen Kampf gegen Finanzkapital und drohenden Faschismus einzubeziehen.

Die Breitenwirkung der politischen Massenarbeit wurde allerdings durch die Spaltung der Arbeiterbewegung behindert, die sich mitunter bis zur organisatorischen Trennung vertieft hatte, so zum Beispiel in der Freidenkerbewegung. Dasselbe war in der Arbeitersportbewegung geschehen. Daraufhin bildeten die bis dahin in einer losen Interessengemeinschaft zusammengefaßten, unter revolutionärer Führung stehenden Vereine auf dem Reichskongreß und Reichstreffen der revolutionären deutschen Arbeitersportler im Juni 1930 in Erfurt die Kampfgemeinschaft für die rote Einheit im Arbeitersport. Der stärkste dieser revolutionären Arbeitersportvereine war der Berliner Verein Fichte, der im Januar des folgenden Jahres aus dem Zusammenschluß verschiedener kleinerer Vereine und Gruppen entstand und etwa 25 000 Arbeitersportler umfaßte.

Die äußerste Zuspitzung der politischen Krise in Deutschland. Das Ringen der KPD um die Entwicklung einer antifaschistischen Einheitsfront. Der Kampf zur Verhinderung der faschistischen Diktatur im Zeichen der Antifaschistischen Aktion (Februar 1932 bis Januar 1933)

1. Die Entfaltung des Kampfes der KPD um die Einheitsfront gegen das rasche Anwachsen der faschistischen Gefahr im Frühjahr 1932

Im Frühjahr 1932 wurde immer deutlicher, daß sich der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und allen demokratischen Kräften einerseits und den faschistischen Kräften andererseits seinem Höhepunkte näherte. Die Entscheidung der Frage reifte heran, welchen Weg Deutschland gehen werde – ob es gelingen werde, die Einheitsfront der Arbeiterorganisationen herzustellen, alle Antifaschisten um die Einheitsfront zu scharen und so die faschistischen Kräfte zurückzudrängen und schließlich zu zerschlagen, das heißt die in der Verfassung verbürgten demokratischen Rechte zu verteidigen, wiederherzustellen und zu erweitern, oder ob der Faschismus sich durchsetzen und Deutschland in einen neuen Krieg ziehen werde. Während sich aber die faschistischen Kräfte konsolidierten, wurden noch viele Arbeiter, die auf ihre

großen, in der Eisernen Front vereinten Organisationen vertrauten, in Untätigkeit gehalten und an der Herstellung der Aktionseinheit mit den Kommunisten gehindert. Außerdem drängten die antikommunistische Hetze aller bürgerlichen Parteien sowie der Terror des Staatsapparats und der Faschisten den Einfluß der KPD, der bis Herbst 1931 angewachsen war, zeitweilig erheblich zurück. So war es der KPD nicht gelungen, gegen die Brüningschen Notverordnungen vom Oktober und Dezember 1931 umfassendere Kampfaktionen einzuleiten. Erst im Januar 1932 kam es zu einer größeren Zahl kurzer Streiks. Unter anderen traten 2000 Arbeiter der AEG Hennigsdorf, die Belegschaft des Daimler-Benz-Werkes Sindelfingen, die Beschäftigten eines Textilbetriebes in Gronau und die Bergleute mehrerer Zechen im Ruhrgebiet in den Ausstand.

Das Zentralkomitee der KPD beschäftigte sich auf seiner Plenartagung vom 20. bis 23. Februar gründlich mit den Problemen der Abwehr der gewachsenen faschistischen Gefahr. In seinem Referat untersuchte Ernst Thälmann, wie die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse für den Kampf gegen die Hitlerfaschisten zu gewinnen sei.

Das ZK beschloß eine Deklaration „Gegen die Tributsklaverei des deutschen Volkes! Gegen Versailles und Young!" Die Deklaration bezeichnete die Vernichtung des Hitlerfaschismus als nationale Aufgabe, entlarvte erneut seine chauvinistische Demagogie und hob die Rolle der KPD als Vorkämpfer gegen das Versailler System hervor.

Die Tagung rief dazu auf, alle Versuche der Nazis, in den Betrieben und unter den Erwerbslosen Einfluß zu gewinnen, entschieden zu bekämpfen, und forderte die Verstärkung des antifaschistischen Massenselbstschutzes auf dem Boden der Einheitsfront. Das Zentralkomitee schätzte kritisch die Mängel in der Massenarbeit der Partei ein, die besonders bei der Organisierung des Widerstandes gegen die letzten Notverordnungen aufgetreten waren.

Die komplizierte Situation in Deutschland, die raffinierten Manöver der herrschenden Klasse, die faschistische Offensive und die fortgesetzte Ablehnung der Einheitsfront durch die Leitungen der SPD und des ADGB stellten die KPD vor eine sehr schwierige Aufgabe. Trotz des Kampfwillens großer Teile der Arbeiterklasse gelang es nur selten, Wirtschaftskämpfe auszulösen. Wie Wilhelm Pieck als Vertreter des EKKI auf der Tagung warnend erklärte, beschwor das die Gefahr herauf, daß die Partei und die Arbeiterklasse von den Faschisten ge-

schlagen werden könnten, bevor es gelungen sei, die Massen in den Kampf zu führen.

Das Zentralkomitee unterstrich deshalb die Notwendigkeit, die Einheitsfront der Arbeiterklasse, das einzige feste Bollwerk gegen den Faschismus, herzustellen. Es charakterisierte die Einheitsfrontpolitik als das entscheidende Kettenglied der proletarischen Politik in Deutschland. Die Tagung wandte sich gegen linksopportunistische Tendenzen, als sie feststellte: „Die Einheitsfrontpolitik darf nicht bloß politisch-agitatorisch, sondern muß unter klarer Voranstellung der proletarischen Klassenforderungen als eine Waffe der Mobilisierung der Massen zum Kampf angewandt werden."[64]

Auf der Tagung wurden Vorschläge zur elastischeren Gestaltung der Einheitsfrontpolitik gemacht. Sie zielten darauf ab, der Einheitsfront eine möglichst breite Basis zu geben, auch über den Rahmen von Arbeiterorganisationen hinaus. In manchen Vorschlägen wurde das Bestreben sichtbar, die Einengung der Einheitsfrontpolitik auf eine Einheitsfront nur „von unten" zu überwinden. So schlug zum Beispiel Fritz Selbmann vor, in kameradschaftlicher Diskussion die Vertrauensleute des ADGB zu gewinnen und an die Gewerkschaftsleitungen heranzutreten. Ernst Grube trat für die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern nicht nur der reformistisch geführten, sondern auch der bürgerlichen Sportverbände ein. Matthias Thesen verlangte, wirklich überparteiliche Einheitsfrontorgane zu schaffen. Auch andere Diskussionsredner unterbreiteten Vorschläge für eine breite Massenarbeit der Partei.

Als taktische Hauptaufgabe der Partei und nächstes Ziel im Kampf um die Einheitsfront bezeichnete die Februartagung die systematische Vorbereitung, Auslösung und Führung von Teilkämpfen in den Betrieben und selbst in Betriebsabteilungen gegen jede Erscheinung der Kapitaloffensive, des Notverordnungsregimes und des faschistischen Terrors. Ebenso wie Ernst Thälmann wiesen auch Franz Dahlem, Fritz Heckert und andere nach, daß der Schwerpunkt der Parteiarbeit in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen liegen müsse und daß die Partei von den Bedürfnissen und Forderungen der Arbeiter im jeweiligen Betrieb auszugehen habe. Walter Ulbricht kritisierte, daß die Betriebszellenarbeit noch immer nicht im Mittelpunkt des Parteilebens stehe.

Die Neumann-Gruppe aber vernachlässigte die Massenarbeit und

[64] Mitteilungen der KPD, Februar 1932, S. 22. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, D. Do. VIII/33/1.

rechtfertigte das mit der Behauptung, daß die Verschärfung der Wirtschaftskrise, die Steigerung des Massenelends und die rasche Zuspitzung der Klassengegensätze und politischen Konflikte zwangsläufig in kurzer Zeit zur Revolution führen würden. Solche Auffassungen der Spontaneität, der Passivität und des Abenteurertums wurden von der Tagung entschieden verurteilt. Das Zentralkomitee forderte vielmehr, alle Möglichkeiten zur Auslösung von Kampfaktionen in den Betrieben entschlossen auszunutzen und zu diesem Zweck die allgemeinen Losungen der Partei entsprechend den unterschiedlichen Bedingungen in den Betrieben zu konkretisieren und sie eng mit den betrieblichen Teilforderungen zu verbinden. Durch Teilkämpfe in den Betrieben und Betriebsabteilungen werde sich das Vertrauen der Arbeiter in ihre eigene Kraft und in die Führung durch die Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter entwickeln.

Durch die Beschlüsse der Februartagung erlitt die Neumann-Gruppe eine ideologische Niederlage. Zwar wurden in der Auseinandersetzung auf der Tagung Heinz Neumann und seine Anhänger noch nicht namentlich genannt, aber sie wagten es auch nicht, ihre Politik gegen die heftige Kritik Ernst Thälmanns wie auch Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts offen zu verteidigen.

Das ganze Ausmaß der Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis seit 1930 zeigte sich bei der Neuwahl des Reichspräsidenten und bei den Landtagswahlen in verschiedenen Ländern im Frühjahr 1932. Bei den Reichspräsidentenwahlen erhoben jene Kräfte des Finanzkapitals, die am ungeduldigsten nach einer gewaltsamen Abrechnung mit der Arbeiterbewegung und allen demokratischen Kräften strebten und der Meinung waren, daß mit der Errichtung der offenen, faschistischen Diktatur nicht länger gezögert werden dürfe, Adolf Hitler zu ihrem Kandidaten. Die braunschweigische Rechtsregierung ernannte Hitler, den Staatenlosen, zum Regierungsrat bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin, um ihm die deutsche Staatsbürgerschaft und damit das passive Wahlrecht zu verschaffen. Die Deutschnationalen und der Stahlhelm, die nicht geneigt waren, die führende Rolle der Nazis zu akzeptieren, nominierten den Führer des Stahlhelms, Theodor Duesterberg. Jene Kräfte, die für die Fortsetzung des Brüning-Kurses eintraten, einigten sich auf eine erneute Kandidatur Paul von Hindenburgs. Für Hindenburg erklärten sich vor allem die SPD[65] und die klerikalen Parteien.

[65] Dokument Nr. 85.

Die Führung der SPD fügte mit ihrem verhängnisvollen Entschluß, zur Wahl Paul von Hindenburgs aufzurufen, der Arbeiterklasse und der Nation schweren Schaden zu. Die Behauptung führender Sozialdemokraten, Hindenburg werde den Machtantritt der Nazis nie zulassen – eine krasse Fehleinschätzung, die die sozialdemokratischen Wähler desorientieren und die SPD zum weiteren Stillhalten verleiten mußte –, fand bei den sozialdemokratischen Wählermassen, die einen Sieg Adolf Hitlers befürchteten, Glauben.

Die KPD stellte den drei reaktionären Kandidaten ihren Vorsitzenden Ernst Thälmann entgegen und warnte das deutsche Volk: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!" Die Geschichte hat diese Voraussage bestätigt. Es war als sicher anzunehmen, daß der kommunistische Kandidat die Kandidaten der Reaktion nicht schlagen konnte. Aber es blieb der KPD kein anderer Weg, wollte sie beweisen – und das war im Interesse der Arbeiterklasse und der ganzen Nation unerläßlich –, daß die Kapitulation vor der imperialistischen Reaktion nicht zwangsläufig war. Eine Kapitulation aber war es, wenn die Parteien der Weimarer Koalition den stockkonservativen, monarchistisch eingestellten Paul von Hindenburg, der sich ganz in der Hand seiner militaristischen, junkerlichen und großbürgerlichen Hintermänner befand, zu ihrem Kandidaten machten. Klarblickende Demokraten aus dem Bürgertum, wie Carl von Ossietzky, unterstützten deshalb Ernst Thälmanns Kandidatur.

Am 13. März wurden für Paul von Hindenburg 18,7 Millionen Stimmen abgegeben, Adolf Hitler erhielt 11,3 Millionen und Theodor Duesterberg 2,6 Millionen. Ein Vergleich mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen von 1930 zeigt, daß die alten bürgerlichen Parteien weitere Stimmenverluste erlitten hatten und ihre Wähler zu den Nazis abwanderten. Obwohl die Wahlbeteiligung um 2,7 Millionen gestiegen war, stimmten für Hindenburg weniger Wähler, als für die zu seiner Wahl aufrufenden Parteien am 14. September 1930 gestimmt hatten. Die Nazis aber konnten ihre Stimmen fast verdoppeln. Fünf Millionen Wähler entschieden sich für Ernst Thälmann, den einzigen Kandidaten des werktätigen Volkes. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte, fand am 10. April ein zweiter Wahlgang statt, bei dem Hindenburg knapp siegte. Die Deutschnationalen gingen größtenteils zu Hitler über. Ein Teil der Wähler Ernst Thälmanns verzichtete auf die erneute Stimmabgabe.

Die Ergebnisse der Wahlen in den Jahren der Weltwirtschaftskrise

– vor allem das massenhafte Überlaufen kleinbürgerlicher Wähler zu den Nazis – werden von bürgerlicher Seite dazu ausgenutzt, die Volksmassen für den Weg in die nationale Katastrophe der Hitlerdiktatur verantwortlich zu machen. Die wirklichen Ursachen aber werden verschwiegen. Sie liegen in der Politik der herrschenden Klasse und ihrer Parteien, in der Tatsache, daß die alten bürgerlichen Parteien den Volksmassen keinen Ausweg aus der Krise zu weisen vermochten. Die Verelendungspolitik der Monopole und ihrer Regierung trieb Millionen verzweifelter Werktätiger den Nazis regelrecht in die Arme. Gleichzeitig hielt die massive antikommunistische Hetze viele von der Erkenntnis ab, daß ihnen aus ihrer Not nur die KPD einen gangbaren Weg zeigte.

Wenige Tage nach der Reichspräsidentenwahl forderten maßgebliche Repräsentanten großbürgerlicher und junkerlicher Kreise die Bildung „eines echten Präsidialkabinetts, das dem Reichspräsidenten den Weg zur Überwindung des Systems frei macht“[66]. Zunächst jedoch traten im Lager der Reaktion Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund. Die Nazis hatten sich für den Fall eines Sieges Adolf Hitlers darauf vorbereitet, mit Hilfe ihrer Bürgerkriegsarmee, der SA, und der in ihrer Bedeutung als Sonderformation der Naziführung gewachsenen SS, die Macht an sich zu reißen. Das ging der Reichswehrführung und jenen finanzkapitalistischen Kreisen, die zwar zum Teil die Nazis als Massenbasis gebrauchen wollten, nicht aber bereit waren, ihnen die Führung zu übertragen, zu weit. So erließ der Reichspräsident am 13. April eine Verordnung über die Auflösung der SA und der SS. Es erfolgten jedoch keine energischen polizeilichen Maßnahmen. Den Sozialdemokraten schien das Verbot der SA und der SS aber zu bestätigen, daß ihr Eintreten für Paul von Hindenburg zum „Sieg über den Faschismus“ beigetragen habe. Die Bundesleitung des Reichsbanners befahl am 14. April die Auflösung der Schutzformationen. Bezeichnenderweise forderte Hindenburg trotzdem vom Innenminister Wilhelm Groener das Verbot des Reichsbanners, das soeben seine Wahl mit sichergestellt hatte. Zu einem Verbot kam es allerdings nicht, aber am 3. Mai wurden durch Notverordnung alle militärähnlichen politischen Verbände, darunter das Reichsbanner, der Kontrolle General Groeners unterstellt.

Die KPD mußte die Beschlüsse des Februarplenums möglichst schnell in die Tat umsetzen, um eine Wendung in der Entwicklung des

[66] Der Ring (Berlin), 1932, H. 17, S. 279.

Kräfteverhältnisses der Klassen herbeizuführen. Walter Ulbricht wies in einem Artikel, der noch vor dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl in der „Roten Fahne" erschien, die von ihm geleitete Berliner Bezirksparteiorganisation darauf hin, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Teilen der Arbeiterklasse über die Diktatur des Proletariats und andere Fragen des Klassenkampfes die KPD nicht hindern dürften, für die Einheitsfront gegen den faschistischen Terror, für Brot und Arbeit einzutreten. Er forderte die Betriebszellen der Partei und die Gruppen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition auf, sich an die führenden Gewerkschaftsfunktionäre und an die Funktionäre der SPD in den Betrieben zu wenden, um sie für den gemeinsamen Kampf zur Verteidigung der gemeinsamen Lebensinteressen zu gewinnen. Er verlangte weiterhin, man solle sich an die Reichsbannerorganisationen mit der Aufforderung wenden, vereint die Nazis zu bekämpfen.

Der gemeinsame Abwehrkampf gegen den Hitlerfaschismus begann mit zahlreichen Aktionen in vielen Betrieben und Orten Gestalt anzunehmen. Ein Beispiel für die Einheitsfront von Kommunisten, Sozialdemokraten und Reichsbannerarbeitern im Kampf gegen den Hitlerfaschismus wurde in Bernau bei Berlin geschaffen. Am 23. und 24. April 1932 schlugen hier Kommunisten und Angehörige des Reichsbanners gemeinsam Überfälle von Nazibanden auf Mitglieder des Reichsbanners zurück. Außerdem rief das Maikomitee des Ortsauschusses des ADGB Bernau, dem sieben sozialdemokratische Funktionäre und ein Kommunist angehörten, die Werktätigen zum Massenwiderstand gegen die Hungerverordnungen der Regierung und gegen den faschistischen Terror auf. Die Mehrheit der Arbeiterklasse ließ sich jedoch noch immer vom Kampf abhalten.

Bei den Landtagswahlen in Anhalt, Bayern, Hamburg, Preußen und Württemberg, die am 24. April stattfanden, übertrafen die Nazis – auch ohne die Unterstützung der Deutschnationalen – zum Teil ihr Ergebnis bei den Reichspräsidentenwahlen. In den Preußischen Landtag zogen sie mit einer Fraktion von 162 Mann ein. Zuvor hatten sie hier nur neun Abgeordnete, darunter drei Überläufer von anderen bürgerlichen Fraktionen. Die alten bürgerlichen Parteien verloren teilweise so stark, daß einige völlig aus den Landtagen verschwanden. Nur das Zentrum und die Bayerische Volkspartei blieben stabil. Die SPD verlor in Preußen von ihren bisherigen 137 Mandaten 43.

Infolge des übermächtigen Druckes aller bürgerlichen Parteien und des Staatsapparates erlitt auch die KPD bei den Landtagswahlen er-

hebliche Verluste. Sie erreichte nirgends mehr die Ergebnisse des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl und mußte in vielen Wahlkreisen sogar Ergebnisse registrieren, die unter denen der Reichstagswahlen vom September 1930 lagen. Auch die Führung der SPD hatte zu diesem Wahlresultat beigetragen. Um ihr Eintreten für Paul von Hindenburg zu rechtfertigen, warf sie der KPD vor, sie behindere mit ihrem Drängen zum aktiven Massenkampf die Eiserne Front. Indem die KPD die Kandidatur Hindenburgs bekämpfe, greife sie die republikanische „Einheit" an.

Ein Vergleich der preußischen Landtagswahlen mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen von 1930 in den preußischen Wahlkreisen zeigte, daß damals SPD und KPD zusammen mehr als doppelt soviel Stimmen erhalten hatten wie die Nazis, während die Nazis jetzt beide Parteien zusammen übertrafen. Das war ein Anzeichen der Gefahr, daß die reaktionären imperialistischen Kreise die Gelegenheit zur Überrumpelung der Arbeiterklasse ausnutzen könnten.

Am Tage nach den Landtagswahlen wandten sich das Zentralkomitee der KPD und das Reichskomitee der RGO mit einem Aufruf an alle Gewerkschafter und Sozialdemokraten.[67] Sie schlugen vor, in jedem Betrieb, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften sofort Massenversammlungen durchzuführen, um gemeinsame Kampfforderungen gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau und gegen den faschistischen Mordterror aufzustellen und Kampfausschüsse aus kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern zu bilden. Die KPD und die RGO erklärten ihre Bereitschaft, „mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen"[68]. Auf der Grundlage dieses Aufrufs kamen vielerorts Gruppen der Arbeiterorganisationen verschiedener politischer Richtung einander näher. Er wurde zum Ansatzpunkt für die Gründung zahlreicher gemeinsamer örtlicher Komitees in den nächsten Wochen. Der Aufruf konnte deshalb so wirksam werden, weil er Bereitschaft zur Aktion als einzige Bedingung für das Zusammengehen stellte und weil er verschiedene praktische

[67] Dokument Nr. 86.

[68] Aufruf des ZK der KPD und des Reichskomitees der RGO vom 25. April 1932 an alle sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. In: Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik. Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin 1965, S. 7.

Maßnahmen vorschlug, die zur Verteidigung der unmittelbaren Interessen im Ort, im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Wohngebiet, ja sogar im Haus dienen konnten.

Am 1. Mai 1932 demonstrierten in Barneberg im Regierungsbezirk Magdeburg, in Bernau, Braunschweig, Eberswalde, Harburg-Wilhelmsburg, Kiel und in anderen Orten kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter gemeinsam. Eines der deutlichsten Beispiele für den antifaschistischen Kampfwillen auch der sozialdemokratischen Arbeiter war die Straßenschlacht in Oderberg am 5. Mai. Die Zahl der Arbeiter, die herbeieilten, um Trupps auswärtiger Nazis zurückzuschlagen, die das Lokal der SPD angriffen, wuchs binnen kurzem auf 500 bis 600 an. Darunter waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Reichsbannerleute, die erklärten, ihre Geduld sei nun zu Ende. Eine antifaschistische Versammlung am 9. Mai in Oranienburg, die gemeinsam von der KPD, der SPD, dem Ortsausschuß des ADGB und verschiedenen proletarischen Massenorganisationen einberufen worden war und auf der Albert Kuntz und zwei Sozialdemokraten sprachen, begrüßte den Aufruf der KPD und der RGO vom 25. April. Es wurde beschlossen, antifaschistische Einheitsausschüsse und Selbstschutzformationen ins Leben zu rufen. Ähnliche Beschlüsse wurden zum Beispiel auf einer Einheitsfrontkundgebung in Hennigsdorf und von einer Gewerkschaftsversammlung der Lederarbeiter in Johanngeorgenstadt gefaßt.

Die KPD lernte es, die Beschlüsse der Februartagung zur Einheitsfrontpolitik in die Tat umzusetzen. Sie trat verschiedentlich erfolgreich an örtliche Organisationen und Leitungen der SPD, des ADGB und des Reichsbanners heran, um die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiter durchzusetzen. Der Aufstellung populärer, der Situation entsprechender Teilforderungen und der Auslösung von Teilkämpfen wurden größere Aufmerksamkeit gewidmet. Besonders gute Fortschritte bei der Durchführung einer elastischen und wirksamen Einheitsfrontpolitik erzielte die größte Bezirksorganisation der KPD, die des Bezirks Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark.

2. Die Antifaschistische Aktion gegen die drohende faschistische Diktatur.

Im Sommer 1932 erreichten die Klassenzusammenstöße ihr größtes Ausmaß und ihre größte Härte während der Periode der Weltwirtschaftskrise. Im Mai wurde das Kabinett Brüning gestürzt. Bereits am 3. Mai hatte die IG Farben ihren Vertrauensmann, den Wirtschaftsminister Hermann Warmbold, zurückgezogen, weil – wie es hieß – die Rücksichtnahme der Zentrumsminister auf die christlichen Gewerkschaften das von ihm vertretene monopolistische Wirtschaftsprogramm behindere. Eine Woche darauf ließ die Reichswehrführung General Wilhelm Groener fallen – der als Innenminister für das Verbot der SA und der SS verantwortlich zeichnete –, um näher an die Nazipartei heranrücken zu können. Am 30. Mai schließlich zwang der Reichspräsident unter Berufung auf die Behauptung, die Regierung stehe unter gewerkschaftlichem Einfluß, und auf Veranlassung der ostelbischen Junker – sie bezichtigten Heinrich Brüning des „Agrarbolschewismus", weil seine Regierung die Aufteilung und Besiedelung einiger total verschuldeter Güter zu erwägen begann – Brüning zum Rücktritt.

Die KPD sah im Sturz der Brüning-Regierung durch die vereinigten finanzkapitalistisch-junkerlich-militaristischen Kräfte die Ankündigung neuer faschistischer Vorstöße. Das Zentralkomitee richtete daher eine eindringliche Warnung an die Arbeiterklasse und an die übrigen Werktätigen und erklärte, daß Monopolkapitalisten, Großagrarier und Reichswehrgenerale „durch die Beseitigung des bisherigen Kabinetts den Weg für eine neue Offensive der faschistischen Reaktion, für eine ungeheure Verschärfung in den Methoden der faschistischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und für verstärkte Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie freimachen"[69] wollten. Das Zentralkomitee rief dazu auf, jetzt erst recht eine starke und einheitliche Massenbewegung gegen die faschistische Gefahr zu entfalten.

Zum Nachfolger Heinrich Brünings wurde am 1. Juni Franz von Papen ernannt. Franz von Papen unterhielt enge Beziehungen zu den Haniels, zu Florian Klöckner, Ernst Poensgen, Fritz Springorum, Fritz Thyssen und anderen Vertretern der rheinischen Schwerindustrie, aber

[69] Kommuniqué des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Sturz der Brüning-Regierung. In: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands, S. 329.

auch zum französischen Großkapital. Er war ein Vertrauensmann der Reichswehr und Anhänger ultrareaktionärer, scharf antikommunistischer und antidemokratischer Theorien. Das empfahl ihn für die Aufgabe, die Präsidialdiktatur noch wesentlich reaktionärer zu handhaben als Heinrich Brüning, die Nazis als unmittelbare Massenbasis der imperialistischen Diktatur heranzuziehen und den Widerstand der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte gegen den faschistischen Kurs notfalls gewaltsam zu brechen. Minister seines Kabinetts wurden unter anderen die Freiherren Magnus von Braun und Wilhelm von Gayl, der ehemalige Krupp-Direktor Hugo Schäffer, Lutz Graf Schwerin von Krosigk und der rechtzeitig aus dem Brüning-Kabinett ausgeschiedene Vertreter der IG Farben, Hermann Warmbold, sowie der politische Kopf der Reichswehr, General Kurt von Schleicher.

Mit der Ernennung Franz von Papens begann die entscheidende Phase im Kampf um die Alternative in Deutschland: faschistische Diktatur oder Abwehr der faschistischen Gefahr. Die KPD trat sofort entschieden und prinzipiell gegen Papen auf und sagte dieser Regierung den Kampf bis zum äußersten an. Selbst das Zentrum und die Bayerische Volkspartei mußten sich offiziell von Franz von Papen distanzieren; seinem Ausschluß aus der Zentrumspartei kam der Nachfolger Heinrich Brünings durch den Austritt zuvor. Der sozialdemokratische preußische Innenminister Carl Severing erklärte aber selbst jetzt noch, er warne davor, „in den Männern dieses Kabinetts der Übel Allergrößtes“[70] zu erblicken; das heißt, er empfahl, die Tolerierungspolitik fortzusetzen, statt wenigstens jetzt der weiteren Faschisierung zu wehren.

Franz von Papens Regierungstätigkeit begann mit der Auflösung des Reichstages am 4. Juni, die den Nazis zugesichert worden war und der Regierung das sichere Mißtrauensvotum ersparen sollte. Die Ausschaltung des Reichstages ließ die Absicht erkennen, die Präsidialdiktatur fortan ohne parlamentarische Tolerierung auszuüben.

Die Regierungserklärung Franz von Papens[71], die über den Rundfunk verbreitet wurde, war eine unerhörte Provokation des hungernden Volkes: Papen bezeichnete das System der Brüningschen Notverordnungen, der Massenarbeitslosigkeit, des Lohnabbaus und der Unterstützungskürzungen als „Wohlfahrtsstaat“. Er kündigte eine ultrareaktionäre Sozial- und Wirtschaftspolitik an, die nicht nur den

[70] Zit. nach: Die Rote Fahne (Berlin), 16. Juni 1932.
[71] Dokument Nr. 89.

Brüningschen Abbau der sozialen Rechte der Arbeiterklasse fortsetzen, sondern das Tariflohnsystem und die Arbeitslosenversicherung – von der Arbeiterklasse in jahrzehntelangem Kampf errungen – gänzlich liquidieren sollte.

Bereits am 14. Juni verkündete die Papen-Regierung eine Notverordnung, die die Arbeitslosenunterstützung – sie wurde ursprünglich 26 Wochen gezahlt – auf sechs Wochen beschränkte und die Unterstützungssätze um 23 Prozent senkte. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erwirtschaftete auf Grund dieser Verordnung in diesem härtesten Krisenjahr noch 200 Millionen RM Überschuß! Ferner setzte diese Notverordnung die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung um 15 Prozent und die Renten der Kriegs- und Arbeitsinvaliden, der Witwen und Waisen um 15 bis 20 Prozent herab. Sie strich ab 1. August 200000 Wohlfahrtsempfänger aus den Listen der Arbeitsämter, legte auf Löhne, Gehälter und Renten eine neue Abgabe zur Arbeitslosenhilfe in Höhe von 1,5 bis 6,5 Prozent, führte eine Salzsteuer ein und hob die Befreiung von der Umsatzsteuer auf, die den kleinsten Gewerbetreibenden mit einem Umsatz bis zu 5000 RM jährlich bisher gewährt worden war. So raubte die Papen-Regierung den ärmsten Schichten allein für den Rest des Jahres 1,5 Milliarden RM. Gleichzeitig schränkte eine zweite Notverordnung die Versammlungs- und Pressefreiheit ein und legalisierte die SA und die SS wieder.

Zu dieser Zeit näherte sich die Wirtschaftskrise rasch ihrem Tiefpunkt, den sie im Sommer und Herbst 1932 erreichte. Die industrielle Kapazität wurde zum größeren Teil nicht ausgenutzt. Der Produktionsrückgang hielt nun bereits nahezu drei Jahre an, länger als in früheren zyklischen Krisen. Auch war die Industrieproduktion wesentlich stärker zurückgegangen als früher: Sie lag in Deutschland im Jahre 1932 etwa 40 Prozent unter dem Stand von 1929.

Annähernd jeder zweite Arbeiter war erwerbslos. Die Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen seit Beginn der Krise nach der Statistik der Arbeitsämter zeigt folgende Tabelle:

	1930	1931	1932
Ende Januar	3 217 608	4 886 925	6 041 910
Ende April	2 786 912	4 358 153	5 739 070
Ende Juli	2 765 258	3 989 686	5 392 248
Ende Oktober	3 252 082	4 623 480	5 109 173
Im Jahresdurchschnitt	3 075 580	4 519 704	5 602 711

Diese amtliche Statistik wies während des ersten Quartals 1932 ständig mehr als sechs Millionen Arbeitslose aus. Sie zählte dabei mindestens 1,5 Millionen Arbeitslose nicht mit: die seit Jahren Erwerbslosen, die sich schon nicht mehr registrieren ließen; Jugendliche, die nach dem Verlassen der Schule noch nie Arbeit gefunden hatten; Arbeiterinnen, deren Männer oder Väter noch Arbeitsplätze hatten. Die Statistiken verschwiegen auch, daß sich mindestens eine Million Einzelhändler, Handwerker und Intellektuelle praktisch in der Lage von Arbeitslosen befanden.

Seit Beginn des Jahres 1931 waren mehr als fünf Millionen Arbeitslose aus der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert worden, weil sie die maximale Unterstützungsdauer überschritten hatten. 2,5 Millionen erhielten auch die anschließend folgende Krisenunterstützung nicht mehr. Sie mußten sich ins Heer der Wohlfahrtsempfänger einreihen oder blieben ohne jede Unterstützung. Ende 1932 empfing von den registrierten Erwerbslosen nicht einmal mehr jeder siebente Arbeitslosenunterstützung. Die Verschiebung von der Arbeitslosenunterstützung über die Krisenunterstützung zur Wohlfahrtsfürsorge hin wird aus den Jahresdurchschnittszahlen für die Jahre 1931 und 1932 sichtbar:

	1931	1932
Unterstützte Erwerbslose (insgesamt)	3 840 141	4 583 133
Hauptunterstützungsempfänger in der		
Arbeitslosenunterstützung	1 713 219 = 44,6%	1 086 599 = 23,7%
Krisenunterstützung	1 044 780 = 27,2%	1 449 002 = 31,6%
Wohlfahrtserwerbslose	1 082 142 = 28,2%	2 047 532 = 44,7%

Den Arbeitern, die ihren Arbeitsplatz noch behalten hatten, waren seit 1930 die Löhne im Durchschnitt um ein Viertel bis ein Drittel gekürzt worden, nicht gerechnet die Tatsache, daß allenthalben ohne Lohnausgleich verkürzt gearbeitet werden mußte. Das Niveau der Arbeiterlöhne in Deutschland lag nun unter dem aller wichtigen Industrieländer. Zugleich war die Arbeitshetze verschärft worden. So war die Arbeitsproduktivität in den drei Krisenjahren um acht Prozent gestiegen, obwohl keine wesentlichen Investitionen vorgenommen worden waren. Das tatsächliche durchschnittliche Lebensniveau der deutschen Arbeiterklasse, das heißt der Hälfte des Volkes, war infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn- und Unterstützungsabbau nahezu bis auf die Hälfte des Existenzminimums herabgedrückt.

Die Lage des größten Teils der Bauernschaft und des städtischen

Kleinbürgertums unterschied sich wenig von der Lage der Arbeiter. 1931 und 1932 wurde für etwa 50 000 landwirtschaftliche Grundstücke die Zwangsversteigerung eingeleitet. Von 22000 Junglehrern, die 1932 in Preußen die Ausbildungsstätten verließen, fanden kaum 1000 eine Anstellung. Im Konkurrenzkampf ruinierten die großen Monopole rücksichtslos die kleinen Unternehmer. Während die Monopolpreise in Deutschland von 1928 bis 1932 im allgemeinen nur um etwa 15 bis 20 Prozent herabgesetzt wurden, sanken die nicht durch Kartellabmachungen geschützten Erzeugerpreise in derselben Zeit zum Teil um das Doppelte, ja Dreifache. Der Verbraucher spürte wegen der steigenden Steuern vom Sinken der Preise allerdings weniger. An den Steuergeldern der werktätigen Massen bereicherte sich wiederum das Finanzkapital immer schamloser. So fand zum Beispiel im Mai 1932 eine Manipulation ihren Abschluß, bei der das Reich den Großspekulanten Friedrich Flick stützte, indem es ihm ein großes Aktienpaket der Gelsenkirchener Bergwerks-AG abkaufte und dabei das Mehrfache des Aktienkurses bezahlte.

Die Verschärfung der ökonomischen und politischen Situation veranlaßte die KPD, die schon mit dem Aufruf vom 25. April fortgeführte Linie des Februarplenums schneller weiterzuentwickeln und in die Praxis umzusetzen. Am 24. Mai 1932 tagte das Zentralkomitee der KPD. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Herstellung einer breiten Kampffront aller antifaschistischen Kräfte. Die Tagung entwickelte Grundsätze für eine neue, höhere Stufe der Einheitsfrontpolitik.

Ernst Thälmann referierte über die veränderte Lage und die neuen Aufgaben der Partei.[72] Er betonte, daß die KPD die taktischen Differenzen in der Großbourgeoisie über das Tempo der Faschisierung und über die Frage, ob und wie die Nazipartei an der Regierung beteiligt werden sollte, stärker als bisher ausnutzen müsse. Angesichts des Erfolgs der Hitlerfaschisten bei den letzten Wahlen bestehe die nächste zentrale Aufgabe darin, mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln den Eintritt der Nazis in die Reichsregierung oder in die preußische Regierung zu verhindern. Eine Regierungsbeteiligung der Nazis werde die Entwicklung zur offenen, faschistischen Diktatur beschleunigen. Deshalb müsse einerseits ein Kompromiß mit der SPD und dem Zentrum im Preußischen Landtag gefunden werden, um alle Versuche der Nazis zu vereiteln, auf parlamentarischem Wege in die Regierung zu gelangen. Andererseits müßten neue Wege zu einer

[72] Dokument Nr. 87.

umfassenden antifaschistischen Einheitsfront eingeschlagen und eine Massenstimmung gegen die Einbeziehung der Nazis in die Regierung erzeugt werden.

Ernst Thälmann unterbreitete dem Zentralkomitee den Vorschlag, „eine große antifaschistische Aktion in Deutschland ... in die Wege zu leiten“[73], um dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht zu verlegen. Er forderte, gegenüber den Sozialdemokraten das Einigende des Kampfes gegen den Faschismus in den Vordergrund zu stellen, und kritisierte gegen eine solche Politik gerichtete sektiererische Auffassungen. Das Maiplenum wurde zur Geburtsstunde der Antifaschistischen Aktion, die alle Teilkämpfe gegen die Kapitaloffensive, die Faschisierungspolitik und den Terror der Nazibanden zusammenfassen sollte.

Um zu sichern, daß der Kampf für die Einheitsfront verstärkt und elastisch fortgeführt werde, wurde auf dieser Tagung das Sekretariat des Zentralkomitees neu gewählt. Es setzte sich nun aus Ernst Thälmann, Hermann Remmele und John Schehr als Mitgliedern und Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht als Kandidaten zusammen. Heinz Neumann wurde damit aus dem Sekretariat entfernt. Seitdem konnte dieser Hauptvertreter einer dogmatischen, sektiererischen und abenteuerlichen Politik und der fraktionellen Gruppenarbeit auf die Führung der KPD keinen Einfluß mehr nehmen.

Am Tage nach dem Plenum überfiel die Nazifraktion im Preußischen Landtag feige den Sprecher der kommunistischen Fraktion, Wilhelm Pieck, und die anderen kommunistischen Abgeordneten. Das Zentralkomitee der KPD nahm das zum Anlaß, sofort einen Aufruf zur Antifaschistischen Aktion zu veröffentlichen.[74]

Das Zentralkomitee forderte mit diesem Aufruf die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter, die Reichsbannermitglieder und die gesamte Arbeiterklasse auf, „alle Kräfte der Arbeiterklasse und der von ihr geführten Millionen Werktätigen in Stadt und Land zum Einsatz“ zu bringen, „um den blutigen Plan des Hitlerfaschismus zu vereiteln, der die offene, faschistische Diktatur über Deutschland aufrichten will“.[75]

[73] Referat Ernst Thälmanns auf der Plenartagung des ZK der KPD in Berlin am 24. Mai 1932. In: Die Antifaschistische Aktion, S. 24.

[74] Dokument Nr. 88.

[75] Aufruf des ZK der KPD vom 25. Mai 1932 zur Antifaschistischen Aktion. In: Die Antifaschistische Aktion, S. 33.

Der Aufruf erklärte: „Die Antifaschistische Aktion muß durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen!

Die Antifaschistische Aktion muß durch den Massenkampf für eure Forderungen, für die Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen, durch die Streiks der Betriebsarbeiter, durch die Massenaktionen der Millionen Erwerbslosen, durch den politischen Massenstreik der geeinten Arbeiterklasse dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht verlegen!“[76]

Das Sekretariat des Zentralkomitees setzte eine Kommission unter Leitung Ernst Schnellers ein, die sich ausschließlich damit befassen sollte, die Bewegung der Antifaschistischen Aktion zu entwickeln und zu verbreitern.

In einem Rundtelefonat wies die Parteiführung alle Bezirksleitungen darauf hin, daß jeder Zeitverlust bei der Organisierung von Abwehraktionen gegen den Faschismus verhängnisvolle Folgen haben werde. Nur die sofortige Einleitung von Massenkämpfen könne eine Regierungsbeteiligung der Hitlerfaschisten vereiteln. Die Bezirksleitungen wurden beauftragt, sofort alle Kräfte auf die Antifaschistische Aktion zu konzentrieren, Versammlungen der Antifaschistischen Aktion zu organisieren und an die Arbeiter der SPD, der freien und der christlichen Gewerkschaften sowie des Reichsbanners heranzutreten, um sie für die Losung der Antifaschistischen Aktion zu gewinnen. Vor dem Berliner Parteiaktiv erläuterten Ernst Thälmann und Walter Ulbricht die Aufgaben der Antifaschistischen Aktion und halfen den kämpfenden Antifaschisten damit, sich zu orientieren. Das gleiche taten in den Tagen nach der Veröffentlichung des Aufrufs Theodor Neubauer, Wilhelm Pieck und andere führende Funktionäre auf zahlreichen Kundgebungen.

Die Antifaschistische Aktion richtete sich gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse und aller anderen Werktätigen, den Faschismus. Das war die Voraussetzung für eine umfassende Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, der gewerkschaftlich Organisierten und der Unorganisierten, der Angestellten, Beamten, Bauern, Handwerker, Gewerbetreibenden und Intellektuellen. Mit der Antifaschistischen Aktion, deren Grundzüge das Zentralkomitee auf seiner Tagung entwickelt hatte, fand die KPD zu jener Politik, die geeignet war, die Ideen des Befreiungs-

[76] Ebenda.

programms zu verwirklichen. Die Politik der Antifaschistischen Aktion stützte sich auf die Erfahrungen der kämpfenden Antifaschisten und des großen Kollektivs der Funktionäre und Mitglieder der KPD.

Die Losung der Antifaschistischen Aktion fiel in der Arbeiterklasse auf fruchtbaren Boden. Auch sozialdemokratische Arbeiter, Gewerkschafter und Reichsbannerleute drängten immer stärker zum Kampfe und zur Aktionseinheit mit den Kommunisten. Unter der Losung der Antifaschistischen Aktion bildeten sich immer mehr Einheitsausschüsse. Eine Belegschaftsversammlung der AEG, Brunnenstraße, in Berlin – hier war Walter Ulbricht Mitglied der Betriebszelle der KPD – wählte zur Organisierung des Kampfes gegen die Gefahr des Faschismus und des Krieges ein Antikriegskomitee, dem zwei Kollegen vom Deutschen Metallarbeiterverband, zwei Unorganisierte, ein Kollege vom Einheitsverband der Metallarbeiter Berlin und vier Kommunisten angehörten. Zwei Mitglieder des Ausschusses waren erwerbslos. Die Versammlung richtete außerdem einen Appell an die Bewohner des Wohngebiets Brunnenstraße. Die Bereitschaft, in der Antifaschistischen Aktion gemeinsam den Kampf gegen den drohenden Faschismus aufzunehmen, kam deutlich in einem Appell des Ortskartells des ADGB Zella-Mehlis von Ende Mai zum Ausdruck: „Wir folgen freudig dem Ruf der Kommunistischen Partei Deutschlands sowie der kommunistischen Fraktion des Preußischen Landtages zur Herstellung der Einheitsfront und verpflichten uns, mit allen außerparlamentarischen Mitteln den Kampf für die gleichen Forderungen zu führen."[77] Komitees der Antifaschistischen Aktion wurden zum Beispiel auch bei Siemens, im Berliner Seidenhaus Michels, von den Eisenbahnern des Güterbahnhofs Berlin-Pankow, von den Steglitzer Gemeindearbeitern, von der Belegschaft der Gesenkschmiede Schöneweiß in Hagen, in der Maschinenfabrik Brunker in Köln, im Kraftpostamt Erfurt, in den Dixi-Werken Eisenach, von den Pflichtarbeitern in Zossen, von den Erwerbslosen in Hartmannsdorf, von der Belegschaft des Elektrizitätswerkes in Chemnitz, bei der AEG Turbine und bei Zeiss Ikon in Berlin gebildet.

Auch örtliche Einheitsausschüsse entstanden. In Bernau, wo die Aktionseinheit schon Wochen zuvor im Zusammenhang mit den Naziüberfällen zustande gekommen war, wurden das Ortskartell des

[77] Aufruf des Ortskartells des ADGB Zella-Mehlis vom Ende Mai 1932 an alle Arbeiter Thüringens und an alle Arbeiterorganisationen. In: Die Antifaschistische Aktion, S. 43.

ADGB und die meisten sozialdemokratischen Stadtverordneten vom Einheitswillen der Arbeiter mitgerissen. Das Bernauer Beispiel machte Schule: Schon Anfang Juni bestanden in der Umgebung von Berlin Einheitsausschüsse in Lanke, Oderberg, Oranienburg und Velten. Am 8. Juni sprach Walter Ulbricht auf einer Einheitsfrontkundgebung in Bad Freienwalde, auf der ein antifaschistisches Kampfkomitee, bestehend aus fünf Mitgliedern der freien Gewerkschaften – darunter zwei Sozialdemokraten –, fünf Kommunisten, einem christlichen, einem völkischen und einem parteilosen Arbeiter, gewählt wurde. Auf noch breiterer Basis kam die Eberswalder Kundgebung der Antifaschistischen Aktion am 14. Juni zustande, die Vertreter von 25 Arbeiterorganisationen im Orte – darunter Vertreter der KPD, der SPD, des ADGB, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, der RGO und des Reichsbanners – einberufen hatten. Hier sprach Theodor Neubauer. Es wurde ebenfalls ein Einheitsausschuß gebildet. Örtliche Einheitsausschüsse entstanden auch in Allenstein, Boizenburg, Chemnitz, Luckenwalde, Stuttgart, Wedel und in anderen Orten.

Die Bezirksleitung der KPD in Berlin schlug am 15. Juni 1932 – zu einem Zeitpunkt, da sich die Antifaschistische Aktion in den Betrieben, Wohngebieten, Orten und Bezirken entwickelte – allen Arbeitern und Arbeiterorganisationen Berlins vor, sich in der Antifaschistischen Aktion zu sammeln, im Lustgarten oder in den Stadtteilen gemeinsam einen Massenaufmarsch durchzuführen und in allen Betrieben und Stempelstellen Versammlungen zu organisieren, um Proteststreiks gegen die Papen-Notverordnung und gegen den faschistischen Terror zu beschließen.[78] Walter Ulbricht sagte später über die Tätigkeit der Berliner Bezirksleitung: „Wir haben damals ... uns in Berlin bemüht, die Einheitsfront zustande zu bringen ... Wir haben nicht nur Angebote an die Sozialdemokratische Partei in Berlin gemacht, sondern wir haben uns an alle Gewerkschaftsvorstände in Berlin, an jeden einzelnen Gewerkschaftsvorstand gewandt."[79] Ähnliche Schritte unternahmen auch die Bezirksleitungen der KPD Ruhrgebiet und Nordwest.

In den Einheitsausschüssen und Aktionskomitees der Antifaschistischen Aktion arbeiteten oft sozialdemokratische Arbeiter mit. Mitglieder der SPD, des ADGB und des Reichsbanners bekannten sich in Erklärungen und in Briefen an kommunistische Zeitungen zur

[78] Dokument Nr. 90.

[79] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, 1/13/7, Bl. 126.

Antifaschistischen Aktion und zum einheitlichen Kampf gegen die faschistische Gefahr. Bei den gemeinsamen Aktionen wurden falsche Vorstellungen der Sozialdemokraten von der Einheitsfrontpolitik der KPD zurückgedrängt. So nahm die Zahlstelle des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes Darmstadt einstimmig eine Entschließung für die Antifaschistische Aktion an. In Zella-Mehlis wurde in einer vom Gewerkschaftskartell einberufenen öffentlichen Versammlung ein antifaschistisches Einheitskomitee gewählt. In Trebbin wurde ein Einheitsausschuß mit etwa 40 Mitgliedern auf einer Kundgebung gebildet, die von der KPD, der SAP und dem Ortskartell des ADGB gemeinsam veranstaltet wurde. In den Leunawerken riefen kommunistische, freigewerkschaftliche und christliche Betriebsräte gemeinsam die Arbeiter auf, sich zu einer einheitlichen Abwehrfront gegen den Lohnraub und gegen die faschistische Gefahr zusammenzuschließen.

Sehr wichtig für die weitere Entwicklung der Einheitsfront war eine Unterredung über die Probleme des gemeinsamen Kampfes, die am 8. Juli zwanzig sozialdemokratische Arbeiter – langjährige Funktionäre, Gruppenführer des Reichsbanners und Führer der Hammerschaften – mit Ernst Thälmann sowie Wilhelm Pieck und John Schehr hatten. Die Sozialdemokraten kamen im Auftrage ihrer örtlichen Organisationen aus Baden, Berlin und Hamburg, vom Niederrhein, aus dem Ruhrgebiet und aus Sachsen. Ernst Thälmann beantwortete ausführlich die 21 Fragen der sozialdemokratischen Delegierten.[80] Diese Aussprache trug dazu bei, eine Reihe von Zweifeln und irrtümlichen Auffassungen bei den sozialdemokratischen Arbeitern über die Politik der KPD zu beseitigen.

So fragten die Sozialdemokraten beispielsweise, ob die KPD die Einheitsfront ehrlich meine. „Täglich mordet die braune Pest unsere Genossen, schlägt unsere besten Kämpfer nieder, unternimmt provokatorische Angriffe auf unsere Parteihäuser; in den Gefängnissen schmachten Tausende unserer Genossen, die den wehrhaften Kampf gegen das faschistische Verbrechertum führten", entgegnete Ernst Thälmann. „Das Hitlersche Offiziers- und Prinzenpack hat erklärt, daß es die kommunistische Bewegung, das sind viele Millionen revolutionärer Männer und Frauen, ausrotten, hängen, köpfen und rädern will. Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird,

[80] Dokument Nr. 94.

sollten wir Kommunisten die antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen?“ [81]

Als Antwort auf die Frage, ob die Antifaschistische Aktion „ein kommunistischer Parteiladen“ sei, begründete Ernst Thälmann, ausgehend von den allen Arbeitern gemeinsamen Klasseninteressen, Wesen und Ziele der Antifaschistischen Aktion: „Sie ist ein überparteiliches Sammelbecken für alle zum rücksichtslosen Kampfe gegen den Faschismus gewillten Arbeiter. Sie ist keine Organisation, sondern eine Massenbewegung. Sie ist der Strom, in den all die kämpferischen Kräfte einmünden, die wirklich den Kampf, den Massenangriff gegen die jetzige Regierung, welche die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur betreibt, durchführen wollen.“[82] Meinungsverschiedenheiten in anderen Fragen dürften von der einen entscheidenden Frage nicht ablenken: „Das brennende Problem, das allen Arbeitern heute gemeinsam auf den Nägeln brennt, ist: Wie kann die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland verhindert werden?“[83] Darum forderte die KPD auch den gemeinsamen Kampf ohne Vorbehalt und ohne Vorbedingungen. Ernst Thälmann unterstrich in der mehr als fünfstündigen Unterredung mehrfach, daß das unterschiedliche Mitgliedsbuch Kommunisten und Sozialdemokraten nicht trennen dürfe und daß Sozialdemokraten und Reichsbannermitglieder *nicht* aus SPD und Reichsbanner auszutreten brauchten, um an der Antifaschistischen Aktion teilzunehmen. Die KPD rief die Sozialdemokraten *als Mitglieder der Sozialdemokratie* zum gemeinsamen Kampf auf; sie suchte die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen *Organisationen.*

In seinem Schlußwort formulierte John Schehr noch einmal die Frage, über die allein es zu diskutieren lohne: „Wie schaffen wir die gemeinsame Klassenfront aller Arbeiter, ganz gleich, wo organisiert, ganz gleich, welcher Weltanschauung...?“[84] Die sozialdemokratischen Delegierten bestätigten, daß ihre Fragen eingehend beantwortet wurden und daß es möglich und nützlich war, in aller Offenheit ein ernstes Gespräch über die gemeinsamen Probleme zu führen. Die Delegation

81 Antwort Ernst Thälmanns vom 8. Juli 1932 auf Fragen von Funktionären der SPD und des Reichsbanners. In: Die Antifaschistische Aktion, S. 163/164.

82 Ebenda, S. 166.

83 Ebenda, S. 167.

84 Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront? Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern, Berlin 1932, S. 24.

erklärte, daß diese Antworten „die Grundlage für die Herstellung der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiter aller Richtungen“[85] darstellten.

Immer öfter schlugen sozialdemokratische Arbeiter in die dargebotene Hand ein, obwohl die Führungen der SPD und der ihr nahestehenden Gewerkschaften den Mitgliedern ihrer Organisationen die Teilnahme an der Antifaschistischen Aktion verboten. Am 28. Juni untersagte ein Rundschreiben des Parteivorstands der SPD an die Bezirksleitungen ausdrücklich alle Verhandlungen von Sozialdemokraten mit Kommunisten. Gegen Mitglieder, die diese Anordnungen nicht befolgten, ging die Führung der SPD mit organisatorischen Maßregeln vor.

Im Juni und Juli 1932 entstanden Einheitskomitees der Antifaschistischen Aktion in so großer Zahl, daß eine Zusammenfassung der Bewegung notwendig wurde. In vielen Städten fanden Kongresse und Konferenzen von Delegierten der Einheitsausschüsse und der Betriebe statt. Am Darmstädter Bezirkskongreß, der am 12. Juni 1932 stattfand und von einem der ersten und aktivsten Komitees der Antifaschistischen Aktion, dem von Frankfurt-Westhausen, vorbereitet worden war, nahmen 750 Delegierte und 800 Gäste teil. Zu ihnen sprach Wilhelm Koenen. Der Kongreß der Antifaschistischen Aktion des Bezirks Wasserkante am 26. Juni zählte 1719 Delegierte. Hier sprachen Wilhelm Pieck und Hermann Schubert. Es war eine starke Delegation sozialdemokratischer Arbeiter anwesend, die in einem besonderen Appell ihre Genossen in der SPD, in der SAJ und im Reichsbanner zur Einheitsfront im Rahmen der Antifaschistischen Aktion aufrief.

Am 10. Juli tagte der Kongreß der Antifaschistischen Aktion in Berlin, an dem 1465 Delegierte aus ganz Deutschland teilnahmen. Unter ihnen befanden sich 132 sozialdemokratische Arbeiter[86] und 954 Parteilose. Ernst Thälmann faßte in seiner Rede „Was will die Antifaschistische Aktion?“ noch einmal die Ziele und Formen der Antifaschistischen Aktion zusammen und umriß die Erfolge der Bewegung seit dem Aufruf vom 25. Mai 1932. Auf dem Berliner Kongreß wurde ein vorläufiger Reichseinheitsausschuß gewählt. Der Kongreß stellte den Auftakt zu einer „Antifaschistischen Kampfwoche“ dar, die mit gewaltigen Kundgebungen in Aachen, Berlin, Braunschweig, Breslau,

[85] Antwort Ernst Thälmanns vom 8. Juli 1932 auf Fragen von Funktionären der SPD und des Reichsbanners. In: Die Antifaschistische Aktion, S. 171.

[86] Dokument Nr. 95.

Fürstenwalde, Halle, Hindenburg, Magdeburg, Mannheim, Merseburg, Wuppertal und in anderen Städten begangen wurde.

Die Zusammensetzung der antifaschistischen Einheitskongresse bewies, daß es die Losung der Antifaschistischen Aktion ermöglichte, antifaschistische Kreise über die Arbeiterklasse hinaus in den gemeinsamen Abwehrkampf gegen den Faschismus, in das Ringen um die Rettung der Demokratie einzubeziehen. An den Kongressen nahmen Vertreter der werktätigen Bauern, des Mittelstandes und der Intelligenz teil. Zum Berliner Einheitskongreß wurden zum Beispiel 26 Kleingewerbetreibende delegiert. Es war außerordentlich wichtig, die Front der antifaschistischen Massenbewegung schnell zu verbreitern. Clara Zetkin sagte in einem Begrüßungsschreiben an den Kongreß[87]: „Diese Einheitsfront muß über die Gesamtheit des Proletariats hinausreichen und auch die Angestellten, Handwerker, Kleingewerbetreibenden, kleinen Bauern und nicht zuletzt auch die Intellektuellen aller Schichten erfassen."[88] Ernst Thälmann forderte, die Arbeit unter der Jugend ebenfalls zu verbessern.

Obwohl die Nazis und die Deutschnationalen stärksten Widerstand leisteten, faßte die Antifaschistische Aktion auch unter den Landarbeitern und werktätigen Bauern Fuß. In Ostpreußen beschlossen die Landarbeiter des Gutes Pomehnen, die christlichen Gewerkschaften und dem Landarbeiterverband angehörten, einen antifaschistischen Kampfaufruf und verbreiteten ihn auch auf anderen Gütern. In Pobethen wählte eine Gutsdelegiertenkonferenz einen Einheitsausschuß, der aus 25 Landarbeitern und -arbeiterinnen bestand. Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion wurden Zwangsversteigerungen verhindert. Im südlichen Oldenburg entstanden berittene antifaschistische Bauernstaffeln. In Lübtheen (Mecklenburg) riefen 63 Bauerndelegierte aus den Kreisen Hagenow und Ludwigslust am 17. Juli alle Komitees der Häusler, Büdner und Siedler auf, sich in die Antifaschistische Aktion einzureihen.

In den Parlamenten trat die KPD ebenfalls im Sinne der Antifaschistischen Aktion auf. Sie beschränkte sich nicht darauf, unablässig Anträge zur Linderung der ärgsten Not im Lande zu stellen und gegen die zunehmende Ausschaltung des Parlaments zu protestieren, sondern versuchte, die Fraktionen der SPD und auch des Zentrums zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Nazis und gegen die reaktionären

87 Dokument Nr. 96.

88 Internationale Presse-Korrespondenz (Berlin), 1932, Nr. 57, S. 1797.

Maßnahmen der Regierungen zu bewegen. Im Sinne der auf dem Maiplenum des Zentralkomitees von Ernst Thälmann proklamierten Politik vereitelte die kommunistische Fraktion im Preußischen Landtag unter der Leitung Wilhelm Piecks den Versuch, nach der Neuwahl auf parlamentarischem Wege eine Naziregierung zu bilden. Im alten Landtag hatten die SPD, das Zentrum und die Staatspartei noch im April die Wahlordnung für den Ministerpräsidenten geändert, damit die Braun-Severing-Regierung auch nach dem zu erwartenden Verlust der parlamentarischen Mehrheit als geschäftsführende Regierung weiter amtieren könne. Unausgesprochen stand hinter diesem Vorgehen die Gewißheit, daß die KPD das Zustandekommen einer Mehrheit für eine Naziregierung im Landtag verhindern würde. Dieser letzte Beschluß des alten Preußischen Landtags wurde jedoch von den Regierungsparteien nur als parlamentarisches Manöver behandelt. Lediglich der Abgeordnete Otto Nuschke von der Deutschen Staatspartei bekannte sich zu einer aktiv antifaschistischen Position, indem er erklärte, man dürfe nichts unversucht lassen, „um Dilettanten und Verbrecher von der Regierung fernzuhalten“[89]. Nach der Neuwahl des Landtags stimmte die kommunistische Fraktion zusammen mit der Weimarer Koalition alle Anträge der Nazis und der Deutschnationalen auf Wiederherstellung der früheren Wahlordnung nieder.

Außerdem bemühte sich die kommunistische Fraktion, die Wahl eines Nazis zum Landtagspräsidenten zu verhindern. Sie erklärte sich bereit, für ein Präsidium aus Abgeordneten der SPD und des Zentrums zu stimmen und selbst auf eine Beteiligung am Präsidium zu verzichten, wenn diese beiden Parteien ihrerseits gewillt seien, keinen Nazi oder Deutschnationalen in das Präsidium zu wählen.[90] Das Zentrum jedoch ermöglichte die Wahl des Nazis Hanns Kerrl zum Landtagspräsidenten. „Unser Auftreten hat aber eine außerordentlich starke Wirkung ausgelöst“, schrieb Wilhelm Pieck an den damaligen Vertreter der KPD beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, Wilhelm Florin, „indem wir es dadurch der Sozialdemokratie unmöglich gemacht haben, vor den Arbeitern zu behaupten, daß die Schuld für die Wahl eines Nazipräsidenten den Kommunisten zufällt. Wir haben mit unserem Vorgehen uns auch außerordentlich unsere

89 Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 3. Wahlperiode. 1. (einzige) Tagung, begonnen am 8. Juni 1928. 17. Bd. 267. bis 285. Sitzung (19. Januar bis 12. April 1932), Berlin 1932, Sp. 24 899.

90 Dokument Nr. 92.

Einheitsfrontpolitik erleichtert. Es ist zwar richtig, daß unser Vorgehen nicht ganz den Vereinbarungen mit unseren Freunden entsprach, aber schließlich kam es doch darauf an, uns durch unser Vorgehen unsere Einheitsfrontpolitik zu erleichtern, ohne irgendwelche opportunistischen Abweichungen. Ich glaube nicht, daß man uns das letztere zum Vorwurf machen kann. In der Gesamtpartei war man mit dem Vorgehen der Landtagsfraktion einverstanden. In der engeren Parteiführung war über dieses Vorgehen ebenfalls völlige Übereinstimmung."[91]

Ein ähnliches Bündnisangebot war auch der Antrag der KPD, das von der Reichsregierung geforderte und von Carl Severing ausgesprochene Verbot des „Vorwärts", des Zentralorgans der SPD, sofort aufzuheben.[92] Wilhelm Pieck dehnte bei der Begründung vor dem Landtag den Antrag außerdem auf die „Kölnische Volkszeitung", ein Zentrumsblatt, aus. Die Landtagsfraktionen der beiden betroffenen Parteien beteiligten sich aber nicht einmal an der Abstimmung.

Mit allen diesen Schritten der kommunistischen Fraktion im Preußischen Landtag korrigierte die KPD deutlich ihre Fehlentscheidung beim preußischen Volksentscheid vom Jahre zuvor. Sie ergänzte den außerparlamentarischen Kampf der Antifaschistischen Aktion durch eine Parlamentstaktik, die der Herstellung einer umfassenden antifaschistischen Einheitsfront diente, der auch bürgerliche Kräfte angehören sollten. Das verdeutlichte den demokratischen Inhalt der Politik der KPD. Die Größe der faschistischen Gefahr verlangte auch von den Parteien der Weimarer Koalition, jetzt alles Trennende beiseite zu lassen. Dennoch vermochten sie es nicht, sich von ihrer antikommunistischen Politik zu lösen. Das ermunterte Franz von Papen zu neuen faschistischen Vorstößen.

Mit der Antifaschistischen Aktion wurden Erscheinungen der Enge und des Sektierertums in der Politik der KPD weiter zurückgedrängt, wenn auch alte sektiererische Gewohnheiten noch immer hemmend wirkten. Die neue Losung verband nicht mehr – was früher oft geschah – den Aufruf zur Einheitsfront mit der Forderung, die Ziele der KPD und ihre führende Rolle anzuerkennen. Neue Formen des antifaschistischen Massenkampfes ermöglichten es auch Menschen, die in vielen Fragen andere Auffassungen hatten als die Kommunisten, mit

91 Brief Wilhelm Piecks vom 4. August 1932 an Wilhelm Florin. In: Die Antifaschistische Aktion, S. 215.

92 Dokument Nr. 93.

ihnen gemeinsam den Hitlerfaschismus zu bekämpfen. Die KPD bewies ihre Fähigkeit, jenes Problem des Klassenkampfes herauszufinden, das alle werktätigen Klassen und Schichten gleichermaßen anging. Mit der Losung der Antifaschistischen Aktion entwickelte sie – für weite Kreise verständlich – den Gedanken einer umfassenden Abwehrfront des werktätigen Volkes gegen die nationale Gefahr des Faschismus.

Der antifaschistische Massenkampf entzündete sich in besonderem Maße an dem blutigen Terror der Nazis. Am 14. Juni hob die Papen-Regierung das Verbot der SA auf und beseitigte vierzehn Tage darauf auch die in einigen Ländern noch gültigen besonderen Verbotsbestimmungen. Die SA sollte den Massenwiderstand gegen das Faschisierungsprogramm Papens brechen und die revolutionären Arbeiter fortgesetzt vom ideologischen und ökonomischen Kampf ablenken. Die Reichswehr stand bereit, mit den Mitteln der Militärdiktatur die Reste der parlamentarischen Demokratie zu liquidieren, sobald die Nazis die öffentliche Ordnung ausreichend gestört hatten. Der Terrorfeldzug der SA, die heimtückischen Mordanschläge auf Arbeiterfunktionäre, forderte in der zweiten Junihälfte 17 und im Juli bereits 86 Menschenleben. Unter den Opfern befanden sich Kommunisten, wie Hermann Frahm aus Krempel bei Lunden, Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus, wie Heinz Mertens aus Essen, Funktionäre und Mitglieder des Reichsbanners, wie Fritz Ferkau aus Kamen, Wilhelm Feuerherdt aus Dessau, Rudolf Marek aus Rußdorf bei Chemnitz und Johann Schlenghoff aus Buer, Arbeitersportler, wie Fritz Klaus aus Wuppertal-Vohwinkel, und parteilose Arbeiter, wie Josef Bischof aus Duisburg, Karl Riebow aus Berlin und Adam Walther aus Darmstadt.

Infolge dieser Umstände entwickelte sich der proletarische Massenselbstschutz unter der Losung der Antifaschistischen Aktion besonders rasch. Die Zahl der überall im Lande – in Betrieben und Wohngebieten, auf den Stempelstellen und Gütern – entstehenden Selbstschutzstaffeln nahm schnell zu. Der Massenselbstschutz verteidigte wirkungsvoll – beispielsweise bei den Straßenkämpfen in Ohlau am 4. Juni – die Wohnungen von Sozialdemokraten und Reichsbannermitgliedern. Er schützte die Gewerkschaftshäuser und die Lokale der Arbeiterorganisationen. Vielfach operierten Selbstschutzstaffeln der Antifaschistischen Aktion und Reichsbannergruppen gemeinsam.[93] Als am 1. und 2. Juni die Nazis das Gaubüro des Reichsbanners in Breslau

[93] Dokument Nr. 97.

angriffen, wurde der Selbstschutz telefonisch zu Hilfe gerufen. Gemeinsam schlugen Reichsbannerleute und Kommunisten die Angreifer zurück, von denen 17 verletzt wurden. In den Tagen nach der Aufhebung des Verbots der SA verteidigten die Arbeiter erfolgreich die Gewerkschaftshäuser in Hannover und in Rendsburg gegen bewaffnete Nazis. In Hamburg vertrieben kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter provozierende Nazis in organisiertem Massenkampf. Kommunisten und Reichsbannerleute schützten in Düsseldorf das Parteihaus der KPD gegen einen Naziüberfall. In Hagen-Haspe und in Wuppertal wurden demonstrierende Nazis von kommunistischen, christlichen und parteilosen Arbeitern sowie von Mitgliedern des Reichsbanners von der Straße getrieben. Am 21. Juni verteidigten Kommunisten, Reichsbannerleute und Angehörige der Hammerschaften des ADGB die Spedition der „Roten Fahne" in Berlin-Neukölln. Als vier Tage danach die Mitglieder der Reichsbannerwache im Gebäude des „Vorwärts" einen Überfall der Nazis auf das Haus des Zentralorgans der SPD abwehren mußten, stellte der Kampfbund gegen den Faschismus eine Verstärkung der Wache.

Während die Arbeiter kämpften, begnügten sich die sozialdemokratischen Führer damit, Beschwerden beim Reichspräsidenten und beim Innenminister Wilhelm von Gayl einzureichen. Als die Nazis in Dessau ein mitteldeutsches SA-Treffen organisierten, gab die Ortskampfleitung der Eisernen Front sogar die Losung aus: „Fenster zu, und Straßen leer!" Aber der Druck der Arbeiter war so stark, daß die Führung der Eisernen Front die Demobilisierung der Hammerschaften und der Schutzformationen widerrufen mußte.

Die Hauptlast des Kampfes trug der Massenselbstschutz. Seine Staffeln, deren Stärke, Aufbau und Alarmsystem sich nach den örtlichen Gegebenheiten richteten, waren bestrebt, bei Aktionen stets die gesamte werktätige Bevölkerung der Umgebung in den antifaschistischen Kampf einzubeziehen. Welche Kraft die so geeint handelnde Arbeiterschaft besaß, zeigte sich am 13. Juli in Wuppertal, als die Nazis einen Aufmarsch inszenierten, um die Wirkung einer vorausgegangenen großen Kundgebung mit Ernst Thälmann abzuschwächen. Zehntausend Sozialdemokraten, Kommunisten, Angehörige des Kampfbundes gegen den Faschismus und des Reichsbanners drückten jedoch die SA buchstäblich an die Wand. Die Faschisten vermieden es nach dieser Niederlage bis lange in das Jahr 1933 hinein, in Wuppertal uniformiert aufzutreten. Auch in Dortmund, Gladbach-Rheydt, Oberhausen und in

anderen Orten beherrschten die Arbeiter die Straße. Wenige Tage nach dem Sieg in Wuppertal, am 17. Juli, schlug die werktätige Bevölkerung von Altona 11 000 Nazis aus ganz Schleswig-Holstein zurück, die gegen die antifaschistischen Arbeiter Altonas eine „Strafexpedition" durchführen wollten. Obwohl bei diesem faschistischen Überfall von den Nazis und von der Polizei die Kommunisten Emil Fydrich und Willy Miersch, der Sozialdemokrat Adolf Hagen, das Reichsbannermitglied Karl Rasch, die Parteilosen Franz Kalinowski und Ernst Kerpel und mehrere andere Arbeiter und Frauen – darunter Käthe Hoffmann, Erna Sommer und Emma Würz – ermordet wurden, gelang es den Massen, die SA aus den Arbeitervierteln hinauszudrängen.

Die faschistische Terrorwelle vermochte nicht, die Arbeiterbewegung niederzuwerfen. Statt dessen schlugen die gemeinsam kämpfenden Antifaschisten bis Mitte August 1932 den faschistischen Straßenterror im wesentlichen zurück. Der Faschismus kam nicht durch; dieser Teil des Papen-Programms wurde von der Arbeiterklasse vereitelt.

Da eilte Franz von Papen den Nazibanden mit brutalem Justizterror zu Hilfe. Die Regierung ordnete am 9. August an, Sondergerichte einzusetzen, und eine Notverordnung bedrohte „politische Gewalttaten" mit hohen Zuchthausstrafen und mit dem Tode. Der Justizterror richtete sich mit ganzer Schärfe gegen die antifaschistischen Arbeiter. Die reguläre Klassenjustiz verhängte vom 17. August bis zum 7. Dezember 1932 in Prozessen gegen 2297 Antifaschisten ein Todesurteil, 405 Jahre Zuchthaus, 827 Jahre Gefängnis und 32 Jahre Festung. Gegen faschistische Terroristen und Provokateure hingegen wurden nur 21 Jahre Zuchthaus und 108 Jahre Gefängnis ausgesprochen. Die Papenschen Sondergerichte verurteilten in derselben Zeit weitere 1222 Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten zu insgesamt 454 Jahren Zuchthaus und 498 Jahren Gefängnis, hingegen nur 538 Nazischläger zu insgesamt 99 Jahren Zuchthaus und 149 Jahren Gefängnis. Die Sondergerichte, die weder Berufung noch Revision zuließen, stellten mit ihren Schnellverfahren den Beginn der Mordjustiz dar, die später der sogenannte Volksgerichtshof des Naziregimes ausübte.

Im Kampf gegen diese barbarische Terrorjustiz und ihre Folgen leistete die Rote Hilfe Deutschlands Bedeutendes. Sie besorgte kostenlosen Rechtsbeistand für die antifaschistischen Angeklagten – Kommunisten und Sozialdemokraten, Reichsbannerleute und Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus, Gewerkschafter und Unorga-

nisierte – und unterstützte deren Familien während der Haftzeit. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Rote Hilfe dem Kampf um eine Amnestie für alle antifaschistischen politischen Gefangenen.

3. Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932

Die Faschisten, die bei ihren Versuchen, die Arbeiterklasse durch Terroraktionen der SA niederzuwerfen, Rückschläge erlitten, verlangten immer lärmender von der Papen-Regierung die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen und die Absetzung der preußischen Regierung. Die Reichsregierung strebte – den Forderungen der Kräfte der Harzburger Front entsprechend – von Anfang an danach, die Sozialdemokratie und die gesamte Weimarer Koalition aus den Positionen in Preußen zu verdrängen. Damit sollte ein weiteres Hindernis auf dem Wege zur offenen, faschistischen Diktatur beseitigt werden.

Die Liquidierung der Weimarer Koalition in Preußen, insbesondere der Hinauswurf der Sozialdemokraten aus dem Staatsapparat, sollte das ganze sozialdemokratische Organisationsgebäude – Partei, Gewerkschaften und Massenorganisationen – erschüttern, dessen Existenz eine fortgesetzte und verschärfte Offensive auf die sozialen Rechte der Arbeiter erschwerte. Eine Gefahrenquelle für den faschistischen Kurs der Monopolherren sollte beseitigt und etwaigen Störungen von den preußischen Regierungsfunktionen her vorgebeugt werden. Derartige Störungen waren angesichts der ungeheuren Verschärfung des Klassenkampfes nicht ausgeschlossen. Die Teilung der Verfügungsgewalt über die hauptsächlichen Machtorgane zwischen dem Reichswehrminister und einem Sozialdemokraten als preußischen Polizeiminister schien den maßgebenden imperialistisch-militaristischen Kräften nicht länger tragbar. Insbesondere die Reichswehrführung unter General Kurt von Schleicher drängte darauf, die Staatsgewalt stärker in den Händen der zuverlässigsten Vertrauensmänner der Reaktion zu konzentrieren. Noch waren die Lehren nicht vergessen, die die deutsche Arbeiterklasse 1918 und 1923, vor allem aber 1920, den Militaristen erteilt hatte.

Die Reichsregierung Papen erkundete durch das bereits erwähnte Verbot des „Vorwärts" und in Gesprächen zwischen Wilhelm von Gayl und Carl Severing die mutmaßliche Haltung der sozialdemokratischen Führung zu diesen Plänen. Carl Severing berichtete später, daß er den

Innenminister der Papen-Regierung habe wissen lassen, er könne sich vorstellen, daß das Reich zur Abwehr eventueller Unruhen „die eigenen Machtmittel mit den Polizeikräften des größten Gliedstaates, Preußen, zusammenfassen würde“[94].

Die faschistische Presse bestürmte fortgesetzt die Reichsregierung, den vorbereiteten Schlag gegen die preußische Koalitionsregierung endlich auszuführen. Viele Sozialdemokraten entnahmen aus diesen Forderungen der Faschisten, aus dem Verbot des Zentralorgans ihrer Partei und aus anderen Anzeichen, daß die so oft als Hauptargument für die Tolerierungspolitik und die These vom „kleineren Übel“ zitierten preußischen Positionen in Gefahr waren. Es mehrten sich die Zweifel der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre, ob die Politik ihrer Organisationen und der sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten überhaupt geeignet sei, den Vormarsch des Faschismus aufzuhalten. Berliner Funktionäre der SPD protestierten empört gegen die Vertrauensseligkeit des sozialdemokratischen Fraktionsführers im Preußischen Landtag, Ernst Heilmann, der in einer Konferenz am 7. Juni zu den Gerüchten über die bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars sagte: „Ich weigere mich, zuzugeben, daß Hindenburg je etwas derartiges tun würde.“[95] Otto Buchwitz und andere Bezirksfunktionäre der SPD wandten sich besorgt an Carl Severing, der ihnen versprach: „Seid gewiß, in der Stunde der Gefahr werde ich das Reichsbanner zur Hilfspolizei erklären und bewaffnen.“[96]

Der Druck der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre erzwang solche Erklärungen, aber er reichte noch nicht aus, die Politik ihrer Führung zu ändern. Die sozialdemokratischen Minister und der Parteivorstand der SPD sahen den drohenden Schlag ebenfalls voraus und wurden sogar vertraulich unterrichtet, bevor die Reichsregierung an die Ausführung des Staatsstreiches ging. Am 16. Juli trat der Parteivorstand zusammen.[97] Carl Severing erklärte in dieser Sitzung, das Verhalten der Sozialdemokratie und der preußischen Regierung müsse davon bestimmt sein, „in welchen Formen die Einsetzung erfolgen würde, ob die verfassungsmäßigen Bestimmungen gewahrt blieben oder ob sich Schleicher stark genug fühlen würde, sich über Verfas-

94 Carl Severing: Mein Lebensweg, Bd. II, Köln 1950, S. 341.

95 Die Rote Fahne (Berlin), 9. Juni 1932.

96 Zit. nach: Otto Buchwitz: 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1958, S. 117.

97 Dokument Nr. 98.

sungsbestimmungen hinwegzusetzen"[98]. Der Parteivorstand beschloß, „bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen"[99]. Das war die Kapitulation, noch bevor der Staatsstreich in Szene gesetzt wurde.

Am nächsten Tage aber verkündete der „Vorwärts" in seinem Leitartikel[100]: „Wenn sich jemand in Deutschland einbilden sollte, daß die Organisationen der Eisernen Front eine Aufhebung der republikanischen Verfassung des Deutschen Reiches dulden würden, dann befände sich dieser Jemand in einem verhängnisvollen Irrtum. Es genügt vollkommen, wenn wir in diesem Zusammenhang auf den Ausgang des Kapp-Putsches hinweisen."[101] Die sozialdemokratischen Arbeiter deuteten diese Anspielung auf die Niederwerfung des Kapp-Putsches durch den Generalstreik als Versprechen, Franz von Papen notfalls mit dem gleichen Mittel die Stirn zu bieten, und vertrauten auf die Kampfbereitschaft ihrer Organisationen.

Am 18. Juli erließ die Papen-Regierung ein Demonstrationsverbot. Der Berliner Wehrkreiskommandeur, Generalleutnant Gerd von Rundstedt, der als früherer Chef des nordwestdeutschen Wehrkreises das besondere Vertrauen der Monopolisten besaß, versetzte seine Truppen in Alarmbereitschaft. Die Kontrolle des Flugverkehrs und der Ausfallstraßen wurde vorbereitet, um die preußischen Minister daran zu hindern, Berlin zu verlassen. Die Telefone der Büros der RGO und der Betriebsratszimmer wurden überwacht. Diese Vorbereitungsmaßnahmen der Reichsregierung zeigten, welche Furcht sie vor einem Gegenschlag der Arbeiterklasse hatte.

Auch Carl Severing – Ministerpräsident Otto Braun war kurz nach Franz von Papens Amtsantritt in Krankheitsurlaub gegangen und hatte erkennen lassen, daß er nicht ins Amt zurückkehren wolle – bereitete sich auf seine Weise vor. Er beriet mit leitenden Beamten seines Ministeriums die Rechtslage und bat über Funk alle preußischen Regierungs- und Polizeipräsidenten um Material zur rechtlichen Stützung seiner Position, das heißt um Berichte, die nachwiesen, daß die preußische Polizei unter seiner Leitung imstande sei, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, und daß die preußischen Behörden keinesfalls unter dem Einfluß der KPD stünden, wie Franz von Papen wider

98 Carl Severing: Mein Lebensweg, Bd. II, S. 347.

99 Ebenda.

100 Dokument Nr. 99.

101 Vorwärts (Berlin), 17. Juli 1932 (Morgenausgabe).

besseres Wissen behauptete. Tatsächliche Vorbereitungen zur Verteidigung der preußischen Regierungspositionen wurden von der preußischen Regierung oder der Führung der SPD nicht getroffen; sie überließen das Gesetz des Handelns völlig ihren Gegnern.

Am 20. Juli teilte Franz von Papen 10 Uhr morgens in der Reichskanzlei Carl Severing und zwei weiteren preußischen Ministern mit, der Reichspräsident habe ihn, Papen, auf Vorschlag der Regierung und gestützt auf Artikel 48 der Verfassung zum Reichskommissar für Preußen bestellt.[102] In dieser Eigenschaft setze er den Ministerpräsidenten Otto Braun und den Innenminister Carl Severing ab. Carl Severing protestierte und erklärte, er werde nur der Gewalt weichen. Zur selben Zeit wurde über Berlin und über die Provinz Brandenburg der Ausnahmezustand verhängt und die Schutzpolizei dem Inhaber der vollziehenden Gewalt, dem Generalleutnant Gerd von Rundstedt, unterstellt.

Am Nachmittag empfing Carl Severing im Innenministerium den zu seinem Nachfolger bestellten Oberbürgermeister von Essen, Franz Bracht, Berater Gustav Krupp von Bohlen und Halbachs und Testamentsvollstrecker Hugo Stinnes'. Severing riet Bracht, die „Gewalt" erst am Abend anzuwenden. Bis dahin würden sich die über den Staatsstreich empörten Menschenmengen vor den Ministerien verlaufen haben. Franz Bracht erschien dann am Abend in Begleitung des neuen Polizeipräsidenten Kurt Melcher, bisher Polizeipräsident in Essen, und des ebenfalls neuernannten Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei, eines Polizeiobersten – beide also bisher Untergebene Severings –, in Carl Severings Amtszimmer. Auf die Frage des Innenministers erklärten sie, er könne sie als Repräsentanten der Gewalt betrachten. Daraufhin „wich" Carl Severing „der Gewalt", indem er ins Nebenzimmer ging, in seine Dienstwohnung.[103]

Ähnlich vollzog sich die „Eroberung" des Berliner Polizeipräsidiums. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Albert Grzesinski wurde von General von Rundstedt telefonisch zum Rücktritt aufgefordert. Albert Grzesinski stellte seinem Nachfolger Kurt Melcher seine Mitarbeiter vor. Erst dann entschlossen sich der Polizeipräsident, sein Stellvertreter Bernhard Weiß und der Schupokommandeur Magnus Heimannsberg, sich von einer Reichswehrgruppe demonstrativ aus der Mitte ihrer Polizisten heraus in „Kavaliershaft" nehmen zu lassen. Die

[102] Dokument Nr. 100.
[103] Dokument Nr. 101.

Polizisten entboten den Verhafteten den Gruß der Eisernen Front und deuteten damit an, daß sie im Unterschied zu ihren Vorgesetzten zur Gegenwehr bereit waren. Die drei Polizeigewaltigen aber versprachen dem Putschgeneral Rundstedt, nicht in ihre Ämter zurückzukehren, und waren anderthalb Stunden später frei.

Am selben Tage noch wurden nach Otto Braun und Carl Severing auch die übrigen preußischen Minister abgesetzt, die dem Zentrum, der Deutschen Staatspartei oder der Sozialdemokratischen Partei angehörten.

In den folgenden Tagen enthoben die Staatsstreichler eine große Anzahl preußischer Staatssekretäre, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte ihrer Ämter, vor allem Mitglieder der SPD und der Staatspartei, in einigen Fällen auch des Zentrums.

Die „Gegenwehr" der Weimarer Koalition erschöpfte sich in der papiernen Feststellung, die Verordnung sei verfassungswidrig. Außerdem beantragten die preußische Regierung und die Landtagsfraktionen der SPD und des Zentrums beim Staatsgerichtshof den Erlaß einer einstweiligen Verfügung, die – wie die sozialdemokratische Presse ihren Lesern mitteilte – „der Reichsregierung und dem Reichskommissar bis zur endgültigen Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit ihrer Maßnahmen weiteres Amtshandeln untersagen soll"[104]. Tatsächlich aber wurde nur der Antrag der preußischen Regierung verhandelt, der am 23. Juli mündlich abgeändert worden war. Die Neufassung dieses Antrags verlangte nur noch, dem Reichskommissar und seinen Beauftragten zu verbieten, sich als preußische Minister *zu bezeichnen* und den Staatsministern *diese Eigenschaft abzusprechen.* Ferner sollte dem Reichskommissar untersagt werden, Preußen im Reichsrat zu vertreten und Beamte mit dauernder Wirkung abzusetzen beziehungsweise zu ernennen. Der Antrag bestritt also dem Reichspräsidenten nicht das Recht, Reichskommissaren *alle Exekutivbefugnisse* zu übertragen, sondern stellte nur Ansprüche an die Form. Das ließ den „Rechtsweg" noch mehr zur Farce werden, zu einem bloßen Schleier, der die nackte Wirklichkeit des Staatsstreichs und der Kapitulation vor den Augen der Öffentlichkeit nur dürftig verdecken konnte. Der Staatsgerichtshof lehnte indessen – wie nicht anders zu erwarten – selbst den Erlaß einer so inhaltlosen einstweiligen Verfügung ab.

104 Sozialdemokratische Parteikorrespondenz (Berlin), 1932, Nr. 8/9, S. 432.

Ganz im Gegensatz zu dem schmählichen Zusammenbruch der „preußischen Bastion" der Weimarer Koalitionsparteien, zu dem totalen Versagen der sozialdemokratischen Führung stand die Haltung der KPD. Die Kommunistische Partei ging davon aus, daß der Staatsstreich einen äußerst gefährlichen Anschlag auf die Interessen des Volkes darstellte. „Die Rote Fahne" prägte am Morgen des 20. Juli – in bezug auf die angekündigte Unterredung zwischen Franz von Papen und Carl Severing in der Reichskanzlei – die Losung: „Es geht um die Freiheit der Arbeiterklasse!"[105] Unmittelbar nachdem die Staatsstreichverordnung bekanntgeworden war, wandte sich das Zentralkomitee der KPD an die SPD, an den ADGB und den Allgemeinen freien Angestelltenbund mit dem Vorschlag, auf den Staatsstreich gemeinsam mit dem Generalstreik zu antworten.[106] Ein Zurückweichen würde die Niederlage bedeuten. Wenn man die faschistische Diktatur noch verhindern wolle, so müsse jetzt gehandelt werden.

Die KPD erklärte: „Die Stunde ruft gebieterisch nach dem politischen Massenstreik"[107], und erinnerte daran, wie die Kapp-Putschisten und die Cuno-Regierung gestürzt worden waren. Mittags wurde in den Straßen Berlins ein Extrablatt der „Roten Fahne" verteilt, das die Arbeiter aufrief, den Streik an Ort und Stelle vorzubereiten:

„Die Kommunistische Partei Deutschlands richtet angesichts der Aufrichtung der Militärdiktatur durch die Regierung Papen-Schleicher den Appell an die deutsche Arbeiterschaft, den Generalstreik ... durchzuführen."[108] Der Generalstreik sollte die Militärdiktatur hinwegfegen und den Sturz der Papen-Regierung erzwingen, die Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit für die Arbeiterklasse sowie die Aufhebung der gegen Kriegskrüppel, Erwerbslose, Rentner, Arbeiter, Angestellte und Beamte und gegen die Freiheit der Arbeiterbewegung gerichteten Notverordnungen durchsetzen und ein neues, wirksames Verbot der SA und SS erwirken. „Die Kommunistische Partei appelliert an alle Gewerkschaftskartelle, sofort den Streik zu beschließen, an alle Betriebszellen, die Streikorganisierung in den Betrieben einzuleiten, an die Erwerbslosen auf den Stempelstellen, sich

105 Die Rote Fahne (Berlin), 20. Juli 1932.

106 Dokument Nr. 102.

107 Rote Sturmfahne. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, D. F. VIII/14.

108 Appell des ZK der KPD vom 20. Juli 1932 an die SPD, den ADGB, den AfA-Bund und alle deutschen Arbeiter. In: Die Antifaschistische Aktion, S. 193/194.

nicht zu Streikbrecherarbeit gebrauchen zu lassen, sondern aktive Solidarität mit den Streikenden zu organisieren."[109]

Ähnliche Aufrufe gaben auch Bezirksleitungen der KPD heraus.[110] Der Vorschlag der KPD entsprach der Stimmung der Massen. Viele sozialdemokratische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in den Betrieben waren bereit zu Aktionen und warteten darauf, daß auch von ihren Organisationen das Zeichen zum Generalstreik komme. Auf dem Berliner Vieh- und Schlachthof wurden bereits Abteilungsversammlungen abgehalten und Abteilungsstreiks ausgelöst. Bei der BVG in Berlin-Treptow herrschte große Erregung; die sozialdemokratischen Arbeiter erklärten sich für den Streik und erwarteten einen entsprechenden Aufruf des ADGB. Bei der AEG, Brunnenstraße, hofften die Arbeiter auf den Generalstreik, die Betriebsräte wollten nur die Anweisung der Gewerkschaftsführung abwarten. Im Reichsbahnausbesserungswerk Oberspree informierte der Betriebsratsvorsitzende die Belegschaft, daß der Generalstreik bald ausgerufen werde. Bei Osram, bei Siemens, im Osthafen und in anderen Betrieben wurde stündlich mit dem Streikaufruf gerechnet. Der Kampfwille der Arbeiter übertrug sich auch auf viele Gewerkschaftsfunktionäre. So forderte der Vorstand des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, den Generalstreik auszurufen. Außerhalb der Betriebe wurde ebenfalls die Bereitschaft der Massen deutlich, den Staatsstreich abzuwehren und die Regierung Papen zu stürzen. Vor dem preußischen Innenministerium in der Straße Unter den Linden sammelten sich Tausende Menschen. In den Arbeitervierteln kam es gegen Abend zu Demonstrationen. In Betrieben und Wohngebieten wurde der Aufruf der KPD begrüßt. Man wartete gespannt, wie die SPD reagieren werde.

Die Extraausgabe des „Vorwärts" erschien am frühen Nachmittag und kurz darauf die übliche zweite Ausgabe des sozialdemokratischen Zentralorgans. Der Tenor war: kein Generalstreik.[111] Gegen den Staatsstreich, hieß es, „werden zwei Instanzen angerufen werden. Die eine Instanz ist der Staatsgerichtshof ... Die höhere Instanz aber ... ist das Volk! Es ist berufen, am 31. Juli sein Urteil abzugeben."[112] Damit vertröstete das Zentralorgan der SPD auf die Reichstagswahlen;

109 Ebenda, S. 194.
110 Dokument Nr. 103.
111 Dokument Nr. 104.
112 Vorwärts (Berlin), 20. Juli 1932 (Abendausgabe).

es akzeptierte die Haltung der verjagten sozialdemokratischen Minister: Kapitulation vor dem Staatsstreich und Mißachtung der offensichtlichen Bereitschaft der Arbeiter, die preußische Koalitionsregierung zu verteidigen und Franz von Papen zu stürzen. Am Abend des 20. Juli faßte der Parteivorstand der SPD einen Beschluß, der die Kapitulation ausdrücklich billigte. Das gab der Reaktion Zeit, ihre Positionen zu festigen. Mit der Vertröstung auf die Reichstagswahlen wurde überdies die Verantwortung den Wählern zugeschoben.

Die Führungen der freien und der christlichen Gewerkschaften vertraten dieselbe Auffassung.[113] Die Berliner Gewerkschaftsinstanzen ließen ein Flugblatt[114] verteilen, in dem der Aufruf zum Generalstreik als Provokation verleumdet und dazu aufgefordert wurde, Arbeiter, die diesen Aufruf verbreiteten, zu denunzieren.

Die sozialdemokratischen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hatten auf Grund der Hinweise auf die Niederschlagung des Kapp-Putsches, die im „Vorwärts" drei Tage zuvor zu lesen waren, fest mit Kampfbeschlüssen ihrer Organisationen gerechnet. Sie waren nun regelrecht überrumpelt. Wirksame Abwehrmaßnahmen kamen dadurch am 20. Juli nicht zustande.

Dabei hätte der Staatsstreich am 20. Juli noch abgewehrt werden können. Das bezeugt die Haltung der Putschisten und ihrer Hintermänner. So wurde der Ausnahmezustand erst verwirklicht, als Carl Severing zu verstehen gegeben hatte, daß er „weichen" werde. Die „Berliner Börsen-Zeitung" gestand am 21. Juli, daß die „Hauptsorge war, ob Gewerkschaften und Sozialdemokraten den Generalstreik proklamieren würden oder nicht"[115]. Und Alfred Hugenbergs „Berliner Lokal-Anzeiger" schrieb erleichtert, „daß die Sozialdemokratie ihre Leute bremst und auf den Wahltag vertröstet, ist erfreulich"[116]. Der „Vorwärts" betonte selbst: „Jawohl, in Berlin ist alles ruhig geblieben, aber sie mögen sich nicht täuschen: Nur der Besonnenheit der sozialdemokratischen Führung und ihrer Kaltblütigkeit ... ist dies zu danken!"[117] Denn, mußte die Zeitung eingestehen: „In den Versammlungen der ‚Eisernen Front', die gestern abend in allen Teilen Berlins abgehalten wurden, herrschte eine Kampfstimmung von solcher Leiden-

[113] Dokument Nr. 105.
[114] Dokument Nr. 106.
[115] Berliner Börsen-Zeitung, 21. Juli 1932.
[116] Berliner Lokal-Anzeiger, 21. Juli 1932.
[117] Vorwärts (Berlin), 21. Juli 1932 (Morgenausgabe).

schaftlichkeit und Entschlossenheit, wie wir sie selbst in den letzten Wochen ... noch nicht erlebt haben."[118]

Die Putschisten mußten damit rechnen, daß die empörten Arbeiter auch gegen den Willen der sozialdemokratischen Führung dem Aufruf der KPD zum Kampfe folgen würden. Der ganze Druck der Militärdiktatur richtete sich daher gegen die KPD und gegen die kampfgewillten Arbeiter. Der Militärbefehlshaber ließ jede Aufforderung zum Generalstreik schärfstens verfolgen, Flugblätter und Zeitungen, die derartige Aufforderungen enthielten, beschlagnahmen und 200 Verteiler festnehmen und durch Schnellgerichte aburteilen. Kundgebungen und andere Veranstaltungen wurden verboten und Redner verhaftet. Die Polizei erhielt Befehl, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Halbstündliche Lageberichte wurden angefordert. Im Wehrkreis Münster – zu ihm gehörte das Ruhrgebiet – wurde halbe Mobilmachung angeordnet. Die Polizei besetzte in der Nacht zum 21. Juli die Druckerei der „Roten Fahne". Zahlreiche kommunistische, aber auch zwei sozialdemokratische und zwei liberale Blätter wurden verboten.

Der Staatsstreich endete mit einer schweren Niederlage der Weimarer Koalition und der Sozialdemokratie im besonderen. Ursachen dieser Niederlage waren der faktische Verzicht der sozialdemokratischen Führung auf Widerstand, die Überrumplung und Abwiegelung der Massen und die Zurückweisung des kommunistischen Kampfangebots. Diese Niederlage fügte der Arbeiterklasse und allen anderen demokratischen Kräften großen Schaden zu. Sie verschlechterte die Positionen der Antifaschisten und gab den reaktionärsten, die faschistische Diktatur vorbereitenden Kräften neue Machtmittel in die Hand.

Mit dem Staatsstreich führte die imperialistische Reaktion ihren bis dahin stärksten Schlag gegen das parlamentarische System. Der Staatsstreich setzte, wie Ernst Schneller sagte, „faktisch die Weimarer Verfassung außer Kraft"[119]. Ernst Thälmann stellte fest: „Deutschland befindet sich seit dem 20. Juli im Zeitabschnitt des unmittelbaren Kampfes um die faschistische Diktatur."[120] Im Juli 1932 hätte durch

118 Ebenda.

119 Verhandlungen des Reichstags. VII. Wahlperiode 1932. Bd. 455. Stenographische Berichte. Anlagen Nr. 1 bis 230 zu den Stenographischen Berichten, Berlin 1933, S. 24.

120 Die Internationale (Berlin), 1932, H. 7/8, S. 322.

den Sturz der Regierung der Militärdiktatur der Weg zum Faschismus versperrt werden können. Das Zurückweichen der sozialdemokratischen Führung gab der konservativen Reaktion und der Nazipartei den Weg frei.

Am 20. Juli zeigte es sich, daß keine organisierte Kraft außer der KPD bereit war, für die demokratischen Rechte und Freiheiten und für die Erhaltung der bürgerlich-demokratischen Ordnung wirklich zu kämpfen. Die Kapitulation der Führung der SPD vor Franz von Papen bedeutete praktisch die Vorwegnahme ihrer totalen Kapitulation am 30. Januar 1933. Die sozialdemokratische Führung bewies, daß sie nicht fähig war, gegen die imperialistische Reaktion auch nur die eigene Stellung zu verteidigen.

Wenn sie ihre Positionen behaupten und die Demokratie in Deutschland verteidigen wollte, hätte die sozialdemokratische Führung nicht Schritt für Schritt kapitulieren, die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte nicht immer wieder verhindern und die sozialdemokratischen Arbeiter, Gewerkschafter und Reichsbannerleute nicht ständig vom Kampf zurückhalten dürfen. Statt die preußische Polizei gegen Kommunisten und andere Antifaschisten einzusetzen, hätte sie die ihr bis zum 20. Juli zu Gebote stehenden staatlichen Mittel und die Kraft der sozialdemokratischen Organisationen an der Seite des von der KPD geführten Teils der Arbeiterklasse, wie es die KPD immer wieder vorschlug, gegen die Faschisten innerhalb und außerhalb der Reichsregierung richten müssen. Aber selbst angesichts des Staatsstreichs noch abzuwarten bedeutete, die Demokratie in Deutschland widerstandslos aufzugeben; den Hauptschlag gegen die drohende faschistische Diktatur auch jetzt noch zu vertagen bedeutete, diesem Schlag immer mehr Kraft zu nehmen. Wollte man die faschistische Diktatur verhindern, so durfte nicht gewartet werden, bis sie da war.

Das Bündnisangebot der KPD an die SPD war die logische Konsequenz der antifaschistischen Politik der KPD. Es entsprach dem Grundsatz, stets die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und des übrigen werktätigen Volkes sowie alle demokratischen Rechte und Einrichtungen gegen die faschistischen Anschläge zu verteidigen. Die KPD beantwortete die antikommunistischen Stellungnahmen sozialdemokratischer Führer mit dem sachlichen Vorschlag, jetzt endlich alle demokratischen Kräfte zusammenzuschließen und so das Zustandekommen einer von der Reichswehr getragenen Diktatur und jede wei-

tere Zerschlagung demokratischer Rechte und Einrichtungen zu verhindern. Die KPD richtete den Hauptstoß ihrer Politik eindeutig gegen die faschistischen Kräfte. Das Bündnisangebot ließ besonders deutlich die mit der Antifaschistischen Aktion noch wirksamer ausgearbeitete antiimperialistische und antifaschistische Politik der KPD erkennen und entsprach ihrem Bemühen, auch die Sozialdemokratie zur Aktion in dieser Richtung zu bewegen.

Vor allem die Konzentration der Staatsgewalt in den Händen extrem reaktionärer Kräfte verschlechterte nach dem Staatsstreich die Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse und für alle demokratischen Kräfte wesentlich. Das Verhalten der sozialdemokratischen Führung wirkte auf die sozialdemokratischen Massen lähmend. Sie fühlten sich von ihren Führern im Stich gelassen und sahen die Kraft ihrer Organisationen ungenutzt.

Die schmähliche Kapitulation der preußischen Minister und der sozialdemokratischen Führung löste in der SPD selbst heftige Proteste aus. In wachsender Zahl waren es jetzt auch Funktionäre der Partei, die sich scharf mit der Politik des Parteivorstandes auseinandersetzten. In den folgenden Monaten gab es nur wenige Zahlabende und Funktionärkonferenzen der SPD, auf denen nicht laute Kritik an der Führung geübt wurde. Über die Vertiefung der Krise in der Sozialdemokratie konnte auch der Zweckoptimismus nicht hinwegtäuschen, daß die SPD ja jetzt ihren Einfluß in der Opposition wieder werde festigen können. Das Ergebnis der Reichstagswahlen begrub sehr bald auch diese Hoffnungen.

Das Versagen der Führung der SPD stieß auch bei den ausländischen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen auf heftige Kritik. Das Internationale Gewerkschaftsbüro – das ständige Organ der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale – erklärte, daß der Verzicht auf den Generalstreik den Arbeitern anderer Länder kaum verständlich gemacht werden könne. Demonstrativ bereitete das Büro die Verlegung seines Sitzes von Berlin ins Ausland vor. Die Führer der SPD hatten wieder gegen einen Beschluß der Sozialistischen Arbeiterinternationale verstoßen, denn in der politischen Entschließung des 4. Kongresses der SAI im Juli 1931 in Wien hieß es: „... wenn im Gefolge einer solchen Katastrophe der deutschen Wirtschaft in ganz Europa östlich vom Rhein die faschistische Gewalt der Arbeiterklasse ihren demokratischen Kampfboden entreißt: dann wird der Arbeiterklasse kein anderer Ausweg bleiben, als der Herrschaft des

Faschismus alle ihre Machtmittel entgegenzuwerfen."[121] Während die Politik der KPD das zum Inhalt hatte, beschränkte sich die Führung der SPD auf papierne Anträge an den Staatsgerichtshof.

4. Die Klassenkämpfe im Herbst 1932 und der Sturz der Regierung Papen

Am 31. Juli 1932 wurde erneut der Reichstag gewählt. Die KPD erhielt 5,4 Millionen Stimmen, 780 000 Stimmen mehr als bei den Reichstagswahlen von 1930. Die Verbesserung der Parteiarbeit auf der Grundlage der Beschlüsse des Februar- und des Maiplenums und der entschiedene Kampf gegen den Angriff der Regierung Papen wirkten sich bereits aus.

Die kommunistische Reichstagsfraktion zählte nun 89 Abgeordnete, unter ihnen Willi Agatz, Artur Becker, Hans Beimler, Albert Buchmann, Roman Chwalek, August Creutzburg, Franz Dahlem, Helene Fleischer, Wilhelm Florin, Hugo Gräf, Ernst Grube, Fritz Heckert, Christian Heuck, Johanna Himmler, Edwin Hoernle, Anton Jadasch, Albert Kayser, Olga Körner, Max Maddalena, Willi Münzenberg, Theodor Neubauer, Heinz Neumann, Helene Overlach, Hugo Paul, Wilhelm Pieck, Ernst Putz, Siegfried Rädel, Hermann Remmele, Hanna Sandtner, John Schehr, Ernst Schneller, Georg Schumann, Walter Schütz, Fritz Selbmann, Robert Stamm, Walter Stoecker, Ernst Thälmann, Matthias Thesen, Ernst Torgler, Walter Ulbricht, Herbert Warnke, Walter Weidauer und Clara Zetkin.

Die SPD verlor 616 000 Wähler. Das war die Quittung für das Versagen der sozialdemokratischen Führung am 20. Juli. Im übrigen bestätigten diese Wahlen die Ergebnisse der Frühjahrswahlen: weitgehendes Dahinschwinden des Einflusses der meisten alten bürgerlichen Parteien – die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Staatspartei (Demokratische Partei) und die Wirtschaftspartei besaßen nur noch den Rang von Splitterparteien; zusammen mit den anderen kleinen Parteien erhielten sie nicht einmal mehr 2 Millionen Stimmen gegenüber mehr als 7,7 Millionen bei den Wahlen von 1930 –, Stabilität des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei und relativ geringe Ver-

[121] Vorwärts (Berlin), 30. Juli 1931 (Abendausgabe).

luste der Deutschnationalen Volkspartei, die schon im Jahre 1930 einen sehr starken Rückschlag erlitten hatte.

Ein wichtiges Charakteristikum dieser Wahlen bestand darin, daß die Nazis nicht mehr weiter vordringen konnten. Sie erhielten zwar fast 13,8 Millionen Stimmen und konnten im Vergleich zu 1930 ihre Fraktion mehr als verdoppeln, ihr Stimmenanteil aber war seit den Reichspräsidenten- und den Landtagswahlen im Frühjahr nicht mehr gewachsen. In einigen wichtigen Industriegebieten – vor allem in Berlin, in Oberschlesien, in den westfälischen Wahlkreisen und in Chemnitz-Zwickau –, aber auch in Franken und Südbayern war es der von der KPD organisierten antifaschistischen Bewegung bereits gelungen, die Faschisten etwas zurückzudrängen.

Das erschwerte es den faschistischen Kräften, ihre weiteren Pläne so schnell auszuführen, wie sie es nach ihrem Sieg am 20. Juli erhofft hatten.[122] Besprechungen Paul von Hindenburgs, Franz von Papens und Kurt von Schleichers mit Adolf Hitler über die Beteiligung der Nazipartei an der Regierung blieben deshalb im August und September ergebnislos.

Der neugewählte Reichstag wurde erst am 30. August eröffnet. Die von Franz von Papen repräsentierten Kreise waren entschlossen, parlamentarische Formen nicht wieder aufkommen zu lassen; der neue Reichstag bestand daher auch nicht lange. Die schon schwer erkrankte Alterspräsidentin des Reichstags, Clara Zetkin, benutzte, ungeachtet der Drohungen der Nazifraktion, seine Eröffnung unerschrocken, um vor den Abgeordneten und hauptsächlich vor den zahlreichen Arbeitern der Berliner Betriebe und den deutschen und ausländischen Pressevertretern auf den Tribünen die Pläne der deutschen Imperialisten und Faschisten zu entlarven. Sie mahnte alle Antifaschisten: „Das Gebot der Stunde ist die Einheitsfront aller Werktätigen, um den Faschismus zurückzuwerfen, um damit den Versklavten und Ausgebeuteten die Kraft und die Macht ihrer Organisationen zu erhalten, ja sogar ihr physisches Leben. Vor dieser zwingenden geschichtlichen Notwendigkeit müssen alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten."[123]

122 Dokument Nr. 108.

123 Clara Zetkin: Es gilt, den Faschismus niederzuringen! Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstages, 30. August 1932. In: Clara Zetkin: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. III, Berlin 1960, S. 418.

So leistete Clara Zetkin noch im hohen Alter einen wertvollen Beitrag zum Kampf gegen die Vorbereitung der faschistischen Diktatur und des Krieges. Bis zu ihrem Tode widmete diese große Vorkämpferin und Organisatorin der internationalen Arbeiter- und Frauenbewegung, die konsequente Kämpferin gegen Imperialismus und Krieg, ihr Leben und ihre Arbeit der Befreiung des Volkes von imperialistischer Knechtschaft und dem Kampf für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der deutschen Nation.

Die tiefe Krise des bürgerlichen Parlamentarismus wurde bei der zweiten Sitzung des gerade erst gewählten Reichstags am 12. September deutlich sichtbar. Die Erbitterung, die im Volke über die Notverordnungsdiktatur Franz von Papens herrschte, zwang die Parteien, ohne vorherige Aussprache den Mißtrauensantrag der KPD anzunehmen. 512 Abgeordnete stimmten dem Mißtrauensantrag zu, und nur die 42 Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei waren dagegen. Noch nie hatte eine Regierung im Reichstag eine derartige Abfuhr erhalten. Es war nicht zu übersehen, daß die Papen-Regierung keine Basis besaß und früher oder später dem Druck der Massen werde weichen müssen. Franz von Papen erschien bereits zur Reichstagssitzung mit einer neuen Auflösungsorder des Reichspräsidenten, konnte sie aber vor dieser demonstrativen Abstimmung nicht mehr verkünden. Die KPD protestierte sofort gegen die Auflösung des Reichstags, die nach einem gültigen Mißtrauensbeschluß erfolgt und zudem offen damit begründet worden war, daß der Reichstag auf diese Weise daran gehindert werden sollte, die Notverordnungen aufzuheben, das heißt sein verfassungsmäßiges Recht wahrzunehmen. Die anderen Parteien fügten sich letzten Endes diesem Übergriff der Präsidialdiktatur, mit dem die Verfassung vergewaltigt wurde, und überließen es der KPD allein, die Verfassung zu verteidigen.

Kurz zuvor hatte Franz von Papen einen neuen massiven Angriff auf die Rechte und Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben eingeleitet. Am 4. und 5. September wurden Verordnungen zur Belebung der Wirtschaft und zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit[124] erlassen. Diese Verordnungen sahen abermals eine Senkung der Löhne und Gehälter vor.

Den Unternehmern wurden für die Einstellung von Arbeitern und für die Entrichtung fälliger Steuern Prämien gewährt. Diese Prämien

[124] Dokument Nr. 107.

hatten die Form sogenannter Steuergutscheine, die ab 1934 wieder in Zahlung genommen werden sollten. Die Gutscheine repräsentierten Steuereinnahmen, mit denen der Staat 1934 und später rechnete: die Steuern, die die Inhaber der Scheine damit entrichten würden. Für die Unternehmer bedeuteten sie aber sofort verwendbare Kreditunterlagen. Der Staat begann also jetzt, finanzielle Mittel, über die er noch gar nicht verfügte, in die Wirtschaft zu pumpen. Er griff damit zugunsten der Monopole nun auch die Währung an. Das System der Steuergutscheine war in Besprechungen von Vertretern der Banken und der Industrie mit den Ministerien für Wirtschaft und für Finanzen ausgearbeitet worden.

Außerdem sollten die Unternehmer ohne Änderung des Arbeitsvertrages die Tariflohnsätze bei „Gefährdung der Weiterführung des Betriebes" bis zu 20 Prozent unterschreiten können. Bei Neueinstellungen konnte der Tarifstundenlohn der gesamten Belegschaft für die 31. bis 40. Wochenstunde bis zur Hälfte gesenkt werden. Die Kapitalisten sollten also in kurzer Zeit die bisher radikalste Lohnsenkung durchführen können und dazu noch staatliche Prämien erhalten. Damit wurde praktisch das Tarifrecht, eine der grundlegenden sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, außer Kraft gesetzt. Franz von Papens Sozial- und Wirtschaftspolitik zeigte ausgeprägte Züge des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Gegen die weitere Verschlechterung der ohnehin unerträglichen Lage der Arbeiter durch die Notverordnungen Franz von Papens erhob sich im September, Oktober und November eine im Zeichen der Antifaschistischen Aktion stehende Streikwelle. Unter den Kampflosungen: Gegen den Hunger, gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Notverordnungen und Arbeitsdienstpflicht, gegen Faschismus, Papen-Diktatur und imperialistischen Krieg kam es in Berlin, Bochum, Chemnitz, Dresden, Görlitz, Gotha, Hamburg, Mannheim und in zahlreichen anderen Orten zu Streikkämpfen. Die KPD sah ihre Hauptaufgabe darin, jetzt die politische Arbeit in den Betrieben zu verstärken. Die Antifaschistische Aktion, deren Kraft zunächst nicht ausgereicht hatte, die Bewegung auch in den Betrieben voranzutreiben, orientierte sich bereits mit den am 14. August eingeleiteten antifaschistischen Betriebswochen auf den entscheidenden Kampfabschnitt, auf die Produktionsbetriebe.

In der Zeit vom 5. September bis zum Dezember 1932 fanden etwa 1100 Streiks statt, von denen die Mehrzahl erfolgreich oder mit Teil-

erfolgen beendet werden konnte. Neben regelrechten Streikaktionen organisierten die Arbeiter passive Resistenz und kurzfristige Proteststreiks. Oft genügte schon der Streikbeschluß der Belegschaft oder die Wahl einer Streikleitung, um den Unternehmer zur Zurücknahme des Lohnabbaus zu zwingen.

Die nach Millionen zählenden Erwerbslosen ließen sich auch jetzt nicht als Streikbrecher mißbrauchen, sondern unterstützten die streikenden Arbeiter. So erklärten sich zum Beispiel Vertreter der Erwerbslosen mit den Arbeitern der Spinnstoffabrik Zehlendorf in Berlin solidarisch, die eine Streikleitung aus fünf Angehörigen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, vier Mitgliedern des ADGB und vier Unorganisierten wählten und die Zurücknahme einer Lohnsenkung erzwangen.

Vielfach solidarisierte sich die Bevölkerung mit den Streikenden, unterstützte sie beim Kampf gegen Streikbrecher und spendete Geld und Lebensmittel. In Wuppertal-Ronsdorf konnte die Internationale Arbeiterhilfe für die unter Führung der RGO streikende Belegschaft des Kabelwerkes Reinshagen annähernd 1000 RM und eine große Menge Lebensmittel sammeln. Ein Teil davon wurde nach erfolgreicher Beendigung des Streiks den streikenden Arbeitern des Alexander-Werkes in Remscheid zur Verfügung gestellt.

In diesen Streiks entwickelte sich die Aktionseinheit weiter. Es gelang auch, von den Nazis beeinflußte Arbeiter in den Streikkampf einzubeziehen. So beteiligten sich in der Metallfabrik Wittmann in Hagen-Haspe unter Führung der RGO alle Arbeiter geschlossen am Streik. Die der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, dem Deutschen Metallarbeiterverband, den christlichen Gewerkschaften und der nationalsozialistischen Betriebszelle angehörenden Arbeiter standen Seite an Seite Streikposten. Der Streik endete mit einem vollen Erfolg der Belegschaft. Ebenso erfolgreich verlief der Streik bei der Gesellschaft für Cord-Industrie in Helenabrunn. In der abschließenden Streikversammlung dankte der christliche Obmann im Namen der Arbeiter dem Vertreter der RGO für die tatkräftige Unterstützung des Streiks.

Da die Unternehmer den Angriff auf die Löhne und Tarife äußerst differenziert führten, gelang es nur in wenigen Fällen, Streiks in Großbetrieben oder – wie in den Weißenfelser Schuhfabriken – in einer größeren Anzahl von Betrieben zugleich auszulösen. Die Streikwelle blieb in der Hauptsache auf Klein- und Mittelbetriebe, vor allem der Metall-, Textil- und Bauindustrie, beschränkt. Außerdem kam es zu

zahlreichen Streiks von Wohlfahrtsfürsorgeempfängern, die Notstandsarbeiten ausführen mußten, und zu Ausständen in Lagern des freiwilligen Arbeitsdienstes. Auch die Landarbeiter setzten sich gegen die Hungerpolitik der Papen-Regierung zur Wehr: In zwei Monaten wurden über 300 Landarbeiterstreiks und mehrere Forstarbeiterstreiks gezählt.

Dort, wo die Streikführung in den Händen der RGO lag, verliefen die Kämpfe in den meisten Fällen siegreich. Ernst Thälmann nannte Mitte Oktober 1932 bereits 228 erfolgreich beendete Streiks. Dort jedoch, wo die Verbandsleitungen des ADGB die Streikführung an sich rissen – wie das bei dem Streik der 8000 Hamburger Verkehrsarbeiter im Oktober der Fall war –, endeten die Streiks nicht selten mit Niederlagen der Arbeiter. Dennoch zeigten die Streikkämpfe im Herbst 1932, daß sich die Arbeiter ihrer eigenen Kraft immer mehr bewußt wurden und daß ihre Kampfentschlossenheit wuchs.

Die Streikwelle ließ die Verordnungen Franz von Papens faktisch unwirksam werden. Auch die Unternehmer zahlreicher nichtbestreikter Betriebe verzichteten angesichts der Kampfentschlossenheit der Arbeiter auf Lohnsenkungen und auf den Bruch der Tarife. Die politische Bedeutung der hauptsächlich wegen ökonomischer Forderungen geführten Streiks bestand darin, daß nun auch die Wirtschaftspolitik der Papen-Regierung scheiterte.

So bewiesen die kämpfenden Arbeiter, in deren vorderster Reihe Kommunisten und revolutionäre Gewerkschafter standen, wie man den Anschlägen des Finanzkapitals begegnen konnte. Die von der KPD ausgearbeitete Politik des Kampfes für die Tagesinteressen der Werktätigen und der einheitlichen Aktion gegen die Faschisierung Deutschlands bewährte sich.

Hingegen begannen die Führungen der SPD und der unter ihrem Einfluß stehenden Gewerkschaften eine propagandistische Kampagne, die den aktuellen Aufgaben des antifaschistischen Kampfes nicht gerecht wurde. Bereits Ende Juni hatten der ADGB und der Allgemeine freie Angestelltenbund ein „Rettungsprogramm der Gewerkschaften" zum „Umbau der Wirtschaft"[125] veröffentlicht, in dem von Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, des Großgrundbesitzes und der Banken sowie von einem staatlichen Außenhandelsmonopol die Rede war. Im August beschloß die Reichstagsfraktion der SPD eine Anzahl von Anträgen, die die Forderungen zum „Umbau der Wirtschaft" in die

[125] Dokument Nr. 91.

Form von Gesetzentwürfen kleideten. Der Parteivorsitzende Otto Wels rief im Sinne des „Umbau"programms zu einer „Sozialistischen Aktion" auf.

Diese Gesetzentwürfe sahen eine Entschädigung der Aktionäre und Eigentümer beziehungsweise die Zahlung von Renten an die Großgrundbesitzer vor. Im Vordergrund standen Maßnahmen zur Lenkung der Wirtschaft durch den bestehenden Staat. Ein Teil der zum Umbau vorgeschlagenen Wirtschaftsbereiche war bereits in erheblichem Umfang im Besitz der öffentlichen Hand. Dies und die ausdrückliche Beschränkung auf den parlamentarischen Weg zeigten, daß diese Überlegungen dem Wesen nach auf eine Weiterentwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hinausliefen. Die „Sozialisierung", die den Autoren des „Umbau"programms vorschwebte, tastete die Macht des Finanzkapitals nicht an.

Die Entwürfe propagierten illusionäre Vorstellungen von dem Wege, der zum Sozialismus führen sollte, und vom Sozialismus selbst. Danach würde es sich beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus um eine „Umgestaltung der Wirtschaft" in der angedeuteten Weise handeln, vorgenommen von einer Parlamentsmehrheit im Rahmen des imperialistischen Staates, unter Wahrung bürgerlicher Legalität und mit Hilfe des alten Verwaltungsapparats. Die „politische Macht" wurde ausschließlich als Parlamentsmehrheit verstanden. Die entscheidende Frage – die Notwendigkeit, die Klassenherrschaft der imperialistischen Bourgeoisie zu brechen und die Macht der Arbeiterklasse zu errichten – blieb gänzlich außer Betracht.

Eine offizielle sozialdemokratische Begründung der Beschlüsse der Reichstagsfraktion behauptete sogar: „Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation hat neue und günstigere Voraussetzungen für einen schnelleren Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus geschaffen, als sie jemals früher bestanden haben."[126] Zum Unterschied von der Situation im November 1918 – damals hätte, entschuldigten sich die maßgeblichen Führer der Sozialdemokratie, Sozialisierung eine wirtschaftliche Katastrophe bedeutet – sei der deutsche Produktionsapparat jetzt vollkommen, und es gebe reichliche Vorräte. Diese abwegige Argumentation erklärte nicht, warum die Sozialdemokratie zum Beispiel die in dieser Hinsicht wie auch in bezug auf ihren politischen Einfluß weit günstigere Situation der Jahre 1928 und 1929 nicht zu nutzen versucht hatte, um diesen Weg zum Sozialismus zu er-

[126] Sozialdemokratische Parteikorrespondenz (Berlin), 1932, Nr. 8/9, S. 445.



Karl-Liebknecht-Haus im Juli 1932, Sitz des ZK der KPD



Preis 5 Pf.

Rote Sturmfahne

Generalstreik gegen faschistische Generalsdiktatur

Trefft in allen Betrieben sofort die Vorbereitungen zum Kampf! — Kapitulation bedeutet Niederlage — Verjagt die SPD-Feiglinge aus Euren Reihen! — Stürmt kühn vorwärts unter den Fahnen der proletarischen Diktatur!

Die Stunde ruft gebieterisch nach dem politischen Massenstreik

Was ist in dieser Stunde zu tun?

Organisiert den Generalstreik!

Appell der Kommunistischen Partei an alle Arbeiter Deutschlands!

Aufruf der KPD vom 20. Juli 1932



Mitglieder der deutschen Delegation zum Internationalen Kongreß gegen den imperialistischen Krieg in Amsterdam, 27.–29. August 1932. Links stehend Fritz Heckert



Clara Zetkin hält als Alterspräsidentin die Eröffnungsrede im Reichstag,
30. August 1932



l'Humanité

ORGANE CENTRAL DU PARTI COMMUNISTE (S.F.I.C.)

Herriot est parti en Espagne mais il n'a pas échappé à la plume...

de Jules Rivet

à partir du 3 novembre

THAELMANN A PARLÉ HIER A PARIS

Meeting monstre à Bullier

QUINZE MILLE PROLÉTAIRES ACCLAMENT LE SECRÉTAIRE DU PARTI COMMUNISTE ALLEMAND !

« Vive la Révolution Russe ! »
« A bas le traité de Versailles ! »

Des milliers de travailleurs n'ont pu pénétrer dans la salle

LE DISCOURS DE MARCEL CACHIN

Thaelmann nous dit :

Contre les plans de brigands au Maroc

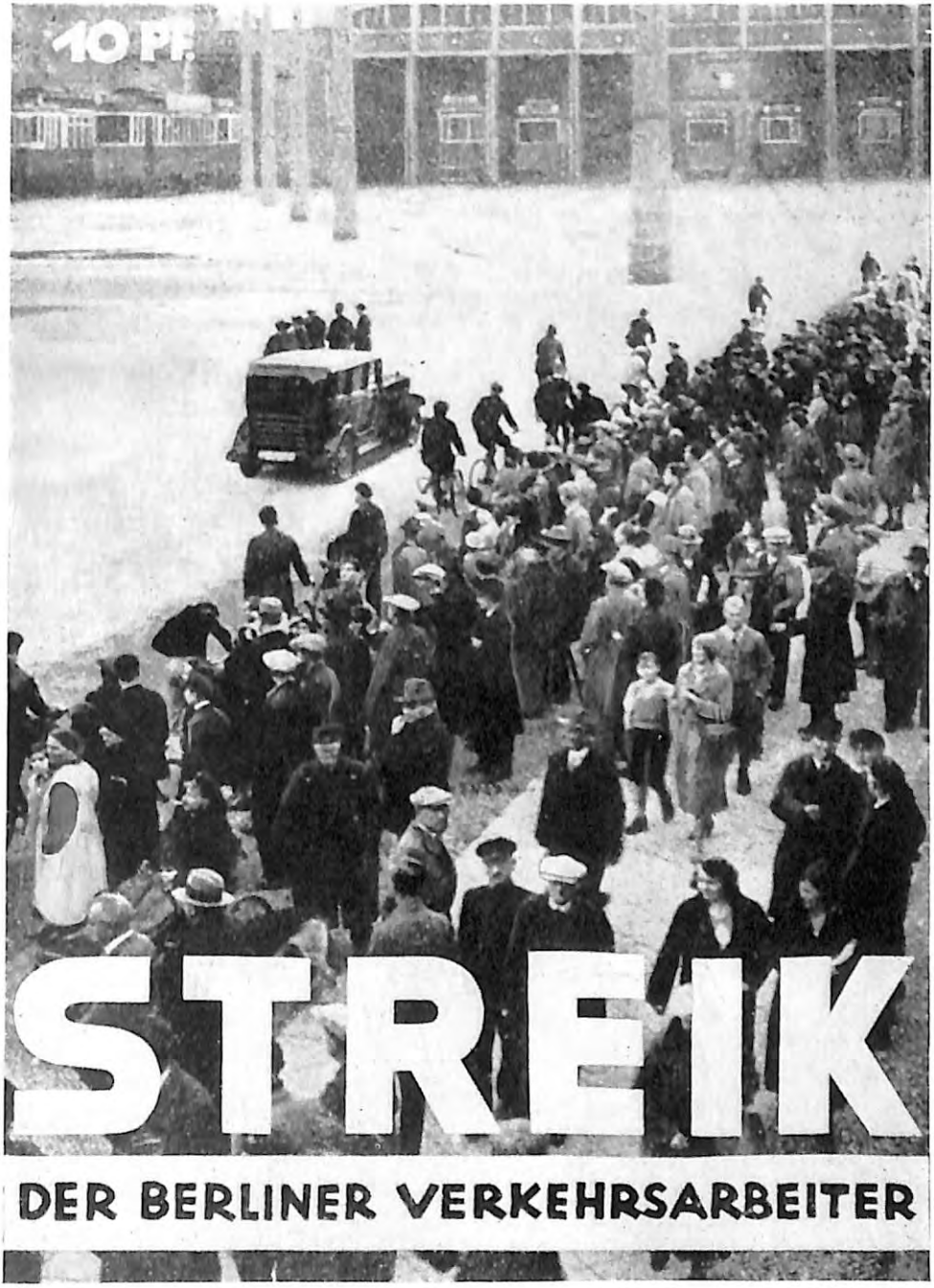
LES CRIS DE : A BAS LA GUERRE IMPÉRIALISTE ANTIFASCISTE ! ONT RETENTI AUX OREILLES D'HERRIOT A SON ARRIVÉE A MADRID

Cheminots les unitaires vous appellent au front unique !

En Algérie

TROP DE MONDE

Titelseite der „l'Humanité" vom 1. November 1932 mit der Rede Ernst Thälmanns in Paris



Umschlagseite einer Broschüre über den BVG-Streik vom November 1932



Sechs Millionen kommunistische Stimmen bei den Reichstagswahlen im November 1932.
„Aber Papen, was machen Sie denn da?" „Ich lege den bolschewistischen Sumpf trocken."
Fotomontage John Heartfields über das Scheitern Franz von Papens



Reichswehrminister Kurt von Schleicher und Reichskanzler Franz von Papen, 1932



Schupo schützt den provokatorischen Naziaufmarsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, 22. Januar 1933



Die Werktätigen Berlins versammeln sich vor dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des ZK der KPD, zu einer Gegendemonstration gegen den vorangegangenen Naziaufmarsch, 25. Januar 1933

proben. Statt dessen wurde die Hoffnung ausgesprochen, im Reichstag werde jetzt eine Mehrheit für die sozialdemokratischen „Umbau"vorschläge zustande kommen, zumal sich früher oder später viele der bisherigen Nazianhänger zu diesem Weg bekennen würden!

Die Vorschläge, Argumente und Überlegungen des Sozialisierungsprogramms der sozialdemokratischen Führung vom Sommer 1932 gingen von bürgerlichen Reformvorstellungen aus, die in gewisser Weise die Interessen des modernen Kapitalismus widerspiegelten. Doch den Interessen der Arbeiterklasse entsprach ein solches Programm nicht. Es war nur ein neuer Ausdruck der an wirtschaftsdemokratische und parlamentarische Illusionen geketteten opportunistischen Vorstellung vom friedlichen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus.

In der äußerst zugespitzten Klassenkampfsituation des Sommers 1932 aber hatte es noch eine spezifische politische Bedeutung, wenn die sozialdemokratische Führung jetzt ein solches „Umbau"programm vorlegte. Es konnte nämlich dazu angetan sein, die Mitglieder und Wähler der SPD, die sich in wachsender Zahl dem von der KPD organisierten antifaschistischen Kampf anschlossen, von diesem Schritt zurückzuhalten und zu desorientieren. Es ging jetzt darum, alle verfügbaren demokratischen Kräfte in den Kampf gegen den Faschismus zu führen. An einigen wichtigen Abschnitten des Klassenkampfes gelang es den kämpfenden Antifaschisten bereits, die Politik der Regierung Papen zu stören und den Faschismus aufzuhalten. Die in diesem Moment gemachten „Umbau"vorschläge und die „Sozialistische Aktion" der sozialdemokratischen Führung aber konnten in keiner Weise den Zusammenschluß der antifaschistischen Kräfte gegen die inzwischen riesengroß gewordene faschistische Gefahr fördern, sondern waren höchstens geeignet, neue Illusionen zu wecken. Zur Verteidigung der demokratischen Volksrechte konnten sie nicht beitragen.

Die Führung der SPD nahm abermals eine Position ein, die dem Monopolkapital nicht gefährlich werden konnte. Als die Verordnungen vom 4. und 5. September sofortige Gegenmaßnahmen erforderten, wußte die SPD – während die KPD und die RGO Streiks organisierten – nichts Besseres zu tun, als ein Volksbegehren gegen die sozialreaktionären Maßnahmen zu beantragen. Dieser Weg aber hätte erst nach Monaten zu einem Erfolg führen können und die Regierung nicht an weiteren Schlägen gegen die demokratischen Kräfte gehindert.

Während der Streikwelle gegen das Papen-Regime, vom 15. bis

18. Oktober 1932, fand in Berlin die 3. Reichsparteikonferenz der KPD statt. An der Konferenz nahmen 216 Delegierte teil, ferner – soweit sie nicht ohnehin delegiert waren – die Mitglieder des Zentralkomitees, die Bezirkssekretäre und die Redakteure der Parteipresse. 129 Delegierte kamen aus Industriebetrieben, 10 von Gütern; 5 Delegierte waren während der Streiks der vergangenen Wochen gemaßregelt worden. Außerdem befanden sich unter den Delegierten 10 Bauern, Winzer und Kleingewerbetreibende. Von den 24 weiblichen Delegierten waren 15 Arbeiterinnen, 2 Angestellte, 6 Arbeiterfrauen und eine Bäuerin.

Die Delegierten vertraten etwa 300 000 Parteimitglieder. Das rasche Wachstum der Partei in den letzten Jahren spiegelte sich auch darin wider, daß 92 Delegierte erst 1930 oder später der KPD beigetreten waren. Die Kader der Partei waren jung: Nur 26 Delegierte waren älter als 40 Jahre, 79 aber jünger als 30 Jahre. Nur noch 23 Delegierte gehörten Verbänden des ADGB an; 99 waren aus ihnen ausgeschlossen worden.

Die KPD mußte ihren Kampf unter außerordentlich schwierigen Bedingungen führen und hatte zahlreiche Opfer zu beklagen. In den letzten drei Jahren der Weimarer Republik erschoß die Polizei 170 Arbeiter, und 240 Antifaschisten wurden von faschistischen Terroristen ermordet. Polizeiaktionen gegen Lokale der KPD und Haussuchungen waren an der Tagesordnung. Allein im Jahre 1932 wurde die Polizei fast tausendmal gegen die KPD eingesetzt. Öffentliche Kundgebungen wurden für lange Zeit verboten. Tausende von antifaschistischen Arbeitern wurden von der Klassenjustiz verfolgt. Die Kommunistische Partei und die revolutionären Massenorganisationen waren ständig der Gefahr ausgesetzt, verboten zu werden.

Die KPD besaß im Jahre 1932 37 Tageszeitungen. Deren Abonnentenzahl hatte sich seit 1929 von einer Viertelmillion auf eine Drittelmillion erhöht. Damit verfügte die KPD aber nur über etwa ein Prozent der deutschen Zeitungen. Die revolutionäre Presse wurde zudem häufig und langfristig verboten. Ihren kleinen legalen Presseapparat ergänzte die KPD, indem sie Betriebszeitungen und Häuserblockzeitungen herausgab, deren Zahl in den Jahren 1928 und 1929 zwischen 700 und 800, 1931 aber bereits bei 4350 lag. Während die bürgerlichen Parteien erhebliche Mittel aus den Propagandafonds des Finanzkapitals erhielten, mußte die Agitation und Propaganda der KPD mit den Groschenbeiträgen ihrer zumeist erwerbslosen Mitglie-

der finanziert werden. Außerdem stand der Rundfunk allen Parteien – unter Papen und Schleicher auch der Nazipartei – zur Verfügung, nur der KPD war er verschlossen.

Auf der Tagesordnung der 3. Parteikonferenz standen der Bericht Ernst Thälmanns über das XII. Plenum des EKKI und die Aufgaben der KPD[127] sowie ein Bericht Wilhelm Florins über das Referat D. S. Manuilskis auf der Tagung des EKKI zum sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Die Beratungen wurden von Wilhelm Florin, John Schehr, Walter Ulbricht und von Wilhelm Pieck geleitet, der auch die Eröffnungsansprache hielt. Im Verlauf der Diskussion ergriffen 58 Delegierte und Gäste das Wort.

Die Konferenz analysierte die Veränderungen im Kräfteverhältnis der Klassen. Diese Veränderungen waren gekennzeichnet einerseits durch die Erfolge der Antifaschistischen Aktion und der Streikbewegung in den letzten Wochen, andererseits durch den Übergang der herrschenden Kreise zu einer Politik, die die Aufrichtung der offenen, faschistischen Diktatur unmittelbar vorbereitete. Die Konferenz untersuchte gründlich die Erfahrungen, die im antifaschistischen Kampf und bei der Führung der Streikbewegung gesammelt worden waren. Darüber sprach die Mehrzahl der Diskussionsredner. Neben Mitgliedern der Parteiführung und anderen leitenden Funktionären kam eine größere Anzahl von Delegierten aus Betriebszellen zu Wort. Unter ihnen befanden sich Vertreter der Zellen in den Krupp-Werken, bei der Hamburger Hochbahn, in den Eisenacher Dixi-Werken, in den Leunawerken, bei der Berliner Verkehrs-AG (BVG) und in den Siemens-Werken. Im Referat Ernst Thälmanns und in der Diskussion wurde nachgewiesen, daß in den ökonomischen und politischen Tageskämpfen gegen die Notverordnungen und gegen die faschistischen Anschläge die Grundlage dafür gelegt wurde, daß der Einfluß der KPD wuchs und die Faschisten gestoppt wurden. Davon ausgehend, stellte Ernst Thälmann in seinem Schlußwort die Aufgabe, nun größere Teile der von den Nazis irregeleiteten Werktätigen vom faschistischen Einfluß zu lösen und für die antifaschistische Bewegung zu gewinnen.

Allerdings spiegelte sich in den Referaten auf der Parteikonferenz auch wider, daß zu jener Zeit – vor allem durch die Beratungen des XII. Plenums des EKKI, das vom 27. August bis 15. September 1932 in Moskau stattgefunden hatte – einige Auffassungen erneut erhärtet wurden, die der Lage nicht gerecht wurden und deren Enge die KPD

[127] Dokument Nr. 109.

durch das Herantreten von Bezirksleitungen an Leitungen der SPD – wie es in Berlin geschehen war –, durch die Angebote der preußischen Landtagsfraktion an SPD und Zentrum zum gemeinsamen Vorgehen oder durch den Vorschlag des Zentralkomitees an die anderen Arbeiterorganisationen zur Abwehr des Staatsstreiches vom 20. Juli schon gesprengt hatte. So wurde zum Beispiel die irrige Vorstellung wieder betont, daß die nächste Aufgabe der Partei darin bestehe, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf um die politische Macht zu gewinnen. Auch die falsche Einschätzung, daß die Sozialdemokratie die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie sei, wurde erneut bekräftigt.

In Referaten und Diskussionsbeiträgen auf der 3. Parteikonferenz wurde mit der Neumann-Gruppe abgerechnet. Nachdem deren sektiererische und dogmatische Auffassungen auf der Februartagung des ZK zerschlagen worden waren, war Heinz Neumann zur parteifeindlichen Fraktionstätigkeit übergegangen. Er hatte versucht, einen Gegensatz zwischen der Parteiführung der KPD und der Kommunistischen Internationale zu provozieren sowie einzelne Bezirksleitungen gegen das Zentralkomitee aufzuwiegeln. Die unter schwierigen Bedingungen kämpfende Partei mußte ihre Einheit und Geschlossenheit auf das sorgfältigste wahren und sie entschieden verteidigen. Die KPD erwies sich als gefestigt genug, dem Treiben eines sektiererischen Abenteurers wie Heinz Neumann entgegenzutreten und seine Versuche, eine Fraktion zu bilden, zu zerschlagen. An die Seite des Parteivorsitzenden Ernst Thälmann und der erfahrenen Funktionäre in der Parteiführung, wie Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Wilhelm Koenen, Wilhelm Pieck, Ernst Schneller, Walter Stoecker, Walter Ulbricht und anderer, war inzwischen eine große Anzahl weiterer Kader getreten. Diese Funktionäre waren – in Jahren harten Klassenkampfes gestählt und von Ernst Thälmann und seinen Mitkämpfern erzogen – imstande, die Einheit der Partei zu wahren und in den kommenden Jahren härteste Prüfungen zu bestehen. Zu ihnen gehörten die Politischen Sekretäre der Bezirksorganisationen Bernhard Bästlein, Hans Beimler, Albert Buchmann, Lambert Horn, Walter Kassner, Albert Kuntz, Hermann Matern, Max Opitz, Augustin Sandtner, John Schehr, Fritz Selbmann, Robert Stamm, Paul Suhr, Hans Warnke und andere. Dazu zählten auch Funktionäre wie Philipp Daub, Max Lademann, Max Maddalena, Helene Overlach, Ernst Putz, Heinrich Rau und Max Reimann.

Die Neumann-Gruppe hatte auf Mißerfolge der Partei spekuliert,

um die Autorität der Parteiführung, vor allem die Ernst Thälmanns, untergraben und die Führung an sich reißen zu können. Die Entwicklung seit der Februartagung und besonders die Erfolge der Antifaschistischen Aktion hatten jedoch den leninistischen Kräften recht gegeben und die Notwendigkeit bestätigt, sich auf den antifaschistischen Massenkampf zu orientieren. Auf der Parteikonferenz verurteilten Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Große, Max Opitz, Wilhelm Pieck, Fritz Selbmann, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und andere die fraktionelle Neumann-Gruppe. Die 3. Parteikonferenz bekannte sich geschlossen zum Zentralkomitee unter Führung Ernst Thälmanns.

Bei der Zerschlagung der Neumann-Gruppe hatte die Kommunistische Internationale der KPD wertvolle Hilfe geleistet. Im April und im Mai 1932 fanden Aussprachen der Politischen Kommission des EKKI mit Heinz Neumann und Hermann Remmele statt, an denen außer dem Vertreter der KPD beim EKKI, Wilhelm Pieck, im Mai auch Ernst Thälmann und Walter Ulbricht teilnahmen. Die Umtriebe Heinz Neumanns wurden verurteilt; dieser setzte jedoch seine fraktionelle Tätigkeit fort und mußte daher im August aus dem Politbüro des Zentralkomitees der KPD und auf dem XII. Plenum des EKKI auch aus dessen Präsidium entfernt werden. Hermann Remmele, der sich von der fraktionellen Gruppe nicht löste, schied auf der der Parteikonferenz vorangegangenen Tagung des Zentralkomitees aus dem Sekretariat aus. Nunmehr setzte sich das Sekretariat des Zentralkomitees aus dem Parteivorsitzenden Ernst Thälmann sowie John Schehr und Walter Ulbricht als Mitgliedern und Wilhelm Florin und Wilhelm Pieck als Kandidaten zusammen. Wilhelm Florin übernahm ab Dezember auch die Leitung der Bezirksparteiorganisation Berlin–Brandenburg–Lausitz–Grenzmark.

Der Sieg über die sektiererische Neumann-Gruppe trug entscheidend dazu bei, die Leninschen Prinzipien des Massenkampfes in der Partei durchzusetzen. Damit fanden langwierige Auseinandersetzungen ihren Abschluß, die die KPD sehr behindert hatten, ihre antiimperialistische Politik zu entwickeln und eine umfassende antifaschistische Front zu schaffen.

Besonderen Schaden hatte die fraktionelle Neumann-Gruppe im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands angerichtet. Kurt Müller und Heinz Neumann war es gelungen, einen Teil der Mitglieder des Zentralkomitees und andere führende Funktionäre des KJVD auf eine sektiererische Linie, die der Politik der KPD entgegenstand, zu

drängen und in einen offenen Gegensatz zur Führung der KPD zu bringen. Die Neumann-Gruppe mißbrauchte den spontanen Tatendrang und die avantgardistische Stimmung unter der Jugend und lenkte mit pseudorevolutionären Phrasen von der geduldigen Kleinarbeit zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterjugend ab.

Im Gegensatz dazu hatten sich auf der Grundlage der Politik der Antifaschistischen Aktion in verschiedenen Bezirks- und Ortsorganisationen des KJVD bereits einige gute Ansätze des gemeinsamen Auftretens der Arbeiterjugend gegen den faschistischen Terror und gegen den Mißbrauch der Jugend im Arbeitsdienst entwickelt.

Gestützt auf diese positiven Ansätze in der Arbeit des KJVD und mit Hilfe jener Mitglieder des Zentralkomitees und anderen Funktionäre des Jugendverbandes, die fest zur Politik der leninistischen Führung der KPD standen, konnte die Partei den schädlichen Einfluß des Sektierertums im KJVD zurückdrängen. Ernst Thälmann hatte daran persönlich großen Anteil. Die ideologisch-politische Klärung in der Führung des Jugendverbandes erfolgte vor allem auf der Tagung des Zentralkomitees des KJVD im November 1932. Ernst Thälmann erläuterte in seinem Referat die dem Jugendverband in der Resolution der Parteikonferenz gestellte Hauptaufgabe, den KJVD zu einer wirklich kampffähigen und schlagkräftigen Massenorganisation der proletarischen und der übrigen werktätigen Jugend auszubauen. Entschieden wandte sich Ernst Thälmann gegen sektiererische Auffassungen und gegen den Spontaneitätsglauben. An die Spitze des Jugendverbandes trat jetzt ein Leitungskollektiv, bereit und fähig, die Parteibeschlüsse im Jugendverband durchzusetzen: Fritz Große wurde Vorsitzender und Erich Jungmann Zweiter Vorsitzender, Artur Becker wurde mit der Vertretung des KJVD beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale beauftragt.

Nach der 3. Reichsparteikonferenz der KPD, in der Zeit vom November 1932 bis Anfang Januar 1933, fanden Bezirksparteitage statt, die die Erfolge der KPD bei der Durchsetzung der Politik der Antifaschistischen Aktion widerspiegelten. Im Vordergrund standen vor allem Fragen der Einheitsfront und der Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften. So hieß es in der Politischen Resolution des Bezirksparteitages Berlin–Brandenburg–Lausitz–Grenzmark: „In den Teilkämpfen um Lohn und Brot und gegen faschistische Unterdrückung vereinigen sich die Millionenmassen des arbeitenden Volkes zum revolutionären Massenkampf und erringen die Kampferfahrungen zur

Durchführung der Massenstreikkämpfe und des politischen Generalstreiks gegen die faschistische Diktatur."[128] Die Bezirksparteitage rechneten einmütig mit der linkssektiererischen Neumann-Gruppe und deren fraktionellen Umtrieben ab.

Die 3. Parteikonferenz wies – gestützt auf die Beschlüsse des XII. Plenums des EKKI – die KPD auch auf die Notwendigkeit hin, der weiter wachsenden Kriegsgefahr und der Flut chauvinistischer Hetze mit koordinierten Aktionen noch besser entgegenzuwirken. Auf der seit Januar 1932 tagenden Genfer Abrüstungskonferenz ließen die imperialistischen Kräfte immer deutlicher ihr wahres Ziel erkennen, Deutschland zu bewaffnen und als antisowjetische Stoßkraft zu verwenden.

Der Kampf der KPD gegen die Kriegsgefahr hatte schon im Frühjahr 1932 einen Höhepunkt erreicht. Hatte man sich in den vorhergehenden Jahren in der Hauptsache auf den Antikriegstag am 1. August orientiert, an dem die Gegner des imperialistischen Krieges auf die Straße gingen, so wuchs der Kampf der Arbeiter gegen den Krieg über diese Form hinaus, seit durch den Angriff Japans auf China im September 1931 im Fernen Osten ein neuer Kriegsherd entstanden war. In Betrieben und auf Delegiertenkonferenzen wurden im Frühjahr 1932 Ausschüsse gebildet, die die Produktion und den Transport von Kriegsmaterial nach Japan aufdecken und geeignete Gegenmaßnahmen einleiten sollten. Arbeiterkorrespondenten enthüllten in der revolutionären Presse, daß deutsches Kriegsmaterial nach Japan geliefert wurde.

Im Jahre 1932 wurde deutlich, daß sich der drohende Krieg nicht auf den Fernen Osten werde lokalisieren lassen. Auf der Konferenz in Lausanne im Juli 1932 – mit dem dort abgeschlossenen Abkommen zwischen Deutschland und seinen Reparationsgläubigern endete das Reparationsproblem – versuchte Franz von Papen, das Einverständnis der anderen imperialistischen Mächte zur Aufrüstung Deutschlands zu erhalten. Er bot dem französischen Imperialismus ein antisowjetisches Abkommen und die direkte Zusammenarbeit des getarnten deutschen Generalstabs mit dem französischen Generalstab an. Zur gleichen Zeit verstärkten die deutschen Faschisten ihre revanchistische Hetze.

Ein Aufruf Henri Barbusses und Romain Rollands, die im Namen eines internationalen Initiativkomitees einen Kongreß gegen den im-

[128] Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv, D. Do. VIII/45.

perialistischen Krieg vorschlugen, hatte unter diesen Umständen ein starkes Echo in aller Welt. Der Kongreß fand vom 27. bis 29. August 1932 in Amsterdam statt. Er stellte den ersten Versuch einer internationalen Zusammenfassung aller Kriegsgegner dar, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen Ansichten. Während der Vorbereitung des Kongresses in Deutschland fand die proletarische Antikriegsbewegung engeren Kontakt zu den bürgerlich-demokratischen Kriegsgegnern. Die deutsche Delegation bestand aus 759 Mitgliedern. Dem auf dem Kongreß gebildeten Weltkomitee gegen den imperialistischen Krieg gehörten als deutsche Vertreter unter anderen Albert Einstein, Heinrich Mann, Helene Stöcker und Clara Zetkin an. In zahlreichen Veranstaltungen wurden den deutschen Werktätigen – wenn auch von Verboten und Polizeiterror stark behindert – die Beschlüsse des Kongresses erläutert. Der Amsterdamer Kongreß führte der Bewegung gegen die Kriegsgefahr und gegen den drohenden Faschismus neue Kräfte zu. Das war um so notwendiger, als zu dieser Zeit die Nazis den Rückgang ihres Masseneinflusses mit Hilfe einer neuen chauvinistischen Kampagne aufzuhalten suchten.

Die KPD benutzte den Reichstagswahlkampf im Oktober und November 1932 dazu, der chauvinistischen Hetze scharf entgegenzutreten. Insbesondere bekräftigte die KPD ihr Kampfbündnis mit der Kommunistischen Partei Frankreichs und mit der französischen Arbeiterklasse. In einer gemeinsamen Deklaration, die am 26. Oktober 1932 gleichzeitig in der „Roten Fahne" und in der „Humanité" veröffentlicht wurde, riefen die kommunistischen Parteien beider Länder die Werktätigen auf, den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und den Versailler Vertrag, gegen den Faschismus und die chauvinistische Hetze in proletarischer Geschlossenheit zu führen. Am 31. Oktober 1932 überbrachte Ernst Thälmann – illegal nach Frankreich gekommen – auf einer großen Kundgebung im Salle Bullier den Pariser Arbeitern Grüße des deutschen Proletariats. Er prangerte das Versailler System, die nationalistische Kriegshetze und die militärische Aufrüstung des deutschen und französischen Imperialismus an. Ernst Thälmanns Auftreten in Paris und am nächsten Tag auf einer Großkundgebung der Berliner Arbeiter im Sportpalast waren eindrucksvolle Demonstrationen des proletarischen Internationalismus. Mit diesen Kundgebungen, mit der gemeinsamen Deklaration und mit gleichlautenden Anträgen, die die Forderungen der Deklaration enthielten und von den beiden Parteien im Deutschen Reichstag beziehungsweise in der französischen

Kammer eingebracht wurden, erhielt der Kampf gegen nationale Demagogie und chauvinistische Hetze im Herbst 1932 neuen Auftrieb.

Daß die Warnungen der Kommunisten berechtigt waren, erwies sich, als im Dezember 1932 die Westmächte in Genf erklärten, Deutschland sei in bezug auf seine Rüstungen gleichberechtigt. Damit gaben die Westmächte dem deutschen Militarismus freie Hand. Die so entstandenen Gefahren wurden von den Vertretern kommunistischer Parteien West- und Mitteleuropas auf einer Konferenz angeprangert, die um die Jahreswende zwischen Remscheid und Solingen stattfand.[129] Hier hatte zehn Jahre zuvor eine ähnliche Konferenz gemeinsame Protestaktionen gegen die Ruhrbesetzung beschlossen. Jetzt nahmen an der Konferenz Beauftragte der Kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Luxemburgs, Österreichs und der Tschechoslowakei teil. Den französischen Delegierten war die Einreise verweigert worden. Das Referat hielt der frühere langjährige Sekretär der Bezirksorganisation der KPD im Ruhrgebiet, Wilhelm Florin.

Im Kampf gegen Chauvinismus und Kriegsgefahr hatten direkte Kontakte zwischen den deutschen Arbeitern und den Arbeitern in den Nachbarländern eine große Bedeutung. Diese Kontakte trugen dazu bei, Gemeinsamkeiten bewußtzumachen und die Wirkung der chauvinistischen Hetze einzudämmen, die die Grenzen zu ständigen Unruheherden machte. Ernst Thälmann hatte durch sein Auftreten in Paris die Solidarität der deutschen und der französischen Arbeiter bekundet. In Oberschlesien entstand kurz darauf ein Deutsch-Polnisches Komitee gegen nationalistische Kriegsgefahr. Vor mehr als 5000 Arbeitern rief Wilhelm Pieck am 8. Januar 1933 in Hindenburg zur Einheitsfront der deutschen, polnischen und tschechischen Arbeiter auf. Theodor Neubauer appellierte am selben Tag in Beuthen an die deutschen und polnischen Arbeiter, den Kampf gegen Hunger, Faschismus und drohenden Krieg zu verstärken. Am 29. Januar 1933 fand in Gleiwitz ein deutsch-polnischer Freiheitskongreß statt.

In den Wochen nach der 3. Reichsparteikonferenz der KPD versetzten die aktiven Antifaschisten den zur faschistischen Diktatur drängenden Kräften in Deutschland weitere schwere Schläge.[130] Zur gleichen Zeit bemühten sich die Faschisten angestrengt, ihre Diktatur aufzurichten, bevor die antifaschistischen Kräfte übermächtig wurden.

Unmittelbar nach der Parteikonferenz erreichte mit dem Streik der

[129] Dokument Nr. 113.

[130] Dokument Nr. 111.

22 000 Arbeiter der Berliner Verkehrsgesellschaft vom 3. bis zum 7. November 1932 die Streikwelle ihren Höhepunkt. Die Löhne der Arbeiter der BVG waren seit Mitte 1931 schon mehrere Male herabgesetzt worden. Als eine neue Lohnsenkung angekündigt wurde, war die Geduld der Arbeiter erschöpft.

In der BVG gab es 31 Betriebszellen der KPD, die aber nur 285 Mitglieder zählten. Der RGO gehörten 1200 Verkehrsarbeiter an. Angeleitet von der Bezirksleitung der KPD, namentlich von dem für die BVG eingesetzten Instrukteur Albert Kayser, von Betriebsratsmitgliedern und zahlreichen Vertrauensleuten, bereiteten die Zellen der KPD und die Gruppen der RGO den Streik systematisch vor. In Dienststellenversammlungen wurden die nächsten Forderungen aufgestellt, die alle Arbeiter der BVG angingen: Gegen jeden Pfennig Lohnraub! Keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mehr! Keine Kürzung des Krankengeldes! In den BVG-Siedlungen fanden Mieterversammlungen statt, in denen die Arbeiter die Herabsetzung ihrer Mieten verlangten. Die frühzeitige Vorbereitung erleichterte es, den Streik in dem Moment auszulösen, als der Lohnraub verkündet wurde. Bei einer Urabstimmung am 2. November 1932 entschied sich die überwältigende Mehrheit der Verkehrsarbeiter für den Streik. Die letzte Schicht blieb noch in der gleichen Nacht als Streikschutz in den Depots. Die Führung der geschlossenen Streikfront – alle Arbeiter der BVG, ob Kommunist oder Sozialdemokrat, Mitglied der RGO, des ADGB, der christlichen Gewerkschaften oder auch der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, beteiligten sich am Streik – lag in den Händen einer gewählten Streikleitung, die aus Funktionären des ADGB und der RGO, Kommunisten, Sozialdemokraten und auch zwei bei den Nazis organisierten Arbeitern bestand.

Der Streik legte den Verkehr in der Hauptstadt nahezu still. Bereits am ersten Tag fuhr keine Straßenbahn, kein Omnibus, keine U-Bahn mehr. Die Berliner Bevölkerung bekundete den Streikenden ihre Sympathie und boykottierte die wenigen Streikbrecherwagen, die später unter Polizeischutz eingesetzt wurden. Der Streik, begonnen unter der Losung „Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!", entwickelte sich zur politischen Demonstration gegen die Politik der Papen-Regierung. In vielen Betrieben wurden Solidaritätsbeschlüsse gefaßt und Sammlungen veranstaltet. Erwerbslose standen an der Seite der Verkehrsarbeiter Streikposten. Einige sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre, die von ihren Führern gezwungen worden waren, als Streikbrecher zu

fahren, stellten sich den Streikleitungen zur Verfügung. Gewerbetreibende und kleine Geschäftsleute spendeten Geld und Lebensmittel. Eine Welle der Sympathie erfaßte ganz Deutschland und darüber hinaus auch das Ausland.

Die Papen-Regierung und die Direktion der BVG versuchten fieberhaft, den Streik niederzuwerfen. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt und sofort für verbindlich erklärt, der den Lohnraub sanktionierte. Die Direktion drohte, die Streikenden fristlos zu entlassen. „Die Rote Fahne" und „Die Welt am Abend", die die Losung „Helft alle siegen!" ausgegeben hatten, wurden sofort verboten. Franz von Papen beschimpfte im Rundfunk den Streik als „Verbrechen gegen die Gesamtheit der Nation"[131]. Bei schweren Zusammenstößen mit der Polizei wurden drei Arbeiter getötet und viele verletzt. Die Polizei besetzte die meisten Streiklokale. Allein am 5. November verhaftete sie 500 Streikposten und die Verhandlungskommission der zentralen Streikleitung.

Die terroristischen Maßnahmen der Staatsgewalt, provokatorische Sabotageakte der Gauleitung der Nazis und auch der Druck einiger Gewerkschaftsführer verhinderten, daß sich der Streik wesentlich über die BVG hinaus verbreitete. Am 7. November nahm die Hälfte der Streikenden die Arbeit wieder auf. Daraufhin mußte der Streik von der zentralen Streikleitung abgebrochen werden.

Die Kampfkraft der Verkehrsarbeiter war jedoch nicht gebrochen. Ihr Streik hatte gezeigt, daß der Versuch der Papen-Regierung, die Arbeiterklasse niederzuzwingen, endgültig gescheitert war. Monopolherren und Reichswehrgenerale sahen sich angesichts der Kraft der antifaschistischen Bewegung zum Manövrieren gezwungen. So ließ General Kurt von Schleicher noch im November von seinem Ministerium ein Kriegsspiel durchspielen, um zu ermitteln, ob die Reichswehr im Falle eines Bürgerkrieges die Oberhand behalten könne. Aktueller Anlaß dieses Kriegsspiels war der Umstand, daß die Staatsgewalt nicht einmal hatte verhindern können, daß relativ wenige Arbeiter in der Reichshauptstadt den Verkehr niederhielten. Franz von Papen aber, der mit der „Ausrottung des streikhetzerischen Bolschewismus" gedroht hatte, mußte wenige Tage später abtreten.

Während des Streiks, am 6. November 1932, fanden erneut Reichs-

131 Deutscher Geschichtskalender. Begründet von Karl Wippermann. Hrsg. von Friedrich Purlitz und Sigfrid H. Steinberg. Achtundvierzigster Jg., Januar-Dezember 1932. Abteilung A: Deutschland, Leipzig (1933), S. 251.

tagswahlen statt. Der erhebliche Rückgang der Wahlbeteiligung um etwa 1,4 Millionen Wähler zeigte die Wahlmüdigkeit des Kleinbürgertums. Die Stimmenzahl, die für die KPD und für die SPD abgegeben wurde, blieb annähernd gleich, allerdings mit einer erheblichen Gewichtsverlagerung. Die SPD verlor erneut 712 000 Stimmen, die KPD gewann 610 000. Sie erhielt jetzt sechs Millionen Stimmen und 100 Mandate. Jeder sechste Wähler stimmte für die KPD. Die Nazis hingegen büßten zwei Millionen Stimmen ein. Wie schon die Teilnahme von Anhängern der Nazipartei an den Herbststreiks erkennen ließ, so zeigte auch dieses Wahlergebnis, daß die Wirkung der faschistischen Demagogie nachzulassen begann. Daran hatte auch die demagogische Zustimmung der Berliner Naziführung zum Streik der BVG-Arbeiter nichts ändern können. Die Nazipartei geriet überdies in finanzielle Schwierigkeiten. Ein Teil der Naziwähler ging offensichtlich zu den Deutschnationalen zurück, die 772 000 Stimmen gewannen.

Der antifaschistische Kampf vermochte es, den Einfluß der faschistischen Bewegung nicht nur zu stoppen, sondern sogar zurückzudrängen. Das bestätigten auch die Kommunalwahlen in Sachsen, die eine Woche nach den Wahlen zum Reichstag stattfanden. Auch hier sanken die Stimmenzahlen der Nazis erheblich. In Chemnitz lagen sie zum Beispiel 13 Prozent, in Plauen 20 Prozent und in Zwickau sogar 34 Prozent niedriger als am 6. November.

Angesichts des Druckes der Massen und der Mißerfolge, die Franz von Papen auf allen wesentlichen Gebieten erlitten hatte, sah sich die Papen-Regierung am 17. November zum Rücktritt gezwungen. Ihre finanzkapitalistisch-junkerlich-militaristischen Hintermänner wagten es nicht, den Reichstag ein drittes Mal aufzulösen und den Papen-Kurs fortzusetzen, der dann des Ausnahmezustandes und der Stützung durch die Reichswehr bedurft hätte.

5. Der Untergang der Weimarer Republik und seine Lehren

In den folgenden Wochen waren die verschiedenen Strömungen im finanzkapitalistischen Lager bemüht, einen Ausweg aus der kritischen Situation zu finden. Gleich nach dem Rücktritt der Papen-Regierung wandten sich auf Initiative der Bankiers Hjalmar Schacht und Kurt von Schröder führende Monopolherren und Junker mit einer Eingabe

an Paul von Hindenburg.[132] Eberhard Graf von Kalckreuth, Wilhelm Merck, Friedrich Reinhart, Fritz Thyssen und andere forderten die Einsetzung einer Naziregierung mit Adolf Hitler als Kanzler. Paul Reusch, Fritz Springorum und Albert Vögler standen ebenfalls hinter dieser Forderung. Die aggressivsten finanzkapitalistischen Kräfte organisierten bereits die Übertragung der Staatsgewalt an die Nazipartei. Sie wollten einem weiteren Aufschwung des antifaschistischen Kampfes, einer weiteren Desillusionierung der kleinbürgerlichen Massen und einem weiteren Schwinden des Masseneinflusses der Nazipartei zuvorkommen.

Vorerst setzten sich aber andere finanzkapitalistische Kräfte durch. Sie hatten eine andere Form ihrer offenen Diktatur im Auge: eine Art militär-faschistischer Diktatur. Dabei schien es möglich, die Führer der SPD und vor allem der Gewerkschaften weiter auszunutzen und gleichzeitig die Nazipartei stärker heranzuziehen, ohne ihr jedoch die ganze Macht auszuliefern. Am 3. Dezember 1932 übernahm der Repräsentant der Reichswehrführung, General Kurt von Schleicher, auf den sich sowohl die IG Farben als auch schwerindustrielle Kreise – wie Gustav Krupp von Bohlen und Halbach und Otto Wolff – stützten, die Regierungsgeschäfte[133] und die Minister des Papen-Kabinetts. Die neue Regierung hob Mitte Dezember einige Notverordnungen auf und schränkte andere ein. Schleicher verhandelte zu gleicher Zeit mit Führern vom sogenannten Strasser-Flügel der NSDAP – dieser Flügel war vor allem auf die Politik der Chemie- und Elektromonopole ausgerichtet, machte eine Regierungsbeteiligung nicht von der Gewährung des Reichskanzlerpostens für Adolf Hitler abhängig und bemühte sich darum, Einfluß in der Arbeiterklasse zu gewinnen – und mit Führern der Gewerkschaften.

Einige Gewerkschaftsführer waren bereit, General von Schleicher zu unterstützen. Noch vor seiner Ernennung verhandelte Ende November Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, mit ihm. Otto Braun ging zu dem neuen Reichskanzler, um ihn zu bewegen, die am 20. Juli 1932 abgesetzten Minister wieder mit den Regierungsgeschäften in Preußen zu betrauen.

Die sozialdemokratische Presse behauptete, nun sei die faschistische Gefahr gebannt. Unter dem Eindruck der Stimmenverluste der Nazis schrieb Ernst Heilmann im „Freien Wort": „Die nationalsozialistische

[132] Dokument Nr. 110.

[133] Dokument Nr. 112.

Schneeschmelze ist schon in vollem Gange, und Hitlers letzte trübsinnige Prahlerei lautet nur noch, er werde die Hakenkreuzfahne hochhalten und mit dem Schiff des Nationalsozialismus untergehen, wenn es sinkt."[134] Und in einer Neujahrsbetrachtung des „Vorwärts" stand: „Bei der Hochfinanz, bei Schwerindustrie und Großgrundbesitz hat der Hitlerismus schon seit längerer Zeit abgewirtschaftet."[135]

Die KPD hingegen erkannte, daß die Schleicher-Regierung nur eine Übergangsregierung zur offenen, faschistischen Diktatur sein konnte. „Wir müssen das Schleicher-Kabinett ... als ein Platzhalterkabinett zur Vorbereitung einer Hitlerkoalition beziehungsweise Hitlerregierung ansehen"[136], erklärte Ernst Thälmann schon Anfang Dezember auf dem Bezirksparteitag der KPD Wasserkante.

In der Tat regierte Kurt von Schleicher gerade erst einen Monat, als auf einem Treffen zwischen Adolf Hitler, Franz von Papen und dem Bankier Kurt von Schröder am 4. Januar 1933 in Köln[137] und auf einem zweiten Treffen von „Führern der Wirtschaft" mit Adolf Hitler, Hermann Göring und Rudolf Heß am 7. Januar im Hause Emil Kirdorfs die Hitler-Hugenberg-Papen-Regierung vorbereitet wurde.

Die KPD konzentrierte sich darauf – wie Ernst Thälmann auf dem Bezirksparteitag Berlin–Brandenburg–Lausitz–Grenzmark im November ausgeführt hatte –, die Massen gegen die entstehende Nazikoalition, gegen ein drohendes Verbot der Partei und gegen eine eventuelle reaktionäre Verfassungs- und Wahlrechtsreform zu mobilisieren. Damit verteidigte sie die Lebensinteressen der Arbeiter und aller Werktätigen. Zugleich versuchte sie, die Bewegung gegen den Lohnraub und gegen die Zerschlagung der Sozialversicherung, gegen Hunger und Frost, die in zahlreichen Streiks, Hungerdemonstrationen, Erwerbslosenunruhen und anderen Massenaktionen des Winters 1932/1933 Gestalt annahmen, verstärkt fortzuführen.

Am 20. November 1932 hatten der Reichserwerbslosenausschuß und der Reichseinheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion die Erwerbslosen und alle Werktätigen in Stadt und Land aufgerufen, gemeinsam für die „Rettung vor Hunger und Frost" zu kämpfen. Unter dieser Losung demonstrierten die Erwerbslosen in Augsburg, Berlin, Emden,

134 Das Freie Wort (Berlin), 1932, 52. H., S. 2.

135 Vorwärts (Berlin), 1. Januar 1933 (Morgenausgabe).

136 Rede Ernst Thälmanns auf dem Bezirksparteitag der KPD Wasserkante in Hamburg am 4. Dezember 1932. In: Die Antifaschistische Aktion, S. 320.

137 Dokument Nr. 114.

Ohrdruf, Riesa, Waldenburg, Wurzen und in vielen anderen Städten und forderten Brot, Kartoffeln und Kohle. Dabei kam es immer wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei, die auf die hungernden Erwerbslosen einschlug. Ungeachtet des Terrors, setzten die Erwerbslosen ihren Kampf fort und erzwangen in vielen Fällen staatliche Unterstützung. So erkämpften sie sich in Kottern (Bayern) eine Winterhilfe von 5 bis 25 RM sowie die Belieferung mit Schuhwerk, Kohle und Kartoffeln. In Raunheim (Hessen) besetzten die Erwerbslosen Mitte Dezember das Rathaus und erzwangen die Ausgabe von Gutscheinen für Brot und Fleisch. Die Lehrlinge der Firma Wurag in Leipzig, die Heimarbeiter der Firma Henckels in Solingen, die Bauarbeiter von Wattenscheid, die Arbeiter der Kammgarn-Spinnerei-Düsseldorf und andere streikten im Januar. Die Aktion gegen Hunger und Frost verbreitete sich, blieb aber – wenn sie auch im einzelnen vielfach erfolgreich war – im ganzen doch sehr zersplittert.

Im ganzen Reich waren in diesen Wochen Terroraktionen der Nazis gegen die Arbeiterschaft und Übergriffe der Polizei wieder zahlreicher geworden. Allein in der Nacht zum 1. Januar 1933 verübten die Nazis in Berlin, Glogau, Hamburg und in vielen anderen Orten Überfälle. In der Zeit vom 1. bis 24. Januar wurden elf Antifaschisten ermordet – unter ihnen das Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend Fritz Hanisch, das Mitglied des Kampfbundes gegen den Faschismus Erich Hermann und die Parteilose Martha Künstler – und etwa 300 verletzt. Zwischen dem 8. und dem 23. Januar überfielen Nazis 78mal Antifaschisten, ihre Versammlungen, Lokale und Volkshäuser.

Die Kommunistische Partei rief Anfang Januar zu Massendemonstrationen gegen die Schleicher-Regierung, gegen die unerträgliche Lage der Werktätigen und gegen den Naziterror auf. Am 4. Januar nahmen an einer Kundgebung im Berliner Lustgarten, auf der Wilhelm Florin sprach, über 100 000 Menschen teil. Auch in Bochum, Dortmund, Essen, Hamburg, Kassel, Leipzig, Stettin, Stuttgart und in anderen Orten demonstrierten Tausende Antifaschisten unter den Losungen „Fort mit der Schleicher-Regierung und jedem faschistischen Regiment!" „Nieder mit Lohnraub, Unterstützungsabbau und Teuerungsfeldzug!" „Schluß mit dem braunen Mordterror!"

Die traditionelle Demonstration zu den Gräbern von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde am 15. Januar widerspiegelte deutlich die Kampfbereitschaft des Berliner Proletariats. In 18 großen Zügen marschierten kommuni-

stische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter stundenlang und kilometerweit in eisiger Kälte zur Gedenkstätte der Sozialisten, an der Wilhelm Pieck und Maurice Thorez, der Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs, zu ihnen sprachen.

Als die Nazis am 22. Januar 1933 in Berlin eine großangelegte Provokation unternahmen – sie organisierten unter starkem Polizeischutz einen Aufmarsch der SA auf dem Bülowplatz, gegenüber dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des Zentralkomitees der KPD –, gab ihnen die revolutionäre Arbeiterschaft von Berlin eine eindeutige Antwort. Tausende vereinigten sich zu Gegendemonstrationen. Nicht wenige Kolonnen von Sozialdemokraten und Mitgliedern des Reichsbanners befanden sich darunter. Ein Polizeibericht meldete allein 19 solcher Demonstrationen, die von der Schutzpolizei aufgelöst wurden. In den Straßen rund um den polizeilich abgesperrten Bülowplatz veranstalteten die Arbeiter antifaschistische Kundgebungen, und in den Arbeitervierteln übertönte der Protest der Arbeiter die provokatorischen Lieder der Nazis.

Drei Tage später vereinigten sich die Arbeiter Berlins erneut zu einer eindrucksvollen Demonstration.[138] Über 130 000 Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose kamen in Marschsäulen aus den verschiedenen Stadtteilen ins Zentrum und marschierten am Karl-Liebknecht-Haus vorbei. Franz Dahlem, Wilhelm Florin, John Schehr, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und andere Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees der KPD begrüßten die Demonstranten: uniformierte Arbeiter der BVG, Kolonnen des Massenselbstschutzes und der proletarischen Wehrorganisationen, Mitglieder des Reichsbanners, Arbeiter aus den Betrieben der AEG, von Borsig und Osram, vom Osthafen, aus der Knorr-Bremse AG, Delegationen des Stahl- und Walzwerks und der Lokomotivfabrik Hennigsdorf, Jugendliche, den Zug der Chauffeure der Kraftag, Arbeiter der Reichsdruckerei unter ihrer Betriebsfahne, die Kampfstaffel Scheringer mit über 30 ehemaligen SA-Leuten und andere. Vier Stunden lang bekundeten die Berliner Arbeiter bei 18 Grad Kälte und schneidendem Wind ihre Bereitschaft, den Faschismus abzuwehren.

Machtvolle Massendemonstrationen fanden in diesen Tagen auch in Augsburg, Dresden, Erfurt und München statt. In Dresden schoß die Polizei in eine anschließend an die Demonstration stattfindende Versammlung im Keglerheim. Dabei gab es neun Tote und elf Schwerver-

[138] Dokument Nr. 115.

letzte. Die Toten waren Fritz Damaschke, Paul Eichhorn, Kurt Förster, Kurt Göbel, Hermann Koch, Walter Liebscher, Paul Maiwald, Richard Michel und Adolf Sommerfeld.

Ernst Thälmanns Voraussage, daß Kurt von Schleicher nur der Platzhalter für Adolf Hitler sein werde, wurde sehr schnell bestätigt. Am 28. Januar zwang Reichspräsident Paul von Hindenburg Schleicher zum Rücktritt und beauftragte am 30. Januar Adolf Hitler mit der Bildung der Regierung. In klarer Erkenntnis der großen Gefahr, die durch die Übertragung der Regierungsgewalt an Adolf Hitler für die Arbeiterklasse, für alle anderen demokratischen Kräfte und für die ganze deutsche Nation entstand, rief das Zentralkomitee der KPD am 30. Januar 1933 zum politischen Generalstreik gegen die Hitler-Hugenberg-Papen-Regierung auf. „Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste und unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, an die deutsche Arbeiterklasse!“ [139] hieß es in dem Aufruf.

Walter Ulbricht überbrachte im Auftrage des Zentralkomitees dem Parteivorstand der SPD den Vorschlag, gemeinsam mit der KPD, dem ADGB, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und den christlichen Gewerkschaften durch den Generalstreik die faschistische Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Aber die Führungen der SPD und der Gewerkschaften lehnten auch weiterhin hartnäckig alle Vorschläge der KPD zur Herstellung der Einheitsfront ab und verhinderten damit den Zusammenschluß der antifaschistischen Massen, der allein das Blatt hätte wenden können. Die Kraft der Kommunisten und derjenigen Sozialdemokraten, die zum antifaschistischen Kampf bereit waren, reichte allein nicht aus, über den Widerstand sozialdemokratischer Führer hinweg die antifaschistische Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen herzustellen.

Der Untergang der Weimarer Republik war der Ausdruck dafür, daß sich im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der Widerspruch zwischen der kleinen Schicht von Finanzkapitalisten, die das ganze Volk ausplünderten und zum Kriege drängten, um zur Weltherrschaft zu gelangen, und der arbeitenden, friedliebenden übergroßen Mehrheit des Volkes aufs äußerste zugespitzt hatte. Die Politik der räuberischsten, reaktionärsten Elemente des deutschen Finanzkapitals, die immer mehr zur dominierenden Linie des deutschen Imperialismus geworden

139 Aufruf der KPD vom 30. Januar 1933. In: Die Antifaschistische Aktion, S. 354.

war, setzte sich durch. Die radikalsten politischen Träger eines besonders aggressiven imperialistischen Programms gelangten nun in den Besitz der Macht in Deutschland.

Mit dem Übergang zur faschistischen Diktatur rettete das deutsche Finanzkapital seine in der Krise schwer erschütterte Macht, bevor sich die antifaschistischen, antiimperialistischen Kräfte genügend sammeln konnten. Der von der KPD geführte, sich im Jahre 1932 ständig steigernde Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte gegen die drohende faschistische Diktatur in Deutschland hatte unter der Losung der Antifaschistischen Aktion bereits eine derartige Intensität erreicht, daß er die Faschisierungspolitik wirksam hemmen und die Faschisten zeitweilig sogar zurückdrängen konnte. Aber dieser Kampf – behindert durch die opportunistische Politik sozialdemokratischer Führer – reichte nicht aus, den überlegenen Kräften des deutschen Imperialismus endgültig den Weg zu verlegen.

Die Nazipartei konnte sich durchsetzen und Regierungspartei werden, weil sie immer stärker und von einem immer gewichtigeren Teil des Finanzkapitals gefördert und vom Staatsapparat der Weimarer Republik – insbesondere von Justiz und Reichswehr – weitgehend begünstigt wurde. Sie konnte mit antikapitalistischen Phrasen und antikommunistischer Hetze, mit sozialer Demagogie und chauvinistischem Geschrei große Teile des Volkes, vor allem des Kleinbürgertums, irreleiten und fand in der Deutschnationalen Volkspartei, in der Deutschen Volkspartei und im Zentrum Verbündete. Und schließlich erleichterten die demokratischen Kräfte in den bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik und auch die Sozialdemokratie das Vordringen des Faschismus, indem sie die bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten und selbst die republikanische Verfassung schrittweise preisgaben.

Mit der Auslieferung der Regierungsgewalt an Adolf Hitler errangen die reaktionärsten imperialistischen Kräfte einen für Deutschland folgenschweren Sieg. Die deutsche Arbeiterklasse erlitt – zumal es nicht gelang, der Hitlerdiktatur den Generalstreik entgegenzusetzen – eine Niederlage. Mit diesem Regierungswechsel endete die bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik.

Die vierzehnjährige Geschichte der Weimarer Republik beweist, daß auf dem Wege der formalen bürgerlichen Demokratie, die die Diktatur des Finanzkapitals verschleiert, weder die Interessen der Arbeiterklasse gesichert noch die Lebensfragen des Volkes gelöst werden kön-

nen. Die Weimarer Republik war keine den Interessen des Volkes dienende Demokratie. Hinter ihrer bürgerlich-demokratischen Fassade konnten sich die antidemokratischen Kräfte des Finanzkapitals und des Militarismus formieren, deren Politik auf die Vernichtung der Demokratie und auf die Errichtung der offenen, faschistischen Diktatur über die deutsche Arbeiterklasse und über das ganze deutsche Volk gerichtet war.

Der deutsche Imperialismus hatte sich nach seiner Niederlage im ersten Weltkrieg und nach der Schlappe, die ihm die Novemberrevolution zufügte, bald wieder erholt. Zuerst war seine Macht jahrelang labil geblieben. Dann aber war es ihm gelungen, so schnell und so weitgehend zu erstarken, daß seine Potenzen die des deutschen Vorkriegsimperialismus übertrafen. An dieser Entwicklung hatte die finanzielle, politische und moralische Unterstützung bedeutenden Anteil, die beträchtliche Teile der imperialistischen Welt dem deutschen Imperialismus gewährten. In Deutschland wurde das Wiedererstarken des Imperialismus durch die verhängnisvolle Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führung erleichtert. Statt den Anfängen zu wehren, gaben diese Führer – in noch stärkerem Maße die meisten bürgerlich-demokratischen Politiker – dem deutschen Imperialismus die Möglichkeit, seine Kräfte zu sammeln. Im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Republik und mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie konnte der Imperialismus die Vernichtung dieser Republik und der bürgerlichen Demokratie vorbereiten. Ein Großteil der bürgerlich-demokratischen Kräfte ließ es zu, daß große Teile des deutschen Volkes von revanchistischer, chauvinistischer und antikommunistischer Hetze irregeleitet und für ihre wahren Interessen blind gemacht wurden, daß das Finanzkapital seine egoistischen, volksfeindlichen und räuberischen Ziele als nationales Anliegen ausgab.

In all den Jahren der Weimarer Republik kämpfte die Kommunistische Partei konsequent gegen die imperialistische Reaktion und ihre antidemokratischen und antirepublikanischen Umtriebe. Die KPD bekämpfte auch den kleinsten Schritt auf dem Wege zur faschistischen Diktatur und verteidigte die demokratischen Errungenschaften. Sie bekämpfte nicht nur die Nazibewegung unerbittlich, sondern wandte sich auch gegen die schrittweise Faschisierung des Staates und des gesellschaftlichen Lebens unter Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher. Im Träger der Faschisierung, in der imperialistischen Bourgeoisie, sah die KPD den Hauptfeind, der seine Macht

nur noch durch den diktatorischen Einsatz der ganzen Staatsgewalt gegen das eigene Volk behaupten konnte.

Die Verteidigung der Demokratie entsprach voll und ganz den Interessen der Arbeiterklasse und war von der Erfüllung ihrer historischen Mission nicht zu trennen. Ohne ihre politischen Rechte und Freiheiten zu behaupten, konnte die deutsche Arbeiterklasse auch ihre elementaren wirtschaftlichen und sozialen Belange nicht vertreten. Ein Sieg des Faschismus drohte, wie Ernst Thälmann einmal sagte, die deutsche Arbeiterklasse um Jahrzehnte zurückzuwerfen.

Die KPD betrachtete daher die von der Arbeiterklasse und von den anderen werktätigen Schichten der herrschenden Klasse abgetrotzten demokratischen Zugeständnisse als einen wertvollen Besitz des Volkes. Der Weg, den die KPD zur Verteidigung der Demokratie einschlug, war der einzige, der reale Erfolgsaussichten hatte und immer hat: der Weg des Massenkampfes, der Schaffung einer starken antiimperialistischen Einheitsfront der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Massen, der Weg des Kampfes auf allen Gebieten gegen jeden reaktionären Anschlag.

Die KPD verhinderte, daß die reaktionärsten Kräfte des deutschen Imperialismus ihre Politik ungehindert und schnell verwirklichen konnten. Bei der Verteidigung der demokratischen Einrichtungen und der Volksrechte kämpften an der Seite der KPD immer größere Teile der deutschen Arbeiterklasse und zahlreiche demokratisch gesinnte Menschen aus anderen Volksschichten. Sie einte der Wille, die nationale Gefahr abzuwenden, die täglich im Terror der Faschisten und im ökonomischen Druck der Monopole spürbar wurde und deren Konsequenz faschistische Diktatur und Krieg sein mußten. Die KPD war unter diesen Kräften diejenige, die befähigt war, die Perspektiven der Entwicklung zu erkennen und dem deutschen Volk den Weg in eine Zukunft ohne Unterdrückung und Krieg zu weisen. Die KPD hat dieser Verantwortung entsprechend gehandelt. Zu einer unschätzbaren Kraftquelle wurde ihr die internationale Solidarität der Arbeiterklasse, vor allem der KPdSU(B) und der anderen brüderlichen kommunistischen Parteien, und die Hilfe der Kommunistischen Internationale. Proletarischer Internationalismus, Freundschaft zur Sowjetunion waren Grundprinzipien der Politik der KPD. Die Sowjetunion war den deutschen Kommunisten und vielen Sozialisten und Demokraten das Vorbild eines freien Staates freier Völker und gab den deutschen Arbeitern die Gewißheit, daß ihnen die Zukunft gehören wird.

Im Kampf der demokratischen Kräfte unter der Führung der KPD gegen die faschistische Gefahr wurde bereits der Widerstand gegen die Hitlerdiktatur vorbereitet. Aus diesem Kampf gingen die Kader hervor, die sich dann in der Widerstandsbewegung gegen Hitler bewährten. Nicht zuletzt dieser Kampf legetimierte die KPD, die deutsche Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk zum Sturz des Imperialismus und zum Aufbau eines demokratischen Deutschlands zu führen.

Die KPD kämpfte gegen die faschistische Gefahr im eigenen Lande mit dem Bewußtsein, im weltweiten Ringen zwischen imperialistischer Reaktion und gesellschaftlichem Fortschritt an entscheidender Stelle zu stehen. Es galt, den Sieg des Faschismus im Zentrum Europas, in einem der am weitesten entwickelten imperialistischen Länder, zu verhindern. Darin lag eine hohe internationale Verantwortung, denn der Sieg des Faschismus in Deutschland mußte unweigerlich die Gefahr eines neuen Weltkrieges vergrößern und der demokratischen und sozialistischen Bewegung für den gesellschaftlichen Fortschritt in ganz Europa ein ernstes Hindernis errichten. Die KPD war in ihrem Kampf gegen die faschistische Gefahr neben der KPdSU(B) zugleich eine wichtige Stütze für die kommunistischen Parteien anderer Länder, die die Erfahrungen der KPD sorgfältig auswerteten.

Die KPD hatte im Kampf gegen die faschistischen Bestrebungen des deutschen Finanzkapitals eine bedeutende theoretische Arbeit zu leisten. Das widerspiegelt sich in den Dokumenten der Parteiführung und in den Reden und Aufsätzen des Vorsitzenden der Partei, Ernst Thälmann. In der Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes und in der Politik der Antifaschistischen Aktion gipfelte diese theoretische Arbeit der KPD. Die bedeutendsten Leistungen auf diesem Gebiet waren die Beantwortung der nationalen Frage in Deutschland unter den gegebenen Bedingungen, die Analyse des deutschen Faschismus und die Ausarbeitung der Politik und Taktik einer umfassenden antifaschistischen Kampffront zur Verteidigung der Demokratie. Zwar konnte die KPD noch nicht alle Grundfragen der Strategie und Taktik vollgültig beantworten, aber sie sammelte wesentliche, bleibende Erfahrungen.

Trotz aller Hemmnisse entwickelte die KPD eine Politik, die richtig – wie die Geschichte bestätigte – gegen den Imperialismus gerichtet war, um die drohende faschistische Diktatur abzuwenden. Diese Politik bestand darin, den Faschisierungsprozeß durch den demokratischen

Kampf und die Schaffung der Einheitsfront aufzuhalten und die Machtergreifung des Hitlerfaschismus zu verhindern. Dieses Verdienst der KPD vermögen auch Geschichtsfälscher nicht zu schmälern, die nur jene Kreise rehabilitieren wollen, die vor dem Faschismus kapitulierten oder ihn sogar an die Macht brachten und damit für immer das Recht verspielten, im Namen der Demokratie aufzutreten. Die bürgerliche Geschichtsschreibung gibt die bloße äußere Hülle der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie für das Wesen der Demokratie aus und verleumdet den Kampf der KPD gegen die Entwicklung des Faschismus als Kampf gegen die Weimarer Republik. Es wird versucht, die von der KPD angewandte Verbindung von parlamentarischem Kampf und außerparlamentarischem Massenkampf zur Rettung der Demokratie zu diskreditieren.

Bürgerlich-demokratische und auch sozialdemokratische Politiker klammerten sich an das, was sie parlamentarische Spielregeln nannten, und idealisierten diese formalen Spielregeln; jedem wirklich demokratischen Schritt der Massen aber standen sie mit Mißtrauen, ja mit unverhohlener Feindschaft gegenüber. Das machte sie unfähig, die demokratischen Rechte des deutschen Volkes und auch die Weimarer Republik zu verteidigen. Den Verzicht auf Massenaktionen und ihre Sabotage aber bezeichnen manche bürgerlichen Historiker als Verteidigung der Demokratie, obwohl die völlige Untauglichkeit einer solchen Politik für diesen Zweck längst erwiesen ist.

Die Errichtung der offenen, faschistischen Diktatur in Deutschland auf den Trümmern der Weimarer Republik zeigte mit aller Deutlichkeit, wie schädlich die sozialdemokratische Politik der Koalition mit Teilen des Finanzkapitals war. Das Schicksal der Weimarer Republik läßt erkennen, wie verhängnisvoll es war, daß in der Novemberrevolution die Macht der deutschen Konzern- und Bankherren vor dem Untergang gerettet und eine echte Demokratie in Deutschland wie auch ein gutes Verhältnis Deutschlands zu den anderen Völkern, vor allem zur Sowjetunion, verhindert worden waren.

Die Geschichte der Weimarer Republik beweist, daß der Antikommunismus die Arbeiterklasse und die Nation spaltet und deshalb ein Verhängnis für das Volk bedeutet. Der Antikommunismus stärkte die Machtpositionen der reaktionärsten Kräfte des deutschen Finanzkapitals und des Großgrundbesitzes; andererseits schwächte er die Positionen der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland und der von ihr

entfesselte zweite Weltkrieg waren auch ein Resultat des Antikommunismus.

Die Geschichte der Weimarer Republik lehrt, daß Herrschaft des Imperialismus und echte Demokratie unvereinbare Gegensätze sind und daß der Widerspruch zwischen den Interessen der herrschenden monopolkapitalistischen Gruppe und den Lebensinteressen der Volksmassen unüberbrückbar ist. Das Ende der Weimarer Republik bestätigt die Richtigkeit der Feststellung der KPD, die allein einen den Interessen der Nation entsprechenden Weg wies: Echte Demokratie kann es nur geben, wenn Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzer und Militaristen aus allen Machtpositionen entfernt werden und die Werktätigen, geführt von der geeinten Arbeiterklasse, das Geschick des Staates und die Leitung der Wirtschaft in ihre Hand nehmen.

Dokumente

1

Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Vor Erlaß der Verordnungen ist ein Ausschuß des Reichsrats und ein Ausschuß des Reichstags von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören.

Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag oder der Reichsrat dies verlangt. Im Reichstag sind für das Aufhebungsverlangen zwei Lesungen erforderlich, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens drei Tagen liegen muß.

Der im Abs. 1 genannte Ausschuß des Reichstags ist ebenso über Anträge zu Verordnungen auf Grund des Gesetzes vom 13. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I, S. 943) zu hören, soweit der Reichstag dies beschließt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Berlin, den 8. Dezember 1923.

Reichsgesetzblatt (Berlin),
1923, Teil I, Nr. 126, S. 1179.

2

Aus der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 (Reichsgesetzbl. I, S. 1179) verordnet die Reichsregierung nach Anhörung eines Ausschusses des Reichsrats und eines aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschusses des Reichstags vorbehaltlich einer späteren endgültigen Regelung:

§ 1

Die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom $\frac{\text{23. November 1918}}{\text{17. Dezember 1918}}$ ... und die Verordnung über die Regelung der

Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 18. März 1919 ... erhalten mit den nachstehenden Änderungen und Ergänzungen von neuem Gesetzeskraft. Insbesondere darf bei den in Ziffer 1 der Anordnung vom 23. November 1918 und in den §§ 11 ff. der Verordnung vom 18. März 1919 bezeichneten Arbeitnehmern die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit, ausschließlich der Pausen, die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten ...

§ 2

Für Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitnehmern, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft vorliegt, kann durch Tarifvertrag oder, soweit ein solcher nicht besteht oder doch Arbeitsverhältnisse dieser Art nicht berücksichtigt, durch den Reichsarbeitsminister nach Anhörung der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine vom § 1 Satz 2 und 3 abweichende Regelung getroffen werden.

§ 5

Wird durch Tarifvertrag die Arbeitszeit über die im § 1 Satz 2 und 3 festgesetzten Grenzen ausgedehnt, so gelten für die Beschäftigung der Arbeitnehmer, für die der Tarifvertrag verbindlich ist, dessen Bestimmungen an Stelle der Vorschriften des § 1 ...

§ 6

Soweit die Arbeitszeit nicht tariflich geregelt ist, kann auf Antrag des Unternehmers für einzelne Betriebe oder Betriebsabteilungen eine vom § 1 Satz 2 und 3 abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder Bergaufsichtsbeamten nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung widerruflich zugelassen werden, sofern sie aus betriebstechnischen Gründen, insbesondere bei Betriebsunterbrechungen durch Naturereignisse, Unglücksfälle oder andere unvermeidliche Störungen, oder aus allgemein wirtschaftlichen Gründen geboten ist. Für den Bereich mehrerer Gewerbeaufsichtsämter oder Bergaufsichtsämter sowie für ganze Gewerbezweige oder Berufe steht die gleiche Befugnis nach Anhörung der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der obersten Landesbehörde, für Fälle, die sich auf mehrere Länder erstrecken, dem Reichsarbeitsminister zu ...

§ 9

Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen zehn Stunden täglich nicht überschreiten; eine Über-

schreitung dieser Grenze ist im Falle des § 7 überhaupt nicht und sonst nur aus dringenden Gründen des Gemeinwohls zulässig...

§ 12

Bestimmungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung gelten und eine geringere als nach dieser Verordnung zulässige Arbeitszeit vorsehen, können mit dreißigtägiger Frist gekündigt werden.

Reichsgesetzblatt (Berlin),
1923, Teil I, Nr. 134, S. 1249–1251.

3

Resolution zur Frage der Fortführung und Umgestaltung der Arbeit der Internationalen Arbeiterhilfe in Deutschland, angenommen auf dem Reichskongreß der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin am 16. März 1924

1. Unter Berücksichtigung der gegenwärtig noch andauernden großen Notlage der Arbeiterklasse in Deutschland beschließt der Reichskongreß der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin, bei dem Internationalen Zentralkomitee die Fortführung der Hilfsaktion zugunsten der deutschen notleidenden Arbeiter zu beantragen. Der Kongreß, der Delegierte aus deutschen Städten und Gemeinden vereint, spricht seinen Dank aus an das Zentralkomitee der IAH, an alle ausländischen Komitees und an alle Arbeiter und Menschen, die in den letzten Monaten geholfen haben, das großzügige Hilfswerk der IAH zugunsten der deutschen Arbeiter aufzubauen. Einen besonderen Dank übermittelt der Kongreß den russischen Arbeitern und Bauern, die in hervorragender Weise in die Hilfsaktion für die deutschen Arbeiter eingegriffen haben. Die von den ausländischen Arbeitern geleistete Hilfe hat in wirksamer Weise dazu beigetragen, das namenlose Elend von vielen deutschen Arbeiterfamilien zu mildern und den Abwehrwillen gegen die vollständige Verelendung der deutschen Arbeiterklasse in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft zu stärken. Die von der Internationalen Arbeiterhilfe zugunsten der deutschen Arbeiterklasse durchgeführte Hilfsaktion wird in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung ebenso unvergeßlich bleiben wie ihre Hilfsaktion zur Linderung der großen russischen Hungersnot im Jahre 1921.

2. Der Kongreß beauftragt gleichzeitig alle Lokalkomitees der IAH in Deutschland sowie alle Funktionäre, auf das genaueste die Veränderung der Erscheinungsformen der Not zu beobachten und demgemäß die Hilfs-

aktion umzustellen. Der Kongreß erachtet es als Pflicht der IAH-Hilfsaktion, in erster Linie die Opfer der schweren wirtschaftlichen Kämpfe, die Familien der Ausgesperrten und Gemaßregelten, des weiteren die seit langer Zeit arbeitslosen Werktätigen und deren Familien sowie die schlimmsten Notfälle in den Sozialrentnerkreisen zu unterstützen. Der Kongreß weist darauf hin, daß eine besondere Beachtung verdient die Hilfe für die durch andauernde Not besonders schwer leidenden proletarischen Kinder. In allen Städten und Gemeinden ist eine besondere Hilfe für die Arbeiterkinder in Form von Schulspeisungen, Tageskinderheimen, Errichtung von Ferienheimen und Erholungsheimen anzustreben.

3. Der Kongreß stellt fest, daß trotz der eigenen schweren wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter im Ausland (Riesenstreiks in England, in der Tschechoslowakei, Rückgang des Franken in Frankreich und damit zunehmende Verteuerung der Lebensmittel usw.) die ausländischen Arbeiter den Hauptteil an Mitteln für die deutsche Hilfe der IAH aufgebracht haben. Der Kongreß verpflichtet alle Komitees und Funktionäre der IAH, in der nächsten Zeit alle Anstrengungen zu machen, um selbst einen Teil der notwendigen Mittel zur Bestreitung der Unkosten für das Hilfswerk der IAH aufzubringen. Zu diesem Zweck ist eine besondere Propaganda in den Gewerkschaftskreisen, den Genossenkreisen, in allen Fabriken und unter den mit der Arbeiterklasse sympathisierenden Mittelschichten und intellektuellen Kreisen durchzuführen.

4. Gleichzeitig verpflichtet der Kongreß die einzelnen Komitees, nicht nur die aufgebrachten und ihnen vom Zentralkomitee zur Verfügung gestellten Geldmittel in Form von Brot oder Suppe der werktätigen Bevölkerung ihres Ortes zu übermitteln, sondern alles zu tun, um für die Ideen der IAH, für das internationale Werk der proletarischen Selbsthilfe durch öffentliche Versammlungen, durch Betriebspropaganda, durch entsprechende Kunstabende, Filmvorträge, Ausstellungen und alle anderen tauglichen Mittel die breiten Kreise der Arbeiter zu interessieren und zu gewinnen.

5. Eine weitere sehr wichtige und unmittelbar in Angriff zu nehmende Aufgabe besteht darin, daß die Komitees der IAH in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftskreisen, den Arbeiterparteien und allen mit der Arbeiterklasse Sympathisierenden in ihrem Ort Anstrengungen machen, um eine bessere Unterstützung der Existenzlosen und der unterstützungsbedürftigen Familien von der Stadt oder dem Staate zu erreichen. Keine andere Organisation eignet sich zu dieser Aufgabe so wie die überparteiliche Organisation der IAH, deren Komitees in den einzelnen Orten Mitglieder der verschiedensten sozialen Bevölkerungsgruppen vereinigen.

Gestützt auf die breitesten Kreise der Bevölkerung, müssen die IAH-Komitees versuchen, einen weiteren Abbau der sozialen Wohlfahrtspflege

und der sozialen Versicherungen zu verhindern; sie müssen versuchen, von der Stadt und dem Staate eine tatkräftige Hilfe für die Opfer der deutschen Wirtschaftskrise zu erringen.

Die Arbeiterhilfe im Kampfe gegen den Hunger in Deutschland.
Auszüge aus den Referaten von Dr. Rob. Kuczynski /
Reg.-Rat M. Kraus-Fessel / Mathilde Wurm / Willi Münzenberg,
gehalten auf dem Reichskongreß der IAH in Berlin am 16. März 1924.
Hrsg. und verlegt vom Zentralkomitee
der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin 1924, S. 31/32.

4

Aktionsprogramm der KPD, angenommen auf dem 9. Parteitag der KPD in Frankfurt (Main) am 10. April 1924

Der Parteitag der KPD findet in einem Augenblick statt, in dem das deutsche Proletariat durch die Offensive der miteinander verbündeten Deutschvölkischen, Kapitalisten und Reformisten wirtschaftlich und politisch sich in einer unerhört schwierigen und gefahrvollen Situation befindet. Der Parteitag verpflichtet deshalb alle Parteigenossen, unverzüglich an die Mobilisierung der proletarischen Kräfte gegen die Kapitaloffensive zu schreiten, das Rettungsprogramm der Kommunisten in Stadt und Land, im Betrieb und unter den Erwerbslosen zum Ausgangs- und Mittelpunkt der täglichen Kämpfe der Arbeiterklasse zu machen. Die Losungen der KPD müssen in den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung lebendig sein. Für diese Losungen müssen die Organe der Einheitsfront von unten gebildet und zu Kämpfen zusammengefaßt werden. Jedes Mitglied, jeder Funktionär, jede Ortsgruppe, jede Bezirksorganisation der KPD muß unverzüglich mit ganzer Kraft und Energie diese Arbeit verstärkt aufnehmen. Die KPD gibt in der jetzigen Epoche der verschärften kapitalistischen Offensive gegen die deutsche Arbeiterklasse folgende Losungen:

Kampf gegen den Abbau des Achtstundentages,
gegen die Hungerlöhne,
gegen die Zwangsarbeit der Erwerbslosen,
gegen den Abbau der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
gegen die Stillegung der Betriebe,
gegen den Abbau der Sozialversicherung,
gegen das Wohnungselend des Proletariats,
gegen die Klassenjustiz und den Weißen Terror,
gegen die Ausplünderung der Kleinrentner, Kleinbauern, proletarisierten Mittelständler durch den Staat der Kapitalisten und Ausbeuter.

Die KPD kämpft

für den Achtstundentag als normalen Arbeitstag,

für den Sechsstundentag für Schwerarbeiter und für Arbeiter, die in gesundheitsschädigenden Industrien arbeiten,

für ausreichende Löhne,

für Erwerbslosenunterstützung in der Höhe eines Durchschnittslohns,

für die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß,

für die Erhöhung der Unterstützung der Kriegsopfer in der Höhe eines Durchschnittslohns,

für Umwandlung der Betriebsräte in revolutionäre Organe des Wirtschaftskampfes, der Politisierung des Betriebes und der Arbeiterkontrolle,

für die Befreiung der politischen Gefangenen,

für die Schaffung politischer Arbeiterräte,

für die Bewaffnung des Proletariats zum Schutze vor den Weißen Garden und zur Entwaffnung der Konterrevolution.

Um die Massen für den revolutionären Endkampf reif zu machen und zu schulen, sind die wirtschaftlichen Streiks und Lohnbewegungen, ist die Erregung über Massenentlassungen, Steuerlast, Teuerung, Goldmieten, Klassenjustizurteile usw. durch breite und energisch geführte Versammlungskampagnen, Demonstrationen und im Zusammenhang mit der steigenden Massenbewegung durch direkte Aktionen, durch Verweigerung der Überarbeit in den Betrieben, Verweigerung der Zwangsarbeit durch die Erwerbslosen, Verweigerung der Miet-, Pacht- und Steuerzahlungen, Herabsetzung der Preise und Beschlagnahme von Waren durch die Kontrollausschüsse, Kontrolle der Betriebe, Verkehrswege und Wohnungen, Befreiung von revolutionären Gefangenen, Entwaffnung von legalen wie illegalen bürgerlichen Staatsorganen, Aushebung von bürgerlichen Waffenlagern usw. zu steigern.

Alle diese Kämpfe werden das Proletariat nur dann aus Not und Elend retten können, wenn sie sich zu Kämpfen um die politische Macht erweitern. Nur die Diktatur des Proletariats wird der Diktatur der deutschen Bourgeoisie ein Ende machen. Den Kampf um die Diktatur des Proletariats vorzubereiten und zu organisieren – das ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei. Diese Aufgabe muß sie heute erfüllen.

Der Parteitag ruft allen Parteigenossen zu: Genug des Klagens und Jammerns über die Oktoberniederlage!

Genug des Rückblickens auf verlorengegangene Kampfesmöglichkeiten und Kampfespositionen. Die Arbeiterklasse Deutschlands geht ihren Weg unter den größten Schwierigkeiten und Gefahren. Die deutsche Arbeiterklasse geht durch Siege und Niederlagen den Weg der proletarischen Revolution. Die Arbeiterklasse Deutschlands kann auf die Dauer nicht

geschlagen werden, wenn die KPD alle ihre Kräfte zur Sammlung der proletarischen Klasse einsetzt.

Der Parteitag beendet die Diskussion über die Oktoberniederlage, zieht die Lehren aus der Oktoberniederlage.

Gegen die Kapitalisten, die Völkischen und Reformisten werden die Kommunisten die deutsche Arbeiterklasse zum Siege über die Bourgeoisie, zur Errichtung der Rätemacht führen.

Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale).
Abgehalten in Frankfurt am Main vom 7. bis 10. April 1924.
Hrsg. von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands,
Berlin 1924, S. 387–389.

5
Beschluß des Parteitages der SPD in Berlin vom 13. Juni 1924

Koalitionspolitik ist keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Das Viel-Parteien-System hat seit der Revolution die Sozialdemokratie im Reich und in den Ländern vielfach gezwungen, mit bürgerlichen Parteien an der Regierung teilzunehmen. Maßgebend waren dafür erstens außen- und zweitens innenpolitische Gründe. Das Interesse der Arbeiterklasse erforderte außenpolitisch die Befriedung Europas, innenpolitisch die Sicherung der Republik gegen den Ansturm der Reaktion.

Nur auf dem Boden der Republik kann seit dem Verlust des Krieges eine für Deutschland erfolgreiche Außenpolitik betrieben werden. Gleichzeitig ist die Republik der gegebene Boden für den Kampf um das sozialistische Endziel.

Die Teilnahme an der Regierung muß die Durchsetzung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum Ziel haben. Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten erfolgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat.

Sozialdemokratischer Parteitag 1924.
Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz,
Berlin 1924, S. 204/205.

6

Aus den Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale, angenommen auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 8. Juli 1924

III. Das Problem der Bildung kommunistischer Massenparteien als Kardinalfrage der Komintern

1. Die Krise des Kapitalismus und der subjektive Faktor

Die Weltbourgeoisie ist am Ausgang des imperialistischen Krieges vor allem deshalb nicht besiegt worden, weil wir in den ausschlaggebenden Ländern noch keine kommunistischen Massenparteien besaßen, die imstande gewesen wären, die Revolution zu organisieren und die Massen, die sich spontan gegen die Kriegsverbrecher erhoben, in den Kampf zu führen. Dadurch erhielt der Kapitalismus eine gewisse Atempause.

In einer Situation, in der der Kapitalismus schon nicht mehr ohne Unterstützung der Sozialdemokratie herrschen kann, in der die Krise des Kapitalismus zwar langwierig, aber immer hoffnungsloser wird, ist der subjektive Faktor, das heißt die Organisationshöhe der proletarischen Massen und ihrer kommunistischen Vorhut, die Kardinalfrage der gesamten historischen Epoche.

2. Die Losung: Heran an die Massen

Die Losung: Heran an die Massen, die vom III. Weltkongreß der Komintern ausgegeben wurde, bleibt unverändert in Kraft. Die Erfolge, die die Komintern in der verflossenen Periode errungen hat, sind erst einleitende Errungenschaften. Die Erfolge der einzelnen Sektionen sind noch nicht verankert. Sofern wir in der Eroberung der Massen nicht weiterkommen, kann leicht eine rückläufige Bewegung entstehen.

3. Die Eroberung der Mehrheit

Die Formulierung des IV. Kongresses zur Frage der Eroberung der Mehrheit lautet:

„Unter diesen Umständen bleibt die grundlegende Anweisung des III. Weltkongresses, ‚einen kommunistischen Einfluß unter der Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen und den entscheidenden Teil dieser Klasse in den Kampf zu führen', voll bestehen." ...

VIII. Zur Einheitsfronttaktik

...Die Erfahrungen mit der Anwendung der Einheitsfronttaktik, auf die die Kommunistische Internationale schon des öfteren hingewiesen hat, bleiben bestehen, und es hat sich gezeigt, daß man mit einer bloßen Rahmenformel nicht mehr auskommt und daß die Parteien der Komintern in der gegenwärtigen Periode häufig mit der Taktik der Einheitsfront „an

sich" nichts anzufangen verstehen und daß dabei diese Taktik aus einer revolutionären bolschewistischen Methode zu einer opportunistischen Taktik und zum Quell des Revisionismus zu werden droht.

Die Einheitsfronttaktik ist nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen für die Dauer einer ganzen Periode. Alle Versuche, diese Taktik als politische Koalition mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie auszulegen, sind Opportunismus, der von der Kommunistischen Internationale verworfen wird ...

IX. Die Arbeiter-und-Bauern-Regierung

Die Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung wurde und wird von der Komintern als Folgerung aus der Einheitsfronttaktik in ihrem oben geschilderten Inhalt aufgefaßt. Die opportunistischen Elemente der Komintern haben in der verflossenen Periode versucht, auch die Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu entstellen, indem sie sie als eine Regierung „im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" und als ein politisches Bündnis mit der Sozialdemokratie auslegten. Der V. Weltkongreß der Komintern verwirft eine solche Auslegung auf das entschiedenste. Die Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung ist für die Komintern, in die Sprache der Revolution, in die Sprache der Volksmassen übersetzt, die Losung der Diktatur des Proletariats ...

Die Losung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung war und ist die beste Formel, um sich den Zutritt zu den Massen, den breiten Schichten der Werktätigen, zu verschaffen ...

X. Teilforderungen

Die Taktik der Kommunistischen Internationale schließt die Einfügung von Teilforderungen in unsere Agitation und Politik nicht nur nicht aus, sondern umgekehrt, setzt sie sogar voraus. Hierbei muß jedoch dreierlei im Auge behalten werden:

a) Die von uns aufgestellten Teilforderungen müssen der lebendigen Wirklichkeit entspringen, das heißt, sie müssen derart sein, daß mit der Unterstützung derselben durch die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung gerechnet werden kann.

b) Solche Forderungen müssen in der Richtung der revolutionären Entwicklung liegen.

c) Solche Forderungen müssen stets mit dem Endziel verknüpft werden. Wir müssen vom Speziellen zum Allgemeinen, von Teilforderungen zum Gesamtsystem jener Forderungen schreiten, die zusammengefaßt die sozialistische Revolution bedeuten.

Während die Teilforderungen der Reformisten den Zweck verfolgen, die proletarische Revolution zu ersetzen, verfolgen die Kommunisten mit

der Aufstellung von Teilforderungen gerade umgekehrt den Zweck, die proletarische Revolution erfolgreicher vorzubereiten. Die gesamte Agitation der Kommunisten für Teilforderungen verknüpft jede dieser Teilforderungen aufs engste mit dem Programm des revolutionären Umsturzes. Das gilt besonders für diejenigen Länder, in denen die Krise der bürgerlichen Ordnung eingesetzt hat.

XIII. Zwei Perspektiven

Die Ära der internationalen Revolution hat begonnen. Das Tempo ihrer Gesamtentwicklung, wie insbesondere das Entwicklungstempo der revolutionären Ereignisse auf dem einen oder anderen Kontinent, in dem einen oder anderen Lande, kann nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden. Die Gesamtlage ist eine solche, daß zwei Perspektiven möglich sind:

1. die Möglichkeit einer langsameren und sich hinausschiebenden Entwicklung der proletarischen Revolution und,

2. infolge der Tatsache, daß der Kapitalismus bereits stark unterminiert ist und seine inneren Widersprüche sich im allgemeinen außerordentlich rasch verschärfen, kann in dem einen oder anderen Lande die Katastrophe in sehr kurzer Zeit eintreten.

Die Taktik der Komintern muß mit der Möglichkeit beider Perspektiven rechnen. Die Manövrierfähigkeit der Komintern muß sich auch darin zeigen, daß sie in der Lage ist, sich dem Tempowechsel rasch anzupassen. Unter allen Umständen aber hat die Komintern als die unversöhnliche internationale kommunistische Massenpartei der proletarischen Revolution selbst bei einem verlangsamten Tempo der Entwicklung die Massen um sich zu sammeln und für den revolutionären Machtkampf zu schulen.

XIV. Bolschewisierung der Parteien und Bildung einer einheitlichen kommunistischen Weltpartei

Die wichtigste Aufgabe in der gegenwärtigen Periode der KI ist die Bolschewisierung der Sektionen der KI. Diese Losung darf jedoch keineswegs als eine mechanische Übertragung der gesamten Erfahrung der bolschewistischen Partei in Rußland auf alle übrigen Parteien aufgefaßt werden. Die grundlegenden Züge einer wirklich bolschewistischen Partei sind folgende:

1. Die Partei muß eine wirkliche Massenpartei sein, das heißt, sie muß es – sowohl wenn sie legal wie wenn sie illegal ist – verstehen, den engsten und festesten Kontakt mit der Masse der Arbeiter aufrechtzuerhalten und deren Nöten und Erwartungen Ausdruck zu verleihen.

2. Sie muß manövrierfähig sein, das heißt, ihre Taktik darf keine dogmatische, sektiererische sein. Sie muß es verstehen, alle jene strategischen Manöver gegen den Feind in Anwendung zu bringen, die es ihr ermög-

lichen, dabei ihren Eigencharakter unverändert zu erhalten. Es ist ein Hauptfehler unserer Parteien, daß sie dies sehr häufig nicht verstehen.

3. Sie muß ihrem Wesen nach revolutionär, muß marxistisch sein, unentwegt ihrem Ziele zustreben, in jeder Situation das Maximum an Energie zur Förderung der Vorbereitung des Sieges des Proletariats über die Bourgeoisie entwickeln.

4. Sie muß eine zentralisierte Partei sein, die keine Fraktionen, Strömungen oder Gruppierungen zuläßt, muß wie aus einem Gusse sein.

5. Sie muß eine regelmäßige und beharrliche Propaganda und Organisation[sarbeit] in der bürgerlichen Armee durchführen.

Die Bolschewisierung der Parteien bedeutet, daß sich unsere Sektionen alles das aneignen, was am russischen Bolschewismus von internationaler Bedeutung ist.

Nur in dem Maße, wie die ausschlaggebenden Sektionen der KI sich tatsächlich in bolschewistische Parteien verwandeln, wird die Komintern nicht in Worten, sondern in Taten zu einer einheitlichen, von den Ideen des Leninismus durchdrungenen bolschewistischen Weltpartei werden.

Thesen und Resolutionen des V. Weltkongresses
der Kommunistischen Internationale, Moskau,
vom 17. Juni bis 8. Juli 1924,
Hamburg 1924, S. 19/20, 25, 27–31.

7

Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 29. August 1924

Arbeiter! Angestellte! Arbeiterfrauen! Beamte!

Der Reichstag hat die Dawes-Gesetze mit 314 gegen 127 Stimmen angenommen. Er hat die Deutsche Reichsbank in die Hände der Morgan-Bankiers geliefert. Er hat die Kommissare der Siegerstaaten zu Herren der Industrie, der Steuern und der Zölle eingesetzt. Er hat die Deutsche Reichsbahn der Entente übergeben. Die Entscheidung ist gefallen! Deutschland als selbständiger Staat hat zu existieren aufgehört. Die Deutschnationalen erhalten für ihre Scheinopposition den verlangten Kaufpreis: Schutzzölle und Bürgerblock!...

In Deutschland beginnt die Durchführung des Londoner Pakts mit der Vorbereitung des Bürgerblocks, mit der Verschärfung des Kurses gegen die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie, als eine Partei der Bourgeoisie, hat den Londoner Pakt widerspruchslos und widerstandslos angenommen. Die SPD will die Bourgeoisie vor dem Proletariat und den Kapitalismus vor der Revolution schützen...

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen seine Unterdrücker und

Ausbeuter tritt jetzt in eine neue Phase ein. Die Arbeiter müssen sich sammeln, um die Lasten abzuschütteln, die der Londoner Pakt ihnen, und nur ihnen allein, auferlegt. Die Kommunisten erklären den Arbeitern offen:

Der Weg aus eurem Elend, der Weg ins Freie ist allein das Bündnis mit dem Arbeiter-und-Bauern-Staat Rußland und nicht die Unterwerfung unter das Diktat der englisch-amerikanisch-französischen Bourgeoisie!

Nehmt Banken, Bahnen und Industrie in eure Hände, in die Hände der Arbeiterklasse!

An Stelle der Räuberkommissare des amerikanischen Kapitals setzt die Arbeiterkontrolle!

An Stelle der Kolonisierung setzt die Sozialisierung!

Das ist das Gutachten, das die wahren Sachverständigen, das die Arbeiter, ausgesprochen haben!

Die nächste Etappe des Kampfes ist die Sammlung der Massen in den Betrieben und Gewerkschaften zum Kampfe um höhere Löhne, zum Kampfe um den Achtstundentag, zum Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit.

Jeder Kampf der deutschen Arbeiter um bessere Lebensbedingungen zerstört die Räuberpläne des internationalen Ausbeutergesindels. Jeder Kampf gegen die Steuerlasten, die der Londoner Pakt für euch vorgesehen hat, vereitelt den Plan, aus den 20 Millionen deutschen Proletariern 20 Millionen Kulis zu machen, die von Morgan und Kompanie mit Unterstützung der Sozialdemokraten bis aufs Mark ausgepreßt werden sollen.

Die Komödie im Reichstag ist zu Ende! Das Spektakelstück ist aus! Die Durchführung der Gesetze beginnt! Jetzt hat die Arbeiterklasse das Wort!

Die Arbeiterklasse muß den Londoner Räubervertrag zerreißen, die Arbeiterklasse muß die imperialistischen Pläne liquidieren!

Rettung bringt nicht feiges Unterducken unter die Peitsche der Aussauger, sondern gemeinsamer Kampf um die Lebensforderungen der Arbeiterklasse!

Die Rote Fahne (Berlin),
4. September 1924.

8

Aus den Thesen über die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien, angenommen auf der V. Tagung des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau am 6. April 1925

V. Die Bolschewisierung und die konkreten Kampfbedingungen

Man soll nicht glauben, es gebe ein Allheilmittel, das für die Bolschewisierung aller Parteien der Komintern einheitlich angewandt werden kann.

Die wirkliche Bolschewisierung erfordert vor allem eine genaue Berücksichtigung sämtlicher konkreten Umstände des Ortes und der Zeit...

Bolschewisierung der Sektionen der Komintern bedeutet Berücksichtigung und praktische Anwendung der Erfahrungen der KPR(B) in den drei russischen Revolutionen, desgleichen aber auch selbstverständlich der Erfahrungen anderer, auf ernste Kämpfe zurückblickender Sektionen. Im Lichte dieser Erfahrungen haben sämtliche Sektionen der Komintern die ihnen bevorstehenden Aufgaben zu durchdenken und ihre eigenen Erfahrungen zu verallgemeinern. Es wäre jedoch der allergrößte Fehler, die Erfahrungen Rußlands auf andere Länder mechanisch zu übertragen, ein Fehler, vor dem bereits Genosse Lenin gewarnt hat...

Bolschewisierung ist die Fähigkeit, die allgemeinen Grundsätze des Leninismus auf die gegebene konkrete Situation in dem einen oder anderen Lande anzuwenden. Bolschewisierung ist ferner die Befähigung, jenes hauptsächliche „Kettenglied" zu ergreifen, an dem sich die ganze „Kette" nachziehen läßt. Dieses „Kettenglied" kann jedoch in Anbetracht jener Mannigfaltigkeit der sozialen und politischen Situation, wie wir sie beobachten, nicht in jedem Lande das gleiche sein.

Die Bolschewisierung ist ein anhaltender Prozeß, der in den besten europäischen Parteien der Komintern eben erst eingesetzt hat. Die Arbeit, die in dieser Hinsicht bevorsteht, ist eine ungeheure und erfordert zu ihrer Bewältigung eine Reihe von Jahren.

VI. Marxismus und Leninismus

Zu wirklich kommunistischen Parteien können die Sektionen der Komintern in der gegenwärtigen Epoche nur dann werden, wenn sie sich um das Banner des Leninismus scharen.

Es versteht sich von selbst, daß der Leninismus in keiner Weise dem Marxismus entgegengestellt werden kann. Lenin war der hervorragendste Schüler von Marx. Ohne Marxismus kein Leninismus. Jedoch der Leninismus hat den Marxismus vor allem um die Erfahrungen der drei russischen Revolutionen und des weiteren um die Erfahrungen einer Reihe anderer revolutionärer Bewegungen von Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart hinein bereichert...

Der Leninismus ist der Marxismus in der Epoche des monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus), der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolution. Der Sieg der proletarischen Diktatur in Rußland, das Anwachsen der Arbeiterbewegung und der Bauernbewegung beinahe in der ganzen Welt, die zunehmende revolutionäre Freiheitsbewegung der Kolonial- und Halbkolonialvölker – all das stellt in seiner Gesamtheit den Beginn der Weltrevolution dar...

Die Anschauung, wonach der Marxismus nur die Theorie, der Leninis-

mus dagegen nur die Praxis sei, ist falsch. Der Leninismus ist Theorie und Praxis des Marxismus in der Periode des Imperialismus, der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolutionen, die durch die Diktatur des Proletariats in Rußland eingeleitet wurde. Die Komintern stellt sich zur Aufgabe, eine internationale Organisation zu werden, die Theorie und Praxis des Leninismus verkörpert.

IX. Die Bolschewisierung und die Losung „Heran an die Massen!"

Eine Massenbewegung hat auch die Sozialdemokratie geschaffen, aber eine reformistische Massenbewegung. Die Losung der Bolschewisierung, auf eine ganz allgemeine Formel gebracht, bedeutet die Schaffung einer proletarischen revolutionären Massenbewegung unter dem Banner der Ideen Marx' und Lenins.

Ein Bolschewik ist vor allem und in der Hauptsache ein Mensch der Masse. Die Losung des III. Weltkongresses „Heran an die Massen!" – die der Eroberung der Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten des Proletariats dient – bleibt nach wie vor vollauf in Kraft. Der V. Weltkongreß hat diese Losung nicht nur nicht von der Tagesordnung abgesetzt, sondern sie im Gegenteil vertieft und weiterentwickelt.

X. Die Bolschewisierung und die Arbeit in den Gewerkschaften

... Einen der wichtigsten integrierenden Bestandteile der Lehre des Leninismus bildet die Lehre von der Notwendigkeit der Arbeit der Kommunisten selbst in den allerreaktionärsten Gewerkschaften. Fehltritte auf diesem Gebiete kamen den Kommunisten sehr teuer zu stehen (als bestes Beispiel siehe Deutschland). Die grundsätzliche Unsicherheit auf diesem Gebiete hat dazu geführt, daß die praktische Arbeit der jungen kommunistischen Parteien Europas in den Gewerkschaften noch nicht einmal ordentlich begonnen hat. Den wichtigsten integrierenden Bestandteil der Bolschewisierung bildet die Arbeit in den bestehenden sozialdemokratischen und anderen (gelben, nationalsozialistischen, konfessionellen und faschistischen) Gewerkschaften, der hundertmal mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden ist als bisher...

Die Kommunisten werden ihren Einfluß dadurch steigern und dadurch Autorität bei den Arbeitermassen gewinnen, daß sie sich für alle unmittelbaren Forderungen: Lohnerhöhung, Schutz des Achtstundentages, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit usw., einsetzen und sich gewissenhaft und mutig an die Spitze aller Konflikte mit der Arbeitgeberschaft stellen...

XI. Die Bolschewisierung und die richtige Taktik der Einheitsfront

Die Bolschewisierung der Parteien der Komintern schließt die Anwendung der Taktik der Einheitsfront durch diese Parteien nicht nur nicht aus, sondern setzt sie im Gegenteil geradezu voraus. Die Fähigkeit, richtig an

die Massen heranzutreten, sowie die Fähigkeit eines klaren Blickes für die Aufgaben der Vorhut gegenüber der gesamten Klasse gehören zu den charakteristischsten Wesenszügen des Bolschewismus. Die Taktik der Einheitsfront war und bleibt nichts anderes als eine Methode der revolutionären Agitation und Organisation der Massen, das heißt des richtigen Herantretens der Kommunisten an die breiten Arbeitermassen im gegebenen Entwicklungsstadium, in dem die Sozialdemokratie in einer Reihe von Ländern noch die Mehrheit der Arbeiter hinter sich hat. Die Taktik der Einheitsfront ist keinesfalls ein Monopol der rechten Elemente der Komintern. Diese Elemente haben Anspruch nur auf eines: auf das Monopol der opportunistischen Fehler bei der Anwendung der Taktik der Einheitsfront. Diese Taktik selbst dagegen ergibt sich restlos und vollauf aus dem Leninismus...

XII. Bolschewisierung und Teilforderungen

„Die bolschewistische Partei ist die Partei der Diktatur des Proletariats, nicht aber der Teilforderungen" – so wird die Frage zuweilen von ultralinken Elementen gestellt. „Die bolschewistische Partei ist in der Tat die Partei der Diktatur des Proletariats, gerade darum aber stellt sie zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats systematisch Teilforderungen auf, die sie mit den revolutionären Aufgaben verknüpft" – antwortet darauf der Leninismus. Die Reformisten dagegen benützen jeden einzelnen Fall der Aufstellung von Teilforderungen, um durch dieselben den wirklich revolutionären Kampf zu ersetzen.

Die Bolschewiki benützen jede Teilforderung zur Aufklärung der Massen über die Notwendigkeit der Revolution, bedienen sich ihrer, um an Hand konkreter Tatsachen den Massen die Unmöglichkeit einer halbwegs ernsthaften und dauernden, geschweige denn grundlegenden Verbesserung ihrer Lage bei Aufrechterhaltung der Macht des Kapitals vor Augen zu führen.

Die Bolschewiki rücken jede konkrete Forderung, um die sich die Massen scharen, in das Licht der Perspektive des Kampfes um die Revolution. Die Ablehnung der Aufstellung von Teilforderungen überhaupt bedeutet die Ablehnung der Einheitsfront, ja darüber hinaus de facto die Ablehnung der Losung „Heran an die Massen!"

Gleichzeitig zeigen die Kommunisten den Massen an Hand der Erfahrung, daß es gerade die Reformisten sind, die jeden ernsthaften Kampf um die Teilforderungen sabotieren, und daß gerade die Kommunistische Partei, die auf Entfesselung der Machtkämpfe eingestellt ist, einzig und allein fähig ist, den Kampf um die Tagesinteressen der werktätigen Massen konsequent zu führen und Anschläge auf ihren Lebensstandard abzuwehren.

Die Ablehnung von Teilforderungen ist unvereinbar mit der Bolschewisierung.

XIX. Die Bolschewisierung und die proletarische Politik in bezug auf die Bauernschaft

Die bolschewistische Partei ist eine Arbeiterpartei. Die Lehre von der Diktatur des Proletariats ist die grundlegende Lehre des Bolschewismus. Doch die Frage der Bauernschaft, als der dem Proletariat nächststehenden Klasse und des wichtigsten unter den möglichen Verbündeten des Proletariats in der Revolution, besitzt eine kardinale Bedeutung für den Bolschewismus, sowohl vor als nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat...

XXIV. Die Bolschewisierung und die Organisationsfragen

Die wichtigste Voraussetzung der Bolschewisierung ist eine richtige, zur Eroberung der Massen führende, bolschewistische Politik. Ohne richtige bolschewistische Politik, die vor allem ein richtiges Wechselverhältnis zwischen der Partei und der gesamten Klasse, zwischen der Partei und den parteilosen Arbeitern herstellt, wird keinerlei organisatorische Form zum Ziele führen. Aber auch die beste Politik einer kommunistischen Partei wird nicht an die gesamte Parteimitgliedschaft und durch diese an die Arbeitermassen gelangen können, wenn der Partei nicht eine straffe, gut angepaßte Organisation zur Verfügung steht. Der Leninismus hat auf Grund revolutionärer Erfahrungen ein ganzes System von Gesichtspunkten auch in den organisatorischen Fragen ausgearbeitet, die für die Bolschewisierung der Parteien große Bedeutung besitzen.

Die Haupt- und Grundform der Organisation jeder bolschewistischen Partei ist die Parteizelle im Betriebe. Das alte, von der Sozialdemokratie übernommene Organisationsprinzip, nach dem die Partei auf der Grundlage der Wahlkreise mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Parlamentswahlen aufgebaut wird, ist für die Kommunisten unannehmbar. Eine echte bolschewistische Partei ist unmöglich, wenn die Organisation in ihrer Grundlage nicht auf den Betriebszellen beruht.

Erweiterte Executive (März/April 1925).
Thesen und Resolutionen, (Hamburg 1925),
S. 12–15, 17/18, 22–26, 30/31, 41/42.

9

Aus der Resolution zur Arbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften, angenommen auf dem 10. Parteitag der KPD in Berlin am 17. Juli 1925

Die Gewerkschaften sind die Kampforgane der gesamten Klasse, die alle Proletarier ohne Rücksicht auf ihre politische Einstellung umfassen können und zusammenfassen müssen zum Kampf für ihre wirtschaftlichen Interessen.

Um diese Massenorganisationen für den revolutionären Kampf auszunützen, die Massen für die soziale Revolution zu gewinnen und sie dem Reformismus zu entreißen, ist notwendig:

a) daß jeder Kommunist ein tätiges Mitglied der Gewerkschaften ist, d. h., daß die Kommunisten ständig für die Ausbreitung und Stärkung der Gewerkschaften wirken, sich praktisch an jeder, auch der kleinsten gewerkschaftlichen Arbeit aktiv beteiligen, ständig ihre gewerkschaftlichen Kenntnisse erweitern, in jeder Frage führend und vorwärtstreibend vorangehen und imstande sind, jedem einfachen Arbeiter in den täglichen Kämpfen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen;

b) daß sich jeder Kommunist bereit erklärt und verpflichtet, jede Gewerkschaftsfunktion (Vertrauensmann im Betrieb, Branchenvertreter, Generalversammlungsvertreter, Mitglied der Bezirks- und Ortsverwaltungen, Betriebsratsposten usw.) zu übernehmen, um jeden Funktionärposten zu kämpfen und ihn mit höchstem Pflichteifer auszufüllen;

c) daß von der Partei eine große Massenkampagne für den Eintritt aller Proletarier in die Gewerkschaften geführt wird (es müssen dazu in allen Orten und Bezirken öffentliche und Betriebsversammlungen von der Partei veranstaltet werden);

d) daß in allen gewerkschaftlichen Ortsgruppen, Ortsausschüssen, Bezirksorganisationen usw. festgefügte und gut arbeitende Fraktionen gebildet und ausgebaut werden, daß alle KPD-Mitglieder restlos nach ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit registriert werden, daß alles getan wird, um mehr als bisher die Bildung eines linken Oppositionsblocks in den Gewerkschaften zu fördern;

e) daß die Aufmerksamkeit der Partei besonders auf die in den Gewerkschaften organisierten Frauen gerichtet wird. Bei der wichtigen Rolle, die die Frauen in den Kämpfen des Proletariats zu erfüllen haben, ist es unbedingt erforderlich, daß die Partei sich mit aller Energie für deren Aufklärung und Zusammenfassung einsetzt;

f) daß die Partei für die Zusammenarbeit der Partei- und Jugendfraktionen Sorge trägt. Die Heranbildung von gewerkschaftlichen Funktionären der Jugend muß zur Pflicht der Partei gemacht werden;

g) daß die Kommunisten auch unter den jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern arbeiten. Dies muß geschehen durch systematische Werbearbeit der Partei zusammen mit dem KJVD für den Eintritt der Jugendlichen in die freien Gewerkschaften. Auf die Schaffung von jugendlichen gewerkschaftlichen Betriebsvertrauensleuten ist der größte Nachdruck zu legen.

Der systematischen Erziehung zum Reformismus in den Gewerkschafts-Jugendabteilungen muß innerhalb dieser Organisationen eine zielbewußte kommunistische Aufklärungs- und Fraktionsarbeit entgegengestellt werden.

Die unmittelbaren Aufgaben für die Kommunisten sind:

a) Die Kommunisten müssen unter ständiger und genauer Beobachtung der politischen und wirtschaftlichen Situation die Bedingungen studieren, unter denen am erfolgreichsten eine Bewegung geführt werden kann. Nur so können sie die Initiative ergreifen, die Bewegungen genügend vorbereiten, organisieren und durchführen. Die Kommunisten müssen praktisch durch die Tat beweisen, daß sie auch in der gegenwärtigen Situation besser verstehen, erfolgreiche Kämpfe zur Verbesserung der Lebenslage des Proletariats zu führen, als die Reformisten. Sie müssen verstehen, die Massenaktivität zu entfalten und durch Einbeziehung aller proletarischen Kräfte und Organisationen (Frauen, IAH, Konsum usw.) die Kampfbasis zu verbreitern. Die Anwendung der proletarischen Kampf- und Streikstrategie ist und wird ein Mittel sein, die Aktivität und das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu stärken und die Sabotage und den Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu überwinden.

Beschlüsse des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands;
Berlin, 12. bis 17. Juli 1925.
Hrsg. vom Zentralkomitee der KPD,
Berlin 1925, S. 56/57.
Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946,
2., durchgesehene Auflage,
Berlin 1955, S. 184–186.

10

Aus dem Brief der Organisationsabteilung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an das Zentralkomitee und die Ortsgruppen der KPD vom 25. August 1925

Der Parteitag in Berlin hat durch Annahme des neuen Parteistatuts und der Resolution über die Reorganisation der Partei den Organisationen die folgenden Aufgaben gestellt:

Aufbau der Betriebszellen und Reorganisation auf der Basis der Betriebszellen. In Verbindung damit Heranziehung aller Parteimitglieder zur Parteiarbeit und exakte Kontrolle der Durchführung.

Aufbau und Ausbau der Gewerkschaftsfraktionen.

Durchführung des demokratischen Zentralismus in der Partei.

Diese Aufgaben sind nur durchführbar bei einer zielbewußten Leitung der Organisationsarbeit durch die Zentrale und die Bezirksleitungen. Bisher sind schon bedeutende Fortschritte in bezug auf die Schaffung von Betriebszellen zu verzeichnen. Allerdings sind diese Zellen in der Mehrzahl nur wenig aktiv, und die Reorganisation der Orts- und Stadtorganisationen auf der Basis der Betriebszellen ist nur in wenigen Ausnahmefällen durchgeführt. Ebenso wurden Fortschritte erzielt in bezug auf die Herausgabe der Betriebszeitungen und auf die Umstellung der Presse, die in zunehmendem Maße Berichte aus den Betrieben veröffentlicht ...

Es ist notwendig, in diesem Zusammenhange besonders darauf hinzuweisen, daß die sozialdemokratischen Organisationsformen und Organisationsmethoden, die die Ursache der Passivität der Partei sind und die jetzt von einem Teile der sogenannten Ultralinken verteidigt werden, das größte Hindernis der Reorganisation sind.

Weil die Partei bis zum Berliner Parteitag zuviel Konzessionen an diese Elemente machte und die Beschlüsse der Komintern nicht als Richtlinien für die Organisationsarbeit benutzte, deshalb zeigte sich in zahlreichen unteren Organisationen eine Verwirrung in der Organisationsfrage und kein Fortschritt.

Infolge dieser Schwankungen und der Vernachlässigung der Organisationsarbeit – vor allem durch die Parteileitungen – wurde auch unterlassen, die organisatorischen Fragen des Parteitages vorher gründlich in den unteren Parteiorganisationen zu diskutieren, so daß Anträge zum Parteitag fast vollständig fehlten. Diese Verhältnisse und die Tatsache, daß in den Parteitagsresolutionen über die Reorganisation einige Fragen nicht klar beantwortet sind, veranlassen uns, ausführlich zu den Organisationserfahrungen und den Organisationsaufgaben der KPD Stellung zu nehmen ...

Zur Klärung dieser Fragen wollen wir im folgenden nochmals zusammenfassend darstellen, wie die Reorganisation auf Grund der Beschlüsse der Komintern geschehen soll:

Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, an seiner Arbeitsstätte mit den Parteigenossen in Verbindung zu treten bzw. Parteimitglieder zu werben und eine Zelle zu gründen. Jede Betriebszelle führt sofort nach ihrer Gründung die Beitragskassierung durch und beschäftigt sich mit allen Fragen der Parteiarbeit. Die Aktivierung der Zellen und die Schaffung

von Zellen in den Großbetrieben, in denen wir schwach sind, sind nur möglich, wenn die Parteileitungen die Zellen systematisch instruieren, praktisch beim Aufbau mithelfen, Material und Redner zur Verfügung stellen und dafür sorgen, daß für die Betriebsberichte in der Tagespresse ein größerer Raum als bisher zur Verfügung steht. Die Parteileitungen sollen die Arbeit auf den verschiedenen Gebieten der Partei vor allem unter dem Gesichtswinkel der Betriebe führen (Gewerkschaft, Genossenschaft, Frauenagitation usw.).

Es lassen sich drei Formen des Aufbaus der örtlichen Organisationen unterscheiden:

a) Stadtorganisation, bestehend aus Betriebs- und Straßenzellen; den Betriebszellen gehören an die im Betrieb beschäftigten Genossen, soweit wie möglich die Arbeitslosen, die früher in dem Betriebe gearbeitet haben, und einige im Bereiche der Zelle wohnende Parteimitglieder zwecks Erledigung der Arbeiten, die von den in dem Betrieb beschäftigten Genossen nicht erledigt werden können (Verbreitung von Zeitungen vor dem Betriebe usw.). Alle anderen Genossen gehören zu den Straßenzellen. Genossen, die weit weg von ihrem Arbeitsorte wohnen, werden von der Zellengruppenleitung ihres Wohngebietes registriert und Straßenzellen oder Betriebszellen zugeteilt zur Parteiarbeit am Abend und an Feiertagen. Ebenso können sie direkt von der Zellengruppenleitung für bestimmte Parteiarbeit herangezogen werden (als Referent, für Zellengründung, für Herstellung von Agitpropmaterial u. a.).

b) In den mittleren und kleinen Industrieorten, wo die Arbeiter in der Nähe des Betriebes wohnen, gehören sämtliche Parteimitglieder, auch soweit sie nicht im Betrieb arbeiten, den Betriebszellen an. Jede Zelle ist für die Agitation und Propaganda in bestimmten Straßen oder Häuserblocks des Wohngebietes verantwortlich und instruiert und leitet die Arbeit der Zellenmitglieder im Wohngebiet. Dieses Beispiel b) findet auch in den Zellengruppen der Städte Anwendung, wo die Industrie konzentriert ist und wo die Mehrzahl der Parteimitglieder der betreffenden Gruppe im Bereich der Gruppe wohnt.

c) Landorte: Sind Betriebe nicht vorhanden, so geschieht bei geringer Mitgliederzahl die direkte Zusammenfassung der Genossen zur Ortsgruppe. Bei größerer Mitgliederzahl werden die Genossen in Guts- oder Straßenzellen bzw. Häuserblockzellen zusammengefaßt. Die Parteimitglieder, die auswärts arbeiten und dort einer Betriebszelle angehören, werden abends und sonntags zur Arbeit herangezogen.

Der geschilderte Typus der Organisation ist nicht starr, sondern gibt die Möglichkeit, bei absoluter Beibehaltung der Betriebszelle als Grundlage der Organisation, den Organisationsaufbau den besonderen örtlichen Verhältnissen anzupassen...

Was ist der Unterschied zwischen der früheren und der jetzigen Organisation?

Früher wurde Betriebsagitation nur nebenbei durchgeführt, die Genossen arbeiteten unkontrolliert und auf eigene Faust im Betrieb. In den Funktionär- oder Wohngebiets-Versammlungen gefaßte Beschlüsse, deren eigentliches Durchführungsgebiet meist die Betriebe waren, blieben auf dem Papier. Die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung fehlte. Sämtliche Parteimitglieder waren in der Wohnorganisation zusammengefaßt, dort wurde diskutiert und [wurden] Beschlüsse gefaßt.

Jetzt sollen die Betriebszellen alle Parteifragen behandeln, denn die Arbeit in den Betrieben ist wichtiger als die im Wohngebiet. Die Betriebszelle ist die untere Parteiorganisation, die alle Aufgaben erfüllt, die früher die Wohnorganisation erledigte. In den Straßenzellen haben nur die Mitglieder volle Pflichten und Rechte, die nicht in Betrieben beschäftigt sind. Auf Anweisung der Zellengruppenleitung können Betriebszellenmitglieder, die weit entfernt vom Wohnort arbeiten, einer Straßenzelle oder Betriebszelle ihres Wohngebietes zur Arbeit am Abend oder Sonntag zugeteilt werden, aber über Parteifragen diskutieren sie dort nicht, das tun sie in der Betriebszelle.

Die Reorganisation erfordert eine Verbesserung der Arbeit der Parteileitungen.

Bisher beschränkten sich die Parteileitungen auf allgemeine Anweisungen und auf Direktiven technischer Natur. Die Zehnergruppen beschäftigten sich oft nur mit technischen Aufgaben und mit der Beitragskassierung. Jetzt sollen die Parteileitungen tatsächlich die Arbeiten der unteren Organisationen führen, instruieren und mithelfen bei der Durchführung der Beschlüsse, die Materialherausgabe auf die Belieferung der Zellen einstellen und die Zellenarbeit kontrollieren. Es ist zu diesem Zweck notwendig, bei allen Bezirksleitungen Orgabteilungen zu schaffen und für wichtige Konzerne und Großbetriebe Zellensekretäre anzustellen...

Die Hauptschwäche der Parteiorganisationen besteht darin, daß nur ein geringer Teil der Parteimitglieder Parteiarbeit leistet. Schaffung einer kommunistischen Massenpartei heißt Führung einer richtigen kommunistischen Politik, Gewinnung einer großen Mitgliederzahl, Schaffung eines breiten Ringes von Sympathisierenden und Ausübung des kommunistischen Einflusses auf die breitesten Bevölkerungsschichten. Das ist nur möglich, wenn alle Parteimitglieder arbeiten. Deshalb sollen die Zellenleitungen allen Parteimitgliedern, entsprechend ihren Fähigkeiten, Parteiarbeit zuteilen. Massenbeeinflussung ist nur mit Hilfe der Masse der Mitglieder möglich, denn diese sind mit den Arbeitermassen in den Betrieben verbunden. Es muß eine scharfe Kontrolle darüber stattfinden, ob die Parteimitglieder regelmäßig ihre Parteipflichten erfüllen. Bisher leisteten fast

nur die Funktionäre Parteiarbeit. In der Regel beschließt und arbeitet der Funktionär für die Parteimitglieder, statt auch die Arbeit der Parteimitglieder zu leiten.

Die Heranziehung aller Genossen zur Arbeit wird nur möglich sein, wenn auch die Heranziehung zur Beratung und Beschlußfassung der Parteifragen geschieht. Alle Fragen, die die unteren Organisationen angehen, sind in den Zellen zu behandeln.

Jedes Parteimitglied hat nicht nur das Recht, sondern ist verpflichtet, seiner Meinung in den Zellenversammlungen und als Delegierter auf den Konferenzen Ausdruck zu geben und mitzuarbeiten an der Vorbereitung der Beschlüsse.

Nur wenn das geschieht, ist die richtige Durchführung der Beschlüsse möglich.

Es ist notwendig, die Parteiarbeit so zu leiten, daß die Initiative der Mitglieder ausgelöst und gesteigert wird.

Die Mitglieder müssen sich mitverantwortlich fühlen und dürfen nicht nur Objekte sein, die eine bestimmte Direktive durchführen müssen.

Es ist deshalb notwendig, daß die Parteileitungen mehr als bisher die Zellenarbeit unterstützen und kontrollieren, damit sie genau wissen, was unten in den Betrieben vor sich geht und ob die gefaßten Beschlüsse auch wirklich durchgeführt werden. Es hat keinen Sinn, unzählige Anweisungen zu geben, ohne festzustellen, warum die früheren Direktiven nicht durchgeführt werden...

Der Beschluß des Parteitages über die Reorganisation der Partei und die Annahme des Parteistatutes ist ein bedeutender Fortschritt. Ebenso begrüßen wir den Beschluß, daß der „Parteiarbeiter" wieder erscheint. Es ist nunmehr notwendig, zielbewußt und energisch im Sinne der Parteitagsbeschlüsse zu handeln.

In allen Parteiorganisationen müssen die bisherigen Erfahrungen und Fehler der Organisationsarbeit vor der gesamten Parteimitgliedschaft besprochen werden, damit nach dieser Selbstverständigung beschlossen werden kann, wie die planmäßige Durchführung der Parteitagsbeschlüsse in den einzelnen Bezirken bzw. Ortsgruppen und Zellen, in Verbindung mit den politischen Aufgaben der Partei, geschehen soll.

Nur wenn Ihr kühn und entschlossen die Parteitagsbeschlüsse durchführt, wird es gelingen, die Partei zu aktivieren und den kommunistischen Einfluß auf die Arbeitermassen zu verbreitern und zu vertiefen.

Die Betriebszelle – die Grundlage der Partei.
Rundschreiben Nr. 4 (Brief der Orgabteilung des Ekki an die KPD),
(Berlin) o. J., S. 1/2, 7–9, 11/12, 14–17.

11

Aus dem Offenen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD, veröffentlicht am 1. September 1925

Die wichtigste Aufgabe der Partei besteht im gegenwärtigen Augenblick darin, rechtzeitig und tatkräftig auf die sich anbahnende politische Umgruppierung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse zu reagieren. Die bedeutsamste Erscheinung der letzten Monate ist der beginnende Widerstand breiter Arbeitermassen gegen die „westliche Orientierung", d. h. gegen den Übergang der Bourgeoisie auf die Seite des Entente-Imperialismus, gegen die Führung der II. Internationale, die Wendung dieser Arbeitermassen zu Sowjetrußland und – wenn auch auf Umwegen – zur proletarischen Revolution. Ohne diesen Entwicklungsprozeß in seiner Bedeutung und seinem Tempo zu überschätzen, muß die Partei diese neuen Erscheinungen in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit rücken, sie sorgfältig verfolgen und bei jedem ihrer praktisch-politischen Schritte berücksichtigen.

Alles kommt darauf an, daß die Partei ihre Werbekraft in größerem Maße steigert. Sie muß den sich nach links entwickelnden sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber neue Formen, einen neuen Ton, einen neuen Inhalt der Agitation finden. Sie muß alle Vorgänge im Lager der Sozialdemokratie genau erkennen, studieren, in den Bezirken, Unterbezirken und Ortsgruppen, entsprechend den lokalen Verhältnissen, durch unsere Agitation beeinflussen. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen, die sich von ihren konterrevolutionären Führern abzukehren, langsam, zögernd, aber unverkennbar der proletarischen Revolution zuzuwenden beginnen, müssen das Gefühl haben: Die Kommunistische Partei ist wirklich eine Partei der Arbeiter, eine Partei, die unentwegt für unsere Interessen, unsere Teilforderungen, unsere Tagesnöte kämpft, die uns nicht nur als Agitationsobjekt, sondern als Klassenbrüder betrachtet, die ehrlich die Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Klassenkampf will.

Vom Gesichtspunkt dieser Hauptaufgaben müssen alle anderen politischen Schritte der Partei unternommen werden. Von diesem Gesichtspunkt muß vor allem unsere Parlamentsarbeit geleistet werden. An jedem Ort und in jeder politischen Frage müssen wir die Tribüne suchen, von der aus die Partei zu den Arbeitermassen in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie spricht, um sie auf die Seite des Klassenkampfes hinüberzuziehen. In diesem Licht müssen wir die Fragen des Garantiepaktes, des Völkerbundes, der Handelsverträge, der Kredite, der Zölle, der Steuern, der Wohnungspolitik usw. stellen.

Zugleich muß der Kampf gegen die monarchistische Gefahr, gegen die Klassenjustiz, für die Vollamnestie usw. mit den tagtäglichen ökonomischen Lohn- und Arbeitskämpfen des Proletariats verbunden werden...

Die wirkliche, für alle Arbeiter sichtbare Umstellung wird vollzogen, wenn die Partei alle Kräfte auf die Steigerung unserer Gewerkschaftsarbeit konzentriert. Durch unsere Gewerkschaftsarbeit muß die SPD geschlagen, durch unsere Gewerkschaftsarbeit muß die rote Einheitsfront gebildet werden.

Die Partei, ihre Gewerkschaftsfraktionen müssen in allen Verbänden, Ortskartellen und Zahlstellen eine großzügige Agitation auf Grund der Reise der ersten Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland entfalten. Diese Reise muß einen gewaltigen Widerhall in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung wecken.

Der Drang der Arbeiter zur Einheit der Gewerkschaften muß möglichst bald zur Herausbildung eines linken Flügels in den Gewerkschaften nach dem Vorbild der englischen Arbeiterbewegung kristallisiert werden. Das ist der nächste Schritt vorwärts in der deutschen und internationalen Einheitsbewegung, den die deutsche Partei tun muß. Die große Bewegung für die Einheit der Gewerkschaften wird breiteste Massen erfassen und neuen Zustrom für die freien Gewerkschaften bringen, wenn die Kommunistische Partei zur treibenden Kraft für die Gewerkschaftseinheit wird. Die Kommunisten müssen verstehen lernen, in den Gewerkschaften die beste, energischste, sachlichste Arbeit zu leisten, sie müssen den parteilosen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern durch Anschauungsunterricht beweisen, daß sie als Bolschewisten verstehen, zugleich aktive Gewerkschaftler zu sein. Unseren Fraktionen in den Gewerkschaften erwachsen damit eine Reihe von Aufgaben: wirkliches Eindringen in das Gewerkschaftsleben, intensivstes Studium der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge (Konzernwesen, Wirtschaftskonjunktur, Lage der Industriezweige, Besonderheiten der Wirtschaftsgebiete usw.), Herausarbeitung einer klaren und sachkundigen Tarif- und Sozialpolitik, Führung von Arbeitskämpfen, insbesondere Streikstrategie, Stellung zu allen Organisationsfragen der Gewerkschaften, Kampf für die Industrieverbände, besondere Berücksichtigung der Rolle und Aufgaben der Betriebsräte, Betonung der Interessen der Arbeiterjugend innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiterinnen usw.

Der Ausbau einer starken Gewerkschaftsabteilung bei der Zentrale der KPD muß den ernsten Willen der Parteileitung zeigen, diese Arbeit zur Grundaufgabe der Partei zu machen...

Die besten Parteigenossen der Kommunistischen Partei Deutschlands – in die Betriebe und von dort in die Gewerkschaften! Ausdauer und die Bereitschaft, jahrelang die einfachste alltägliche Arbeit unter den Massen

zu leisten, um Einfluß für ihre Partei zu erobern – das ist es, was die deutschen Kommunisten brauchen!

Zur Durchführung der Gewerkschaftsarbeit ist eine entschlossene organisatorische Umstellung der Partei im Sinne der Organisationsbeschlüsse des letzten Parteitages erforderlich. Die auf dem Parteitag in Berlin beschlossenen neuen Statuten und Organisationsrichtlinien müssen aufs rascheste verwirklicht werden. Die organisatorische Umstellung der Partei hängt eng mit der politischen zusammen. Ihre gemeinsame Richtlinie besteht in der Verlegung des Schwergewichts der gesamten politisch-organisatorischen Arbeit der Partei in die Betriebe, mit dem Ziel, die Massen der Arbeiter in den Betrieben zu erobern.

Im Vordergrund der organisatorischen Umstellung stehen folgende drei Aufgabengebiete:

1. Reform des innerparteilichen Kurses im Sinne der Normalisierung und Demokratisierung des Parteilebens, der lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft in allen und durch alle Organisationen der Partei.

2. Ernsthafte und unbedingt konsequente Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen.

3. Organisatorische Zusammenfassung und Festigung des kommunistischen Einflusses in allen parteilosen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, aber zugleich auch in den sich neu bildenden Massenorganisationen des Proletariats.

Die Durchführung einer lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft erfordert die Beseitigung des Überzentralismus, die Heranziehung neuer Kräfte nicht nur für die Zentrale, sondern für alle leitenden Organe der Partei, besonders auch für die Bezirksleitungen; die Garantie der kollektiven Arbeit der gesamten Mitgliedschaft und die engste Zusammenarbeit mit der Komintern.

Die Zusammenarbeit mit der Komintern ist um so notwendiger, weil durch sie die Partei durch die Erfahrungen der gesamten Internationale bereichert wird.

Neben der Reform des innerparteilichen Kurses und der Umstellung auf die Betriebszellen ist von größter Wichtigkeit der rasche Aufbau eines Systems wirklich bolschewistischer, mit größter Initiative praktisch arbeitender Parteifraktionen in ausnahmslos allen Organisationen der Arbeiterschaft, wo Kommunisten sind. Diese Aufgabe beschränkt sich keineswegs auf die Gewerkschaften, sondern gilt auch für sämtliche anderen parteilosen Massenorganisationen, sei es, daß sie bereits seit längerer Zeit bestehen, sei es, daß sie sich erst neu herausbilden. Der RFB bietet das beste Beispiel für die Neubildung proletarischer Massenorganisationen auf Grund der Kampferfahrungen des deutschen Proletariats. Rasche Ein-

stellung der Partei auf solche Organisationen (Sport-, Mieter-, Freidenker-[organisationen], Rote Frauenliga usw.) und ihre Ausnutzung zur Stärkung der Gewerkschaftsarbeit ist notwendig...

Die Organisationen des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit der Partei. Zugleich müssen endlich die notwendigen Schritte unternommen werden, um in Deutschland praktisch eine leninistische Bauernpolitik zu verwirklichen. Die Partei muß die steigende Unzufriedenheit des Kleinbürgertums und des Bauerntums wegen der Regelung der Aufwertungsfrage, der Handelsverträge, der Kredite, der Steuern und Zölle zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie mobilisieren (kommunistische Fraktionsarbeit in den Aufwertungs-, Mieterorganisationen, den Organisationen der Weinbauern, Kleinbauern, Pächter usw.).

Die Parlamentsarbeit der Partei im Reiche, [in] den Ländern und Kommunen muß in allererster Linie vom Gesichtspunkt der Förderung unserer Arbeit in den Massenorganisationen durchgeführt werden. Dazu ist die engste Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsfraktionen und den kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften usw. eine unerläßliche Voraussetzung.

Die Partei darf keinen Augenblick vergessen, daß nach wie vor ernste rechte und ultralinke Gefahren in ihren Reihen bestehen. Dagegen bieten nicht mechanische Maßnahmen einen Schutz, sondern die breite, gründliche, bis zum letzten Parteimitglied vordringende, alle Organisationen und Zellen umfassende Aufklärungs- und Erziehungsarbeit durch die Partei. Die ideologische Überwindung aller Fehler auf praktischem und theoretischem Gebiet erfolgt am besten auf dem Wege der Durchdringung der Partei mit den Grundsätzen des Leninismus und der Komintern, auf dem Wege der Anwendung dieser Grundsätze auf die konkreten Verhältnisse in Deutschland und die daraus erwachsenden praktischen Parteiaufgaben.

Eine breite Aufklärungskampagne unter der gesamten Mitgliedschaft über die Notwendigkeit und den politischen Sinn der gegenwärtigen Auseinandersetzung muß den bewußten Anfang dieser innerparteilichen Propagandaarbeit bilden.

Die Rote Fahne (Berlin),
1. September 1925.

12

Aus dem Brief Gustav Stresemanns an den ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern vom 7. September 1925

Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben:

Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.

Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener zehn bis zwölf Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.

Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien.

Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich, obwohl ich mir sehr klar darüber bin, daß dieser Anschluß nicht nur Vorteile für Deutschland bringt, sondern das Problem des Deutschen Reiches sehr kompliziert.

Wollen wir diese Ziele erreichen, so müssen wir uns aber auch auf diese Aufgaben konzentrieren. Daher der Sicherheitspakt, der uns einmal den Frieden garantieren und England sowie, wenn Mussolini mitmacht, Italien als Garanten der deutschen Westgrenze festlegen soll. Der Sicherheitspakt birgt andererseits in sich den Verzicht auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich wegen der Rückgewinnung Elsaß-Lothringens, einen deutschen Verzicht, der aber insoweit nur theoretischen Charakter hat, als keine Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich besteht. Die Reparationslasten, die uns der Dawes-Plan auferlegt, werden voraussichtlich schon 1927 untragbar sein. Wir müssen dann eine neue Konferenz verlangen zur Neufeststellung der deutschen Leistungsfähigkeit, ein Recht, das uns nach dem Versailler Vertrag jederzeit zusteht. Bei Vergleichung der 2½ Milliarden, die wir als Maximalsumme zu zahlen haben, mit den durchschnittlich über 4 Milliarden an Verzinsung ihrer Kriegsschuld, die die Gegenseite zu zahlen hat, müssen wir bedenken, daß die Gegner steuerlich mindestens ebenso belastet sind wie wir ...

Die Frage des Optierens zwischen Osten und Westen erfolgt durch unseren Eintritt in den Völkerbund nicht. Optieren kann man ja übrigens nur, wenn man eine militärische Macht hinter sich hat. Das fehlt uns leider. Wir können weder zum Kontinentaldegen für England werden, wie einige glauben, noch können wir uns auf ein deutsch-russisches Bündnis einlassen. Ich warne vor einer Utopie; mit dem Bolschewismus zu kokettieren ... Daß wir im übrigen durchaus bereit sind, mit dem russischen Staat,

an dessen evolutionäre Entwicklung ich glaube, uns auf anderer Basis zu verständigen, und uns durch unseren Eintritt in den Völkerbund durchaus nicht nach dem Westen verkaufen, ist eine Tatsache, über die ich E. K. H. [Eurer Kaiserlichen Hoheit] gern gelegentlich mündlich Näheres sagen würde...

Das Wichtigste ist für die unter 1 berührte Frage der deutschen Politik das Freiwerden deutschen Landes von fremder Besatzung. Wir müssen den Würger erst vom Halse haben. Deshalb wird die deutsche Politik, wie Metternich von Österreich wohl nach 1809 sagte, in dieser Beziehung zunächst darin bestehen müssen, zu finassieren und den großen Entscheidungen auszuweichen.

Ich bitte E. K. H., mich auf diese kurzen Andeutungen beschränken zu dürfen, und darf im übrigen wohl bitten, diesen Brief selbst freundlichst unter dem Gesichtspunkt würdigen zu wollen, daß ich mir natürlich in allen meinen Äußerungen eine große Zurückhaltung auferlegen muß. Wollen E. K. H. mir Gelegenheit geben, über diese Fragen, die demnächst ja zur Entscheidung drängen, in einer ruhigen Stunde sprechen zu können, so stehe ich gern zur Verfügung.

Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden.
Hrsg. von Henry Bernhard, Zweiter Band, Berlin (1932), S. 553–555.

13

Aus dem Programm der SPD, angenommen auf dem Parteitag in Heidelberg am 18. September 1925

Grundsätzlicher Teil

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten...

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von

Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartellen und Trusts. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je ersteht der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren

Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein...

Aktionsprogramm

Verfassung

Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln...

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besitzes.

Verwaltung

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert: Demokratisierung der Verwaltung...

Justiz

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz...

Sozialpolitik

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes...

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht...

Kultur- und Schulpolitik

Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden...

Finanzen und Steuern

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist...

Wirtschaftspolitik

Im Kampfe gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens...

Internationale Politik

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus.

Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.

Sie verlangt die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.

Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg.
Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz,
Berlin 1925, S. 5–10.

14

Aus dem Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, paraphiert am 16. Oktober 1925

Der Deutsche Reichspräsident, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der überseeischen britischen Lande, Kaiser von Indien, Seine Majestät der König von Italien;

bestrebt, dem Wunsche nach Sicherheit und Schutz zu genügen, der die Völker beseelt, die unter der Geißel des Krieges 1914 bis 1918 zu leiden gehabt haben;

im Hinblick auf die Tatsache, daß die Verträge zur Neutralisierung Belgiens hinfällig geworden sind, und im Bewußtsein der Notwendigkeit, den Frieden in dem Gebiete zu sichern, das so oft der Schauplatz der europäischen Konflikte gewesen ist;

in gleicher Weise beseelt von dem aufrichtigen Wunsche, allen beteiligten Signatarmächten im Rahmen der Völkerbundssatzung und der zwischen ihnen in Kraft befindlichen Verträge ergänzende Garantien zu gewähren;

haben beschlossen, zu diesen Zwecken einen Vertrag zu schließen ...

Artikel 1

Die Hohen Vertragschließenden Teile garantieren, jeder für sich und insgesamt, in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise die Auf-

rechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen Status quo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgesetzt sind, sowie die Beobachtung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des bezeichneten Vertrages über die demilitarisierte Zone.

Artikel 2

Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten ...

Artikel 3

Im Hinblick auf die von ihnen im Artikel 2 beiderseits übernommenen Verpflichtungen verpflichten sich Deutschland und Belgien sowie Deutschland und Frankreich, auf friedlichem Wege, und zwar in folgender Weise, alle Fragen jeglicher Art zu regeln, die sie etwa entzweien und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gelöst werden können.

Alle Fragen, bei denen die Parteien untereinander über ein Recht im Streite sind, sollen Richtern unterbreitet werden, deren Entscheidung zu befolgen die Parteien sich verpflichten ...

Artikel 10

Dieser Vertrag soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Genf im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden.

Er soll in Kraft treten, sobald alle Ratifikationsurkunden hinterlegt sind und Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist.

Reichsgesetzblatt (Berlin),
1925, Teil II, Nr. 52, S. 979, 981.

15

Aus dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen, paraphiert am 16. Oktober 1925

Der Deutsche Reichspräsident und der Präsident der Republik Polen,

gleichermaßen entschlossen, den Frieden zwischen Deutschland und Polen aufrechtzuerhalten, indem sie die friedliche Regelung der zwischen beiden Ländern etwa entstehenden Streitigkeiten sichern,

im Hinblick auf die Tatsache, daß die internationalen Gerichte zur Achtung der durch die Verträge begründeten oder aus dem Völkerrecht sich ergebenden Rechte verpflichtet sind,

einig darin, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können,

und in der Erwägung, daß die aufrichtige Beobachtung des Verfahrens zur friedlichen Regelung der internationalen Streitigkeiten die Möglichkeit gibt, ohne Anwendung von Gewalt die Fragen zu lösen, die die Staaten entzweien könnten,

haben beschlossen, ihre gemeinsamen Absichten in dieser Hinsicht in einem Vertrage zu verwirklichen ...

Teil 1

Artikel 1

Alle Streitfragen jeglicher Art zwischen Deutschland und Polen, bei denen die Parteien untereinander über ein Recht im Streite sind und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gütlich geregelt werden können, sollen in der nachstehend bestimmten Weise, sei es einem Schiedsgericht, sei es dem Ständigen Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet werden ...

Artikel 2

Vor jedem Schiedsverfahren und vor jedem Verfahren bei dem Ständigen Internationalen Gerichtshof kann die Streitfrage durch Vereinbarung der Parteien zur Herbeiführung eines Vergleichs einer ständigen internationalen Kommission, genannt „Ständige Vergleichskommission", unterbreitet werden, die gemäß dem gegenwärtigen Vertrage gebildet wird.

Reichsgesetzblatt (Berlin),
1925, Teil II, Nr. 52, S. 995.

16

Aus der Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der Partei, angenommen auf der 1. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 1. November 1925

III. Die Stellung der Klassen in der gegenwärtigen Lage

...In der gegenwärtigen Situation fordert die Kommunistische Partei die sofortige Auflösung des Reichstags, den Sturz der Regierung Luther, den Kampf gegen den Kriegspakt von Locarno.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Partei, die wirklich und entschlossen für die Selbständigkeit Deutschlands kämpft und einen Ausweg

aus dieser Lage zeigt; die Losung der Kommunistischen Partei und der gesamten Arbeiterschaft muß sein: ein unabhängiges, sozialistisches Deutschland im freien Bunde mit der Sowjetunion.

IV. Die innere Lage Deutschlands

Die wachsenden Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat führen unvermeidlich zu einer Verschärfung des Klassenkampfes. Die beginnende Zersetzung im Lager der Bourgeoisie selbst verursacht ein Anwachsen der Strömungen einer monarchistischen Reaktion. Im Prozeß dieser Entwicklung wird ein schärferer Kurs gegenüber dem Proletariat und gegenüber seiner Partei, der Kommunistischen Partei, unausbleiblich sein.

Auf der anderen Seite ist die Arbeiterschaft im Begriff, sich von der Niederlagenstimmung zu befreien, sich zu konsolidieren und den Kampf gegen die Reaktion und die kapitalistische Offensive aufzunehmen.

Innerhalb der deutschen Arbeiterschaft entwickelt sich nicht nur eine breite Sympathie für Sowjetrußland, sondern es beginnt in allen Teilen der Arbeiterschaft der Drang nach der einheitlichen Aktion. Ein Ausdruck dafür ist die Entsendung der Rußlanddelegation, das Interesse an den Industrieverbänden, die Oppositionsstellung großer Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zur Führung und Politik ihrer Partei, die Verbreiterung der Abwehrkämpfe, der Ausgang insbesondere der Berliner Stadtverordnetenwahlen und der Wahlen in Baden, die Annäherung der proletarischen Mitglieder des Reichsbanners an den Roten Frontkämpferbund, das Wachstum der revolutionären Stimmungen in den sozialistischen Jugendverbänden usw.

Die Kommunistische Partei, die in der Vergangenheit weder verstanden hat, diese Entwicklung rechtzeitig zu erkennen noch sie genügend auszuwerten, muß mit der größten Energie diese objektiv geschaffene günstige Lage ausnützen. Alle Voraussetzungen zur Schaffung eines Linksblocks in der deutschen Arbeiterbewegung sind gegeben. Eine entschlossene, ernste, durch keine ultralinken Phrasen gehemmte Durchführung der Einheitsfronttaktik, die zugleich dauernd und energisch auf das Kampfbündnis mit dem Landproletariat hinzielen muß, ist die Voraussetzung dafür.

Die Rolle, die die Sozialdemokratische Partei in dieser Situation spielt, bedeutet eine Unterstützung der deutschen Bourgeoisie. Die Taktik der reformistischen Gewerkschaftsführer, der Entwicklung innerhalb der organisierten Arbeiterschaft zum Klassenkampf Widerstand zu leisten und mit aller Energie die Politik der Arbeitsgemeinschaft, der Klassenversöhnung fortzuführen, anderseits die Politik der SPD-Führer, die darauf hinausgeht, die Klassengegensätze und den Klassenkampf selbst zu mildern und die Interessen des Proletariats denen der Bourgeoisie unterzuordnen, sind

und werden sein das größte Hindernis für die Herausbildung der einheitlichen Klassenfront und den siegreichen Kampf des Proletariats.

Es ist die Aufgabe der Taktik und Politik der Kommunistischen Partei, die sozialdemokratische Arbeiterschaft von der Politik der Arbeitsgemeinschaft und Klassenversöhnung der SPD-Führer loszulösen. Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, die werktätigen Massen zum Kampf gegen die bürgerliche Regierung in jeder Gestalt und gegen die sozialdemokratische Koalitionspolitik zu mobilisieren und zu organisieren und sie in den Kampf für die Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung zu führen.

Die Kommunistische Partei wird die Arbeiterschaft für die Durchführung folgender, aus der unmittelbaren Lage sich ergebender Forderungen mobilisieren:

1. Entlassung aller monarchistischen Beamten im Reiche, in den Ländern und Kommunen, Entmilitarisierung der Polizei, Auflösung der Reichswehr – Schaffung einer Miliz aus der werktätigen Bevölkerung unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen, Bekämpfung und Auflösung der monarchistischen und reaktionären Verbände.

2. Kampf gegen die Klassenjustiz, Entlassung aller reaktionären Richter und Strafvollzugsbeamten, Beseitigung des Republikschutzgesetzes und des Staatsgerichtshofes, Vollamnestie und Niederschlagung aller Verfahren bei politisch-proletarischen Vergehen, Notdelikten und Vergehen gegen den § 218.

3. Schärfster Kampf gegen die Schulreaktion, Kampf gegen das reaktionäre Reichsschulgesetz, für die einheitliche weltliche Schule.

V. Die Perspektive der zweiten Revolution in Deutschland

Der Kampf für Teilforderungen in der gegenwärtigen Situation ist die notwendige Voraussetzung für die Vorbereitung der Revolution.

Wie betrachtet die Kommunistische Partei die allgemeine Lage?

Wir täuschen uns nicht darüber, daß wir uns nicht in einer akut revolutionären Situation befinden. Wohl bleibt die allgemeine revolutionäre Situation im Weltmaßstabe und in Deutschland bestehen, aber wir befinden uns nicht in der Periode des direkten Sturms, des unmittelbaren Kampfes um die Macht. Trotz der wachsenden Krisen des deutschen Kapitalismus, trotz der Linksentwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung, trotz des zunehmenden Einflusses unserer Partei besteht die teilweise Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft fort. Aber die gesamte Entwicklung in Deutschland steuert auf eine neue akut revolutionäre Situation zu. Es wachsen nicht nur die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Kapitalismus, sondern auch die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat, es beginnt und wächst unvermeidlich die Zersetzung innerhalb

der deutschen Bourgeoisie. Selbst unter der Aufgabe der nationalen Selbständigkeit Deutschlands ist die deutsche Bourgeoisie unfähig, die Grundlage für die Erhaltung und Fortentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu behaupten und zu sichern. Im Gefolge der Stagnation und des Zerfalls der wirtschaftlichen Verhältnisse werden Arbeitslosigkeit, Elend und Not der breiten Massen der Werktätigen unvermeidlich und außerordentlich wachsen. Große Teile des Kleinbürgertums und der Kleinbauern werden in diese Verelendung hineingezogen werden.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit dieser Entwicklung wird die Aktivität und Kampfkraft der deutschen Arbeiterschaft stärker werden. Die revolutionäre Kraft des deutschen Proletariats ist nicht erschöpft, sie wird wachsen mit der revolutionären Zuspitzung der allgemeinen Lage.

Hinzu kommt, daß außer dem Heranreifen dieser objektiven Verhältnisse die Kommunistische Partei, geschult durch die Erfahrungen langer revolutionärer Kämpfe, zu einer Massenpartei herangewachsen ist. Die KPD ist auf dem Wege der Entwicklung zu einer entschlossenen bolschewistischen Partei, die ein wichtiger revolutionärer Faktor, eine treibende, die Entwicklung beschleunigende Kraft zur Vorbereitung der Revolution ist. Von der Richtung der Tätigkeit der Kommunistischen Partei wird in bedeutendem Maße die revolutionäre Entwicklung in den nächsten Jahren abhängen.

Es ist die Aufgabe unserer Partei, auch in der Übergangsperiode zu einer neuen akut revolutionären Situation durch ihre Tätigkeit das Höchstmaß an Klassenkampf der deutschen Arbeiterschaft zu erreichen.

Die Durchführung dieser Aufgabe ist nur möglich, wenn es die Kommunistische Partei versteht, sich an die Spitze zu stellen bei der Führung der Kämpfe des Proletariats für seine durch die jetzigen Verhältnisse sich ergebenden Interessen. Das Kettenglied, das die Kommunistische Partei bei der heutigen Lage der Arbeiterschaft ergreifen muß, ist, das Schwergewicht ihrer Arbeit in die Gewerkschaften zu legen.

VI. Unsere Hauptarbeit, die Gewerkschaftsarbeit

Die Gewerkschaftsarbeit ist kein Sonderfach, sondern sie ist gegenwärtig der Schlüssel unserer gesamten revolutionären Arbeit. Alle Schritte unserer Taktik, sei es im Parlament, sei es in der Gemeindepolitik, sei es im Kampf um Teilforderungen, sei es in der Orientierung auf die sozialdemokratischen Arbeiter, müssen unter dem alles überragenden Gesichtspunkt der Verbreiterung unseres Einflusses in den Gewerkschaften ausgewählt werden.

Vor allem müssen die Kommunisten während der bevorstehenden Lohn- und Wirtschaftskämpfe gegen die Folgen des Dawes-Planes in erster Reihe stehen.

Zu den wichtigsten Zielen gehört die Eroberung der Mehrheit der Belegschaft, Schaffung und Durchdringung des unteren gewerkschaftlichen Vertrauensmännerkörpers in den Betrieben, die Heranziehung einer breiten Schicht sympathisierender sozialdemokratischer und parteiloser Arbeiter.

Die Losung der Umstellung der Gewerkschaften auf Industrieverbände muß von allen Kommunisten mit der größten Energie vertreten werden. Die Reorganisation nach Industrieverbänden würde unvermeidlich das politische Schwergewicht in den deutschen Gewerkschaften zugunsten der fortgeschrittensten Arbeitermassen in den großen Industriebezirken verändern. Ein Verband für die gleiche Industrie, engstes Kampfbündnis der Industrieverbände miteinander! Wir müssen namentlich im Moment größerer Lohnkämpfe die sofortige Bildung eines Kartellverbandes aller an der Bewegung beteiligten Verbände des ADGB fordern.

Die Kommunisten müssen sich mehr als bisher an den inneren Fragen, der inneren Arbeit und dem inneren Leben der Gewerkschaften beteiligen. Der Kommunist in den Gewerkschaften muß durch seine praktische Tätigkeit beweisen, daß er nicht nur ein guter Kommunist, sondern auch ein guter Gewerkschaftler ist.

Die Partei muß energisch für die Stärkung der Gewerkschaften arbeiten. Von den 24 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern Deutschlands sind erst 4,8 Millionen freigewerkschaftlich organisiert. Die Partei muß sofort eine umfassende und lang dauernde Werbekampagne für die Gewerkschaften einleiten. Das nächste Ziel dieser Kampagne muß sein:

10 Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter!

Das Ziel für jeden Betrieb: hundertprozentige freigewerkschaftliche Organisation im Betrieb!

Zur Durchführung dieser Losungen müssen in den Betrieben gemeinsame Werbeausschüsse gebildet werden, die sich auch die Verwirklichung der internationalen Gewerkschaftseinheit zum Ziel setzen.

Die Partei muß die Wiederaufnahme ihrer Gewerkschaftsarbeit mit dem Kampf für die Wiederbelebung der Betriebsräte verbinden. Die Betriebsräte müssen konzernweise und bezirksweise von den Gewerkschaften zusammengefaßt werden. Die Betriebsräteausschüsse der Gewerkschaften müssen zur Aktivität verpflichtet werden; die Betriebsräte müssen erneut zu Organen der proletarischen Einheitsfront werden.

In Anbetracht der steigenden Erwerbslosigkeit müssen die freigewerkschaftlichen Instanzen zur Unterstützung aller Forderungen der Erwerbslosen und zur Bildung von Erwerbslosenräten aufgefordert werden.

Neben unserer Losung: Für die Industrieverbände und Gewerkschaftseinheit! – stellen wir folgende Hauptforderungen als nächste unmittelbare Kampfziele auf:

Kampf für höhere Löhne!

Kampf für den Achtstundentag! Sechsstundenschicht für Feuer-, Berg- und Chemiearbeiter und für Jugendliche unter 18 Jahren!

Beseitigung der bestehenden Lohnspanne!

Aufhebung der Akkordarbeit und des Prämiensystems!

Kampf gegen die Erwerbslosigkeit, die Kurzarbeit und Zwangsarbeit!

Erhöhung der Erwerbslosensätze auf Tariflohn und dessen Bezahlung ohne Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit unter Abschaffung der Karenzzeit!

Unentgeltliche Überlassung von Brennstoff, Gas, Wasser usw. durch die Kommunen an die Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten usw.!

Mieterlassung für die Erwerbslosen!

Kampf zur Erweiterung der Rechte der Betriebsräte auf dem Wege zur Kontrolle der Produktion, insbesondere aber ein unzweideutiges Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitern und Angestellten!

Kampf für die Interessen der werktätigen Massen!

Die KPD muß ihre ganze Kraft, insbesondere unter Mobilisierung der Gewerkschaften (und Genossenschaften), für die Durchführung folgender Forderungen einsetzen:

Kampf gegen die Teuerung,

sofortige Beseitigung der Lebensmittel- und Industriezölle,

Zwangsmaßnahmen gegen die Verteuerung durch die Kartelle und durch den Großhandel,

Beseitigung der Gewerbesteuer und der übrigen Belastung des Kleinhandels,

Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer und Gewerbesteuer und jeder anderen Belastung, langfristige, zinslose Kredite an die Konsumvereine,

Abwälzung der Dawes-Lasten auf die Bourgeoisie,

Beseitigung aller den Massenkonsum belastenden Steuern, insbesondere Abschaffung der Umsatzsteuer, Aufhebung der Steuern auf Salz, Zucker, Bier und Tabak,

Beseitigung der Lohnsteuer,

einkommensteuerfreies Existenzminimum in Höhe von 3000 Mark jährlich,

scharfe progressive Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen,

Einziehung aller Erbschaften und Nachlässe über 50 000 Mark,

restlose Beschlagnahme der dynastischen Vermögen,

Kampf gegen Mietwucher und Wohnungsnot,

Herabsetzung der Mieten,

Beseitigung der Hauszinssteuer,
Beschlagnahme der großen Wohnungen,
Bau von Arbeiterwohnungen.

Außerdem ist es notwendig, ein enges Bündnis zwischen den Industriearbeitern und Klein- und Mittelbauern herzustellen.

Im Interesse der Klein- und Mittelbauern gilt es, sich einzusetzen für folgende Forderungen:

Staatliche Subventionen zur Verbilligung von Dünger, Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen; Steuernachlaß, Aufhebung der Getreide- und Futtermittelzölle, langfristige und zinslose Kredite für die klein- und mittelbäuerlichen Produktions- und Konsumgenossenschaften, Beseitigung des Pachtzinses und Befriedigung des Landhungers der klein- und mittelbäuerlichen Schichten.

Die Rote Fahne (Berlin),
5. November 1925.

17

Resolution zur Organisationsfrage, angenommen auf der 1. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 1. November 1925

Die Parteikonferenz erklärt, daß die kategorische Aufgabe im jetzigen Moment, ohne deren Lösung die Durchführung des neuen Kurses der Partei unmöglich ist, in der sofortigen und restlosen Umstellung der Parteiorganisation auf die Grundlage der Betriebszellen besteht.

Die Parteikonferenz verlangt deshalb von jeder Bezirksleitung sowie von jeder örtlichen Leitung die energische und beschleunigte Durchführung des Umbaues auf Betriebszellen entsprechend den von der Parteikonferenz beschlossenen Richtlinien zur Reorganisation. Die dringendsten Aufgaben, die jetzt im Vordergrund stehen und deren Durchführung in den nächsten Wochen erreicht werden muß, sind:

1. Die restlose Zusammenfassung aller in den Betrieben beschäftigten Parteimitglieder in Betriebszellen, wozu die rasche und genaue Durchführung der Registrierung der Gesamtmitgliedschaft eine Voraussetzung ist.

2. Die sofortige Zusammenfassung der jetzt schon bestehenden Betriebs- und Straßenzellen zu Zellengruppen und die Wahl provisorischer Zellengruppenleitungen.

3. Die Zusammenfassung aller Genossen, die für die Betriebszellen nicht in Betracht kommen, in Straßenzellen.

4. Liquidierung der alten Funktionärkörper, soweit sie noch bestehen.

Verlegung der wichtigen Entscheidungen in die Delegiertenkonferenzen. Zusammenfassung der Zellen- und Zellengruppenleitungen oder ihrer Ressortvertreter zu informatorischen und instruktiven Konferenzen.

5. Übertragung aller Parteiarbeiten an die bereits bestehenden Betriebszellen, ohne erst die restlose Erfassung aller Genossen in den Zellen durch die Registrierung abzuwarten. Regelmäßige wöchentliche Abhaltung der Zellenversammlungen. Aktivierung der Zellen durch Behandlung aller Parteiaufgaben und Parteifragen in ihnen. Herstellung einer engen Verbindung zwischen den Parteileitungen und den Zellen und Überwachung der Arbeit der letzteren.

6. Entschiedene Verlegung der Arbeit und Verantwortung von der Wohnorganisation auf die Zellen und Zellengruppen bis zur endgültigen Liquidierung der alten Organisation.

7. Neuwahl aller Leitungen von der Zellengruppe aufwärts bis zur Bezirksleitung in Delegiertenkonferenzen, deren Delegierte [im Original: die] auf der Grundlage der Zellenorganisation gewählt worden sind.

Die Rote Fahne (Berlin),
6. November 1925.

18

Aus der Erklärung der Konferenz von Vertretern der kommunistischen Parlamentsfraktionen Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Hollands, Italiens, Polens, der Schweiz und der Tschechoslowakei, angenommen in Brüssel am 12. November 1925

Der sogenannte Friedenspakt von Locarno ist in Wirklichkeit eine neue Etappe in der immer klarer hervortretenden Umgruppierung der imperialistischen Mächte.

Die in den Vereinigten Staaten von Amerika herrschende imperialistische Gruppe arbeitet auf eine gewisse Konsolidierung der kapitalistischen Staaten Westeuropas hin, um die Dawesierung und die Ausbeutung der arbeitenden Massen in den verschiedenen europäischen Ländern auch politisch sicherzustellen und besonders das nach der Annahme des Londoner Paktes in Deutschland angelegte Kapital zu sichern. Gleichzeitig wollen die Vereinigten Staaten sich Garantien gegen die kommunistische Gefahr und gegen Sowjetrußland schaffen...

Die im imperialistischen Weltkriege besiegte deutsche Bourgeoisie setzt gegenüber den herrschenden kapitalistischen Ländern ihre durch den Dawes-Pakt vorgezeichnete Unterwerfungspolitik fort. Der Pakt von Locarno stellt für sie auf dem Wege der Auslegung des Versailler Vertrages

eine gewisse Lockerung durch den englisch-amerikanischen Imperialismus dar. Er bewirkt, daß die werktätigen Massen in Deutschland, deren Lebensinteresse in einem Bündnis mit Sowjetrußland liegt, im Auftrage des britisch-amerikanischen Kapitals noch stärker gefesselt und geknebelt werden...

Da andererseits die imperialistischen Gegensätze zwischen den einzelnen kapitalistischen Staaten sich immer mehr verschärfen und alle militärischen Großmächte ihre Rüstungen zur Führung eines neuen großen Krieges fortgesetzt steigern, dient Locarno keineswegs der Vorbereitung des Friedens, sondern im Gegenteil der Vorbereitung des Krieges.

Es ist klar, daß, sobald der nächste größere imperialistische Konflikt zum Ausbruch kommt, der Vertrag von Locarno bedenkenlos zerrissen werden wird. Auch nicht einmal durch seinen formellen Wortlaut bildet dieser Pakt eine Garantie gegen die Entfesselung eines neuen Kriegskonfliktes. In einem Falle wie im Jahre 1914 wäre er z. B. kein Hindernis für die Kriegserklärung.

Der Völkerbund ist ein Organ, mit dem die kapitalistischen Mächte unter dem Deckmantel einer pazifistischen Phraseologie ihre alte imperialistische Unterdrückungspolitik fortsetzen...

So bedeutet Locarno nicht nur eine neue schwere Gefahr für Sowjetrußland, sondern auch eine neue ernste Bedrohung aller unter der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung leidenden werktätigen Massen. Wenn die Führer der Sozialistischen Internationale für den Pakt von Locarno eintreten, so setzen sie damit nur ihre alte Politik der Unterstützung der kapitalistischen Regierungen fort. Sie erwecken und nähren bewußt die pazifistischen Illusionen gewisser Schichten von Arbeitern und Kleinbürgern, um so der kapitalistischen und antisowjetischen Politik ihrer Bourgeoisien Vorschub zu leisten.

Angesichts des antisowjetischen Blocks der kapitalistischen Mächte und gegenüber den Kriegsvorbereitungen gegen das proletarische Rußland genügt es nicht mehr, nur immer lauter den Ruf zu erheben: „Hände weg von Sowjetrußland!", sondern es muß rasch und wirklich gehandelt und eine breite, einheitliche Abwehrfront des gesamten klassenbewußten Proletariats geschaffen werden. Es gilt jetzt, ein starkes Bündnis mit den Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands zu schließen und mit allen Mitteln alle Bewegungen und Erhebungen der unterdrückten Arbeiter- und Bauernmassen in den Kolonien zu unterstützen.

Der Kampf gegen die Kriegspolitik der Bourgeoisie muß in den werktätigen Massen ein immer stärkeres Echo finden. Die Kampffront des Proletariats gegen die Kriegspläne der kapitalistischen Staaten muß immer breiter, tiefer und gewaltiger werden und zum Siege der Arbeiterklasse führen.

Nieder mit dem Pakt von Locarno!

Nieder mit den Verträgen von Versailles, St. Germain, Neuilly und Trianon!

Nieder mit dem kapitalistischen Völkerbund!

Nieder mit allen Kolonialmandaten!

Nieder mit der Sanktions-, Reparations- und Dawes-Plan-Politik!

Streichung aller Kriegsschulden und Reparationen sowohl für die besiegten Völker wie auch für die Siegerstaaten!

Es lebe die Einheitsfront der Arbeiter- und Bauernmassen aller Länder!

Es lebe das Bündnis des europäischen Proletariats mit den Arbeitern und Bauern Sowjetrußlands und aller Kolonialgebiete!

Es lebe die Unabhängigkeit der heute kolonisierten Völker!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Die Rote Fahne (Berlin),
15. November 1925.

19

Entwurf eines Gesetzes über entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser, eingebracht von der kommunistischen Fraktion im Reichstag am 25. November 1925

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel I

Das gesamte Vermögen der ehemals regierenden Fürsten sowie aller ihrer Familienangehörigen, mit allen seinen unbeweglichen, beweglichen und sonstigen Bestandteilen, wird ohne Entschädigung enteignet.

Artikel II

Über die Verwendung der enteigneten Fürstenvermögen wird folgendes bestimmt:

1. Die den ehemaligen Fürsten und ihren Familienangehörigen gehörigen landwirtschaftlichen Güter werden von den Ländern im Benehmen mit dem Reich zur Linderung der Landnot kleiner Bauern und Pächter aufgeteilt.

2. Die Forsten, Bergwerke und sonstigen Liegenschaften gehen in das Eigentum der Länder über, in denen sie gelegen sind.

3. Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude sind Eigentum der Länder, auf deren Gebiet sie liegen; sie müssen verwandt werden zur

Linderung der Wohnungsnot, zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Unfall-, Sozial- und verarmte Kleinrentner, für Kinderheime und Erziehungsanstalten.

4. Das enteignete Barvermögen, der Besitz an Effekten usw. der ehemaligen Fürsten und ihrer Familienangehörigen wird unter Verwaltung durch das Reich zur Erhöhung der Unterstützungen für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen verwandt.

5. Die sonstigen Vermögensbestandteile gehen in das Eigentum derjenigen Länder über, in denen die betreffenden Fürstenhäuser bis zu ihrer Absetzung regiert haben.

Artikel III

Die Durchführung dieses Gesetzes kontrolliert ein Ausschuß von 50 Personen, die aus den Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewählt werden. Die Sitzungen dieses Ausschusses müssen öffentlich sein.

Artikel IV

Mit diesem Gesetz werden alle bisher in den Ländern erfolgten Regelungen aufgehoben und alle Ansprüche der durch dieses Gesetz enteigneten Personen vernichtet.

Das Gesetz tritt mit Rückwirkung vom 8. November 1918 am Tage der Verkündung in Kraft.

Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924. Bd. 405. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Nr. 1476 bis 1716, Berlin 1926, Nr. 1539.

20

Aus der Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik", veröffentlicht vom Reichsverband der Deutschen Industrie im Dezember 1925

Vorschläge

A. Auf dem Gebiete der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftspolitik

I. Öffentliche Finanzwirtschaft

Die gegenwärtigen Verhältnisse erfordern von einer gesunden öffentlichen Finanzpolitik, daß sie neben der unbedingten Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in den Haushalten als ihr wichtigstes Ziel betrachtet, die innere Kapitalbildung zu erleichtern und zu fördern...

Das Steuersystem als solches und in seiner Verwaltung muß wesentlich vereinfacht werden und so aufgebaut sein, daß die Steuern unter Einhaltung eines angemessenen Verhältnisses zwischen Besitz- und Verkehrs-

steuern einerseits und Verbrauchssteuern andererseits aus dem Ertrag bezahlt werden können. Die zu erhebenden Steuern dürfen insgesamt die Erzielung einer Rente nicht vereiteln. Sie müssen darüber hinaus einen Betrag zur Kapitalneubildung freilassen...

Alle Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungswesens, sind zu beseitigen und die entsprechenden Behörden aufzulösen. In der Wohnungszwangswirtschaft mit der behördlichen Mietfestsetzung und Wohnungszuteilung sehen wir eines der größten Hemmnisse für die Wiedererstarkung des inneren Marktes.

II. Tarifgestaltung der Eisenbahn und Post

Das Tarifsystem der Eisenbahn muß derartig aufgebaut sein, daß damit die höchste Leistungsfähigkeit bei der geringsten Belastung aller Teile und aller Gebiete der Wirtschaft erreicht wird, damit es auf diese Weise der Eisenbahn gelingt, den Verkehr soweit als irgend möglich auf sich zu ziehen...

III. Die sozialen Abgaben

Die Aufrechterhaltung einer weitgehenden sozialen Fürsorge ist nur möglich, wenn die Beiträge aller Teile der Wirtschaft für soziale Zwecke sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit anpassen und wenn die Leistungen an die Empfänger sich in solchen Grenzen halten, daß die Empfindung der eigenen Verantwortung des einzelnen für sich und seine Familie nicht zerstört wird. Unter diesen grundlegenden Voraussetzungen befürworten wir eine wirksame soziale Fürsorge.

Die Belastungen der Träger der sozialen Fürsorge müssen in regelmäßigen Zeitabschnitten von Amts wegen überprüft und der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßt werden...

IV. Der Lohn und die Arbeitszeit

Wir vertreten den für Arbeiter und Unternehmer gleichermaßen vorteilhaften Grundsatz, daß der Lohn sich nach der Leistung und der Produktivität der Arbeit richten muß.

Nominelle Lohnerhöhungen bedeuten keine Stärkung der Kaufkraft. Die Stärkung der Kaufkraft muß vielmehr in der durch erhöhte Leistung und rationelle Betriebsführung ermöglichten allgemeinen Verbilligung der Arbeitsprodukte gesucht werden.

Tarifverträge müssen den besonderen Verhältnissen und auch dem Lei[s]tungsprinzip angepaßt werden. Jede Schematisierung ist zu vermeiden. Eine zwangsweise Bestimmung der Löhne durch den Staat widerspricht den natürlichen Erfordernissen einer gesunden Wirtschaftsführung und ist daher auszuschalten.

Die Anwendung des Achtstundentages darf nicht schematisch sein und muß sich dem Grundsatz der Bemessung des Lohnes nach der Leistung anpassen. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden oder gehemmt werden...

B. Auf den Gebieten der Gütererzeugung und Güterverteilung

I. Rationalisierung

...Die Durchführung der Rationalisierung in den einzelnen Betrieben und Unternehmungen kann nur dann erfolgreich sein, wenn jeder einzelne, der am Erzeugungsprozeß beteiligt ist, selbst stets danach strebt, ein Maximum zu leisten...

II. Konzentration

Die Rationalisierung durch eine Konzentration in der Industrie, die sich innerhalb wirtschaftlicher Grenzen vollzieht und das Ziel hat, die Erzeugung weitgehend zu spezialisieren, sie zu verbessern und zu verbilligen und die Absatzwerbung zu vereinfachen, ist zu fördern...

III. Kartelle

Industriekartelle sind unter der Voraussetzung einer gesunden und verantwortlichen Kartelltätigkeit mit dem Ziel, für Ordnung in Erzeugung und Absatz zu sorgen und die Produktivität zu fördern, unentbehrlich...

Internationale Kartelle sind ein geeignetes Mittel, Ordnung auf dem Weltmarkt zu erreichen. Unerläßliche Voraussetzung für die Schaffung von internationalen Kartellen ist das Bestehen von festgefügten Inlandskartellen...

[Begründung]

A. Allgemeine Finanz- und Wirtschaftspolitik

III. Die sozialen Abgaben

...Die Anerkennung der Berechtigung aber, daß auf die Dauer Sozialpolitik nur in Anpassung an unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit getrieben werden kann, läßt die Forderung begründet erscheinen, daß in regelmäßigen Zeitabschnitten die Belastung der Träger der sozialen Fürsorge überprüft und der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßt wird...

IV. Der Lohn und die Arbeitszeit

...Wenn bei Fortsetzung der die Grundprinzipien mißachtenden Tendenzen in der Lohnbewegung der Lohn untragbar wird, so kommt das Unternehmen naturnotwendig an den Punkt, wo es im Falle der Unnachgiebigkeit der Arbeiterschaft zu Betriebsstillegungen oder Aussperrungen schreiten muß...

Die längere Arbeitszeit wird deshalb von uns da gefordert, wo nach

Lage der Sache eine Produktionssteigerung damit nachweisbar verbunden ist. Wir fordern sie ferner da, wo auch bei bester Arbeitsorganisation und zweckmäßigstem Entlohnungssystem in einer kürzeren Arbeitszeit schlechthin nicht das erzielt werden kann, was eine längere Arbeitszeit zu bringen in der Lage ist. Die Frage kann heute für die gesetzliche wie für die tarifliche oder betriebliche Arbeitszeitregelung nur so gestellt werden, ob und wie bei den gegebenen Verhältnissen mit längerer Arbeitszeit ein höheres und verbilligtes Produktionsergebnis zu erzielen ist. Die Behauptung, daß mit kürzerer Arbeitszeit bei sachgemäßer Betriebs- und Lohngestaltung immer der Ausgleich des zeitlichen Produktionsausfalls gewährleistet ist, müssen wir als durch die tatsächlichen Verhältnisse widerlegt erklären.

Für die gesetzliche Regelung der deutschen Arbeitszeitfrage ergibt sich für uns die Forderung, sich jedes schematischen Eingriffes zu enthalten, die betriebliche Regelung im Einvernehmen mit der Belegschaft nicht durch Tarifzwang zu hemmen und jede zwangsmäßige Gestaltung auch in dieser wichtigen Wirtschaftsfrage zu vermeiden...

B. Gütererzeugung und Güterverteilung

II. Konzentration

...Was geschieht mit den Arbeitern und Angestellten, die durch den notwendigen Einschränkungsprozeß brotlos werden? Wir kommen selbstverständlich vorübergehend an einer starken Vermehrung der Arbeitslosigkeit nicht vorbei. Je schneller man den Mut findet, die Einschränkungsmaßnahmen durchzuführen, um so eher wird die Wirtschaft gesunden, und um so eher werden wieder Arbeitskräfte gebraucht.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1925, H. 29, S. 13/14, 16–18, 21–23, 40, 47/48, 63.

21

Offener Brief des Zentralkomitees der KPD an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die Bundesleitungen des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes vom 2. Dezember 1925

An den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin,

an die Bundesvorstände des ADGB, des AfA und des ADB, Berlin,

an die Bundesleitung des Reichsbanners, Magdeburg,

an die Bundesleitung des Roten Frontkämpferbundes, Berlin.

In den breitesten Massen der werktätigen Bevölkerung herrscht größte Erregung über die riesenhaften Abfindungssummen, die von den Regierungen der Länder den verschiedenen, durch die Revolution entthronten deutschen Fürstenhäusern zugesprochen werden sollen oder bereits zugesprochen worden sind. Millionen deutsche Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern und Mittelständler sind außerstande, auch nur das Existenzminimum zu erwerben.

Eine Million Arbeiter sind erwerbslos. Unzählige Sozialrentner, Kriegsopfer im weitesten Sinne des Wortes führen ein Hungerdasein. Für die Arbeitslosen sind keine Mittel zur Unterstützung vorhanden. Für die unteren und mittleren Beamten ist kein Geld zur Erhöhung der Gehälter da. Aber den Hohenzollern und anderen Fürstenhäusern soll eine Milliarde in den Rachen geworfen werden.

Alle Lasten des Dawes-Paktes sind nur auf die werktätigen Massen abgewälzt worden. Die Kleinrentner haben ihre Spargroschen durch die Inflation verloren. Zehntausenden von Kleinbauern wird durch den Steuereinzieher das Letzte gepfändet. Für die Fürstenhäuser aber sollen die ausgebeuteten Massen eine weitere Milliarde oder mindestens Hunderte von Millionen aufbringen.

Nach der Revolution, als die Arbeiter und Soldaten die Macht dazu hatten, ist die sofortige entschädigungslose Enteignung in unverzeihlicher Weise mit Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien versäumt worden.

Die Auslieferung von Milliardenwerten an die Fürstenhäuser ist gleichzeitig die freiwillige Finanzierung der reaktionären Verbände, ja geradezu die Schaffung eines monarchistischen Kriegsfonds durch die Regierung der Republik. Die ehemaligen Fürsten werden die Gelder benutzen, um die immer frecher vorstoßenden Geheimverbände noch stärker hochzufüttern.

Rupprecht von Wittelsbach besaß die Frechheit zu erklären, daß er mit den ihm zugesprochenen 20 Millionen und den weiteren 40 Millionen des Wittelsbacher Ausgleichsfonds keineswegs daran denke, „sich mit der durch den Umsturz geschaffenen staatsrechtlichen Lage abzufinden".

Es wäre eine Schande für die Arbeiterschaft, wenn sie diesem Plünderungszug gegen die werktätige Bevölkerung tatenlos zusieht.

Wir halten es für notwendig, daß alle Kräfte der organisierten Arbeiterbewegung mit größtem Nachdruck eingesetzt werden, um der Ausraubung Deutschlands durch die Hohenzollern, Wittelsbacher, Wettiner, Coburger und ähnliches Gelichter entgegenzutreten. Zu diesem Zweck müssen u. E. selbst die geringen Handhaben ausgenutzt werden, die die Weimarer Reichsverfassung bietet.

Wir entnehmen einer Mitteilung des „Vorwärts" vom 1. Dezember, daß auch in den Kreisen der Sozialdemokratischen Partei die Frage der Her-

beiführung eines Volksentscheides für die Enteignung der fürstlichen Besitztümer eifrig erörtert wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich ebenfalls in einer seiner letzten Sitzungen eingehend mit dieser Frage beschäftigt und ist zu dem Beschluß gekommen, daß einheitliche Schritte zur Herbeiführung einer Volksabstimmung für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser im Interesse der werktätigen Massen von großer Bedeutung wären.

Die Landesregierungen sind den unverschämten Forderungen der Fürstenhäuser gegenüber von unerhörter Nachgiebigkeit. Sie schließen entweder Abfindungsverträge, die den Raub am Volkseigentum freiwillig sanktionieren, oder sie überlassen die Regelung der Abfindungsfrage den ordentlichen Gerichten, die, entsprechend den Sitten der deutschen Klassenjustiz, jeden Wunsch der entthronten Fürsten bereitwilligst erfüllen. Soweit Landesregierungen Schritte zur Enteignung der Fürstenhäuser unternommen haben, z. B. die Gothaer Revolutionsregierung, hat das Reichsgericht diese Gesetze als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet und aufgehoben. Darum erklären die Landesregierungen zum Teil, sie befänden sich in einer Zwangslage und wären zu Abfindungsverträgen gezwungen.

Aus diesen Gründen ist eine sofortige reichsgesetzliche Regelung unumgänglich notwendig.

Die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten dafür bestehen, denn „Reichsrecht bricht Landesrecht".

Die Frage würde sich wie kaum eine andere zum Gegenstand eines Volksentscheides eignen, da die breitesten Massen über die Raubzüge der Fürstenhäuser empört sind. Wir verweisen darauf, daß die Reichstagsfraktion der Kommunisten bereits einen Gesetzentwurf für die entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser eingebracht hat.

Die Frage der entschädigungslosen Enteignung würde bei der Volksabstimmung von Millionen und aber Millionen mit einem entschiedenen Ja beantwortet werden. Der siegreiche Ausgang des Volksentscheides wäre um so mehr gesichert, wenn die gesamte Kraft der freien Gewerkschaften, des Reichsbanners und aller übrigen proletarischen und republikanischen Organisationen dafür eingesetzt würde.

Die Zeit drängt, da eine Reihe wichtiger Abfindungsverträge gegenwärtig in der Schwebe sind. Ihr Abschluß muß unter allen Umständen verhindert werden, damit Millionenwerte den Dynastien entrissen und den sozialen Interessen der werktätigen Massen dienstbar gemacht werden.

Aus diesem Grunde schlagen wir Ihnen vor, eine gemeinsame Vorbesprechung für die Durchführung des Volksentscheides mit uns und allen beteiligten Organisationen bereits in den nächsten Tagen abzuhalten.

Wir sehen Ihrer schnellen Antwort angesichts der Wichtigkeit der Sache entgegen.

Berlin, den 2. Dezember 1925

Mit proletarischem Gruß
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Rote Fahne (Berlin),
4. Dezember 1925.
Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946,
2., durchgesehene Auflage,
Berlin 1955, S. 199/200.

22

Schreiben des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Halle an den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 3. Dezember 1925

An den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin

Werte Kollegen!

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft verschlechtert sich von Tag zu Tag. Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen bedrohen in immer weiterem Umfang die werktätigen Massen. Mittel zur Behebung der Not der Erwerbslosen und Notleidenden werden in nur unzureichendem Maße bereitgestellt. Überall wird auf die angebliche Mittellosigkeit des Reiches und der Länder hingewiesen.

Gleichwohl wird der Versuch gemacht, ohne Rücksicht auf die Notlage der leidenden Bevölkerung Milliarden an die überflüssigsten und volksfeindlichsten Menschen in Deutschland, nämlich an die ehemaligen Fürsten, zu verschenken. Eine derartige Haltung eines Volkes und einer verantwortlichen Regierung ist eine in der Geschichte der Völker ungesehene Ironie. Gegen eine derartige würdelose und volksfeindliche Handlung erhebt sich mit Recht der Protest der werktätigen Massen.

Wir wenden uns daher an den Vorstand des ADGB mit dem Ersuchen, alle verfügbaren Mittel zur Behinderung eines solchen schneidenden Unrechts einzusetzen.

Die Massen der organisierten Arbeiterschaft werden alle zur Abwendung dieses Unrechts geeigneten Maßnahmen mit Nachdruck unterstützen.

Mit Gruß
Unterschrift

Klassenkampf (Halle), 16. Dezember 1925.

23
Resolution der Funktionärversammlung des Unterbezirks der SPD Groß-Leipzig vom 21. Dezember 1925

Die Funktionäre der SPD Groß-Leipzig fordern von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Einleitung von Schritten zur Herbeiführung des Volksentscheides über entschädigungslose Enteignung der Fürsten.

Leipziger Volkszeitung,
22. Dezember 1925.

24
Resolution der Generalversammlung der Ortsgruppe des Reichsbanners Breslau vom 30. Dezember 1925

Die am 30. Dezember 1925 tagende Generalversammlung der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarzrotgold betrachtet den geplanten neuen Raubzug der ehemaligen deutschen Fürsten auf die Taschen des hungernden und darbenden Volkes in dessen schwersten Stunden als einen neuen Beweis für die vaterlandslose Gesinnung dieser ehemaligen „Landesväter" [in der Quelle: „Landesverräter"]. Die Kameraden lehnen es auf das entschiedenste ab, den ehemaligen deutschen Fürsten die „herrlichen Zeiten" zu bereiten, die diese dem deutschen Volke einstmals versprachen, es aber statt dessen in Not und Elend geführt haben. Die nach Tausenden zählenden Reichsbannerkameraden des Ortsvereins Breslau verlangen von den ehrlichen Volksvertretern, daß sie jeden Anspruch des fahnenflüchtigen Hohenzollernhauses und der anderen ehemaligen deutschen Fürsten auf das von ihnen geraubte Gut zurückweisen und daß diese Angelegenheit durch Reichsgesetz geregelt wird. Verweigert die jetzige Regierungsmehrheit letzteres, so ist von den republikanischen Volksvertretern dafür Sorge zu tragen, daß über diese versuchte Erpressung am deutschen Volke das Volk durch Volksentscheid selbst ein Urteil fällt.

Die Rote Fahne (Berlin),
9. Januar 1926.

25
Resolution der Funktionärversammlung der Zahlstelle des Zentralverbandes der Schuhmacher Berlin vom 5. Januar 1926

Die am 5. Januar 1926 tagende Funktionärversammlung der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher erklärt sich gegen eine Ent-

schädigung der entthronten und davongelaufenen Fürsten und steht auf dem Boden der restlosen Enteignung derselben. Sie verlangt von den Parlamentsvertretern der SPD und KPD sowie den Spitzenkörperschaften der Gewerkschaften, mit allen Mitteln einen Volksentscheid hierüber herbeizuführen.

Die Rote Fahne (Berlin),
7. Januar 1926.

26

Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen, eingereicht von der KPD, der SPD und dem Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten am 25. Januar 1926

Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Auf Grund des Artikels 153 der Reichsverfassung wird bestimmt:

Artikel I

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der Fürstenhäuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstenhaus bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat.

Artikel II

Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten
a) der Erwerbslosen,
b) der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen,
c) der Sozial- und Kleinrentner,
d) der bedürftigen Opfer der Inflation,
e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrts-, Kultur- und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Genesungs- und Versorgungsheimen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten, verwendet.

Artikel III

Alle Verfügungen – einschließlich der hypothekarischen Belastungen und Eintragungen –, die mit Bezug auf die nach diesem Gesetz enteigneten Vermögen oder ihre Bestandteile nach dem 1. November 1918 durch Urteil, Vergleich, Vertrag oder auf sonstige Weise getroffen wurden, sind nichtig.

Artikel IV

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz werden durch ein Reichsgesetz festgelegt, das innerhalb dreier Monate nach amtlicher Feststellung des Abstimmungsergebnisses zu erlassen ist. Dieses Reichsgesetz hat insbesondere die näheren Bestimmungen zur Ausführung des Artikel II dieses Gesetzes über die Verwendung der enteigneten Fürstenvermögen durch die Länder zu treffen.

Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger (Berlin), 16. Februar 1926.
Heinz Karl: Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die Enteignung der Fürsten (1925/1926). Mit einem Anhang, Berlin 1957, S. 66/67.

27

Beschluß einer vom Einheitskomitee des Meuselwitzer Industriebezirks einberufenen Konferenz vom 25. Januar 1926

Die Konferenz der Vertreter aller proletarischen Organisationen des Meuselwitzer Industriebezirks bestätigte den Beschluß des Meuselwitzer Gewerkschaftskartells, am 31. 1. 1926 eine gemeinsame Demonstration unter der Losung: Für die entschädigungslose Enteignung, für den Volksentscheid, einzuberufen. Zur Durchführung aller technischen und organisatorischen Arbeiten wird ein siebengliedriges Komitee eingesetzt. Alle auswärtigen Kartelle werden beauftragt, sofort die örtlichen Vorarbeiten zu beginnen. Die Propaganda geschieht durch ein Massenflugblatt, durch redaktionelle Notizen und eine Anzeige am Freitag in der Presse. Es sprechen zwei Redner, von jeder politischen Richtung einer, es werden Plakate und Schilder mit Aufschriften, die auf die Bewegung Bezug nehmen, mitgeführt.

Die entstehenden Kosten werden von den Gewerkschaftskartellen und politischen Parteien anteilig getragen.

Neue Zeitung (Jena), 26. Januar 1926.

28

Vereinbarung zwischen der KPD und der SPD über die Durchführung des Volksbegehrens vom 26. Januar 1926

Entsprechend dem gemeinsam eingereichten Gesetzentwurf zur Fürstenenteignung traten am Dienstagnachmittag die Vertreter der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Berlin zusammen und einigten sich auf folgende Punkte:

1. Herstellung und Finanzierung der Einzeichnungslisten sowie der erforderlichen Plakate mit dem Gesetzentwurf und der Aufforderung zur Einzeichnung erfolgt je zur Hälfte durch die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei.

2. Die Einzeichnungslisten werden zentral hergestellt und an eine für jeden Bezirk vereinbarte Adresse geschickt. Der Versand an sämtliche Gemeinden hat von dort aus mittels Einschreibebrief oder gegen Rückquittung an alle Städte und Gemeinden zu erfolgen.

3. Die Plakatherstellung und die Verteilung erfolgt nach demselben Schlüssel durch beide Parteien. In den Bezirken erfolgt zwischen den beiden Parteien eine Verständigung über die zu bearbeitenden Gemeinden, damit doppelte Arbeit vermieden wird.

Alle organisatorischen Vorbereitungen sind mit der größten Gewissenhaftigkeit zu treffen, um eine Riesenzahl von Wählern zur Einzeichnung für das Volksbegehren zu veranlassen. Die sonstige Propaganda, Versammlungen, Demonstrationen und andere Veranstaltungen, die zu diesem Zwecke vorgenommen werden, sind von den einzelnen Korporationen entsprechend den gefaßten Beschlüssen der Verhandlungskommission selbständig zu führen.

Die Rote Fahne (Berlin),
27. Januar 1926.
Heinz Karl: Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf
um die Enteignung der Fürsten (1925/1926). Mit einem Anhang,
Berlin 1957, S. 68.

29

Aus der Entschließung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht am 13. Februar 1926

Der Bundesausschuß billigt die Vermittlungsaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesetzentwurfes für eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Der Ausschuß erkennt an, daß es sich hierbei um

eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. Der Ausschuß fordert aber alle Verbände und Gewerkschaftsmitglieder auf, alle Kräfte mit einzusetzen, um das Volksbegehren und gegebenenfalls den Volksentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolg zu führen. Für die Aufbringung der erforderlichen Mittel empfiehlt der Bundesausschuß den Parteien die Einleitung von Sammlungen, an denen sich zu beteiligen der Ausschuß allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht macht.

Gewerkschafts-Zeitung (Berlin),
1926, Nr. 7, S. 90.

30

Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD, der kommunistischen Reichstagsfraktion und der kommunistischen Fraktionen der Länderparlamente vom 14. Februar 1926

Die Kommunistische Partei sieht eine ihrer Hauptaufgaben darin, das arbeitende Landvolk und die industrielle Arbeiterschaft zu vereinigen. Der gemeinsame Kampf aller Schaffenden in Stadt und Land wird allein imstande sein, der schamlosen Ausbeutung und dem Wucher der Großindustriellen, Großbanken und Großgrundbesitzer ein Ende zu machen.

Darum wendet sich die Kommunistische Partei in dieser Stunde ganz besonders an die Massen des arbeitenden Landvolkes. Ihr, Kleinbauern und Landarbeiter, wohnt zerstreut in Dörfern und Gutsbezirken, ihr seid am meisten der Willkür der Großen und Mächtigen ausgeliefert. Laßt euch nicht länger durch die Lügen der bürgerlichen Presse der Landbündler, der Agenten des Großkapitals, betrügen und irreführen. Die Kommunistische Partei kämpft nie gegen Angehörige des arbeitenden Volkes, sie ist die Todfeindin einzig jener Herrenklasse, die das Arbeitervolk aussaugt und entrechtet. Dem kleinen Bauern sichert die Kommunistische Partei nicht allein den Besitz seiner Scholle, sondern hilft ihm, seine Wirtschaft zu verbessern und auszubauen. Sie hat das deutlich genug bewiesen in Sowjetrußland, wo Arbeiter und Bauern gemeinsam die Macht haben.

Für die werktätige Bauernschaft fordert die Kommunistische Partei als erste und dringendste Nothilfe:

1. Haus und Feld der werktätigen Bauernfamilie bleiben steuerfrei. Vom Arbeitsertrag der mitarbeitenden Familienmitglieder muß der steuerfreie Einkommensteil des Lohnempfängers abgesetzt werden. Zu den Steuerausschüssen sind zentral und örtlich die Vertreter der werktätigen Landbevölkerung hinzuzuziehen.

2. Zur Abdeckung der hochverzinslichen Personalschuld, zur Erhaltung und Verbesserung der Bauernwirtschaft gibt der Staat ausreichenden, billigen und langfristigen Realkredit.

3. Der Großgrundbesitz wird gezwungen, so viel Boden zur Verfügung zu stellen, als an Pacht- und Siedlungsland Bedarf vorhanden ist. Pacht- und Kaufschillinge werden von den Vertretern des werktätigen Landvolkes festgesetzt und müssen dem Pächter oder Siedler die erfolgreiche Bewirtschaftung seiner Stelle ermöglichen. Dem werktätigen Pächter darf nicht willkürlich gekündigt werden.

4. Der Staat garantiert der arbeitenden Bauernschaft die rechtzeitige Belieferung mit Düngemitteln, Saatgut, Futtermitteln und landwirtschaftlichen Maschinen zu herabgesetzten Preisen. Die Vermittlung geschieht durch die Genossenschaft.

5. Zur Ausschaltung des wucherischen Zwischenhandels schließen Gemeinden und Konsumvereine Lieferverträge unmittelbar mit den bäuerlichen Einkaufs- und Absatzgenossenschaften. Der Staat stellt die nötigen Kredite zur Verfügung.

Für die Landarbeiter fordert die Kommunistische Partei:

1. Gesetzlichen Mindestlohn für Männer und Frauen, Aufhebung des Hofgängerwesens, Verbot der Frauen- und Kinderzwangsarbeit.

2. Volles Vereinigungs- und Versammlungsrecht und strenge Bestrafung jedes Versuchs, diese Rechte zu beschneiden.

3. Unbedingte Durchführung des Achtstundentages auf allen Gutsbetrieben. Überstunden nur mit Genehmigung des Gutsrates. Durchschnittlicher Achtstundentag in den Bauernwirtschaften mit mehr als drei ständigen Lohnarbeitern.

4. Gleichstellung der Land- und Industriearbeiter in allen Fragen des Arbeitsrechts [im Original: Arbeiterrechts] und der Sozialversicherung.

5. Beseitigung der Gutsbezirke in Preußen und anderen Ländern.

6. Übereignung der Gutswohnungen an Staat und Gemeinden. Bau neuer Landarbeiterwohnungen durch Kreise und Gemeinden mit Staatshilfe.

Landarbeiter! Kleinbauern!

Jede einzige dieser Forderungen ist heute schon durchführbar. Die Kommunistische Partei wird sich mit aller Kraft für sie einsetzen. Aber die Großgrundbesitzer, die Bankiers, die Fabrikanten, die Großhändler werden sich verbünden, um eure gerechten Forderungen abzulehnen, um euch noch tiefer ins Elend zu stoßen. Dem Bunde der Ausbeuter und Wucherer müssen wir das Bündnis der Industriearbeiter, Landarbeiter und Kleinbauern gegenüberstellen. Die Arbeiterschaft muß den Kampf der werktätigen Bauern, die Bauern müssen den Kampf der Arbeitermassen unter-

stützen. Nur dann wird es gelingen, die schlimmste Not von der Tür des werktätigen Volkes zu wenden...

Eure Feinde fürchten nichts mehr als das Bündnis der Arbeiter und schaffenden Bauern. Mit List und Gewalt versuchen die heutigen bürgerlichen Regierungen, sich an der Macht zu halten. Nur die Regierung der Arbeiter und arbeitenden Bauern wird die Herrschaft der Großbanken, Junker und Industriellen brechen.

Die Regierung der Arbeiter und Bauern wird das Land der Fürsten und Großgrundbesitzer entschädigungslos enteignen und den Landarbeitern und Bauern zuweisen. Sie wird die Lasten vom Halse des kleinen Mannes nehmen und den leistungsfähigen Schultern auferlegen. Sie wird die Bergwerke, Düngemittelwerke und Großbanken verstaatlichen, um so euch billige Betriebsmittel und Kredite zuzuführen. Sie wird ein festes Bündnis mit der großen Arbeiter-und-Bauern-Macht, mit Sowjetrußland, schließen und damit der deutschen Gesamtwirtschaft wieder aufhelfen. Die Welt starrt heute in Waffen. Schon rüsten die imperialistischen Räuber zu neuem Blutvergießen. Die Arbeiter-und-Bauern-Macht wird allein imstande sein, eine wirkliche Politik des Friedens und wahrer Völkerverständigung zu führen.

Dann wird der freie Bauer auf freier Scholle sitzen! Dann wird der Landarbeiter nicht mehr Sklave [sein], sondern freier Mitarbeiter mit seinen Kollegen!

Dann wird es Brot und Arbeit geben für alle!

Darum vorwärts unter der Fahne der Kommunistischen Partei!

Vorwärts zum Bündnis der Arbeiter und schaffenden Bauern!

Keinen Pfennig den fürstlichen Schmarotzern und ihren Helfershelfern!

Her mit der Regierung der Arbeiter und Bauern!

Die Rote Fahne (Berlin),
14. Februar 1926.
Heinz Karl: Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf
um die Enteignung der Fürsten (1925/1926). Mit einem Anhang,
Berlin 1957, S. 74–77.

31

Entschließung einer Versammlung von Vertretern der Betriebe aus Berlin-Wedding vom 17. Februar 1926

Die am Mittwoch, dem 17. Februar 1926, im Lokal von Mecklenburg versammelten Vertreter der Betriebe billigen die in der heutigen Tagung sich äußernde Initiative zur Bildung eines Einheitskomitees aller Betriebe des Bezirks Wedding. Die Teilnahme von Angehörigen jeder Richtung doku-

mentiert, daß der Wille zur gemeinsamen Durchführung des Volksentscheids als unerläßliche Vorbedingung des Sieges fest verwurzelt ist! Die Versammlung protestiert gegen den vom ADGB, Bezirk Ostpreußen, unternommenen Vorstoß gegen die Einheitskomitees und fordert alle gewerkschaftlich organisierten Kollegen zum Widerstand gegen derartige Maßnahmen auf, die in ihrer Auswirkung den Erfolg der Aktion gefährden müssen! Die von allen bürgerlichen Parteien unter der Regierung Luther und unter Einsatz des gesamten Regierungs- und Verwaltungsapparates eingeleitete Sabotage kann nur durch die – bis in dem kleinsten Betrieb, im entlegensten Dorfe – vereinten Kräfte der Werktätigen unter Einschluß der Gewerkschaften gebrochen werden! Im Hinblick darauf kann die Teilnahme [an] bzw. Zustimmung zu Kompromissen nicht anders denn als Anschlag auf den Volksentscheid selbst bewertet werden und muß von den Arbeiterabgeordneten unter allen Umständen abgelehnt werden!

Die Versammlung wählt ein Komitee und beauftragt dasselbe, zur nächsten Zusammenkunft einen Arbeitsplan für die Betriebsagitation, Sammelkampagne, Kundgebungen und Demonstrationen vorzulegen sowie mit der Gewerkschaftsunterkommission bzw. den Bezirksleitungen zwecks Anschluß an das Einheitskomitee zu verhandeln. Die Delegierten verpflichten sich, ihrerseits alle Kräfte einzusetzen zur Sammlung aller Werktätigen unter der Losung „Keinen Pfennig den Fürsten!"

Die Rote Fahne (Berlin),
20. Februar 1926.

32
Zuschrift der Ortsgruppe des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverbandes Rastenburg an den „Vorwärts", veröffentlicht am 28. Februar 1926

Obgleich uns die Hohenzollern stets sympathisch waren, können wir nicht umhin, auf die Zeitungsberichte Nachstehendes zu erwidern: Mit größter Naivität entrüsten sich die Zeitungen, namentlich die der Rechtsparteien, über das Treiben der Abfindungsgegner betreffs der Fürstenabfindung.

Merkwürdigerweise sind die Entrüsteten gerade diejenigen, die uns Gläubiger und Sparer durch das einseitige Abwertungsgesetz zu Bettlern gemacht oder mindestens unsere Vermögen um 75–97½ Prozent uns enteignet haben. Was sie bei den Hohenzollern Raub nennen, ist an uns bereits kaltblütig vollzogen.

Sollten diese Herren da „oben" sich so plötzlich vom Saulus zum Paulus

verwandelt haben und [sollte] es ihnen, wie bei dem Apostel, von den Augen wie Schuppen gefallen sein, dann müßten sie auch ihr Gewissen entlasten und das uns angetane Unrecht wiedergutmachen. Erst dann würden sie befugt sein, sich wegen Besitzentziehung zu ereifern.

Ob Fürst, Mittelstand oder Arbeiter, jedem ist nach der Verfassung sein Recht zu gewährleisten, und keiner darf durch Ausnahmegesetze vernichtet werden.

Man hat dem Volke an uns gezeigt, wie man Enteignungen macht, da darf sich keiner wundern, wenn weitere Vorstöße gegen Recht und Gerechtigkeit vorkommen; denn womit man sündigt, damit wird man gestraft.

Vorwärts (Berlin),
28. Februar 1926.

33

Aus dem Aufruf des Parteivorstandes der SPD vom 3. März 1926

Die entschädigungslose Enteignung der Fürsten bedeutet die Vernichtung jener nur formalen widersinnigen und unsittlichen „Rechtsansprüche", die von einzelnen Fürstenfamilien zu dem schamlosen Versuch mißbraucht worden sind, wesentliche Teile des deutschen Volksvermögens in ihre Hand zu bringen. Während die Werktätigen, die Erwerbslosen, die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, die Kleinrentner, die Opfer der Inflation, die Auslandsdeutschen, die Kolonialdeutschen, die verdrängten Elsaß-Lothringer und Ostdeutschen unerträgliche Not leiden – wo blieb da der Rechtsgedanke? –, strecken einige wenige Familien, die für die Republik nichts bedeuten, ihre Hand nach Milliardenwerten aus. Auf diese ungeheuerliche Herausforderung ist die entschädigungslose Enteignung durch Volksbeschluß die einzige treffende Antwort.

Darum ist es die Pflicht jeder Parteigenossin und jedes Parteigenossen, nicht nur sich selber sofort nach Auslegung der Listen in diese einzutragen, sondern auch alle anderen Volksgenossinnen und Volksgenossen, die ihrem Einfluß erreichbar sind, zu dem gleichen Handeln zu bestimmen.

Die Sozialdemokratische Partei führt, den getroffenen Vereinbarungen entsprechend, ihre Aktion selbständig. Sie braucht zu ihrer Durchführung keine sogenannten Einheitskomitees. Als die weitaus größte der beteiligten Organisationen trägt sie die schwerste Last dieses Kampfes und muß sie zum Sieg das Entscheidende beitragen. Wer die Sozialdemokratische Partei schädigt, gefährdet den Sieg!

Genossinnen und Genossen! Sorgt dafür, daß jedem Gelegenheit gegeben wird, sich in die Listen einzutragen. Behördliche Organe, besonders auf dem flachen Lande, versuchen, der freien Bekundung des Volkswillens Hindernisse in den Weg zu legen. Man muß daran zweifeln, was größer ist: ihre Unkenntnis des Gesetzes oder die Unverschämtheit, mit der sie dem Gesetz Widerstand leisten. Erhebt gegen jede Gesetzwidrigkeit sofort Beschwerde und versäumt nicht, uns auf kürzestem Wege über sie zu unterrichten!

Arbeitet unablässig! Klärt Unwissende auf! Rüttelt Lässige wach! Es geht darum, ungeheure Werte dem Volksvermögen zu erhalten und sie sozialen Zwecken zuzuführen. Es geht darum, der monarchistischen Reaktion einen entscheidenden Schlag zu versetzen! Es geht darum, in dem größten Abstimmungskampf, den die Welt erlebte, die Kraft unserer Partei zu beweisen! Es geht darum, die Grundlagen der Demokratie zu sichern, von denen allein ein Aufstieg der arbeitenden Massen zu den Zielen des Sozialismus möglich ist!

Vorwärts (Berlin),
3. März 1926 (Morgenausgabe).

34
Aufruf von Angehörigen der Intelligenz vom 5. März 1926

Zu einer Zeit, in der breite Schichten des Volkes schlimmer darben als im Kriege, in der die notwendigsten Kulturaufgaben vernachlässigt werden müssen, in der es nicht möglich ist, den Wohnungslosen ein Heim, den Kranken zureichende Nahrung, den Opfern des Krieges und der Inflation die geschuldete Unterstützung zu gewähren – in einer solchen Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes und der allgemeinen Verarmung wagen es die ehemaligen Fürsten, Vermögensansprüche in Höhe von mindestens drei Milliarden Goldmark an den Staat zu stellen.

Auf diese Herausforderung gibt es nur eine Antwort: entschädigungslose Enteignung. Diese Maßnahme ist notwendig geworden, nachdem die Gerichte sich als willfährig genug erwiesen, für die Fürsten und gegen die notleidenden Volksmassen zu entscheiden. Sie ist ein Akt der Selbstverteidigung und der Notwehr all derer, die durch Krieg und Inflation um Hab und Gut gebracht, also ebenfalls enteignet worden sind, und die jetzt der Wirtschaftskrise und dem Steuerdruck erneut zu erliegen drohen. Sie ist ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit: Wenn der Staat die Opfer des Krieges und der Inflation mit Bettelpfennigen zu entschädigen wagt, dürfen die Fürsten, die an dem Unglück Deutschlands in erster Linie mitschuldig sind, nicht bevorzugt und mit Milliarden abgefunden werden.

Millionen Deutsche aus allen politischen Lagern und allen sozialen Schichten haben die Forderung der entschädigungslosen Enteignung der Fürsten begeistert aufgenommen und verlangen stürmisch eine schnelle und klare Entscheidung. Jetzt gilt es, dem Volksvermögen Milliarden an Geldeswert zu erhalten und sie den durch Krieg und Inflation schwer geschädigten Schichten zuzuführen.

Die Unterzeichneten erklären, daß sie sich in die Massenbewegung einreihen und sich dem Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung der Fürsten anschließen.

Mitteilungen des Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten, (Berlin) 1926, Nr. 7.
Heinz Karl: Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf um die Enteignung der Fürsten (1925/1926). Mit einem Anhang, Berlin 1957, S. 84/85.

35
Entschließung des Einheitskomitees in Effelder bei Sonneberg von Anfang März 1926

In Anerkennung der Tatsache, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland einen bestimmenden proletarischen Einfluß nur erfahren können, wenn sämtliche proletarischen Kräfte eine geschlossene Kampffront bilden, hat sich in Effelder ein Einheitskomitee gebildet.

Dem Einheitskomitee gehören als Mitglieder an Genossen der SPD, der KPD und Parteilose.

Der Hauptvorstand der SPD wird aufgefordert, für den Sturz der reaktionären Luther-Regierung einzutreten, weil die Regierung keine Gewähr dafür bietet, daß sie die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung vertritt.

Die Rote Fahne (Berlin), 9. März 1926.

36
Darlegung der Reichsregierung zum Volksbegehren für ein Gesetz über Enteignung der Fürstenvermögen vom 24. April 1926

Die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Fürsten, wie sie der Entwurf vorsieht, widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben.

Die Reichsregierung vermag daher den Inhalt des Entwurfs nicht als brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenhäusern anzusehen und spricht sich auf das entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag aus. Dagegen kann nach Ansicht der Reichsregierung eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage nach den Grundsätzen des zur Zeit der Beratung des Rechtsausschusses des Reichstags unterliegenden Entwurfs eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern (sog. Kompromißentwurf) erfolgen. Die Regierung wird ihrerseits im Verfolg ihrer Erklärung vom 26. Januar 1926 (Sten. Ber. des Reichstags, S. 5146) das Zustandekommen eines Kompromißentwurfs mit allen Mitteln fördern und hofft, daß auf diesem Wege für die Auseinandersetzung zwischen Fürsten und Ländern eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, durch die sich der weitergehende Gesetzentwurf des Volksbegehrens inhaltlich erübrigt.

Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924. Bd. 408. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Nr. 2220 bis 2340, Berlin 1926, Nr. 2229, Anlage 3.

37

Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion, unterzeichnet am 24. April 1926

Die Deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

von dem Wunsche geleitet, alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens beitragen kann,

und in der Überzeugung, daß das Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine stetige vertrauensvolle Zusammenarbeit erfordert,

sind übereingekommen, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen besonderen Vertrag zu bekräftigen, und haben zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt:

Die Deutsche Regierung:

den Reichsminister des Auswärtigen

Herrn Dr. Gustav Stresemann,

die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Herrn Nikolai Nikolajewitsch Krestinski,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben.

Artikel 1

Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bleibt der Vertrag von Rapallo.

Die Deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden in freundschaftlicher Fühlung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen.

Artikel 2

Sollte einer der vertragschließenden Teile trotz friedlichen Verhaltens von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragschließende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktes Neutralität beobachten.

Artikel 3

Sollte aus Anlaß eines Konfliktes der in Artikel 2 erwähnten Art oder auch zu einer Zeit, in der sich keiner der vertragschließenden Teile in kriegerischen Verwicklungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden, gegen einen der vertragschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.

Artikel 4

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren. Die beiden vertragschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer politischen Beziehungen verständigen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 24. April 1926.

Reichsgesetzblatt (Berlin),
1926, Teil II, Nr. 30, S. 360/361.

38

Aus dem Brief des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg an Friedrich Wilhelm von Loebell vom 22. Mai 1926

Ihrer Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen...

Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen meine persönliche Auffassung dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerten Gedanken in vollem Umfange teile und die gleichen Bedenken wie Sie auch schon von Anfang dieser Entwicklung der Dinge an auch der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als großen Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen. Ich will mich aber bemühen, den Enteignungsantrag hier nicht als eine politische, sondern lediglich als eine moralische und rechtliche Angelegenheit zu betrachten. Ich sehe in ihm unter diesem Gesichtspunkt einen sehr bedenklichen Vorstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaats, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist. Es verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts.

Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt, wenn es der Zufälligkeit einer vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen.

Deutscher Geschichtskalender. Begründet von Karl Wippermann.
Hrsg. von Dr. Friedrich Purlitz und Dr. Sigfrid H. Steinberg.
Zweiundvierzigster Jg., I. Bd., Januar–Juni 1926, Abteilung A: Inland,
Leipzig (1927), S. 51/52.
Heinz Karl: Die deutsche Arbeiterklasse im Kampf
um die Enteignung der Fürsten (1925/1926). Mit einem Anhang,
Berlin 1957, S. 89/90.

39

Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes vom 5. Juni 1926

Gewerkschaftsmitglieder!

Zwölfeinhalb Millionen deutscher Männer und Frauen haben im März 1926 den Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürsten gefordert. Mit dieser gewaltigen Willenskundgebung hat das deutsche Volk zum ersten Male selbst die Initiative zur Gesetzgebung in einer Frage von weittragender Bedeutung ergriffen.

Es ist kein Zufall, sondern in der Geschichte des Kampfes um die Sicherung und den Ausbau der deutschen Republik begründet, daß der erste Akt unmittelbarer Gesetzgebung durch das Volk um den Sieg des Gedankens geht: Volksrecht bricht Fürstenrecht!

Die Fürsten selbst haben diese Entscheidung heraufbeschworen. In einer Zeit, in der Millionen deutsche Arbeitnehmer ohne Arbeit sind und von kargen Unterstützungen leben müssen, in einer Zeit, in der viele Hunderttausende von Invaliden und sonstigen Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sich in Not befinden, nach einem Krieg, in dem Millionen deutsche Frauen und Mütter ihre Männer und ihre Söhne haben hergeben müssen, wissen die ehemaligen deutschen Fürsten keinen anderen Weg, ihre Vaterlandsliebe zu betätigen, als um ihres privaten Vorteils willen ungeheuerliche Ansprüche an Geld und Gut an den neuen Staat zu stellen.

Kein Wunder, daß die Fürsten mit diesen „landesväterlichen" Bestrebungen auf verständnisvolle Unterstützung aller jener Kreise in Deutschland rechnen können, die noch immer darauf hoffen, eines Tages die verhaßte Republik stürzen und ihre Diktatur an Stelle des demokratischen Staates setzen zu können. Von dieser Diktatur, deren Pläne in den letzten Wochen aufgedeckt wurden, bis zur Wiederaufrichtung der alten Fürstenherrlichkeit ist nur ein Schritt.

Inzwischen sollen den Fürsten Hunderte von Millionen deutschen Volksvermögens als Wartegeld ausgezahlt werden.

Die Reparationszahlungen, an denen besonders das arbeitende Volk in den nächsten Jahren zu tragen haben wird, sind in den Augen der Monarchisten offenbar noch keine genügend schwere Belastung. Das deutsche Volk soll außerdem neue schwere Lasten in Form von Reparationszahlungen an seine früheren Beherrscher auf seine geduldigen Schultern nehmen.

Das muß der Volksentscheid verhindern. Die Habsucht der deutschen Fürsten steht im umgekehrten Verhältnis zu den Verdiensten, die sie um Land und Volk erworben haben. Die Elendsjahre seit dem Kriege sind

die bitteren Folgen jener verfehlten Politik, deren verantwortliche Träger die Fürsten und ihre monarchistische Gefolgschaft gewesen sind.

Es gilt, das Recht des neuen Staates, das Interesse des Volksganzen zu verteidigen gegen die Anmaßung der Fürsten wie gegen die Putschpläne der Monarchisten. Das ist die große Bedeutung des Volksentscheids am 20. Juni.

Die Entscheidung kann für die organisierten Arbeitnehmer in Stadt und Land nicht zweifelhaft sein. Am 20. Juni gibt es nur eine Antwort auf die Forderung der Fürsten: das einmütige „Ja" aller Arbeiter, Angestellten und Beamten für die entschädigungslose Enteignung.

Gewerkschaftsmitglieder! Unterstützt die Sammlungen für den Volksentscheid, jeder nach seinen Kräften. Eure Beiträge müssen den Weg zum Sieg bahnen.

Zum Sieg des freien Volkes über seine Unterdrücker!

Zum Sieg der deutschen Republik über ihre Feinde!

Der Wille des arbeitenden Volkes muß das Recht des neuen Staates bestimmen.

Berlin, den 5. Juni 1926

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Gewerkschafts-Zeitung (Berlin),
1926, Nr. 23, S. 313.

40

Aus der Rede Paul Silverbergs auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 4. September 1926

Wie dem aber auch sei, es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen – ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legien –, sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Und dankbar sei an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedacht.

Aber wie die Gewerkschaften manch unerwünschten Zuwachs aus den sogenannten Novembersozialisten erfuhren, so ist auch manche gewerkschaftliche Organisation als Novembergewerkschaft anzusprechen. Und

wir wollen hoffen, daß die sogenannte Reinigungskrise, in der wir uns heute noch befinden, hier nicht haltmacht...

Es hieße sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrumspartei ihre politische Vertretung findet. Die in den christlichen Gewerkschaften organisierte Minderheit leidet unter allen Schwächen einer Minderheit, die sich vor allem in der Überspannung sozial- und lohnpolitischer Forderungen ausdrückt, die wieder bei der Mehrheit, den freien Gewerkschaften, die Tendenz zum Überbieten auslöst. Das Unternehmertum hat natürlich darauf sehr zu achten, daß es nicht noch mehr, wie es schon geschehen ist, von diesem Wettstreit, dem wirtschaftspolitische Überlegungen fremd sind, betroffen wird und dessen Zeche zu zahlen hat. Aber nicht nur dem Unternehmertum erwachsen aus dieser Lage besondere Schwierigkeiten; sie entstehen mindestens in demselben Umfange für die Zentrumspartei, solange die Sozialdemokratie Oppositionspartei ist. Deshalb ist es eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig; es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben: Es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran. Und sie wird auch als Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt. Dazu ist von unserem Standpunkt aus Voraussetzung, daß die soziale Demokratie auch den Mut hat, die Folgerungen aus den Lehren zu ziehen, die sie in und seit der Revolution erhalten hat: Sie hat nicht die Macht und die Kraft und die Fähigkeit, den Staat zu beherrschen und zu führen. Mit Muskel- und Stimmkraft, die auf der Straße aufgefüllt werden können, ist es nicht getan. Und wirtschaftspolitisch leben wir nicht auf einer einsamen Insel, und autarkisch können wir mit den Mitteln eines Robinson Crusoe ein Volk von 63 Millionen physisch und kulturell nicht erhalten. Wir leben in einer Welt, die ihre Existenz und ihre Kultur auf kapitalistischen Wirtschaftsmethoden aufgebaut hat, nicht auf einem exzedierenden Finanzkapitalismus, den das deutsche Unternehmertum ebenso ablehnt wie die Arbeiterschaft, sondern auf einem Kapitalismus als Grundlage einer durchorganisierten Produktion und einer rationalisierten Güterverteilung bis zum Güterkonsum. Wenn eine soziale Demokratie sich so auf den Boden der Tatsachen stellt, den radikalen Doktrinarismus und die immer zerstörende,

nie aufbauende Politik der Straße und der Gewalt ablehnt, wird sie zusammen mit dem Unternehmertum und unter seiner Führung Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder zu Erfolgen und zur Blüte führen.

Ich glaube also, hier feststellen zu dürfen, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt und daß, darauf fußend, auch weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Mut zu der Schlußfolgerung haben, daß die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei angestrebt werden muß. Wir haben in Deutschland zusammen viel wieder aufzubauen. Dazu sind in erster Linie die beiden aufstrebenden Schichten im Volke berufen: das deutsche Unternehmertum, im weitesten Sinne gedacht, und die deutsche Arbeiterschaft. Kein Teil hat es bis jetzt dem anderen leicht gemacht, zu einer aufbauenden Zusammenarbeit zu gelangen, sicher nicht die politische Vertretung der Arbeiterschaft und ihre Exponenten, die für sich alle Anerkennung verlangten, aber verkannten, daß sie ohne ein kräftiges, auf guter Tradition beruhendes Unternehmertum nichts sind. Manches haben die Organisationen der Arbeiterschaft erreicht. Aber eines haben sie nie gekonnt und werden sie nie können: „Arbeit schaffen". Das kann nur das Unternehmertum, das eine geistig und körperlich gesunde Arbeiterschaft hinter sich weiß.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1926, H. 32, S. 62–65.

41

Aus der Resolution der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 4. September 1926

Der Reichsverband der Deutschen Industrie wiederholt nach nochmaliger eingehender Prüfung die Vorschläge, die er im Dezember v. J. in seiner Denkschrift zur Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgetragen hat. Er bedauert, daß selbst denjenigen seiner Anregungen, die die nahezu einmütige Billigung sämtlicher Wirtschaftskreise und auch maßgebender Regierungsstellen gefunden haben, nur in ungenügendem Maße entsprochen worden ist.

Insbesondere erneuert der Reichsverband seine Forderung einer endgültigen Lösung der Frage des Finanzausgleichs mit dem Endziel, eine Milderung der Steuerlast in Reich, Ländern und Gemeinden als Voraussetzung für die unbedingt notwendige Neubildung von Kapital zu errei-

chen und der Wirtschaft wieder eine Rentabilität zu sichern. Der Reichsverband erhebt unter Anerkennung der Notwendigkeit der Fürsorge für die Erwerbsunfähigen und Erwerbsbeschränkten Bedenken gegen eine zu weitgehende Ausgestaltung der sozialen Abgaben. Er warnt vor der vorzeitigen Verabschiedung eines Arbeitsschutzgesetzes und vor verfrühten Bindungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit, die unser mit schweren Reparationsverpflichtungen belastetes Land zur Wettbewerbsunfähigkeit auf den Weltmärkten verurteilen würden.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin), 1926, H. 32, S. 72.

42

Aus den Forderungen der Reichskonferenz der arbeitenden Jugend, angenommen am 3. Dezember 1926

1. Erhöhung der Löhne der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge, da diese heute gänzlich unzureichend sind. Festlegung von Mindestlöhnen, die dem Existenzminimum entsprechen.

2. Beschaffung von Arbeit und Berufsausbildung für alle jugendlichen Erwerbslosen unter tariflichen Bedingungen und Kontrolle der freien Gewerkschaften. Durchführung von großzügigen Notstandsarbeiten, Errichtung von Lehrwerkstätten in den Betrieben mit tariflicher Bezahlung der Jugendlichen unter Kontrolle der freien Gewerkschaften.

3. Verbot der sofortigen Entlassung der Jugendlichen nach Beendigung der Lehrzeit. Weiterbeschäftigung mindestens ein halbes Jahr zu tariflichen Bedingungen. Aufhebung jeder Überstunden- und Nachtarbeit, die heute von Jugendlichen besonders oft erzwungen wird.

4. Abschaffung der individuellen Lehrverträge, Einbeziehung aller jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in die kollektiven Tarifverträge. Insbesondere auch volles Streikrecht.

5. Kampf gegen § 127a der Gewerbeordnung, der das Züchtigungsrecht der Lehrherren vorsieht.

6. Herabsetzung der Arbeitszeit der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter bis 18 Jahre auf sechs Stunden und Gewährung eines vierwöchigen bezahlten Urlaubs.

7. Unbedingte Innehaltung der bestehenden Jugendschutzbestimmungen, darüber hinaus Kampf für weitere Verbesserung der Jugendschutzbestimmungen und Ausdehnung auf alle Jugendlichen bis zu 18 Jahren.

8. Abschaffung der Prügel-, Arrest- und Geldstrafen und sonstigen Zwangsmaßnahmen in den Berufs- und Fortbildungsschulen. Einrechnung

der Schulzeit in die Arbeitszeit und volle Bezahlung der Schulzeit. Kostenlose Lieferung von Lernmitteln. Kampf gegen die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen.

9. Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an alle jugendlichen Erwerbslosen, auch an die unter 18 bzw. 16 Jahren in der Höhe der Unterstützung der Erwachsenen. Zahlung der Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.

10. Sofortige 50prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze für jugendliche Erwerbslose.

11. Kampf gegen alle Regierungsmaßnahmen, die eine Staffelung und Herabsetzung der Unterstützungssätze vorsehen (Reichserwerbslosenversicherungsgesetz, Krisenfürsorge).

12. Schaffung und Ausbau der Jugendheime, ohne Arbeits- und Stempelzwang in den Heimen. Zutritt für alle Jugendlichen bis zu 21 Jahren. Wahl der Heimleiter und Heim- oder Beschwerdekommissionen durch die Heimbesucher. Versorgung der Heime mit Arbeiterliteratur und Ausbau der Nachmittage mit proletarischen Veranstaltungen und Vorträgen. Alle Jugendheime sowie deren Verwaltungen sollen unter der Kontrolle der freien Gewerkschaften und der proletarischen Jugendorganisationen stehen.

13. Verbot der zwangsweisen Verschickung jugendlicher Erwerbsloser aufs Land, Kampf gegen alle offenen und verschleierten Versuche zur Einführung der allgemeinen oder teilweisen Arbeitsdienstpflicht (z. B. Pflichtarbeit, Werkkurse usw.) sowie gegen die Versuche, die erwerbslose Jugend der gesamten Arbeiterschaft zu entfremden, sie im Sinne der Bourgeoisie weiter zu erziehen und gegen die Arbeiter auszuspielen (z. B. Werksport, Sportkurse, Verlängerung des Schulalters usw.).

Resolutionen und Beschlüsse des Reichskongresses der Werktätigen.
Abgehalten in Berlin, 3. bis 5. Dezember 1926.
Hrsg. vom Reichsausschuß der Werktätigen.
Vorsitzender: Fritz Heckert, MdR,
Berlin o. J., S. 43–45.

43

Aus den Resolutionen und Beschlüssen des Reichskongresses der Werktätigen, angenommen am 5. Dezember 1926

I

Der Kampf des werktätigen Volkes

1

Nach Ablauf eines Jahres der kapitalistischen Rationalisierung stellt der Kongreß der Werktätigen als Vertretung aller arbeitenden Schichten

Deutschlands fest, daß auch diese kapitalistische Methode des Wiederaufbaus der Wirtschaft günstige Erfolge nur für die besitzende Klasse gebracht hat, für die arbeitende Klasse hingegen nur Vermehrung ihrer Not und ihres Elends. Steigende Produktion, steigende Profite auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber ein ständiges, millionenköpfiges Erwerbslosenheer, ein furchtbares Antreibersystem in den Betrieben, sinkende Reallöhne infolge steigender Preise und unerhörte Akkordschinderei, Ruinierung von Hunderten Gemeinden, von Tausenden kleinen Existenzen durch den rücksichtslosen Stillegungsfeldzug der allmächtigen Trusts und Konzerne – das ist der Erfolg der kapitalistischen Rationalisierung. Solange die Kapitalmagnaten, die nur an möglichst hohen Profiten, daher an hohen Verkaufspreisen bei möglichst niedrigen Produktionskosten interessiert sind, über die Wirtschaft verfügen, ist ein anderes Ergebnis der Rationalisierung nicht zu erwarten.

5

Die auf dem Kongreß der Werktätigen versammelten Vertreter aller Schichten des arbeitenden Volkes erklären, daß eine wirkliche Rationalisierung der Wirtschaft, d. h. ihre vernünftige, planmäßige Gestaltung im Interesse aller Schaffenden, nur möglich ist auf sozialistischer Grundlage, unter Leitung und Kontrolle der werktätigen Massen. Der Kongreß der Werktätigen fordert daher die Nationalisierung der Banken und Trusts, die Nationalisierung von Grund und Boden zur Sicherung der Existenz der werktätigen Bauern, des gesamten schaffenden Landvolks und der Ernährung der städtischen Bevölkerung, das staatliche Monopol am Außenhandel und am Verkehr.

Nur eine Arbeiter-und-Bauern-Regierung, die sich auf die organisierten, kampfbereiten werktätigen Massen stützt, kann eine Rationalisierung der Wirtschaft im Interesse der Volksmassen durchführen. Nur die sozialistische Rationalisierung bedeutet nicht Vernichtung, sondern Entfaltung der Produktivkräfte, nur durch sie kann der technische Fortschritt aus einem Fluch zu einem Segen für die Menschheit werden. Nur auf sozialistischer Grundlage kann der kapitalistische Konkurrenzkampf zwischen den Nationen überwunden, können die Vereinigten Staaten Europas nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Solidarität und des uneingeschränkten Selbstbestimmungsrechts der Völker verwirklicht werden.

6

In der Richtung auf dieses Ziel muß der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und ihre Folgen aufgenommen und durchgeführt werden. Zunächst ist es notwendig, den Folgen der Rationalisierung entgegenzuwirken durch den organisierten Massenkampf für die Herabsetzung der

Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne. Durch die Einführung der 42-Stunden-Woche muß die Arbeitszeit der gewaltig gesteigerten Leistung, dem verschärften Arbeitstempo in den rationalisierten Betrieben angepaßt und die Rückführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß ermöglicht werden. Mit dem Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit ist der Kampf um angemessene Lohnerhöhung untrennbar verbunden, weil die elenden Hungerlöhne den Widerstand der Arbeiterschaft gegen Überstunden und Akkordschinderei lähmen. Jede Überstunde ist ein Verbrechen an den erwerbslosen Klassengenossen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent, Auszahlung der Unterstützung für alle Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit, Abwehr der Erwerbslosenversicherung und des Systems der Lohnklassenstaffelung: diese Erwerbslosenforderungen liegen nicht nur im Interesse der gesamten Arbeiterschaft, sondern auch der Gewerbetreibenden und Kleinbauern, deren Existenz von der Kaufkraft der Arbeitermassen abhängt.

Durch Erhöhung der Besitzsteuern, durch Beschlagnahme des Fürstenraubs können die Mittel für eine ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, [für die] Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, für eine angemessene Erhöhung der Sozialrenten, für die Entschädigung der ausgeplünderten Inflationsopfer aufgebracht werden. Steuern und Zölle, durch die die Arbeiter ausgeplündert, Kleinbauern und Gewerbetreibenden erdrückt werden, müssen beseitigt werden.

Auf zum Kampf für den achtstündigen Maximal-Arbeitstag, das ist der Sammelruf, den der Kongreß der Werktätigen an das deutsche Proletariat richtet.

Alle diese Forderungen sind durchzusetzen, wenn sich die arbeitenden Massen in Stadt und Land, die Schaffenden in Fabriken, Werkstätten und Büros, die Arbeiter und Bauern, die Angestellten, Beamten und der Mittelstand unter der Führung des revolutionären Proletariats zusammenschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur der Trusts, gegen den Rationalisierungsraubzug des Kapitals, gegen die wachsende Reaktion, gegen die imperialistische Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie.

Für die Auflösung des Reichstags!

Für den Sturz der kapitalistischen Regierung!

Kampf für die Arbeiter-und-Bauern-Regierung!

II

Für die Gewerkschaftseinheit! Gegen die Spalter!

...Der Kongreß ist ein politischer Kongreß. Er sieht seine Hauptaufgabe in der Zusammenfassung aller werktätigen Schichten zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung in jeder Gestalt. Eine solche Aufgabe

ist nicht gegen die Gewerkschaften gerichtet; sie stellt in Wirklichkeit eine weitgehende Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes dar. Denn Sinn und Zweck des Kongresses ist es, alle bisher fernstehenden proletarischen und halbproletarischen Schichten fest mit der Arbeiterbewegung zu verbinden, in die Kampffront einzureihen. Daher richtet der Kongreß an alle Proletarier die dringende Aufforderung, sich restlos den freien Gewerkschaften anzuschließen. Angesichts der Zusammenballung des Kapitals in riesigen Trusts und Monopolen ist diese Zusammenarbeit aller proletarischen Organisationen und ausgebeuteten Schichten ein Gebot der Notwendigkeit.

Der Kongreß protestiert deshalb mit aller Schärfe gegen die durch nichts begründete und wider besseres Wissen erhobene Unterstellung, daß seine Bestrebungen antigewerkschaftlich wären oder einen Gewerkschaftsersatz darstellen. Er brandmarkt die Versuche jener Gewerkschaftsführer, die mit Silverberg, Borsig und Duisberg, mit Stresemann, Marx und Brauns zusammenarbeiten, dagegen Proletarier, die den Gewerkschaften schon jahrzehntelang angehören und die der Arbeiterbewegung treu ergeben sind, nur deswegen aus den Gewerkschaften ausschließen, weil sie für die Einheit aller Werktätigen unter den größten persönlichen Opfern kämpfen. Diese Maßnahmen der Gewerkschaftsführer nützen nur dem Kapital, der Reaktion, aber schädigen die Arbeiterbewegung und ganz besonders die Gewerkschaften aufs schwerste.

Darum richtet der Kongreß an die Gewerkschaftsvorstände die dringende Aufforderung, abzulassen von der verwerflichen Zersplitterungstaktik. Die Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern ruft er auf, mit aller Leidenschaft zu kämpfen gegen den Ausschluß ihrer besten Funktionäre und treuesten Kameraden aus den Gewerkschaften. An ihrem eisernen Willen zur einheitlichen roten Front aller Schaffenden gegen die Ausbeutersippe muß jeder Spaltungsversuch zerschellen. Das Gebot der Stunde ist:

Nicht Zersplitterung!
Stärkung und Ausbau der Gewerkschaften!
Herstellung der geschlossenen Kampfesfront aller Werktätigen!

III

Die Notlage der werktätigen Mittelschichten

Im Krisenjahr 1925/26 sind in Deutschland 30 000 ehemalige Gewerbetreibende aus Handwerk, Industrie und Handel zugrunde gegangen. 30 000 deutsche Firmen gingen nach Zahlungseinstellung in Liquidation oder Konkurs. Weitere Zehntausende Gewerbetreibende gingen sang- und klanglos ein, weil mangels Masse sogar ein Konkurs nicht mehr möglich war. Hunderttausende Kleingewerbetreibende aller Art,

die nicht eingetragen waren, gingen außerdem inzwischen noch zugrunde, ohne daß die Öffentlichkeit oder eine behördliche Stelle davon Notiz nahm.

Dieser Niedergang der werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land ist die direkte Folge des Aufschwungs der kapitalistischen Großbetriebe in Handel und Industrie. Hier wurde buchstäblich wahr, daß die Großen die Kleinen auffressen. Das Großkapital fand dabei durch billige Kredite, Millionenliebesgaben und Subventionen der Reichsregierung rücksichtslose Unterstützung. Die großkapitalistische Entwicklung mit ihren Riesenbetrieben, ihrer Mechanisierung und Konzentration, ihren Kartellen, Syndikaten, Trusts, ihren Konzernen und Filialbetrieben, ihren Warenhäusern, Kaufhäusern, der Konsumfinanzierung und dem Verkaufsstellensystem der Großunternehmungen läßt für die werktätigen Mittelschichten in Handel und Gewerbe immer weniger Raum.

Daneben leiden die Kleingewerbetreibenden in Stadt und Land unter dem unerhörten Preisdiktat der Kartelle, Syndikate und des Großhandels...

Der Kongreß der Werktätigen fordert gegenüber dieser Verelendung, die die breiten werktätigen Schichten bedroht:

1. Bereitstellung von öffentlichen Krediten für das Kleingewerbe durch Reich und Länder, aus denen Beträge nicht über 5000 Mark an den einzelnen Gewerbetreibenden zum niedrigsten Zinssatz langfristig ausgeliehen werden sollen. Die Verteilung ist mit Hilfe gewählter Kommissionen der Kleingewerbetreibenden durchzuführen.

2. Kampf gegen die verteuernden Verkehrs-, Umsatz- und Verbrauchssteuern aller Art. Kampf der preistreibenden Zollpolitik. Erhöhung der Freigrenze der Einkommensteuern für Kleingewerbetreibende wie für Arbeiter auf 3600 Mark. Freistellung der Kleingewerbetreibenden von den Gewerbe- und Grundsteuern, Erlaß der gestundeten oder rückständigen Steuerbeträge für das Kleingewerbe.

3. Aufnahme der Kleingewerbetreibenden und ihrer Familienangehörigen in die Sozialversicherung [im Original: Sozialfürsorge] gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sowie deren Einbeziehung in die Erwerbslosen- und Krisenfürsorge.

4. Beseitigung der Mietzinssteuer auch für die gewerblichen Mieträume, Aufhebung der Verordnung über die Freilassung der gewerblichen Mieträume aus der Wohnungswirtschaft.

5. Kampf gegen die Preisdiktatur der Syndikate und Trusts, Kontrolle ihrer Preisbildung durch Betriebsräte und Gewerkschaften unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerbetreibenden.

6. Planmäßige Förderung des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Kleingewerbetreibenden für die verschiedenen Berufe zum Zwecke

des gemeinsamen Einkaufs und des gemeinsamen Widerstandes gegen die großkapitalistische Kredit- und Preisdiktatur.

IV

Entschließung zur Bauernfrage

...In voller Bewertung dieser von den Bauernvertretern aus allen Teilen Deutschlands auf dem Kongreß der Werktätigen vorgetragenen Tatsachen und in Erkenntnis der Notwendigkeit eines engen Kampfbündnisses zwischen den Werktätigen der Stadt und des flachen Landes macht sich der Kongreß folgende Forderungen der Vertretertagung des Reichsbundes der Kleinbauern zu eigen:

1. Niederschlagung aller Steuerrückstände aus den Jahren 1924, 1925 und 1926. An Stelle der unsere Notlage nur verschleppenden Steuerstundungen muß eine wirksame Herabsetzung der bäuerlichen Steuern und Abgaben treten. Vor allem fordern wir die sofortige Beseitigung der ungleichen Ertragsbewertung bei Klein- und Großbetrieb sowie die maßgebende Heranziehung der klein- und mittelbäuerlichen Vertreter zu allen Steuerkommissionen, Grundwertausschüssen u. dgl.

2. Sofortiges Verbot aller Pfändungen und Zwangsvollstreckungen aus Boden und Inventar der bäuerlichen Familienbetriebe infolge rückständiger Steuern. Bei Unfähigkeit zur Zahlung von Pachtgeldern, Wechselschulden, Hypothekenzinsen u. dgl. sind Zwangsvergleiche herbeizuführen unter weitestgehender Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Schuldners. Bei Enteignung von Land für öffentliche Zwecke (Bauland, Verkehrswege, Flugplätze) Erhaltung der Wirtschaftlichkeit der bäuerlichen Betriebe auf Wunsch durch Anwendung des Grundsatzes: Boden für Boden bzw. vollständige Umsiedlung.

3. Schnellste Belieferung der bäuerlichen Familienbetriebe mit verbilligten Düngemitteln zur Sicherung einer ausreichenden Düngung des bäuerlichen Ackers und unter zinsloser Stundung des Preises bis nach der Ernte.

4. Sofortige Herabsetzung des Zinsfußes für aufgenommene Hypotheken und Personalschulden. Bei Neuaufnahme von Krediten Auszahlung der Darlehen zum vollen Nennwert an die Darlehnsnehmer, evtl. Ablösung der alten, unter ungünstigen Bedingungen aufgenommenen Darlehen mit Hilfe von öffentlichen Mitteln.

5. Beseitigung der amtlichen Gebühren bei Eintragung und Löschung im Grundbuch, bei Beschaffung von Unterlagen für Darlehen, bei Einholung von Auskünften, Einreichung von Beschwerden sowie der Eichgebühren.

6. An Stelle der ungewissen und beschwerlichen Neusiedlung im Osten in erster Linie energischer Ausbau der Anliegersiedlung in der Heimat und

Sicherung der Existenz der schon angesetzten [Siedler], insbesondere der Flüchtlingssiedler. Zuweisung des bisherigen Pachtlandes an die Kleinpächter zu erschwinglichen Preisen evtl. im Rentengutsverfahren. Umstellung der Produktion in den Gebirgsgegenden mit ausreichender Staatshilfe. Wo Neusiedlungen im Osten oder auf Moorgelände und Heide erschlossen werden, sind aus den Bewerbern Siedlergenossenschaften zu bilden, die unter Ausschaltung der heutigen Siedlungsgenossenschaften mit Hilfe von öffentlichen Zuschüssen und Darlehen den Landkauf und die Errichtung der Siedlerstellen vornehmen. Neubesetzung der Kulturämter mit siedlungsfreundlichen Beamten.

7. Für alle von Elementarschäden und Seuchen sowie von besonderen Unglücksfällen heimgesuchten bäuerlichen Familienbetriebe sofortige zinslose und langfristige Darlehen, in besonderen Notfällen verlorene Zuschüsse. Zur Feststellung der Schäden und Kontrolle der Kreditverteilung [Bildung] besonderer Notkommissionen aus der werktätigen Landbevölkerung.

8. Beseitigung des die Gemeinden einengenden und schwer belastenden Finanzausgleichsgesetzes. Übernahme der bisherigen Kreis- und Gemeindeausgaben für soziale Fürsorge, Polizei, Schule, Wegebau durch den Staat. Weitgehendes Recht der Gemeinden und Kreise, durch Steuerstaffelung oder Nachlaß den Kleinbesitz zu entlasten und dabei den Großbesitz schärfer heranzuziehen. Ausreichende Unterstützung der armen Gemeinden und Kreise durch einen staatlichen Ausgleichsfonds. Weitgehendes Recht der Kreise und Gemeinden zur Beschaffung von Siedlungs- und Pachtland auf dem Wege der Zwangsenteignung oder Zwangsverpachtung beim Großbesitz.

V

Resolution zu den Steuerfragen

...Die Massen des arbeitenden Volkes müssen die ungeheuerlichen, erdrückenden Steuerlasten von sich abwälzen und der Kapitalistenklasse aufzwingen, indem sie für folgende Maßnahmen kämpfen:

1. Beseitigung der Verbrauchssteuern, insbesondere der Steuern auf den Umsatz, auf Bier, Tabak, Zucker, Leuchtmittel, Zündwaren.

2. Aufhebung der Verkehrsabgaben und Beförderungssteuern.

3. Beseitigung der Lohnsteuer; Steuerfreiheit für alle kleinen Einkommen bis zu 3600 M. Schärfer ansteigende Besteuerung der hohen Einkommen, völlige Wegsteuerung der großen Einkommen über 100 000 M.

4. Beseitigung der Hauszinssteuer zwecks Ermäßigung der Miete. Freilassung der Kleinwohnungen von der Grundsteuerumlage.

5. Freilassung der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern von der Grund- und Gewerbesteuer. Niederschlagung ihrer Steuerstundungs-

beträge und Rückstände. – Kampf gegen die Gemeindezuschläge, aber für erhöhte Gemeindeanteile an den Reichssteuern.

6. Erhöhung und Staffelung der Körperschaftssteuer, unter Freilassung des Kleingewerbes, der Genossenschaften und öffentlichen Betriebe.

7. Wiedereinführung der Sondersteuer auf Dividenden, der Kapitalertragssteuer, der Fusionssteuer und der Vermögenszuwachs- und Börsensteuer.

8. Stark progressive Besteuerung der Vermögen, unter Freilassung kleiner Vermögen bis zu 20 000 M.

9. Erhöhung der Erbanfallsteuer, Wiedereinführung der Nachlaßsteuer, Freilassung der kleinen Erbschaften bis zu 20 000 M.

10. Schwere Bestrafung der Steuerhinterziehung und Steuersabotage der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer. Rücksichtslose Eintreibung ihrer Steuerrückstände, Offenlegung der Steuerlisten. Regelmäßige Buchprüfung zwecks verschärfter Kontrolle der Steuerleistung. Entscheidende Mitwirkung der Betriebs-, Angestellten-, Landarbeiter-, Kleinbauerndelegierten in den Veranlagungs- und Bewertungsausschüssen.

Der Kongreß fordert die Werktätigen, alle Hand- und Kopfarbeiter, Kleinbauern, Handel- und Gewerbetreibenden, auf, sich eng zusammenzuschließen und den gemeinsamen Kampf gegen den großkapitalistischen Steuerbetrug mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufzunehmen. Dieser Kampf muß geführt werden bis zu der Niederringung der Herrschaft des Großkapitals und der Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Regierung, die erst die Staatsmacht rücksichtslos zum Steuerschutz der werktätigen Massen in Stadt und Land gebrauchen wird.

VI

Zur Miet- und Wohnungsfrage

Zur Abwendung der ihnen drohenden schweren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichen Gefahren müssen die deutschen Wohn- und Gewerberaummieter unverzüglich die Durchsetzung folgender Mindestforderungen erzwingen:

1. Eine langjährige Begrenzung der Mieten auf höchstens die Höhe der Friedensmiete bei gleichzeitigem Verbot, die so festgesetzte Miete auf Umwegen durch Sondersteuer der Länder und Gemeinden zu überschreiten. Die hundertprozentige Friedensmiete muß auch gelten für die Neubauwohnungen und alle Wohnungen, die seit dem 1. Juli 1918 in irgendeiner Form unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel neu erstellt worden sind.

2. Sicherstellung der dauernden Instandhaltung aller Mieträume und Hausgrundstücke durch Verwendung von 20 v. H. der gezahlten Mieten und Bereitstellung von billigen Instandsetzungsdarlehen unter Mitbestimmung und Kontrolle der Mietervertretungen.

3. Ausbau der Mieterschutzgesetze zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht...

4. Durchführung eines auf 15 Jahre berechneten Wohnungsbauprogramms mit dem Ziele, neben der Befriedigung des laufenden Neubedarfs an Wohnungen den bestehenden Fehlbetrag von rund 1 Million Wohnungen durch Neubauten auszugleichen.

5. Finanzierung dieses Wohnungsneubauprogramms ohne jede neue Sonderbesteuerung der Mieter oder der Allgemeinheit durch Auffangung der Milliardengewinne, die den Hausbesitzern aus dem Aufwertungsbetrug und den fortgesetzten Mieterhöhungen zwangsläufig zuwachsen, durch Eintragung einer mit 5 v. H. verzinslichen Reichssicherungshypothek auf alle bebauten Grundstücke [mit] über 8000 Mark Friedenswert.

6. Verwendung des Zinsertrags dieser Reichssicherungshypotheken zur Sicherstellung von Leibrenten an alle oder erwerbsunfähige Inflationsopfer, zur Gewährung von Mietbeihilfen an zahlungsschwache Mieter zwecks Erhaltung ihres Wohnrechtes und zur Erstellung von Kleinwohnungen bis 100 Quadratmeter Wohnfläche durch Reich, Länder und Gemeinden.

Angesichts der großen Dringlichkeit der Lage ruft der Kongreß der Werktätigen die werktätigen Mietermassen in Stadt und Land zum gemeinsamen und entschlossenen Kampf zur Bekämpfung des Mietwuchers und der Wohnungsnot auf.

VII

Zu den Aufwertungsfragen

...Der Kongreß der Werktätigen ... wird den doppelt betrogenen kleinen Sparern bei der Bekämpfung dieses neuen gegen sie verübten Gewaltstreiches jede mögliche Hilfe leisten. Darüber hinaus wird er alle Kraft einsetzen, um gemeinsam mit den enteigneten Sparermassen folgende soziale Mindestforderungen zu verwirklichen:

1. Gewährung von auskömmlichen Unterhaltsrenten auf Kosten des Reiches an alle über 55 Jahre alten oder kranken oder erwerbsunfähigen Sparer und Kleinrentner, die über ausreichende Unterhaltsmittel nicht verfügen.

2. Radikale Wegsteuerung der Milliardengewinne, die die Inflationsmacher und Nutznießer aus der Enteignung der breiten Sparermassen gezogen haben; aus diesen Steuermitteln volle Aufwertung der kleinen Sparbeträge bis zu 5000 Mark.

3. Verhinderung der Realisierung der Milliardeninflationsgewinne, die den Haus- und Grundstücksbesitzern aus der vorzeitigen Löschung ihrer Hypothekenschulden oder aus der 75–80prozentigen Enteignung ihrer

Hypothekengläubiger zwangsläufig infolge der volksfeindlichen Wohnungs- und Mietpolitik des Großkapitals zuwachsen müssen.

4. Nutzbarmachung und Mobilisierung dieser Milliarden Inflationsgewinne der Grundstücksbesitzer zur Finanzierung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms zwecks wirksamer Bekämpfung der Wohnungsnot und des Mietwuchers.

5. Rückübereignung aller inflationsverkauften Hausgrundstücke, sofern der dafür gezahlte Kaufpreis nach seinem Goldwert nicht mindestens 25 v. H. des Friedenswertes beträgt.

6. Schutz der enteigneten Sparermassen vor wucherischer Ausbeutung durch die Warenerzeuger und Wohnungs- und Geschäftsraumvermieter auf dem Wege einer gesetzlichen Begrenzung der Mieten und eines rücksichtslosen Kampfes gegen die verbraucherfeindliche Politik des Groß- und Finanzkapitals.

Resolutionen und Beschlüsse des Reichskongresses der Werktätigen.
Abgehalten in Berlin, 3. bis 5. Dezember 1926.
Hrsg. vom Reichsausschuß der Werktätigen.
Vorsitzender: Fritz Heckert, MdR,
Berlin o. J., S. 11–19, 21–24, 26, 28/29.

44
Aus dem Manifest des 11. Parteitages der KPD in Essen, angenommen am 7. März 1927

Während das herrschende Proletariat in der Sowjetunion den Sozialismus aufbaut, während der grandiose Befreiungskampf des chinesischen Volkes Hunderte von Millionen Kolonialsklaven, die erdrückende Mehrheit der gesamten Menschheit, zum Widerstand gegen das imperialistische Joch aufzurütteln beginnt, rüsten die Ausbeuter zu neuen mörderischen Kriegen.

Die Bourgeoisie kennt keinen anderen Ausweg aus der Wirtschaftskrise und aus dem verschärften Konkurrenzkampf als den imperialistischen Krieg. Die Bourgeoisie will die Sowjetunion, den einzigen Proletarierstaat der Welt, vernichten, und sie will die chinesische Revolution zerschmettern.

Arbeiter und Werktätige Deutschlands! Niemals seit 1914 war die Kriegsgefahr größer als heute. Deutschland wird nicht nur durch seine geographische und militärische Lage, sondern vor allem durch die Außenpolitik seiner Bourgeoisie, durch die Teilnahme am Völkerbund, durch die Abmachungen Stresemanns mit den englischen Imperialisten in jeden kommenden Krieg gegen die Sowjetunion hineingerissen werden. Deutsch-

land soll zum Sammelplatz und zum Durchmarschland der konterrevolutionären Armeen werden. Das deutsche Proletariat soll zum Henkersdienst gegen die russische Arbeiterdiktatur mißbraucht werden.

Der XI. Parteitag der KPD ruft euch zum aktiven Widerstand gegen die drohende Kriegsgefahr auf. Schließt euch zusammen, um mit allen Mitteln die Intervention gegen den Arbeiterstaat zu verhindern! Bereitet euch überall im ganzen Reich, vor allem in der chemischen Industrie und im Bergbau, in den Metallwerken und den Verkehrsbetrieben, darauf vor, die kommende Kriegsfront zu erschüttern und zu durchbrechen! Jeder Krieg, den das heutige Deutschland führt, wird ein imperialistischer Raubkrieg sein ...

In Deutschland hat das mächtig angewachsene Trustkapital seine offene brutale Diktatur errichtet. Die Hindenburg-Regierung des Bürgerblocks wird keine kurze Episode sein, sondern sie führt mit rücksichtsloser Gewalt die Pläne des Unternehmertums durch. In der Regierung kommandieren die deutschnationalen Monarchisten, in allen Staatsbehörden sitzt die Reaktion, in den Betrieben und im ganzen Lande erheben die faschistischen Wehrverbände unter Führung der Stahlhelmbanden frech das Haupt.

Die Magnaten des deutschen Großkapitals holen zu neuen Schlägen gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse aus. Während sie von einem imperialistischen Krieg bedroht wird, wütet die kapitalistische Rationalisierung immer brutaler in ihren Reihen. Neun- bis zwölfstündige Arbeitszeit, maßlose Überstunden, beispiellose Antreiberei, unerträglich schlechte Löhne, Erwerbslosigkeit von 2½ Millionen Arbeitern und massenhaft Kurzarbeit – das sind die Früchte der kapitalistischen Rationalisierung, in deren Dienst sich die Führer der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften stellen. Der Mittelstand, die werktätigen Bauern werden durch Steuerdruck, Schutzzölle und Mietwucher ausgeplündert. Gesetze zur Knebelung der Arbeiterschaft, Verschlechterung der Schule und Unterdrückung der revolutionären Literatur werden durchgeführt.

Mit Haß und Erbitterung fühlen die Arbeitermassen ihr Sklavendasein, zugleich aber lebt und wächst in Millionen Arbeitern der Wille zum Widerstand. Nach langen Jahren der Enttäuschung und Schwäche zieht neue Kampfesfreudigkeit in die Reihen der deutschen Arbeiterbewegung. 4 Millionen Arbeiter werden durch die Lohn- und Wirtschaftskämpfe, durch die Tarifkündigungen in den nächsten Monaten erfaßt. Die erbärmliche Politik der Koalition mit der Bourgeoisie, die verbrecherische Politik der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ist auf der ganzen Linie gescheitert. Die Politik des Reformismus hat der Arbeiterschaft keinen Aufstieg, ja nicht einmal die winzigste Besserung ihrer Lage gebracht, sondern nur vermehrten Druck, nur gesteigerte Not, Unterdrückung, Aus-

beutung und Erniedrigung. Aber die Kraft des deutschen Proletariats ist ungebrochen. Stärker und kräftiger denn je bricht sich der revolutionäre Klassenkampf Bahn.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Der XI. Parteitag der KPD ruft euch zum Kampfe gegen das Trustkapital und seine reaktionäre Regierung. Die kommenden Monate müssen eine große gewerkschaftliche Abwehrbewegung, wuchtige Massenkämpfe für die Erringung besserer Arbeitsbedingungen bringen.

Vorwärts für die Erkämpfung höherer Löhne, für die restlose Zurückeroberung des Achtstundentages in den Betrieben und der Siebenstundenschicht unter Tage, für die Wiedereingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß! Bildet eine Kampffront aller klassenbewußten Arbeiter in den Gewerkschaften! Macht die freien Gewerkschaften zu mächtigen Industrieverbänden, zu wirklichen Kampforganisationen der Arbeiter gegen das Kapital! Vertreibt die reformistischen Führer, die euren Verteidigungskampf sabotieren und verraten!

In der ganzen Arbeiterschaft herrscht ein tiefes Streben nach Einheit, ein mächtiger Drang nach dem Zusammenschluß aller proletarischen Kräfte zum gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten. Im Mittelpunkt unseres Essener Parteitages stand das Streben nach Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Mögen die sozialdemokratischen Führer unseren Kampf für die proletarische Einheitsfront beschimpfen und verleugnen, mögen sie ihr eigenes Bündnis mit den Bürgerlichen durch die wildeste Hetze gegen den Kommunismus maskieren – wir erklären vor allen Arbeitern, ob sie parteilos sind, ob sie sozialdemokratisch, freigewerkschaftlich oder christlich organisiert sind:

Die Kommunistische Partei arbeitet mit ihrem Denken und Handeln, in ihrer ganzen politischen Tätigkeit aufrichtig und unermüdlich für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront gegen das ausbeuterische Kapital.

Die Kommunistische Partei ist unlöslich verbunden mit dem Leben und Leiden, mit allen Kämpfen, Opfern und Siegen der deutschen Arbeiterklasse. Sie hat keine besonderen Parteiinteressen im Gegensatz zu den großen historischen Interessen der ganzen proletarischen Klasse zu vertreten. Alle Interessen unserer Partei, ihre Festigung und ihr Vormarsch fallen zusammen mit den Klasseninteressen des gesamten Proletariats, mit seiner Festigung und seinem Vormarsch.

Im Bewußtsein ihrer geschichtlichen Aufgabe als Führerin der deutschen proletarischen Revolution verschmäht es unsere Partei, ihre eigenen Fehler und Schwächen vor der Arbeiterschaft zu verbergen. Frei und offen vor den Augen des ganzen Proletariats, aus dessen Mitte sie stammt und für dessen Sache sie kämpft, hat unser Parteitag die härteste und gründlichste Selbstkritik an der Partei geübt.

Die Einheit des Proletariats, sein gemeinsamer Kampf gegen den Klassenfeind, ist nur dann möglich, wenn es die Agenten des Klassenfeindes in seinen eigenen Reihen entlarvt und verjagt. Wer die bürgerliche Herrschaft unterstützt, wer an bürgerlichen Regierungen teilnimmt, wer mit den Unternehmern zusammengeht, wer die proletarische Revolution bekämpft, der ist ein Verräter am Proletariat, möge er sein Verhalten mit sozialistischen oder christlichen, mit reformistischen oder ultralinken Phrasen bemänteln. Die schlimmsten, skrupellosesten Verräter an der Arbeiterklasse sind die sozialdemokratischen Führer und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten. Gegen sie gilt es, den entschlossensten, unerbittlichsten Kampf zu führen.

Um so ernster und eindringlicher fordern die Kommunisten alle sozialdemokratischen Arbeiter, alle Mitglieder der freien Gewerkschaften auf, gemeinsam mit ihnen die Einheitsfront des Proletariats zu bilden... Die drei Grundpfeiler unserer gegenwärtigen Politik sind:

Der Kampf gegen die Kriegsgefahr!

Der Kampf für den Achtstundentag und höhere Löhne!

Der Kampf für die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse!

Kommunisten, Parteigenossen! Der XI. Parteitag hat die Lehren aus den vergangenen Jahren seit 1923 gezogen. Jetzt gilt es, seine Beschlüsse mit größter Kraft und stärkster Energie in der praktischen Tagesarbeit durchzuführen. Der innerparteiliche Kampf gegen die ultralinken und rechten Abweichungen ist durch den vollständigen Sieg der leninistischen Parteilinie entschieden. Die Zukunft, die Organisierung der Revolution, hängt von unserer Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften ab.

Die Rote Fahne (Berlin),
10. März 1927.
Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946,
2., durchgesehene Auflage, Berlin 1955, S. 224–228.

45

Aus dem Offenen Brief der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands Berlin-Brandenburg-Lausitz und der Gauführung des Roten Frontkämpferbundes an den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Gauleitung des Reichsbanners, veröffentlicht am 3. Mai 1927

Werte Genossen! Nur wenige Tage trennen uns noch vom 8. Mai, den die Leitung des Stahlhelms dazu ausersehen hat, „das rote Berlin national zu

erobern und der Berliner Arbeiterschaft", dem „frechen roten Gesindel", wie sie der Stahlhelmführer Seldte beschimpfte, „die Macht des Stahlhelms zu zeigen". Es ist eine bewußte Irreführung der Berliner Arbeiterschaft zu behaupten, es handle sich beim Stahlhelmaufmarsch nur um eine friedliche politische Demonstration, die durch Fernbleiben der Arbeitermassen von den Straßen Berlins am wirksamsten bekämpft werden könne. Die Stahlhelmführer schicken ihre Anhänger mit der bewußten Absicht der Provokation nach Berlin. Der Arbeiterschaft Berlins sollen die Machtorganisationen der deutschen Bourgeoisie im Kampfe für die weitere Unterdrückung und kapitalistische Ausbeutung demonstriert werden. Noch bei allen Veranstaltungen der nationalistischen Sturmbrigaden der Reaktion waren Überfälle auf Arbeiter, auf Gewerkschaftshäuser usw. an der Tagesordnung...

Die letzten Wahlen zum Berliner Stadtparlament brachten eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit. Über anderthalb Millionen Stimmen wurden allein in Berlin für die Enteignung der Fürsten abgegeben, deren Wiederkehr der Stahlhelm erstrebt. Die diesjährige Maidemonstration des Berliner Proletariats war eine Generalmusterung von so unvergleichlicher Wucht, sie zeigte den Willen zur Einheit und zum geschlossenen Kampfe gegen die Reaktion so mächtig, daß es ein Verbrechen am deutschen Proletariat bedeuten würde, wenn die Millionenarmee der Berliner Arbeiter dem Stahlhelmaufmarsch gegenüber auf den organisierten Selbstschutz verzichten würde.

Die Parole, den Stahlhelm am 8. Mai unter sich zu lassen, würde auf eine Unterstützung der provokatorischen Pläne der Stahlhelmleitung hinauslaufen. Die Kommunistische Partei will keine Provokationen und kein Blutvergießen, wie der „Vorwärts" es behauptet. Aber sie hält es für die Klassenpflicht der Berliner Arbeiterschaft, gegenüber dem Aufmarsch des Stahlhelms den Selbstschutz in den Arbeiterbezirken zu organisieren und in mächtigen Massenkundgebungen den Willen der Arbeiter zu diesem Selbstschutz, ihren Willen zum Kampfe gegen Nationalismus und Faschismus zu demonstrieren. Werden diese Demonstrationen gemeinsam von allen Arbeiterorganisationen einberufen und organisiert, würde der ADGB die Forderung der Belegschaften zahlreicher Betriebe, den Stahlhelmaufmarsch mit einem Verkehrsstreik am 7. und 8. Mai zu beantworten, unterstützen, dann würde kein Stahlhelmmann es wagen, gegen Arbeiter vorzugehen und Arbeitergut zu beschädigen.

Die Maidemonstration hat gezeigt, welche Macht die Berliner Arbeiterschaft darstellt, wenn sie geschlossen aufmarschiert. Diese Macht verpflichtet zur Abwehr faschistischer Gewaltstreiche. Wir fordern daher von Euch, unverzüglich für den 8. Mai gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpferbund den Aufmarsch der Berliner Arbeiter

in den Arbeiterbezirken zu organisieren. An diesem Tage muß die Arbeiterfront einheitlich und geschlossen den provokatorischen Absichten der Stahlhelmführer entgegengestellt werden. Es gilt, eine eiserne Mauer der Abwehr zu errichten, an der jeder Versuch des Stahlhelms, das proletarische Berlin mit Terror zu überziehen, zerschellen muß. Von den Fahnen und Standarten der Maidemonstration leuchteten auch dieses Jahr die Worte des alten Arbeiterliedes „Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid!". Es gilt, diese Einigkeit im Aufmarsch der Arbeiter am 8. Mai zu verwirklichen.

Wir fordern Euch auf, gleich uns die gesamte Arbeiterschaft zu Gegenkundgebungen gegen den Stahlhelmaufmarsch und seine Invasion in die Arbeiterviertel Berlins aufzurufen!

Die Rote Fahne (Berlin),
3. Mai 1927.
Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946,
2., durchgesehene Auflage, Berlin 1955, S. 229/230.

46

Aus dem Aufruf der Belegschaft einer Baustelle der AG für Bauausführungen an die Berliner Arbeiter, veröffentlicht am 4. Mai 1927

Arbeiter Berlins! Wir als Belegschaft haben uns des öfteren mit dem Aufmarsch der Faschisten zum 7. und 8. Mai beschäftigt. Wir sehen in diesem Treffen dieser Mordbuben eine große Gefahr für das gesamte Proletariat. Ist doch dieser Aufmarsch nur eine Vorbereitung, um den Weg zu ebnen zur Niederschlagung der Arbeiterschaft, wie sie es im Jahre 1920 vorhatten.

Wißt ihr, Arbeiter Berlins, was es heißt, wenn diese Elemente die Macht an sich reißen?

Habt ihr die Gesetzentwürfe vergessen, die diese Sorte im vorigen Jahre herausgegeben hatte, für den Fall, daß es ihnen gelingt, den Staatsapparat in die Hände zu bekommen?

Habt ihr die faschistischen Greueltaten in Horthy-Ungarn, in Bulgarien, Rumänien, Polen und Litauen vergessen? Denkt an Italien. Mussolini, der ehemalige Sozialist, wütet schlimmer als ein Bluthund. So wie es der Faschismus in diesen Ländern getan hat, so will der deutsche Faschismus es ebenfalls tun. Nun, Arbeiter Berlins und im Reich, denkt über das alles nach. Heraus aus der Stupidität, erwacht endlich wieder zum

revolutionären Klassenkampf und kommt endlich wieder zu der Erkenntnis, daß es an der Zeit ist, ohne Unterschied der Partei- oder Organisationszugehörigkeit, Front zu machen gegen die faschistischen Mörderbanden!

Die Kommunistische Partei war bis jetzt die einzige Partei, welche angesichts dieses Aufmarsches der Faschisten dem Proletariat den Weg gezeigt hat, welchen es gehen muß. Diesen Weg haben wir als Proletarier, als ausgebeutete Klasse, zu gehen. Kein Proletarier Berlins hat am 8. Mai ins Grüne zu fahren, sondern sein Platz ist an diesem Tage in Berlin. Für jeden muß am 7. und 8. Mai die Parole sein: Nieder mit den Faschisten! Ein jeder hat in erhöhter Alarmbereitschaft zu stehen, um, wenn nötig, seinen Klassengenossen, die von diesem Gesindel angegriffen werden, zu Hilfe zu eilen.

Die Rote Fahne (Berlin),
4. Mai 1927.

47

Aufruf der Obleute der Notstandsarbeiter Groß-Berlins, veröffentlicht am 6. Mai 1927

An alle Notstandsarbeiter Berlins!

An die gesamte Berliner Arbeiterschaft!

Die Urabstimmung hat eine überwältigende Mehrheit (über Dreiviertelmajorität) für den Proteststreik gegen den Faschistenaufmarsch ergeben. Die Vertrauensleute haben deshalb beschlossen, für Sonnabend früh den Proteststreik der Notstandsarbeiter zu proklamieren. Die Vertrauensleute sind davon überzeugt, daß die Berliner Notstandsarbeiter diesem Ruf einmütig und geschlossen folgen werden.

Arbeiter Berlins! Die Vertrauensleute der Notstandsarbeiter sind sich der Verantwortung bewußt, die sie mit diesem Beschluß übernehmen. Sie erwarten von der gesamten Berliner Arbeiterschaft, insbesondere von den Erwerbslosen, strengste Solidarität. Die Lage hat sich verschärft. Die Faschisten haben in ihrer Versammlung im Kriegervereinshaus öffentlich zum Terror gegen die linksgerichteten Zeitungen aufgefordert. Mit dem Aufmarsch des Stahlhelms am 7. und 8. Mai soll nach italienischem Vorbild der Terror gegen alle Arbeiterorganisationen verschärft werden.

In unzähligen Resolutionen haben die Betriebe und Gewerkschaften gegen den faschistischen Terror protestiert. Die Notstandsarbeiter Berlins

erwarten, daß die Berliner Arbeiterschaft zur Tat schreitet. Organisiert die proletarische Verteidigung! Her mit dem Generalstreik am 7. Mai und dem Verkehrsstreik am 8. Mai!

Nieder mit dem Faschismus!

Berlin bleibt rot!

Die Obleute
der Notstandsarbeiter Groß-Berlins

Die Rote Fahne (Berlin),
6. Mai 1927.

48

Aus der Botschaft des Stahlhelms vom 8. Mai 1927

Der Stahlhelm sagt den Kampf an jeder Weichlichkeit und Feigheit, die das Ehrbewußtsein des deutschen Volkes durch Verzicht auf Wehrrecht und Wehrwillen schwächen und zerstören wollen.

Der Stahlhelm erklärt, daß er den durch das Versailler Friedensdiktat und dessen spätere Ergänzungen geschaffenen Zustand nicht anerkennt. Er fordert deshalb die Anerkennung des Nationalstaates auch für alle Deutschen, die Wiederherstellung des deutschen Wehrrechtes, wirksamen Widerruf des erpreßten Kriegsschuldbekenntnisses...

Der Stahlhelm fordert die Wiederanerkennung der Farben Schwarz-Weiß-Rot. Unter dieser Flagge hat das Deutsche Reich die Zeit seiner höchsten Ehre erlebt, unter dieser Flagge hat das deutsche Volk seinen unvergleichlichen Heldenkampf gegen die Welt von Feinden geführt.

Die wirtschaftliche und soziale Not unseres Volkes ist verursacht durch den Mangel an Lebens- und Arbeitsraum. Der Stahlhelm unterstützt jede Außenpolitik, welche dem deutschen Bevölkerungsüberschuß Siedlungs- und Arbeitsgebiete eröffnet und welche die kulturelle, wirtschaftliche und politische Verbindung dieser Gebiete mit dem Kern- und Mutterlande lebendig erhält. Der Stahlhelm will nicht, daß das durch seine Not zur Verzweiflung getriebene deutsche Volk Beute und Brandherd des Bolschewismus wird.

Der Stahlhelm bekennt sich zu der Überzeugung, daß die Geschicke des deutschen Volkes nur durch eine starke, zur Tragung der Verantwortung willige und fähige Führung bestimmt werden dürfen. Deshalb fordert er: die Stärkung der Machtbefugnisse des Reichspräsidenten, die Sicherung der Wohlfahrt von Land und Volk gegen die Willkür parlamentarischer Notverständigungen und Zufälligkeiten, die Schaffung eines Wahlrechts,

dessen Ergebnisse sowohl die Übereinstimmung mit dem wahren Volkswillen als auch die Möglichkeit echter Regierungsverantwortung gewährleisten.

Stahlhelm-Handbuch.
Im Auftrage des Bundesamts auf Grund amtlichen Materials.
Hrsg. von den Kameraden Walter Kettner, Oberstleutnant a. D. (Abt. IIa)
und Heinrich Hildebrandt, Volkswirt (Abt. Id und IIe),
Berlin 1927, S. 13/14.

49

Aus dem Manifest des II. Reichskongresses der Roten Hilfe Deutschlands, angenommen am 21. Mai 1927

Aus ganz bescheidenen Anfängen ist die Organisation der Roten Hilfe herausgewachsen. Bis Oktober 1924 bestanden nur lose Komitees, ohne festen Mitgliederbestand. Dann wurde die RHD als Organisation mit Vereinscharakter gegründet. Im Januar 1925 zählte sie 40 000 Mitglieder, im Dezember 1926 schon 165 000; jetzt steigt die Zahl auf 200 000 an. Eine schnelle Entwicklung! Dennoch ist es erst eine kleine Schar, die den Opfern der revolutionären Kämpfe, den Opfern des weißen Terrors, den Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz proletarische Solidarität bekundet.

Darum wenden wir uns mit diesem Appell besonders auch an die sozialdemokratischen Arbeiter, an die Mitglieder der Gewerkschaften. Eure Sache ist es, die wir verfechten. Die politischen Gefangenen sind eure Brüder! Der weiße Terror steht im Kampf gegen euch! Die bürgerliche Klassenjustiz mordet eure Brüder, bedroht eure politischen Freiheiten und politische Existenz; sie ist der kaltherzigste Bundesgenosse kapitalistischer Diktatur im Kampfe gegen die Arbeiterklasse.

Alle Arbeitenden in Stadt und Land müssen sich der Roten Hilfe anschließen!

Sie dürfen keine Zersplitterung der proletarischen Solidarität zulassen, wie sie jetzt z. B. durch die Gründung des Matteotti-Fonds versucht wird.

Wenn es sich um die Hilfe für die Besten des Proletariats handelt, dann müssen alle Zersplitterungsversuche energisch zurückgewiesen werden. Dann muß die Erfüllung der revolutionären Pflicht, die Bekundung der internationalen Solidarität ein geschlossener Wille sein. Dieser geschlossene Wille findet seinen besten Ausdruck in der überparteilichen Massenorganisation, der Roten Hilfe.

Hand- und Kopfarbeiter in Stadt und Land!

Eure proletarische Pflicht ist es, diesen Kampf zu unterstützen.

Die bürgerliche Klassenjustiz begnügt sich nicht mit unerhört harten Urteilen gegen Proletarier, sie macht dazu den Strafvollzug zu einer Hölle für die politischen Gefangenen. Viele gehen in der Gefangenschaft physisch zugrunde, manche werden gequält, bis sie irrsinnig werden.

Dieser Klassenjustiz, dem barbarischen Strafvollzug, dem weißen Terror muß das deutsche Proletariat eine gewaltige Macht, das heißt Millionen roter Helfer, in Kampffront entgegenstellen.

Der Rote-Hilfe-Dienst ist Dienst an der proletarischen Bewegung, ist Dienst im proletarischen Befreiungskampf. Darum hinein in die Rote Hilfe! Wir fordern Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen! Wir fordern Beseitigung des barbarischen Strafvollzuges! Wir organisieren den Kampf gegen weißen Terror und Klassenjustiz in allen kapitalistischen Ländern. Wer bei diesem proletarischen Werk mithelfen will, wer Solidarität den Vorkämpfern der proletarischen Bewegung bekunden will, für den gilt die Losung: Hinein in die Rote Hilfe!

Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter und die Rote Hilfe.
Bericht vom II. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands
am 21. und 22. Mai 1927 in Berlin.
Hrsg. vom Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands,
Berlin 1927, S. 70.

50

Aus der Rede Rudolf Hilferdings auf dem Parteitag der SPD in Kiel am 26. Mai 1927

Wenn wir uns aber fragen, wie die Situation in Wirklichkeit ist, so müssen wir diese Situation zunächst einmal viel konkreter anschauen und genauer charakterisieren, als es etwa mit dem Ausdruck „Spätkapitalismus" geschieht. Da ist das Entscheidende, daß wir augenblicklich in der Periode des Kapitalismus uns befinden, in der im wesentlichen die Ära der freien Konkurrenz, in der der Kapitalismus rein durch das Walten der blinden Marktgesetze beherrscht war, überwunden ist und wir zu einer kapitalistischen Organisation der Wirtschaft kommen, also von der Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft...

Es sind sehr feine Methoden ausgearbeitet worden, um an die Stelle der Konkurrenz aus Eigennutz eine wissenschaftliche Methode des Wettbewerbs zu setzen. Damit haben wir Sozialisten zugleich das Prinzip unserer Wirtschaftsführung. Damit gibt der Kapitalismus selbst den Haupteinwand auf, den er gegen den Sozialismus erheben kann, und damit fällt der letzte psychologische Einwand gegen den Sozialismus. („Sehr richtig!") Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiel-

len Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. Diese planmäßige, mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwirkung der Gesellschaft, das heißt nichts anderes als der Einwirkung durch die einzige bewußte und mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation der Gesellschaft, der Einwirkung durch den Staat.

Wenn das so ist, dann treten sich klar gegenüber auf der einen Seite die kapitalistische Organisation der Wirtschaft, auf der andern Seite die Staatsorganisation, und das Problem ist, wie wir ihre gegenseitige Durchdringung gestalten wollen. Das heißt nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln. Daraus folgt, daß das Problem, das unserer Generation gestellt ist, nichts anderes sein kann als der Sozialismus. Wenn wir als Sozialdemokratie früher gekämpft haben um politische Rechte, um die Anfänge und Erweiterung der Sozialpolitik, so ist durch die ökonomische Entwicklung selbst das Problem des Sozialismus gestellt...

Ich habe von der wachsenden Durchdringung von Wirtschaft und Staat, von ihrem gegenseitigen Verhältnis, das durch die Organisation der Wirtschaft immer enger wird, gesprochen...

Aber, was wichtiger und neu ist, ist die Staatsregelung auf dem Gebiet, das unmittelbar das proletarische Schicksal angeht, nämlich auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes. Wir haben dank der Revolution die Arbeitslosenversicherung. Diese bedeutet eine ganz bestimmte Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben durch unser Tarifvertragswesen, durch die Schiedsgerichte heute eine politische Lohnregelung und eine politische Arbeitszeitregelung. Das persönliche Schicksal des Arbeiters wird bestimmt durch die Politik, die der Staat treibt. Wenn es gelungen ist, bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als zwei Millionen im großen und ganzen für die Arbeiter den Reallohn zu halten, dann haben wir diese Sicherung des Reallohnes vor allem deswegen durchführen können, weil der politische Einfluß der Arbeiterklasse groß genug gewesen ist, um mit diesen Methoden der Arbeitslosenversicherung, des Schiedsgerichts und Tarifwesens wenigstens eine Senkung des Lohnes zu verhindern. Wir müssen es in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Wochenlohn ein politischer Lohn ist, daß es von der Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse, von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet... Das ist nur möglich, weil wir eine organisierte Wirtschaft haben, die in immer steigendem Maße der

bewußten Organisation durch die Gesellschaft, durch den Staat unterliegt...

Es ist charakteristisch, daß die Gewerkschaften immer mehr politisiert werden, nicht im parteipolitischen Sinne, sondern in ihrer ganzen Aufgabenstellung. In der Gesellschaft der freien Konkurrenz konnten sie nur den unmittelbaren Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern führen um die Länge der Arbeitszeit und die Höhe des Lohnes. Jetzt stellen sich die Gewerkschaften selbst immer mehr andere Aufgaben, nicht mehr nur Beeinflussung des Staates auf sozialpolitischem Gebiet, sondern jetzt sind die beherrschenden Prinzipien in der gewerkschaftlichen Bewegung der Kampf um die Betriebsdemokratie und der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie. Die Wirtschaftsdemokratie ist die Unterordnung der wirtschaftlichen Privatinteressen unter das gesellschaftliche Interesse; Betriebsdemokratie ist die Aufstiegsmöglichkeit zur Leitung des Betriebes für den einzelnen je nach seinen Fähigkeiten. Aus der gewerkschaftlichen Entwicklung selbst ist im Zeitalter des organisierten Kapitalismus das sozialistische Ziel auf Brechung des Besitzprivilegs herausgewachsen, die Gewerkschaften müssen sich sozialistische Aufgaben stellen. Der ganze Kampf innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung kann gar nicht anders geführt werden als um die immer fortschreitende Durchsetzung des sozialistischen Prinzips...

Dieser Formelkram, mit dem wir uns immer wieder behängen wollen, ist ein Verhängnis; wir müssen endlich davon loskommen. Es ist früher, im Obrigkeitsstaat, ziemlich gleichgültig gewesen, wie die Resolution in dem einen oder anderen Wort oder Absatz gelautet haben mag, damals, als wir keinen politischen Einfluß hatten und keine politische Verantwortung übernehmen konnten. Heute, wo wir Politik treiben müssen, wo von uns die Gestaltung des Staatswillens mitbestimmt wird – denn auch die Sozialdemokratie ist ein Teil des Staates, und wenn sie nicht wäre, bestände ein ganz anderer Staat und ein ganz anderer Staatswille –, von vornherein die Formel zu prägen, unter keinen Umständen die Verantwortung einer Regierung zu übernehmen, wäre das Falscheste, was wir überhaupt tun könnten, das hieße, das Spiel der Gegner spielen. (Lebhafte Zustimmung.) Darüber kommt eben kein Sozialdemokrat hinweg. Deswegen haben wir die sehr erfreuliche Erscheinung in der Partei, daß heute kein Mensch mehr aufsteht und sagt, er sei prinzipiell Gegner der Koalitionspolitik. Wenn es aber eine taktische Frage ist, dann können Sie nicht die Taktik für alle künftigen Fälle binden wollen, dann müssen Sie freie Beweglichkeit statuieren.

Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel.
Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz,
Berlin 1927, S. 166, 168–170, 181/182.

51

Aufruf der KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz, vom 9. August 1927

An die Berliner Arbeiterschaft!

Mittwoch, den 10. August, sollen Sacco und Vanzetti hingerichtet werden. Nach sieben Jahren des Kampfes gegen diesen schändlichsten Justizmord der Geschichte sollen Sacco und Vanzetti durch den elektrischen Stuhl getötet werden, weil sie im Weltkrieg tapfer gegen das imperialistische Kriegsgemetzel und den Kapitalismus gekämpft haben. Die Dollarjustiz stempelt sie dafür zu Raubmördern, obwohl ihre Unschuld erwiesen ist, um damit die revolutionäre Bewegung Amerikas zu treffen.

Tausende von Organisationen aller Richtungen, Tausende führender Persönlichkeiten aus aller Welt haben ihre Proteststimme erhoben; aber die amerikanische Klassenjustiz verlangt ihr Opfer. Nur ein kraftvoller Massenprotest der Arbeiterschaft kann den Schlag des Henkers aufhalten.

Deshalb fordern wir alle Arbeiter, alle Werktätigen, alle Sympathisierenden auf: Protestiert gegen diesen Justizmord!

Beruft Betriebsversammlungen ein! Demonstriert am Dienstag im Anschluß an die Mittagspause durch eine Arbeitsruhe! Nehmt Stellung in Betriebsversammlungen während oder nach der Arbeitszeit gegen die Vollstreckung des Urteils!

Zeigt eure Solidarität mit Sacco und Vanzetti gegen die amerikanische, gegen die Klassenjustiz der ganzen Welt!

Schickt Delegationen zur amerikanischen Botschaft! Faßt Resolutionen gegen die amerikanischen Henker! Rettet Sacco und Vanzetti!

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz

Die Rote Fahne (Berlin),
9. August 1927.
Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946,
2., durchgesehene Auflage, Berlin 1955, S. 239.

52

Aus dem Aide-mémoire des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an den Reichskanzler Wilhelm Marx vom 23. November 1927

I. Das wichtigste Ziel aller finanziellen Maßnahmen der nächsten Zeit muß darin bestehen, daß die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden

und Gemeindeverbänden zunächst um mindestens 10 % gegenüber dem Etat für 1927 gekürzt werden.

Hierzu ist zu bemerken:

a) Daß das vom Reichsverband 1925 aufgestellte Ziel der allmählichen Ausgabenkürzung um 20 % gegenüber den Istausgaben für 1924 nach wie vor aufrechterhalten wird, daß aber die 10 %ige Ausgabenkürzung den ersten sofort in Angriff zu nehmenden Schritt zu einer bedeutenden Einschränkung der Ausgabenwirtschaft darstellen soll.

b) Daß dieser Prozentsatz wie bei der früheren Forderung selbstverständlich nicht schematisch gemeint ist, was besonders bei der Frage der Beamtenbesoldung zu berücksichtigen sein wird.

c) Daß auch die beim Reich entstehenden Mehrausgaben für Reparationen schon in der Summe einbegriffen sein müssen, die durch die Abstriche erzielt werden soll.

II. Zur Verwirklichung dieser Kürzung und um den Ausgabemehrbewilligungen des Reichstages einerseits und der fortwährenden Steigerung der Ausgaben und Kreditaufnahmen bei den Ländern und Kommunen andererseits Einhalt zu gebieten, hält das Präsidium des Reichsverbandes den sofortigen Erlaß eines Finanznotgesetzes mit folgendem Inhalt für unbedingt notwendig:

a) Es ist für unzulässig zu erklären, daß im Reichstag, in den Länderparlamenten und den beschließenden Körperschaften der Kommunalverwaltungen Anträge gestellt werden, die zu höheren Ausgaben führen, als sie in den von der Regierung oder den Kommunalverwaltungen vorgelegten Etatvoranschlägen vorgesehen sind.

b) Über die in den Verordnungen über Finanzstatistik vom 9. Februar 1926 und 25. Juli 1927 vorgesehenen regelmäßigen Veröffentlichungen der Voranschläge, Einnahmen und Ausgaben hinaus, müssen die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände mit sofortiger Wirkung verpflichtet werden, dem Reichsfinanzministerium den Stand ihrer fundierten und schwebenden Verpflichtungen einschließlich der Bankkredite sowie die jeweiligen Veränderungen monatlich zu melden. Außerdem müssen die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände gehalten sein, ihren Vermögensbestand und ihre Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen dem Reichsfinanzminister laufend mitzuteilen.

c) Um zu verhindern, daß die Ausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände entgegen dem oben gekennzeichneten Ziel weitere Steigerungen erfahren, sind diese Körperschaften zu verpflichten, sich dann, wenn die Voranschläge der Ausgaben für 1928 nicht mindestens 10 % hinter denen für 1927 zurückbleiben, mit dem Reichsfinanzminister in Verbindung zu setzen. Dem Reichsfinanzminister muß ein Einspruchsrecht gegenüber allen Mehrausgaben und gegen Kreditauf-

nahmen seitens der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände eingeräumt werden.

Wir sind uns darüber klar, daß mit dieser Forderung eine sehr einschneidende Verfassungsänderung verbunden ist. Die Lage der Verhältnisse zwingt aber zu einem derartigen Vorgehen. Mindestens solange die Reparationsverpflichtungen bestehen, kann es nicht verantwortet werden, daß der Mangel an finanzieller Mäßigung seitens der Volksvertretungen, der Länder und Gemeinden der Reichsregierung jede Durchführung richtiger wirtschafts- und finanzpolitischer Grundsätze unmöglich macht und damit gleichzeitig die erfolgreiche Durchführung der Außenpolitik gefährdet.

Bundesarchiv Koblenz,
Akten der Reichskanzlei, R 43 I/1873.
Zit. nach: Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur.
Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik,
Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision
des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930,
Berlin [West] 1963, S. 661/662.

53
Aus der Niederschrift über die Besprechung von Vertretern des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Reichsregierung am 24. November 1927

Geheimrat Duisberg bat, daß Geheimrat Kastl namens des Präsidiums die Vorschläge vortragen könne, die der Reichsverband auf Grund eingehender Vorberatungen beschlossen habe.

Darauf trug Geheimrat Kastl den Inhalt der bereits mit Schreiben vom 23. November 1927 übermittelten Aufzeichnung vor. Er unterstrich stark den Gedanken, daß es dem Reichsverband in erster Linie auf eine Stärkung der Stellung des Reichskabinetts auf wirtschaftspolitischem Gebiete ankomme und daß er bereit sei, an der Bekämpfung der entgegenstehenden beiden Haupthindernisse, nämlich

a) der allzugroßen Bewilligungsfreudigkeit des Reichstags,

b) dem Widerstande der Länder, tatkräftig mitzuarbeiten.

Den in der Niederschrift behandelten Punkten, nämlich:

1. Kürzung der Etats von Reich, Ländern und Gemeinden,
2. Erlaß eines Finanznotgesetzes,
3. Durchführung einer Verwaltungsreform,
4. Stärkung der Befugnisse des Sparkommissars, fügte er noch folgende, nicht schriftlich niedergelegte Gesichtspunkte hinzu:

5. Herstellung einer Verbindung zwischen den Beschlüssen des Reichshaushaltsausschusses zur Beamtenbesoldungsreform und dem Reichshaushalt 1928. Er glaubte, der Reichsregierung dringend nahelegen zu müssen, darauf Bedacht zu nehmen, daß der Haushaltsausschuß bei seinen Beschlüssen zur Besoldungsreform nicht über die Leistungsfähigkeit des Reichshaushalts 1928 hinausgehe.

6. Geheimrat Kastl führte aus, daß die deutsche Industrie unbedingt das Ziel verfolgen müsse, bezüglich des Preisniveaus den Anschluß an die Weltmarktpreise aufrechtzuerhalten. Je mehr die Inlandskonjunktur abflaue, um so mehr gewinne dieses Ziel an politischer Bedeutung. Pflicht der Reichsregierung sei es, alles zu vermeiden, was auf eine Erhöhung des Preisniveaus hinauslaufe. Das gelte insbesondere von der Lohnpolitik, von den sozialpolitischen Lasten und von den Arbeitszeitbestimmungen.

Der Reichskanzler erwiderte, daß die Ziele der Reichsregierung sich mit denen des Präsidiums des Reichsverbandes weitestgehend decken und daß die Reichsregierung seit Wochen die Maßnahmen durchzusetzen versucht, die in den Vorschlägen des Reichsverbandes enthalten seien. Die Hauptschwierigkeiten, die sich der Erreichung der Ziele der Reichsregierung entgegenstellen, erblicke er in zwei Umständen, nämlich

a) der Unfähigkeit des Volkes als Ganzes, sich mit der jetzigen Lage abzufinden. Die Reichsregierung könne den Reichstag nur ganz allmählich dahin bringen, daß er sich den gegebenen Verhältnissen anpasse;

b) in der Tatsache, daß der gegenwärtige Reichstag am Ende der Wahlperiode stehe. Mit einem sterbenden Reichstag seien grundlegende Änderungen kaum durchzusetzen...

Der Reichskanzler sagte zu, daß er die Vorschläge des Präsidiums dem Reichskabinett zur Kenntnis [geben] und dort eingehend zur Erörterung stellen werde...

Der Reichsminister der Finanzen begrüßte mit Dank die auf eine Stärkung der Stellung des Reichsfinanzministeriums hinauslaufenden Vorschläge. Er wies ferner darauf hin, daß auf dem Gebiet der statistischen Kontrolle des Finanzgebarens von Ländern und Gemeinden schon manches geschehen sei, daß weitere Maßnahmen im Werden begriffen seien. Insbesondere sei bereits der Entwurf eines Gesetzes über zwangsweise Auskunftspflicht von Ländern und Gemeinden in Arbeit...

Generaldirektor Reusch führte aus, daß die Stimmung des Auslands, die nach seinen persönlichen Eindrücken noch vor einem Jahre sowohl in Amerika wie in England sehr zugunsten Deutschlands gewesen sei, sich in der letzten Zeit in geradezu erschreckendem Maße gegen Deutschland gerichtet habe. Man müsse daher den Kampf mit der Masse und mit dem Reichstage mit größter Hartnäckigkeit aufnehmen, um das Zutrauen

des Auslands in die deutsche Finanzgebarung wiederherzustellen. Die deutsche Wirtschaft sei ohne den Kredit des Auslands noch nicht lebensfähig...

Generaldirektor Silverberg legte entscheidendes Gewicht auf das Zustandekommen des vom Reichsverbande vorgeschlagenen Finanznotgesetzes. Eine durchgreifende Rettung erhoffte er nur von einer alsbaldigen Auflösung des Reichstags...

Reichsminister Curtius brachte zum Ausdruck, daß die Reichsregierung es als ihr Hauptziel auffassen werde, an dem von ihr stark beschnittenen Reichshaushalt festzuhalten, und daß sie alles aufbieten werde, um sich nicht von den Parteien auf andere Wege drängen zu lassen. Andererseits dürfe man bei der Beschneidung des Etats nicht aus dem Auge verlieren, daß allzustarke Abstriche im Auslande falsche Auffassungen von der Leistungsfähigkeit Deutschlands zu Reparationszahlungen erwecken könnten. Streiche man zu stark, so werde man die Gläubigerstaaten nicht davon überzeugen können, daß die Aufbringung der Reparationslasten unmöglich sei...

Das Schlußwort sprach Geheimrat Duisberg. Er sagte zusammenfassend, daß es dem Reichsverband unter allen Umständen darauf ankomme, das Zutrauen des Auslandes zu Deutschlands Finanz- und Wirtschaftspolitik zu erhalten und zu stärken. Die Privatindustrie sei auf den Kredit des Auslandes angewiesen. Wenn er versage, werde es zu katastrophalen Rückschlägen in der deutschen Wirtschaft kommen, deren Folgen das ganze Volk zu tragen haben würde. Er bat, annehmen zu können, daß die Reichsregierung auf das überreichte Exposé schriftlich antworten werde und daß alsdann ein gemeinsamer Schritt vor der Öffentlichkeit geschehen könne.

Der Reichswirtschaftsminister riet demgegenüber davon ab, vor der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als habe sich die Regierung einseitig mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie verbündet. Dies werde bei anderen Teilen des Volkes unnötige Opposition hervorrufen.

Der Reichskanzler schlug darauf unter allgemeiner Billigung vor, daß die Reichsregierung die vorgetragenen Wünsche des Reichsverbandes beschleunigt prüfen werde und daß der Reichsverband binnen etwa einer Woche auf eine Mitteilung der Reichsregierung darüber rechnen könne, was ihr von den gemachten Vorschlägen zur Veröffentlichung geeignet erscheine.

Generaldirektor Silverberg sagte abschließend, daß es dem Reichsverbande am erwünschtesten sei, wenn er bei der Veröffentlichung seiner Auffassung auf die von der Reichsregierung bereits getroffenen Maßnahmen

hinweisen könne und nur zu sagen brauche, daß er rückhaltlos hinter dem Programm der Reichsregierung stehe.

Bundesarchiv Koblenz, Akten der Reichskanzlei, R 43 I/1873.
Zit. nach: Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur.
Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik,
Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision
des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930,
Berlin [West] 1963, S. 666–672.

54

Aus dem Programm der Kommunistischen Internationale, angenommen auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 1. September 1928

Gestützt auf die historischen Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung aller Weltteile und aller Völker, steht die Kommunistische Internationale in ihrem theoretischen und praktischen Wirken ohne jeden Vorbehalt auf dem Boden des revolutionären Marxismus und seiner weiteren Ausgestaltung, des Leninismus, der nichts anderes ist als der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen.

Die Kommunistische Internationale verficht und propagiert den dialektischen Materialismus von Marx und Engels und wendet ihn als revolutionäre Methode der Erkenntnis der Wirklichkeit zu ihrer revolutionären Umgestaltung an; sie kämpft aktiv gegen alle Spielarten der bürgerlichen Weltanschauung sowie des theoretischen und praktischen Opportunismus. Auf dem Boden des konsequenten proletarischen Klassenkampfes unterordnet sie die vorübergehenden, die Gruppen-, nationalen und Teilinteressen des Proletariats seinen dauernden, allgemeinen, internationalen Interessen. Sie entlarvt schonungslos die von der Bourgeoisie entlehnte Lehre der Reformisten vom „Klassenfrieden" in allen ihren Formen. Als Erfüllung des historischen Erfordernisses nach einer internationalen Organisation der revolutionären Proletarier, der Totengräber des kapitalistischen Systems, ist die Kommunistische Internationale die einzige internationale Macht, deren Programm die Diktatur des Proletariats und der Kommunismus ist und die offen als Organisator der internationalen proletarischen Revolution auftritt.

I. Das Weltsystem des Kapitalismus,
seine Entwicklung und sein notwendiger Untergang

4. Der Imperialismus und der Sturz des Kapitalismus

...Der Imperialismus, die höchste Phase der kapitalistischen Entwicklung, steigert die Produktivkräfte der Weltwirtschaft ins Riesenhafte, ge-

staltet die ganze Welt nach seinem Ebenbilde und reißt alle Kolonien, alle Rassen, alle Völker in den Strom der Ausbeutung durch das Finanzkapital. Zugleich entwickelt die monopolistische Form des Kapitals in steigendem Maße Elemente der parasitären Entartung, der Verwesung und des Niedergangs des Kapitalismus. Das monopolistische Kapital schaltet bis zu einem gewissen Grade die Triebfeder der Konkurrenz aus, verfolgt die Politik hoher Kartellpreise und verfügt unumschränkt über die Märkte, wobei es die Tendenz hat, die weitere Entfaltung der Produktivkräfte zu hemmen. Der Imperialismus häuft unermeßliche Reichtümer aus den riesigen Extraprofiten auf, die er den Millionen der Arbeiter und Bauern der Kolonien abpreßt. Er schafft dadurch den Typus verwesender, parasitär entartender Rentnerstaaten und ganze Schichten von Schmarotzern, die vom Kuponschneiden leben. Die Epoche des Imperialismus, die den Prozeß der Schaffung der materiellen Vorbedingungen des Sozialismus vollendet (Konzentration der Produktionsmittel, gigantische Vergesellschaftung der Arbeit, Erstarken der Arbeiterorganisationen), verschärft zugleich die Widersprüche zwischen den „Großmächten" und ruft Kriege hervor, die den Zerfall der einheitlichen Weltwirtschaft herbeiführen. Der Imperialismus ist daher der verwesende, sterbende Kapitalismus. Er ist die letzte Etappe der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt, er ist der Anbruch der sozialistischen Weltrevolution.

Die internationale proletarische Revolution entspringt so den Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus im allgemeinen und seiner imperialistischen Phase im besonderen. Das kapitalistische System als Ganzes nähert sich seinem endgültigen Zusammenbruch. Die Diktatur des Finanzkapitals bricht zusammen und weicht der Diktatur des Proletariats.

II. Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die erste Phase der Weltrevolution

1. Der Weltkrieg und der Gang der revolutionären Krise

...Die gewaltige Erschütterung des gesamten Weltkapitalismus, die Verschärfung des Klassenkampfes und der unmittelbare Einfluß der proletarischen Oktoberrevolution riefen in Europa wie in den kolonialen und halbkolonialen Ländern eine Reihe von Revolutionen und revolutionären Aktionen hervor: Januar 1918 – Arbeiterrevolution in Finnland; August 1918 – „Reisaufstände" in Japan; November 1918 – Revolutionen in Österreich und Deutschland, die die halbfeudalen Monarchien stürzten; März 1919 – proletarische Revolution in Ungarn, Aufstand in Korea; April 1919 – Rätemacht in Bayern; Januar 1920 – bürgerlich-nationale Revolution in der Türkei; September 1920 – Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter in Italien; März 1921 – Aufstand der proletarischen Vorhut in Deutschland; September 1923 – Aufstand in Bulgarien; Herbst 1923 –

revolutionäre Krise in Deutschland; Dezember 1924 – Aufstand in Estland; April 1925 – Aufstand in Marokko; August 1925 – Aufstand in Syrien; Mai 1926 – Generalstreik in England; Juli 1927 – Arbeiteraufstand in Wien. All das zusammen mit Ereignissen wie dem Aufstand in Indonesien, der tiefen Gärung in Indien, der machtvollen chinesischen Revolution, die ganz Asien erschütterte, sind Glieder der Kette der internationalen Revolution, sind Bestandteile der tiefaufwühlenden allgemeinen Krise des Kapitalismus. Dieser internationale revolutionäre Prozeß umfaßt den Kampf für die Diktatur des Proletariats wie auch die nationalen Befreiungskriege und die kolonialen Aufstände gegen den Imperialismus, die wiederum untrennbar verbunden sind mit der Agrarrevolution der Millionen zählenden Bauernmassen. So wurden gewaltige Menschenmassen in den Strom der Revolution hineingerissen. Die Weltgeschichte ist in eine neue Phase ihrer Entwicklung getreten: in die Phase einer langwierigen allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems. Die Einheit der Weltwirtschaft fand dabei ihren Ausdruck in dem internationalen Charakter der Revolution, die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen Teile der Weltwirtschaft – in der Ungleichzeitigkeit der Revolution in den einzelnen Ländern.

Die ersten Versuche zu einem revolutionären Umsturz, die aus der akuten Krise des Kapitalismus (1918–1921) hervorwuchsen, endeten mit dem Siege und der Befestigung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, aber mit Niederlagen des Proletariats in einer ganzen Reihe anderer Länder. Diese Niederlagen sind in erster Linie das Ergebnis der Verrätertaktik der sozialdemokratischen Führer und der reformistischen Spitzen der Gewerkschaftsbewegung, aber auch die Folge des Umstandes, daß hinter den Kommunisten noch nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse stand und in einer Reihe der wichtigsten Staaten überhaupt noch keine kommunistischen Parteien vorhanden waren. Diese Niederlagen ermöglichten der Bourgeoisie eine teilweise Stabilisierung des Kapitalismus durch die verstärkte Ausbeutung der proletarischen Massen und der Kolonialvölker und die schroffe Herabdrückung ihrer Lebenshaltung.

3. Die Krise des Kapitalismus und der Faschismus

Neben die Sozialdemokratie, die der Bourgeoisie die Arbeiterklasse unterdrücken und die Wachsamkeit der Proletarier einschläfern hilft, tritt der Faschismus.

In der Epoche des Imperialismus führte die Verschärfung des Klassenkampfes und die Zunahme der Elemente des Bürgerkrieges – besonders nach dem imperialistischen Weltkrieg – zum Bankrott des Parlamentarismus. Daher die „neuen" Methoden und Formen des Regierens (z. B. das System der „kleinen Kabinette", das Wirken oligarchischer Gruppen hinter den Kulissen, der Verfall und die Verfälschung der Rolle der „Volks-

vertretung", die Beschneidung und Beseitigung der „demokratischen Freiheiten" usw.). Unter besonderen historischen Bedingungen nimmt dieser Prozeß der Offensive der bürgerlich-imperialistischen Reaktion die Form des Faschismus an. Solche Bedingungen sind: die Labilität der kapitalistischen Beziehungen; das Vorhandensein sozial deklassierter Elemente in beträchtlicher Zahl; die Verarmung breiter Schichten des städtischen Kleinbürgertums und der Intelligenz; die Unzufriedenheit der ländlichen Kleinbourgeoisie; schließlich die ständige Gefahr proletarischer Massenaktionen. Um ihrer Macht größere Stetigkeit und Festigkeit zu sichern, ist die Bourgeoisie in steigendem Maße gezwungen, vom parlamentarischen System zu der faschistischen Methode überzugehen, die von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist. Der Faschismus ist eine Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie, ideologisch verkleidet mit der Idee der „Volksgemeinschaft" und der Vertretung nach „Berufsständen" (d. h. eigentlich der Vertretung verschiedener Gruppen der herrschenden Klasse). Er ist eine Methode, die durch eine eigenartige soziale Demagogie (Antisemitismus, gelegentliche Ausfälle gegen das Wucherkapital, Entrüstung über die parlamentarische „Schwatzbude") die Unzufriedenheit der Massen des Kleinbürgertums, der Intellektuellen u. a. ausnützt. Er ist eine Methode der Korruption durch den Aufbau einer geschlossenen, besoldeten Hierarchie der faschistischen Kampfverbände, des faschistischen Parteiapparates und der faschistischen Bürokratie. Dabei sucht der Faschismus durch die Gewinnung ihrer rückständigsten Schichten auch in die Reihen der Arbeiterschaft einzudringen, indem er ihre Unzufriedenheit, die Passivität der Sozialdemokratie usw. ausnützt. Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d. h. der kommunistischen Schichten des Proletariats und ihrer führenden Kader. Die Verquickung von sozialer Demagogie und Korruption mit dem aktiven weißen Terror sowie die zum äußersten gesteigerte imperialistische Aggressivität der Außenpolitik sind charakteristische Züge des Faschismus. In Zeiten, die für die Bourgeoisie besonders kritisch sind, bedient sich der Faschismus einer antikapitalistischen Phraseologie; sobald er aber seine Macht gesichert sieht, erweist er sich immer mehr als terroristische Diktatur des Großkapitals und wirft den antikapitalistischen Plunder von sich.

Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, eine faschistische Rolle spielt. Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung faschistische Tendenzen, was sie jedoch nicht hindert, im Falle einer Änderung der politischen Konjunktur gegen die bürgerliche Regierung als oppo-

sitionelle Partei aufzutreten. Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie sind beide für den normalen Kapitalismus ungewöhnliche Methoden. Sie sind Anzeichen für das Bestehen einer allgemeinen Krise des Kapitalismus und werden von der Bourgeoisie benützt, um den Vormarsch der Revolution zu hemmen.

4. Die Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierung und die Notwendigkeit des revolutionären Zusammenbruchs des Kapitalismus

Die Erfahrung der ganzen Nachkriegszeit beweist, daß die Stabilisierung des Kapitalismus, die durch die Niederschlagung der Arbeiterklasse und die systematische Herabdrückung ihrer Lebenshaltung erzielt wurde, nur eine teilweise, vorübergehende, morsche Stabilisierung sein kann.

Die sprunghafte, fieberhafte Entwicklung der Technik, die in einigen Ländern an eine neue technische Umwälzung grenzt, der beschleunigte Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Bildung riesiger Trusts „nationaler" und „internationaler" Monopole, das Verwachsen der Trusts mit der Staatsmacht, das Wachsen der kapitalistischen Weltwirtschaft – all das kann die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems nicht überwinden. Der Zerfall der Weltwirtschaft in einen kapitalistischen und einen sozialistischen Teil, die Einengung der Märkte, die antiimperialistische Bewegung in den Kolonien verschärfen aufs äußerste alle Widersprüche des Kapitalismus, der sich auf der neuen, nach dem Kriege entstandenen Grundlage entwickelt. Die Kehrseite des technischen Fortschrittes und der Rationalisierung der Industrie sind die Schließung und Liquidierung einer Reihe von Betrieben, die Einschränkung der Produktion, der rücksichtslose Raubbau an der Arbeitskraft, was alles zu einer gewaltigen, bisher noch nicht dagewesenen Dauererwerbslosigkeit führt. Die absolute Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse wird selbst in einer Reihe entwickelter kapitalistischer Länder zur Tatsache. Die Steigerung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten und die ständige Kriegsgefahr, die immer schärfer werdende Spannung der Klassenkonflikte schaffen die Voraussetzungen für eine neue, höhere Entwicklungsstufe der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der proletarischen Weltrevolution.

Das Ergebnis der ersten Folge imperialistischer Kriege (Weltkrieg von 1914 bis 1918) und des Oktobersieges der Arbeiterklasse im einstigen Zarenreich war die Spaltung der Welt in zwei einander grundsätzlich feindliche Lager: das Lager der imperialistischen Staaten und jenes der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion. Die Unterschiede in der Klassenstruktur und dem Klassencharakter der Staatsmacht, der prinzipielle Unterschied in den Zielen der Innen- und Außenpolitik, der Wirtschafts- und Kulturpolitik, die grundsätzlich verschiedene Entwicklungsrichtung – all das bringt die kapitalistische Welt in schroffen Gegensatz

zum Staate des siegreichen Proletariats. Im Rahmen der einst einheitlichen Weltwirtschaft bekämpfen sich gegenwärtig zwei antagonistische Systeme: Kapitalismus und Sozialismus. Der Klassenkampf, dessen Formen bisher dadurch bestimmt waren, daß das Proletariat noch nirgends die Staatsmacht in Händen hatte, reproduziert sich jetzt, da die Arbeiterklasse der ganzen Welt bereits ihren Staat, das einzige Vaterland des internationalen Proletariats, besitzt, in gewaltigem, wirklich weltumfassendem Ausmaße. Das Bestehen der Sowjetunion mit ihrem Einfluß auf die werktätigen und unterdrückten Massen der ganzen Welt ist schon an und für sich der deutlichste Ausdruck der tiefgehenden Krise des Systems des Weltkapitalismus und einer in der Geschichte noch nie dagewesenen Ausdehnung und Verschärfung des Klassenkampfes.

Unfähig, ihre inneren Widersprüche zu überwinden, sucht die kapitalistische Welt einen Ausweg in der Gründung einer internationalen Vereinigung (des Völkerbundes), deren Hauptzweck es ist, das unaufhaltsame Wachsen der revolutionären Krise zum Stillstand zu bringen und die Union proletarischer Republiken durch Blockade oder Krieg zu erdrosseln. Um die Sowjetunion scharen sich indes alle Kräfte des revolutionären Proletariats und der unterdrückten Massen der Kolonien; der unbeständigen, innerlich morschen, doch bis an die Zähne bewaffneten Weltkoalition des Kapitals steht eine einheitliche und geschlossene Weltkoalition der Arbeit gegenüber. So erwuchs aus der ersten Folge imperialistischer Kriege ein neuer Grundwiderspruch, weltgeschichtlich nach Ausmaß und Bedeutung – der Widerspruch zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt.

Auch die inneren Widersprüche des kapitalistischen Teils der Weltwirtschaft erfuhren eine Verschärfung...

So wird der Bau des Weltimperialismus und mit ihm die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus von verschiedenen Seiten her unterwühlt: durch die Gegensätze und Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten, durch die Erhebung der Millionen in den Kolonien, durch den Kampf des revolutionären Proletariats der Mutterländer, schließlich durch die führende Macht der revolutionären Weltbewegung, die proletarische Diktatur in der Sowjetunion. Die internationale Revolution schreitet vorwärts.

Wider sie sammelt der Imperialismus alle seine Kräfte: Expeditionen gegen die Kolonien, einen neuen Weltkrieg und den Feldzug gegen die Sowjetunion setzt der Imperialismus auf die Tagesordnung. Das führt unvermeidlich zur Auslösung aller Kräfte der internationalen Revolution und mit eherner Notwendigkeit zum Sturze des Kapitalismus.

IV. Die Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und die Diktatur des Proletariats

8. Der Kampf für die Weltdiktatur des Proletariats und die Haupttypen der Revolutionen

Die internationale Revolution des Proletariats besteht aus einer Reihe ungleichzeitiger und ungleichartiger Prozesse: rein proletarische Revolutionen; Revolutionen von bürgerlich-demokratischem Typus, die in proletarische Revolutionen umschlagen; nationale Befreiungskriege, koloniale Revolutionen. Erst am Ende seiner Entwicklung führt dieser revolutionäre Prozeß zur Weltdiktatur des Proletariats.

Die in der Epoche des Imperialismus gesteigerte Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus hat eine größere Verschiedenartigkeit seiner Typen, hat Unterschiede im Reifegrad und mannigfaltige, besondere Bedingungen des revolutionären Prozesses in den einzelnen Ländern erzeugt. Eine historisch unbedingt notwendige Folge dieser Umstände sind die Mannigfaltigkeit der Wege und die Unterschiede im Tempo der Machtergreifung des Proletariats wie die Unvermeidlichkeit gewisser Übergangsstadien zur proletarischen Diktatur in einer Reihe von Ländern. Infolgedessen nimmt auch der Aufbau des Sozialismus in einzelnen Ländern verschiedene Formen an.

Die mannigfaltigen Bedingungen und Wege des Überganges zur proletarischen Diktatur in den einzelnen Ländern lassen sich schematisch auf folgende drei Typen zurückführen:

Hochentwickelte kapitalistische Länder (Vereinigte Staaten, Deutschland, England usw.) mit mächtig entfalteten Produktivkräften, weitgehend zentralisierter Produktion, verhältnismäßig geringem spezifischem Gewicht der Kleinbetriebe und mit einem bereits seit langem bestehenden bürgerlich-demokratischen politischen Regime. In diesen Ländern ist die politische Hauptforderung des Programms der unmittelbare Übergang zur Diktatur des Proletariats. Auf wirtschaftlichem Gebiete sind die wesentlichen Forderungen: die Expropriation sämtlicher Großbetriebe, die Schaffung einer beträchtlichen Anzahl staatlicher Sowjetgüter, Übergabe nur eines relativ unerheblichen Teiles des Bodens an die Bauernschaft; verhältnismäßig geringer Umfang der elementaren Marktbeziehungen; rasche sozialistische Entwicklung im allgemeinen und insbesondere rasche Kollektivierung der Bauernwirtschaft.

Länder auf mittlerer kapitalistischer Entwicklungsstufe (Spanien, Portugal, Polen, Ungarn, die Balkanländer usw.) mit erheblichen Resten halbfeudaler Verhältnisse in der Landwirtschaft, mit einem gewissen Minimum der materiellen Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus, Länder, in denen die bürgerlich-demokratische Umwälzung noch nicht abgeschlossen

ist. In manchen dieser Länder ist ein mehr oder minder rasches Umschlagen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische, in anderen sind Typen proletarischer Revolutionen mit umfangreichen Aufgaben bürgerlich-demokratischer Natur möglich. Im ersten Falle ist es daher möglich, daß die Diktatur des Proletariats nicht unmittelbar, sondern erst im Verlaufe des Überganges von der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zur sozialistischen Diktatur des Proletariats eintritt, im anderen Falle, wo sich die Revolution unmittelbar als proletarische entwickelt, setzt sie die Führung einer breiten Agrar- und Bauernbewegung durch das Proletariat voraus; die Agrarrevolution spielt eine ungeheure, manchmal entscheidende Rolle; im Laufe der Enteignung des großen Grundbesitzes geht ein erheblicher Teil des enteigneten Grund und Bodens in die Hand der Bauernschaft über; das Ausmaß der Marktbeziehungen ist nach dem Siege des Proletariats bedeutend; der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauernschaft und ihre Zusammenfassung in großen Produktionseinheiten gewinnen im Rahmen der verschiedenen Aufgaben des sozialistischen Aufbaues allergrößte Bedeutung. Das Tempo des Aufbaues des Sozialismus ist relativ langsam.

Koloniale und halbkoloniale Länder (China, Indien usw.) und abhängige Länder (Argentinien, Brasilien usw.) mit bestimmten Ansätzen, zuweilen sogar mit einer erheblichen, für einen selbständigen Aufbau des Sozialismus meist jedoch ungenügenden Entwicklung der Industrie; mit vorherrschenden mittelalterlich-feudalen Verhältnissen oder der „asiatischen Produktionsweise" sowohl in der Wirtschaft als auch im politischen Überbau; schließlich mit Konzentration der ausschlaggebenden Industrie-, Handels- und Bankunternehmungen, der wichtigsten Transportmittel, der Latifundien, Pflanzungen usw. in der Hand ausländischer imperialistischer Gruppen. In diesen Ländern haben entscheidende Bedeutung der Kampf gegen den Feudalismus, gegen die vorkapitalistischen Formen der Ausbeutung, sowie die konsequente Agrarrevolution der Bauernschaft und der Kampf gegen den ausländischen Imperialismus und für die nationale Unabhängigkeit. Der Übergang zur proletarischen Diktatur ist hier in der Regel erst über eine Reihe von Vorbereitungsstufen, erst als Ergebnis einer ganzen Periode des Umschlagens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische möglich. Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus ist in den meisten dieser Länder nur möglich bei unmittelbarer Unterstützung durch die Länder der proletarischen Diktatur...

VI. Die Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale im Kampf um die Diktatur des Proletariats

2. Die Hauptaufgaben der kommunistischen Strategie und Taktik

...Um ihre historische Aufgabe – die proletarische Diktatur zu erringen –

erfüllen zu können, muß sich die kommunistische Partei folgende strategische Ziele stellen und sie erreichen:

Die Eroberung der Mehrheit der eigenen Klasse, die Proletarierinnen und die Arbeiterjugend inbegriffen. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, den entscheidenden Einfluß der kommunistischen Partei auf die großen Massenorganisationen des Proletariats zu sichern (Räte, Gewerkschaften, Betriebsräte, Genossenschaften, Sport- und Kulturorganisationen usw.). Besonders große Bedeutung für die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats hat die systematische Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaften, dieser umfassenden Massenorganisation des Proletariats, die mit seinen Tageskämpfen eng verbunden sind. Das Wirken in reaktionären Gewerkschaften – ihre geschickte Eroberung, die Gewinnung des Vertrauens der breiten gewerkschaftlich organisierten Massen, die Absetzung und Verdrängung der reformistischen Führer aus ihren Positionen –, darin besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Vorbereitungsperiode der Revolution.

Die Erkämpfung der proletarischen Diktatur hat auch die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats über die breiten Schichten der werktätigen Massen zur Voraussetzung. Um das zu erreichen, muß die kommunistische Partei die Massen der armen Schichten in Stadt und Land, die unteren Schichten der Intellektuellen und die sogenannten kleinen Leute, d. h. die kleinbürgerlichen Schichten überhaupt, unter ihren Einfluß bringen. Besondere Bedeutung hat die Arbeit zur Wahrung des Einflusses der Partei unter der Bauernschaft. Die kommunistische Partei muß sich der vollen Unterstützung der dem Proletariat am nächsten stehenden Schichten der Landbevölkerung versichern, d. h. vor allem der Landarbeiter und der Dorfarmut. Dazu sind besondere Organisationen der Landarbeiter erforderlich, die allseitige Unterstützung ihres Kampfes gegen die Dorfbourgeoisie und energische Arbeit unter den Klein- und Zwergbauern. Was die mittleren Schichten der Bauernschaft betrifft, so soll die kommunistische Partei (in Ländern mit entwickeltem Kapitalismus) die Politik ihrer Neutralisierung verfolgen. Die Lösung all dieser Aufgaben durch das Proletariat, das zum Träger der Interessen des ganzen Volkes und zum Führer der breitesten Volksmassen im Kampfe gegen das finanzkapitalistische Joch wird, ist die unbedingte Voraussetzung der siegreichen kommunistischen Revolution.

Vom Standpunkte des Weltkampfes des Proletariats aus sind die wichtigsten strategischen Aufgaben der Kommunistischen Internationale die Aufgaben des revolutionären Kampfes in den Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern. Dieser Kampf hat die Sammlung der breitesten Massen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der Kolonien unter der Fahne der Revolution zur Voraussetzung, die nur durch die

engste brüderliche Zusammenarbeit des Proletariats der unterdrückenden Nationen mit den werktätigen Massen der unterdrückten Völker erreicht werden kann ...

Bei der Festlegung ihrer taktischen Linie muß jede kommunistische Partei die gegebene innere und äußere Lage, das Verhältnis der Klassenkräfte, den Grad der Festigkeit und der Stärke der Bourgeoisie, den Grad der Kampfbereitschaft des Proletariats, die Haltung der Mittelschichten usw. in Rechnung stellen. Diesen Verhältnissen entsprechend bestimmt die Partei ihre Losungen und Kampfmethoden, wobei sie von der Notwendigkeit der Mobilisierung und Organisierung möglichst breiter Massen ausgeht und eine möglichst hohe Stufe dieses Kampfes erstrebt. Beim Heranreifen einer revolutionären Situation stellt die Partei eine Reihe von Übergangslosungen auf und erhebt entsprechend den gegebenen Verhältnissen Teilforderungen, die sie ihrem revolutionären Hauptziel, der Eroberung der Macht und dem Sturz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, unterordnen muß. Die Tagesforderungen und Tageskämpfe der Arbeiterklasse zu vernachlässigen ist ebenso unzulässig wie die Beschränkung der Tätigkeit der Partei auf diese allein. Aufgabe der Partei ist es, ausgehend von den Tagesnöten, die Arbeiterklasse in den revolutionären Kampf um die Macht zu führen.

Protokoll.
Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale,
Moskau, 17. Juli–1. September 1928,
Vierter Band: Thesen, Resolutionen, Programm, Statuten,
Hamburg/Berlin (1929), S. 47, 53–55, 57–59, 61, 64, 79/80, 87, 94–96.

55

Antrag des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Weißenfels (Opposition) an den 3. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg vom 3. bis 7. September 1928

Eine zentrale Aufgabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit zur Erreichung des Siebenstundentages und der Sechsstundenschicht im Bergbau und [in] gesundheitsschädlichen Industrien, für Frauen und Jugendliche.

Die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung, die in der ungeheuren Steigerung der Ausbeutung, der Unfallgefahren bei Vergrößerung der Erwerbslosenarmee einerseits und in der riesenhaften Vermehrung des kapitalistischen Profits anderseits bestehen, rechtfertigen vollständig die

Forderung der Arbeitermassen nach der allgemeinen Durchführung des Siebenstundentages.

Die sofortige Kampfaufgabe aller Gewerkschaftsverbände muß sein: unverzügliche Einleitung von Massenaktionen zur Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden täglich, 45 Stunden wöchentlich und 7 Stunden im Bergbau unter Tage, in gesundheitsschädlichen Betrieben und für Arbeiterinnen und 6 Stunden für Jugendliche.

Die Kampfmittel zur Durchführung dieser Aufgaben sind: Massenkundgebungen, Streikbewegungen in Betrieben und Industrien, Demonstrationsstreiks und gemeinsame Streikbewegungen der Arbeiter entscheidender Industrien.

Ebenso ist angesichts der Teuerungspolitik der Großbourgeoisie und ihrer Regierung und infolge der Steigerung der Arbeitsleistung jede Möglichkeit zur Erhöhung der Löhne auszunutzen. Bestehende Tarifverträge dürfen dabei kein Hindernis sein. Deshalb muß die monatliche Laufzeit der Tarife durchgesetzt werden. Die Unternehmer durchbrechen die Tarifverträge täglich, indem sie die Akkordpreise herabsetzen und die Hetzarbeit verschärfen. Die Bestimmungen der Tarifverträge müssen das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern zum Ausdruck bringen. Der Abschluß langfristiger Tarifverträge ist ein Mittel der Unternehmer, um die Arbeiter zu hindern, günstige Kampfbedingungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse auszunutzen.

Das Unternehmertum wird, wie bisher, so auch in Zukunft, die staatlichen Machtmittel, Schlichtungsinstanzen, Arbeitsgerichte und Polizei, im Namen der „Gesetzlichkeit" gegen die Arbeiter einsetzen, um seinen Profit zu schützen und zu erhöhen.

Zurückweichen vor den gesetzlichen Unterdrückungs- und Ausbeutungsbestimmungen des kapitalistischen Staates würde Verzicht auf die Durchsetzung der Arbeiterforderungen und Unterstützung dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeuten. Nur im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und ihren staatlichen Unterdrückungsapparat können die Arbeiterforderungen durchgesetzt werden. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die Macht des Trustkapitals zu vernichten, die Sowjetmacht zu errichten und den Sozialismus zu verwirklichen. Die nächsten wichtigsten Aktionsaufgaben der revolutionären Arbeiter sind folgende:

1. Organisierung von Streikbewegungen zur Durchsetzung des Achtstundentages, der 45-Stunden-Woche und der Siebenstundenschicht. In Industrien mit acht Stunden Arbeitszeit ist der Kampf für den Siebenstunden-Maximal-Arbeitstag unmittelbar zu organisieren. Kein Tarif, kein Schiedsspruch mit längerer Arbeitszeit darf von den Gewerkschaften anerkannt werden.

2. Der Kampf für Erhöhung der Reallöhne, gleichen Lohn für gleiche

Leistung, Mindestlöhne für Akkord- und Zeitlohnarbeiter, stärkere Vertretung der Interessen der ungelernten und niedrig entlohnten Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen.

3. Kampf gegen alle Erscheinungen, die mit der kapitalistischen Rationalisierung verknüpft sind, durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und andere Maßnahmen, Verweigerung der Akkordarbeit am laufenden Band.

4. Kampf gegen das Schlichtungssystem durch Nichtbeteiligung der Gewerkschaftsorganisationen an der Tätigkeit der Schlichtungsinstanzen und Kampf für die Arbeiterforderungen trotz Schiedssprüche und Zwangsschlichtung. Gegen das tarifliche Schlichtungswesen! Gegen die Einmischung der Justiz und Polizei in die Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse. Für völlige Versammlungs- und Streikfreiheit.

5. Verwirklichung einer entfalteten Gewerkschaftsdemokratie, gegen die Beschränkung der Rechte der Verbandsmitglieder, gegen Ausschlüsse und Repressalien seitens der Gewerkschaftsbürokratie, für ungehinderte Meinungsfreiheit innerhalb der Gewerkschaften.

6. Für Schaffung von Industrieverbänden, in jedem Betrieb, in jeder Industrie eine Gewerkschaft. Zusammenschluß der Verbände in ausschlaggebenden Industriezweigen zu Kampfbündnissen, Zusammenarbeit und Kampfbündnis mit den Genossenschaften.

7. Kampf gegen irgendwelche Besteuerung der Löhne und um Abwälzung der gesamten Steuerlast auf die Schultern der herrschenden Klasse.

Für Beseitigung der Lebensmittel- und Industriezölle, Kampf gegen die Mietpreiserhöhungen, gegen die Beseitigung der Mieterrechte und gegen die kapitalistische Wohnungsbaupolitik. Für Herabsetzung der Mietpreise. Für Beseitigung der Hauszinssteuer, für Beschlagnahme der Großwohnungen, für Erweiterung der Rechte der Mieterräte und Kommunalisierung des Wohnungsbauwesens.

8. Für weitgehenden Ausbau des Arbeits[im Original: Arbeiter]-, Arbeiterinnen- und Jugendschutzes. Soziale Fürsorge für alle Lohn- und Gehaltsempfänger in allen Fällen der sozialen Gefährdung auf Kosten der Unternehmer unter Verwaltung der Arbeiterschaft.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungssätze. Alljährlich zweiwöchentlichen Urlaub für alle Werktätigen. Alljährlicher Monatsurlaub für Arbeiter in gesundheitsschädlichen Produktionszweigen und im Bergbau wie auch für Frauen und Jugendliche.

9. Für Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, insbesondere für die entscheidende Mitbestimmung bei Einstellungen und Entlassungen sowie ungehinderte Kontrolle der Arbeitsverhältnisse. Gegen die „Mitwirkung" der Betriebsräte und Gewerkschaften an der Steigerung der Arbeitsproduktivität in kapitalistischen Privat- und Staatsbetrieben.

Kampf gegen Stahlhelm und Werksgemeinschaften sowie Werkssport- und Werkkonsumvereine der Unternehmer.

10. Gegen jede Form der Arbeitsgemeinschaft der Klassen (Tarifgemeinschaft, Vertretung der „Betriebsinteressen" durch Betriebsräte und Arbeiter in Aufsichtsräten, Tätigkeit im Reichswirtschaftsrat, Reichskohlenrat und [in] anderen Arbeitsgemeinschaftsorganen). Gegen den Industriefrieden, gegen Koalitionspolitik und gegen jede Mitwirkung am kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsaufbau.

11. Kampf gegen alle Feinde der Sowjetunion, insbesondere gegen die Kriegsvorbereitungen der Völkerbundstaaten und gegen den Neutralitätsschwindel der deutschen Regierung. Breite Aufklärungskampagne in den freien Gewerkschaften über die Bedeutung der Sowjetmacht für den Befreiungskampf des internationalen Proletariats.

12. Für Einberufung eines internationalen Kongresses aller Gewerkschaften zur Schaffung einer einheitlichen, die Gewerkschaften aller Länder, aller Rassen und aller Kontinente umschließenden, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaftsinternationale.

Was fordert die Opposition vom ADGB-Kongreß?
Anträge der revolutionären Gewerkschaftsopposition,
(Berlin) 1928, S. 35–37.

56

Anträge an den 3. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg vom 3. bis 7. September 1928

I

Ortsgruppe des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Düsseldorf

Die Einleitung der Kampfmaßnahmen für den Achtstundentag und die 45-Stunden-Woche ist die nächstwichtigste Aktionsaufgabe. Der Kongreß verpflichtet alle Gewerkschaftsorganisationen, sofort mit der Mobilisierung in den Betrieben zu beginnen. Tarifverträge, die eine längere Arbeitszeit als acht Stunden täglich, 45 Stunden wöchentlich, festlegen, dürfen von den Gewerkschaften nicht abgeschlossen oder anerkannt werden.

II

Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes Leipzig

Die fortschreitende Rationalisierung und technische Umstellung der Betriebe, vor allem in der Metallindustrie, hat es mit sich gebracht, daß ein beträchtlicher Prozentsatz der Arbeiter dauernd erwerbslos bleibt. Um

diesen Zustand zu beseitigen, wird der Vorstand des ADGB beauftragt, der Reichsregierung einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, welcher als Höchstarbeitszeit die 44-Stunden-Woche vorsieht.

Sollte auf parlamentarischem Wege diese Regelung nicht zu erzielen sein, so wird der Vorstand verpflichtet, bei kommenden Arbeitszeitkämpfen die gesamte Macht des ADGB für Verkürzung der Arbeitszeit einzusetzen.

III

Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes Stuttgart

1. Die siegreiche Führung der Arbeiterkämpfe erfordert als erste Voraussetzung die Wahl einer Führung der deutschen Gewerkschaften, die auf dem Boden des Marxismus den rücksichtslosesten Kampf gegen alle wirtschaftsfriedlichen [im Original: wirtschaftlichen] Tendenzen führt und bereit ist, die Massen zu organisieren, ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln und [sie] im Kampf zur Besserung der Lebenslage der Arbeitermassen, zur Zurückschlagung und schließlich zum endgültigen Sturz der herrschenden Kapitalistenklasse zu führen.

2. Die intensive Tätigkeit zur Vereinigung der Arbeitermassen in einer einheitlichen Kampffront. Dazu ist der schärfste ideologische Kampf gegen reformistische Auffassungen und gegen bürgerliche Gewerkschaftseinrichtungen notwendig. Jedes Paktieren mit den Vorständen der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ist abzulehnen, dagegen ist die ständige Bereitwilligkeit zum gemeinsamen Kampf den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeitern offen zu zeigen.

3. Die Umstellung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden ist praktisch durch den Zusammenschluß aller Arbeiter eines Betriebes in einer Industrieorganisation mit Energie in Angriff zu nehmen, alle bürokratischen, zünftlerischen und organisationstechnischen Tendenzen sind zu bekämpfen.

4. Die Vorstände der angeschlossenen Gewerkschaftsorganisationen sind verpflichtet, unmittelbar nach Beendigung des Kongresses zusammenzutreten, um zur Bildung von Kampfbünden in Übereinstimmung mit den Notwendigkeiten zur Führung wirksamer Massenkämpfe Stellung zu nehmen.

5. Es ist mit größerer Beweglichkeit auf Erscheinungen, die eine aufsteigende Konjunktur erkennen lassen, mit der Stellung von Lohn- und Arbeitszeitforderungen zu reagieren, um die restlose Ausnutzung einer guten Konjunkturentwicklung im Interesse der Besserung der Lebenslage der Arbeitermassen durch Einleitung wirksamer Kampfmaßnahmen sicherzustellen. Krisen der kapitalistischen Wirtschaft müssen die Verbandsleitungen veranlassen, mit noch größerer Energie den Ausbau, die Befestigung und Verbreiterung der Kampffront der Arbeiter zu betreiben.

6. Es dürfen dabei bestehende Tarifverträge, verbindliche Schiedssprüche usw. kein Hindernis bilden. Ebenso wie die Unternehmer täglich skrupellos die Tarifverträge brechen, die Akkordsätze vermindern und die Arbeitsleistung steigern, ist es die Pflicht der Gewerkschaftsleitungen, günstige Kampfbedingungen ohne Rücksicht auf bestehende Verträge restlos im Interesse der Arbeitermassen auszunutzen. Die Tarifpolitik der Verbände muß das Ziel haben, die Lohngruppen und Lohnspannen zu vermindern, um dadurch die Konkurrenz unter den Arbeitern, die die Kampfkraft der Arbeiter schwächt, zurückzudrängen.

7. Das staatliche und private Schlichtungswesen, das die Kampf- und Manövrierfähigkeit der Arbeitermassen hindert, ist mit allen Mitteln durch Verweigerung der Beteiligung an diesen Organen als Beisitzer und als Partei durch den vollständigen Verzicht darauf, die Schlichtungsinstanzen anzurufen, zu sabotieren, um auf diesem Wege seine endgültige Beseitigung zu erzwingen.

8. Die Aussperrungs- und Stillegungsoffensive der Unternehmer ist durch die wirksame Verbreiterung der Kampffront, durch die Einbeziehung der Arbeiter von lebenswichtigen Industrien in die Streikkämpfe und mit der Forderung: Bezahlung der Streik- bzw. Aussperrungstage, zu beantworten.

9. Stets ist in der Linie der Vereinheitlichung der Arbeiterkämpfe zu arbeiten. Darum sollen Teilkämpfe in einer Industrie das Ziel haben, eine allgemeine Bewegung vorzubereiten. Tarifverträge sollen für alle Arbeiter und Angestellten einer Industrie örtlich, bezirklich und im Reichsmaßstabe einheitlich abgeschlossen werden. Die Zersplitterung der tariflichen Vereinbarungen, die Herbeiführung verschiedener Ablauftermine für die in einer Industrie bestehenden Tarife oder für einzelne Tarife, ist auf das schärfste zu bekämpfen.

Die gesamte Tätigkeit des ADGB zur Organisierung und Führung der Arbeiterkämpfe muß durchgeführt werden mit dem Ziel, die heutige kapitalistische Ausbeuterwirtschaft zu stürzen und die Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu errichten, als Vorbedingung zum Aufbau des Sozialismus.

IV

Ortsgruppe des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands Delitzsch

Der Kongreß stellt fest:

1. Die Voraussetzung für einen Erfolg bei der Führung von Wirtschaftskämpfen ist, daß die Führer selbst auf dem Boden des Marxismus stehen und zum rücksichtslosen Kampf gegen die herrschende Kapitalistenklasse bereit sind und daß sie selbst überzeugt sind, daß im jetzigen System

durch kleine reformistische Änderungen und scheinbare Erfolge die Lage der Arbeiterschaft um nichts gebessert wird.

2. Das heutige Schlichtungswesen bildet ein großes Hindernis für die Gewerkschaftsbewegung und ist zu bekämpfen.

3. Die Schaffung von Industrieverbänden muß sofort in Angriff genommen werden. Nach Beendigung des Kongresses haben die Gewerkschaftsvorstände sofort die Vorbereitung zu treffen.

4. Alle Kämpfe müssen einheitlich geführt werden, die künstliche Herbeiführung verschiedener Ablauftermine der einzelnen Tarife muß beseitigt werden.

5. Der Bundesvorstand hat die Kämpfe zu organisieren und durchzuführen mit dem Ziel, das jetzige kapitalistische Ausbeutersystem zu beseitigen und das sozialistische [System] zu erringen.

V

Ortsgruppe des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Altwasser

Der Gewerkschaftskongreß beauftragt den Bundesvorstand des ADGB, alle gewerkschaftlichen Kampfmittel einzusetzen zur Erkämpfung folgender Forderungen:

1. Beseitigung des Schlichtungswesens.

2. Aufhebung aller Zölle, welche die Lebenshaltung der Arbeiterschaft verteuern.

3. Abschaffung aller indirekten Steuern sowie der Lohnsteuer.

Gewerkschafts-Zeitung (Berlin),
1928, Nr. 29, S. 450–452.

57

Aus der Denkschrift des Reichswehrministers Wilhelm Groener vom November 1928

Die Verträge zum Abschluß des Weltkrieges haben die Welt gewaltsam neu gestaltet. Die politischen Grenzen bluten, und die wirtschaftlichen Interessenkämpfe der neuen Staaten sind überall im Gange. Die Folge davon sind schwere Konflikte und Spannungen, die seit 1918 rings um Deutschland aufleben ...

Die Gegensätze zwischen England und Rußland sind offenkundig. Die Enthüllungen der letzten Wochen beleuchten schlaglichtartig die Mächtegruppierungen der Zukunft um England und Frankreich einerseits und Amerika andererseits.

Der Austrag dieser Konflikte ist nur eine Frage der Zeit, und Deutsch-

land, das 60-Millionen-Volk im Herzen Europas, läuft schwerste Gefahr, in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

Wenn wir nicht wollen, daß unsere Neutralität verletzt [wird] und die Kämpfe auf unserem Gebiet ausgetragen werden, sind wir gezwungen, unsere Neutralität mit bewaffneter Hand zu wahren. Und wenn wir weiter nicht wollen, daß die kriegführenden Mächte über unsere vielseitigen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, die überall über die Grenzen hinausstrahlen, rücksichtslos hinweggehen, müssen wir uns die Möglichkeit schaffen, unsere Interessen mit Gewicht zu vertreten.

Auch dieser Fall ist mit aller Nüchternheit abzuwägen. Deutschland wird sich an einem Kampf nur dann beteiligen können, wenn es wirkliche Aussichten auf Erfolg hat. Hat es diese Aussichten nicht, sei es durch die eigene Lage, sei es durch die Entwicklung bei den im Konflikt stehenden Mächten, dann wird kein verantwortlicher Mann daran denken, das deutsche Volk in sinnlose Blutopfer und in ein neues Chaos zu stürzen.

Sind aber diese Aussichten gegeben, dann wird sie Deutschland um so besser nützen können, je stärker es ist.

Otto Lehmann-Rußbüldt: Die Reichswehr.
Gedanken eines Zivilisten.
Im Anhang: Wortlaut der Denkschrift
des Reichswehrministeriums zum Panzerkreuzerbau,
Berlin-Weißensee 1930, S. 57.

58

Verfügung des preußischen Ministers des Innern Albert Grzesinski vom 3. Mai 1929

Auf Grund des § 14 in Verbindung mit § 7 Ziff. 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 (RGBl. I, S. 585), 2. Juni 1927 (RGBl. I, S. 125), des § 1 des Gesetzes vom 22. März 1921 (RGBl. I, S. 235) in Verbindung mit der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 12. Februar 1926 (RGBl. I, S. 100) und auf Grund des § 2 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 (RGBl., S. 151) in Verbindung mit § 129 des Reichsstrafgesetzbuchs wird für das Gebiet des Freistaates Preußen mit Zustimmung der Reichsregierung der Rote Frontkämpferbund e. V. einschließlich der Roten Jungfront und der Roten Marine mit allen seinen Einrichtungen aufgelöst, weil aus seinem Verhalten hervorgeht, daß sein Zweck im Widerspruch zu den genannten gesetzlichen Bestimmungen steht.

Das Vermögen der betroffenen Organisation wird gemäß § 18 des Ge-

setzes zum Schutze der Republik und § 3 des Gesetzes vom 22. März 1921 zugunsten des Reichs beschlagnahmt und eingezogen.

Die Durchführung der Beschlagnahme und Einziehung obliegt den örtlichen Polizeiverwaltungen.

Berlin, den 3. Mai 1929.

Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger (Berlin), 7. Mai 1929.

59

Aus den Richtlinien zur Wehrpolitik, angenommen auf dem Parteitag der SPD in Magdeburg am 29. Mai 1929

I. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik. Sie fordert friedliche Lösung aller internationalen Konflikte durch obligatorische Schiedsgerichte, Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument des Friedens...

II. Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen...

Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpfen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an. Sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands aus eignem Willen unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse.

III. Der wirksamste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden.

Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich – im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen – als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet.

Um die Reichswehr in diesem Sinne umzugestalten, stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands insbesondere folgende Forderungen:

1. Kontrolle des Reichstags über alle Angelegenheiten der Reichswehr und über alle Verträge und Abmachungen der Heeresverwaltung.
2. Keine Subvention an Privatfirmen, die mittelbar oder unmittelbar illegalen Rüstungen dient.
3. Verbot der Bestrafung von Veröffentlichungen über illegale Rüstungen.
4. Gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung.
5. Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps und gesetzliche Festlegung eines Mindestkontingents für den aus dem Mannschaftsstand zu entnehmenden Offiziersersatz.
6. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten.
7. Schutz der Rechte der Soldaten durch eine von ihnen gewählte Personalvertretung.
8. Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts.
9. Republikanische Lehrkräfte und Lehrbücher beim Unterricht.
10. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag, Magdeburg 1929,
vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle,
Berlin 1929, S. 288/289.

60

Aus den Diskussionsreden Ernst Ecksteins und Max Seydewitz' auf dem Parteitag der SPD in Magdeburg am 29. Mai 1929

I

Eckstein (Breslau): ... Genosse Dittmann hat zur ökonomischen Begründung seines Standpunkts darauf hingewiesen, daß wir eigentlich nicht mehr im Kapitalismus leben, sondern in der Zeit, wo der Kapitalismus sich zum Sozialismus umbildet, wo sich auch das Werkzeug des Kapitalismus, die Militärmacht, aus einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Institution umbilden müsse. Es ist kein Zweifel, daß die wirtschaftliche Entwicklung technisch so weit ist, daß technische Elemente des Sozialis-

mus in ihr vorhanden sind. Aber an der Tatsache, daß wir in einer Klassengesellschaft leben, daß wir nicht in halbsozialistischer, sondern in hochkapitalistischer Wirtschaftsordnung leben, ist doch auch kein Zweifel. Und wenn gegenwärtig die Massen der am schlechtesten entlohnten Arbeiter, die schlesischen Textilarbeiter, ausgesperrt sind, so werden Sie nicht annehmen, daß zur Verteidigung ihrer Sozialinteressen gegen das Bürgertum die Reichswehr eingesetzt werden wird. Die Reichswehr ist das beste Verteidigungsmittel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Reichswehr ist die schärfste Waffe des Bürgertums gegen das Proletariat...

Es ist kein Zufall, daß alle Bemühungen um die Republikanisierung und Demokratisierung der Reichswehr bisher vergeblich gewesen sind. Alle bürgerlichen Parteien sind darin einig, daß die Wehrmacht als scharfes Instrument der bürgerlichen Klasseninteressen erhalten werden muß. Wir stehen uns hier immer noch Klasse gegen Klasse, Bürgertum gegen Proletariat, in unversöhnlichem Hasse gegenüber.

Sollen wir genötigt sein, in einem Verteidigungskrieg das Vaterland zu schützen? Wem gehört das Vaterland? Wem gehören die Produktionsmittel? Wem gehört der Grund und Boden, wem gehören die Fabriken und Maschinen? Den Arbeitern kann das Vaterland erst gehören, wenn die sozialistische Gesellschaftsordnung da ist. Es ist immer noch das Wort, das der Parteivorsitzende Crispien vor einiger Zeit zitiert hat, das Wort des Kommunistischen Manifestes, wahr, daß die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kein Vaterland haben. Wenn man uns deswegen als Landesverräter bezeichnet, so nehmen wir diese Bezeichnung nicht als eine Beschimpfung, sondern als einen Ehrentitel an.

II

Seydewitz (Zwickau): ...Die Genossen, die für den Programmentwurf stimmen, sagen: „Wenn wir in der Regierung sind, können wir den Krieg verhindern." Dagegen sage ich: Die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung kann vielmehr einen Krieg nur verhindern, wenn sie mit aller Entschiedenheit in jeder Situation gegen den Krieg auftritt. Die Macht der Arbeiterklasse ist groß, wenn die Arbeiterorganisationen den Willen haben, sich gegen den Krieg zu wenden, wenn sie den Herrschenden sagen: Wie ihr auch euren Krieg nennt, wie ihr ihn im Falle der Gefahr bemäntelt, wir werden uns gegen jeden Krieg wenden, dann wird das Risiko für die herrschende Klasse zu groß sein, einen Krieg einzugehen.

Die Genossen, die unsern Standpunkt nicht teilen, sagen: „Das Kriegsproblem wird nicht in Deutschland gelöst, es muß international gelöst werden." Das aber gerade ist das betrübliche Kapitel in der Internationale, daß eine Partei immer zur andern sagt: Hannemann, geh du voran... Wir haben die Aufgabe, voranzugehen, wir sind die ersten, die erklären kön-

nen: Wir wollen jeden Krieg ablehnen. Wir sollten den andern ein Beispiel geben und ihnen zeigen, daß in dem Kampfe für den Sozialismus und den Frieden die deutsche Sozialdemokratie in der Internationale voranmarschiert.

Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag, Magdeburg 1929,
vom 26. bis 31. Mai in der Stadthalle,
Berlin 1929, S. 135/136, 133.

61

Aus dem Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der Maivorgänge, vorgetragen durch Alfons Goldschmidt in der öffentlichen Verhandlung des Ausschusses am 6. Juni 1929

Verehrte Anwesende! Der Ausschuß zur Untersuchung der Ursachen der Maivorgänge hat sich folgende Fragen vorgelegt: 1. Weshalb wird der 1. Mai vom Proletariat gefeiert? 2. Wurde jemals das Recht des Proletariats bestritten, den 1. Mai auf der Straße zu feiern? 3. Wie hat sich die Sozialdemokratische Partei früher zu dem Vorgehen der Polizei und der Behörden überhaupt bei proletarischen Demonstrationen verhalten? 4. Waren diesmal, vom Standpunkt des Proletariats aus gesehen, in der Entwicklung stichhaltige Gründe für die Abhaltung einer solchen Maidemonstration vorhanden? 5. Wie hat sich nun die Polizei hier in Berlin und im Reiche zu der Absicht der Kommunistischen Partei, eine solche Demonstration zu veranstalten, verhalten? Und schließlich: Was hat die Kommunistische Partei ihrerseits getan, um dieses Verhalten gegenüber der Partei zu rechtfertigen oder herauszufordern, und ist das geschehen?

Das sind die Fragen, die der Ursachenausschuß zu untersuchen hatte, die ja am 1. Mai, d. h. mit dem Beginn der Demonstration selbst und der Vorgänge, die hier zur Debatte stehen, abschließen.

Mit Hilfe des Archivmaterials haben wir zur Frage 1 folgendes gefunden:

Im Jahre 1889 wurde in Paris der 1. Mai zum internationalen proletarischen Feiertag erklärt. In sämtlichen darauf folgenden deutschen Parteitagen wurde der Beschluß, nach Debatten in dieser und jener Richtung, den 1. Mai wieder zu feiern, bestätigt; sowohl von Bebel im Jahre 1895 auf dem Parteitag in Köln als auch im Jahre 1896 auf dem Parteitag in Gotha und im Jahre 1904 auf dem Parteitag in Bremen. Ich möchte hier eine Äußerung des Sozialdemokraten Fischer auf diesem Parteitag verlesen. Fischer führte aus:

„Eines sollten wir bei dieser Frage besonders betonen und unser Augenmerk besonders darauf richten: Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwikkelt und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so mehr lösen sich allmählich die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen verknüpfen, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kämpfen des Tages, über den Streit um Einzelfragen die großen Ziele der Arbeiterklassenbewegung ... aus dem Auge verliert. Und gerade unter diesem Gesichtspunkt hat die Maifeier ihre besondere Bedeutung. Das Eintreten für unsren Standpunkt wird immer mehr ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses."

Und so ist es im Jahre 1905 in Jena gewesen. Dort wurde der Vorschlag, die Maifeier zu begehen, ebenfalls von Fischer gemacht; es wurde gesagt, daß die Maifeier eine zur Unterstützung des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von der Arbeiterklasse beschlossene Demonstration sei. Das wiederholt sich bis zu den Jahren 1912–14; immer wieder finden wir die Aufforderung der Sozialdemokratischen Partei, den 1. Mai als Klassenfeiertag mit den Protesten gegen die Bedrückung durch die bürgerliche Wirtschaft zu begehen, für den Frieden zu demonstrieren und im Klassensinne auf die Straße zu gehen. Aber ich habe nirgends etwas gefunden, was darauf schließen ließe, daß auf einem dieser Parteitage die Forderung aufgestellt worden wäre, nicht auf die Straße zu gehen. Das war eine Selbstverständlichkeit, die auch angesichts der sehr nahe drohenden Kriegsgefahr im Jahre 1912 wiederholt wurde. Ich habe hier den Aufruf der Sozialdemokratischen Partei v. 23. April 1914 zur Maifeier mit der Unterschrift des Parteivorstandes, d. h. also kurz vor Beginn des Weltkrieges. Da waren im Grunde dieselben Forderungen aufgestellt, die auch heute noch aufgestellt werden. Es wird auf die Gefahr eines Völkerschlachtens aufmerksam gemacht, und die Arbeiter werden aufgefordert unter den Parolen: Her mit dem Achtstundentag, es lebe der Völkerfrieden! den Mai zu begehen. Kein Wort davon, daß die Feiern des 1. Mai in Sälen zu begehen seien, kein Wort gegen eine Straßendemonstration. Hier habe ich einen Aufruf gefunden vom 11. April 1919, unterschrieben vom Zentralkomitee der USPD, von Crispien, Dittmann, Hugo Haase, Luise Zietz usw. Dieser Aufruf spricht keineswegs vom Fernhalten von der Straße, sondern er fordert mit der in jenen Situationen notwendigen Begründung die Arbeiterschaft auf, den 1. Mai auf der Straße zu begehen.

Ich habe hier eine Äußerung vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1910 in Magdeburg, eine Äußerung Hermann Müllers, die besagt, „wenn wir diese agitatorischen Momente in den Vordergrund stel-

len, dürfte kein Zweifel darüber sein, daß wir im nächsten Jahre eine kraftvolle Maifeier feiern können". Und lebhaftes „Bravo" hat ihm geantwortet. Niemals bisher hat sich die Sozialdemokratische Partei gegen Straßendemonstrationen gewehrt, immer hat sie den Versuch des Verbots solcher Demonstrationen energisch zurückgewiesen und gejubelt über die Zurücknahme oder die Durchbrechung eines solchen Verbots. Der „Vorwärts" schrieb im Jahre 1908: „Aus den proletarischen Quartieren strömten die Massen zusammen, anfangs in kleinen Trupps, die in den Straßen sich sammelten und später zu Scharen anschwollen. Zahlreiche Demonstrationszüge, die aus Tausenden und Hunderttausenden bestanden, bewegten sich durch die Straßen." Und dann heißt es an einer anderen Stelle: „Das Proletariat hat sich die Straße erobert, es hat von seinem Recht Gebrauch gemacht, und es wird sich dieses Recht nicht wieder nehmen lassen." (Lebhafte Bewegung.) Das war der „Vorwärts" 1908...

Nun, die Zitate, die ich angeführt habe, könnten heute geschrieben sein, aber ich glaube, nicht vom „Vorwärts". (Heiterkeit und Zustimmung.)

Nun, wir haben uns dann, nachdem wir diese Punkte geklärt hatten, gefragt: Wozu ist der 1. Mai jetzt gefeiert worden, in welchem Sinne und wie hat sich früher die Partei gegenüber der Feier des 1. Mai auf der Straße verhalten? Und wir haben uns gefragt: Liegen denn heute noch die Gründe vor, die damals für die Demonstration auf der Straße am 1. Mai von der Sozialdemokratischen Partei vorgebracht wurden? Ich muß von meiner Wissenschaft aus, von der Wirtschaftswissenschaft, sagen, daß wir niemals in einer kritischeren Zeit gelebt haben als gegenwärtig. Die Analyse der wirtschaftlichen Situation in diesem Jahre und in diesem Augenblick ergibt als Symptom eine furchtbare Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur. Die Reallöhne sinken, die Kredite steigen, ein großer Prozentsatz dessen, was Deutschland schuldet, geht, ohne daß auch nur eine Kartoffel zurückkäme, in das Ausland. Das bezieht sich nicht nur auf die Reparationen, sondern auf all die Zwischengewinne bei den Milliardenkrediten, die in die Luft gepulvert sind. Die Steuern sind verworren, geradezu dilettantisch, der Verwaltungsapparat bläht sich zu dem riesenhaftesten Konsumenten, den wir jemals im Lande gehabt haben; eine Gesamtrente wird von der produktiven Basis aufgebracht, die einfach unmöglich geworden ist, und würde man diese Summen umrechnen in Arbeitswert und Arbeitsmengen, so müßten Millionen arbeitende Menschen jedes Jahr, jeden Tag und jede Minute gratis arbeiten, um diese Rente aufzubringen. Man könnte sich dann Berlin als eine große Fabrik, voll von Schuftenden, vorstellen, die für ihre Arbeiten nichts bekommen. (Zuruf: „Was hat das mit der Sache zu tun?") Sehr viel! Die Kriegsgefahr

ist gerade aus diesem Grunde der wirtschaftlichen Zuspitzung nicht gewichen; sie ist größer als jemals; kein Mensch wird behaupten, daß wir im sicheren Frieden leben. Wer die letzten Verhandlungen der Abrüstungskommission in Genf verfolgt hat, der weiß, wie die Rüstungen aufwärts gehen in der ganzen Welt und wie schrecklich diese Rüstungen sind. Kein Mensch wird behaupten, daß wir hier in Deutschland nicht auf einem Gefahrenolymp leben, daß wir uns geistig frei bewegen können. Das wird kein Mensch behaupten. Und das ist der Grund, weshalb ich diese Dinge als Meinung des Ausschusses hier einfüge: Das Proletariat war an diesem 1. Mai genauso berechtigt zu demonstrieren wie alle Jahre vorher, denn alle Gründe, sowohl die sozialen wie die wirtschaftlichen, die früher vorhanden waren und zum 1. Mai vorgebracht wurden vom Proletariat, sie haben auch vor diesem 1. Mai des Jahres 1929 bestanden und werden weiter bestehen. („Bravo!")

Wenn wir nun die Frage aufstellen, ob die Polizei berechtigt war, trotzdem das Demonstrationsverbot aufrechtzuerhalten, so müssen wir diese Frage selbstverständlich verneinen. Denn wenn 40 Jahre lang frei demonstriert werden durfte, so müßte auch diesmal, ganz gleich, ob es sich um die Kommunistische Partei handelte oder nicht, frei demonstriert werden dürfen, oder aber es mußten Gründe nachgewiesen werden, so furchtbar bedrohender Art, daß die Anwendung des § 123 der Reichsverfassung berechtigt erschien. Denn die Grundlage der Verfassung ist ja nicht das Verbot; eine Verfassung wird nicht erlassen, um dem Volk dieses oder jenes zu verbieten, sondern um die freie geistige und politische Entwicklung zu gewährleisten. Gewiß, wenn ich die Gewalt in der Hand habe zu dekretieren – und ein Dekret ist furchtbar verantwortungsvoll, weil es die Vorwegnahme eines Richterspruches ist –, so kann ich das tun, aber die Frage ist die, ob ich das Recht dazu habe. Und dieses Recht bestreitet der Ausschuß Herrn Zörgiebel. Wir sind der Meinung, daß dieses Dekret des Herrn Zörgiebel nicht dem Wesen der Verfassung entspricht.

Nun ist das Demonstrationsverbot nur für Berlin aufrechterhalten worden, und wir haben uns gefragt, weshalb das geschehen ist. Denn im ganzen Reiche sind ja nach den Nachrichten, die wir hier zur Verfügung haben, die Maidemonstrationen auf der Straße – wie Sie das noch im Film sehen werden – ruhig verlaufen. Die „Frankfurter Zeitung", das „Berliner Tageblatt" und andere Zeitungen haben berichtet, daß in Hamburg und sogar in München, auch in Sachsen überall die Demonstrationen ruhig verlaufen sind, daß nichts oder nur Unwesentliches passiert ist. Weshalb also, mußten wir uns fragen, hätte in Berlin denn etwas passieren sollen, und weshalb konnte und sollte nicht die Maidemonstration der Kommunistischen Partei genauso ruhig in Berlin verlaufen wie anderswo. Wir sagten

uns: Wir stimmen überein mit dem, was Herr Pieck gesagt hat, daß die Kommunistische Partei nicht, wie Herr Zörgiebel in seinem Tageblatt-Artikel vom 2. Mai behauptet, beabsichtigte, die Feiern der übrigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu überfallen und zu stören. Es sollte kein Blut in den Straßen Berlins fließen. Es waren nicht die geringsten Anzeichen einer Bewaffnung, nicht die Grundlage eines Aufstandes irgendeiner Art vorhanden, kein Beweis ist bis heute erbracht worden, keine Behauptung auch nur spezifiziert worden, daß eine Bewaffnung von Arbeitern stattgefunden hätte. Und wenn wir uns das Blatt, das als Zentralblatt für diese Dinge in Betracht kommt, „Die Rote Fahne", ansehen, so finden wir mehrmals die Versicherung, daß die Kommunistische Partei das Proletariat unbewaffnet auf die Straße führen wollte. Wir haben ja diese außerordentlich erschütternden, tragischen und von tiefster Menschenliebe zeugenden Aufrufe an die Polizeibeamten in der „Roten Fahne" vom 30. April gelesen, wo „Die Rote Fahne" sagt: „Wir, die Kommunisten, sagen euch, den Beamten, daß die klassenbewußten Arbeiter, die morgen unter den Fahnen der Kommunistischen Partei auf die Straße gehen werden, kein Interesse an Zusammenstößen haben; darum werden sie unbewaffnet marschieren; an euch ist es, zu zeigen, daß auch ihr keine willenlosen Instrumente der Offiziere seid." Und man hat sie gebeten: „Schießt nicht!"

Es ist nicht der geringste Beweis erbracht worden, nicht in all dem Material und den Informationen, die wir bekommen haben, daß die Ursachen der Zusammenstöße auf seiten der Kommunistischen Partei zu suchen wären; denn wenn man Zusammenstöße will, dann muß man sich auch mit Machtmitteln gegen 13 000 bewaffnete Menschen ausrüsten. Im ganzen Reiche ist ja auch nicht eine einzige Unterstützungsaktion für die Berliner Arbeiterschaft unternommen worden, die doch gewiß geschehen wäre. Niemals wird doch eine Partei, welcherart sie immer sei, in solch kritischen Augenblicken ihre Brudersektion im Stiche lassen. Sie wird überall eingreifen.

Das Resultat also dessen, was der Ursachenausschuß studiert hat – und ich kann sagen, mit völliger Freiheit, beherrscht von unpolitischen Elementen, Herr v. Ossietzky und ich haben dort gearbeitet, und wir sind beide keine Politiker und Parteileute –, ist, daß dieser Ausschuß zu dem ihm objektiv scheinenden Urteil gekommen ist:

Das Verbot der Straßendemonstration am 1. Mai war tatsächlich weder in dem proletarischen Brauch noch in dem Wesen der Verfassung begründet. Die Kommunistische Partei hat keine Toten gewollt und hat die Arbeiterschaft nicht bewaffnet für Zusammenstöße. Die Kommunistische Partei ist also nicht die Schuldige für die Toten am 1. Mai. Das ist unsere feste und freie Überzeugung, und deshalb müssen wir vom Ursachenaus-

schuß die Schuld an diesen Unmenschlichkeiten des furchtbaren Blutmai 1929 Herrn Zörgiebel zuschieben! (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Urteil gegen die Mai-Mörder. Öffentliche Verhandlung
des Ausschusses zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge.
Stenographisches Protokoll vom 1. Verhandlungstag nebst Anlagen.
Hrsg. von der Roten Hilfe Deutschlands
im Auftrage des Untersuchungsausschusses,
(Berlin) o. J., S. 29–33.

62

Aus dem Schlußbericht der Pariser Sachverständigenkonferenz zum Young-Plan vom 7. Juni 1929

Einleitung

Wir übermitteln hiermit den an der Genfer Entschließung beteiligten Regierungen und der Reparationskommission unsere Vorschläge für eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems, die zugleich die Regelung der Verpflichtungen aus den zwischen Deutschland und den Gläubigerländern bestehenden Verträgen und Abmachungen enthält. Wir empfehlen einmütig den interessierten Regierungen die Annahme des folgenden Plans ...

4. Die Prüfung der deutschen Wirtschaftslage

... Die deutschen Sachverständigen haben dem Ausschuß erschöpfende Auskunft über den Bedarf der deutschen Wirtschaft an ausländischem Kapital in den letzten Jahren sowie über die Umstände gegeben, die nach ihrer Meinung dem entgegengewirkt haben; sie haben sich über die deutschen Vermögenswerte im Ausland und die Wiederherstellung der Läger und des Produktionsapparates des Landes geäußert. Der Ausschuß stellte Erörterungen über die Produktivität des angelegten Kapitals sowie Vergleiche zwischen der Steuerlast und der öffentlichen Schuldenlast in Deutschland und in den anderen Ländern an.

Die deutschen Sachverständigen machten ferner vor dem Ausschuß Ausführungen über die gegenwärtige Lage der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft, die allgemeine Lohnhöhe, den Haushalt, die Zahlungsbilanz, die finanzielle Auswirkung der Entschädigungen an deutsche Staatsangehörige, den Einfluß der ausländischen Zollmauern auf den deutschen Handel und die besondere Lage eines Industrielandes wie Deutschland, das sein Betriebskapital zu ersetzen hatte und zu gleicher Zeit die Last schwerer internationaler Verbindlichkeiten übernehmen mußte.

Die deutschen Sachverständigen legten besonderen Nachdruck auf die Frage der Deutschland innerhalb und außerhalb seiner Grenzen zur Verfügung stehenden natürlichen Hilfsquellen und deren Bedeutung für Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

Diese Darstellungen hatten die Sachverständigen bei ihren Betrachtungen vor Augen, und ihre Schlußfolgerungen wurden weitgehend von ihnen beeinflußt.

Es ist nicht notwendig für uns, die verschiedenen Überlegungen wirtschaftlicher Art darzulegen, die zu unseren Schlußfolgerungen über die deutsche Transferfähigkeit geführt haben. Wir glauben, daß wir bei den vorgeschlagenen Annuitäten und Bedingungen die Möglichkeiten aller wirtschaftlichen Verhältnisse und finanziellen Kräfte, die normalerweise wirksam sind, gebührend berücksichtigt haben. Wir glauben weiter, daß wir durch den Einbau von Aufschubrechten für einen Teil der Annuität und durch Ermöglichung einer unparteiischen Untersuchung Vorsorge dafür getroffen haben, daß allen anormalen oder besonderen Schwierigkeiten begegnet werden kann, die Deutschlands Leistungsfähigkeit zeitweilig ernstlich beeinträchtigen können, selbst wenn Deutschland allen guten Willen und Scharfsinn aufgeboten hat, um derartigen Schwierigkeiten zu begegnen, ohne zu dem zwar außergewöhnlichen, aber doch sehr wertvollen Hilfsmittel zu greifen.

An Stelle des gegenwärtigen Transferschutzsystems mit seinen halbpolitischen Kontrollen, seiner Beschränkung der deutschen Initiative und seinen möglichen Rückwirkungen auf den Kredit empfehlen wir einen Plan von Annuitäten, die merkbar geringer sind als die Dawes-Verpflichtungen und die mit neuen und anpassungsfähigen, in den folgenden Abschnitten des Berichts im einzelnen dargelegten Bedingungen ausgestattet sind. Der Plan bedeutet hinsichtlich der inneren Belastung, die von dem jährlichen Steueraufkommen getragen werden muß, eine wesentliche Erleichterung; er paßt sich eng dem Charakter geschäftlicher und finanzieller Verpflichtungen an; er bringt die erstrebte Freiheit von Einmischung und Überwachung mit sich und ist ausgestattet mit angemessenen Schutzklauseln gegen jede Deutschlands Wirtschaftsleben gefährdende Krisis...

6. Bank für den internationalen Zahlungsausgleich

A. Allgemeine Gründe für die Schaffung einer Stelle mit bankmäßigen Aufgaben

Ein allgemeiner Plan für eine vollständige und endgültige Regelung der Reparationsfrage hat in erster Linie finanziellen Charakter und schließt daher die Durchführung verschiedener bankmäßiger Aufgaben ein, die sich an diesem oder jenem Punkt im Verlauf zwischen der Einzahlung der Annuitäten und der endgültigen Verteilung der Beträge ergeben. Eine

Bank, die bestimmt ist, diese Aufgaben zu erfüllen, rechtfertigt folgerichtigerweise die Liquidation aller politischen Kontrollen und sieht dafür einen Apparat vor, der im wesentlichen finanziellen und kommerziellen Charakter hat und der alle die Vorteile gewährt und gleichzeitig alle die Verantwortlichkeit enthält, die geschäftliche Verpflichtungen mit sich bringen. Der mit dem Dawes-Plan begonnene Prozeß der Überleitung des Reparationsproblems von dem politischen auf das finanzielle Gebiet wird so einen Schritt weitergebracht...

8a. Quellen und Sicherheiten

Die Annuitäten sollen aus zwei Quellen fließen, nämlich:

1. der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft,
2. dem Reichshaushalt.

Nach sorgfältiger Prüfung der von den deutschen Sachverständigen gemachten Vorschläge gelangte der Ausschuß zu der Ansicht, daß die von ihm empfohlenen Annuitäten nicht in vollem Umfange aus dem deutschen Reichshaushalt entnommen werden sollten, sondern daß eine der durch den Dawes-Plan geschaffenen Zahlungsquellen, nämlich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, beizubehalten sei. Indessen wünscht der Ausschuß klarzustellen, daß die Beibehaltung eines Beitrages der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nicht nur vom Standpunkte der Sicherheit aus, sondern auch als geeignetes Mittel zur Aufbringung der erforderlichen Einnahmen empfohlen wird.

Der Ausschuß hat weiterhin die Lage hinsichtlich der verpfändeten Einnahmen untersucht. Da diese Einnahmen als Nebensicherheit für den Dienst der Deutschen Auswärtigen Anleihe von 1924 verpfändet sind, erachtet er es für unmöglich, ihre Freigabe zu empfehlen...

Abgesehen von diesen Einzelfragen wünscht der Ausschuß seine Auffassung dahin festzulegen, daß die feierliche Übernahme der Verpflichtung durch die Deutsche Regierung die Grundlage der Sicherheit für die Entrichtung der Annuitäten bildet, eine Sicherheit, die durch keine weitere Garantie noch irgendwie verstärkt werden kann.

Demzufolge empfiehlt der Ausschuß den Gläubigerregierungen, das Erforderliche zu veranlassen, um – mit Ausnahme der oben besonders angeführten – alle noch bestehenden Kontrollen, besonderen Sicherheiten, Pfänder oder Belastungen freizugeben und anzuerkennen, daß durch die Annahme der von der Deutschen Regierung feierlich übernommenen Verpflichtung sämtliche zur Zeit vorhandenen Sicherheiten, Pfänder, Belastungen oder Kontrollen ersetzt werden.

2. Der Beitrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft

Nach dem auf Grund des Dawes-Planes erlassenen deutschen Reichsbahngesetz vom 30. August 1924 hat die Deutsche Reichsbahn-Gesell-

schaft dem Treuhänder für die Eisenbahnschuldverschreibungen eine Hypothek für 11 Milliarden GM bestellt und ihm eine Schuldverschreibung in Höhe dieser Summe ausgehändigt. Diese Schuldverschreibung ist mit 5 v. H. jährlich verzinslich und vom 1. September 1927 ab mit jährlich 1 v. H. zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen. Verzinsung und Tilgung sind von der Reichsregierung gewährleistet.

Der vorliegende Plan sieht die Beseitigung der Eisenbahnschuldverschreibungen sowie der damit verbundenen Beteiligung von Ausländern an der Verwaltung der Gesellschaft vor und setzt statt dessen einen im folgenden näher erläuterten Beitrag der Reichsbahn-Gesellschaft:

Die Reichsbahn-Gesellschaft soll verpflichtet sein, 37 Jahre lang eine direkte Steuer, die nötigenfalls die Beförderungssteuer mit umfaßt, im jährlichen Gesamtbetrage von 660 Millionen RM zu entrichten; der Jahresbetrag entspricht dem ungeschützten Teil der Annuität. Diese Steuer soll durch die deutsche Gesetzgebung auferlegt und ihr Ertrag von der Deutschen Regierung gewährleistet werden. Die Reichsbahn-Gesellschaft soll bei der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich eine Bescheinigung hinterlegen, durch die ihre Haftung für diese Verpflichtung anerkannt wird.

Der jeweils zahlbare Betrag soll aus den Bruttoeinnahmen der Gesellschaft entnommen werden und im Range hinter den Personalausgaben, aber im gleichen Range wie die sächlichen Ausgaben stehen. Er soll vor jeder anderen gegenwärtig oder in Zukunft der Reichsbahn-Gesellschaft auferlegten Steuer den Vorrang haben und jeder sonstigen Belastung der Gesellschaft, sei es hypothekarischer oder anderer Art, vorgehen ...

5. Die Belastung des Reichshaushalts

... Während der Beitrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft sich 37 Jahre lang auf die feste Summe von 660 Millionen RM beläuft, ändert sich die Belastung des Reichshaushalts mit dem Gesamtbetrage der Annuität. Im zweiten Jahre beträgt sie 1 136 400 000 RM und erreicht im 37. Jahre den Höchstbetrag von 1 768 800 000 RM. Danach hört der Beitrag der Reichsbahn-Gesellschaft auf, die Annuität fällt stark, und für den Rest der Geltungsdauer des Planes wird die Verbindlichkeit Deutschlands durch den Haushaltsbeitrag gedeckt ...

11. Gegenüberstellung des neuen Planes
und des Dawes-Planes

3. Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit

Nach dem Dawes-Plan kann Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen durch Zahlung in Reichsmark nur infolge des Systems des Transferschutzes erreichen, das ein bestimmtes Maß auswärtiger Kontrolle bedingt. Dies hat ungünstige Wirkungen für den deutschen Kredit und

die finanzielle Unabhängigkeit Deutschlands zur Folge, durch die jede Mobilisierung der deutschen Schuld schwierig, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Der neue Plan würde den Hauptzweck, zu dessen Erreichung er ins Leben gerufen worden ist, verfehlen, wenn er diese Bestimmung nicht beseitigen und es Deutschland nicht selbst überlassen würde, seinen finanziellen Verbindlichkeiten unter eigener uneingeschränkter Verantwortung Genüge zu leisten.

Der Young-Plan. Bericht der Pariser Sachverständigenkonferenz vom 7. Juni 1929, mit allen Anlagen. Amtlicher Text, Berlin o. J., S. 1, 10–12, 17/18, 33–35, 51.

63

Manifest des 12. Parteitages der KPD in Berlin-Wedding, angenommen am 15. Juni 1929

An die arbeitenden Massen Deutschlands

Klassengenossen und Klassengenossinnen!

Der 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands hat seine Tagung im roten Wedding, der Hochburg des Kommunismus, dem Schauplatz der heldenhaften Barrikadenkämpfe vom 1. und 2. Mai, beendet. Die KPD bekannte sich stolz zu den Barrikadenkämpfern von Neukölln und vom Wedding, die den Polizeibestialitäten des Sozialfaschisten Zörgiebel aktiven Widerstand entgegensetzten und damit der ganzen Arbeiterklasse ein Beispiel kühnen, entschlossenen Kampfes gaben.

Der Parteitag im Wedding war kein Parteitag der Minister und Exzellenzen, keine Tagung der Polizeipräsidenten und Arbeitermörder, der Gewerkschaftsbürokraten und kapitalistischen Staatsfunktionäre. Nicht Nutznießer der kapitalistischen Ausbeuterrepublik, nicht Pfründner und Postenjäger, die es nach der Staatskrippe gelüstet, traten hier zusammen, wie es auf dem Magdeburger SPD-Parteitag der Fall war.

Nein, der Weddinger Parteitag war eine Tagung der deutschen Proletarier selbst!

Von den Metallburgen Berlins und des Rheinlandes, von den Werften der Wasserkante, aus den Kohlenschächten des Ruhrgebietes, aus den Chemiehöllen von Leuna und Ludwigshafen, aus den Textilfabriken Sachsens und Thüringens kamen die Delegierten der KPD zusammen. Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die getragen sind von dem Vertrauen ihrer Arbeitskollegen, ihrer Klassengenossen in Betrieben, Gewerkschaften und Massenorganisationen.

Zahlreiche Delegationen überbrachten dem Parteitag zum Zeichen der Verbundenheit der Kommunistischen Partei mit den proletarischen Massen revolutionäre Kampfesgrüße ihrer Belegschaften; Telegramme und Begrüßungsschreiben aus allen Teilen Deutschlands und aus der Sowjetunion bekundeten die Anteilnahme des gesamten Proletariats an den Verhandlungen des Parteitages der KPD.

Und so, wie das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse unlöslich verbunden ist mit dem Schicksal der Proletarier aller Länder, so ist die Kommunistische Partei ein unlöslicher Teil der einzigen Weltpartei des Proletariats, der Kommunistischen Internationale.

Der Führer der französischen Kommunisten, Genosse Sémard, verkündete im Namen der Kommunistischen Internationale die völlige Solidarität der revolutionären Arbeiter aller Länder mit dem Berliner Proletariat, das am 1. Mai trotz Polizeiterror das Recht auf die Straße erkämpft hat. Er verkündete ihre Solidarität sowie die vollste Unterstützung der Kämpfe des deutschen Proletariats unter Führung der KPD durch das internationale Proletariat, so wie die KPD der sozialistischen Sowjetunion und der Weltrevolution unverbrüchliche Treue gelobte.

Magdeburg und Wedding – zwei Welten! Die Welt des Sozialfaschismus und der Unterstützung der kapitalistischen Ausbeuter – und auf der anderen Seite die Welt der proletarischen Revolution, des unerbittlichen Klassenkampfes, der internationalen Solidarität.

In Magdeburg haben die Hermann Müller und Wels, die Dittmann und Crispien, die Kriegskreditbewilliger und Durchhalteprediger von 1914, sich erneut zum kapitalistischen Vaterland, zur imperialistischen Kriegsrüstung, zur Panzerkreuzerpolitik und zum Reichswehrprogramm bekannt. Der Parteitag der KPD dagegen beschloß Maßnahmen des revolutionären Kampfes gegen den imperialistischen Krieg nach dem Vorbild von Karl Liebknecht, nach den Lehren Lenins.

Der deutsche Imperialismus hat in Paris einen entscheidenden Schritt zur festen Eingliederung in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion getan. Die verstärkte Kriegsrüstung und die gesteigerte antibolschewistische Hetze zu derselben Zeit, da sich die deutschen Imperialisten mit den englischen, französischen und amerikanischen auf den Young-Plan einigten, beweisen, daß das kapitalistische Deutschland mit seiner sozialdemokratischen Koalitionsregierung den Krieg gegen den Proletarierstaat vorbereitet.

Hand in Hand mit der Vorbereitung des Krieges geht eine neue Kapitaloffensive gegen die Arbeiterklasse. Durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung, durch den Unterstützungsraub an hunderttausend Erwerbslosen, durch die weitere Verschlechterung der Sozialgesetzgebung, durch Wucherpreise und neue Zölle will die Bourgeoisie die Reparationslasten

auf die werktätigen Massen abwälzen, aus ihrem Schweiß und Blut die Millionensummen für die Kriegsrüstungen, für den verschärften Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt herausschinden. Darum die Aussperrung der Textilarbeiter im Hungerland Schlesien, darum die Drohung der Schwerindustrie, die Arbeitszeit um zwei Stunden zu verlängern, darum die Generaloffensive gegen die Arbeitslosenversicherung.

Darum auch die faschistischen Angriffe der regierenden Sozialdemokraten gegen das revolutionäre Proletariat, gegen die Kommunistische Partei, gegen den Roten Frontkämpferbund, gegen die revolutionäre Opposition in den Massenorganisationen. Ein Teilnehmer des Magdeburger Parteitages hat der Öffentlichkeit den schändlichen Plan enthüllt, der dort in einer geheimen Besprechung der Wels, Zörgiebel, Sollmann, Aufhäuser und Toni Sender ausgeheckt wurde. Der Mussolini von Berlin, Zörgiebel, hat das Demonstrationsverbot nur aufgehoben, um durch neue Provokationen einen Vorwand für neue noch schärfere Verbotsmaßnahmen zu schaffen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Klassengenossen! Der Angriff auf den Roten Frontkämpferbund, der Angriff auf die Kommunistische Partei ist ein Angriff auf das gesamte Proletariat. Die Diktatur, mit der Wels auf dem Magdeburger Parteitag drohte, das ist die blutige Diktatur des Sozialfaschismus gegen die Arbeiterklasse. Die sozialfaschistischen Bürokraten spalten die Massenorganisationen, sie werfen die besten Klassenkämpfer aus den Gewerkschaften heraus, sie denunzieren die revolutionären Arbeiter bei den Unternehmern und bei der Polizei, sie unterdrücken die revolutionären Organisationen, um freie Bahn zu schaffen für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges, für die Durchführung der Unternehmeroffensive, für die schrankenlose Diktatur des Finanzkapitals.

Doch der Weddinger Parteitag beweist, daß alle diese Angriffe gegen die Arbeiterklasse auf den geschlossenen Widerstand der proletarischen Massen stoßen werden. „Wir sind die Massen des Hochverrats, wir sind nicht zu verbieten!" – das ist die Losung der Millionen Arbeiter, die unseren Parteitag begrüßten. Den roten Wedding und das rote Leunawerk kann man nicht „verbieten". All die Stätten der Ausbeutung und der proletarischen Not müssen zu immer festeren Burgen des revolutionären Klassenkampfes, zu roten Festungen des Kommunismus werden!

Fest verwurzelt in den Betrieben, eng verbunden mit den proletarischen Massenorganisationen, solidarisch mit allen Ausgebeuteten, unerbittlich im Kampf gegen den Opportunismus in allen seinen Formen, so wird die Kommunistische Partei Deutschlands zum eisernen Sturmbock des deutschen Proletariats, zur eisernen Schutzwehr der Sowjetunion, der Festung des Weltproletariats.

Zum 1. August rüsten die revolutionären Arbeiter aller Länder unter dem Banner der Kommunistischen Internationale zu einer gewaltigen Massendemonstration für den Frieden, für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die sozialfaschistischen Wegbereiter des Interventionskrieges, gegen die Kapitaloffensive, für die Diktatur des Proletariats. Der 12. Parteitag ruft die werktätigen Massen Deutschlands auf, in allen Betrieben, in jeder Werkstatt und in jedem Kontor zu diesem Massenaufmarsch zu mobilisieren. Am 11. August demonstrieren in Deutschland die nationalistischen Kriegshetzer, die patriotischen Lobsinger der Hindenburg-Republik. Am 1. August demonstrieren die klassenbewußten Arbeiter, die Todfeinde des völkermordenden Imperialismus, die Vorkämpfer der neuen Gesellschaftsordnung, des Kommunismus.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Macht Schluß mit der Partei des Arbeiterverrats und des Arbeitermordes, mit der SPD! Verjagt die Agenten des Sozialfaschismus aus allen Funktionärposten in Betrieben und Gewerkschaften! Wählt rote Vertrauensleute, wählt zum Kampf um Lohn und Brot eure eigenen Kampfleitungen!

Lernt aus dem Beispiel unserer russischen Brüder, die den Kapitalismus zerschmettert haben und in dem gewaltigen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft die schöpferische Kraft des befreiten Proletariats beweisen!

Der Weddinger Parteitag der KPD ruft euch zu neuen Kämpfen. Schart euch um die Fahne des Klassenkampfes, reiht euch ein in die bolschewistische Kampfarmee des deutschen Proletariats!

Es lebe der 12. Parteitag der KPD!

Es lebe der revolutionäre Klassenkampf des deutschen Proletariats für die proletarische Diktatur!

Es lebe die Sowjetunion, das Vaterland aller Ausgebeuteten und Unterdrückten!

Es lebe die revolutionäre Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion mit allen Mitteln!

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

Der 12. Parteitag der KPD

Waffen für den Klassenkampf.
Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD, o. O. o. J., S. 3–6.
Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946,
2., durchgesehene Auflage,
Berlin 1955, S. 263–265.

64

Aus der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang", veröffentlicht vom Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 2. Dezember 1929

Die deutsche Wirtschaft steht am Scheidewege. Wenn es nicht endlich gelingt, das Steuer umzulegen und unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine entscheidende Wendung zu geben, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt...

Die von der Wirtschaft mit unleugbarer Energie in Angriff genommene Rationalisierung hat zwar Erfolge gebracht. Sie hätte sich aber günstiger auswirken können, wenn sie nicht durch das Steigern der Belastungen stark beeinträchtigt worden wäre. In vielen Fällen führte sie sogar zu Nachteilen für die einzelnen Unternehmungen. Den hohen Anforderungen, die die neuen Verhältnisse an den Unternehmer und an die gesamte Wirtschaft gestellt haben, kann die Industrie nur gerecht werden, wenn sie von unproduktiven Ausgaben entlastet, der Zinssatz gesenkt und eine angemessene Rente des in den Unternehmungen arbeitenden Eigenkapitals ermöglicht wird. Die deutsche Wirtschaft muß frei gemacht werden. Sie muß verschont bleiben von Experimenten und politischen Einflüssen, die von außen her in den Wirtschaftsprozeß hineingetragen werden...

Der Weg der Sozialisierung führt zur Zerstörung der Wirtschaft und zur Verelendung der Massen. Wir lehnen daher die wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen als Mittel der allmählichen Sozialisierung und als Vorstufe des Kollektivismus ab. Die deutsche Industrie sieht in ihnen eine große Gefahr nicht nur für Unternehmer und Arbeiter, sondern für die Gesamtheit der Nation. Die Wirtschaftsdemokratie, wie sie von sozialistischer Seite angestrebt wird, lähmt die Initiative und tötet die Verantwortungsfreudigkeit, ohne die kein Fortschritt möglich ist...

II. Leitsätze für die Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik

A. Kapitalbildung

1. Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist unter den für die deutsche Wirtschaft gegebenen Umständen die Förderung der Kapitalbildung. Sie ist die Voraussetzung für die Steigerung der Produktion und liegt daher im Interesse aller Schichten des deutschen Volkes.

5. Die deutsche Wirtschaft muß von allen unwirtschaftlichen Hemmungen befreit werden. Die Vorbelastung der Produktion durch Steuern ist auf das unumgängliche notwendige Maß zurückzudämmen.

B. Staat und Wirtschaft

1. Die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft finden ihre Grenze in der grundsätzlichen Anerkennung der Gewerbefreiheit.

2. Die Betätigung der öffentlichen Körperschaften im Wirtschaftsleben muß sich auf die Aufgaben beschränken, die von der Individualwirtschaft nicht erfüllt werden können und sollen.

3. Soweit Unternehmungen der öffentlichen Hand überhaupt berechtigt sind, müssen sie grundsätzlich in privatwirtschaftlicher Form betrieben werden. Sie dürfen bei der Finanzierung und Besteuerung nicht bevorzugt werden. Sie haben unter den gleichen Bedingungen zu arbeiten wie die Privatwirtschaft.

4. Die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen und gewerblichen Räume durch die Wohnungsämter, die einen wesentlichen Teil der unproduktiven Ausgaben beansprucht, ist beschleunigt abzubauen. In einer Übergangszeit von längstens fünf Jahren sollen die Altmieten an die Neumieten angeglichen, [soll] die Hauszinssteuer in eine auf reichsrechtlichen Grundlagen aufgebaute Gemeindewohnungssteuer (Mietsteuer) umgewandelt werden. Nur so ist die dringend notwendige Besserung des Realkredits zu erreichen.

5. Die Kartelle sind notwendige und volkswirtschaftlich anerkannte Organisationsmittel der heutigen Wirtschaftsordnung. Zu fordern ist:

a) die Abgrenzung der privatrechtlichen von der öffentlich-rechtlichen Seite der Kartellaufsicht und ihre Handhabung nach rein wirtschaftlichen, nicht politischen Gesichtspunkten;

b) die Beschränkung der öffentlichen Eingriffe auf dringende Fälle von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung;

c) die Gewährleistung der notwendigen Bewegungsfreiheit und die Wahrung der Vertragstreue und Rechtssicherheit;

d) die Schaffung einer Berufungsinstanz für Urteile des Kartellgerichts.

C. Sozialpolitik

Die materiellen Ansprüche der Sozialpolitik an die Wirtschaft müssen sich in den Grenzen der Leistungsfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit der Wirtschaft halten. Nur dann ist die Erfüllung der sozialen Aufgaben für die Dauer gesichert. Die wirtschaftliche Produktivität ist die Quelle sozialer Leistungen. Aus dieser Erkenntnis fordern wir in Übereinstimmung mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Reform:

1. der Sozialversicherungsgesetze. Ihre bisherigen Grundlagen sollen erhalten bleiben, aber Ausgaben und Leistungen müssen im Gegensatz zum jetzigen Zustand den Grenzen wirtschaftlicher Tragfähigkeit angepaßt werden. Die Sozialversicherung soll die wirklich Schutzbedürftigen und Notleidenden betreuen, eine unberechtigte, die Volksmoral schädigende Ausnutzung ihrer Einrichtungen aber verhindern.

2. der Arbeitslosenversicherung. Die Teilreform vom 3. Oktober 1929 ist nicht ausreichend. Über sie hinaus muß das Arbeitslosenversicherungs-

gesetz sofort umgestaltet werden. Ziel der Reform muß sein, den Haushalt der Reichsanstalt durch weitere Ersparnisse ohne Erhöhung der Beiträge und ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel in ein dauerhaftes Gleichgewicht zu bringen.

3. der Schlichtungsordnung und des Zwangslohnsystems. Die staatliche Zwangseinwirkung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist zu beseitigen. Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen ist auf Gesamtstreitigkeiten in lebenswichtigen Betrieben und solche Gesamtstreitigkeiten zu beschränken, welche die deutsche Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeit der Gesamtbevölkerung gefährdet ist. Die Verbindlichkeitserklärung sollte nur durch eine neu zu schaffende unabhängige Reichsschiedsstelle ausgesprochen werden.

D. Finanz- und Steuerpolitik

1. Der Steuerbedarf ist in den letzten Jahren so unerträglich weit gesteigert worden, daß die Rente der Erwerbswirtschaft unter den landesüblichen Zinsfuß herabgedrückt worden ist. Das Interesse des Kapitals an verantwortlicher Betätigung in der Produktion muß unter diesem Steuerdruck auf die Dauer schwinden. Die öffentliche Finanzwirtschaft ist daher so zu gestalten, daß die Ansprüche der öffentlichen Hand sich nach den wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten richten.

Der Umbau der Finanzwirtschaft hat nach zwei Gesichtspunkten zu erfolgen:

a) wesentliche Senkung der öffentlichen Ausgaben und Steuern;

b) Beschaffung der Mittel, stärker als bisher, durch indirekte Besteuerung.

2. Forderungen auf dem Gebiete der Ausgabengestaltung:

a) energische Senkung der Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften;

b) beschleunigte Durchführung einer umfassenden Verwaltungsreform mit dem Ziel einer Verminderung und Abgrenzung der Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden.

3. Beschleunigte Reform des Haushaltsrechts von Reich, Ländern und Gemeinden.

Die wesentlichsten der von uns zunächst für das Reich in 10 Richtlinien aufgestellten Forderungen bezwecken:

a) Der Reichstag muß in der Ausübung seines Rechtes, Ausgaben zu bewilligen, weitgehende Selbstbeschränkung üben. Ohne Zustimmung der Reichsregierung dürfen die Ausgaben nicht erhöht werden.

b) Die Stellung des Reichssparkommissars ist zu festigen, seine Befugnisse sind auszubauen.

c) Der außerordentliche Haushalt und die außerplanmäßigen Ausgaben sind wesentlich einzuschränken.

4. Forderungen auf dem Gebiet der Steuerpolitik:

fühlbare Entlastung von denjenigen Steuern, die die Kapitalbildung hindern oder kapitalzerstörend wirken:

a) sofortige und vollständige Aufhebung der Zahlungen nach dem Aufbringungsgesetz der Industriebelastung sowie der Verzinsung der Rentenbankgrundschulden;

b) sofortige Herabsetzung der Gewerbesteuer auf mindestens die Hälfte, gänzlicher Fortfall nach einer kurzen Übergangszeit;

c) Ermäßigung der Grundvermögenssteuer, und zwar für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke auf die Hälfte;

d) Herabsetzung der Einkommensteuer durch Senkung des Tarifs, vor allem in den mittleren und höheren Stufen, in Verbindung mit einer den wirtschaftlichen Erfordernissen gerechter werdenden Änderung der Gewinnermittlungs- und Bewertungsvorschriften und einer Beseitigung der Kapitalertragsteuer;

e) allmählicher Abbau der Hauszinssteuer mit dem Ziel ihrer gänzlichen Beseitigung in Verbindung mit der Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft (vgl. auch 5c);

f) Herabsetzung der Kapitalverkehrssteuern und der Grunderwerbssteuern sowie Beseitigung der Wertzuwachssteuern.

5. Soweit etwaige Reparationsentlastungen und die Ausgabenersparnisse nicht ausreichen, um die sich aus der Durchführung der Steuersenkungen ergebenden Fehlbeträge zu decken, ist im Sinne der oben aufgestellten allgemeinen Grundsätze ein Um- und Ausbau unseres Steuersystems in folgender Richtung ins Auge zu fassen:

a) stärkere Anspannung der indirekten Steuern, insbesondere der Verbrauchssteuern;

b) Erhebung eines alle Bevölkerungskreise treffenden, auf reichsgesetzlicher Bestimmung beruhenden kommunalen Verwaltungskostenbeitrages;

c) nach dem Abbau der Hauszinssteuer und der Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft Einführung einer allgemeinen Mietsteuer, die die Länder und Gemeinden auf Grund reichsrechtlicher Regelung erheben dürfen;

d) Verkoppelung der Höhe des Verwaltungskostenbeitrages und der Mietsteuer mit den Zuschlägen zu den etwa noch bestehenbleibenden Realsteuern zur Stärkung der Selbstverantwortung in der kommunalen Finanzwirtschaft.

Veröffentlichungen
des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin),
1929, Nr. 49, S. 7/8, 11–15.

65

Aus Diskussionsbeiträgen auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember 1929

I

Herr Direktor [Willy] Wittke, Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller:

Um das durchzuführen, was heute von den Herren Referenten verlangt worden ist, bedarf es einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist. Fest und beständig sind aber keine Attribute deutscher Staatsgewalt, weil man bei uns Demokratie mit Parteiwirtschaft verwechselt. Von den Parteien, von denen jede angeblich nur die Mehrheit braucht, um die Not des deutschen Volkes zu beheben, kann man allenfalls ein Kompromiß verlangen, d. h. also im besten Sinne des Wortes eine halbe Maßnahme. Mit Halbheiten ist uns aber nicht mehr gedient. Das Kompromiß, das in den nächsten Tagen von diesem Reichstage geschaffen werden wird, reicht nicht aus, um die Not unseres Volkes und unserer Wirtschaft, die heute hier mit Ernst und Deutlichkeit geschildert worden ist, zu beheben.

Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, kann es sie nicht meistern, dann wird gar nichts anderes übrigbleiben als wieder einmal, wie es ja bereits 1923/24 der Fall gewesen ist, sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben, was im übrigen eine durchaus zulässige, verfassungsmäßige Sache ist. Man muß versuchen, durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann. – Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt. Das haben andere Stellen bereits vor mir gesagt. Um diesen Weg zu gehen, braucht man allerdings in erster Linie Zivilcourage, eine Eigenschaft, die bei uns leider nicht wild wächst, und in zweiter Linie bedarf es des Mutes zu vorübergehender Unpopularität. Besitzen unsere verantwortlichen Stellen diese beiden Eigenschaften, dann sollte es uns eigentlich nicht bange sein um die Durchführung der allseitig als dringend notwendig erkannten Maßnahmen.

II

Herr Direktor Eugen Schnaas, Berlin:

Wer Gelegenheit gehabt hat, im Laufe der letzten Jahre sich an den Lohnverhandlungen und Manteltarifverhandlungen mit den Gewerkschaften an einen Tisch setzen zu müssen, wird erkannt haben, daß alle Worte von der Gegenseite weit fern vom Gebiet wirtschaftlichen Denkens lagen.

(„Sehr richtig!") Wenn also von höchster Stelle, dem Gewerkschaftsleben nicht fernstehend, Worte von wirtschaftlichem Wirken der Gewerkschaften gefallen sind, so muß man wohl sagen, daß das Haupt nicht weiß, was die Glieder treiben. Ich bin überzeugt, wenn jede Persönlichkeit häufiger an den Verhandlungen der Funktionäre teilnehmen würde, dann würde sie wahrscheinlich sich jenen Worten des verstorbenen Herrn Reichspräsidenten Ebert anschließen, die ich kürzlich gelegentlich einer anderen Versammlung hörte, der gesagt haben soll: In Deutschland wird nicht eher Wirtschaftsfriede sein, als bis 100 000 Parteifunktionäre außer Landes gewiesen sind. („Bravo!" und Zuruf: „Mussolini!") Ob dieses radikale Mittel erforderlich ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Veröffentlichungen
des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Berlin),
1930, Nr. 50, S. 37/38, 41.

66

Aus der Resolution des Politbüros des ZK der KPD über den Kampf gegen den Faschismus vom 4. Juni 1930

I. Die gegenwärtige Situation wird durch die gesteigerten Vorstöße des Faschismus gegen die Arbeiterklasse gekennzeichnet. Die Erhöhung der nationalsozialistischen Stimmenzahlen bei den letzten Wahlen, die Häufung brutaler Mordüberfälle von nationalsozialistischen Terrorgruppen auf die Arbeiterschaft signalisieren den Ernst der faschistischen Gefahr...

II. ...Mit der zunehmenden Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung, mit dem Wachstum des neuen revolutionären Aufschwunges erhebt der Faschismus abermals in Deutschland sein Haupt. Der Charakter der Bewegung hat sich grundlegend geändert. An ihrer Spitze stehen ausschließlich bewußte und skrupellose Agenten des Finanzkapitals, besonders des schwerindustriellen Unternehmertums. Die faschistischen Organisationen sind vollständig in das Staatssystem der bürgerlich-kapitalistischen Republik eingeordnet. Der Faschismus hat seine außenpolitische Orientierung im Sinne der Bündnispolitik mit den imperialistischen Westmächten geändert und agitiert offen für die Teilnahme Deutschlands an einem reaktionären Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

III. Diese Lage zwingt unsere Partei und die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft, den Kampf gegen die faschistische Gefahr auf das äußerste zu verschärfen. Dieser Kampf bildet einen unmittelbaren Bestandteil der breiten proletarischen Gegenoffensive gegen den Unternehmerangriff.

Vor der deutschen Arbeiterklasse steht in ganzer Größe die Aufgabe, den Faschismus und seine Terrorbanden bis zur vollständigen Vernichtung niederzukämpfen. Diese Aufgabe kann nicht nur durch Teilkämpfe und Einzelmaßnahmen gelöst werden, sondern sie bildet eines der entscheidenden Probleme der deutschen Revolution, deren Sieg allein die endgültige Liquidierung des Faschismus, seine physische Vernichtung, sichert.

Das Ziel der faschistischen Bewegung ist die Aufrichtung der faschistischen Diktatur, die blutige Zerschmetterung der gesamten Arbeiterbewegung, die Errichtung eines Regimes des weißen Terrors, der Standgerichte und des Meuchelmordes, wie es die Herrschaft Mussolinis in Italien ist.

Diesem Ziel stellen wir das revolutionäre Klassenziel des Proletariats entgegen: den Sturz des Kapitalismus, die Aufrichtung der proletarischen Diktatur, die Erkämpfung eines Sowjetdeutschlands!

Das stärkere Hervortreten des Faschismus in der gegenwärtigen Periode ist keineswegs ein Zeichen des Rückganges der proletarischen Bewegung, sondern im Gegenteil die Kehrseite des revolutionären Aufschwunges, die unvermeidliche Begleiterscheinung des Heranreifens einer revolutionären Situation. In noch stärkerem Maße, als die faschistischen Kräfte der Bourgeoisie sich sammeln, wachsen die antifaschistischen Kräfte der proletarischen Revolution.

IV. Der Kampf gegen den Faschismus muß als politischer Massenkampf auf breitester Grundlage geführt werden. Er muß eng verbunden werden mit allen Tageskämpfen der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum, mit den Wirtschaftskämpfen der Betriebsarbeiter um höhere Löhne, um den Siebenstundentag, gegen die kapitalistische Rationalisierung, und mit dem entschlossensten Kampf der drei Millionen Erwerbslosen um Brot und Arbeit. In seinem Bestreben, auch in die Reihen der Arbeiterschaft einzudringen und konterrevolutionäre Zellen in den Hochburgen der revolutionären Bewegung zu bilden, versucht der Faschismus in direktem Auftrag des Unternehmertums, die Reihen der Arbeiterschaft zu spalten und zu zersetzen. Die Spaltungspolitik der sozialfaschistischen Führerschaft in allen proletarischen Massenorganisationen, besonders in den Gewerkschaften, leistet dem Faschismus in diesem Bestreben unmittelbare Hilfsdienste.

Unsere Partei macht daher die Herstellung der proletarischen Einheitsfront von unten, die Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten, zur Grundlage ihres Kampfes gegen den Faschismus.

V. Dieser Kampf muß auf ideologischem Gebiet geführt werden durch die rücksichtslose Entlarvung der betrügerischen Phrasen des Faschismus über seinen angeblichen „Kampf gegen den Young-Plan", seinen angeb-

lichen „Kampf gegen den Kapitalismus", seine angebliche „Arbeiterfreundlichkeit". Gegenüber diesen Phrasen muß die Partei die tatsächliche Politik des Faschismus enthüllen.

Unter der Flagge des „Kampfes gegen den Young-Plan" führen die Nationalsozialisten in Deutschland den Young-Plan durch, unterstützen sie gemeinsam mit dem internationalen Finanzkapital die Raub- und Hungerpolitik der Regierung Brüning, handhaben sie durch ihren Thüringer Minister Frick das Verbot des RFB auf Grund der schändlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und bieten sich den Gläubigermächten des Young-Planes als Landsknechte gegen die Sowjetunion an.

Unter der Flagge des „Kampfes gegen den Kapitalismus" betätigen sich die Faschisten als die gemeinsten Soldknechte des Kapitalismus, unterstützen sie die Unternehmeroffensive mit der Waffe in der Hand gegen die Arbeiterschaft, widersetzen sie sich mit terroristischen Mitteln jedem Lohnkampf, jeder Bewegung für die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, organisieren sie die Erschießung und Erstechung der besten proletarischen Kämpfer gegen den Kapitalismus, der Kommunisten, der Roten Frontkämpfer, der roten Sportler, der kommunistischen Jungarbeiter.

Unter der Flagge der „Arbeiterfreundlichkeit" stellen sich die Faschisten in den Dienst der schlimmsten Arbeiterfeinde. An der Spitze ihrer Bewegung stehen die Soldatenschinder des letzten Weltkrieges, die Generale und Offiziere, die Epp und Killinger, Hohenzollernprinzen wie August Wilhelm, Rittergutsbesitzer und adliges Gesindel, Fabrikanten und Ausbeuter jeder Sorte. Die Nationalsozialisten treten, trotzdem sie es immer leugnen, immer wieder als Streikbrecher auf (Berliner Taxistreik). Sie verhindern in den Staats- und Gemeindeparlamenten jede Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Sie unterstützen den Zollwucher, die arbeiterfeindlichen Steuern. Sie verhängen Kopfsteuern, wie die Frick-Regierung in Thüringen, sie bauen die Gehälter der unteren Beamten ab, sie stimmen allen Massenentlassungen und Maßregelungen klassenbewußter Arbeiter zu.

VI. Der Kampf gegen die Faschisten muß der gesamten politischen Linie der Partei entsprechen. Fest verbunden mit dem Tageskampf der Arbeitermassen um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen muß dieser einen entschlossenen, offensiven Charakter tragen. Die beginnende Zersetzung unter der werktätigen Gefolgschaft der faschistischen Bewegung, die zweifellos zunimmt, macht eine Differenzierung zwischen den faschistischen Führern und den irregeführten Massen ihrer werktätigen Anhänger notwendig. Daher ist die schematische Anwendung der Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" im gegenwärtigen verschärften

Stadium des Kampfes unzweckmäßig. Die Hauptlosung muß in der gegenwärtigen Situation der politische und wehrhafte Massenkampf des Proletariats und aller Werktätigen gegen den Faschismus mit dem Ziele seiner vollständigen Vernichtung sein.

VII. Die zunehmenden Bluttaten und Terrorakte der Faschisten rufen die stärkste Erbitterung der gesamten Arbeiterschaft weit über die Reihen der Kommunistischen Partei hervor und steigern in den breitesten Massen den Willen zum entschiedenen Kampf gegen die faschistische Gefahr. Die Kommunistische Partei muß sich an die Spitze dieser Bewegung stellen. Sie hat gegenwärtig außerordentlich günstige Möglichkeiten, große Massen von sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Arbeitern, von Reichsbannerarbeitern, von SAJ- und Jungbannerarbeitern in den aktiven Kampf gegen den Faschismus einzubeziehen. In Verbindung mit der beginnenden Streikwelle und den Wirtschaftskämpfen gegen die Unternehmeroffensive müssen die Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition die stärkste Initiative zur Herstellung der Millionenfront, der proletarischen Einheitsfront von unten gegen den Faschismus und damit zugleich gegen den Bürgerblock und die sozialfaschistischen Führer entfalten.

Die Mobilmachung der breitesten Massen gegen den Faschismus darf sich nicht auf das Industrieproletariat beschränken. Die Partei muß insbesondere die Massen der Landarbeiter, das notleidende städtische Kleinbürgertum, die Beamten und Angestellten, die verelendeten Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden, Handwerker, die verarmten Kleinbauernmassen in allen Teilen des Reiches gegen den Faschismus und seine ausbeuterische, großkapitalistische Politik in den Kampf führen.

VIII. Der politische und wehrhafte Massenkampf gegen den Faschismus hat zur unbedingten Voraussetzung die Differenzierungs- und Zersetzungsarbeit innerhalb des Lagers der werktätigen Anhängerschaft der faschistischen Organisationen. Die Übertritte einer Reihe von Nationalsozialisten zur revolutionären Klassenfront, die steigende Gärung und Unzufriedenheit in der proletarischen und kleinbürgerlichen Gefolgschaft der faschistischen Bewegung (Schleswig-Holstein, Baden, Köln, Berlin-Brandenburg) zeigen, daß es möglich ist, breitere Schichten von Mitgliedern, Anhängern, Mitläufern und Wählern von der faschistischen Bewegung loszulösen.

Die Tätigkeit der Partei auf diesem Gebiet ist völlig unzureichend und muß sofort in höchstem Maße verstärkt werden. Alle Organisationen werden verpflichtet, diese Direktiven des Politbüros über die verstärkte Zersetzungsarbeit innerhalb der faschistischen Anhängermassen unverzüglich durchzuführen.

IX. Gleichzeitig mit dem ideologischen und politischen Kampf ist die

Organisierung des wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus von der allergrößten Bedeutung. Die faschistischen Vorstöße bilden eine ernste Gefahr für die gesamte Arbeiterklasse. Unsere Partei muß gegen diese Gefahr auf bolschewistische Art kämpfen. Das bedeutet die Überwindung zweier falscher Tendenzen in unseren Reihen. Einerseits die Tendenz der terroristischen Verzweiflungstaktik, die das Hauptgewicht des Kampfes auf bewaffnete Einzelakte gegen die Faschisten verlegt; andererseits die Tendenz zum Zurückweichen, zur Panik und zum Pessimismus. Beide Abweichungen haben nichts mit der bolschewistischen Linie unserer Partei zu tun. Der wehrhafte Kampf gegen den Faschismus muß unter allen Umständen ein organisierter Massenkampf sein.

Zu diesem Zweck ist die Mobilmachung aller revolutionären Wehrorganisationen des Proletariats, die Einsetzung aller Massenorganisationen der Arbeiterschaft, insbesondere der roten Sportbewegung, gegen den Faschismus notwendig.

Die Bildung von roten Betriebswehren auf breitester Grundlage unter stärkster Einbeziehung von sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeitern muß in allen Betrieben unter aktiver Mitwirkung der roten Betriebsräte, der revolutionären Vertrauensleute, der Parteizellen, der Betriebsgruppen der RGO und der Betriebsgruppen der proletarischen Wehrorganisationen durchgeführt werden.

Kein Betrieb in Deutschland ohne eine rote Betriebswehr! – das muß die Losung der ganzen Arbeiterklasse werden.

Die Bildung von besonderen Erwerbslosenwehren ist unzulässig. Die Erwerbslosen, die in der vordersten Front des Kampfes gegen den Faschismus stehen, müssen in die antifaschistischen Wehrorganisationen des Wohngebietes und in die Betriebswehren einbezogen werden.

Gegen den Werkfaschismus und die faschistischen Betriebszellen muß ein erbitterter Kampf geführt werden, um mit allen Methoden der Massenaktivität bis zur kollektiven Verweigerung der Zusammenarbeit mit Mitgliedern der faschistischen Mordorganisationen die konterrevolutionären Zellen im Betrieb zu vernichten und diejenigen Arbeiter, die der Werkfaschismus bereits erfaßt hat, von ihnen loszulösen. Hierbei müssen besonders die RGO und die rote Arbeitersportbewegung tatkräftig hervortreten.

Auf dem Lande ist die Bildung roter Gutswehren und antifaschistischer Dorforganisationen durchzuführen.

X. Besonders wichtig ist die Entfesselung des politischen und wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus in solchen Gebieten wie Thüringen und Sachsen, wo die Nationalsozialisten entweder bereits die Staatsmacht erobert haben oder sie in besonders starkem Maße beeinflussen. Der Tempoverlust, den unsere Organisationen in diesen Bezirken im Kampfe

gegen den Faschismus erlitten haben, muß sofort durch größte Aktivität wieder ausgeglichen werden.

Die Rote Fahne (Berlin),
15. Juni 1930.
Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946.
2., durchgesehene Auflage,
Berlin 1955, S. 274–279.

67

Schreiben der Zentral-Streikleitung der Mansfelder Arbeiter an die Direktion der Mansfeld AG mit den am 12. Juni 1930 beschlossenen Forderungen

Die Zentral-Streikleitung der Mansfelder Arbeiter, Sitz Eisleben, hat beschlossen, Ihnen die auf allen Belegschafts- und Streikversammlungen mit überwältigender Mehrheit angenommenen Forderungen zu überreichen.

Wir fordern:

1. Sofortige Zurücknahme aller Lohnkürzungen und Erhöhung der gegenwärtigen Schichtlöhne.
2. Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden unter Tage und 7 Stunden über Tage zur Vermeidung von weiteren Entlassungen und Wiedereinstellung der Erwerbslosen.
3. Verminderung der Lohnklassen, Angleichung der Löhne der Frauen und Jugendlichen an die Löhne der Vollarbeiter.
4. Abschaffung der Sonntagsarbeit unter und über Tage.
5. Übernahme aller Beförderungskosten von und zur Arbeitsstelle durch die Mansfeld AG.
6. Bezahlung sämtlicher Streiktage.

Die Zentral-Streikleitung schlägt vor, über obengenannte Forderungen mit der Mansfeld AG zu verhandeln.

Die Zentral-Streikleitung
der Mansfelder Arbeiter
– Eisleben –

VEB Mansfeld Kombinat „Wilhelm Pieck",
Zentrales Betriebsarchiv, Akte V 1918.
Dr. Werner Imig: Streik bei Mansfeld 1930.
Der Streik der Mansfeld-Arbeiter im Jahre 1930
und seine Unterdrückung
mit Hilfe des Staatsapparates der Weimarer Republik,
Berlin 1958, S. 156/157.

68

Aus den Erinnerungen Otto Brauns an die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 3. Oktober 1930

Auch in der Sozialdemokratischen Partei hatte der Wahlausfall einige Verwirrung ausgelöst. Ich hatte einige Tage ausgespannt, war in den Wald gegangen. Dort erreichte mich folgender Brief des ehemaligen Reichskanzlers.

„Lieber Otto Braun,

am Samstag sagte mir der Staatssekretär Weismann, daß Du nach Ablauf dieser Woche nach Berlin zurückkommen würdest. Von anderer Seite hörte ich, daß Deine Anwesenheit aber nur kurz bemessen wäre. Nun haben wir die Fraktion auf Freitag, den 3. Oktober, vormittags 10 Uhr, nach dem Reichstag einberufen ...

Ich halte es nun für absolut notwendig, daß Du in dieser Fraktionssitzung anwesend bist. Deshalb mache ich Dich heute schon auf die Bedeutung dieser Sitzung so eindringlich aufmerksam. Es kommt hinzu, daß in Versammlungen und in der Presse, wenn von Regierungsbeteiligung die Rede ist, immer wieder Dein Name genannt wird. Man sieht in Dir von sozialistischer Seite die stärkste unverbrauchte Kraft, wie man von bürgerlich-wirtschaftlicher Seite in Dir den deutschen Mussolini – mit Pilsudski will ich Dich nicht vergleichen – glaubt erwachsen zu sehen.

Was die Regierung will, wissen wir im einzelnen nicht. Ganz im Vertrauen kann ich Dir mitteilen, daß natürlich eine lose Fühlung vor einiger Zeit stattgefunden hat. Sicher scheint mir zu sein, daß Brüning zunächst seine Regierung nicht nach rechts und – ich möchte fast sagen – erst recht nicht nach links erweitern will.

Entschuldige, daß ich Deine Ferienstimmung störe. Aber ich sehe doch Gefahr für die deutsche und die preußische Politik, die meiner Überzeugung nach versucht werden muß durch Zusammenarbeit aller Vernünftigen zu bannen. Wenn sich die Partei die ersten Sorgen der Nachwahlzeit abreagiert haben wird, wird die Politik sich wieder leichter führen lassen als zur Zeit.

Mit herzlichen Grüßen

Dein Hermann Müller."

Den Brief übermittelte mir mein Staatssekretär mit dem Bemerken: „Herr Reichskanzler Brüning wünscht dringend eine Unterredung mit Ihnen..."...

Jedenfalls nahm ich in der Fraktion den Standpunkt ein, daß das Kabinett Brüning nicht gestürzt werden dürfte. War man im März 1930 ohne zwingenden Grund aus dem Reichskarren ausgestiegen und hatte Brü-

ning die Zügel in die Hand gespielt, so mußte man nun neben dem Karren hertrotten und verhüten, daß er in den reaktionären Abgrund glitt. Solche Tolerierungspolitik war nicht bequem, aber unter den gegebenen Verhältnissen das kleinere Übel.

Otto Braun: Von Weimar zu Hitler,
Hamburg 1949, S. 177–179.

69

Beschluß des Bezirksvorstandes des Verbandes proletarischer Freidenker Berlin-Brandenburg vom 14. Oktober 1930

In Anbetracht der Tatsache, daß die Berliner Metallarbeiter unter der Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition mutig und kraftbewußt den Streik gegen den Lohnraub durch die Notverordnungen der Brüning-Regierung und den provokatorischen Schiedsspruch des staatlichen Schlichters für 20 Pfennig Lohnerhöhung und Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich proklamiert haben, beschließt der Vorstand einstimmig, daß aus der Verbandskasse sofort 100 Mark an die revolutionäre Streikleitung überwiesen werden, daß jeder Angestellte des Verbandes proletarischer Freidenker sofort fünf Prozent seiner monatlichen Bezüge an die Streikleitung überweist und daß alle Mitglieder des Verbandes, soweit sie in Arbeit stehen und voll arbeiten, einen Stundenlohn an den Streikfonds abführen.

Der Verband proletarischer Freidenker fordert alle seine Mitglieder sowie die Opposition im Sievers-Verband auf, die Metallarbeiter, die auf Vorposten für das ganze Berliner und deutsche Proletariat kämpfen, mit Hingabe und unter Einsatz aller Kräfte zu unterstützen.

Die Rote Fahne (Berlin),
15. Oktober 1930.

70

Aus der Rede Heinrich Brünings im Reichstag am 16. Oktober 1930

Die Reichsregierung hat einen großen Wirtschafts- und Finanzplan aufgestellt zur Überwindung der Krise. Die einzelnen Gesetzesvorlagen werden dem Reichsrat schon in den allernächsten Tagen unterbreitet werden. Voraussetzung für die Durchführung dieses großen Wirtschafts- und Finanzplans, um den die Reichsregierung mit allen parlamentarischen Mit-

teln kämpfen wird – (Lebhafte Zurufe von den Kommunisten: „Lohnabbau! Artikel 48!" – Glocke des Präsidenten. Präsident Löbe: „Meine Herren, ich bitte, nicht dauernd zu unterbrechen." – Zurufe von den Kommunisten. – „Herr Abgeordneter Leow, Ihr Redner kommt ja auch zu Wort!"), ist die Nichtaufhebung der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930...

Gleichzeitig sind aber Anträge eingegangen, die Notverordnung aufzuheben. Die Reichsregierung fordert die Ablehnung dieser Anträge. Sie steht auf dem Standpunkt, daß eine Beseitigung der Notverordnung eine unmittelbare Gefahr für ordnungsmäßige Zustände in Reich, Ländern und Gemeinden bedeutet...

Die Grundlinien des Reformplanes der Reichsregierung sind ein vollkommen ausgeglichener Haushaltsplan für 1931, Selbständigmachen der Arbeitslosenversicherung, Sparsamkeit auf allen Gebieten, auch an den Gehältern, Vereinfachung des behördlichen Apparates, insbesondere auf dem Gebiete der Steuerverwaltung, eine Steuerpolitik, die den Produktionsprozeß nicht unerträglich belastet, vielmehr die Kapitalbildung, namentlich auch bei den kleinen Sparern, fördert, und schließlich die Vorbereitung eines endgültigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Dieser endgültige Finanzausgleich soll Ländern und Gemeinden die Verantwortung, die sie im wesentlichen nur noch für die Ausgaben haben, auch für die Einnahmen wiedergeben.

Die Gehalts- und Preispolitik der Reichsregierung verfolgt, was ich mit Nachdruck betonen möchte, in ihrem auf längere Sicht eingestellten Plan keine dauernde Senkung des Reallohns; sie will vielmehr das sachlich vielfach nicht gerechtfertigte und daher unhaltbare deutsche Preisgebäude unter allen Umständen ins Wanken bringen. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen, ohne daß auch eine gewisse Beweglichkeit in die Gehälter und Löhne gebracht wird (Zurufe von den Kommunisten und Nationalsozialisten), die in Deutschland zu etwa 75 Prozent, sei es durch Gesetz, sei es durch Tarifverträge, gebunden sind. Die Aufgabe, die deutschen Preise der Weltpreislage anzugleichen, ist für unsere wirtschaftliche Gesundung so wichtig und dringend, daß sie selbst dann durchgeführt werden muß, wenn alle Schichten des deutschen Volkes unbequeme Opfer tragen müssen.

Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930. Bd. 444.
Stenographische Berichte (von der 1. Sitzung am 13. Oktober 1930
bis zur 26. Sitzung am 14. Februar 1931),
Berlin 1931, S. 17/18.

71

Aufruf des Reichssekretariats, des Landessekretariats Berlin-Brandenburg und der Frauenabteilung der Internationalen Arbeiterhilfe vom 22. Oktober 1930

Die IAH beginnt am Mittwoch, 22. Oktober, mit der Ausgabe warmer Speisen in IAH-Küchen, zunächst an Metallarbeiter mit mindestens drei Kindern. Um sofort wirksame weitere Hilfe zu bieten, sollen außerdem für Ledige sowie für Streikende, die wohnungslos geworden sind, Freitische bei Genossen beschafft werden.

Die IAH appelliert an die in vielen Kämpfen bewiesene proletarische Solidarität der Berliner Bevölkerung und ist überzeugt, daß dieses Kinderhilfswerk sowie die Beschaffung von Hunderten, ja Tausenden Freitischen für streikende Klassengenossen beschleunigt durchgeführt werden.

Die IAH ruft besonders die Betriebsarbeiterinnen und die proletarischen Hausfrauen zur aktiven Hilfeleistung auf. Proletarische Frauen haben im Mansfelder Kampf bewiesen, daß sie an allen Stellen der proletarischen Front Heldenhaftes zu leisten imstande sind. Proletarische Frauen und Mädchen Groß-Berlins werden den Mansfeld-Frauen nicht nachstehen.

Übt proletarische Solidarität! Es lebe der Kampf der streikenden Berliner Metallarbeiter! Es lebe der Befreiungskampf der Arbeiterklasse!

Reichssekretariat der IAH
Landessekretariat der IAH Berlin-Brandenburg
Frauenabteilung der IAH

Die Rote Fahne (Berlin),
22. Oktober 1930.

72

Aus dem Appell der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, Industriegruppe Bau, des Verbandes der Zimmerer und verwandten Berufe, der Vereinigung der Rohrleger und Helfer, des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands (Opposition) und des Vereins der Bauanschläger an alle Bauarbeiter vom 23. Oktober 1930

Kollegen, Kameraden! 135000 Metallarbeiter streiken gegen Lohnraub, für Erhöhung der Löhne. Wenn der Kampf der Berliner Metallarbeiter siegreich beendet werden soll, dann müssen alle Bauarbeiter den Kampf aktiv unterstützen, das heißt Organisierung des Kampfes um die eigenen Forderungen, Lohnerhöhung, Siebenstundentag mit Lohnausgleich usw.

Darüber hinaus darf kein Bauarbeiter Streikbrucharbeit verrichten

(Eisenverlegen, Montieren, Abladen usw.). Achtet darauf, von wo und welcher Metallfirma Eisen angefahren wird, und meldet solche Fälle sofort an die Zentrale Streikleitung der RGO...

Übt Solidarität mit den Streikenden, denn ihr Kampf ist auch euer Kampf. Jeder Bauarbeiter gibt einen Stundenlohn! Helft den Metallstreik gewinnen, fordert daher Sammellisten von der Zentralen Streikleitung bzw. von den UB-Streikleitungen an.

Die Rote Fahne (Berlin),
23. Oktober 1930.

73

Entschließung des Arbeiter-Theater-Bundes Groß-Berlin, veröffentlicht am 23. Oktober 1930

An die Streikleitung!
An die RGO-Metall!
An alle streikenden Metallarbeiter!

Der Arbeiter-Theater-Bund Groß-Berlin begrüßt euren mutigen Abwehrstreik. Euer Streik ist nicht nur euer Streik, es ist eine der entscheidendsten Schlachten, die seit Jahren gegen das Kapital, gegen das kapitalistische System, geführt werden, und es ist darum der Kampf aller Arbeiter.

Wir werden euch in diesem Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Einstimmig haben wir beschlossen, soweit möglich, in jede Streikversammlung eine Agitproptruppe, in jede Betriebsversammlung noch nicht streikender Betriebe einen roten Stoßtrupp zu schicken, der durch Szenenspiel die ungeheure Arbeit der RGO-Metall unterstützt. Alle diese Spiele werden von den Truppen vollkommen kostenlos übernommen, und darüber hinaus sind alle Truppen verpflichtet worden, bei allen anderen Spielen und Veranstaltungen für den Streikfonds zu sammeln. Wir werden euch helfen, euren Kampf bis zu einem siegreichen Ende zu führen. Fordert uns zu euren Versammlungen an.

Es lebe der Kampf der Berliner Metallarbeiter gegen Lohnabbau, für Lohnerhöhung und Siebenstundentag mit vollem Ausgleich!

Es lebe die Führerin in diesem Kampf, die RGO!

Die Rote Fahne (Berlin),
23. Oktober 1930.

74

Aus der Ansprache Wilhelm Groeners vor den Wehrkreiskommandeuren am 25. Oktober 1930

Seit ich Reichswehrminister bin, ist mein ganzes Sinnen nur auf ein Ziel gerichtet: die Befreiung unseres Landes. Es ist klar, daß ich dieses Ziel weder in die Öffentlichkeit hinausrufen noch bei meinen Frontbesuchen erörtern kann. Dieses Ziel kann nicht im Sturme, sondern nur mit viel Geduld erreicht werden. Die Wehrmacht für diese kommende Zeit als das scharfe Instrument modernster Kriegführung auf die höchste Stufe zu entwickeln und es zu gegebener Zeit auszubauen, ist mein Bestreben in den schweren parlamentarischen Kämpfen gewesen. Die ganze Wehrmacht müßte allmählich wissen, wie ich in diesen Kämpfen ihre Interessen gewahrt und sie frei von jeder politischen Beeinflussung, vor allem von linker Seite, gehalten habe.

Dorothea Groener-Geyer:
General Groener. Soldat und Staatsmann,
Frankfurt am Main (1955), S. 272/273.

75

Aus der Resolution der Plenartagung des ZK der KPD vom 15. bis 17. Januar 1931

Angesichts der wachsenden Zuspitzung der Klassensituation und der drohenden Hungerkatastrophe für die breitesten Massen ergibt sich die Aufgabe für die Partei, auf der Linie unseres Freiheitsprogrammes den revolutionären Ausweg aus der Krise zu propagieren. Damit wird die Losung der Volksrevolution zur strategischen Hauptlosung der Partei. Die Volksrevolution ist nur ein Synonym der proletarischen, sozialistischen Revolution. Die Anwendung dieser Losung kann nicht im Sinne einer kurzfristigen Aktionslosung, sondern muß als Zusammenfassung aller bestehenden Bewegungen erfolgen, als strategisches Ziel, dem alle Tageskämpfe, Teilaktionen und Teilforderungen untergeordnet sind.

Mit der Verschärfung der Situation, der Entstehung von Tendenzen einer revolutionären Krise wird der politische Massenstreik zum wichtigsten Kampfmittel in dieser Situation. Die Partei muß unter den breitesten Massen den Charakter der proletarischen sozialistischen Revolution als einer wirklichen Volksrevolution unter der Hegemonie des Proletariats im Sinne von Marx und Lenin klären und verankern.

Die Volksrevolution erfordert die Eroberung der Mehrheit des Prole-

tariats durch die Kommunisten und die Führung aller ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der Bevölkerung, besonders des notleidenden Mittelstandes und der werktätigen Bauernmassen, durch das klassenbewußte Proletariat und seine Vorhut, die Kommunistische Partei. Damit wird zugleich eine entschlossene Wendung der Partei zur Verstärkung ihrer Arbeit unter den werktätigen Schichten in Stadt und Land notwendig, die Mobilisierung der ruinierten und in tiefster Gärung befindlichen kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen zu ihrer Sammlung für den gemeinsamen Kampf mit dem Proletariat, den Angestellten und den unteren Beamten für die Vernichtung der kapitalistischen Profitwirtschaft und den Sieg des Sozialismus.

Die Rote Fahne (Berlin),
21. Januar 1931.

76

Aus den protokollarischen Niederschriften über Besprechungen des Reichskanzlers Heinrich Brüning mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 17. März und 15. Juni 1931

I

Am 17. März 1931 empfing der Herr Reichskanzler in Gegenwart des Reichsministers der Finanzen Dietrich und des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald die Führer der sozialdemokratischen Fraktion, nämlich die Abgeordneten Dr. Breitscheid, Dr. Hertz, Dr. Hilferding und Wels.

Der Abgeordnete Dr. Breitscheid setzte die schwere Situation auseinander, in der sich die sozialdemokratische Fraktion unter den gegenwärtigen Verhältnissen befände. Da im Laufe des heutigen Nachmittags eine Fraktionssitzung stattfinde, müsse er über die Stellungnahme der Reichsregierung zu den akuten Fragen Bescheid haben ...

Die Vertagung des Reichstags bis zum November würde in der Fraktion schwer zu erreichen sein. Aus demokratischen Gründen könne seine Fraktion eine solche Vertagung nicht annehmen, da es sich mit der Demokratie nicht vereinbaren lasse, das Parlament so lange auszuschalten, zumal in der Zwischenzeit grundsätzliche Maßnahmen getroffen werden müßten ...

Aus all diesen Erwägungen heraus könne er im Namen der sozialdemokratischen Fraktion dem Herrn Reichskanzler gegenüber nur die Bitte aussprechen, den Reichstag nicht bis zum November zu vertagen ...

Der Abgeordnete Dr. Breitscheid stellte im Laufe der Aussprache fest, daß das Ergebnis der Besprechung für die Sozialdemokratie sehr gering

sei. Die Volkspartei ertrage es nicht, daß neue Steuern gemacht würden. Auf der anderen Seite mute man der Sozialdemokratischen Partei sehr viel zu. Man müsse auch einmal der Volkspartei mit Energie entgegentreten.

Aus den Erklärungen des Reichskanzlers entnehme er, daß, wenn die Sozialdemokratie nicht für eine Vertagung des Reichstags eintrete, das eine Kabinettskrise bedeute. Er könne noch immer nicht einsehen, warum man nicht zu Pfingsten kurz zusammentreten könne. Denn man müsse doch auch überlegen, was es für die Sozialdemokratie bedeute, wenn es bis Oktober keinen Reichstag gebe. Gegen diktatorische Vollmachten würde die Sozialdemokratie keine Bedenken haben, aber sie müsse vorher wissen, was die Regierung wolle. Solche allgemeinen Auskünfte, wie sie den sozialdemokratischen Führern heute in der Besprechung erteilt worden seien, könne er unmöglich in der Fraktion vortragen. Auch der Reichsminister der Finanzen rede sehr geheimnisvoll. Er habe den Eindruck, daß man die schlechte Stellung der Sozialdemokratie ausnütze. Der Effekt sei der, daß sich die Regierung für die Dauer nicht halten könne. Im Hinblick auf den Parteitag in Chemnitz vom 31. Mai sprach der Abgeordnete Breitscheid noch einmal die dringende Bitte aus, der Sozialdemokratie die Situation nicht allzusehr zu erschweren.

Der Abgeordnete Wels betonte, daß man der Arbeiterschaft eine Vertagung bis zum Herbst nicht klarmachen könne. Man müsse sich auch psychologisch so einstellen, daß die Führer der Sozialdemokratie einen gewissen Erfolg auf dem Parteitag erzielen können. Auf die Volkspartei nehme man dauernd Rücksicht. Die Sozialdemokratie sei nicht Hörige der Volkspartei. Jede Werbekraft der Sozialdemokratie gehe verloren, wenn sie in eine Vertagung bis zum Herbst ohne weiteres einwillige. Im Interesse des demokratischen Staates sei es unbedingt geboten, daß man auf die Wünsche der sozialdemokratischen Fraktion auch in der Vertagungsfrage mehr Rücksicht nehme. Er glaube nicht, daß die Volkspartei den Etat ablehnen werde, wenn man ihre Wünsche nicht erfülle. Man solle dies in Ruhe abwarten...

Der Abgeordnete Wels schlug im Laufe der weiteren Aussprache vor, den Reichstag bis zum Oktober mit der Formel zu vertagen, daß dem Reichstagspräsidium das Recht eingeräumt werde, den Reichstag früher einzuberufen, wenn die Reichsregierung es erfordere.

II

Der Abgeordnete Breitscheid führte aus, daß auch die sozialdemokratische Fraktion unbedingt für die Finanzsanierung eintrete und daß sie bei der Erreichung dieses Zieles mitarbeiten solle...

Mit Erklärungen, wie der Reichskanzler sie abgegeben habe, wären die Leute draußen im Lande nicht zu beruhigen. Niemand garantiere dafür,

ob und was bei dem Verhandeln etwa herauskommen werde. Er rege daher an, sich zwar nicht auf die Einberufung des Reichstages festzulegen, aber doch damit einverstanden zu sein, daß der Hauptausschuß [Haushaltsausschuß] des Reichstages einberufen werde. Dadurch werde ein Ventil geschaffen, damit sich die Stimmung der Unzufriedenen Luft machen könne. Durch die Einberufung des 5. Ausschusses [Haushaltsausschusses] werde gewissermaßen nur eine Kulisse geschaffen. Man könne den Leuten im Lande dann wenigstens verständlich machen, daß Verhandlungen im Gange seien. Dieser Ausweg sei das äußerste Entgegenkommen, zu dem die Sozialdemokratie bereit sei.

Der Abgeordnete Hilferding setzte sich gleichfalls für die Einberufung des Hauptausschusses des Reichstags ein.

Bundesarchiv Koblenz, Akten der Reichskanzlei R 43 I/1021.
Zit. nach: Das Ende der Parteien 1933.
Hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey,
Düsseldorf (1960), S. 205/206, 208/209, 212/213.

77

Aus der Enzyklika „Quadragesimo anno" vom 15. Mai 1931

Berufsständische Ordnung

In heißem Bemühen aber müssen Staatsmänner und gute Staatsbürger dahin trachten, aus der Auseinandersetzung zwischen den Klassen zur einträchtigen Zusammenarbeit der Stände uns emporzuarbeiten.

Erneuerung einer ständischen Ordnung also ist das gesellschaftliche Ziel. Bis zur Stunde dauert ja der unnatürlich-gewaltsame Zustand der Gesellschaft fort und ermangelt infolgedessen der Dauerhaftigkeit und Festigkeit; ist doch die heutige Gesellschaft geradezu aufgebaut auf der Gegensätzlichkeit der Interessenlagen der Klassen und damit auf dem Gegensatz der Klassen selbst, der allzuleicht in feindseligen Streit ausartet. Zwar ist Arbeit, wie Unser Vorgänger in seinem Rundschreiben darlegt, keine feile Ware, vielmehr ist in ihr immer die Menschenwürde des Arbeiters zu achten; auch kann sie nicht wie irgendeine beliebige Ware im Markte umgehen. Nichtsdestoweniger läßt bei der heutigen Sachlage Nachfrage und Angebot der Arbeitskraft die Menschen auf dem „Arbeitsmarkt" zwei Klassen, sozusagen zwei Kampffronten bilden; die Auseinandersetzung dieser Arbeitsmarktparteien aber macht den Arbeitsmarkt zum Kampffelde, auf dem die beiden Parteien in heißem Streite miteinander ringen. Die Notwendigkeit schleunigster Abhilfe gegenüber diesem Zustand, der eine Gefährdung der menschlichen Gesellschaft bedeutet, kann

niemand verkennen. Durchgreifende Abhilfe aber hat die Ausräumung dieses Gegensatzes zur unerläßlichen Voraussetzung und erscheint kaum anders möglich als dadurch, daß wohlgefügte Glieder des Gesellschaftsorganismus sich bilden, also „Stände", denen man nicht nach der Zugehörigkeit zur einen oder andern Arbeitsmarktpartei, sondern nach der verschiedenen gesellschaftlichen Funktion des einzelnen angehört. Denn genau, wie die nachbarschaftliche Verbundenheit die Menschen zur Gemeinde zusammenführt, so läßt die Zugehörigkeit zum gleichen Beruf – gleichviel ob wirtschaftlicher oder außerwirtschaftlicher Art – sie zu Berufsständen oder berufsständischen Körperschaften sich zusammenschließen. Das eine ist so natürlich wie das andere. Darum werden ja auch diese autonomen Körperschaften, ohne Wesensbestandsstücke der bürgerlichen Gesellschaft zu sein, doch gern als ihre naturgemäße Ausstattung bezeichnet.

Ordnung bedeutet, wie der hl. Thomas meisterhaft ausführt, Einheit in wohlgegliederter Vielheit. Eine rechte gesellschaftliche Ordnung verlangt also eine Vielheit von Gliedern des Gesellschaftskörpers, die ein starkes Band zur Einheit verbindet. Die Kraft eines solchen Einheitsbandes besitzen einmal die Güter und Dienstleistungen, deren Erzeugung bzw. Darbietung die Angehörigen des gleichen Berufsstandes, gleichviel ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, obliegen, zum andernmal das Gemeinwohl, zu dem sämtliche Berufsstände, jeder zu seinem Teil, mitzuwirken und beizutragen haben. Um so kraftvoller und wirksamer aber wird die Einheit sein, je hingebender alle, die einzelnen und die Stände, ihren Beruf erfüllen und Hervorragendes darin zu leisten sich bemühen...

Wandlungen im Sozialismus

Aber nicht nur das Bild der Wirtschaft hat sich seit den Tagen Leos XIII. gewandelt. Mindestens in gleichem Maße gilt dies von dem Gegner, gegen den Leo XIII. zu kämpfen hatte, vom Sozialismus. War der Sozialismus zu Leos Zeiten in der Hauptsache wenigstens ein einheitliches Gebilde mit einem bestimmten und geschlossenen Lehrsystem, so hat er sich heute in zwei einander scharf entgegengesetzte und einander leidenschaftlich bekämpfende Hauptrichtungen auseinander entwickelt, ohne allerdings die dem ganzen Sozialismus gemeinsame widerchristliche Grundlage verlassen zu haben.

a) Die schärfere Richtung: Kommunismus

Nach der einen Seite hin hat der Sozialismus die gleiche Vermachtung durchgemacht, die Wir soeben von der sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsweise beschrieben haben. Dieser zum Kommunismus gewordene Sozialismus verfolgt in Theorie und Praxis seine beiden Hauptziele: schärfster Klassenkampf und äußerste Eigentumsfeindlichkeit. Nicht auf Schleich-

und Umwegen, sondern mit offener und rücksichtsloser Gewalt geht er aufs Ziel. Vor nichts schreckt er zurück; nichts ist ihm heilig. Zur Macht gelangt, erweist er sich von unglaublicher und unbeschreiblicher Härte und Unmenschlichkeit. Die unseligen Trümmer und Verwüstungen, die er in dem ungeheueren Ländergebiet von Osteuropa und Asien angerichtet hat, sprechen eine beredte Sprache. In welchem Maße dieser kommunistische Sozialismus offen kirchenfeindlich und gottfeindlich ist, das ist leider nur zu sehr bekannt, nur zu sehr durch Tatsachen belegt! Für die guten und treuen Kinder der Kirche bedarf es da wahrlich keiner Warnung mehr vor dem gottlosen und ungerechten Kommunismus.

Aber nur mit tiefem Schmerz können Wir die Sorglosigkeit derer mit ansehen, die, der von dieser Seite drohenden Gefahr nicht achtend, ruhig zusehen, wie die Bestrebungen eines gewaltsamen und blutigen Umsturzes in alle Welt getragen werden.

Noch schärfere Verurteilung aber verdient der Leichtsinn, der um all dieses unbekümmert Zustände weiterbestehen läßt, die den fruchtbaren Nährboden berechtigter Unzufriedenheit abgeben und so der angestrebten Weltrevolution Schrittmacherdienste leisten.

b) Die gemäßigtere Richtung im Sozialismus

Anders verhält es sich mit der gemäßigteren Richtung, die auch heute noch die Bezeichnung „Sozialismus" weiterführt. Dieser Sozialismus verzichtet nicht nur auf die Anwendung roher Gewalt, sondern kommt mehr oder weniger selbst zu einer Abmilderung des Klassenkampfes und der Eigentumsfeindlichkeit, wenn nicht zu ihrer gänzlichen Preisgabe. Erschreckt vor seinen eigenen Grundsätzen und den vom Kommunismus davon gemachten Anwendungen wende, so möchte man meinen, der Sozialismus sich wieder zurück zu Wahrheiten, die christliche Erbweisheit sind, oder tue jedenfalls einige Schritte darauf zu. Unleugbar ist hier gelegentlich eine bemerkenswerte Annäherung sozialistischer Programmforderungen an die Postulate einer christlichen Sozialreform zu beobachten.

Papst Pius XI.:
Weltrundschreiben über die Gesellschaftliche Ordnung,
ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung
nach dem Heilsplan der Frohbotschaft, zum 40. Jahrestag
des Rundschreibens Leos XIII. „Rerum novarum".
Authentische deutsche Übertragung,
Berlin 1931, S. 27/28, 34/35.

78

Bauernhilfsprogramm der KPD, verkündet am 16. Mai 1931

Hilfe für die unterdrückten Bauern

Die Schulden der kleinen und mittleren Bauern, Winzer, Gemüsebauern und Kleinfischer betragen mindestens 5 Milliarden Mark.

Wir verlangen Niederschlagung dieser Schuldenlast!

Die Schuldenzinsen der werktätigen Bauern an die Banken und Geldwucherer betragen jährlich mindestens 500 Millionen Mark.

Weg mit diesem Tribut an das Finanzkapital!

Die direkten Steuern der kleinen Bauern betragen mindestens 150 Millionen Mark jährlich.

Wir fordern Aufhebung dieser Steuerlast und Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern!

Die indirekten Steuern, die den werktätigen Bauern beim Kauf von Produkten stark belasten, durch Verteuerung der Lebenskosten der städtischen Massen den Absatz der Produkte der Bauernwirtschaft stark einschränken und eine Hauptursache der großen Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sind, betragen rund 5 Milliarden Mark.

Wir fordern Aufhebung der indirekten Steuern!

Die Pachtlasten der werktätigen Bauern betragen jährlich mindestens 400 Millionen Mark.

Wir fordern Aufhebung dieses Tributs an die Großgrundbesitzer!

18 000 landwirtschaftliche Großbetriebe verfügen in Deutschland über 5,2 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (ungerechnet Forstbesitz).

Wir fordern entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne!

2,5 Milliarden Mark gibt die Brüning-Regierung für sogenannte Osthilfe den ostelbischen Junkern, Großbauern und Bankherren.

Wir fordern staatliche Beihilfe für die werktätigen Bauern, Bereitstellung der 2,5 Milliarden Osthilfemittel ausschließlich für die Werktätigen!

Die Futtermittel- und Industriezollpolitik der Brüning-Schiele-Regierung erhöht die Produktionskosten der bäuerlichen Wirtschaft um etwa 40 Prozent. Die Getreidezölle verteuern die Lebenshaltung der auf Zukauf von Brotgetreide angewiesenen Kleinbauern, schränken die Konsumkraft der Massen und damit die Absatzmöglichkeit für die Produkte der Bauernwirtschaft enorm ein.

Wir fordern Aufhebung der volksfeindlichen Zölle!

Hunderttausende kleine Bauern, Bauernsöhne und -töchter haben durch Massenarbeitslosigkeit den zur Erhaltung der bäuerlichen Existenz not-

wendigen Verdienst aus Lohnarbeit verloren. Die Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Deutschland bedeuten allein eine Verminderung des Masseneinkommens und der Konsumkraft um 5 Milliarden Mark jährlich. Wiederherstellung dieser Konsumkraft bedeutet Erweiterung des Absatzmarktes für landwirtschaftliche Produkte um 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion. Das von der Kommunistischen Partei aufgestellte Programm zur Arbeitsbeschaffung durch Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden in der Woche mit Lohnausgleich, Wohnungs- und Straßenbau, Flußregulierung usw. ermöglicht Arbeit für alle Arbeitslosen und Hebung der Massenkonsumkraft.

Wir fordern beschleunigte Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD!

Durch Gesetze und Verordnungen haben der Reichstag und die Regierung bestimmt, daß Zehntausende der von Arbeitslosigkeit betroffenen, auf Lohnarbeit angewiesenen Kleinbauern, der Bauernjugend wie auch der Kleinfischer keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, damit der Ruin ihrer kleinen Wirtschaft beschleunigt wird.

Wir fordern volle Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, auch für die von Arbeitslosigkeit betroffenen kleinen Bauern, die Bauernjugend und die Kleinfischer!

Die Belastung durch Altenteile, zur wohlerworbenen Sicherung des Lebensabends der alten Bauern und Bäuerinnen, ist für Hunderttausende bäuerliche Betriebe untragbar geworden. Ausgaben für erkrankte Familienmitglieder (Arzt und Arzneikosten usw.) können größtenteils von den bäuerlichen Massen nicht mehr getragen werden. Altenteil und Krankenkosten belasten die bäuerlichen Wirtschaften mit mindestens 500 Millionen Mark jährlich.

Wir fordern staatliche Alters- und Krankenfürsorge für die Kleinbauernschaft, die Winzer und Fischer!

Durch ihre faschistische Verordnung vom 27. März 1931 verfügte die Brüning-Schiele-Regierung zugunsten der Großagrarier die zwangsweise Einschränkung des Anbaus von Zuckerrüben um 30 bis 40 Prozent für die bäuerlichen Zuckerrübenpflanzer. Mit Hilfe des Reichsbranntweinmonopols verfügt die Regierung zugunsten der großen Brennereien eine unerhörte Einschränkung des Brennrechtes der kleinbäuerlichen Brenner.

Wir fordern sofortige Aufhebung der Zuckerrüben-Kontingentierungsverordnung vom 27. März 1931 und Aufhebung der Beschränkung des Brennrechts der bäuerlichen Kleinbrenner!

Die Unternehmer führen eine unerhörte Offensive zum Abbau der Löhne der Arbeiter und Angestellten um 10 bis 30 Prozent. Die Durchführung dieses Lohnraubes würde eine Senkung der Massenkonsumkraft um weitere 4 bis 5 Milliarden Mark und damit eine weitere Einschrän-

kung des Absatzmarktes für Agrarprodukte um etwa 30 bis 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion bedeuten, ferner auch Senkung des Einkommens der noch in Lohnarbeit stehenden Kleinbauern und der Bauernjugend. Unter Führung der Kommunistischen Partei und der RGO muß deshalb die werktätige Bauernschaft den Kampf des Proletariats unterstützen:

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Rund 2 Milliarden Mark jährlich betragen die durch den Young-Plan festgelegten Reparationslasten, die die deutschen Kapitalisten voll und ganz aus den arbeitenden Massen herauspressen.

Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!

Die Bourgeoisie schwätzt von Erleichterungen und Beseitigung der Reparationslasten, denkt dabei aber nur an die Geldsäcke der Reichen und die Erhöhung ihrer Profite.

Ihre Losung ist: Den Reichen geben und den Armen stehlen!

Darum werden alle diese Kampfforderungen zur Hilfe der werktätigen Bauernschaft von dieser Kapitalistenregierung mißachtet und auf das entschiedenste bekämpft.

Das werktätige Landvolk muß sich unter Führung der Kommunistischen Partei für diese Bauernforderungen einsetzen und im festen Bündnis mit dem Industrieproletariat für die Durchführung dieser Forderungen überall kämpfen. Die einzige Garantie für die siegreiche Durchführung der Forderungen ist der gemeinsame Kampf für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für die Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Regierung, das heißt für ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland!

Die Rote Fahne (Berlin),
22. Mai 1931. ●
Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946,
2., durchgesehene Auflage, Berlin 1955, S. 308–310.

79

Arbeitsbeschaffungsplan der KPD, veröffentlicht im Mai 1931

Was tut not? Die KPD zeigt euch den Weg!

Viereinviertel Millionen Arbeiter in Stadt und Land leiden unter der Geißel der Erwerbslosigkeit, dem sichtbarsten Zeichen der kapitalistischen Krise. Alle Versprechungen der regierenden Minister auf Arbeitsbeschaffung sind nicht in Erfüllung gegangen. Der Herbst und Winter werden ein gewaltiges, neues Anschwellen der Erwerbslosigkeit bringen.

Schon heute sprechen selbst kapitalistische Zeitungen von 6 bis 7 Millionen Erwerbslosen im kommenden Winter. Dazu tritt die steigende Kurzarbeit, die die Löhne teilweise auf die Hungerunterstützung der Erwerbslosen herabdrückt und bereits drei Millionen Arbeiter betrifft.

Die herrschenden Finanzkapitalisten und ihre politischen Vertrauensleute von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalsozialisten haben ihre völlige Unfähigkeit bewiesen, die katastrophale Entwicklung der Erwerbslosigkeit zu verhindern. Das kapitalistische System trägt die Schuld an diesem millionenfachen Elend der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Die Brüning-Diktatur mit ihrem Sparprogramm aber ist drauf und dran, durch eine neue Notverordnung die Ärmsten der Armen noch tiefer in die unerträgliche Not zu stoßen.

Gegen die Katastrophenpolitik der herrschenden Klasse, gegen das Raubprogramm des Trust- und Finanzkapitals, gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde setzt die Kommunistische Partei Deutschlands ihren Arbeitsbeschaffungsplan, der den Millionen Erwerbslosen Arbeit und Brot geben kann.

Die Kommunistische Partei Deutschlands fordert folgende Maßnahmen und ruft die Massen des werktätigen Volkes in Stadt und Land zum Kampf für diese Forderungen auf:

1. Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten

1. Herabsetzung der Maximalarbeitszeit auf 7 Stunden täglich bzw. 40 Stunden pro Woche bei der Zahlung des vollen Lohnausgleichs. Für Bergarbeiter und Arbeiter in gesundheitsschädlichen Betrieben sowie für Jugendliche die Einführung des sechsstündigen Arbeitstages. Jede Leistung von Überstunden ist verboten.

Trotz Massenerwerbslosigkeit arbeiten Millionen Arbeiter und Angestellte zur Zeit über 48 Stunden pro Woche. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 bzw. 6 Stunden schafft freie Arbeitsplätze für viele Hunderttausende von Arbeitslosen.

Gewaltig ist die Zahl der arbeitslosen Angestellten. Von den $3^1/_2$ Millionen Angestellten, die im Betrieb sind, arbeitet der größte Teil über 8 Stunden pro Tag. Durch Verkürzung des Arbeitstages können zirka 500 000 erwerbslose Angestellte Arbeitsmöglichkeiten erhalten.

Etwa $2^1/_2$ Millionen Jugendliche sind zur Zeit beschäftigt. Die Verkürzung des Arbeitstages auf 6 Stunden kann für etwa eine halbe Million Jugendliche Arbeitsmöglichkeiten bieten.

2. Millionen alter, längst pensionsfähiger Arbeiter hindern die zur Zeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen und die Furcht vor den Hungerrenten in der Sozialversicherung, aus dem Produktionsprozeß auszuscheiden. Die Altersgrenze in der Invaliden- und Knappschaftsversicherung

ist deshalb auf 60 Jahre herabzusetzen und all den Arbeitern, die dieses Alter erreicht haben, freizustellen, aus den Betrieben auszuscheiden. Zur gleichen Zeit ist die jetzt geltende Invalidenrente von durchschnittlich 36,40 M. im Monat auf 100 M. zu erhöhen. Für alle zuschlagsberechtigten Angehörigen ist ein monatlicher Zuschlag von je 25 M. zu zahlen.

Die Berufsunfähigkeitsgrenze ist von 66⅔ auf 50 Prozent herabzusetzen. Alle Arbeiter über 50 Jahre haben bei Erreichung dieser Berufsunfähigkeitsgrenze Anspruch auf Pensionierung und Pension in der Höhe der vorgenannten Sätze.

Von den 2,7 Millionen Personen, die im Produktionsprozeß tätig sind und das Alter von 50 Jahren bereits überschritten haben, würde sich bei Erhöhung der Altersrente die große Mehrheit einverstanden erklären, ihre Arbeitsplätze den Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen.

Anspruch auf Altersrente haben auch Kleinbauern und Kleinhandwerker, soweit der Besitz des Kleinbauern eine Ackernahrung nicht übersteigt und das jährliche Durchschnittseinkommen des Kleinhandwerkers dem jährlichen Durchschnittseinkommen eines qualifizierten Arbeiters der betreffenden Industriegruppe und des Ortes entspricht.

Die notwendigen Mittel sind durch Zuschuß des Staates bereitzustellen.

3. Wiederherstellung der durch die Lohnabbaumaßnahmen des Unternehmertums gekürzten Löhne.

Durch den bereits vollzogenen Lohn- und Gehaltsraub ist das Gesamteinkommen der Arbeiterklasse um 4–5 Milliarden Mark verringert worden. Der Lohnausfall durch Kurzarbeit beträgt etwa 1 Milliarde, durch Erwerbslosigkeit etwa 4 Milliarden. Die Wiederherstellung des vollen Lohneinkommens der Arbeiterklasse würde die Konsumkraft des Proletariats um 9–10 Milliarden Mark erhöhen und damit zusätzliche Beschäftigung für die Arbeitslosen schaffen.

4. Anträge auf Stillegung und Einschränkung der Betriebe, die Vornahme von Entlassungen von Arbeitern und Angestellten zum Zwecke der weiteren Rationalisierung, Herabsetzung der Löhne und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind untersagt. In allen Fällen, wo Betriebsstilllegungen aus vorgenannten Gründen durchgeführt sind, sind diese rückgängig zu machen.

5. Alle frei werdenden Arbeitsplätze sind den Arbeitsämtern zu melden. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch die Arbeitsämter unter Kontrolle der von Erwerbslosen und Betriebsarbeitern in halbjährlichem Turnus zu wählenden Vertrauensmänner.

2. Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten

Zur Schaffung weiterer Arbeitsmöglichkeiten ist folgendes durchzuführen:

1. Erweiterung des Wohnungsbauprogramms um 300 000 Wohnungen jährlich.

Nach den amtlichen Angaben fehlen mehr als 1 Million Wohnungen. Die Berechnungen des Statistischen Amtes weisen auf, daß in den Jahren 1931–1935 1 274 000 neue Wohnungen gebraucht werden. Dabei plant die Brüning-Regierung, im Jahre 1931 höchstens 165 000 Wohnungen bauen zu lassen. Aber auch diese geringe Zahl von Wohnungen soll nicht geschaffen werden, da angeblich die Mieter dazu fehlen. In Berlin allein wohnen 113 000 Familien zur Untermiete, 40 000 in menschenunwürdigen Kellerwohnungen. Berlin wird aber 1931 nur 12 000 bis 14 000 Wohnungen bauen.

Um der dringenden Wohnungsnot zu steuern, müssen jährlich mindestens 300 000 Wohnungen mehr gebaut werden. Da die Herstellung einer Arbeiterwohnung durchschnittlich 10 000 Mark kostet, würde eine Summe von 3 Milliarden ausreichen, um die zusätzlichen Wohnungen zu erstellen. Bei Erfüllung dieses Bauplans könnten gegen 220 000 Bauarbeiter das ganze Jahr Beschäftigung erhalten.

Die unhygienischen, oft menschenunwürdigen Wohnungen der Landarbeiter und Kleinbauern müssen bevorzugt durch Wohnungen, die den Anforderungen der Hygiene entsprechen, ersetzt werden.

Ebenfalls ist die systematische Sanierung der Elendsquartiere in den Kommunen durch Beseitigung der Altstädte, der alten Häuser und Straßen zu betreiben. Eine Neuaufschließung dieser Stadtteile durch Neubauten einwandfreier Arbeiterwohnungen, Straßen, Kanalisierung, Grünflächen ist sofort in Angriff zu nehmen.

2. Sofortige Inangriffnahme der bisher immer wieder aufgeschobenen Erneuerungsarbeiten bei der Reichsbahn und den sonstigen öffentlichen Verkehrseinrichtungen. Durchführung der Elektrifizierung der Reichsbahn in den wichtigsten Industriebezirken, sofortige Inangriffnahme des Baus der Schnellbahn Köln–Dortmund.

Die Betriebssicherheit der Reichsbahn ist durch die Vernachlässigung der 7000 Kilometer erneuerungsbedürftigen Oberbaus außerordentlich gefährdet. Eine große Anzahl der Eisenbahnbrücken, Tunnels und ähnlicher Bauten sind aus gleichen Gründen dringend reparaturbedürftig. Außerordentliche Rückstände zeigen sich in den Reparaturarbeiten an Fahrzeugen und sonstigem rollendem Material. Trotzdem hat die Hauptverwaltung der Reichseisenbahn eine große Anzahl von Werkstätten geschlossen und Arbeiter zur Entlassung gebracht.

Die Durchführung der Elektrifizierung der Reichsbahn auf den wichtigsten Strecken, insbesondere in Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland, Sachsen und Oberschlesien, ist ein dringendes Bedürfnis.

Die Inangriffnahme dieser Arbeiten würde ermöglichen, daß die bereits

abgebauten Reichsbahnarbeiter wieder eingestellt und einer Reihe von Industriezweigen große neue Aufträge erteilt werden können. Die Ausgaben für diese Zwecke sind auf 700 bis 800 Millionen Mark anzusetzen.

3. Sofortige Instandsetzung der Straßen; Ausbau des Straßennetzes; Bau besonderer großer Durchgangsstraßen für die raschere und staubfreie Abwicklung des Auto-, Güter- und Personenverkehrs.

In fast allen Teilen Deutschlands sind die Kreisstraßen in einem außerordentlich schlechten Zustand. Für den steigenden Verkehr reicht das vorhandene Straßennetz bei weitem nicht aus. Zur Durchführung dieser Arbeiten müßten etwa 200 Millionen Mark bereitgestellt werden.

4. Durchführung von Arbeiten zur Eindeichung und Regulierung bzw. Kanalisierung der Flüsse, insbesondere der Oder, Elbe, Saale.

5. Beschleunigte Vollendung der bereits angefangenen Kanalbauten.

6. Bau von Talsperren, insbesondere in Schlesien, Sachsen, Baden, Bayern und Thüringen.

7. Durchführung von Meliorationen: Entwässerung oder Bewässerung zur Fruchtbarmachung großer brachliegender Flächen, Moore usw.

8. Bau von Krankenhäusern und Heimstätten, Erholungs- und Kinderheimen.

9. Bau von gemeindeeigenen Landarbeitersiedlungen.

10. Errichtung von gemeindeeigenen Sport- und Spielplätzen, Turn- und Schwimmhallen, Grünflächen und Parkanlagen in den Arbeitervierteln.

Alle auf der Grundlage dieses Arbeitsbeschaffungsplanes durchzuführenden Arbeiten dürfen nur zu den tariflichen Löhnen erfolgen. Durchführung von Zwangsarbeit für Unterstützungsempfänger aller Art ist verboten. Allen Beschäftigten ist ohne Unterschied, ob Mann, ob Frau, der gleiche Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen.

3. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

Alle Anträge der Kommunisten im Reichstag auf Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten haben die Brüning-Regierung und die Sozialdemokratie stets mit der Ausrede abgelehnt, daß Geldmittel für die Durchführung nicht vorhanden seien. Für die „Osthilfe" zugunsten der Großagrarier hat diese Regierung 2 Milliarden Mark hinausgeworfen, Hunderte von Millionen an Subventionen für Trusts und Konzerne werden ausgegeben. Nur für Arbeitsbeschaffung ist „kein Geld da". Dabei hat die Kommunistische Partei durch ihre Reichstagsfraktion wiederholt die Möglichkeiten zur Finanzierung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms aufgezeigt.

Wir heben hervor:

1. Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke. Ein Betrag von

755,4 Millionen für Reichswehr und Marine, 43,7 Millionen für Luftrüstungen, 41 Millionen für offene und versteckte Rüstungsausgaben.

2. Streichung aller Ausgaben für die militarisierte Polizei. Das Reich gibt dafür 190 Millionen, die Länder [geben] etwa 700 Millionen aus.

3. Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten und Angestellten in öffentlichen Stellen, soweit sie den Betrag von 8000 bzw. 6000 Mark jährlich übersteigen. Etwa 350 Millionen Mark würden dadurch frei werden.

4. Streichung aller Reichs-, Landes- und Gemeindezuschüsse an die verschiedenen Kirchen, kirchlichen Unternehmungen oder Verbände. Die Gesamthöhe dieser Zuwendungen überschreitet 500 Millionen Mark.

Soweit über diese Beträge hinaus zur Finanzierung der geforderten Arbeiten noch Gelder benötigt werden, sind sie wie folgt zu beschaffen:

1. Erhebung einer Millionärsteuer, d. h. einer einmaligen Sondersteuer auf alle Vermögen von natürlichen und juristischen Personen, soweit dieses 500 000 Mark übersteigt, in Höhe von 10 Prozent. Der Ertrag beträgt rund 3,5 Milliarden.

2. Besteuerung von Dividenden und Aufsichtsratstantiemen in Höhe von 20 Prozent. Damit würden 300 Millionen Mark aufgebracht werden.

3. Eine Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 Mark jährlich in Höhe von 10 Prozent, das würde 200 Millionen Mark einbringen.

4. Offenlegung der Steuerlisten, Aufhebung des Bankgeheimnisses zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und der Kapitalsflucht. Beschlagnahme aller Vermögen der Besitzenden, die Kapital ins Ausland verschieben.

Durch diese Maßnahmen könnte der ungeheuerlichen Steuerhinterziehung der Reichen entgegengearbeitet und ein Betrag von etwa 500 Millionen Mark erbracht werden.

4. Der Kampf für unseren Arbeitsbeschaffungsplan

Gegen diesen Plan der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten für viele Millionen deutscher Arbeiter wird die Kapitalistenklasse verzweifelt kämpfen, weil es dabei keine Profite zu verdienen gibt. In diesem Kampfe werden die Führer der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften an der Seite der Trustkapitäne und Börsenhyänen stehen.

Das Millionenheer der Arbeitslosen und Betriebsarbeiter in Deutschland wird mit uns aber einer Meinung sein, daß dieser Plan der einzige ist, der das ungeheure Elend der Arbeitslosigkeit mindern kann.

Die Politik der Brüning-Regierung steigert das Massenelend der Erwerbslosen ins Maßlose. Bei einer Erwerbslosigkeit von 1,8 Millionen 1926 wurden für die sogenannte wertschaffende Arbeitslosenfürsorge

400 Millionen Mark bereitgestellt. Im Jahre 1930 ist diese Summe auf 230 Millionen gekürzt, und für 1931 sind weitere starke Abstriche vorgenommen. Dazu kamen die ständigen Verschlechterungen in der Arbeitslosen[versicherung] und Krisenfürsorge. Die Kapitalistenklasse und ihre Regierung läßt die Opfer ihrer Profitsucht, ihres Unvermögens, ihrer Mißwirtschaft bedenkenlos zugrunde gehen.

Zur Täuschung der rebellierenden Massen hat die Brüning-Regierung eine „Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" eingesetzt. Zwei Gutachten dieser Kommission liegen vor. Angeblich „soll" für einzelne Gewerbezweige oder Berufe die Höchstdauer der regelmäßigen Arbeitszeit auf 40 Stunden verkürzt werden. Die für die Arbeiter entscheidende Frage bei der Verkürzung der Arbeitszeit, die Frage des vollen Lohnausgleichs, wird von dieser kapitalistischen Kommission wie folgt beantwortet: „In der gegenwärtigen Krise erscheint ein Lohnausgleich, der zur Erhöhung der Gestehungskosten führen würde, im allgemeinen nicht tragbar."

Dieses raffinierte Manöver findet selbstverständlich die Unterstützung der Sozialdemokraten. Wissell, der ehemalige Arbeitsminister, schrieb bereits in seinem Neujahrsartikel im „Vorwärts": „Der Gedanke einer Arbeitsstreckung mit Lohnausgleich würde bei der heutigen Wirtschaftslage auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Soll die Arbeitsstreckung erfolgen, so kann sie nur bei entsprechender Verdienstsenkung erfolgen."

Der Plan ist, das Lohneinkommen der im Betrieb stehenden Arbeiter weiter zu kürzen, den direkten Lohnraub durch den indirekten zu ergänzen.

Die reformistischen Verderber der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind für die kapitalistische Ausbeutung und die Erfüllung des Young-Plans auf Kosten der deutschen Werktätigen; aber sie sind gegen den brüderlichen Kampfbund der Beschäftigten und Erwerbslosen zum gemeinsamen Kampf gegen das ausbeuterische Kapital. Dieses Kampfbündnis ist jedoch die Gewähr des Sieges über das volksfeindliche regierende System. Dieses Kampfbündnis wird die Hungeraktion der Volksfeinde durch die vereinte Massenkraft aller Werktätigen zerschlagen. Die Kommunistische Partei wendet sich daher an die Millionenmassen des deutschen Proletariats und alle werktätigen Männer in Stadt und Land, unbeschadet ihrer politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, mit dem Kampfruf:

Kämpft gemeinsam mit uns für diesen Plan, der Millionen darbenden Proletariern, Frauen und Kindern Arbeit und Brot schafft!

Mit Stolz fordern die Kommunisten das werktätige Volk auf, seine Blicke nach Sowjetrußland zu richten. In diesem Land der siegreichen Revolution, wo die Arbeiter und Bauern die Staatsmacht in der Hand haben,

gibt es keine Arbeitslosigkeit. Dort ist eine grandiose Entwicklung des industriellen, sozialen und kulturellen Aufbaus. Dort ist der Siebenstundentag und die viertägige Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich durchgeführt. Dort steigt der Reallohn des Arbeiters von Monat zu Monat.

Dort wird mit dem Aufbau des Sozialismus eine wirklich umfassende soziale Fürsorge auf Kosten des Sowjetstaates für alle Arbeitenden geschaffen. Dieses leuchtende Beispiel der Überlegenheit des sozialistischen Systems über das System der kapitalistischen Ausbeutung und Katastrophenpolitik zeigt allen deutschen Werktätigen, daß der Weg aus dem Elend nur der Weg des rücksichtslosen revolutionären Klassenkampfes nach dem Vorbild der russischen Arbeiter und Bauern sein kann.

Deutsche Arbeiter, Werktätige in Stadt und Land! Begreift, daß keine Parteischranke euch in diesem Kampf um Brot und Arbeit trennen darf. Wir rufen euch alle, von Betrieb und Nachweis, von der Scholle und vom Bürosessel, zum gemeinsamen revolutionären Kampf für diesen Plan der Arbeit!

Begreift aber auch, daß ihr alle vom Kapital ausgeraubt und ausgesaugt werdet, daß nur der revolutionäre Massenkampf gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und ihre sozialdemokratischen Lakaien den darbenden Millionen deutscher Arbeiter Brot und Arbeit bringen kann. Im Verlauf dieses Kampfes werden Millionen deutscher Arbeiter erkennen, daß der Kampf um Brot zur gleichen Zeit der Kampf um die Macht ist.

Sie werden ebenso erkennen, daß Kampf um Arbeit und Brot bedeutet: Kampf für Eroberung der Herrschaft des Proletariats, für den Sozialismus, für die Volksrevolution zur Errichtung eines Sowjetdeutschlands!

Die Rote Fahne (Berlin),
29. Mai 1931.
Lothar Berthold: Das Programm der KPD zur nationalen
und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vom August 1930.
Die Grundlage der Politik der KPD zur Herstellung
der Aktionseinheit und zur Gewinnung der Volksmassen
für die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation,
Berlin 1956, S. 243–253.

80

Aus dem Referat Fritz Tarnows auf dem Parteitag der SPD in Leipzig am 1. Juni 1931

Nun stehen wir ja allerdings am Krankenlager des Kapitalismus nicht nur als Diagnostiker, sondern auch – ja, was soll ich da sagen? – als Arzt, der

heilen will?, oder als fröhlicher Erbe, der das Ende nicht erwarten kann und am liebsten mit Gift noch etwas nachhelfen möchte? (Heiterkeit.) In diesem Bild drückt sich unsere ganze Situation aus. („Sehr gut!") Wir sind nämlich, wie mir scheint, dazu verdammt, sowohl Arzt zu sein, der ernsthaft heilen will, und dennoch das Gefühl aufrechtzuerhalten, daß wir Erben sind, die lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen wollen. Diese Doppelrolle, Arzt und Erbe, ist eine verflucht schwierige Aufgabe. („Sehr richtig!") Wir könnten uns in der Partei manche Auseinandersetzung ersparen, wenn wir uns dieser Doppelrolle immer bewußt bleiben würden. Aber wir sind es nicht immer. Manchmal glaubt der eine, die Notlage derjenigen, die davon abhängen, daß der Patient gesund wird, erfordere, alles zu tun, um den Patienten zu heilen; der andere meint, jetzt, wo er schon röchelt, sei es richtig, ihm den Gnadenstoß zu geben.

Der Patient selbst barmt uns gar nicht so sehr, aber die Massen, die dahinter stehen. („Sehr richtig!") Wenn der Patient röchelt, hungern die Massen draußen. („Sehr richtig!") Wenn wir das wissen und eine Medizin kennen, selbst wenn wir nicht überzeugt sind, daß sie den Patienten heilt, aber sein Röcheln wenigstens lindert, so daß die Massen draußen wieder mehr zu essen bekommen, dann geben wir ihm die Medizin und denken im Augenblick nicht so sehr daran, daß wir doch Erben sind und sein baldiges Ende erwarten ...

Es gibt nur eine Generalidee für uns, den Sozialismus. (Zustimmung.) Wenn wir aber diese Idee konkretisieren, wenn wir uns die Möglichkeiten der praktischen Aktion vorstellen, dann löst sich die Generalidee in ein System der praktischen Politik auf, das aus zahlreichen Einzelmaßnahmen besteht, die wir versuchen müssen, durchzusetzen ...

Aber, Genossen, wie sieht es denn dabei mit den Aussichten zur Verwirklichung des Sozialismus aus? In dem Chaos der gegenwärtigen ökonomischen Zustände empfinden wir bitterer als sonst, daß [es] der sozialistischen Bewegung bisher noch nicht gelungen ist, das verderbliche kapitalistische System zu beseitigen. Heißt das aber, daß wir überhaupt noch nicht vorangekommen wären auf diesem Wege? Wer das behaupten wollte, würde nur beweisen, daß er die tatsächliche Entwicklung nicht erkennt oder nicht begreift. („Sehr richtig!") Es ist nicht so, als ob nur erst die Keime einer künftigen sozialistischen Ordnung heute schon sichtbar wären.

Es sind bereits starke Fundamente und tragende Konstruktionen für den sozialistischen Bau der Zukunft vorhanden, und wenn die Nebel dieser ökonomischen Krise sich verzogen haben werden, dann wird man deutlich sehen, daß auch in dieser Zeit die sozialistischen Fundamente stärker, die kapitalistischen schwächer geworden sind.

Die kapitalistische Grundthese heißt: volle Unabhängigkeit der Wirtschaft vom Staat.

Wo ist die kapitalistische Freiheit geblieben? Heute sehen wir, daß überall in der Welt die Staatsmänner sich über die Überwindung der Krise mehr die Köpfe zerbrechen als die Privatwirtschaftler. Heute erkennen die Kapitalisten selber schon an, daß ihr eigenes System allein nicht mehr ausreicht, um die Wirtschaft in Ordnung zu halten, daß die gesellschaftliche Hilfe, die Hilfe des Staates gar nicht mehr entbehrt werden kann, daß nur mit dem Einsatz der gesellschaftlichen Macht, der gesellschaftlichen Organe, des gesellschaftlichen Willens die Funktion der Gesamtwirtschaft noch möglich ist.

Parteigenossen, wer wollte leugnen, daß das absolute und relative Anwachsen der öffentlichen und genossenschaftlichen Wirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft fortgesetzt zunimmt und bereits eine große Bedeutung erlangt hat? Es ist vielen unserer Genossen nicht immer im Bewußtsein, daß unsere öffentlichen Wirtschaftsbetriebe bereits einen Gesamtumsatzwert von $13^1/_2$ bis 14 Milliarden darstellen und damit ein wirtschaftliches Volumen repräsentieren, das ungefähr dem der gesamten deutschen Landwirtschaft entspricht, ein bereits sehr großer nichtkapitalistischer Sektor im kapitalistischen System.

Und diese Entwicklung wird ergänzt durch die innere Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft selbst, durch das Zurückdrängen der individuellen Unternehmerpersönlichkeit durch gesellschaftliche Unternehmungsformen. Es ist so, wie vor einer Reihe von Jahren schon der bürgerliche Professor Schmalenbach den Unternehmern zurief: Sie sind, wenn auch unbewußt, Vollstrecker des Testaments des großen Sozialisten Karl Marx.

Nicht zuletzt aber dürfen wir übersehen in der Entwicklung die Ausdehnung der sozialen Funktionen des Staates, den wachsenden Zwang für die Wirtschaft zu sozialen Leistungen. Sozialismus heißt Übernahme der Wirtschaft, um sie ausschließlich dem gesellschaftlichen, dem sozialen Interesse dienstbar zu machen. Wir sind in der Entwicklung noch nicht so weit, daß die Wirtschaft schon in den Händen der Gesellschaft liegt. Aber wir haben doch schon die Gesellschaftsordnung so weit umgestaltet, daß in einem ganz anderen Maße, als das früher denkbar erschien, die sozialen Opfer der kapitalistischen Wirtschaft von der Gesellschaft versorgt werden. („Sehr richtig!")

Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931;
vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus.
Protokoll, Berlin 1931, S. 45/46, 49/50.

81

Entschließung der Tagung der sogenannten nationalen Opposition in Bad Harzburg vom 11. Oktober 1931

Die nationale Opposition hat seit Jahren vergeblich gewarnt vor dem Versagen der Regierungen und des Staatsapparates gegenüber dem Blutterror des Marxismus, vor dem fortschreitenden Kulturbolschewismus und der Zerreißung der Nation durch den Klassenkampf, vor der planmäßigen Ausschaltung der nationalen Kräfte aus der Leitung des Staates, vor einer Politik, die in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entmannung Deutschlands noch über das Diktat von Versailles hinausgeht, vor einer Politik, die die heimische Wirtschaft zugunsten weltwirtschaftlicher Utopien preisgibt, vor einer Politik der Unterwürfigkeit dem Ausland gegenüber, die weder die Gleichberechtigung Deutschlands erbracht hat noch den zerrissenen Osten vor einem kriegerischen Einbruch bewahrt. Entschlossen, unser Land vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren, unsere Politik durch wirksame Selbsthilfe aus dem Strudel des Wirtschaftsbankrotts zu retten und damit der Welt zum wirklichen Frieden zu verhelfen, erklären wir:

Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. Wir stoßen keine Hand zurück, die sich zu wirklich ehrlicher Zusammenarbeit anbietet. Wir müssen es aber ablehnen, die Erhaltung eines solchen Systems und die Fortsetzung eines falschen Kurses in einer nur national getarnten Regierung der bisherigen Kräfte irgendwie zu stützen. Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen. So fordern wir den sofortigen Rücktritt der Brüning und Braun, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten für Regierungen, deren Zusammensetzung nicht dem Volkswillen entspricht und die sich nur noch mit Notverordnungen am Ruder halten.

Wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretungen vor allem im Reich und in Preußen. Im vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung erklären wir, daß die in der nationalen Opposition stehenden Verbände bei kommenden Unruhen wohl Leben und Eigentum, Haus, Hof und Arbeitsstellen derjenigen verteidigen werden, die sich mit uns offen zur Nation bekennen, daß wir es aber ablehnen, die heutige Regierung und das heute herrschende System mit dem Einsatz unseres Blutes zu schützen.

Wir verlangen Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit und Rüstungsausgleich. Einig stehen wir zu diesen Forderungen. Geächtet ist jeder, der unsere Front zerreißen will. Wir beschwören den durch uns ge-

wählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel herbeiführt. Die Träger dieser nationalen Regierung wissen um die Wünsche und Nöte des deutschen Volkes aus ihrer blutmäßigen Verbundenheit mit diesem. Sie haben die Entwicklung der letzten Jahre vorausgesagt. Der Ablauf der Geschehnisse hat die Richtigkeit ihrer Vorschläge und Forderungen erwiesen.

Darin sehen wir in tiefstem Sinne die Berechtigung zur Übernahme der Regierungsgewalt. Nur der starke nationale Staat kann Wirtschaft und Arbeitskraft schützen. Nur der starke nationale Staat kann das Leistungsprinzip in jeder Form verwirklichen und die zur Herbeiführung einer wahren Volksgemeinschaft notwendigen sozialen Maßnahmen durchführen. Wir verlangen von allen Volksgenossen Pflichterfüllung und Opfer. Wir glauben an die Erfüllung unserer Aufgaben, weil wir auf die deutsche Kraft, auf die Zukunft unseres Volkes vertrauen.

Deutscher Geschichtskalender. Begründet von Karl Wippermann.
Hrsg. von Friedrich Purlitz und Sigfrid H. Steinberg.
Siebenundvierzigster Jg., Januar–Dezember 1931, Abteilung A: Inland,
Leipzig (1932), S. 461/462.

82

Beschluß des ZK der KPD vom 10. November 1931

1. Die strategische Hauptaufgabe der Kommunistischen Partei Deutschlands ist in der gegenwärtigen Periode die stärkste Entfaltung der revolutionären Massenarbeit, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die entscheidenden Kämpfe um ein freies, sozialistisches Rätedeutschland.

2. Innerhalb der Partei ist die Hauptgefahr für die Durchführung dieser Linie der rechte Opportunismus, das Zurückweichen vor der Bourgeoisie und ihrer sozialen Hauptstütze, der Sozialdemokratie. Gleichzeitig ist das Vorhandensein linker sektiererischer Stimmungen, die sich gegen die Massenarbeit der Partei richten, eine ernste Gefahr innerhalb der Partei. Die linke Gefahr in der revolutionären Bewegung zeigt sich u. a. im Entstehen terroristischer Stimmungen, in der Anwendung von Einzelterror gegen die Faschisten, in der Durchführung sinnloser Einzelaktionen und bewaffneter Einzelüberfälle, in abenteuerlichen Spielereien mit Sprengstoff (Fall Ueberbrück).

3. Das Zentralkomitee der KPD stellt fest, daß solche Tendenzen mit dem Kommunismus nichts gemeinsam haben. Sie stehen im schroffsten Widerspruch zu dem ehernen Fundament, auf dem Marx und Engels die Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung aufgebaut haben. Sie stehen im schroffsten Widerspruch zum Programm der Kommunistischen Internationale (Absatz VI, 1), das „die Propagierung des individuellen Terrors" ausdrücklich verurteilt, weil er „das Proletariat von den Methoden der Massenorganisationen und des Massenkampfes ablenkt".

4. Ohne auch nur einen Augenblick lang auf die Anwendung aller zweckmäßigen Kampfmittel zu verzichten, ohne auch nur im geringsten die kommunistische Losung des organisierten proletarischen Massenselbstschutzes gegen faschistische Überfälle und Gewalttaten einzuschränken, erklärt das Zentralkomitee jede Verfechtung oder Duldung der terroristischen Ideologie und Praxis für vollkommen unzulässig. Wer sich von Verzweiflungsstimmungen mitreißen läßt, wer sich von den Feinden des Proletariats sein Verhalten diktieren läßt, wer den faschistischen Provokationen nachgibt, wer die Parteidisziplin bricht, ist des Namens eines Kommunisten unwürdig.

5. Das Zentralkomitee der KPD ruft allen Parteimitgliedern, allen revolutionären Arbeitern nochmals die durch die siebzigjährige Erfahrung der marxistischen Arbeiterbewegung unumstößlich bewiesene Tatsache in Erinnerung, daß alle anarchistisch-terroristischen Bestrebungen nur dazu dienen, die Arbeitermassen vom wirklichen Klassenkampf abzulenken, die Millionenmassen von der revolutionären Vorhut abzustoßen, Provokateuren jeder Art das schmutzige Handwerk zu erleichtern und der bürgerlichen Mordhetze gegen die Kommunistische Partei billige Vorwände zu liefern.

6. Das Zentralkomitee verpflichtet alle Parteimitglieder, unbeugsam im Sinne dieses Beschlusses zu handeln und jede Abweichung von dieser Linie rücksichtslos zu bekämpfen. Das Interesse der Arbeiterklasse, das Interesse der proletarischen Revolution erfordert es, daß gegen jede Durchbrechung dieses Beschlusses die schärfsten disziplinarischen Maßnahmen bis zum Ausschluß aus der Partei angewandt werden.

Berlin, den 10. November 1931

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Die Rote Fahne (Berlin),
13. November 1931.

83

Aus der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931

Vierter Teil
Sonstige wirtschaftliche Maßnahmen
Kapitel I
Steuerliche Erleichterungen für die Aufteilung von Gesellschaften
Artikel 1
Betriebstrennung

§ 1

Wenn bei der Trennung von Betrieben einer zur Zeit des Inkrafttretens dieses Kapitels bestehenden Aktiengesellschaft mit dem abgetrennten Betrieb eine neue Aktiengesellschaft errichtet oder der abgetrennte Betrieb anderweit veräußert wird, so treten die in §§ 2 bis 6 bezeichneten Steuererleichterungen ein. Im Sinne dieser Vorschriften stehen den Aktiengesellschaften die Kommanditgesellschaften auf Aktien gleich.

§ 2

(1) Errichtet die Aktiengesellschaft (Muttergesellschaft) zur Übernahme des abzutrennenden Betriebs eine neue Aktiengesellschaft (Tochtergesellschaft), so ermäßigt sich die Gesellschaftsteuer auf eins vom Hundert, soweit der Muttergesellschaft als Entgelt für die Übertragung des Betriebs Aktien der Tochtergesellschaft gewährt werden. Gehören zu dem abgetrennten Betrieb Grundstücke, so ermäßigt sich die Grunderwerbsteuer für die Einbringung der Grundstücke auf eins vom Hundert.

(2) Werden im Zusammenhang mit der Errichtung der Tochtergesellschaft deren sämtliche Aktien in der Hand der Muttergesellschaft vereinigt (§ 3 des Grunderwerbsteuergesetzes), so wird für die Vereinigung der Aktien eine Grunderwerbsteuer nicht erhoben.

§ 3

(1) Wird zur Übernahme des abzutrennenden Betriebs eine neue Aktiengesellschaft errichtet, ohne daß die neue Gesellschaft ihre Aktien als Entgelt für die Übertragung des Betriebs gewährt, so ermäßigt sich die Gesellschaftsteuer für die Einzahlungen auf das Grundkapital der neuen Gesellschaft auf eins vom Hundert, soweit die Gesellschaft die Einzahlungen zum Erwerb des abgetrennten Betriebs verwendet.

(2) Gehören zu dem abgetrennten Betrieb Grundstücke, so ermäßigt sich

die Grunderwerbsteuer für die Übertragung der Grundstücke an die neue Gesellschaft auf eins vom Hundert.

§ 4

(1) Wird außer in den Fällen der §§ 2, 3 der abzutrennende Betrieb an eine Aktiengesellschaft veräußert und gehen mit dem abgetrennten Betrieb Grundstücke über, so ermäßigt sich die Grunderwerbsteuer auf eins vom Hundert.

(2) Wird der abzutrennende Betrieb an einen Einzelkaufmann oder an eine nur aus natürlichen Personen bestehende Personalgesellschaft (offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft) veräußert und gehen mit dem abgetrennten Betrieb Grundstücke über, so ermäßigt sich die Grunderwerbsteuer auf einhalb vom Hundert.

§ 5

Wird der abzutrennende Betrieb als eine selbständige Aktiengesellschaft (Tochtergesellschaft) geführt, deren Aktien sämtlich in der Hand der veräußernden Aktiengesellschaft (Muttergesellschaft) vereinigt sind, und gehören zum Vermögen der Tochtergesellschaft Grundstücke, so ermäßigt sich die Grunderwerbsteuer auf eins vom Hundert, wenn die Muttergesellschaft die Aktien der Tochtergesellschaft auf eine andere Aktiengesellschaft überträgt. Überträgt die Muttergesellschaft die Aktien auf einen Einzelkaufmann oder auf eine nur aus natürlichen Personen bestehende Personalgesellschaft, so ermäßigt sich die Grunderwerbsteuer auf einhalb vom Hundert.

§ 6

In den Fällen der §§ 2 bis 5 dürfen die Zuschläge zur Grunderwerbsteuer und die Wertzuwachssteuer nicht erhoben werden; das gleiche gilt für die Steuer der Gemeinden (Gemeindeverbände) vom Zubehör (Gewerbeanschaffungsteuer).

Siebenter Teil
Sicherung der Haushalte
Kapitel VI
Gehaltskürzung

§ 1

(1) Vom 1. Januar 1932 ab werden um 9 vom Hundert gekürzt:

a) die Dienstbezüge der Reichsbeamten einschließlich des Gnadenvierteljahres,

b) die Versorgungsbezüge der Wartegeldempfänger und Ruhegeldempfänger des Reichs einschließlich des Gnadenvierteljahres,

c) die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Reichsbeamten und Soldaten der alten und neuen Wehrmacht,

d) die Übergangsgebührnisse der Soldaten der Wehrmacht nach §§ 7, 27, 32 und 70 des Wehrmachtversorgungsgesetzes und die entsprechenden Übergangsgebührnisse der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz,

e) die Dienstbezüge der Postagenten der Deutschen Reichspost sowie der Untererheber und Hilfskassenverwalter der Reichsabgabenverwaltung,

f) die laufenden Bezüge, die ehemaligen Angestellten und Arbeitern im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost und ihren Hinterbliebenen mit Rücksicht auf das frühere Dienstverhältnis außerhalb der reichsgesetzlichen Sozialversicherung gewährt werden (Ruhelohn, laufende Unterstützungen usw.) ...

Achter Teil
Schutz des inneren Friedens
Kapitel IV
Sicherung des Weihnachtsfriedens

§ 1

(1) Für die Zeit bis zum 3. Januar 1932 einschließlich sind öffentliche politische Versammlungen sowie alle politischen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen und Aufzüge, die zu politischen Zwekken oder von politischen Verbindungen oder Vereinigungen veranstaltet werden.

(2) Für die gleiche Zeit ist es verboten, Plakate, Flugblätter und Flugschriften politischen Inhalts an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen anzuschlagen, auszustellen, zu verbreiten oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Reichsgesetzblatt (Berlin),
1931, Teil I, Nr. 79, S. 714, 738, 743.

84

Aus dem Vortrag Adolf Hitlers vor Vertretern des Monopolkapitals im Industrie-Klub in Düsseldorf am 27. Januar 1932

Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Gedanken der Leistung, des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf der Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie, an

dessen Stelle zu schieben. Es muß damit langsam ein Zwiespalt zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Auffassung entstehen; den zu überbrücken man durch Angleichung der ersteren an die letztere versuchen wird – versucht hat, denn dieser Zwiespalt ist nicht nur blanke, blasse Theorie geblieben. Der Gedanke der Gleichheit der Werte ist unterdessen nicht nur politisch, sondern auch schon wirtschaftlich zum System erhoben worden. Und nicht etwa bloß in einer abstrakten Theorie: nein, dieses wirtschaftliche System lebt in gigantischen Organisationen – ja, es hat heute bereits ein Riesengebiet staatlich erfaßt.

Ich kann aber nicht zwei Grundgedanken als auf die Dauer möglich und tragend für das Leben eines Volkes ansehen. Ist die Auffassung richtig, daß die menschliche Leistung unterschiedlich ist, muß es auch richtig sein, daß der Wert der Menschen im Hinblick auf die Hervorbringung bestimmter Leistungen verschieden ist. Es ist dann aber unsinnig, dies nur in bezug auf ein bestimmtes Gebiet gelten lassen zu wollen, auf dem Gebiet der Wirtschaft und ihrer Führung, aber nicht auf dem Gebiet der Führung des Gesamtkampfes um das Leben, nämlich auf dem Gebiet der Politik. Es ist vielmehr logisch, daß, wenn ich auf dem Gebiet der Wirtschaft die absolute Anerkennung der besonderen Leistungen als die Voraussetzung jeder höheren Kultur anerkenne, ich dann politisch ebenso die besondere Leistung und damit die Autorität der Persönlichkeit voranstellen muß. Wenn aber demgegenüber behauptet wird – und zwar gerade von wirtschaftlicher Seite –, daß auf politischem Gebiet besondere Fähigkeiten nicht nötig seien, sondern daß hier eine absolute Gleichförmigkeit der Leistung bestehe, dann wird man eines Tages diese selbe Theorie von der Politik auch auf die Wirtschaft übertragen. Der politischen Demokratie analog ist auf wirtschaftlichem Gebiet aber der Kommunismus. Wir befinden uns heute in einer Periode, in der diese beiden Grundprinzipien in allen Grenzgebieten miteinander ringen und auch bereits in die Wirtschaft eindringen...

Ich sehe zwei Prinzipien, die sich schroff gegenüberstehen: das Prinzip der Demokratie, das überall, wo es sich praktisch auswirkt, das Prinzip der Zerstörung ist. Und das Prinzip der Autorität der Persönlichkeit, das ich als das Leistungsprinzip bezeichnen möchte, weil alles, was überhaupt Menschen bisher leisteten, alle menschlichen Kulturen, nur aus der Herrschaft dieses Prinzips heraus denkbar sind...

Wir stehen heute vor einer Weltlage, die für die weiße Rasse überhaupt nur dann verständlich ist, wenn man die Vermählung von Herrensinn im politischen Wollen und Herrensinn in der wirtschaftlichen Betätigung als unbedingt anerkennt, eine wunderbare Übereinstimmung, die dem ganzen vergangenen Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt hat und unter deren Folgen die weißen Völker zum Teil eine bemerkenswerte Entwicklung

genommen haben: Statt sich raummäßig zu erweitern, statt Menschen zu exportieren, haben sie Waren exportiert, haben ein wirtschaftliches Weltsystem aufgebaut, das seinen charakteristischen Ausdruck darin findet, daß – unter Voraussetzung verschiedener Lebensstandarde auf der Erde – in Europa und in der neusten Zeit auch in Amerika gigantische Welt-Zentralfabriken und in der übrigen Welt riesige Absatzmärkte und Rohstoffquellen bestehen. Die weiße Rasse kann aber ihre Stellung nur dann praktisch aufrechterhalten, wenn die Verschiedenartigkeit des Lebensstandards in der Welt aufrechterhalten bleibt. Geben Sie heute unseren sogenannten Absatzmärkten den gleichen Lebensstandard, wie wir ihn haben, und Sie werden erleben, daß die nicht nur in der politischen Macht der Nation, sondern auch in der wirtschaftlichen Stellung des einzelnen sich ausdrückende Vormachtstellung der weißen Rasse nicht mehr gehalten werden kann...

Wir sehen als letzte folgenschwerste Erscheinung die Tatsache, daß parallel der langsamen Verwirrung des europäischen weißen Denkens eine Weltanschauung in einem Teil Europas und einem großen Teil Asiens Platz gegriffen hat, die droht, diesen Kontinent aus dem Gefüge der internationalen, wirtschaftlichen Beziehungen überhaupt herauszubrechen – eine Erscheinung, über die deutsche Staatsmänner heute noch mit einer staunenswerten Leichtigkeit hinweggehen. Wenn ich beispielsweise eine Rede höre, in der man betont: „Nötig ist, daß das deutsche Volk zusammensteht!" – dann muß ich fragen: Glaubt man denn tatsächlich, daß dieses Zusammenstehen heute nur mehr eine Frage des politischen guten Wollens ist? Sieht man denn nicht, daß sich in uns bereits ein Riß aufgetan hat, ein Riß, der nicht etwa in einigen Köpfen spukt, sondern dessen geistiger Exponent heute die Grundlage einer der größten Weltmächte bildet? Daß der Bolschewismus nicht nur eine in Deutschland auf einigen Straßen herumtobende Rotte ist, sondern eine Weltauffassung, die im Begriff steht, sich den ganzen asiatischen Kontinent zu unterwerfen, und die heute staatlich fast von unserer Ostgrenze bis nach Wladiwostok reicht?

Es wird bei uns so dargestellt, als ob es sich hier bloß um rein geistige Probleme einzelner Phantasten oder einzelner Übelwollender handelte. Nein, eine Weltanschauung hat sich einen Staat erobert, und von ihm ausgehend wird sie die ganze Welt langsam erschüttern und zum Einsturz bringen. Der Bolschewismus wird, wenn sein Weg nicht unterbrochen wird, die Welt genauso einer vollständigen Umwandlung aussetzen wie einst das Christentum. In 300 Jahren wird man nicht mehr sagen: Es handelt sich hier um eine neue Produktionsidee. In 300 Jahren wird man vielleicht schon wissen, daß es sich fast um eine neue, wenn auch auf anderer Basis aufgebaute Religion handelt! In 300 Jahren wird man, wenn diese Bewegung sich weiterentwickelt, in Lenin nicht nur einen Revolutionär des

Jahres 1917 sehen, sondern den Begründer einer neuen Weltlehre, mit einer Verehrung vielleicht wie Buddha. Es ist nicht so, daß diese gigantische Erscheinung etwa aus der heutigen Welt weggedacht werden könnte. Sie ist eine Realität und muß zwangsläufig eine der Voraussetzungen zu unserem Bestand als weiße Rasse zerstören und beseitigen...

Wenn wir nicht wären, gäbe es schon heute in Deutschland kein Bürgertum mehr („Sehr richtig!"), die Frage: Bolschewismus oder nicht Bolschewismus wäre schon lange entschieden! Nehmen Sie das Gewicht unserer gigantischen Organisation, dieser weitaus größten des neuen Deutschlands, aus der Waagschale des nationalen Geschehens heraus, und Sie werden sehen, daß ohne uns der Bolschewismus schon heute die Waagschale herunterdrücken würde – eine Tatsache, deren bester Beweis die Einstellung des Bolschewismus uns gegenüber ist...

Und wenn man uns unsere Unduldsamkeit vorwirft, so bekennen wir uns stolz zu ihr – ja, wir haben den unerbittlichen Entschluß gefaßt, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten...

Und wenn die ganze deutsche Nation heute den gleichen Glauben an ihre Berufung hätte wie diese Hunderttausende, wenn die ganze Nation diesen Idealismus besäße: Deutschland würde der Welt gegenüber heute anders dastehen! (Lebhafter Beifall.) Denn unsere Situation in der Welt ergibt sich in ihrer für uns so verhängnisvollen Auswirkung nur aus der eigenen Unterbewertung der deutschen Kraft. („Sehr richtig!") Erst wenn wir diese verhängnisvolle Einschätzung wieder abgeändert haben, kann Deutschland die politischen Möglichkeiten wahrnehmen, die – weitschauend in die Zukunft – das deutsche Leben wieder auf eine natürliche und tragfähige Basis stellen: entweder neuen Lebensraum mit Ausbau eines großen Binnenmarktes oder Schutz der deutschen Wirtschaft nach außen unter Einsatz der zusammengeballten deutschen Kraft.

Adolf Hitler: Vortrag vor westdeutschen Wirtschaftlern
im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932,
München o. J., S. 10–13, 15/16, 28, 31.

85

Aus dem Artikel Ernst Heilmanns „Eiserne Front", veröffentlicht am 7. Februar 1932

Wir mögen an Herrn von Hindenburg auszusetzen haben, was wir wollen – ein Reichspräsident des Faschismus, ein Reichspräsident des nationalsozialistischen Verfassungsbruchs und Blutregiments wird der Mann, den wir seit sieben Jahren als Reichspräsident kennengelernt haben, niemals

sein. Seine Treue zu Brüning muß dafür letzter Beweis sein. Bei der Reichspräsidentenwahl ist für die Sozialdemokratie die Taktik vollkommen eindeutig vorgeschrieben: Sie hat alles zu tun, um die Wahl eines Nazireichspräsidenten zu verhindern, eine Wahl, die für Deutschland ebenso wie für seine Arbeiterklasse den Untergang bedeutete, und alles daranzusetzen, daß in der Wilhelmstraße ein verfassungstreuer Reichspräsident amtet. Das ist das Ziel, und alles andere ist Nebensache.

Das Freie Wort (Berlin), 1932, 6. H., S. 3.

86

Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Reichskomitees der Revolutionären Gewerkschaftsopposition vom 25. April 1932

An alle deutschen Arbeiter!

Das Zentralkomitee der KPD und das Reichskomitee der RGO an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, an alle Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften und an alle sozialdemokratischen Arbeiter!...

In allen Betrieben greift der Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen an; die Akkordpreise werden herabgesetzt, der Lohn durch Kurzarbeit weiter verkürzt, die Löhne der Frauen und Jugendlichen besonders tief gesenkt, die sozialen Zulagen abgebaut, der Urlaub verkürzt, der Arbeitsschutz [im Original: Arbeiterschutz] abgebaut, das Arbeitstempo durch Rationalisierungsmaßnahmen verschärft und immer neue Massenentlassungen durchgeführt. Mit dem Ablauf der Lohn- und Manteltarife droht ein neuer allseitiger Angriff in allen Betrieben; mit der „Reform" der Erwerbslosen- und Sozialversicherung wollen Staat und Unternehmer die Unterstützungen und Sozialrenten wieder tiefer drücken.

Diese Angriffe der Kapitalisten treffen gleicherweise alle Arbeiter, ob in den freien, christlichen, roten Gewerkschaften oder in der RGO erfaßt, ob unorganisiert, ob sozialdemokratisch, christlich, kommunistisch [organisiert] oder politisch unorganisiert. Diese gemeinsame Not gebietet gemeinsamen Kampf aller Arbeiter. Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter schlagen euch vor, gemeinsam mit uns den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau aufzunehmen. Schließt mit uns die gemeinsame Kampffront gegen die Lohn- und Unterstützungsräuber, gegen die faschistischen Mordbanden.

Die Führer der SPD und der ADGB-Gewerkschaften erklärten vor den Wahlen, daß sie den neuen Lohn- und Unterstützungsabbau nicht zulassen werden. Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB waren es aber,

die auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1928 die kapitalistische Rationalisierung begrüßten und ihre Durchführung mit allen Mitteln unterstützten. Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB sind es, die im Reichstage für alle Notverordnungen, für den Lohn-, Unterstützungs- und Sozialabbau gegen die Arbeiter und Arbeitslosen gestimmt haben. Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB sind es, die gemeinsam mit den Brüningschen Regierungsparteien durch den Preisabbauschwindel die Arbeitermassen bei der vierten Notverordnung betrogen haben. Die Führer der Sozialdemokratie und des ADGB sind es, die jetzt durch die Beschlüsse ihres „Krisenkongresses" unter der betrügerischen Parole der „Arbeitsbeschaffung" die Gewerkschaften für die Groenersche Arbeitsdienstpflicht einsetzen wollen, die besonders die jugendlichen Arbeiter in die militärische Zwangsjacke des Arbeitsdienstes pressen soll.

Wir Kommunisten sagen euch: Die Ankündigung der Führer der Sozialdemokratie und des ADGB über Kampfmaßnahmen gegen den neuen Lohn- und Unterstützungsabbau war nur ein Wahlmanöver.

Wir Kommunisten und revolutionären Gewerkschafter wenden uns an euch, sozialdemokratische Arbeiter und Mitglieder der ADGB-Gewerkschaften: Ihr müßt in eurem eigensten Interesse diese Pläne durchkreuzen und die Organisierung des Kampfes gegen neuen Lohn- und Unterstützungsabbau in die eigenen Hände nehmen. Alle klassenbewußten Betriebsräte und Funktionäre, alle ehrlichen Mitglieder der Ortsverwaltungen und Zahlstellen des ADGB fordern wir auf, mit uns zusammen den gemeinsamen Kampf der Belegschaften gegen den Lohnabbau zu organisieren.

Wir Kommunisten und Mitglieder der RGO und der roten Gewerkschaften wollen alle Kampfmaßnahmen ergreifen. Wir erklären: Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen!

Wir Kommunisten schlagen euch vor: sofort in jedem Betrieb und in jedem Schacht, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterstützungsabbau vorzubereiten und durchzuführen.

Arbeiter Deutschlands! Es ist höchste Zeit! Jetzt nach der Wahl wird der Klassenfeind versuchen, uns alle zu überrumpeln. Vereinigt euch mit uns und kämpft gegen die kapitalistischen Räuber und gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Banden. Wenn wir die Einheitsfront

des Kampfes bilden, dann wird der Angriff auf die Löhne und Unterstützungen an der Kraft der deutschen Arbeiterklasse zerschellen.

Die Rote Fahne (Berlin),
27. April 1932 (Reichsausgabe).
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin 1965, S. 3–7.

87

Aus dem Referat Ernst Thälmanns auf der Plenartagung des ZK der KPD in Berlin am 24. Mai 1932

Der Vormarsch und Aufstieg einer revolutionären Partei und damit einer revolutionären Bewegung ist nicht immer gradlinig. In der Geschichte aller revolutionären Parteien, die ein wirkliches Klassenfundament im Proletariat, große historische Erfahrungen und einen Kern bolschewistischer Klarheit in der Durchführung ihrer Arbeiten und Aufgaben besaßen, sind solche Vorgänge zu verzeichnen, daß – bei einer solchen Entwicklung, wie wir sie in Deutschland haben – eine Wellenbewegung in der Entwicklung der Wechselbeziehungen einer Partei mit den ihr nahestehenden Massen nicht nur denkbar, sondern politisch erklärlich und bald selbstverständlich ist. Das war so im Leben der bolschewistischen Partei, und das wird im Leben anderer Parteien nicht anders sein, wenn nicht besondere Ausnahmen von dieser Regel auf irgendeinem Gebiet vorkommen...

Heute müssen wir unsere Fehler und Schwächen deutlicher sehen und kühner aufdecken, um nicht nur in der Problemstellung, der notwendigen inneren Erkenntnis vorwärtszukommen, sondern um der Partei bei der qualitativen Verbesserung der Arbeit auf allen Gebieten zu helfen. Nehmen wir ein Beispiel. Wir haben manchmal in der Frage des Kampfes gegen den Faschismus eine bestimmte Gleichstellung gesehen von Faschismus und Sozialfaschismus, Hitlerpartei und Sozialdemokratie, in der Hinsicht, daß wir sagten, daß sie Zwillingsbrüder sind... Die Zusammensetzung dieser beiden Parteien ist eine ganz verschiedene. Wir haben gestern im Appell des ZK schon betont, daß die soziale Zusammensetzung der SPD und der Nazipartei eine andere ist. Das zu beachten ist notwendig für die strategische Orientierung zur Gewinnung der Massen für die revolutionäre Klassenarmee und für unsere Einheitsfrontpolitik. Die Frage der Einheitsfront müssen wir bei den sozialdemokratischen Arbeitern ganz anders stellen als bei den Nazis...

Das Wichtigste ist das Herumreißen der Partei zu einer wirklichen Einheitsfrontpolitik von unten, zur Auslösung von Kämpfen und neuen

Massenaktionen auf verschiedenen Gebieten. Und hier müssen wir verstehen, in diesen Kämpfen als Partei neue Wege einzuschlagen, die Hauptorientierung nehmen, die schon in der Vergangenheit in anderer Form hätte gestellt werden können, die aber jetzt gestellt werden muß, weil das Tempo der Faschisierung und andererseits der Entwicklung der revolutionären Bewegung uns dazu verpflichtet...

Das Wichtigste, was wir zu schaffen haben, wenn wir Kämpfe auslösen wollen, ist, die schon vorhandene Mauer, die zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern steht, zu beseitigen. Es gab bereits einmal eine Periode, wo dieses Problem von der Partei gegen den Willen verschiedener Genossen in der Führung genauso revolutionär gestellt wurde – in der Ruth-Fischer-Periode. Heute ist unsere Partei gewachsen, reifer geworden, stellt die Fragen viel klarer und gründlicher. Aber daß während und vor den Wahlen zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern eine gewisse Mauer bestanden hat, das zu leugnen wäre meiner Auffassung nach eine Schmeichelei für die Partei und keine richtige Einschätzung der Tatsachen, die vorhanden sind.

Andererseits müssen wir sehen, daß die Methoden der Bourgeoisie, wie sie ihre feindlichen Angriffe gegen das Proletariat durchführt, es ermöglichen, daß heute leider große Teile der Arbeiterklasse sich in den Krallen dieser volksfeindlichen führenden Personen und Parteien befinden, die wir aus diesen Krallen so schnell wie möglich herauszuziehen versuchen müssen. Und diese Taktik erfordert die größte prinzipielle Festigkeit in der Durchführung der Politik der Partei; sie erfordert die prinzipielle Reinheit jener großen richtigen Generallinie unserer Partei, die wir viel konkreter, elastischer überall zur Durchführung bringen müssen...

Und die Frage steht heute, wieweit es uns gelingt, neben den Methoden, die dem ZK bekannt sind, mit einer großen, in Deutschland neuen, besonderen Aktion in Erscheinung zu treten. Wir konnten diese Frage noch nicht ausführlich behandeln, aber ich deute an, daß wir eine große antifaschistische Aktion in Deutschland durch unsere Partei und die RGO in die Wege zu leiten haben. Welche Formen und Möglichkeiten soll sie enthalten? Alle Genossen des ZK sollen darüber nachdenken, und wenn sie glauben, in zwei oder drei Tagen uns besonders zweckmäßige Vorschläge unterbreiten zu können, sollen sie es in Form eines Briefes tun, weil wir – neben der Frage des Aufrufes an die deutschen Arbeiter überhaupt – diese Frage einer großen antifaschistischen Aktion stellen müssen.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, 2/45, Bl. 70/71, 85/86, 88–90, 118/119.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin 1965, S. 22–25.

88

Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 25. Mai 1932

Das Zentralkomitee der KPD ruft allen deutschen Arbeitern ohne Unterschied ihrer parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit zu:

Erkennt angesichts des faschistischen Todfeindes den Ernst der Stunde! Erkennt, daß allein die Kommunistische Partei an der Spitze des antifaschistischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse steht und für eure Forderungen kämpft! Erkennt, daß nur die rote Einheitsfront, der geschlossene revolutionäre Massenkampf aller klassenbewußten Proletarier, den faschistischen Terror brechen und zurückschlagen kann!

Das Zentralkomitee der KPD ruft die deutsche Arbeiterklasse zur Antifaschistischen Aktion auf. Nehmt in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in allen Gewerkschaften und proletarischen Massenorganisationen, nehmt in Stadt und Land unverzüglich Stellung zu den neuesten Ereignissen. Entscheidet euch für die Teilnahme an der Antifaschistischen Aktion der kämpfenden roten Einheitsfront!

Die Antifaschistische Aktion muß durch den organisierten roten Massenselbstschutz in breitester Einheitsfront den Mordterror des Hitlerfaschismus brechen!

Die Antifaschistische Aktion muß durch den Massenkampf für eure Forderungen, für die Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen, durch die Streiks der Betriebsarbeiter, durch die Massenaktionen der Millionen Erwerbslosen, durch den politischen Massenstreik der geeinten Arbeiterklasse dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht verlegen!

Die Antifaschistische Aktion muß alle Kräfte der Arbeiterklasse und der von ihr geführten Millionen Werktätigen in Stadt und Land zum Einsatz bringen, um der Faschisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten, um den blutigen Plan des Hitlerfaschismus zu vereiteln, der die offene, faschistische Diktatur über Deutschland aufrichten will!

Sozialdemokratische Arbeiter, nehmt in euren Mitgliederversammlungen zur Antifaschistischen Aktion der deutschen Arbeiterklasse Stellung und schlagt in die Bruderhand ein, die die Kommunistische Partei euch bietet!

Freigewerkschaftliche Arbeiter, beschließt in allen Organisationen, in den Verbänden und Ortskartellen die Teilnahme an der Antifaschistischen Aktion der deutschen Arbeiterklasse, die Annahme des Einheitsfrontangebots des Zentralkomitees der KPD und des Reichskomitees der RGO zum gemeinsamen Kampf für eure Forderungen.

Proletarische Reichsbannerkameraden, entscheidet auch ihr euch, Schulter an Schulter mit uns, euren kommunistischen Klassenbrüdern, für die

Antifaschistische Aktion der roten Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse!

An dem Tage, an dem die Massen der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, christlichen und Reichsbannerarbeiter die rote Einheitsfront mit den Kommunisten schließen, werden weitere Millionen, die heute noch abseits stehen, Millionen von unorganisierten, parteilosen Arbeitern, Jungarbeitern und Arbeiterinnen, sich dem Massenkampf gegen Hunger und Faschismus und imperialistischen Krieg anschließen und die Kampffront der Arbeiterklasse unüberwindlich machen. Laßt euch von diesem gemeinsamen Kampf nicht durch die verräterischen Führer der SPD und des ADGB abhalten, die die rote Einheitsfront fürchten, hassen und im Dienste des Kapitals zu vereiteln suchen.

Es lebe die Antifaschistische Aktion der deutschen Arbeiterklasse!

Es lebe die kämpfende rote Einheitsfront! Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!

Nieder mit dem Mordfaschismus der Hitlerpartei! Nieder mit der Terrororganisation des deutschen Finanzkapitals und allen Plänen der Aufrichtung einer offenen, faschistischen Diktatur in Deutschland! Es lebe der Freiheitskampf aller Werktätigen gegen kapitalistische Knechtschaft und Versailler Sklaverei! Es lebe der Sozialismus!

Die Rote Fahne (Berlin),
26. Mai 1932.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich,
Berlin 1965, S. 33/34.

89
Regierungserklärung des Reichskanzlers Franz von Papen vom 4. Juni 1932

In einer der schwersten Stunden der vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt. Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer. Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen und staatserhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailler Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Miß-

wirtschaft der Parlamentsdemokratie gebracht haben. Diese Bilanz, die die jetzige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen. Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung – Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation –, ist über schwache Ansätze hinausgekommen. Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankerott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allem Arbeitswillen der besten Kräfte am Mark des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen den Arbeitnehmern wie den Arbeitgebern in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.

Der hieraus zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, verschärft durch den unseligen gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturbolschewismus, der wie ein fressendes Gift die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß in letzter Stunde Einhalt geboten werden. Zu tief ist schon in allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-marxistischen Denkens eingedrungen, weil die sittlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Weg der Kompromisse um der Parität willen begehrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und der Nation, die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land, unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Maßnahmen zu erlassen. Übrigens macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiet ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise.

Bei all diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiel. Unser Ziel ist es, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu schaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen.

Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenaustausches, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen. Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziel dienen. Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrag der Reichsregierung stattzugeben, den Reichstag aufzulösen. Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird unabhängig von Parteien den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen.

Deutscher Geschichtskalender. Begründet von Karl Wippermann.
Hrsg. von Friedrich Purlitz und Sigfrid H. Steinberg.
Achtundvierzigster Jg., Januar–Dezember 1932, Abteilung A: Deutschland,
Leipzig (1933), S. 90/91.

90

Schreiben der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark an den Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Gauleitung des Reichsbanners vom 16. Juni 1932

In dem Bewußtsein, daß ein gemeinsamer Aufmarsch der Arbeitermassen in Berlin ein Schlag gegen den Faschismus ist und die Kampfkraft des Proletariats bedeutend stärkt, haben wir in unserem Aufruf vom 15. Juni [im

Original: 16. Juni] allen Arbeitern und Organisationen eine gemeinsame Demonstration vorgeschlagen unter den Losungen: Nieder mit der faschistischen Reaktion! Fort mit der Papen-Regierung! Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Dieser Vorschlag stimmt überein mit dem Willen der Arbeitermassen in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln, der in zahlreichen Beschlüssen der Arbeiter zum Ausdruck gekommen ist.

Wir erfahren inzwischen, daß die preußische Regierung formell das Demonstrationsverbot aufrechterhält. Diese Maßnahme der preußischen Regierung dient lediglich dem Faschismus, denn durch das Verbot soll die Kampfmobilisierung der Arbeiter gegen die faschistische Reaktion erschwert werden. Wir fordern Sie auf, im Interesse der Verstärkung des Massenkampfes gegen den Faschismus die Forderung der Massen der Arbeiter auf sofortige Freigabe der Massendemonstrationen für alle Organisationen, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, zu unterstützen. Im übrigen erinnern wir daran, daß in der Vorkriegszeit die Sozialdemokratie unter ähnlichen Bedingungen eines Demonstrationsverbots in Berlin das Recht der Arbeiter auf die Straße durchgesetzt hat.

Angesichts der Notwendigkeit, auf Grund der Notverordnung der Papen-Regierung möglichst schnell die weiteren Kampfmaßnahmen durchzuführen, erwarten wir Ihre Antwort bis Sonnabend, den 18. Juni, mittags.

Berlin, 16. Juni 1932

Mit proletarischem Gruß
KPD Bezirk Berlin-Brandenburg

Die Rote Fahne (Berlin),
17. Juni 1932.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich,
Berlin 1965, S. 114/115.

91

Aus den Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes für den Umbau der Wirtschaft vom 21. Juni 1932

Rettungsprogramm der Gewerkschaften

Die ungeheure Krise macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampfe um die Überwindung der herrschenden Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten.

Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerläßlich.

In der anzustrebenden planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich folgende Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik:

I. Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft

Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf.

1. Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig.

2. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die 40-Stunden-Woche ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muß zur Zeit als das Höchstmaß der zulässigen Arbeitszeit gelten.

3. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen Reich, Länder und Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereithalten...

II. Industrie und Handel

Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken.

1. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden.

2. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe, die Eisenindustrie, einschließlich der Schrottwirtschaft, und die Metallgewinnung, die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.

3. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand überzuführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.

4. Alle Kartelle und ähnliche Zusammenschlüsse von Unternehmungen

sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen...

5. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

III. Kredit- und Bankwesen

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen.

1. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals sind zu verstaatlichen...

2. Bereits in der Übergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein zentrales Bankenamt zu erfüllen...

3. Das Bankenamt muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

IV. Agrarpolitik

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land...

2. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole sowie planmäßige Beeinflussung des Umfanges und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften zu verringern.

3. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, muß der Staat das Fachwissen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützen.

4. Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundeigentum ist in Gemeinbesitz zu überführen.

VI. Aufbau der Planwirtschaft

Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Ansätze zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Im besonderen muß die einheitliche Führung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

1. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und deren Leitung ist eine zentrale Planstelle zu betrauen. Sie hat in engster Zusammenarbeit mit dem Bankenamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken.

3. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Überwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Vorwärts (Berlin),
23. Juni 1932 (Morgenausgabe).

92

Aus der Rede Wilhelm Piecks im Preußischen Landtag am 22. Juni 1932

Die Kommunistische Partei führt in ihrer Antifaschistischen Aktion als einzige Partei den aktiven Massenkampf gegen die Faschisten, der besonders jetzt bei dem Einsetzen der offenen, faschistischen Diktatur durch die hauptsächlich von den Nationalsozialisten gestützte Papen-Regierung dringend notwendig bis zu den äußersten Kampfaktionen gesteigert werden muß. („Sehr wahr!" bei den Kommunisten.) Daraus ergab sich für die kommunistische Fraktion auch die Notwendigkeit, den Kampfeswillen der revolutionären Arbeiterschaft gegen die Faschisten dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die endgültige Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidiums verhindert wird. Wir haben deshalb an die beiden Fraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums zwei Bedingungen gestellt, unter denen wir Kommunisten bereit waren, bei den Wahlen für das Präsidium des Landtags für die Kandidaten der beiden Fraktionen zu stimmen („Hört! Hört!" rechts), ihnen dadurch die Mehrheit zu verschaffen und so die Wahl der nationalsozialistischen und deutschnationalen Kandidaten zu verhindern. („Sehr wahr!" bei den Kommunisten. – Zurufe rechts.)

Wir haben nicht die Bedingung gestellt, im Präsidium vertreten zu sein. Unsere beiden Bedingungen lauteten:

1. Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen.

2. Nichtdurchführung der faschistischen Notverordnungen der Papen-Regierung in Preußen. („Sehr wahr!" bei den Kommunisten.)

Die beiden von uns gestellten Bedingungen sind von den beiden Fraktionen abgelehnt worden („Hört! Hört!" bei den Kommunisten), was bei dem Zentrum verständlich ist, weniger bei den Sozialdemokraten, die angeblich den Kampf gegen den Faschismus führen wollen. („Sehr wahr!" bei den Kommunisten.) Jetzt ist bekannt geworden, daß die Zentrumsfraktion beschlossen hat, durch Stimmenthaltung, Abgabe weißer Stimmzettel, die Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidenten zu ermöglichen („Hört! Hört!" bei den Kommunisten), also nicht für ihn zu stimmen. Damit entsteht die Gefahr, daß das gesamte Präsidium nur von Nationalsozialisten und Deutschnationalen zusammengesetzt wird, wenn die Nationalsozialisten und Deutschnationalen nur noch für ihre eigenen Kandidaten stimmen. Wir Kommunisten wollen nicht nur einer solchen Gefahr vorbeugen, sondern vor allem unseren entschlossenen Kampfeswillen gegen den Faschismus dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir den weiteren taktischen Versuch unternehmen, die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidiums zu verhindern, indem wir den beiden Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie folgenden Vorschlag machen. („Aha!" und Lachen bei der NSDAP.)

Obwohl sie unsere beiden Bedingungen abgelehnt haben und damit ihre Feindschaft gegenüber den Forderungen der werktätigen Massen, ihrer eigenen Arbeiteranhänger, zum Ausdruck gebracht haben, so sind wir Kommunisten doch bereit, für ihre Kandidaten zum Präsidium zu stimmen („Hört! Hört!" bei der NSDAP), wenn beide Fraktionen ihre Bereitwilligkeit erklären, durch aktive Beteiligung an den Wahlen mit uns Kommunisten gemeinsam die Nationalsozialisten und Deutschnationalen von jeder Beteiligung am Landtagspräsidium – als Präsident oder Vizepräsidenten – auszuschließen.

Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 4. Wahlperiode.
1. Tagung, begonnen am 24. Mai 1932.
1. Bd., 1. bis 17. Sitzung (24. Mai bis 30. August 1932),
Berlin 1932, Sp. 682/683.
Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Bd. IV: Parlamentsreden.
Auswahl aus den Jahren 1906–1933,
Berlin 1955, S. 690/691.

93

Urantrag der kommunistischen Fraktion im Preußischen Landtag vom 6. Juli 1932

Die kommunistische Fraktion hat stets die besonders von den preußischen Polizei- und Regierungsstellen geübte Verbotspraxis gegen die Presse auf das schärfste bekämpft. Die behördlichen Unterdrückungsmaßnahmen richteten sich überwiegend gegen die kommunistische Presse wegen ihrer revolutionären Einstellung gegen das kapitalistische System und den bürgerlichen Klassenstaat. Diese Politik ist mit eine der Ursachen für das Anwachsen der faschistischen Bewegung.

Nunmehr ist die Papen-Regierung dazu übergegangen, von sich aus die Verbote von Zeitungen von der Preußenregierung zu fordern. Die Kommunisten erheben gemäß ihrer grundsätzlichen Einstellung auch gegen diese Eingriffe in die Pressefreiheit den schärfsten Protest. Sie weisen namentlich auch die Stellungnahme des Staatsgerichtshofs als ein Urteil der Klassenjustiz entschieden zurück. Sie protestieren ganz energisch dagegen, daß der Berliner Polizeipräsident trotzdem das „Vorwärts"-Verbot durchgeführt hat, und beantragen:

Das Staatsministerium wird beauftragt:

1. das „Vorwärts"-Verbot sofort aufzuheben;

2. weder von sich aus noch im Auftrage der Reichsregierung Zeitungen oder Organisationen zu verbieten;

3. den Polizeipräsidenten, Regierungspräsidenten oder sonstigen Behörden das Recht, Verbote zu verhängen, zu entziehen.

Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 4. Wahlperiode.
1. Tagung, begonnen am 24. Mai 1932.
1. Bd., 1. bis 17. Sitzung (24. Mai bis 30. August 1932),
Berlin 1932, Sp. 1097 (Drucksache Nr. 458).
Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Bd. IV: Parlamentsreden.
Auswahl aus den Jahren 1906–1933,
Berlin 1955, S. 697/698.

94

Aus der Antwort Ernst Thälmanns auf Fragen von Funktionären der SPD und des Reichsbanners vom 8. Juli 1932

Ob wir die antifaschistische Einheitsfront ehrlich meinen? Täglich mordet die braune Pest unsere Genossen, schlägt unsere besten Kämpfer nieder,

unternimmt provokatorische Angriffe auf unsere Parteihäuser; in den Gefängnissen schmachten Tausende unserer Genossen, die den wehrhaften Kampf gegen das faschistische Verbrechertum führten. Das Hitlersche Offiziers- und Prinzenpack hat erklärt, daß es die kommunistische Bewegung, das sind viele Millionen revolutionärer Männer und Frauen, ausrotten, hängen, köpfen und rädern will. Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird, sollten wir Kommunisten die antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen?...

Ob die Antifaschistische Aktion ein kommunistischer Parteiladen ist? Wir sagen: Nein! Sie ist ein überparteiliches Sammelbecken für alle zum rücksichtslosen Kampfe gegen den Faschismus gewillten Arbeiter. Sie ist keine Organisation, sondern eine Massenbewegung. Sie ist der Strom, in den all die kämpferischen Kräfte einmünden, die wirklich den Kampf, den Massenangriff gegen die jetzige Regierung, welche die unmittelbare Aufrichtung der faschistischen Diktatur betreibt, durchführen wollen...

Nun zur Frage, ob sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter, die an der Antifaschistischen Aktion teilnehmen, aus ihrer Partei austreten müssen? Wir haben in Hamburg bereits einen Antifaschistischen Kampfkongreß von 1700 Delegierten gehabt, auf dem 190 SPD- und Reichsbannerdelegierte [einschließlich der Mitglieder der SAJ, der SAP und des SJV] vertreten waren. Auf dem Wuppertaler Betriebsrätekongreß waren 50 sozialdemokratische Arbeiter anwesend. (Einspruch des SPD-Delegierten aus [dem Bezirk] Niederrhein: „Es waren mehr, ich war selbst da, es waren ungefähr 70!") – Du siehst, daß ich sehr vorsichtig bin und gar keine zu hohe Zahl angebe, damit der „Vorwärts" nicht sagt, wir lügen. – Alle diese Genossen kamen zur Antifaschistischen Aktion mit dem Bewußtsein, daß die SPD-Arbeiter Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen Klassenbrüdern kämpfen müssen.

Es ist für uns Kommunisten selbstverständlich, daß sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter an der Antifaschistischen Aktion teilnehmen können, ohne daß sie aus ihrer Partei auszutreten brauchen. Wenn ihr bloß in Millionen, in geschlossener Front hereinströmen würdet, wir würden es mit Freuden begrüßen, selbst wenn über gewisse Fragen der Einschätzung der SPD nach unserer Meinung in euren Köpfen noch Unklarheit besteht.

Das brennende Problem, das allen Arbeitern heute gemeinsam auf den Nägeln brennt, ist: Wie kann die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland verhindert werden? Wie kann verhindert werden, daß weiterer Lohn- und Unterstützungsabbau, weitere Notverordnungen, ge-

steigerte Unterdrückung, Knechtung, Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Arbeiterorganisationen durchgeführt werden?

Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront?
Thälmanns Antwort auf 21 Fragen von SPD-Arbeitern,
Berlin 1932, S. 5–8.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich,
Berlin 1965, S. 163/164, 166/167.

95

Erklärung der sozialdemokratischen Delegierten des antifaschistischen Einheitskongresses in Berlin vom 10. Juli 1932

Wir auf dem antifaschistischen Einheitskongreß Berlin-Brandenburg anwesenden SPD- und Reichsbannermitglieder erklären, alle Kräfte einzusetzen für die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront aller Arbeiter, ungeachtet der Organisationszugehörigkeit. Wir protestieren auf das schärfste gegen das Verbot des Parteivorstandes, daß gemeinsame Besprechungen und Aktionen in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Wohngebieten mit den revolutionären Arbeitern nicht stattfinden sollen. Wir weisen alle Verleumdungen zurück, die über uns in unserer Presse verbreitet werden.

Wir rufen alle Arbeiter auf, nicht zu warten, bis der Faschismus uns schlägt, sondern es gilt, sofort die Kampfmaßnahmen gegen die Papen-Regierung, gegen Notverordnungen und Naziterror einzuleiten. Schafft überall Einheitsausschüsse! Bildet in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Häuserblocks den roten Massenselbstschutz.

Es lebe die kämpfende Einheitsfront!

Die Rote Fahne (Berlin),
12. Juli 1932.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich,
Berlin 1965, S. 178.

96

Aus dem Brief Clara Zetkins an den antifaschistischen Einheitskongreß in Berlin, veröffentlicht am 12. Juli 1932

Teure Freundinnen und Freunde!

Genossinnen und Genossen!

Eurer Tagung die allerherzlichsten Wünsche für vollen, sich weit auswirkenden Erfolg. Sie ist ein erster wichtiger, beispielgebender Schritt zur Erfüllung des Dringlichkeitsgebotes der historischen Stunde; die Ausbildung einer erkenntnisklaren, geschlossenen und entschlossenen großen Einheitsfront unter zielbewußter revolutionärer Führung im Kampfe gegen den aussaugenden Kapitalismus, den vergewaltigenden Faschismus und den mörderischen Imperialismus. Diese Einheitsfront muß über die Gesamtheit des Proletariats hinausreichen und auch die Angestellten, Handwerker, Kleingewerbetreibenden, kleinen Bauern und nicht zuletzt auch die Intellektuellen aller Schichten erfassen, von der Maschinenschreiberin im Betriebe, in der öffentlichen Verwaltung bis zum Hochschullehrer.

Der nackte Hunger ist das Schicksal der Arbeitslosen, der Erwerbslosen, für die die jämmerliche Armenversorgung in ein Nichts des sozialen Beistands verwandelt wird, den das Proletariat in opferreichen Kämpfen errungen hat und dessen Kosten die ausgeplünderten Werktätigen allein bestreiten. Härteste Entbehrungen und vorzeitige Vernichtung der Gesundheit, des Lebens durch übermäßige Auspressung der Arbeitskraft mittels der kapitalistischen Rationalisierung ist das Los der „glücklich" Beschäftigten. Die blutigste Rechtsverweigerung knebelt den Verteidigungswillen der breitesten Massen. Der nackte Faschismus soll das kämpfende Leben der vom Kapitalismus Ausgesogenen und Niedergetretenen restlos zerstampfen. Noch ehe die erdrückenden Lasten und Leiden des Weltkrieges gestillt sind, werden neue imperialistische Verbrechen vorbereitet, die darauf abzielen, den Sowjetstaat des sozialistischen Aufbaues abzuwürgen und die Macht, die Existenz des sterbenden Kapitalismus in der ganzen Welt zu verewigen. Dem ungeheuren Unheil, das die werktätigen Massen peinigt und in noch höherem Maße bedroht, kann nur durch eine Macht gewehrt werden:

durch den rücksichtslosen Kampf aller Ausgewucherten und Unterdrückten gegen alle Auswucherer und Unterdrücker, der vielmillionenköpfigen Klasse der Habenichtse und Wenigbesitzenden gegen die Klassendiktatur der winzigen Minderheit Großbesitzender, die sich zum blutigen Faschismus steigert.

Internationale Presse-Korrespondenz (Berlin),
1932, Nr. 57, S. 1797.

97

Aus dem Lagebericht Nr. 13 des Reichsministeriums des Innern vom 16. Juli 1932

Die Erörterungen zwischen KPD und SPD über die Möglichkeit einer auch formalen Einheitsfront beider Parteien im Kampf gegen den „Faschismus" sind, was die SPD angeht, zu einem gewissen Abschluß gelangt. Der Parteivorstand der SPD hat sich – entsprechend seiner von taktischen Gründen diktierten vorsichtigen Haltung, die sich durch die wachsende Sympathie früherer linksbürgerlicher Wähler für eine Stimmabgabe zugunsten der SPD nur noch mehr empfiehlt – in einem Aufruf vom 28. VI. ausdrücklich gegen die von der KPD empfohlenen und auch jetzt noch angestrebten lokalen Verhandlungen ausgesprochen, ja diese sogar ausdrücklich verboten. Hierdurch entstehen, so heißt es in einem Rundschreiben, nur Uneinigkeit und Verwirrung statt Einigkeit und Klarheit. Erfolgversprechende Verhandlungen könnten nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden. Weil aber die KPD sich mehrfach grundsätzlich und eindeutig gegen solche zentralen Verhandlungen ausgesprochen hat, bestätigt dieses Rundschreiben unsere Vermutung, daß die SPD im Grunde diese auch formale Einheitsfront nicht wünscht. Sie geht sogar so weit, daß sie Funktionäre, Ortsgruppenvorsitzende usw., die sich trotzdem in lokale Verhandlungen mit der KPD einließen, entweder aus der Partei ausschließt oder die Schuldigen veranlaßt, ihre gegebene Zustimmung zur Teilnahme an Einheitsfrontkomitees oder -aktionen zurückzuziehen. Demgegenüber bemüht sich die KPD weiter, eine Einheitsfront im lokalen Maßstabe herzustellen...

Andererseits erklären kommunistische Führer und Redner immer wieder, daß die KPD für die Bildung der antifaschistischen Einheitsfront nicht die Bedingung eines Übertritts zur KPD stelle, daß sie auch nichts lieber täte (??), als die Führung in den Einheitsfrontausschüssen den wirklich kampfgewillten Arbeitern, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit, selbst zu übergeben. Die KPD wolle lediglich diese Einheitsfront aufstellen. Sie wolle lediglich gemeinsam mit allen Arbeitern gegen den Faschismus kämpfen, den roten Massenselbstschutz schaffen, gegen die Notverordnungen der Regierungen den gemeinsamen Massenkampf aller Arbeiter einsetzen, d. h. als wirkungsvollste Kampfmaßnahme den politischen Massenstreik organisieren. Aus allen Reden und Anweisungen klingt immer wieder die gleiche Aufforderung „Schreitet endlich zur antifaschistischen Tat!" oder: „Findet immer neue Formen der Antifaschistischen Aktion!" Bedingungen, die die SPD für die Einheitsfront stellt, könne und wolle die KPD nicht annehmen, wie sie ihrerseits auch den sozialdemokratischen Arbeitern keine andere Bedingung für die Ein-

reihung in die antifaschistische Einheitsfront stelle als den Willen zum Kampf...

Im ganzen Reiche gehen die praktischen Einheitsfrontaktionen weiter. SPD-Betriebsräte erscheinen als Delegierte ihrer Kameraden in kommunistischen Versammlungen; in Duisburg erörterten Funktionäre der Eisernen Front im Parteibüro der KPD Einheitsfrontmaßnahmen. Gemeinsame Sargwachen und Beteiligungen bei Beerdigungen sind schon überall die Regel, ebenso wie bei oder nach nationalsozialistischen Aufmärschen regelmäßig wirklich überparteiliche Demonstrationen veranstaltet werden. Sozialdemokraten erscheinen bei den vielerorts veranstalteten antifaschistischen Kongressen der KPD, wenn auch noch nicht in der von der KPD erhofften Zahl; Gewerkschaftsfunktionäre erklären, daß man die entgegengehaltene Bruderhand der KPD nicht zurückweisen dürfe, und äußern Kritik an der Politik von SPD und ADGB. Die Duisburger „Volksstimme", SPD-Organ, begrüßte das Zustandekommen der Einheitsfront, die spontan von unten her kommen würde. Hilferding rühmte in einer Essener Rede, daß bei der Demonstration im Berliner Lustgarten die Kommunisten in „vorbildlicher Disziplin" mitmarschiert seien usw. usw. So sieht man also, daß der Vorstand der SPD im Prinzip nichts gegen die Bildung der Einheitsfront auf lokaler Basis hat, solange natürlich die Machtstellung der SPD und ihr Einfluß im Proletariat hierdurch nicht berührt werden, daß er aber, und zwar mit Rücksicht auf die von rechts her erwarteten Wähler und mit Rücksicht auf spätere Koalitionsmöglichkeiten, eine offizielle Verantwortung für eine auch formale Einheitsfront mit den Kommunisten nicht übernehmen will.

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Reichsministerium des Innern, Abt. IAN, Nr. 26 153, Bl. 25–27.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kucklich,
Berlin 1965, S. 185–187.

98

Aus den Erinnerungen Carl Severings an die Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 16. Juli 1932

In einer Besprechung am Morgen dieses Tages, an der neben Otto Wels Breitscheid, Hilferding, Vogel, Crispien und Stampfer teilnahmen, habe ich dem Parteivorstand dargelegt, daß die Indizien sich mehrten, die auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen noch vor den Wahlen

hindeuteten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Schleicher, Papen und Gayl von einer solchen Aktion eine Prestigeeinbuße der Sozialdemokratie erhofften, zugleich aber auch eine Verbesserung der Atmosphäre mit den Rechtskreisen. Für die Haltung der sozialdemokratischen Minister in der Preußenregierung und der sie stützenden Parteien komme es maßgebend darauf an, in welchen Formen die Einsetzung erfolgen würde, ob die verfassungsmäßigen Bestimmungen gewahrt blieben oder ob sich Schleicher stark genug fühlen würde, sich über Verfassungsbestimmungen hinwegzusetzen. Dabei stelle sich die Frage, ob gegen ein ungesetzliches, von der Reichswehr gedecktes Vorgehen ein Einsatz der Polizei, gestützt von den Massen der Eisernen Front, möglich und geboten sei. Trotz aller Zersetzungsversuche sei die Berliner Polizei in ihrer Mehrheit der republikanischen Regierung treu ergeben. Im Hinblick auf die Gefechtsstärke der Reichswehr und der Polizei sei der Einsatz der Polizei aber nur dann zu vertreten, wenn man ihn auf eine Demonstration von kurzer Dauer beschränken würde. In diesem Augenblick unterbrach mich Friedrich Stampfer mit der Bemerkung, daß ich kein Recht habe, auf Kosten meiner Polizeibeamten tapfer zu sein. Das war auch meine Meinung. Ich hatte keineswegs die Absicht, dem Parteivorstand die angedeutete Art der Abwehr zu empfehlen. Andererseits fühlte ich mich aber verpflichtet, alle Möglichkeiten des Widerstandes oder eines sichtbaren Protestes in diesem Gremium zu erörtern. Die Besprechung kam einmütig zu dem Ergebnis, bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen.

Carl Severing: Mein Lebensweg, Bd. II: Im Auf und Ab der Republik, Köln (1950), S. 347.

99

Aus dem Leitartikel des „Vorwärts" vom 17. Juli 1932

Wenn sich jemand in Deutschland einbilden sollte, daß die Organisationen der Eisernen Front eine Aufhebung der republikanischen Verfassung des Deutschen Reiches dulden würden, dann befände sich dieser Jemand in einem verhängnisvollen Irrtum. Es genügt vollkommen, wenn wir in diesem Zusammenhang auf den Ausgang des Kapp-Putsches hinweisen. Und damals gab es noch zwei sozialistische Parteien, die einander heftig befehdeten, was wieder auf die Beziehungen zu den Gewerkschaften ungünstig zurückwirkte. Ein Reichsbanner gab es damals überhaupt noch nicht und von einer Eisernen Front konnte erst recht keine Rede sein.

Dies ausgesprochen, damit jedermann weiß, woran er ist, möchten wir aber auch davor warnen – nicht die organisierten Arbeiter, die sind im Bilde –, die Aufrufe der KPD zu Protest- und Gewaltstreiks von mehr oder weniger kurzer Dauer aus irgendeinem Anlaß ernst zu nehmen.

Wir lassen diese letzte, entscheidende Waffe des Proletariats nicht durch Pfuscher abstumpfen. Ob und wann sie einzusetzen ist, darüber entscheiden allein die verantwortlichen Organisationen. Sie werden, wenn es um die Lebens- und Grundrechte der Arbeiterklasse geht, ohne zu zaudern mit der vollen Wucht der Organisationen zuschlagen.

Vorwärts (Berlin),
17. Juli 1932 (Morgenausgabe).

100

Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen, vom 20. Juli 1932

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums aus.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Reichsgesetzblatt (Berlin),
1932, Teil I, Nr. 48, S. 377.

101

Aus den Erinnerungen des ehemaligen Staatssekretärs im preußischen Ministerium des Innern Wilhelm Abegg an den 20. Juli 1932

Severing empfing am Vormittag des genannten Tages gem. telefonisch getroffener Vereinbarung den zur Verwaltung des preußischen Innenministeriums zunächst ausersehenen Oberbürgermeister Dr. Bracht aus Essen, der sich... dem damaligen Reichskanzler von Papen zur Verfügung gestellt hatte; beide verhandelten unter vier Augen allein. Danach hat mir Severing erzählt: Er habe sich auf das Verlangen zur Räumung seines Postens dahin geäußert, daß er nur der Gewalt weichen würde; Bracht habe erwidert: Die könne er aufbringen; worauf vereinbart worden sei, daß die Entsetzung des preußischen Innenministers mit Gewalt zur Vermeidung öffentlichen Aufsehens erst am Abend in der Dunkelstunde vor sich gehen solle. Bracht ist dann, nachdem sich die tagsüber vor dem Innenministerium aufgetauchte, aber ruhig gewesene Menge verlaufen hatte, gegen 19½ Uhr mit dem von Papen zum Polizeipräsidenten von Berlin bestimmten Polizeipräsidenten Dr. Melcher, gleichfalls aus Essen, und dem zum neuen Kommandeur der Berliner Schutzpolizei designierten Polizeioberst Poten im Innenministerium erschienen. Daraufhin hat Severing nicht nur das Zimmer, sondern auch das Amt aufgegeben.

Deutsche Rundschau (Berlin),
1947, H. 8, S. 137.

102

Appell des ZK der KPD an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den Allgemeinen freien Angestelltenbund und an alle deutschen Arbeiter vom 20. Juli 1932

Die Kommunistische Partei Deutschlands richtet angesichts der Aufrichtung der Militärdiktatur durch die Regierung Papen-Schleicher den Appell an die deutsche Arbeiterschaft, den Generalstreik für folgende Forderungen durchzuführen:

1. Fort mit der faschistischen Militärdiktatur und dem Ausnahmezustand!
2. Fort mit der faschistischen Papen-Regierung!
3. Her mit der uneingeschränkten Versammlungs-, Demonstrations-, Presse- und Organisationsfreiheit für die Arbeiterklasse!
4. Fort mit den faschistischen Notverordnungen gegen Kriegskrüppel,

Erwerbslose, Rentner, Arbeiter, Angestellte und Beamte und gegen die Freiheit der Arbeiterbewegung!

5. Für die Entwaffnung der Konterrevolution!

6. Für das Verbot der SA und SS und die Schließung der SA-Kasernen!

Die Kommunistische Partei richtet vor der proletarischen Öffentlichkeit die Frage an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, an den ADGB und den AfA-Bund, ob sie bereit sind, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den Generalstreik für diese Forderungen durchzuführen, wie es dem Willen der Millionenmassen auch der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter entspricht.

Die Kommunistische Partei wendet sich an die Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter in ganz Deutschland mit dem Appell, von unten her, durch die breiteste Entfaltung der Initiative der Massen in den Betrieben und Kontoren, auf den Stempelstellen und auf dem flachen Lande, den Massenkampf gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur und gegen den Mordterror des Hitlerfaschismus im Zeichen der Antifaschistischen Aktion zu entfalten und unverzüglich den Streik zu organisieren.

Die Kommunistische Partei appelliert an alle Gewerkschaftskartelle, sofort den Streik zu beschließen, an alle Betriebszellen, die Streikorganisierung in den Betrieben einzuleiten, an die Erwerbslosen auf den Stempelstellen, sich nicht zu Streikbrecherarbeit gebrauchen zu lassen, sondern aktive Solidarität mit den Streikenden zu organisieren.

Vorwärts im Zeichen der Antifaschistischen Aktion!

Rote Sturmfahne.
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VIII/14.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich,
Berlin 1965, S. 193/194.

103

Aus einem Aufruf der KPD, Bezirk Mittelrhein, um den 20. Juli 1932

Einheitsfront zum Kampf gegen Militärdiktatur,
gegen Faschismus und Papen-Regierung!

Proletarier in Betrieben und an der Stempelstelle!

Männer und Frauen in Stadt und Land!...

Der Diktaturstreich der Papen-Regierung ist eine Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse! Die „verschärften Maßnahmen", die seit Wochen von den Hitlergarden gegen die Kommunistische Partei gefordert wurden, sind Beweis dafür, daß jetzt der Generalangriff auf die Arbeiterklasse

begonnen hat. Die Regierung Papen stützt sich auf die Bajonette der Reichswehr und auf die braune Privatarmee Hitlers. In Ermangelung politischer Lorbeeren, die in Lausanne [nicht] erworben werden konnten, verschärft diese Regierung den Unterdrückungskurs nach innen.

10 Milliarden Tributlasten für das werktätige Volk, 1,5 Milliarden Notverordnungsbelastung, Unterstützungsabbau für Erwerbslose, Kriegsbeschädigte und Rentenempfänger sind Marksteine am Wege dieser Regierung. Sie hat bisher keine Maßnahmen ergriffen, um dem Millionenheer der Arbeitslosen Brot und Arbeit zu geben. Die Wirtschaftskrise rast weiter, die Betriebe bleiben geschlossen, die Kinder der Armen schreien täglich nach Brot. Die Regierung Papen nimmt den Armen das Salz vom trockenen Brot. Das ist der Krieg, den die Reichen gegen die Armen führen. Das ist das Gesicht der kapitalistischen Klassenherrschaft.

Bei den tollen Angriffen des Finanzkapitals und des Feudaladels auf die Arbeiterklasse stehen die nationalsozialistischen Führer hilfsbereit an der Seite der Regierung. Sie sind die Terrorgarde der Kapitalisten. Naziüberfälle auf Gewerkschaftshäuser, blutige Mordtaten gegen Proletarier, faschistische Greuel sind an der Tagesordnung. In wenigen Wochen wurden von nationalsozialistischen Mordbuben 50 Arbeiter meuchlings erschlagen und niedergeschossen. Allein in Köln haben diese Mordbuben zwei Arbeiter erschossen. Bei einem Überfall auf ein sozialdemokratisches Gartenfest in Pfalzel bei Trier hat Hitlers SA einen sozialdemokratischen Arbeiter und in Wesseling einen parteilosen Arbeiter gemeuchelt. Eine Welle blutigster Mordtaten geht durch Deutschland. Selbst Frauen und Kinder wurden im Feuer nationalsozialistischer Mordbuben blutig niedergestreckt.

Gegen diese braune Mordpest setzt die Arbeiterschaft sich unter Führung der Kommunistischen Partei zur Wehr. Die Arbeiter dulden es nicht, daß die Salzsteuersoldaten Hitlers ihre bestialischen Mordtaten weiter verüben und ihren Vandalismus bis in die Wohnviertel des Proletariats hineintragen. Unter Führung der Kommunistischen Partei hat die Antifaschistische Aktion die faschistischen Mordbanditen von der Straße verjagt. Die Antwort Papens darauf ist der Belagerungszustand, die Ankündigung des Standrechtes, des Parteiverbotes und die Massenverhaftung kommunistischer Funktionäre. Die Generalsdiktatur in Preußen ist ein Signal für alle Werktätigen. Jetzt geht es um die Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen und der Freiheit des Proletariats. In dieser ernsten Stunde wendet sich die Kommunistische Partei an alle sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter. Seht, wie die SPD- und Zentrumsminister kampflos das Feld räumen! Papierne Proteste und infame Vertröstungen sind das einzige, was von der SPD- und ADGB-Führung zu hören ist...

Tretet sofort in den Betrieben zu Belegschaftsversammlungen zusammen! Bildet Einheitsausschüsse der sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter, reicht euch die Bruderhand zum Kampf! Ihr seid unüberwindlich, ihr schlagt den Faschismus, wenn ihr einig seid! Erneut gelobt die Kommunistische Partei ihre Bereitschaft zur kämpfenden Einheitsfront. Wir wollen kein Geschwätz, wir wollen keine Bedingungen, wir wollen keine Verhandlungen, sondern wir wollen den Kampf! Wer kämpfen will, findet uns an seiner Seite. Nieder mit dem Faschismus, nieder mit der Ausbeutung, fort mit dem Belagerungszustand! Es lebe die Antifaschistische Aktion und die revolutionäre Einheitsfront zum Kampf der Armen gegen die Reichen!

Gegen Belagerungszustand und Militärdiktatur! Für Arbeit, Brot und Frieden! Gegen Notverordnungen und Lausanner Tributlasten! Für soziale und nationale Befreiung! Gegen die Regierung der Industriemagnaten und Großagrarier! Für die deutsche Arbeiter-und-Bauern-Regierung!

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, D. F. VIII/7.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich,
Berlin 1965, S. 197–201.

104

Aufruf des Parteivorstandes der SPD vom 20. Juli 1932

An die Partei!
Sozialdemokratie im Kampf um Freiheit!

Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen Volke, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der Nationalsozialistischen Partei entstanden ist. Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten! Jetzt vor allem mit konzentrierter Kraft für den Sieg der Sozialdemokratie am 31. Juli!

Berlin, 20. Juli 1932

Freiheit!
Der Parteivorstand

Vorwärts (Berlin),
21. Juli 1932 (Morgenausgabe).

105

Aufruf gewerkschaftlicher Spitzenkörperschaften vom 20. Juli 1932

An die deutsche Arbeitnehmerschaft!

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben.

Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet.

Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands
Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Deutscher Beamtenbund

Vorwärts (Berlin),
21. Juli 1932 (Morgenausgabe).

106

Aufruf der Berliner Leitungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, veröffentlicht am 21. Juli 1932

Warnung vor Provokateuren

Die Berliner gewerkschaftlichen Spitzenkörperschaften stimmen mit der Erklärung der gewerkschaftlichen Reichszentralen aller Richtungen und der Kampfleitung Berlin der Eisernen Front überein. Sie betonen:

Nur die von den Organisationen der Eisernen Front gegebenen Parolen werden befolgt.

Haltet Disziplin! Laßt euch nicht provozieren! Jetzt muß jeder wirkliche Kämpfer die Nerven behalten!

Provokateure verteilen unter Mißbrauch des Namens der Eisernen Front Flugblätter, worin sie zum Generalstreik auffordern. Stellt diese Provokateure fest!

Mit der zu Donnerstag abend von den Kommunisten einberufenen Betriebsrätekonferenz haben die Gewerkschaften nichts zu tun.

Ortsausschuß Berlin des
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Ortskartell Berlin des
Allgemeinen freien Angestelltenbundes
Bezirksausschuß Berlin des
Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes

Vorwärts (Berlin),
21. Juli 1932 (Morgenausgabe).

107

Aus der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932

I. Vermehrung der Arbeitnehmerzahl

§ 1

(1) Werden in einem Betrieb oder in einer Betriebsabteilung mehr Arbeiter beschäftigt als am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, so ist der Arbeitgeber ohne Änderung des Arbeitsvertrags berechtigt, während der Dauer der Erhöhung der Arbeiterzahl, jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932, die jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätze für die einunddreißigste bis vierzigste

Wochenarbeitsstunde zu unterschreiten. Der § 1 Abs. 1 der Tarifvertragsverordnung findet insoweit keine Anwendung.

(2) Die hiernach zulässige Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze beträgt während einer Vermehrung der Arbeiterzahl von

mindestens fünf vom Hundert: zehn vom Hundert,
mindestens zehn vom Hundert: zwanzig vom Hundert,
mindestens fünfzehn vom Hundert: dreißig vom Hundert,
mindestens zwanzig vom Hundert: vierzig vom Hundert,
mindestens fünfundzwanzig vom Hundert: fünfzig vom Hundert.

Bei der Bemessung des Umfangs der Vermehrung sind die nach dem Inkrafttreten der Verordnung neueingestellten Lehrlinge und Volontäre nicht mitzuzählen.

(3) Entsprechendes gilt bei Erhöhung der Zahl der Angestellten für die Gehaltssätze...

II. Erhaltung gefährdeter Betriebe

§ 7

Gefährdet die Erfüllung der dem Arbeitgeber obliegenden tarifvertraglichen Verpflichtungen die Weiterführung eines Betriebes oder seine Wiederaufnahme infolge besonderer, diesen Betrieb betreffender, außerhalb seines Einflusses liegender Umstände, so kann der Schlichter den Arbeitgeber ermächtigen, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltssätze im bestimmten Umfang ohne Änderung des Arbeitsvertrags zu unterschreiten. Der § 1 Abs. 1 der Tarifvertragsverordnung findet insoweit keine Anwendung.

§ 8

(1) Den Umfang der zulässigen Unterschreitung setzt der Schlichter fest. Er darf dabei nicht über zwanzig vom Hundert der tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltssätze hinausgehen.

Reichsgesetzblatt (Berlin),
1932, Teil I, Nr. 58, S. 433/434.

108

Aus dem Artikel der „Deutschen Führerbriefe"
„Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus" vom September 1932

Das Problem der Konsolidierung des bürgerlichen Regimes im Nachkriegsdeutschland ist allgemein durch die Tatsache bestimmt, daß das führende, nämlich über die Wirtschaft verfügende Bürgertum zu schmal geworden

ist, um seine Herrschaft allein zu tragen. Es bedarf für diese Herrschaft, falls es sich nicht der höchst gefährlichen Waffe der rein militärischen Gewaltausübung anvertrauen will, der Bindung von Schichten an sich, die sozial nicht zu ihm gehören, die ihm aber den unentbehrlichen Dienst leisten, seine Herrschaft im Volk zu verankern und dadurch deren eigentlicher oder letzter Träger zu sein. Dieser letzte oder „Grenzträger" der bürgerlichen Herrschaft war in der ersten Periode der Nachkriegskonsolidierung die Sozialdemokratie.

Sie brachte zu dieser Aufgabe eine Eigenschaft mit, die dem Nationalsozialismus fehlt, wenigstens bisher noch fehlt. Wohl war auch der Novembersozialismus eine ideologische Massenflut und eine Bewegung, aber er war nicht nur das, denn hinter ihm stand die Macht der organisierten Arbeiterschaft, die soziale Macht der Gewerkschaften. Jene Flut konnte sich verlaufen, der ideologische Ansturm zerbrechen, die Bewegung verebben, die Gewerkschaften aber blieben und mit ihnen oder richtiger kraft ihrer auch die Sozialdemokratische Partei. Der Nationalsozialismus aber ist vorerst noch immer nur die Bewegung, bloßer Ansturm, Vormarsch und Ideologie. Bricht diese Wand zusammen, so stößt man dahinter ins Leere. Denn indem er alle Schichten und Gruppen umfaßt, ist er mit keiner identisch, ist er in keinem dauernden Glied des Gesellschaftsbaus soziologisch verkörpert. In diesem bedeutsamen Umstand liegt neben der oben festgestellten Parallelität beider Massenparteien ihr fundamentaler Unterschied hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Rekonsolidierung der bürgerlichen Herrschaft. Vermöge ihres sozialen Charakters als originäre Arbeiterpartei brachte die Sozialdemokratie in das System der damaligen Konsolidierung über all ihre rein politische Stoßkraft hinaus das viel wertvollere und dauerhaftere Gut der organisierten Arbeiterschaft ein und verkettete diese unter Paralysierung ihrer revolutionären Energie fest mit dem bürgerlichen Staat. Auf dieser Basis konnte die Sozialdemokratie sich mit einer bloßen Teilhaberschaft an der bürgerlichen Herrschaft begnügen, ja konnte sie sogar niemals mehr und wesensmäßig nichts anderes als bloß der eine Teilpartner derselben sein. Sie hätte als Sozialdemokratie zu existieren aufgehört, wenn etwa der Zufall ihr die ganze Macht über Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hingeworfen hätte, so sehr, daß sich von ihr nach einem bekannten Worte sagen ließe, die Sozialdemokratie würde die bürgerliche Gesellschaft, wenn es sie nicht gäbe, erfinden müssen, um zu bestehen...

Die notwendige Bedingung jeder sozialen Rekonsolidierung der bürgerlichen Herrschaft, die in Deutschland seit dem Kriege möglich ist, ist die Spaltung der Arbeiterschaft. Jede geschlossene, von unten hervorwachsende Arbeiterbewegung müßte revolutionär sein, und gegen sie wäre diese Herrschaft dauernd nicht zu halten, auch nicht mit den Mitteln der militä-

rischen Gewalt. Auf der gemeinsamen Basis dieser notwendigen Bedingung unterscheiden sich die verschiedenen Systeme der bürgerlichen Konsolidierung nach den zureichenden Bedingungen, die hinzukommen müssen, um den Staat und das Bürgertum bis in breite Schichten der gespaltenen Arbeiterschaft hinein zu verankern.

In der ersten Rekonsolidierungsära des bürgerlichen Nachkriegsregimes, in der Ära von 1923/24 bis 1929/30 war die Spaltung der Arbeiterschaft fundiert durch die lohn- und sozialpolitischen Errungenschaften, in die die Sozialdemokratie den revolutionären Ansturm umgemünzt hatte. Diese nämlich funktionierten als eine Art Schleusenmechanismus, durch den der beschäftigte und fest organisierte Teil der Arbeiterschaft im Arbeitsmarktgefälle einen zwar abgestuften, aber dennoch in sich geschlossenen erheblichen Niveauvorteil gegenüber der arbeitslosen und fluktuierenden Masse der unteren Kategorien genoß und gegen die volle Auswirkung der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Krisenlage der Wirtschaft auf seine Lebenshaltung relativ geschützt war. Die politische Grenze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus verläuft fast genau auf der sozialen und wirtschaftlichen Linie dieses Schleusendamms, und die gesamten, jedoch bis jetzt vergeblich gebliebenen Anstrengungen des Kommunismus gelten dem Einbruch in dies geschützte Gebiet der Gewerkschaften. Da zudem aber die sozialdemokratische Ummünzung der Revolution in Sozialpolitik zusammenfiel mit der Verlegung des Kampfes aus den Betrieben und von der Straße in das Parlament, die Ministerien und die Kanzleien, d. h. mit der Verwandlung des Kampfes „von unten" in die Sicherung „von oben", waren fortan Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie, mithin aber auch der gesamte von ihnen geführte Teil der Arbeiterschaft, mit Haut und Haaren an den bürgerlichen Staat und ihre Machtbeteiligung an ihm gekettet, und zwar solange, als erstens auch nur noch das Geringste von jenen Errungenschaften auf diesem Wege zu verteidigen übrigbleibt und als zweitens die Arbeiterschaft ihrer Führung folgt.

Vier Folgerungen aus dieser Analyse sind wichtig:

1. Die Politik des „kleineren Übels" ist nicht eine Taktik, sie ist die politische Substanz der Sozialdemokratie.

2. Die Bindung der Gewerkschaftsbürokratie an den staatlichen Weg „von oben" ist zwingender als ihre Bindung an den Marxismus, also an die Sozialdemokratie, und gilt gegenüber jedem bürgerlichen Staat, der sie einbeziehen will.

3. Die Bindung der Gewerkschaftsbürokratie an die Sozialdemokratie steht und fällt politisch mit dem Parlamentarismus.

4. Die Möglichkeit einer liberalen Sozialverfassung des Monopolkapitalismus ist bedingt durch das Vorhandensein eines automatischen Spaltungsmechanismus der Arbeiterschaft.

Ein bürgerliches Regime, dem an einer liberalen Sozialverfassung gelegen ist, muß nicht nur überhaupt parlamentarisch sein, es muß sich auf die Sozialdemokratie stützen und der Sozialdemokratie ausreichende Errungenschaften lassen; ein bürgerliches Regime, das diese Errungenschaften vernichtet, muß Sozialdemokratie und Parlamentarismus opfern, muß sich für die Sozialdemokratie einen Ersatz verschaffen und zu einer gebundenen Sozialverfassung übergehen.

Der Prozeß dieses Übergangs, in dem wir uns augenblicklich befinden, weil die Wirtschaftskrise jene Errungenschaften zwangsläufig zermalmt hat, durchläuft das akute Gefahrenstadium, daß mit dem Fortfall jener Errungenschaften auch der auf ihnen beruhende Spaltungsmechanismus der Arbeiterschaft zu wirken aufhört, mithin die Arbeiterschaft in der Richtung auf den Kommunismus ins Gleiten gerät, und die bürgerliche Herrschaft sich der Grenze des Notstands einer Militärdiktatur nähert. Der Eintritt in diesen Notstand aber wäre der Eintritt aus einer Phase notleidender Konsolidierung in die der Unheilbarkeit der bürgerlichen Herrschaft. Die Rettung vor diesem Abgrund ist nur möglich, wenn die Spaltung und Bindung der Arbeiterschaft, da jener Schleusenmechanismus in ausreichendem Maße nicht wieder aufzurichten geht, auf andere, und zwar direkte Weise gelingt. Hier liegen die positiven Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus. Das Problem selbst weist für sie eindeutig nach zwei Richtungen. Entweder man gliedert den in der freien Wirtschaft beschäftigten Teil der Arbeiterschaft, d. h. die Gewerkschaften, durch eine neuartige politische Verklammerung in eine berufsständische Verfassung ein, oder man versucht sich umgekehrt auf den arbeitslosen Teil zu stützen, indem man für ihn unter dem Regiment einer Arbeitsdienstpflicht einen künstlichen Sektor der Wirtschaft organisiert.

Deutsche Führerbriefe (Berlin),
1932, Nr. 72 und 73.

109

Aus dem Referat Ernst Thälmanns auf der 3. Parteikonferenz der KPD in Berlin vom 15. bis 18. Oktober 1932

Wir haben in den letzten Monaten in zwei Fragen einen großen Durchbruch, einen entscheidenden Fortschritt zu verzeichnen, den wir sehen müssen, ohne die noch immer vorhandenen Mängel und Schwächen zu verkleinern: zuerst durch die Antifaschistische Aktion einen großen Fortschritt in der Frage der Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten auf dem Gebiet des antifaschistischen Massenkampfes gegen den faschi-

stischen Terror – ich brauche über die große Bedeutung dieses Erfolges nicht viele Worte zu verlieren – und dann in den letzten Wochen den Beginn eines Durchbruchs in der Frage der Wirtschaftskämpfe, die begonnene Streikwelle mit ihren Erfolgen für die revolutionäre Bewegung. Diese beiden entscheidenden Schritte auf dem Wege der Wendung zur Massenpolitik, der Wendung zu einer bolschewistischen Kampfpolitik der Partei wären undenkbar, wenn wir nicht in einer entscheidenden Frage Hemmungen aus der Vergangenheit überwunden und die Offensive ergriffen hätten: in der Frage der Einheitsfronttaktik!

Wir haben auch in der Vergangenheit Agitation für Streikkämpfe getrieben wie jetzt nach der September-Notverordnung. Aber damals konnten wir mit unseren Losungen nur verhältnismäßig kleinere Massen in Bewegung setzen, sowohl beim Massenselbstschutz wie auch erst recht in der Frage der Wirtschaftskämpfe.

Warum hatten wir jetzt einen stärkeren, wuchtigeren Erfolg mit unseren Losungen? Einmal sind die objektiven Verhältnisse für die Verstärkung des Klassenkampfes selbstverständlich günstiger geworden. Der Grad der Ausbeutung, der Ausplünderung der Massen bis aufs letzte ist gestiegen. Der faschistische Terror hatte besonders blutige Formen angenommen. Aber diese objektiven Voraussetzungen allein erklären unsere wachsenden Erfolge nicht. Hier ist noch eine andere, für uns wichtigere Ursache. Und das ist die Tatsache, daß es uns gelungen ist, die vom Februarplenum des ZK geforderte Wendung zu einer wirklichen Massenpolitik, zu einer Politik der Führung der Kämpfe und Aktionen der Massen, unter breitester Entfaltung der Einheitsfrontpolitik von unten erfolgreich in Angriff zu nehmen. Das ist es, was wir unterstreichen müssen, ohne irgendwie in Schönfärberei oder Selbstgenügsamkeit zu verfallen.

So große Möglichkeiten für die Steigerung der mächtigen Welle des proletarischen Widerstandes durch unsere revolutionäre Massenpolitik wie gegenwärtig waren selten vorhanden. Nehmen wir den Umfang der Streikbewegungen gegen Notverordnung und Lohnabbau in der Zeit vom 16. September bis 13. Oktober. Von der RGO sind 447 Streiks in dieser Zeit registriert worden. Davon wurden mit vollem Erfolg 228 beendet, mit Teilerfolgen 16, ohne Erfolg 30, mit unbekanntem Ausgang 173. In Wirklichkeit ist die Zahl der erfolgreichen Streiks weit größer. Ein bürgerliches Berliner Mittagsblatt spricht sogar davon, daß 80 Prozent aller Streiks erfolgreich verliefen.

Bei diesen Streiks ist interessant, daß die Mehrzahl in Metallbetrieben stattgefunden hat, danach in Textilbetrieben und dann in der Bauindustrie. Bezeichnend ist, daß sich unter den Streiks keine Bergarbeiterstreiks befunden haben. Die große Anzahl der Streiks in den Metallbetrieben erklärt sich aus dem starken Lohnabbau bei den qualifizierten Arbeitern, der

Radikalisierung der organisierten Arbeiter und der Tatsache, daß die reformistische Bürokratie unter dem Massendruck manövrieren mußte und manche Streiks sanktionierte, um nach Möglichkeit die Führung an sich zu reißen. In den Bergbaubetrieben ging das Unternehmertum zu der Taktik über, meistens die Tarife zu verlängern. Nur an relativ wenigen Stellen wurde mit dem Lohnraub auf Grund der Notverordnung begonnen. Die Ursachen dafür sind, daß die Bergarbeiter bisher am schnellsten und heftigsten auf Lohnraub durch Streik geantwortet haben, daß Streiks im Bergbau das Signal für andere Industriegruppen abgeben könnten und die Bourgeoisie erst die anderen Industriegruppen „erledigen" wollte, um dann an die Kumpels heranzugehen.

Bei der Betrachtung der Größe der bestreikten Betriebe ergibt sich nach einer Erhebung, daß es sich bei rund 60 Prozent um Kleinbetriebe und kleinere Mittelbetriebe, bei etwa 30 Prozent um größere Mittelbetriebe und bei knapp 10 Prozent der bestreikten Betriebe um Großbetriebe handelt. Unsere entscheidenden Schwächen sind demnach immer noch in den Großbetrieben, den wichtigsten Schlüsselpunkten der kapitalistischen Produktion, vorhanden...

Nun einige Worte zur politischen Bedeutung der ganzen Streikwelle. Ich will dabei nur die wichtigsten Faktoren andeuten:

1. Es ist uns zum erstenmal gelungen, eine wirkliche, breite Kampfwelle gegen die Durchführung einer Notverordnung der Bourgeoisie zu entfesseln und damit die Durchführung eines ziemlich umfassenden Programms des Finanzkapitals zunächst zu einem großen Teil zu verhindern.

2. Seit langer Zeit ist sich die Arbeiterklasse zum erstenmal wieder ihrer gewaltigen Kraft bewußt geworden. Die reformistische Ideologie, wonach man in der Krise keinen Streik führen kann, wonach die Erwerbslosen eine Streikbrecherrolle spielen und gegen den mit Notverordnungen diktierten Lohnabbau nicht gekämpft werden dürfe, ist durch die Praxis widerlegt.

3. Breite Massen haben zum erstenmal praktisch erkannt, daß Erfolge nur im Kampf errungen werden können, wie es die Kommunisten und die RGO stets gesagt haben.

Im Kampf gegen die faschistische Diktatur.
Rede und Schlußwort des Genossen Ernst Thälmann
auf der Parteikonferenz der KPD.
Die politische Resolution der Parteikonferenz, Oktober 1932.
Hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands,
(Berlin) o. J., S. 21–24.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich,
Berlin 1965, S. 277–279.

110

Eingabe von Monopolisten und Junkern an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, eingereicht am 17. November 1932

Ew. Exzellenz, November 1932

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Gleich Eurer Exzellenz durchdrungen von heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland, haben die Unterzeichneten die grundsätzliche Wandlung, die Eure Exzellenz in der Führung der Staatsgeschäfte angebahnt haben, mit Hoffnung begrüßt. Mit Eurer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigeren Regierung, wie sie in dem von Eurer Exzellenz formulierten Gedanken eines Präsidialkabinetts zum Ausdruck kommt.

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volke bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volke gefunden hat, daß aber das von Eurer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volke besitzt, wenn man – wie es geschehen muß – von der staatsverneinenden Kommunistischen Partei absieht. Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Eurer Exzellenz bejaht. Wir halten dieses Ergebnis für außerordentlich erfreulich und können uns nicht vorstellen, daß die Verwirklichung des Zieles nunmehr an der Beibehaltung einer unwirksamen Methode scheitern sollte.

Es ist klar, daß eine des öfteren wiederholte Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer weiter zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jeder wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muß. Es ist aber auch klar, daß jede Verfassungsänderung, die nicht von breitester Volksströmung getragen ist, noch schlimmere wirtschaftliche, politische und seelische Wirkungen auslösen wird.

Wir erachten es deshalb für unsere Gewissenspflicht, Eure Exzellenz ehrerbietigst zu bitten, daß zur Erreichung des von uns allen unterstützten Zieles Eurer Exzellenz die Umgestaltung des Reichskabinetts in einer Weise erfolgen möge, die die größtmögliche Volkskraft hinter das Kabinett bringt.

Wir bekennen uns frei von jeder engen parteipolitischen Einstellung. Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des

Klassengegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.

In vollem Vertrauen zu Eurer Exzellenz Weisheit und Eurer Exzellenz Gefühl der Volksverbundenheit begrüßen wir Eure Exzellenz

mit größter Ehrerbietung
[Unterschriften]

Deutsches Zentralarchiv, Potsdam,
Büro des Reichspräsidenten, Abt. B/III, Bd. 47, Bl. 259/260.
Albert Schreiner: Die Eingabe deutscher Finanzmagnaten,
Monopolisten und Junker an Hindenburg
für die Berufung Hitlers zum Reichskanzler (November 1932).
In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (Berlin),
1956, H. 2, S. 366/367.

111

Aus der Rede Walter Ulbrichts auf dem Bezirksparteitag der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark in Berlin am 19. November 1932

Unsere nächste Aufgabe besteht gegenwärtig, wo der Klassenfeind versucht, den Faschismus weiter zu entfalten, darin, alles daranzusetzen, um durch die Einheitsfrontaktion das Tempo des proletarischen Aufschwungs so zu beschleunigen, daß unsere Kräfte schneller wachsen als die Kräfte der faschistischen Konzentration. In den nächsten Wochen sollen in den wichtigsten Großbetrieben die stärksten Lohnabbaumaßnahmen durchgeführt werden. Hand in Hand damit soll ein neuer Unterstützungsabbau erfolgen. Ferner ist die Liquidierung der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung vorgesehen. Durch den Wahlrechtsraub will die herrschende Klasse einen weiteren Schlag gegen die werktätige Jugend führen.

Die zentrale Aktionsaufgabe unserer Partei ist daher: Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, Einheitsfrontaktion gegen Lohnraub, Unterstützungsabbau und gegen die drohende faschistische Diktatur in allen ihren Formen. Stärkste Mobilisierung der Erwerbslosen an allen Stempelstellen für unsere Aktion gegen Hunger und Frost. Überall heran an die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder!

Das Wichtigste ist, daß die gesamte Arbeit unserer Parteiorganisation

darauf eingestellt werden muß, nicht etwa zu warten, bis eine neue Regierung mit der Verschärfung des Papen-Kurses beginnt. Unsere revolutionäre Gegenoffensive muß unmittelbar einsetzen. Beginnend mit dem Kampf um die kleinsten Teilforderungen, heißt es, alle Kräfte der Arbeiter zusammenzufassen und sie der faschistischen Reaktion entgegenzuwerfen. Organisiert in der nächsten Woche überall Abteilungs- und Betriebsversammlungen. Schafft Einheitsausschüsse in allen Belegschaften. Führt für die wichtigsten Betriebe, wie zum Beispiel der Eisenbahn und der Metallindustrie, Delegiertenkonferenzen durch. Alles ist jetzt abhängig von der Kraft unserer Partei, von der Wucht der Einheitsfrontaktion der Werktätigen.

Die Rote Fahne (Berlin),
22. November 1932.
Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.
Aus Reden und Aufsätzen, Bd. I: 1918–1933,
Berlin 1963, S. 632/633.

112

Aus der programmatischen Rundfunkrede des Reichskanzlers Kurt von Schleicher vom 15. Dezember 1932

Ich habe den Reichspräsidenten gebeten, die zweifellos eingetretene Beruhigung zum Anlaß zu nehmen, um Ausnahmebestimmungen aufzuheben. Der Reichspräsident will diesen Vorschlag im Vertrauen auf den gesunden Sinn der ordnungsliebenden Bevölkerung entsprechen, hat dabei aber zum Ausdruck gebracht, daß er nicht zögern würde, eine scharfe Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes zu erlassen, falls er sich in seinen Erwartungen getäuscht sieht. Den gewerbsmäßigen Unruhestiftern ebenso wie einer gewissen aufreizenden, die Atmosphäre vergiftenden Presse darf ich in diesem Zusammenhang warnend zur Kenntnis bringen, daß eine solche Verordnung fertig im Schubkasten liegt und in der Tat in ihrer Lückenlosigkeit eine ausgezeichnete Arbeit darstellt. Ich hoffe, daß ihre Anwendung ebensowenig nötig werden wird wie der Einsatz der Wehrmacht. Ich möchte aber auch die staatsfeindliche kommunistische Bewegung nicht im Zweifel darüber lassen, daß die Reichsregierung auch vor drakonischen Ausnahmebestimmungen gegen die Kommunistische Partei nicht zurückschrecken wird, falls sie die Lockerung der Zügel zur vermehrten Verhetzung der Bevölkerung mißbrauchen sollte.

Deutscher Geschichtskalender. Begründet von Karl Wippermann.
Hrsg. von Friedrich Purlitz und Sigfrid H. Steinberg.
Achtundvierzigster Jg., Januar–Dezember 1932, Abteilung A: Deutschland,
Leipzig (1933), S. 258.

113

Beschluß der Kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, Österreichs, Polens und der Tschechoslowakei vom 30. Dezember 1932

Ausgehend von der politischen Deklaration, beschließt die Konferenz der kommunistischen Parteien folgende Maßnahmen zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und zur Durchführung gemeinsamer internationaler Aktionen:

1. Verstärkte Durchführung der gegenseitigen politischen und materiellen Unterstützung bei Streiks, im Kampf der Erwerbslosen, bei Wahlen und anderen Aktionen.

2. Verstärkte Massenmobilisierung gegen Produktion und Transport von Kriegsmaterialien angesichts der wachsenden Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion und der japanischen Kriegsüberfälle in China.

3. Entfaltung einer systematischen Arbeit und Propaganda gegen die chauvinistische Hetze der Parteien, Organisationen und der Presse der Imperialisten und der II. Internationale, für die Annäherung und Verbrüderung der französischen und deutschen, deutschen und polnischen, französischen und italienischen, italienischen und jugoslawischen, rumänischen und ungarischen, tschechoslowakischen und ungarischen, deutschen und tschechoslowakischen, österreichischen und deutschen, jugoslawischen und bulgarischen, deutschen und dänischen werktätigen Massen.

Gleichzeitige Entfaltung einer verstärkten Kampagne gegen die Antisowjethetze in den kapitalistischen Ländern mit verstärkter gegenseitiger Unterstützung der Parteien durch konkrete Materialien, rasche Information usw.

4. Gemeinsame Pressekampagne mit gegenseitiger Auswertung der revolutionären Presse der anderen Länder.

5. Entfaltung der Initiative zur Durchführung der verschiedensten Formen der Verbindung, des Zusammengehens, gemeinsamen Auftretens, der Durchführung von Antikriegsaktionen der Sportler, Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, der Frauen, der Jugend, der verschiedenen kulturellen Organisationen, der Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Studenten, Ärzte, Ingenieure und anderer intellektueller Kreise.

6. Die Organisierung internationaler Kundgebungen in den Hauptstädten Europas, vor allem im Zusammenhang mit der zehnjährigen Wiederkehr der Ruhrbesetzung und bei weiteren internationalen Ereignissen, mit Austausch der Redner der verschiedenen Länder.

7. Die Organisierung von Grenztreffen an der deutsch-französi-

schen, deutsch-belgischen, französisch-belgischen, französisch-italienischen, deutsch-polnischen, deutsch-tschechischen, dänisch-deutschen Grenze usw.

8. Die Organisierung internationaler Verbrüderungsdemonstrationen in einer Reihe von Hafenstädten Europas (London, Marseille, Le Havre, Bremen, Hamburg, Stettin, Danzig, Gdingen).

9. Gemeinsame, miteinander verbundene Aktionen der Kommunisten in den verschiedenen Parlamenten der Länder und Gemeinden.

10. Gemeinsame Maßnahmen und gegenseitige Unterstützung der betreffenden Parteien bei der politischen Bearbeitung, Organisierung und Mobilisierung der Arbeiteremigration (Frankreich, Belgien, Deutschland usw.) und ihrer Heranführung an die revolutionäre Bewegung.

11. Die Verstärkung und der Ausbau der Verbindungen zwischen den Parteien

a) durch enge Zusammenarbeit und Verbindung der Organisationen in den Grenzbezirken,

b) durch Ausbau der Verbindungen zwischen Betriebszellen und Betriebsbelegschaften wichtiger Betriebe,

c) durch Zusammenarbeit der Arbeiterkorrespondenten der verschiedenen Länder,

d) durch regelmäßigen Austausch der politischen Informationen, der Presse und Literatur,

e) durch Regelung der gegenseitigen Berichterstattung und Mitarbeit an der Presse und Entsendung besonderer, qualifizierter Korrespondenten der Zentralorgane der Parteien bei besonders wichtigen Anlässen in andere Länder usw.,

f) durch rechtzeitiges Reagieren auf die Kämpfe der anderen Parteien,

g) durch Beauftragung eines verantwortlichen Genossen des Sekretariats oder Politbüros des Zentralkomitees in jeder Partei mit den besonderen Fragen der internationalen Arbeit.

12. Die parallele Entfaltung der Antikriegskampagne der Parteien mit den Aktionen der Amsterdamer Antikriegsbewegung, in der die Kommunisten mit besonderer Aktivität mitarbeiten müssen, wobei der überparteiliche Charakter dieser Bewegung berücksichtigt werden muß.

13. Die Organisierung einer internationalen Kampagne für die Unterstützung des Kampfes der KPD gegen das seitens der Schleicher-Regierung drohende Verbot wie für die Verteidigung aller kommunistischen Parteien und revolutionären Massenorganisationen gegen reaktionäre und faschistische Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie.

14. Stärkste gegenseitige Unterstützung der Parteien im Falle der Illegalität zur Sicherung der revolutionären Massenarbeit, ungeachtet der Verfolgungsmaßnahmen der Bourgeoisie.

15. Internationale Kampagne und gegenseitige Unterstützung der Par-

teien im Kampfe gegen weißen Terror, Strafexpeditionen, Hinrichtungen, physische Ausrottung der revolutionären Kader (Weißrußland, Westukraine, Mazedonien usw.).

Die Konferenz hält es für notwendig, in den Parlamenten Frankreichs, Deutschlands, der Tschechoslowakei, Polens, Belgiens, Bulgariens, Griechenlands ein gemeinsames Auftreten der revolutionären Vertreter zur Mobilisierung der Massen in den betreffenden Ländern gegen das Versailler System, die Reparationen, die Kriegsschulden, die militärischen Pläne des französischen Imperialismus, die Aufrüstung Deutschlands und die chauvinistische und Kriegshetze im Sinne der politischen Erklärung der Konferenz durchzuführen. Dieser Vorstoß soll von den kommunistischen Fraktionen in den holländischen, dänischen und schwedischen Parlamenten unterstützt werden. Diese Aktion soll verbunden werden mit internationalen Kundgebungen in Paris, Berlin, Brüssel, Wien, Prag und den Hauptstädten anderer Länder und soll durch Massenkundgebungen in anderen wichtigen europäischen Städten und durch die Presse in die breiten Massen hineingetragen werden.

Die Konferenz betont, daß die Steigerung der internationalen Kampagne und der gemeinsamen Aktionen der kommunistischen Parteien und der revolutionären Massen vor allem ein Mittel zur Steigerung des Kampfes im eigenen Lande gegen die eigene Bourgeoisie und zur Stärkung der kommunistischen Parteien und ihrer revolutionären Massenarbeit ist.

Die Rote Fahne (Berlin),
10. Januar 1933.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich,
Berlin 1965, S. 328–331.

114

Aus der eidesstattlichen Erklärung des Freiherrn Kurt von Schröder vor der amerikanischen Untersuchungsbehörde des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg zu den Verhandlungen in seinem Hause in Köln am 4. Januar 1933

Erklärung unter Eid.

Ich, Kurt Freiherr von Schröder, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, daß ich mich wegen falscher Aussage strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest:...

Als die Lage in Deutschland sich unter Schleicher als Kanzler in den letzten Monaten des Jahres 1932 weiter verschlechterte, sahen Hitler und

Papen ein, daß es vielleicht am günstigsten wäre, wenn sie zu einer Zusammenarbeit kommen könnten. Als ich Papen im Dezember sah, sagte er mir: „Ich glaube, daß es jetzt vielleicht möglich wäre, eine Zusammenkunft herbeizuführen, um die strittigen Punkte aufzuklären. Wir müssen eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit der Rechtsparteien finden." Dies ist die Vorgeschichte der Zusammenkunft Hitlers und Papens in meinem Hause.

Am 4. Januar 1933 trafen Hitler, von Papen, Heß, Himmler und Keppler in meinem Hause in Köln ein. Hitler, von Papen und ich begaben uns in mein Arbeitszimmer, wo eine zwei Stunden dauernde Besprechung stattfand. Heß, Himmler und Keppler nahmen an der Besprechung nicht teil, hielten sich aber im Nebenzimmer auf. Keppler, der behilflich gewesen war, diese Zusammenkunft zu arrangieren, kam von Berlin; von Papen kam allein von seinem Haus an der Saar; und Hitler brachte Himmler und Heß mit sich, da sie zu einer Wahlversammlung in Lippe unterwegs waren. Die Verhandlungen fanden ausschließlich zwischen Hitler und Papen statt, ich nahm keinen Anteil daran. Die Besprechung begann ungefähr 11.30 Uhr morgens, und der erste Punkt, der von Hitler zur Sprache gebracht wurde, war die Frage, warum es notwendig gewesen wäre, die zwei Nazis, die den Kommunisten in Schlesien umgebracht hatten, zu bestrafen...

Weiterhin führte Papen aus, daß er es für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente, die ihn unterstützt hatten, zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und Papen zusammen geführt werden sollte. Daraufhin hielt Hitler eine lange Rede, in der er sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt werden würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten, sofern sie gewillt wären, seine Politik, die viele Änderungen bestehender Zustände verfolgte, zu unterstützen. Er skizzierte diese Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland und der Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben. Von Papen und Hitler erzielten eine prinzipielle Einigung, durch welche viele der Punkte, die den Konflikt verursachten, beseitigt werden konnten und eine Möglichkeit der Zusammenarbeit gegeben war. Es wurde vereinbart, daß weitere Einzelheiten noch zu bearbeiten seien und daß dies in Berlin oder [an] einem sonstigen geeigneten Platz vorgenommen werden könne. Dies erfolgte, wie ich später erfuhr, in einer Zusammenkunft mit Ribbentrop. Die Besprechung in meinem Hause endete um ungefähr 1.30 Uhr. Wir drei begaben uns dann zusammen mit Heß, Himmler und Keppler zu Tisch, wobei über allgemeine Dinge Konversation gemacht wurde. Um ungefähr 4 Uhr verließen alle Gäste mein Haus.

Diese Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in meinem Hause in Köln wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. Nov. 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen, wobei ein wesentlicher Punkt darin lag, daß die Wirtschaft sich selbst lenken sollte zur Lösung der von der politischen Führung gestellten Probleme. Zur praktischen Durchführung dieses Programmpunktes erwartete man, wie es ja später auch geschah, daß die gesamte Wirtschaft auf einer neuen Basis organisiert werden würde, und zwar in Verbänden, denen sämtliche wirtschaftliche Unternehmungen, im Gegensatz zu den damals bestehenden Verbänden, beitreten mußten, deren Führung durch Wirtschaftler und Kaufleute selbst erfolgen würde, die selbst für einen Ausgleich der Produktion zu sorgen hätten, so daß notgedrungen diese neuen Verbände mehr Einfluß ausüben könnten als früher. Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen werden würde.

In diesem Zusammenhang sind zu erwähnen: eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht von 100000 auf 300000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand (Länder, Gemeinden etc.) gegeben werden sollten zum Bauen von neuen und Verbesserungen von bereits bestehenden Straßen, Aufträge zur Verbesserung des Verkehrswesens, insbesondere der Reichsbahn, und Förderung solcher Industrien wie Automobil- und Flugzeugbau und der damit verbundenen Industrien.

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde, und es war darüber hinaus klar, daß wirtschaftliche Stärke eine Stellung bedeutete, in der Deutschland nicht

mehr vom Ausland abhängig sein würde. Diese Bestrebungen, Deutschland autark zu machen, wurden von gewissen wirtschaftlichen Unternehmungen möglicherweise nicht aus Idealismus, sondern aus nackter Profitgier begrüßt als [im Original: also] eine Möglichkeit, den eigenen Machtbereich zu vergrößern. Eine solche Möglichkeit war zweifellos auf dem Gebiet der Erzeugung des synthetischen Öls und Kautschuks gegeben.

Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt.

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED,
Zentrales Parteiarchiv, ADJ – I, Bd. I, Teil 2, Bl. 192, 195–199 (Fotokopie).

115

Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 21. Januar 1933

Die KPD an die Arbeiterschaft ganz Deutschlands!
Formiert euch zur Einheit in der Antifaschistischen Aktion!

Am morgigen Sonntag, dem 22. Januar, plant die Hitlersche Tributarmee unter dem Kommando nationalsozialistischer Schleicher- und Bracht-Tolerierer eine unerhörte, beispiellose Provokation gegen das gesamte deutsche Proletariat! Schon seit Wochen entfacht der Thyssen- und Papen-Knecht Adolf Hitler in Deutschland eine Welle blutiger Mordtaten und viehischer Überfälle auf das Proletariat. Dutzende erschlagener und schwerverletzter Antifaschisten allein in den letzten Tagen sind die Blutzeugen des nationalsozialistischen Terrors!

Wir rufen die Antifaschisten Deutschlands auf zum höchsten Alarm! Hitler will am Sonntag unter dem Schutz der Schleicher und Bracht vor dem Hause des Zentralkomitees der KPD, der einzigen Arbeiterpartei Deutschlands, provozieren und im Auftrage der Thyssen und Papen, der Großbankiers und Krautjunker seine Schmähruf e gegen die Kommunistische Partei und gegen die Antifaschisten des roten Berlins ausstoßen.

Betriebe, schlagt Alarm! Stempelstellen, schlagt Alarm! Proletarierviertel, schlagt Alarm! Das ganze antifaschistische Deutschland, an der Spitze das rote Berlin, verteidigt seine Interessen, verteidigt sein Leben, verteidigt seine Partei, verteidigt sein bolschewistisches Zentralkomitee vor dem Provokationsattentat der Soldknechte des Trustkapitals.

Der kommende Sonntag ist von unerhörter Tragweite für alle deutschen Werktätigen. Die Terroraktion und die sich mehrenden Überfälle sollen neue Staatsstreichaktionen der Konterrevolution vorbereiten. Werktätige Deutschlands! Arbeiter in den Werksälen, in den Schächten, in den Rüstungs- und Verkehrsbetrieben, steht bereit! Ballt eure Massenkraft im

Zeichen der Einheitsfront gegen die Welle des faschistischen Terrors, gegen die Kapitalsangriffe und gegen die sozialreaktionären Maßnahmen der Schleicher-Bracht, der Industriekönige und der Krautjunker zu einer millionenstarken, vorwärtsstürmenden Front zusammen!...

Unser Ruf: Betriebe, Stempelstellen, kampfbereit! Der Blutmarsch der Nazis in Berlin und in den übrigen deutschen Städten und Dörfern richtet sich gegen euch! Nehmt sofort in allen Betrieben und in allen Stempelstellen Stellung! Faßt Protest-, Kampf- und Streikbeschlüsse! Bereitet euch vor auf den Massenstreik! Kampf den Lohnräubern in den Betrieben! Massenselbstschutz gegen faschistischen Terror! Massenprotest in den Betrieben und Gewerkschaften gegen die Tolerierung der faschistischen Diktatur durch die Leipart und Co.! Führt die Betriebsrätewahlen im Zeichen unserer Offensive gegen die sozialreaktionären Anschläge der faschistischen Schleicher-Bracht-Diktatur und gegen den blutigen Hitlerfaschismus!

Jeder Betrieb, jede Stempelstelle schaffen unverzüglich ihre Massenselbstschutzstaffeln; jedes Arbeiterviertel gründet Staffeln der Antifaschistischen Aktion! In allen Gewerkschaftsversammlungen und Zusammenkünften der proletarischen Massenorganisationen, in allen Betrieben wählt Einheitskomitees der Antifaschistischen Aktion!

Unser Kampf gegen die faschistischen Provokationen muß eine gewaltige Belebung aller Werktätigen Deutschlands gegen den Faschismus entfachen! Werktätige! Schützt euch selbst, eure Frauen und Kinder vor dem Mordblei und Mordstahl des Faschismus! Gewinnt die werktätigen Nazianhänger zum gemeinsamen Kampf gegen die Front der Schleicher-Bracht-Papen-Thyssen, Goebbels und Hitler. Unser Ruf die nächsten Tage und Wochen: Sturmwochen des Antifaschismus! Millionenalarm im ganzen Land! Fort mit der Schleicher-Bracht-Diktatur!

Nieder mit den braunen Mordprovokationen! Es lebe der Millionenkampf der antifaschistischen Freiheitsarmee für ein Deutschland der Arbeiter und Bauern, für den Sozialismus! Arbeiter, her zur Antifaschistischen Aktion!

Die Rote Fahne (Berlin),
21. Januar 1933.
Die Antifaschistische Aktion.
Dokumentation und Chronik, Mai 1932 bis Januar 1933.
Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich,
Berlin 1965, S. 335–337.

Register

Personenverzeichnis

Abd el-Krim, Mohammed Emir (1881 bis 1963) 80
Abusch, Alexander (geb. 1902) 185
Agatz, Willi (1904–1957) 265 362
Alexander, Gertrud (geb. 1882) 133
André, Edgar (1894–1936) 74
Apfel, Alfred (1882–1940) 200
Arendsee, Martha (1885–1953) 25 59 164
Aufhäuser, Siegfried (geb. 1884) 49
August Wilhelm (1887–1949) 232

Baluschek, Hans (1870–1935) 26 147 175
Barbusse, Henri (1873–1935) 134 197 375
Barlach, Ernst (1870–1938) 175
Bästlein, Bernhard (1894–1944) 372
Bebel, August (1840–1913) 204
Becher, Johannes R(obert) (1891–1958) 94 116 132/133 146 148 185 269 319 321
Becker, Artur (1905–1938) 265 362 374
Becker, Karl (1894–1942) 140
Beier, Alfred (geb. 1902) 116 184
Beimler, Hans (1895–1936) 362 372
Benjamin, Hilde (geb. 1902) 309
Benkwitz, Max (geb. 1889) 36

Benthien, Alfons (gest. 1931) 268
Bertz, Paul (1886–1950) 59 164 178 208
Beumelburg, Werner (geb. 1899) 231
Bischof, Josef (gest. 1932) 348
Blenkle, Konrad (1901–1942) 83/84 91 102/103 136 140 164 172
Blohm, Georg Wilhelm Rudolf (geb. 1885) 305
Blunck, Hans Friedrich (geb. 1888) 231
Borrmann, Gustav (geb. 1895) 39
Borsig, August Paul Ernst von (1869 bis 1933) 108 149 306
Bosch, Carl (1874–1940) 221
Botschafter, amerikanischer siehe Houghton, Alanson B(igelow)
Böttcher, Paul (geb. 1891) 91 136 174
Bracht, Clemens Emil Franz (1877 bis 1933) 354
Brandi, Ernst Theodor Oswald (1875 bis 1937) 305
Brandler, Heinrich (geb. 1881) 19 26/27 29/30 160 169 181/182
Braun, Magnus Freiherr von (geb. 1878) 334
Braun, Otto (1872–1955) 74/75 126 277 279 301 353–355 381
Braune, Rudolf (1907–1932) 319
Brauns, Heinrich (1868–1939) 14 150
Brecht, Bertolt (1898–1956) 318–320
Bredel, Willi (1901–1964) 132 185 319
Breitscheid, Rudolf (1874–1944) 299 308
Broja, Viktor (gest. 1930) 268
Brüning, Heinrich (geb. 1885) 240/241 244 250 266/267 272 277–279 289 297 304/305 333/334 387
Bucharin, N. I. (1888–1938) 129 169
Buchmann, Albert (geb. 1894) 36 58 164 265 362 372
Buchwitz, Otto (1879–1964) 352
Buck, Tim (geb. 1891) 129
Bülow, Bernhard Wilhelm von (1885 bis 1936) 153
Bürgel, Bruno H(ans) (1875–1948) 175
Busch, Ernst (geb. 1900) 320
Chefredakteur der Deutschen Allgemeinen Zeitung siehe Klein, Fritz
Chwalek, Roman (geb. 1898) 265 362
Claß, Heinrich (1868–1953) 305
Creutzburg, August (geb. 1892) 36 265 362
Crispien, Artur (1875–1946) 50
Cuno, Wilhelm (1876–1933) 149
Curtius, Julius (1877–1948) 123 173 192 241

Dahlem, Franz (geb. 1892) 91 93 98 103 136 140 147 164 178 205 208 265 274 326 362 372/373 384
Damaschke, Fritz (gest. 1933) 385
Daub, Philipp (geb. 1896) 208 372
David, Eduard (1863–1930) 55
Dawes, Charles Gates (1865–1951) 11 33
Dengel, Philipp (1888–1948) 19 36 58 83/84 89 91 99 103 129 135 140 164 172 205 208
Deter, Adolf (geb. 1900) 178
Deterding, Sir Henri (1866–1939) 232
Diehn, August (1874–1942) 222 304
Dietrich, Hermann Robert (1879–1954) 241
Dimitroff, Georgi (1882–1949) 89 197 205
Dißmann, Robert (1878–1926) 49 87
Dittmann, Wilhelm (1874–1954) 203
Dix, Otto (geb. 1891) 25 116
Döblin, Alfred (1878–1957) 200
Dudow, Slatan (1903–1963) 320
Duesterberg, Theodor (1875–1950) 305 327/328
Duisberg, Carl (1861–1935) 108 123 149 222 243 267 304 306
Duncker, Hermann (1874–1960) 116 131 133 183 309
Durus, Alfred siehe Kemény, Alfréd
Düwell, Wilhelm (1866–1936) 147

Eberlein, Hugo (1887–1940) 19 30 83/84 91 103 140 174
Ebert, Friedrich (1871–1925) 22 55 73
Eckstein, Ernst (1897–1933) 49 203
Eichhorn, Emil (1863–1925) 16 36 58

Eichhorn, Paul (gest. 1933) 385
Einem, Karl von (gen. Rothmaler) (1853 bis 1934) 305
Einstein, Albert (1879–1955) 116 134 146/147 175 309 376
Eisenstein, S. M. (1898–1948) 130
Eisler, Hanns (Johannes) (1898–1962) 186 309 318
Eitel Friedrich (1883–1942) 305
Ék, Sándor (geb. 1902) 184
Engels, Friedrich (1820–1895) 45 95 183 259/260 293 309
Ewert, Arthur (1890–1959) 19 91 98 102/103 136 140 160 164 169 172 182
Eyermann, Richard (geb. 1898) 98
Eysoldt, Gertrud (1870–1955) 175

Fahrenhorst, Walther (geb. 1871) 221
Ferkau, Fritz (gest. 1932) 348
Feuchtwanger, Lion (1884–1958) 318
Feuerherdt, Wilhelm (1895–1932) 348
Fischer, Karl (1893–1940) 208
Fischer, Ruth (Golke, Elfriede) (1895 bis 1961) 19 26/27 30 49 80/81 84 89/90 128
Fleischer, Helene (1899–1941) 362
Flick, Friedrich (geb. 1883) 221 306 337
Flieg. Leo(pold) (1893–1939) 140 208 313
Florin, Wilhelm (1894–1944) 11 19 25 30 36 58 84 91 98 103 140 164 190/191 205 208 262 265 274 289 346 362 371–373 377 383/384
Ford, Henry (1863–1947) 232
Foerster, Friedrich Wilhelm (1869 bis 1966) 177
Förster, Kurt (gest. 1933) 385
Frahm, Hermann (gest. 1932) 348
Frank, Alfred (1884–1945) 184
Freiberger, Xaver 94/95 126
Frick, Wilhelm (1877–1946) 233 255 317
Frölich, Paul (1884–1953) 182
Funk, Albert (1894–1933) 190 205
Funk, Walther (1890–1960) 304
Fydrich, Emil (gest. 1932) 350

Gäbler, Fritz (geb. 1897) 286
Gábor, Andor (1884–1953) 185
Gallwitz, Max von (1852–1937) 305
Gattin von Sun Yat-sen siehe Sung Tjing-ling
Gayl, Wilhelm Freiherr von (1879–1950) 334 349 351/352
Gebhardt, Willi (geb. 1901) 286
Gehrig-Targis, Franz Edwin (geb. 1896) 184
Geick, Bernhard (gest. 1931) 268
Gerlach, Hellmut von (1866–1935) 113 177
Geschke, Ottomar (1882–1957) 19 30 49 59 82 84 91 98 103 138 140 164 200 205 208 265
Geßler, Otto (1875–1955) 167
Ginkel, Emil (1893–1959) 185 319
Gladkow, F. W. (1883–1958) 130
Goebbels, Paul Joseph (1897–1945) 266 286
Göbel, Kurt (gest. 1933) 385
Goldschmidt, Alfons (1879–1940) 134 177 200 321
Goldschmidt, Jacob (1882–1955) 221
Goltz, Rüdiger Graf von der (1865 bis 1946) 305
Göring, Hermann (1893–1946) 306 382
Gotsche, Otto (geb. 1904) 185
Graf, Georg Engelbert (1881–1952) 297
Graf, Herbert (gest. 1931) 268
Gräf, Hugo (1892–1958) 265 296 362
Graf, Oskar Maria (geb. 1894) 175
Graßmann, Peter (geb. 1873) 87 178
Griebel, Otto (geb. 1895) 184
Grimm, Hans (1875–1959) 231
Groh, Martin (gest. 1930) 268
Groener, Wilhelm (1867–1939) 55 154 167 228 241 305/306 329 333
Gropius, Walter (geb. 1883) 175
Gropper, Roberta (geb. 1897) 265 285
Große, Fritz (1904–1957) 373/374
Großmann, Stefan (1875–1935) 200
Grosz, George (1893–1959) 25 116 146
Grube, Ernst (1890–1945) 36 205 208 265 326 362
Grünberg, Karl (1847–1906) 132/133 185
Grundig, Hans (1901–1958) 184

Grundig, Lea (geb. 1906) 184
Grüneberg, Otto (gest. 1931) 268
Grzesinski, Albert (1879–1947) 197 354
Gumbel, Emil Julius (geb. 1891) 57 177
Gundelach, Gustav (1888–1962) 57 147
Guralski, A. J. (Kleine, August) (1890 bis 1960) 19 27
Gute, Herbert (geb. 1905) 184

Häbich, Walter (1904–1934) 205
Hagen, Adolf (gest. 1932) 350
Halle, Felix (1884–1937) 57 309
Haniel, Karl (geb. 1877) 221 306
Hanisch, Fritz (gest. 1933) 383
Hausen, Erich (geb. 1900) 182
Heartfield, John (Herzfeld, Helmut) (geb. 1891) 116 133 146 175 184 320
Heckert, Fritz (1884–1936) 11 19 25 29/30 36 51 56 58 83/84 91 98 100 103/104 126 137 140 164 172 178 182 196 205 208 262 265 274 326 362 372
Heilmann, Ernst (1881–1940) 352 381
Heimannsberg, Magnus (1882–1962) 354
Helfferich, Karl (1872–1924) 33
Hermann, Erich (gest. 1933) 383
Herzfeld, Joseph (geb. 1853) 57
Herzfelde (Herzfeld), Wieland (geb. 1896) 146 321
Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha siehe Karl Eduard
Heß, Rudolf (geb. 1894) 382
Heuck, Christian (1892–1934) 265 362
Heymann, Stefan (geb. 1896) 309
Hilferding, Rudolf (1877–1941) 49/50 85 140/141 166 172/173 187 236
Hiller, Kurt (geb. 1885) 177
Himmler, Johanna (geb. 1894) 265 362
Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von (1847–1934) 75/76 108 119/120 154 162 223 237 241/242 279 304 306 327–329 331 333 349 352 354/355 363/364 381 385
Hirschfeld, Magnus (1868–1935) 147
Hitler, Adolf (1889–1945) 229 234 266/267 279 286 301 305/306 327–329 363 381/382 385/386 389
Hodann, Max (1894–1946) 177
Hoffmann, Eugen (1892–1955) 184
Hoffmann, Käthe (gest. 1932) 350
Holitscher, Arthur (1869–1941) 134
Höllein, Emil (1880–1929) 36 58 104 126 164
Höllering, Franz 146
Hoover, Herbert Clark (1874–1964) 303
Horn, Lambert (1899–1939) 372
Hoernle, Edwin (1883–1952) 30 59 91 104 118 136 164 265 296 362 372
Hörsing, Friedrich Otto (1874–1937) 38
Houghton, Alanson B(igelow) 1863 bis 1941) 54
Hugenberg, Alfred (1865–1951) 187/188 229 233/234 267 305 358
Hummel, Kurt (gest. 1930) 268

Innenminister siehe Severing, Carl

Jäckel, Hermann (1869–1929) 87
Jacob, Berthold (1898–1944) 177
Jacobsohn, Siegfried (1881–1926) 116 147 174
Jadasch, Anton (1888–1964) 36 164 265 296 362
Jarres, Karl (1874–1951) 22 74/75
Jendretzky, Hans (geb. 1897) 74 174
Jungmann, Erich (geb. 1907) 374
Jurr, Werner (1906–1947) 74

Kaas, Ludwig (1881–1952) 187
Kalckreuth, Hans Alexander Eberhard Graf von (1881–1941) 305 381
Kalinowski, Franz (gest. 1932) 350
Kamenew, L. B. (1883–1936) 129
Karl Eduard (1884–1954) 232
Kassner, Walter (geb. 1894) 208 372
Kastl, Ludwig (geb. 1878) 149 267
Katayama, Sen (1859–1933) 134
Katz, Iwan (1889–1956) 30 76 84
Kayser, Albert (1898–1944) 362 378
Kayser, Paul 27
Keilson, Max (1900–1953) 184 309
Kellermann, Bernhard (1879–1951) 175
Kellermann, Hermann (1875–1965) 304

Kemény (Durus), Alfréd (1895–1945) 184
Kerpel, Ernst (gest. 1932) 350
Kerr, Alfred (Kempner, Alfred) (1867 bis 1948) 175
Kerrl, Hanns (1887–1941) 346
Keudell, Walter von (geb. 1884) 163/164
Kießling, Arno (gest. 1930) 268
Kippenberger, Hans (1898–1937) 208 308
Kirdorf, Emil (1847–1938) 188 221 224 232 382
Kisch, Egon Erwin (1885–1948) 200 319
Kläber, Kurt (1897–1959) 185
Klaus, Fritz (gest. 1932) 348
Klein, Fritz (1895–1936) 188
Klöckner, Florian (1868–1947) 333
Klöckner, Peter (1863–1940) 221
Knepper, Heinrich Gustav (geb. 1870) 221 304
Knickerbocker, Hubert R(enfro) (1898 bis 1949) 225 304
Koch, Hermann (gest. 1933) 385
Kolaroff, Vasil (1877–1950) 89 129
Kolbe, Georg (1877–1947) 147
Kollwitz, Käthe (1867–1945) 25 51 116 175
Kommandeur der Berliner Schutzpolizei siehe Poten
Koenen, Bernard (1889–1964) 91 98
Koenen, Wilhelm (1886–1963) 11 16 19 25 27 29/30 36 59 91 98 103 126 134 136 164 208 248 265 296 344 372
König, Johannes (1903–1966) 286
Körner, Olga (geb. 1887) 265 362
Körner-Schrader, Paul (1900–1962) 133 321
Krämer, Hermann (gest. 1930) 268
Kreuger, Ivar (1880–1932) 232
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav (1870–1950) 188 221 224 306 354 381
Kuczynski, Jürgen (geb. 1904) 309
Kuczynski, René R(obert) (1876–1947) 25 113
Kühne, Otto (1893–1955) 98 178
Kuhnt, Bernhard (geb. 1876) 297
Künstler, Martha (gest. 1933) 383
Kuntz, Albert (1896–1945) 208 269 332 372
Kuenzer, Hermann E. (geb. 1872) 191
Kurella, Alfred (geb. 1895) 309
Kurella, Heinrich (1905–1940) 286
Kuusinen, O. W. (1881–1964) 29 89/90 129 135

Lademann, Max (1896–1941) 36 91 98 372
Lask (Jacobsohn-Lask), Berta (geb. 1878) 132 185
Ledebour, Georg (1850–1947) 126 134 176
Lehmann-Rußbüldt, Otto (1873–1964) 113 134 175 177
Leipart, Theodor (1867–1947) 87 178 381
Lenin (Uljanow), W. I. (1870–1924) 20 bis 22 43 45 46 70 73 90 136 139/140 183/184 186 215 218 259/260 262 274 293 309
Leonhard, Rudolf (1889–1953) 147
Leow, Willy (1887–1937) 74 174 208
Lessing, Theodor (1872–1933) 134
Liebermann, Max (1847–1935) 25
Liebknecht, Karl (1871–1919) 40 138 204 261 383
Liebscher, Walter (gest. 1933) 385
Lindau, Rudolf (geb. 1888) 36
Litwinow, M. M. (1876–1951) 154
Löbe, Paul (geb. 1875) 141
Loleit, Erich (gest. 1930) 268
Lorbeer, Hans (geb. 1901) 185
Losowski (Dridso), S. A. (1878–1952) 29 129
Luther, Hans (1879–1962) 52 59 96
Luxemburg, Rosa (1871–1919) 383

Machado y Morales, Gerardo (1871 bis 1939) 251
Maddalena, Max (1895–1943) 91 98 164 265 362 372
Maiwald, Paul (gest. 1933) 385

Mann, Heinrich (1871–1950) 146–148 175 200 317 376
Mann, Thomas (1875–1955) 147 317/318
Mannesmann, Alfred (geb. 1859) 221
Manuilski, D. S. (1883–1959) 29 83 89 98 129 288 302 371
Marchwitza, Hans (1890–1965) 133 185 269 319/320
Marek, Rudolf (gest. 1932) 348
Marx, Karl (1818–1883) 22 45 95 101 183 259/260 293 309
Marx, Wilhelm (1863–1946) 12 37 52 74 bis 76 120 135 149
Maslow, Arkadi (1891–1941) 19 26/27 30 84 90 128
Maßloff, Kurt (geb. 1892) 184
Matern, Hermann (geb. 1893) 372
McKenna, Reginald (1863–1943) 11
Melcher, Kurt (geb. 1881) 354
Menzel, Gustav (1867–1930) 57 147
Merck, Wilhelm (1867–1929) 381
Merker, Paul (geb. 1894) 83 91 98 136 140 178 190 205 208 235 240
Mertens, Heinz (gest. 1932) 348
Meyer, Ernst (1887–1930) 83 91 98 103 129 136 140
Michel, Richard (gest. 1933) 385
Miersch, Willy (gest. 1932) 350
Miller, Josef (1883–1964) 164
Moldenhauer, Paul (1876–1947) 236
Molotow (Skrjabin), W. M. (geb. 1890) 302
Moericke, Franz (1885–1956) 265
Mühsam, Erich (1878–1934) 25 57 177
Müller, Hermann (1868–1932) 178
Müller, Hermann (1876–1931) 49/50 141 166 172 240 277 279
Müller, Kurt (geb. 1903) 289 313/314 373
Münzenberg, Willi (Wilhelm) (1889 bis 1940) 20 36 134 140 178 265 313/314 362

Nagel, Otto (geb. 1894) 25 116 133 176 320
Naphtali, Fritz (geb. 1888) 178
Neddermeyer, Robert (1887–1965) 37
Nehru, Jawaharlal (1889–1964) 134
Neubauer, Theodor (1890–1945) 59 110/111 126 164 265 296 310 339 341 362 377
Neuhaus, Albert (geb. 1873) 59
Neukrantz, Klaus (1897–1933) 319
Neumann, Heinz (geb. 1902) 89 195 208 240 254 265 283 289 301–303 308 312–314 327 338 362 372/373
Niederkirchner, Michael (1882–1949) 140 178 208 225/226
Noske, Gustav (1868–1946) 55
Nuschke, Otto (1883–1957) 116 175 346

Obuch, Gerhard (geb. 1884) 57
Opitz, Max (geb. 1890) 208 372/373
Ossietzky, Carl von (1889–1938) 174 177 200 318 328
Oestreich, Paul (1878–1959) 116 175
Öttinghaus, Walter (geb. 1883) 297
Overlach, Helene (geb. 1894) 140 164 178 195 205 265 362 372

Papen, Franz von (geb. 1879) 333/334 347/348 350/351 353/354 355/356 358 360 363–365 367 371 375 379/380 382 387
Paul, Hugo (1905–1962) 362
Pechstein, Max (1881–1955) 116 148 175
Peschke, Paul (geb. 1890) 178 269
Pfeiffer, Hans (geb. 1895) 37 56 164 208
Pieck, Arthur (geb. 1899) 186
Pieck, Wilhelm (1876–1960) 16 19 21 25 29/30 57 83/84 91 98 103 126 140 145 147 159 164 172 176 199/200 205 208 255 262 265 289 314 325 327 338/339 342 344 346/347 362 371 bis 373 377 384
Pijet, Georg W. (geb. 1907) 320
Piscator, Erwin (1893–1966) 25 116 132 146 309
Pius XI. (Ratti, Achille) (1857–1939) 218
Polizeiminister, sozialdemokratischer preußischer siehe Severing, Carl
Polizeipräsident, sozialdemokratischer siehe Zörgiebel, Karl

Pollitt, Harry (1890–1960) 205
Poensgen, Ernst (1871–1949) 192 221 304–306 333
Portune, Andreas (1875–1945) 297
Poten 354
Primo de Rivera y Orbaneja, Miguel (1870–1930) 251
Putz, Ernst (1896–1933) 57 59 113 118 134 164 265 295/296 315 362 372

Quidde, Ludwig (1858–1941) 113 175 177

Rabes, Carl (geb. 1871) 221
Rädel, Siegfried (1893–1943) 37 59 126 164 191 208 265 296 362
Rasch, Karl (gest. 1932) 350
Rau, Heinrich (1899–1961) 118 290 295 372
Reichsarbeitsminister siehe Brauns, Heinrich
Reichsarbeitsminister, sozialdemokratischer siehe Wissell, Rudolf
Reichskommissar siehe Papen, Franz von
Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung siehe Kuenzer, Hermann E.
Reichspräsident siehe Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von
Reimann, Max (geb. 1898) 190 372
Reinhardt, Max (1873–1943) 146
Reinhart, Friedrich (1871–1943) 381
Reinhold, Peter (1887–1955) 123
Remmele, Hermann (1880–1939) 11 19/20 37 59 83/84 91 98 103 140 164 172 205/206 208 265 268 283 289/290 300 309 313/314 338 362 373
Renn, Ludwig (Vieth von Golßenau, Arnold Friedrich) (geb. 1889) 185 309 318/319 321
Renner, Rudolf (1894–1940) 208
Reusch, Hermann (geb. 1896) 381
Reusch, Paul (1868–1956) 108 149 221 381
Richter, Richard (1880–1929) 39
Rickelt, Gustav (geb. 1862) 175
Riebow, Karl (gest. 1932) 348
Röhm, Ernst (1887–1934) 306
Rolland, Romain (1866–1944) 375
Rosenberg, Alfred (1893–1946) 230
Rosenberg, Arthur (1889–1943) 30 49 76 84 91 99
Rosenfeld, Kurt (1877–1943) 57 297 299
Rubiner, Frida (1879–1952) 133
Rück, Fritz (1895–1959) 126
Rundstedt, Karl Rudolf Gerd von (1875 bis 1953) 353–355
Runge 38

Sacco, Nicola (1891–1927) 146
Saefkow, Anton (1903–1944) 290
Salomon, Bruno von 295 315
Sandtner, Augustin (1893–1944) 372
Sandtner, Johanna (1900–1958) 362
Schacht, Hjalmar (geb. 1877) 33 188 196 222 225 236 266 305 380
Schäffer, Hugo (geb. 1875) 334
Scharrer, Adam (1889–1948) 319
Schaxel, Julius (1887–1943) 321/322
Schehr, John (1896–1934) 83 89 91 103 136 205 208 338 342/343 362 371 bis 373 384
Scheidemann, Philipp (1865–1939) 55 110 141
Scheringer, Richard (geb. 1904) 286
Schiele, Martin (1870–1939) 59 241
Schlecht, Paul (geb. 1882) 30 49 84
Schleicher, Kurt von (1882–1934) 241 306 334 351/352 363 371 379 381/382 385 387
Schlenghoff, Johann (gest. 1932) 348
Schlenker, Max Martin (geb. 1883) 305
Schlichter, Rudolf (1890–1955) 146
Schlieben, Otto von (1875–1932) 59
Schlör, Jacob (1888–1956) 147
Schmidt, Johann Lorenz (geb. 1900) 309
Schmitt, Kurt (1886–1950) 304
Schmitz, Hermann (1881–1960) 221
Schneider, Willi (gest. 1931) 268
Schneller, Ernst (1890–1944) 11 19 30 59 74 84 89 91 98 103 105 111 113 131 137 140 164 172 177 205 262 265 339 359 362 372

Scholem, Werner (1895–1940) 19 30 76 84 91 99 128
Scholochow, M. A. (geb. 1905) 130
Scholz, Ernst (1874–1932) 166
Schoenaich, Paul Freiherr von (1866 bis 1954) 94 177
Schreck, Ferdinand 147
Schreck, Paul (1892–1948) 164
Schreiner, Albert (geb. 1892) 74
Schröder, Kurt Freiherr von (geb. 1889) 222 380 382
Schubert, Hermann (1896–1938) 208 344
Schulte, Fritz (1890–1943) 140 208 265
Schulz, Karl (1884–1933) 176
Schumacher, Wilhelm 27 52
Schumann, Georg (1886–1945) 84 140 164 265 296 362
Schütz, Walter (1897–1933) 265 362
Schwan, Wilhelm (geb. 1884) 84 103 128
Schwarz, Rudolf (1904–1934) 286
Schwenk, Paul (1880–1960) 98 191 301
Schwerin von Krosigk, Lutz (Johann Ludwig) Graf (1887–1952) 250 334
Seeckt, Hans von (1866–1936) 11 54 68 223 305
Seghers, Anna (Radvanyi, Netty) (geb. 1900) 185 318/319
Selbmann, Fritz (geb. 1899) 74 326 362 372/373
Seldte, Franz (1882–1947) 305
Sémard, Pierre (1887–1942) 129 205
Sender, Toni (1888–1964) 50
Serafimowitsch, Alexander (Popow, A. S.) (1863–1949) 130
Severing, Carl (1875–1952) 141 166 172 192/193 200 239 276 301 303 334 347 351–356 358
Seydewitz, Max (geb. 1892) 50 86 297 299
Siemens, Carl Friedrich von (1872–1941) 221
Siemsen, August (1884–1958) 297
Siewert, Robert (geb. 1887) 130
Silverberg, Paul (1876–1959) 123 221
Sinowjew, G. J. (1883–1936) 49 70 73 129/130
Sintenis, Gustav (1879–1931) 221
Slang (Hampel, Fritz) (1895–1932) 132 185 320
Sobottka, Gustav (1886–1953) 159 178
Solmssen, Georg Adolf (geb. 1869) 221
Sommer, Erna (gest. 1932) 350
Sommerfeld, Adolf (gest. 1933) 350 385
Sorge, Kurt (1855–1928) 54
Spotaczyk, Kurt (1902–1925) 77
Springorum, Fritz (geb. 1886) 192 221 333 381
Stalin (Dshugaschwili), J. W. (1879 bis 1953) 71 73 128 170 196 217 302 313
Stamm, Robert (1900–1937) 362 372
Stauß, Emil Georg von (1877–1942) 222
Stegerwald, Adam (1874–1945) 241 272
Steinfurth, Erich (1896–1934) 147
Stenzer, Franz (1900–1933) 208
Stimson, Henry Lewis (1867–1950) 304
Stinnes, Hugo (1870–1924) 22 354
Stöcker, Helene (1869–1943) 113 134 177 376
Stoecker, Walter (1891–1939) 11 16 19 25 30 37 59 91 103/104 134 136 140 164 191 205 208 265 362 372
Stresemann, Gustav (1878–1929) 12 22 32/33 52 55 68 96–98 153 166 173
Ströbel, Heinrich (1869–1945) 297
Suhr, Paul (1902–1933) 372
Sung Tjing-ling (geb. 1890) 134
Sun Yat-sen (Sun Dschung-schan, Sun Wen) (1866–1925) 79 134
Szilágyi-Szamuely, Jolán (geb. 1895) 184

Tarnow, Fritz (1880–1951) 86/87 178 272 298/299
Taut, Bruno (1880–1938) 175
Thalheimer, August (1884–1948) 19 160 169 182
Thälmann, Ernst (1886–1944) 11 19 bis 21 25 28–30 37 49 53 59 74–76 81–84 89–91 93/94 98 103–106 113 115 122 129 135 138 140 144/145 163/164 172 181/182 196 199 204/205 207–209 214 224 234 239 255 260 262 265 273 275 283 287–290 292 300/301 303 309 311/312 314/315 325–328 337 bis

339 342–346 349 359 362 367 371 bis 374 376/377 382 384/385 388/389
Thesen, Matthias (1891–1944) 164 265 326 362
Thyssen, Fritz (1873–1951) 188 221 224 232 266/267 306 333 381
Thorez, Maurice (1900–1964) 287 384
Tichauer, Heinz (1901–1938) 184
Tittel, Hans (geb. 1894) 182
Togliatti, Palmiro (1893–1964) 129
Toller, Ernst (1893–1939) 25 94 134 177/178
Torgler, Ernst (1893–1963) 265 316 362
Trotha, Adolf von (1868–1940) 305
Trotzki (Bronstein), L. D. (1879–1940) 70 73 129
Tschiang Kai-schek (geb. 1887) 145
Tucholsky, Kurt (1890–1935) 94 116 146/147 177 192 318

Uhse, Bodo (1904–1963) 295 315
Ulbricht, Walter (geb. 1893) 11 19 25 29/30 84 90/91 103 136 139 140 157 159 164 172 178 182 189 191 196 205 208 239 255 262 265 269 273 314 326/327 330 338–341 362 371–373 384/385
Urbahns, Hugo (1890–1947) 84 128

Vallentin, Maxim (geb. 1904) 139 320/321
Vanzetti, Bartolomeo (1888–1927) 146
Vertreter, sowjetischer siehe Litwinow, M. M.
Vogeler, Heinrich (1872–1942) 133 147 184
Vögler, Albert (1877–1945) 54 188 221 225 232 267 306 381

Wagner, Günther 184
Walcher, Jacob (geb. 1887) 182
Walden, Herwarth (1878–1932) 177/178 200
Walther, Adam (gest. 1932) 348
Wangenheim, Gustav von (geb. 1895) 186 319/320
Warmbold, Hermann (geb. 1876) 305 333/334
Warnke, Hans (Johannes) (geb. 1896) 372
Warnke, Herbert (geb. 1902) 362
Wäscher, Aribert (1895–1961) 175
Wassermann, Oscar (1869–1934) 222
Weidauer, Walter (geb. 1899) 362
Weineck, Fritz (August Friedrich) (1897 bis 1925) 75
Weinert, Erich (1890–1953) 25 121 132 185 319 321
Weiskopf, F(ranz) C(arl) (1900–1955) 185 319
Weiß, Bernhard (1880–1951) 354
Wels, Otto (1873–1939) 49 105 141 202 299 368
Werfel, Franz (1890–1945) 175
Westarp, Kuno Graf von (1864–1945) 34
Weyer, Paul 52
Wilhelm (1882–1951) 68
Winkler, Otto (1885–1960) 184
Winnacker, Erich (geb. 1889) 305
Winterfeld, Ludwig von (1880–1958) 304
Winterich, Jean (1886–1931) 91 103 140 208
Wirth, Joseph (1879–1956) 305
Wissell, Rudolf (1869–1962) 166 172 179/180 189 192 201
Wittorf, John (geb. 1894) 181
Wolf, Friedrich (1888–1953) 185/186 319–321
Wolff, Otto (1881–1940) 221 241 381
Würz, Emma (gest. 1932) 350

Young, Owen D. (1874–1962) 188

Zetkin, Clara (1857–1933) 11 16 19 21 25 29/30 37 45/46 48/49 59 72 91 103 105 129/130 140 164 172 265 289 345 362–364 376
Ziegler, Hans (1877–1957) 297
Zille, Heinrich (1858–1929) 25 116 147 175
Zimmering, Max (geb. 1909) 185 318
Zinner, Hedda (geb. 1905) 185
Zörgiebel, Karl (1878–1961) 180 196 198 200 202 239
Zweig, Arnold (geb. 1887) 175 318

Verzeichnis der geographischen Namen

Aachen 344
Afrika
– Südafrika 251
– Südwestafrika 251
Ägypten 251
Allenstein (Olsztyn) 341
Altona 262 350
Amerika 303
Amsterdam 376
Anhalt 330
Asien
– Mittelasien 216 322
Augsburg 382 384
Baden 77 150 233 291 342
Bad Freienwalde 341
Bad Harzburg 305 351
Baltikum 147
Barmen siehe Wuppertal-Barmen
Barneberg 332
Bayern 22 164 233 291 318 330
– Nordbayern 165
– Südbayern 363
Belgien 35 57 96 104 188 251 263 377
Beresniki 216
Berlin 17 21 35/36 49/50 76/77 79/80 95 98 106 112 115 119/120 125/126 131–133 142 144–146 157 163–165

174 176 182 185 193 195 197–200 202 222 225/226 235 255 264 268/269 271 275 284 306 308/309 315/316 321/322 327 340–342 344/345 348 352 bis 354 356–358 361 363 365 370–372 376–380 382–384
--Charlottenburg 262 268
--Friedrichsfelde 199 383
--Lichtenberg 76
--Lichterfelde 77
--Neukölln 113 121 198 349
--Pankow 340
--Steglitz 340
--Treptow 357
--Wedding 198 205 322
--Zehlendorf 366
Bernau bei Berlin 330 332 340/341
Bernburg 156
Bernkastel-Kues 117
Beuthen (Bytom) 377
Bielefeld 199
Bochum 271 365 383
Böhmen
– Nordwestböhmen 251
Boizenburg (Elbe) 341
Bolivien 251
Böllberg 38
Bottrop 199
Brandenburg (Havel) 174
Brandenburg, Provinz 286 354
Braunschweig 332 344
Bremen 23 115 150 270
Breslau (Wrocław) 80 86 115 199 262 344 348
Brüssel 104 134
Budapest 251
Buer (Westfalen) 348
Bulgarien 9 147 197 251
Burma 251

Charkow 216 320
Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) 146 163 226 270 340/341 363 365 380
Chile 251
China 78/79 134 136 144/145 174 251 375
Costa Rica 251

Danzig (Gdańsk) 68 105 153
Darmstadt 309 344 348
Den Haag ('s-Gravenhage) 224
Dessau 348/349
Deutsch-polnische Grenze 153
Dortmund 115 290 349 383
Dresden 115 184 197 226 365 384
Duisburg 348
Düren (Rheinland) 179
Düsseldorf 17 193 199 306 349

Eberswalde 332 341
Eisenach 51 340 371
Eisleben 132 247/248
Elbe 290
Elberfeld 17
Elbing (Elbląg) 150
Elgersburg 147
Emden 382
England siehe auch Großbritannien 57 251
Erfurt 270 323 340 384
Essen 135 144 184 199 226 232 262 290 348 354 383
Estland 153
Eupen-Malmedy 153
Europa 32/33 36 50 52 59 61 64 105 153 198 266 361 389
– Mitteleuropa 32 153 377
– Westeuropa 10 13 377

Ferner Osten 216 375
Finnland 251
Flensburg 23 179
Franken 363
Frankfurt (Main) 27 52 78 91 262 299 304
--Westhausen 344
Frankreich 10/11 35/36 50–52 57 64 96/97 104 148 151 188 263 376
Friedrichsfelde siehe Berlin-Friedrichsfelde
Fukien (Fujian) 251
Fulda 295 315
Fürstenwalde (Spree) 37 115 345

Gambia 251
Geesthacht 268

Gelsenkirchen 199
Genf 375 377
Gersfeld (Rhön) 57
Gladbach-Rheydt (Mönchen-Gladbach und Rheydt) 349
Gleiwitz (Gliwice) 377
Glogau (Głogów) 383
Goldküste (Ghana) 251
Gollnow (Goleniów) 165 286
Görlitz 365
Gotha 56 365
Griechenland 251
Gronau (Westfalen) 325
Großbritannien siehe auch England 10/11 32 52 64 96 104 120 151 188 199 221 263

Hagen (Westfalen) 17 340
--Haspe 349 366
Hagenow, Kreis 345
Halle (Saale) 37–39 74/75 77 146 156/157 163 174 262 320 345
Hamburg 23 77 125/126 146 150 178 bis 180 195 199 226 251 255 270 320 330 342 349 365 367 371 383
--Barmbeck 94
Hannover 270 349
Harburg-Wilhelmsburg 332
Hartmannsdorf (Sachsen) 225/226 235 340
Heidelberg 84 86 204
Helbra (Mansfelder Seekreis) 247
Helenabrunn (Rheinland) 366
Hennigsdorf 193 332 384
Hessen 276
Hettstedt 247/248
Hindenburg (Zabrze) 268 345 377
Höchst (Main) 195
Holland siehe Niederlande
Honduras 251
Hongkong 79

Indien 251
Indochina 251
Italien 9/10 35 47 57 96 146/147 168 188 197 238 242 263

Japan 10 188 375
Jena 37 40 83 195
Johanngeorgenstadt 332
Jugoslawien 153 197

Kamen 348
Kanada 251
Kanton (Guangzhou) 79 134 145
Kasachstan 216
Kassel 77 226 383
Kiangsi (Jiangxi) 251
Kiel 23 140–142 179 204 226 262 332
Koblenz 57
Köln 17 50 57 146 190 199 268 290 320 340 382
Kölner Braunkohlenrevier 17
Kolumbien 251
Königsberg (Kaliningrad) 163 226
Königswalde (Erzgebirge) 58
Kopenhagen 199
Korea 251
Kottern (Bayern) 383
Krasnouralsk 216
Krefeld 17 142
Krempel bei Lunden (Schleswig-Holstein) 348
Kuba 251
Kusnezk (Nowokusnezk) 216

Lanke (Mark) 341
Lausanne 375
Leipzig 17 112 115 146 163 174 184 201 226 262 268 272 297–299 383
Leningrad 78 270
Lettland 153
Leuna 24 37 195 342 371
Lichtenberg siehe Berlin-Lichtenberg
Lichterfelde siehe Berlin-Lichterfelde
Litauen 153 197
Locarno 96 174
London 52 108
Lübtheen (Mecklenburg) 345
Luckenwalde 341
Ludwigshafen (Rhein) 23/24 195
Ludwigslust, Kreis 345
Lüneburg 238
Luxemburg 377

Magdeburg 17 55 77 150 156 174 202 bis 204 206 345
Malaya 251
Mannheim 262 345 365
Mansfeld 246 271
Mansfelder Gebiet 246–248 272/273
Marienberg (Sachsen) 161
Marokko 80
Mecklenburg 77 121
Mecklenburg-Schwerin 233
Merseburg 174 345
Mitteldeutschland 17 37 148/149 155 bis 158 174 247 349
Mosel siehe auch Moselgebiet 57
Moselgebiet siehe auch Mosel 117
Moskau 20 43 103 147/148 167 185 216 288 371
München 94 199 384
München-Gladbach (Mönchen-Gladbach) 199

Nanking (Nanjing) 134
Neubrandenburg 37
Neukölln siehe Berlin-Neukölln
Neumünster (Holstein) 226 262
Niederlande 24 57 104
Niederrhein 342
Nigeria 251
Nishni-Nowgorod (Gorki) 216
Nordschleswig 153

Oberhausen (Ruhrgebiet) 349
Oder 290
Oderberg (Mark) 332 341
Offenbach (Main) 27
Ohlau (Oława) 348
Ohrdruf 383
Oldenburg 292
Oldenburg, Freistaat 345
Oppau (Pfalz) 23
Oranienburg 332 341
Ostelbien 243 333
Österreich 24 68 153 263 377
Ostgrenze Deutschlands 68 96 153
Ostpreußen 265 345

Paris 173/174 188 293 376/377
Peking 79
Pfalz 117 150 286
Philippinen 251
Plauen (Vogtland) 268 380
Pobethen 345
Polen 9 96/97 104 147 153 168 197 251 263
Polnischer Korridor 68 105
Pomehnen 345
Pommern 121 265
Prag 199
Preußen 15 199 232 246 276/277 280 298 300–302 330 337 347 351/352 355 360 381

Raunheim 383
Recklinghausen 271
Remscheid 17/18 366 377
Rendsburg 349
Rhein siehe auch Rheinland 189 191 228 233 361
Rheinhausen (Nordrhein-Westfalen) 17
Rheinland siehe auch Rhein 17 77 150 153 188 192 224 333
– linksrheinisches Gebiet 179
Rheinland-Westfalen 17 23 189 192 232 241
Rheydt 199
Rhön 57
Riesa 383
Rif 80
Ruhr siehe auch Ruhrgebiet 41 60 189 bis 191 228 233 270
Ruhrgebiet siehe auch Ruhr 41/42 52 61 74 150 195 199 246 248 322 325 342 359 377
Rumänien 147 153 197 251
Rußdorf bei Chemnitz 348
Rüsselsheim 195 225

Saale 290
Saargebiet 60 62 64
Sachsen 20 41/42 48 57 76/77 150 157 161 174 193 233 291 342 380
Schanghai 79 134
Schlesien 57 150 291
– Oberschlesien 41 68 105 195 363 377

Schleswig-Holstein 161 226 265 286 295 350
Schwartbuck (Schleswig-Holstein) 226
Schweiz 24 57 104 263
Senegal 251
Sibirien 322
Sindelfingen 325
Solingen 17 199 377 383
Sonnenburg (Słońsk) 165
Sowjetunion 10 20/21 28 32/33 35/36 40 43 47 69–71 73 78 80/81 86 94/95 97 104 124 128–131 133 136 144/145 148 154 161 163 165 167/168 173/174 178 203 205 215–219 252 258 282 319/320 322 371 388 390
Spanien 251
Staßfurt 156
Steglitz siehe Berlin-Steglitz
Stettin (Szczecin) 23 179 270 383
Stuttgart 226 262 320 341 383
Süddeutschland 226
Südtirol 153
Syrien 80

Teltow 77
Thale 156
Thüringen 20 48 76/77 109 150 174 193 233 255 291
Tientsin 79
Torgau 165
Trebbin (Provinz Brandenburg) 342
Trinidad 251
Tschechoslowakei 57 96/97 104 153 251 263 377

UdSSR siehe Sowjetunion
Ungarn 168 197
USA siehe Vereinigte Staaten von Amerika

Velten bei Berlin 341
Venezuela 251
Vereinigte Staaten von Amerika 9 11 31/32 50 52 54 146 151 213 215 219 221/222 249 251 263 266 303

Waldenburg (Wałbrzych) 179 383
Wattenscheid 383
Wedding siehe Berlin-Wedding
Wedel (Holstein) 341
Weimar 58 204
Weißenfels 366
Westfalen 77 150
Westgrenze Deutschlands 68 97 105
Wien 145/146 199 361
Wittenberge 115
Worpswede 147
Wuhan 134
Wuppertal 77 142 345 349/350
--Barmen 17 262
--Ronsdorf 366
--Vohwinkel 348
Württemberg 17 77 164 330
Würzburg 226
Wurzen 383

Zella-Mehlis 342
Zerbst 156
Zossen 340
Zwickau 363 380

Inhalt

Vorbemerkung 5

KAPITEL VIII · Die relative Stabilisierung des Kapitalismus. Der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unter der Führung der KPD gegen das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die Bildung des von Ernst Thälmann geführten Zentralkomitees und die Weiterentwicklung der KPD zur marxistisch-leninistischen Massenpartei (Periode von 1924 bis Herbst 1929)

Die relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus. Die Aufgaben der KPD unter den neuen Kampfbedingungen. Die Bildung des von Ernst Thälmann geleiteten Zentralkomitees (1924/1925) 9

1. Die Abwälzung der Lasten der Stabilisierung auf die Werktätigen und die Abwehrkämpfe der Arbeiterklasse 9

2. Der Kampf der KPD gegen den Dawes-Plan 31

3. Das rasche Wiedererstarken des deutschen Imperialismus. Die Analyse der relativen Stabilisierung des Kapitalismus durch die Kommunistische Internationale. Die weitere Ausarbeitung der reformistischen Politik durch die Sozialdemokratie 59

4. Die Bildung des von Ernst Thälmann geführten marxistisch-leninistischen Zentralkomitees der KPD und die nationale Protestbewegung gegen die Verträge von Locarno 88

Der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen unter Führung der KPD gegen das weitere Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus. Die marxistisch-leninistische Festigung der KPD (1926/1927) 107

1. Der Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung 107

2. Die Belebung der Wirtschaftskämpfe gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung. Der Kampf der KPD gegen die militaristische Reaktion 123

Die Erschütterung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Die Zuspitzung der Klassenwidersprüche und der neue Aufschwung der Massenkämpfe unter Führung der KPD (1928/1929) 151

1. Gegen Bürgerblock und Koalitionspolitik 151

2. Das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau und der Aufschwung der Wirtschaftskämpfe 172

3. Der Widerstand der Metallarbeiter im Ruhrgebiet gegen die Aussperrung. Die Abwehr der Maiprovokation 1929 187

KAPITEL IX · Die Weltwirtschaftskrise. Der Kampf der KPD für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für eine breite antifaschistische Front gegen die drohende faschistische Diktatur (Periode von Herbst 1929 bis Januar 1933)

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise und die Entwicklung einer politischen Krise in Deutschland. Das Programm der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes (Oktober 1929 bis August 1930) 213

1. Der Beginn der Weltwirtschaftskrise. Das Anwachsen der faschistischen Bewegung 213

2. Der Übergang zum Abbau der Demokratie durch die Notverordnungsdiktatur der Regierung Brüning. Die Streikkämpfe gegen die Kapitaloffensive im Sommer 1930 240

3. Die Programmerklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes 253

Der Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen unter Führung der KPD gegen die Kapitaloffensive, gegen die Notverordnungsdiktatur der Regierung Brüning und gegen die wachsende faschistische Gefahr (September 1930 bis Januar 1932) 264

1. Die Verschärfung des Klassenkampfes nach den Reichstagswahlen im September 1930 264

2. Die Weiterentwicklung der Politik der nationalen und sozialen Befreiung durch das Zentralkomitee der KPD im Winter 1930/1931 und Frühjahr 1931 280

3. Die Verschärfung der ökonomischen und politischen Krise in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 297

4. Die ideologische Offensive und das Ringen der KPD um ein Bündnis mit der fortschrittlichen deutschen Intelligenz 307

Die äußerste Zuspitzung der politischen Krise in Deutschland. Das Ringen der KPD um die Entwicklung einer antifaschistischen Einheitsfront. Der Kampf zur Verhinderung der faschistischen Diktatur im Zeichen der Antifaschistischen Aktion (Februar 1932 bis Januar 1933) 324

1. Die Entfaltung des Kampfes der KPD um die Einheitsfront gegen das rasche Anwachsen der faschistischen Gefahr im Frühjahr 1932 324

2. Die Antifaschistische Aktion gegen die drohende faschistische Diktatur 333

3. Der Staatsstreich vom 20. Juli 1932 351

4. Die Klassenkämpfe im Herbst 1932 und der Sturz der Regierung Papen 362

5. Der Untergang der Weimarer Republik und seine Lehren 380

DOKUMENTE

1 Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923 395

2 Aus der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 395

3 Resolution zur Frage der Fortführung und Umgestaltung der Arbeit der Internationalen Arbeiterhilfe in Deutschland, angenommen auf dem Reichskongreß der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin am 16. März 1924 397

4 Aktionsprogramm der KPD, angenommen auf dem 9. Parteitag der KPD in Frankfurt (Main) am 10. April 1924 399

5 Beschluß des Parteitages der SPD in Berlin vom 13. Juni 1924 401

6 Aus den Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale, angenommen auf dem V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 8. Juli 1924 402

7 Aus dem Aufruf der Zentrale der KPD vom 29. August 1924 405

8 Aus den Thesen über die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien, angenommen auf der V. Tagung des Erweiterten Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau am 6. April 1925 406

9 Aus der Resolution zur Arbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften, angenommen auf dem 10. Parteitag der KPD in Berlin am 17. Juli 1925 411

10 Aus dem Brief der Organisationsabteilung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an das Zentralkomitee und die Ortsgruppen der KPD vom 25. August 1925 412

11 Aus dem Offenen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD, veröffentlicht am 1. September 1925 417

12 Aus dem Brief Gustav Stresemanns an den ehemaligen Kronprinzen Wilhelm von Hohenzollern vom 7. September 1925 421

13 Aus dem Programm der SPD, angenommen auf dem Parteitag in Heidelberg am 18. September 1925 422

14 Aus dem Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, paraphiert am 16. Oktober 1925 426

15 Aus dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen, paraphiert am 16. Oktober 1925 427

16 Aus der Resolution über die politische Lage und die Aufgaben der Partei, angenommen auf der 1. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 1. November 1925 428

17 Resolution zur Organisationsfrage, angenommen auf der 1. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 1. November 1925 434

18 Aus der Erklärung der Konferenz von Vertretern der kommunistischen Parlamentsfraktionen Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Hollands, Italiens, Polens, der Schweiz und der Tschechoslowakei, angenommen in Brüssel am 12. November 1925 435

19 Entwurf eines Gesetzes über entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser, eingebracht von der kommunistischen Fraktion im Reichstag am 25. November 1925 437

20 Aus der Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik", veröffentlicht vom Reichsverband der Deutschen Industrie im Dezember 1925 438

21 Offener Brief des Zentralkomitees der KPD an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, die Bundesleitungen des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes vom 2. Dezember 1925 441

22 Schreiben des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Halle an den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 3. Dezember 1925 444

23 Resolution der Funktionärversammlung des Unterbezirks der SPD Groß-Leipzig vom 21. Dezember 1925 445

24 Resolution der Generalversammlung der Ortsgruppe des Reichsbanners Breslau vom 30. Dezember 1925 445

25 Resolution der Funktionärversammlung der Zahlstelle des Zentralverbandes der Schuhmacher Berlin vom 5. Januar 1926 445

26 Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen, eingereicht von der KPD, der SPD und dem Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürsten am 25. Januar 1926 446

27 Beschluß einer vom Einheitskomitee des Meuselwitzer Industriebezirks einberufenen Konferenz vom 25. Januar 1926 447

28 Vereinbarung zwischen der KPD und der SPD über die Durchführung des Volksbegehrens vom 26. Januar 1926 448

29 Aus der Entschließung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht am 13. Februar 1926 448

30 Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD, der kommunistischen Reichstagsfraktion und der kommunistischen Fraktionen der Länderparlamente vom 14. Februar 1926 449

31 Entschließung einer Versammlung von Vertretern der Betriebe aus Berlin-Wedding vom 17. Februar 1926 451

32 Zuschrift der Ortsgruppe des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverbandes Rastenburg an den „Vorwärts", veröffentlicht am 28. Februar 1926 452

33 Aus dem Aufruf des Parteivorstandes der SPD vom 3. März 1926 453

34 Aufruf von Angehörigen der Intelligenz vom 5. März 1926 454

35 Entschließung des Einheitskomitees in Effelder bei Sonneberg von Anfang März 1926 455

36 Darlegung der Reichsregierung zum Volksbegehren für ein Gesetz über Enteignung der Fürstenvermögen vom 24. April 1926 455

37 Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion, unterzeichnet am 24. April 1926 456

38 Aus dem Brief des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg an Friedrich Wilhelm von Loebell vom 22. Mai 1926 458

39 Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes vom 5. Juni 1926 459

40 Aus der Rede Paul Silverbergs auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 4. September 1926 460

41 Aus der Resolution der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 4. September 1926 462

42 Aus den Forderungen der Reichskonferenz der arbeitenden Jugend, angenommen am 3. Dezember 1926 463

43 Aus den Resolutionen und Beschlüssen des Reichskongresses der Werktätigen, angenommen am 5. Dezember 1926 464

44 Aus dem Manifest des 11. Parteitages der KPD in Essen, angenommen am 7. März 1927 473

45 Aus dem Offenen Brief der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands Berlin-Brandenburg-Lausitz und der Gauführung des Roten Frontkämpferbundes an den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Gauleitung des Reichsbanners, veröffentlicht am 3. Mai 1927 476

46 Aus dem Aufruf der Belegschaft einer Baustelle der AG für Bauausführungen an die Berliner Arbeiter, veröffentlicht am 4. Mai 1927 478

47 Aufruf der Obleute der Notstandsarbeiter Groß-Berlins, veröffentlicht am 6. Mai 1927 479

48 Aus der Botschaft des Stahlhelms vom 8. Mai 1927 480

49 Aus dem Manifest des II. Reichskongresses der Roten Hilfe Deutschlands, angenommen am 21. Mai 1927 481

50 Aus der Rede Rudolf Hilferdings auf dem Parteitag der SPD in Kiel am 26. Mai 1927 482

51 Aufruf der KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz, vom 9. August 1927 485

52 Aus dem Aide-mémoire des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an den Reichskanzler Wilhelm Marx vom 23. November 1927 485

53 Aus der Niederschrift über die Besprechung von Vertretern des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Reichsregierung am 24. November 1927 487

54 Aus dem Programm der Kommunistischen Internationale, angenommen auf dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau am 1. September 1928 490

55 Antrag des Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Weißenfels (Opposition) an den 3. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg vom 3. bis 7. September 1928 499

56 Anträge an den 3. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg vom 3. bis 7. September 1928 502

57 Aus der Denkschrift des Reichswehrministers Wilhelm Groener vom November 1928 505

58 Verfügung des preußischen Ministers des Innern Albert Grzesinski vom 3. Mai 1929 506

59 Aus den Richtlinien zur Wehrpolitik, angenommen auf dem Parteitag der SPD in Magdeburg am 29. Mai 1929 507

60 Aus den Diskussionsreden Ernst Ecksteins und Max Seydewitz' auf dem Parteitag der SPD in Magdeburg am 29. Mai 1929 508

61 Aus dem Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der Maivorgänge, vorgetragen durch Alfons Goldschmidt in der öffentlichen Verhandlung des Ausschusses am 6. Juni 1929 510

62 Aus dem Schlußbericht der Pariser Sachverständigenkonferenz zum Young-Plan vom 7. Juni 1929 515

63 Manifest des 12. Parteitages der KPD in Berlin-Wedding, angenommen am 15. Juni 1929 519

64 Aus der Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang", veröffentlicht vom Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 2. Dezember 1929 523

65 Aus Diskussionsbeiträgen auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember 1929 527

66 Aus der Resolution des Politbüros des ZK der KPD über den Kampf gegen den Faschismus vom 4. Juni 1930 528

67 Schreiben der Zentral-Streikleitung der Mansfelder Arbeiter an die Direktion der Mansfeld AG mit den am 12. Juni 1930 beschlossenen Forderungen 533

68 Aus den Erinnerungen Otto Brauns an die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 3. Oktober 1930 534

69 Beschluß des Bezirksvorstandes des Verbandes proletarischer Freidenker Berlin-Brandenburg vom 14. Oktober 1930 535

70 Aus der Rede Heinrich Brünings im Reichstag am 16. Oktober 1930 535

71 Aufruf des Reichssekretariats, des Landessekretariats Berlin-Brandenburg und der Frauenabteilung der Internationalen Arbeiterhilfe vom 22. Oktober 1930 537

72 Aus dem Appell der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, Industriegruppe Bau, des Verbandes der Zimmerer und verwandten Berufe, der Vereinigung der Rohrleger und Helfer, des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands (Opposition) und des Vereins der Bauanschläger an alle Bauarbeiter vom 23. Oktober 1930 537

73 Entschließung des Arbeiter-Theater-Bundes Groß-Berlin, veröffentlicht am 23. Oktober 1930 538

74 Aus der Ansprache Wilhelm Groeners vor den Wehrkreiskommandeuren am 25. Oktober 1930 539

75 Aus der Resolution der Plenartagung des ZK der KPD vom 15. bis 17. Januar 1931 539

76 Aus den protokollarischen Niederschriften über Besprechungen des Reichskanzlers Heinrich Brüning mit Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 17. März und 15. Juni 1931 540

77 Aus der Enzyklika „Quadragesimo anno" vom 15. Mai 1931 542

78 Bauernhilfsprogramm der KPD, verkündet am 16. Mai 1931 545

79 Arbeitsbeschaffungsplan der KPD, veröffentlicht im Mai 1931 547
80 Aus dem Referat Fritz Tarnows auf dem Parteitag der SPD in Leipzig am 1. Juni 1931 554
81 Entschließung der Tagung der sogenannten nationalen Opposition in Bad Harzburg vom 11. Oktober 1931 557
82 Beschluß des ZK der KPD vom 10. November 1931 558
83 Aus der Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 560
84 Aus dem Vortrag Adolf Hitlers vor Vertretern des Monopolkapitals im Industrie-Klub in Düsseldorf am 27. Januar 1932 562
85 Aus dem Artikel Ernst Heilmanns „Eiserne Front", veröffentlicht am 7. Februar 1932 565
86 Aus dem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Reichskomitees der Revolutionären Gewerkschaftsopposition vom 25. April 1932 566
87 Aus dem Referat Ernst Thälmanns auf der Plenartagung des ZK der KPD in Berlin am 24. Mai 1932 568
88 Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 25. Mai 1932 570
89 Regierungserklärung des Reichskanzlers Franz von Papen vom 4. Juni 1932 571
90 Schreiben der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark an den Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Gauleitung des Reichsbanners vom 16. Juni 1932 573
91 Aus den Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes für den Umbau der Wirtschaft vom 21. Juni 1932 574
92 Aus der Rede Wilhelm Piecks im Preußischen Landtag am 22. Juni 1932 577
93 Urantrag der kommunistischen Fraktion im Preußischen Landtag vom 6. Juli 1932 579
94 Aus der Antwort Ernst Thälmanns auf Fragen von Funktionären der SPD und des Reichsbanners vom 8. Juli 1932 579
95 Erklärung der sozialdemokratischen Delegierten des antifaschistischen Einheitskongresses in Berlin vom 10. Juli 1932 581
96 Aus dem Brief Clara Zetkins an den antifaschistischen Einheitskongreß in Berlin, veröffentlicht am 12. Juli 1932 582
97 Aus dem Lagebericht Nr. 13 des Reichsministeriums des Innern vom 16. Juli 1932 583
98 Aus den Erinnerungen Carl Severings an die Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 16. Juli 1932 584

99 Aus dem Leitartikel des „Vorwärts" vom 17. Juli 1932 585

100 Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen, vom 20. Juli 1932 586

101 Aus den Erinnerungen des ehemaligen Staatssekretärs im preußischen Ministerium des Innern Wilhelm Abegg an den 20. Juli 1932 587

102 Appell des ZK der KPD an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den Allgemeinen freien Angestelltenbund und an alle deutschen Arbeiter vom 20. Juli 1932 587

103 Aus einem Aufruf der KPD, Bezirk Mittelrhein, um den 20. Juli 1932 588

104 Aufruf des Parteivorstandes der SPD vom 20. Juli 1932 590

105 Aufruf gewerkschaftlicher Spitzenkörperschaften vom 20. Juli 1932 591

106 Aufruf der Berliner Leitungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, veröffentlicht am 21. Juli 1932 592

107 Aus der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 592

108 Aus dem Artikel der „Deutschen Führerbriefe" „Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus" vom September 1932 593

109 Aus dem Referat Ernst Thälmanns auf der 3. Parteikonferenz der KPD in Berlin vom 15. bis 18. Oktober 1932 596

110 Eingabe von Monopolisten und Junkern an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, eingereicht am 17. November 1932 599

111 Aus der Rede Walter Ulbrichts auf dem Bezirksparteitag der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark in Berlin am 19. November 1932 600

112 Aus der programmatischen Rundfunkrede des Reichskanzlers Kurt von Schleicher vom 15. Dezember 1932 601

113 Beschluß der Kommunistischen Parteien Belgiens, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, Österreichs, Polens und der Tschechoslowakei vom 30. Dezember 1932 602

114 Aus der eidesstattlichen Erklärung des Freiherrn Kurt von Schröder vor der amerikanischen Untersuchungsbehörde des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg zu den Verhandlungen in seinem Hause in Köln am 4. Januar 1933 604

115 Aus dem Aufruf des ZK der KPD vom 21. Januar 1933 607

REGISTER 609

Verantwortlich für die wissenschaftlich-organisatorische Arbeit: Fredi Sumpf
Zusammenstellung der Illustrationen: Rudi Stahl, Fredi Sumpf, Eckhard Trümpler

Mit 56 Bildseiten · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1966 · Lektor: Kurt Zeisler · Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1 Typographie: Horst Kinkel · Einband und Schutzumschlag: Volkmar Brandt · Vorlagen für die Illustrationen wurden vor allem vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, vom Museum für Deutsche Geschichte und von Zentralbild zur Verfügung gestellt · Gesamtherstellung: VEB Offizin Andersen Nexö · ES 5 C 4 · 11,00**